



# MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Online vs. Print: Qualitätsunterschiede und etwaige  
künftige Veränderungen am Beispiel der  
Oberösterreichischen Nachrichten“

verfasst von

Stephanie Lehner, BA

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Jänner 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt    A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt    Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von    Ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell



*Für meine Eltern  
Angela und Josef,  
die mir stets Freiheit und Sicherheit boten  
und mich immer dazu animierten, mein Bestes zu erreichen.*

*Für Florian,  
ohne dessen unermüdlichen Zuspruch und  
Unterstützung dies nicht möglich gewesen wäre.*



# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Theoretischer Rahmen	4
2.1	Massenkommunikation - Die Massenmedien	4
2.1.1	Bedeutung für Mensch und Gesellschaft	5
2.1.2	Funktionen der Massenmedien	5
2.1.2.1	Informationsfunktion	6
2.1.2.2	Soziale Funktionen	7
2.1.2.3	Politische Funktionen	8
2.1.2.4	Ökonomische Funktionen	9
2.1.3	Medienkonvergenz	10
2.2	Publizistische Qualität	13
2.2.1	Qualitätsforschung	14
2.2.1.1	Normativ-demokratiethoretische Ansätze	16
2.2.1.2	Journalistisch-analytische Ansätze	18
2.2.1.3	Publikumsorientierte Ansätze	19
2.2.2	Zwischenfazit	21
2.2.3	Gütekriterien	23
2.2.4	Identität und individueller Qualitäts-Anspruch	34
2.2.5	Sicherung von Qualität	39
2.3	Ökonomisierung und ihre Folgen	42
2.3.1	Kommerzialisierungsfolgen	43
2.3.2	Qualität und Wirtschaftlichkeit	45
2.4	Aktueller Stand der Forschung	47
2.5	Kommunikationswissenschaftliche - und gesellschaftliche Relevanz	48
3	Methodendesign	50

3.1	Qualitative Sozialforschung	50
3.1.1	Inhaltsanalyse: Concept-Map-Methode	51
3.1.1.1	Auswertung mittels Concept-Map-Methode	54
3.1.2	Online-Inhaltsanalyse	59
3.1.3	Das qualitative Experteninterview	60
3.1.3.1	Auswertung Experteninterviews	62
3.2	Untersuchungs-Gegenstand und Analyse-Details: OÖN und nachrichten.at	63
3.2.1	Die Oberösterreichischen Nachrichten (OÖN) und nachrichten.at	63
3.2.2	Neues Redaktionsmodell: der News-Room	66
3.2.3	Analyse-Einheit und -Zeitraum	68
3.3	Forschungsvorgehen	71
4	Ergebnisse	74
4.1	Darstellung der Ergebnisse	74
4.1.1	Leitfaden-Interviews mit Expertinnen und Experten	74
4.1.2	Inhaltsanalyse OÖN und nachrichten.at	80
4.2	Interpretation der Ergebnisse	88
5	Fazit und Ausblick	93
6	Bibliografie	97
7	Abbildungsverzeichnis	102
8	Tabellenverzeichnis	102
9	Anhang	103
10	Lebenslauf	243
11	Abstract	244

# 1 Einleitung

Die Tageszeitung als Massenmedium spielt eine bedeutende Rolle und erfüllt wichtige Funktionen in der Gesellschaft. Qualität ist dabei das höchste Gut einer hochwertigen Zeitung. Vor allem in einer Gesellschaft, die vor Schnelllebigkeit und einer Masse an Medien nur so strotzt, ist es aus Sicht der Rezipientinnen und Rezipienten schwierig zu differenzieren, zu selektieren und ihre kognitiven Ressourcen adäquat einzusetzen. Heute herrscht keine Knappheit mehr an Verbreitungskapazität, sondern Knappheit an Aufmerksamkeit und Urteilsvermögen auf Seiten von Konsumentinnen und Konsumenten, die völlig selbstständig selektieren und prüfen müssen (vgl. Neuberger 2011: 96). Noch schwieriger ist es für die junge Generation, einerseits aufgrund des fehlenden medienpädagogischen Angebots, andererseits aufgrund von mangelnder Erfahrung.

Massenmedien passen sich ihrer Zeit und den Gegebenheiten an. In den vergangenen Jahren hat sich das Internet als immer wichtigere Quelle für Information und Nachrichten etabliert. Vor allem Jüngere ziehen das Internet zu Rate, wenn sie sich informieren wollen. Nach dem „Digital News Report“ des britischen „Reuters Institute“ ist aber in keinem anderen europäischen Land die gedruckte Zeitung so beliebt wie in Österreich. Im Kontrast zu den 67 Prozent Print-Leserinnen und –Lesern, nennen nur 24 Prozent das Netz als wichtigste Nachrichtenquelle (vgl. Die Presse 2015: 24). Diese Zahlen stehen im Kontrast zur Diskussion über das Aussterben der Tageszeitungen. Nichtsdestotrotz rüsten die Medienhäuser seit Jahren online auf, institutionalisieren neue Geschäftsmodelle, welche die vermeintlich schnelllebigen, multimedialen Rezipientinnen und Rezipienten bedienen. Im Endeffekt spielen beide Medien eine unabdingbar wichtige Rolle in der Gesellschaft und für deren Entwicklung, weshalb ein hohes Maß an Qualität von oberster Priorität ist. Nicht zuletzt sind Massenmedien nicht nur für Information, sowie Kritik und Kontrolle maßgeblich, sondern sie sind auch für die Herstellung von Öffentlichkeit und Demokratie verantwortlich.

Neben der schnelllebigen Gesellschaft ist die Ökonomisierung von Medienunternehmen ein weiterer Aspekt, der die Qualität negativ beeinflusst.

Diese beschreibt den Vorgang marktorientierten Handelns und wird einerseits als Entwicklung eines hemmungslosen Kapitalismus kritisiert, andererseits als effiziente Form verstanden, die so wirtschaftlich wie möglich produzieren will (vgl. Siegert/Meier/Trappel 2010: 520). Publizistisch sorgfältig und ethisch korrekt zu arbeiten, rückt bei Maximierung des Verlagsergebnisses als oberstes Ziel in den Hintergrund, da es wesentlich billiger und wirtschaftlich effektiver ist, möglichst breite Massen anzusprechen, zu unterhalten und Rezipientinnen und Rezipienten für sich zu gewinnen, die für die Werbewirtschaft bedeutend sind.

Unter Betrachtung der aktuellen Zahlen der österreichischen Auflagenkontrolle gilt es dieses Defizit dringend aufzuholen. Diese zeigen in Oberösterreich den immer kleiner werdenden Abstand der verkauften Auflagen im Wochenschnitt zwischen den „Oberösterreichischen Nachrichten“ (OÖN) und der bundesland-führenden regionalen Mutation der „Kronen Zeitung“. Im Vergleich vom ersten zum zweiten Halbjahr 2014 konnte erstere ihre verkaufte Auflage von 107.000 zu 106.000 Stück relativ stabil halten. Die „Kronen Zeitung“ musste im direkten Vergleich einen Verlust von 147.000 auf 139.000 Exemplare vermerken (vgl. ÖAK 2014: 9f. und ÖAK 2015: 15f.). Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ rücken somit immer weiter nach vorne, woraus man schließen könnte, dass einerseits die Leserschaft der „Kronen Zeitung“ zunehmend schrumpft und andererseits die OÖN immer mehr an Bedeutung gewinnen.

„Uneinigkeit besteht zwischen der Praxis und Wissenschaft nicht nur über die [...] Operationalisierung qualitätsjournalistischer Entstehungs-, Aussage- und Wirkungsprozesse, sondern auch über jene spezifische *Indizien* (Hervorhebung i. O.), die auf das Vorliegen von Qualität hindeuten“ (Fabris/Renger 2003: 79). In der vorliegenden Magisterarbeit sollen die beiden Bereiche vereint und eine Brücke zwischen Praxis und Wissenschaft geschlagen werden, um die Qualität nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu analysieren. Um dies zu erreichen, sollen Erkenntnisse aus Interviews mit Journalistinnen und Journalisten mit jenen einer empirischen Inhaltsanalyse kombiniert werden. Dies soll beide Betrachtungsweisen verbinden. Es gilt im Sinne der erläuterten Problematik folgende Forschungsfragen zu beantworten:

FF1: Welche Qualitätsunterschiede zeigen sich zwischen dem journalistischen Online- bzw. Print-Produkt der OÖN?

FF2: Inwiefern zeigen die Produkte etwaige Qualitätsunterschiede in den ausgewählten Ressorts Politik, Wirtschaft und Regional?

FF3: Inwiefern kann/soll/wird das neue Redaktionskonzept des „News-Rooms“ Einfluss nehmen auf die Qualität?

Im nachgehenden zweiten Kapitel wird die theoretische Einbettung der Forschungsarbeit erläutert. Weiterführend zeigt das dritte Kapitel das Forschungsdesign der vorliegenden Untersuchung. Hierbei werden nicht nur die Methodik und das Analyseinstrument beschrieben, sondern auch der Gegenstand der Analyse, sowie nötiges Hintergrundwissen dargestellt. Darüberhinaus wird das Forschungsvorgehen explizit ausgeführt. Das anschließende vierte Kapitel zeigt sowohl Darstellung als auch Diskussion der gewonnenen Ergebnisse. Im anknüpfenden fünften Kapitel wird ein Fazit gezogen, in dem die Forschungsfragen beantwortet und interessante Aspekte für nachgehende Forschung dargelegt werden. Die Bibliografie, das Abbildungs- und Tabellenverzeichnis, sowie der Anhang, mit weiterführenden Unterlagen und Dokumenten, runden die Arbeit ab. Abschließend findet sich ein Abstract der Magisterarbeit in deutscher und englischer Sprache.

## 2 Theoretischer Rahmen

Der theoretische Rahmen basiert auf drei großen Themenfeldern: den Massenmedien, der journalistischen Qualität und der Ökonomisierung und deren Folgen. Um ersteres genau zu beleuchten wird auf deren Bedeutung für Mensch und Gesellschaft, sowie auf ihre Funktionen und die Konvergenz der Medien genauer eingegangen. Den Kernteil der theoretischen Einbettung bilden das Prinzip der journalistischen Qualität, die Forschungshistorie, angewandte Konzepte, Gütekriterien und deren Sicherung. Abschließend sollen die Ökonomisierung und ihre Auswirkung auf Medien und Inhalte konkreter erläutert werden.

### 2.1 Massenkommunikation - Die Massenmedien<sup>1</sup>

Die Tageszeitung stellt in der Theorie eines der vielen Produkte von Massenmedien bzw. Massenkommunikationsmitteln dar. Burkart (2002: 171) definiert sie als „[...] all jene Medien, über die durch Techniken der Verbreitung und Vervielfältigung mittels Schrift, Bild und/oder Ton optisch bzw. akustisch Aussagen an eine unbestimmte Vielzahl von Menschen vermittelt werden“. Seine Definition ist unter anderem in den Annahmen von Maletzke (1963: 36) verankert. Massenmedien fungieren als Instrumente in der Massenkommunikation. Dieser Forschungsbereich weist einerseits eine große Vielfalt auf, andererseits stellt er einen hohen Komplexitätsgrad dar. Die Definition der Massenkommunikation zeigt, dass man hier von der Vermittlung einer Aussage spricht, die sich an eine Vielzahl von Menschen richtet (vgl. Schulz 1971: 93).

---

<sup>1</sup> Die Verfasserin folgt hierbei der Ausführung ihrer FOSE-Arbeit mit dem Titel „Situationsanalyse Oberösterreich 1945 versus 2015 im Bezug auf die Tageszeitung Oberösterreichische Nachrichten anlässlich ihres siebzigjährigen Bestehens“ verfasst unter Ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell

Maletzke (1963: 21-32) beschreibt die Massenkommunikation mit den Merkmalen Indirektheit (räumliche Distanz und raum-zeitliche Trennung von Kommunikatorinnen und Kommunikatoren, sowie Rezipientinnen und Rezipienten), Einseitigkeit (fehlende kommunikative Rollen), Öffentlichkeit (Personenkreis, an den sich die Inhalte richten ist weder festgelegt noch begrenzt) und Verbreitung durch technische Hilfsmittel.

### **2.1.1 Bedeutung für Mensch und Gesellschaft**

Jede Gesellschaft impliziert in ihrer Existenz auch gewissermaßen immer das Bestehen spezifischer Kommunikationsweisen, ohne die sie vermutlich nicht existieren könnte. Diese Arten der Kommunikation resultieren im Gebrauch der jeweils eingesetzten Medien (vgl. Burkhart 2002: 179). Das gegenwärtige Modell, auf der Massenkommunikation basierend, weist einschneidende Veränderungen in der Kommunikationsweise der Menschen auf. Die Existenz und der Gebrauch von multidimensionalen Verbreitungstechniken (Schrift, Bild, Ton) führen, mit einer kaum mehr abschätzbaren Reichweite, zu einem immensen Wachstum des Kommunikationsnetzes. Eine ganz neue Mitteilungsform ist entstanden, mit der eine Vielzahl von Menschen zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten mit einer Botschaft erreicht werden kann. Erstmals in der Historie rückt die „Beteiligung aller an einer gemeinsamen Realität“ (Luhmann 1975: 29) in greifbare Nähe. Dies gilt, nach Luhmann, als ein zentrales Merkmal einer sogenannten „Weltgesellschaft“. Zweifellos wird die heutige Gesellschaft stärker von Informations- und Kommunikationsprozessen geprägt als jede Gesellschaft davor. Lange ist deshalb auch von der „*Informationsgesellschaft*“ die Rede.

### **2.1.2 Funktionen der Massenmedien**

Hier werden den Medien bestimmte Leistungen hinsichtlich des (Fort-)Bestandes unseres Gesellschaftssystems zugeschrieben, bzw. jene Aufgaben eingefordert, die sie erfüllen sollten (vgl. Burkhart 2002: 379).

Es gilt also hinsichtlich Ronneberger (1979) zu erfragen, welche Form der Leistungen der Massenkommunikation von der jeweiligen sozialen Umwelt im Kontext als sinnvoll, notwendig, honorierungsbedürftig, förderungswürdig usw. erwartet, anerkannt bzw. gebilligt wird (vgl. Burkhart 2002: 382). „Leistung der

Massenkommunikation“ (oder „Funktion des Massenkommunikationssystems“) meint somit die „im westlichen geistige Tätigkeit, die von sozialen Systemen in einer hochentwickelten und komplexen Industriegesellschaft darauf hin beurteilt wird, inwieweit sie ihren Bedürfnissen und Erwartungen gerecht wird“ (Ronneberger 1979: 130). Somit gilt es dieses Umfeld, in der Massenkommunikation stattfindet, unter drei Aspekten zu betrachten: als soziales, politisches und ökonomisches System.

FUNKTIONEN DER MASSEN MEDIEN		
Soziale	Politische	ökonomische
Informationsfunktion		
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sozialisationsfunktion</li> <li>- Soziale Orientierungsfunktion</li> <li>- Rekreationsfunktion (Unterhaltung, Eskapismus)</li> <li>- Integrationsfunktion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Herstellen von Öffentlichkeit</li> <li>- Artikulationsfunktion</li> <li>- Politische Sozialisations- bzw. Bildungsfunktion</li> <li>- Kritik- und Kontrollfunktion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zirkulationsfunktion               <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissensvermittlung</li> <li>• Sozialtherapie</li> <li>• Legitimationshilfe</li> </ul> </li> <li>- Regenerative Funktion</li> <li>- Herrschaftliche Funktion</li> </ul>
Soziales	Politisches	Ökonomisches
GESELLSCHAFTLICHES SYSTEM		

Abbildung 1: Funktionen der Massenmedien (vgl. Burkhart 2002: 382)

### 2.1.2.1 Informationsfunktion

Die Informationsfunktion dient als zentrale Leistung der Massenmedien und ist somit separiert zu betrachten. Diese agiert über die drei anderen Aspekte der sozialen, politischen und ökonomischen Systeme hinweg, da sie Leistungen in Hinblick auf alle der drei genannten erbringt (vgl. Burkhart 2002: 402).

Information ist demnach eine informative Mitteilung, die den gegenwärtigen Kenntnisstand, das subjektive Wissen der Empfängerin bzw. des Empfängers erweitert, indem sie deren/dessen Unkenntnis bzw. ihr/sein subjektives Nichtwissen verringert bzw. zur Gänze beseitigt (vgl. Burkhart 2002: 402ff.). Für demokratisch organisierte Gesellschaften lassen sich gewisse Gütekriterien, bzw. Ansprüche an die Qualität der massenmedialen Informationsvermittlung stellen. So wird gefordert, sie müssten vollständig, objektiv und verständlich sein (vgl. Wildenmann/Kaltefleiter 1965: 16ff.). Diese Leistungsforderungen sind konkreter beleuchtet, wie folgt zu verstehen:

### 2.1.2.2 Soziale Funktionen

Die sozialen Funktionen meinen all jene Leistungen der Massenmedien, die sie im Bezug auf die gesellschaftliche Umwelt als soziales System erbringen sollten. Konkret handelt es sich hierbei um vier Funktionen:

Die *Sozialisationsfunktion* wird in der Literatur als eine zentrale, notwendige Leistung der Massenmedien erachtet. Sie bezieht sich auf die Sozialisierung und Stärkung des Normbewusstseins in komplex organisierten Industriegesellschaften. In solchen Systemen ist es einem Kind nicht mehr zumutbar, alle von ihm erwarteten Rollen in den Primärgruppen zu lernen. Aufgrund der Entwicklung (Differenzierung in Wirtschaft und Herrschaft, Organisation in Sekundärgruppen und informelle Gruppen) werden von einem Individuum andere Verhaltensweisen gefordert, die an einen universalen Bezugsrahmen, an erworbenen Eigenschaften spezifisch orientiert sind. Muster für Rollen dieser Art findet ein Kind gegenwärtig zu einem großen Teil in den Aussagen der Massenkommunikationsmittel (vgl. Hess 1969: 284).

Eine weitere Funktion, die von der obigen nur schwer zu trennen scheint, ist jene der *sozialen Orientierung*. Sie meint, dass uns die Massenmedien täglich mit einer unheimlichen Vielfalt und Fülle an Informationen versorgen, die uns das Zurechtfinden in einer immer unüberschaubarer werdenden Umwelt ermöglichen sollen. Die Massenmedien „helfen uns, von der Bereitstellung der Güter und Dienstleistungen einer entwickelten Industriegesellschaft nützlichen Gebrauch zu machen, den Mangel an primären sozialen Kontakten und Erfahrungen auszugleichen und uns im Alltag zeit- und raumgerecht zu verhalten“ (Ronneberger 1971: 50). Die Medien dienen hier als entscheidende Hilfe bei der Lösung von Problemstellungen, die in hochdifferenzierten Gesellschaftssystemen entstanden sind (vgl. Burkhart 2002: 386).

Als dritte soziale Funktion gilt die *Rekreationsfunktion* (Ronneberger 1971: 50), auch als Gratifikationsfunktion zu verstehen. Danach dienen die Medien dem Bedürfnis der Zerstreuung und Ablenkung besonders nach eintönigen, unpersönlichen Arbeitstagen. Mit einer Vielfalt an Angebot können sie zur psychischen Stimulierung oder Entlastung von den alltäglichen Mühen der

Zivilisation dienen und auf diese Weise zur Unterhaltung, Entspannung und Erholung verhelfen (vgl. Saxer 1974 zit. nach Burkhart 2002: 387; Clausse 1962:11). Oft wird diese Funktion in der Literatur auch als eine Art „Eskapismusfunktion“ angetroffen.

Als Letzte gilt es noch die *Integrationsfunktion* zu nennen. Faktisch leben wir in einer differenzierten Gesellschaft, die durch verschiedenste Gruppen und Verbände organisiert wird und die von der Vielfältigkeit der Interessen geprägt ist. Hierbei besteht ständig die Gefahr des Auseinanderklaffens und der Desintegration. Umso komplexer eine Gesellschaft wird, desto mehr bedarf sie der Integration. Integration herzustellen und diese auch fortlaufend zu bewahren, kann somit als ein gesellschaftliches Ziel begriffen werden, das in industriellen Großgesellschaften nur noch mithilfe von Massenmedien erreicht werden kann (vgl. Ronneberger 1985: 14f.).

Nach Ronneberger (1985: 16) erfüllen die Massenmedien diese Funktion erst dann, wenn sie gesellschaftlich anerkannte Verhaltensweisen und -normen vermitteln bzw. eine Loyalität der Massen fördern, welche die Geltung dieser sozialen, politischen und rechtlichen Normen herstellen und wenn nötig auch Handlungsbereitschaft im Sinne der Durchsetzung solcher gemeinsamer Interessen bewirken.

### **2.1.2.3 Politische Funktionen**

Als politische Funktionen werden alle jene Leistungen begriffen, die Massenmedien in einem politischen System erbringen, welches nach demokratischen Regeln organisiert ist.

Hierbei stellt die zentrale Funktion von Massenmedien in einer Demokratie das *Herstellen von Öffentlichkeit* dar. Öffentlichkeit wird gegenwärtig von Medien der Massenkommunikation „gemacht“. Sie entsteht und besteht heute wesentlich daraus, dass Informationen von Massenmedien öffentlich zugänglich gemacht werden. Politische Entscheidungen innerhalb einer Demokratie sind üblicherweise nur dann legitimierbar, wenn sie Ausdruck der Ansicht einer Mehrheit der Bevölkerung sind. Demokratische Willensbildung entsteht idealerweise aus der permanenten Diskussion möglichst aller

Gesellschaftsmitglieder. Deshalb ist es wichtig, dass Medien eine Plattform darstellen, auf der Diskussionen und Konflikte öffentlich gemacht werden (vgl. Burkhart 2002: 391f.).

Der letzte Gedanke kann nur dann geltend gemacht werden, wenn die Medien den verschiedenen Interessen und Meinungen auch zur Artikulation verhelfen. Somit kann man auch eine sogenannte *Artikulationsfunktion* der Massenmedien benennen. Dies meint, dass sie als Sprachrohr für alle demokratisch akzeptablen Parteien, Verbände und Interessensgruppen zu dienen haben (vgl. Burkhart 2002: 293).

Äquivalent zur bereits dargelegten Sozialisations- bzw. Integrationsfunktion soll auch Bezug auf die *politische Sozialisationsfunktion* genommen werden. Politische Sozialisation meint hier vor allem, dass die politischen Rollen transparent gemacht werden (vgl. Ronneberger 1971: 50). Erst dann können Möglichkeiten und Chancen, am politischen Geschehen aktiv teilzunehmen, erkannt und gegebenenfalls ergriffen werden. Schier untrennbar ist hierbei auch die politische Bildungsfunktion der Medien. Sie sollen eine aufklärende Rolle einnehmen und die Fähigkeit vermitteln, Informationen aufzunehmen und zusammenhängend zu verstehen. Das Optimum wäre dann die Fähigkeit zu einer politischen Meinungsbildung (vgl. Ronneberger 1974: 204).

Abschließend ist auch die *Kritik- und Kontrollfunktion* der Massenkommunikation zu nennen. Die Fähigkeit und Möglichkeit, Kritik an politischen oder wirtschaftlichen Machttägerinnen und Machttägern im Generellen zu üben, gelten als zentrales Kennzeichen von Demokratie. Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Medien diese Funktion erfüllen können, ist ihre Unabhängigkeit von Machteinflüssen jeglicher Art, sowie ihre Freiheit von staatlichem, aber auch gesellschaftlichem Druck oder Zwang (vgl. Ronneberger 1974: 203).

#### **2.1.2.4 Ökonomische Funktionen**

Die ökonomischen Funktionen beschreiben jene Leistungen, die Massenmedien als ökonomisches System erbringen, das vorwiegend nach kapitalistischen Prinzipien organisiert ist. Als zentrale ökonomische Funktion gilt die

*Zirkulationsfunktion.* Danach stützen die Medien die Waren-Geld-Beziehung und sorgen somit für eine Verkürzung der Umschlagszeit. Massenmedien wirken als Motor des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufes und beschleunigen den Warenumsatz (vgl. Holzer 1973: 133). Einerseits erfolgt dies durch die Massenmedien als Werbeträger. Darüber hinaus erbringen die Medien Leistungen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stabilisieren: Wissensvermittlung, Sozialtherapie und Legitimationshilfe (vgl. ebd.: 203).

Der Hintergrund der *regenerativen Funktion* liegt in der Befriedigung der Informations- und Unterhaltungsansprüche der Rezipientinnen und Rezipienten. Danach bekommen sie nur so die Gratifikation, die sie benötigen, um entspannt, physisch erholt und motiviert ihren Alltag zu bestreiten (vgl. Burkhart 2002: 402). Zuletzt gilt es noch die *herrschaftliche Funktion* zu nennen. Diese basiert auf dem Grundsatz, dass alle massenmedialen Informations- und Unterhaltungsangebote schlussendlich zur Legitimierung und Propagierung des gesellschaftlichen Organisationsprinzips und in weiterer Folge auch der kapitalistisch geprägten Marktwirtschaft beitragen, auf der die Existenz der Medien und der Gesellschaft basiert (vgl. Holzer 1994: 202f.).

### **2.1.3 Medienkonvergenz**

„Gerade im Hinblick auf die Konvergenzentwicklung spielt die Dynamisierung der Medienmärkte eine besondere Rolle. Sie lässt sich vor allem unter dem Kriterium der verweenderorientierten bzw. subjektiven Austauschbarkeit der Angebote feststellen. Durch technologische Entwicklungen und Änderungen im Nutzerverhalten können komplementäre Angebote zu Substituten werden und umgekehrt“ (Fischer 2008: 189).

Ein schrittweiser Substituierungseffekt ist im Verhältnis von Offline- zu Online-Medien erkennbar. Jedoch sind klassische Medien, wie Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, nach wie vor die Hauptumsatzträger am Medienmarkt, jedenfalls hinsichtlich der Werbeeinnahmen. Ihre Wachstumspotenziale werden aber, verglichen mit dem Internet, als eher gering eingeschätzt. Neben den Branchenumsätzen ist das Nachfrage- bzw. Nutzungsverhalten ein wesentlicher Faktor der Marktentwicklung (vgl. Fischer 2008: 189f.). Ollrog (2014: 116), der sich vorwiegend mit der Konvergenz am Regionalzeitungsmarkt beschäftigt, stellt fest, dass sich aktuell der Markt für Regionalzeitungen, sowohl hinsichtlich der Leserschaft, als auch im Bezug auf den Anzeigenmarkt, stark verändert. Diese

dynamischen Entwicklungen führen dazu, dass Verlage ihre Geschäftsmodelle überdenken müssen und eine Neu-Definition der Rolle ihrer Zeitungen erfolgen muss.

Die Marktveränderungen, die aus der Digitalisierung und neuen Übertragungstechnologien resultieren, werden unter dem Begriff „*Konvergenz*“ diskutiert. Er meint die allgemeine Annäherung, das Aufeinanderzubewegen der Märkte, Technologien und Angebote bis hin zu deren Verschmelzung. Marktteilnehmer beschränken sich kaum noch auf ein spezielles Segment, sondern verstehen sich als Medienunternehmen im übergeordneten Sinn, die in verschiedenen Angebotsformen in Konkurrenz um die Rezipientinnen und Rezipienten treten (vgl. Fischer 2008: 192f.).

Es gibt verschiedene Formen der Konvergenzen (siehe Abb. 2), die sich hinsichtlich der Medien im Wesentlichen auf drei Aspekte konzentrieren: die technologische Entwicklung, die daraus resultierenden Veränderungen der Medieninhalte (Produkte), sowie die wirtschaftlichen Maßnahmen und Folgen und die unternehmerischen Annäherungen der Branchenteilnehmer (vgl. Fischer 2008: 194).

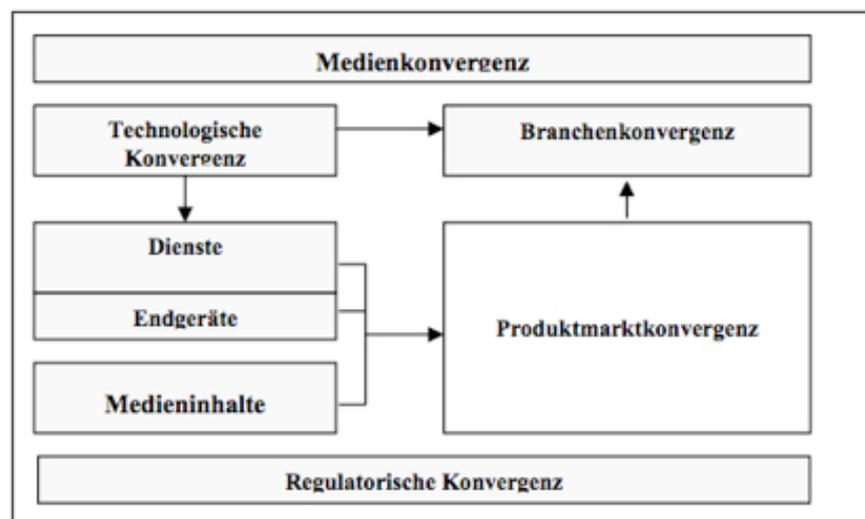


Abbildung 2: Konvergenzen (vgl. Fischer 2008: 194)

Nach Ollrog (2014: 114f.) ist die Zeitung in der Medienkonvergenz durch zehn Merkmale gekennzeichnet:

- Der Begriff Zeitung ist, trotz unterschiedlicher Art von technischen Vermittlungsweisen der Inhalte, verwendbar.
- „Die vermittelten Inhalte sind inhaltsbasiert und textorientiert und im Schwerpunkt in Wort und Schrift fixiert. Multimediale Angebote (Audio, Video, Podcasts etc.) kommen hinzu“.
- „Die Zeitung liefert Inhalte über jüngstes Gegenwartsgeschehen über unterschiedliche Kanäle und Endgeräte“.
- Durch ihre Aktualität und Universalität wird die Zeitung für ihre Nutzerinnen und Nutzer relevant.
- „Modi der Publizität und Periodizität sind durch den begrenzten zur Verfügung stehenden Speicherraum und die deutlich gesunkenen Publikationskosten kein Engpass mehr (Mindesterscheinung, Marktzutrittschürde)“.
- Inhalte der Zeitung sind disponibel, also ort- und zeitunabhängig konsumierbar.
- Die Zeitung ist multioptional, ermöglicht reine Rezeption (One-to-Many) und lädt zur Interaktion ein.
- „Die Zeitung(sredaktion) liefert eine professionelle Dienstleistung durch die Recherche, Selektion, Überprüfung und Kontrolle von Informationen“. Sie unterstützt bei der allgemeinen und speziellen Meinungsbildung.
- In der Summe der Kanäle wenden sich Tageszeitungen an ein Massenpublikum. Differenzierte Kanäle, beispielsweise digitale Dienste, wenden sich an speziell definierte Zielgruppen. Somit steht der Zeitungsbeffriff für ein Angebotsportfolio, in dem alle Verbreitungskanäle zusammengefasst sind. Die einzelnen Kanäle sind stärker zielgruppenbezogen als bisher.
- „Zeitung ist dabei wieder im ursprünglichen Wortsinn als ‚spannende Geschichte‘, als relevante Information zu verstehen“.

Um den Erhalt des dualen Mediensystems zu sichern, ist laut Ollrog (2014: 127) nötig, dass die Verlage versuchen, ihre Geschäftsmodelle der „abspielenden Revolution“ anzupassen. „Dies gilt insbesondere für die Entwicklung angemessener Produkte, Erlös- und Organisationsmodelle“. Ansonsten würde dies für die Verlage eine fatale Abwärtsspirale bedeuten, die mit

Qualitätseinsparungen beginnt. Folge wäre dann, dass der institutionelle Rang der Zeitungen bedroht ist und man sich die Frage einer öffentlichen Zeitungsfinanzierung stellen müsste.

## **2.2 Publizistische Qualität**

„*Einen* (Hervorhebung i. O.) Qualitätsmaßstab gibt es nicht. Qualität ist unter anderem abhängig vom Medium, der Zielgruppe, dem Genre und auch der Quellenlage. Sie ist aber auch abhängig von der Funktion, die Journalismus erfüllen soll“ (Ruß-Mohl 1996: 102). Dieses Zitat drückt den Facettenreichtum und die Komplexität des Begriffs Qualität aus. Dies zeigen auch die Definitionsversuche des Begriffs. Die Wirtschaftswissenschaft beschreibt Qualität als einen „Gesamteindruck aus Teil-Qualitäten [...], die sich bei jeder differenzierbaren Eigenschaft eines Produkts bilden lassen“. Dabei kann der Begriff subjektiv und objektiv interpretiert werden (Gabler 2015: o.S.). Ein Gedanke der auch im Sinne der journalistischen Qualität als korrekt erscheint: ein hohes Maß an journalistische Qualität, kann nur dann erreicht werden, wenn eine Vielzahl an Gütekriterien (Teilqualitäten) zutrifft. So findet auch der subjektive und objektive Forschungszugang in der Kommunikationswissenschaft Anwendung.

Die Definition im Software-Qualitätsmanagement ist etwas konkreter: „Qualität ist die Gesamtheit von Eigenschaften und Merkmalen eines Produkts oder einer Tätigkeit, die sich auf deren Eignung zur Erfüllung gegebener Erfordernisse bezieht“ (Balzert 2008: 460). Qualitätsdefinitionen in der Qualitätsforschung nehmen Bezug auf den konventionellen Kontext des Begriffs. Für die vorliegende Arbeit ist als Grundannahme die Definition von Rosengren (1991: 24) zu verstehen, der Qualität als ein Merkmal ansieht, das Standards genügt, die sich auf mehr oder weniger zentrale Werte und Normen stützt.

Die Debatte über journalistische Qualität scheint in der Wissenschaft eine Unabschließbare zu sein. Dies zeigt sich vor allem im Theoriedefizit in Fragen von Qualität und Bewertung. Gründe für diese Lücke gibt es nach Bucher (2003: 12ff.) neben dem inhomogenen Forschungsfeld des Journalismus und der Komplexität des Begriffes noch einige andere. Vor allem der zweite Aspekt

scheint hinsichtlich der vorliegenden Forschungsthematik als besonders wichtig, nicht zuletzt aufgrund seiner Vielschichtigkeit. Bucher begründet die Komplexität mit folgenden Details:

1. Qualitäten gelten als Beobachtungskonstrukte, sind keine Eigenschaften des Gegenstandes und somit subjektiv.
2. Die große Vielfalt der möglichen Bezugsaspekte, die nicht unabhängig voneinander agieren und somit jeweils neue Beurteilungsdimensionen eröffnen.
3. Verschiedene konfligierende Maßstäbe, Normen und Regeln aus Bereichen wie Medienrecht, Medienethik oder Religion beeinflussen die Qualitätsdebatte.
4. Qualitätsstandards und ihre Anwendung auf die Medienkommunikation weisen Differenzen auf.
5. Qualität ist dynamisch und soll damit nicht nur nachgewiesen und bestimmt, sondern hauptsächlich gesichert werden.

Um die Qualitätsproblematik zumindest theoretisch zu klären, sollten nach Bucher (2003: 14f.) folgende Theoriefelder miteinbezogen werden: die normative, ethische und theoretische Dimension, die Medienkritik, sowie die Qualitätssicherung.

### **2.2.1 Qualitätsforschung**

Kritik an den Medien, an ihrer Verantwortung, Aufgaben und Nutzenfunktion, sowie am Journalismus im Generellen lässt sich relativ weit zurückverfolgen. Sie reicht fast bis zu Anbeginn der periodischen Presse zurück. Mit der Entwicklung von sozialwissenschaftlichen Verfahren entstanden Forschungsbewegungen, die sich zwar darauf fokussierten, ob bestimmte Kriterien von den Medien eingehalten werden, aber kaum in Frage gestellt, warum sie diesen entsprechen sollten. Erst in den achtziger Jahren, mit dem zunehmenden Aufkommen des Ethikdiskurses, wurde auch hinterfragt nach welchen Maßstäben Journalismus zu handeln hat. In den neunziger Jahren setzte dann der Qualitätsdiskurs der zuvor eher im amerikanischen Raum passierte, auch im deutschsprachigen Raum ein, der sich nicht nur mit einzelnen Kriterien befasste, sondern eine

Auseinandersetzung mit der Leistung von Journalismus und Medien im Allgemeinen forcierte. Der Durchschlag der Debatte in Europa ist vorwiegend auf der Zulassung von privaten Rundfunkanbietern begründet. Die erstmalige Konkurrenz zu öffentlich-rechtlichen Diensten machte einen direkten Vergleich der Inhalte möglich und zum ersten Mal wurden in dieser Folge auch wirtschaftliche Anforderungen berücksichtigt. Darüber hinaus wurde auch ein Fokus auf die Operationalisierung von Qualitätskriterien gelegt. Mit empirischen Verfahren wurden praxisnahe Untersuchungen durchgeführt, wobei auch die Rezipientinnen- bzw. Rezipienten-Rolle miteinbezogen wurde (vgl. Arnold 2008: 490; Arnold 2009: 23f.).

McQuail (1992) hat mit seiner Monographie den ersten umfassenden Überblick zu Theorie und Empirie in der Qualitätsforschung geliefert und galt als zentrales Werk für nachgehende Forschung. Er grenzt sie als ein autonomes Teilgebiet der Massenkommunikationsforschung ab und weist ihr eine eigene Tradition zu. Er verwendet jedoch nicht den Begriff „quality“, sondern bezeichnet die wissenschaftlichen Untersuchungen als „Media Performance Assessment“ (MPA), also als Beurteilung von Leistung (vgl. McQuail 1991: 114). Im deutschsprachigen Raum ist jedoch überwiegend von der Qualität die Rede und nicht von der Leistung. Deshalb wird im Folgenden der Begriff Qualitätsforschung beibehalten.

Die Diskussion über Qualität und Leistung von Medien wird in unterschiedlichen Arenen auf verschiedenen Ebenen geführt (vgl. Bucher 2003: 12f.; Bonfadelli 2002: 113f.) Der Diskurs findet in Organisationen, wie beispielsweise Verbänden und Gewerkschaften statt, in Organen der Selbstkontrolle (Presserat), als auch in Redaktionen selbst. Im Weiteren findet er sich auf Publikumsebene wieder, in der öffentlichen Kommunikation oder auch in Bereichen der Medienethik, sowie Mediensysteme. „Im Zentrum dieser Diskurse befindet sich – zumindest theoretisch – die Kommunikationswissenschaft/Journalistik bzw. die angewandte Medienforschung“ (vgl. Arnold 2009: 84). Sie kann für verschiedene Medientypen explizite Kriterienkataloge konzipieren, die es ermöglichen Qualität zu bestimmen und unter Miteinbeziehen spezifischer Gruppeninteressen, diese auch zu begründen. Fundierungen können hier Bezug nehmen auf Bedürfnissen einer

demokratischen Gesellschaft, so werden sie auf dem Wohl der gesamten Gesellschaft definiert. Dies beruht auf zentralen Werten, von denen man annimmt, dass sie im Sinne aller Mitglieder einer Gesellschaft sind (vgl. ebd.)

Es ist auch möglich sich in der Forschung am Journalismus selbst zu orientieren, an seinen Aufgaben und gesellschaftlichen Funktionen. Bisherige Ansätze in diesem Kontext beziehen sich auf das Wesen des Journalismus, auf historische Entwicklungen, das journalistische Selbstverständnis oder auf generelle Prinzipien in der Kommunikation zwischen Menschen. Weiters ist auch die publikumsbezogene Perspektive eine mögliche Ausgangssituation. Im Zentrum stehen hier die Publikumsbedürfnisse (vgl. ebd.: 84f.).

Im Folgenden soll auf die wichtigsten Forschungsansätze kurz eingegangen werden, um zu eruieren welche Herangehensweise in Hinblick auf die vorliegende Forschungsarbeit von Bedeutung ist. Nach der vorangehenden Erläuterung werden die Ansätze in normativ-demokratiethoretisch, journalistisch-analytisch, sowie publikumsorientiert unterteilt.

### **2.2.1.1 Normativ-demokratiethoretische Ansätze**

Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung ist Denis McQuail (1992). Er definierte ein tiefgreifendes Begründungs- und Kriterienraster und beeinflusste damit zahlreiche Autorinnen und Autoren nachhaltig. Er geht davon aus, dass Massenmedien einer sozialen Verantwortung unterliegen, vor allem hinsichtlich ihrer Inhalte, die auf öffentlichem Interesse basieren. Ziel seiner systematischen Methodik ist es aber nicht eine neue normative Theorie vorzulegen, sondern aus bisherigen Erfahrungen und Materialien ein Raster normativer Prinzipien zu entwickeln (vgl. ebd.: 15-19).

McQuails Auffassung (1992: 20-33) nach, ist das öffentliche Interesse der Schlüsselbegriff. Dieser lässt sich auf drei verschiedene Arten begreifen: als Wille der Mehrheit, als gemeinsame Interessen einer Gesellschaft und als Standards die in einer Ideologie verankert sind. Für den Autor ist Zweitere ausschlaggebend. Hierbei nimmt man an, dass es sich um öffentliche Interessen handelt, die von allen geteilt werden. Davon ausgehend und unter Einbeziehung bestimmter fundamentaler Grundwerte findet innerhalb einer Gesellschaft, vor

allem zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, eine permanente Auseinandersetzung mit den Strukturen und Inhalten des Mediensystems statt. Dessen Ergebnisse sind Prinzipien und Normen, die in verschiedensten Gesetzestexten, Regulierungen und Berichten, die im staatlichen Auftrag erstellt werden, erfasst sind. Aus McQuails Überlegungen und dem Diskurs lässt sich ein normativer Kriterienraster erkennen. Dieser baut auf zentralen Werten der westlichen Gesellschaft auf: Freiheit, Gleichheit (Gerechtigkeit) und Ordnung (Solidarität).

Mit dem Wert „Freiheit“ lässt sich die Unabhängigkeit der Medien begreifen, der Meinungs- und Pressefreiheit. Die „Gleichheit“ bzw. Gerechtigkeit meint, dass alle Teile der Gesellschaft Zugang zu Medien haben, bzw. es Angebote für sie gibt. Sowohl Freiheit als auch Gleichheit haben einen direkten Zusammenhang zur Objektivität, da sie postulieren, dass relevante Ereignisse neutral, akkurat und vollständig abgebildet werden und dass verschiedene Meinungen und Themen Platz finden im Angebot. Nach McQuail ist der Wert „Ordnung“ (Solidarität) als Zusammenhalt der Gesellschaft zu verstehen (vgl. ebd.: 67-73). Für die Medienfreiheit und die Dimension der Unabhängigkeit erörtert der Wissenschaftler einige Ansätze zur Operationalisierung. Er hält auch fest, dass die Unabhängigkeit maßgeblich von der Medienkonzentration und Einflüssen von Umwelt und Medienkontrolleuren beeinträchtigt wird (vgl. Arnold 2009: 87).

Weitere Forschungsansätze, die sich direkt auf McQuail berufen oder auf seinen Annahmen aufbauen, kommen von Schatz und Schulz (1992). Sie legen den Fokus auf die Qualität von Fernsehprogrammen und leiten Vielfalt, Relevanz, Professionalität, Akzeptanz und Rechtmäßigkeit als zentrale Kriterien ab. Im Weiteren gilt es Hagen (1995: 54-134) heranzuziehen, der auf seiner Grundlage die Faktoren Informationsmenge, externe und interne Relevanz, Richtigkeit, Transparenz, Sachlichkeit, Ausgewogenheit, Vielfalt, Aktualität und Verständlichkeit für seine Inhaltsanalyse von Agenturnachrichten operationalisiert. Eine weitere Betrachtungsweise liefert Rosengren (1991), der nicht nur die gesellschaftliche Haltung einbezieht, sondern auch die individuellen Werte und Normen einfließen lässt.

Rager (1994: 190-196) beschäftigt sich mit der Printzeitungs-Berichterstattung und versucht in diesem Kontext Aspekte von Qualität zu systematisieren. Er baut auf dem Konzept publizistischer Vielfalt auf und meint damit die Diversität von abgebildeten Themen und Meinungen und ihre Bedeutung für den demokratischen Diskurs. Vielfalt und Qualität stehen für ihn in einer Form symbiotischer Beziehung, sie brauchen einander, um zu existieren. Weitere Kriterien leitet Rager aus wissenschaftlichen Abhandlungen ab, bezieht aber auch einen praktischen Aspekt mit ein und befragt leitende Journalistinnen und Journalisten (vgl. Weber/Rager 1994: 1-15). Sein Ansatz basiert also auf normativ-demokratiethoretischen Faktoren und Anforderungen, die vom Journalismus selbst definiert wurden. Die hierbei geltenden Kriterien sind Aktualität, Relevanz, Richtigkeit und Vermittlung (vgl. ebd.).

### **2.2.1.2 Journalistisch-analytische Ansätze**

„Hier wird die Qualität [...] weniger von gesellschaftlichen Werten oder dem Medienrecht abgeleitet, sondern von seinem Wesen, seiner Funktion [...], von seinem Rollenselbstverständnis oder von grundlegenden funktionalen Konstitutionsbedingungen“ (Arnold 2009: 92). Auch dieser Herangehensweise haben sich einige wissenschaftliche Untersuchungen angenommen. Schröter (1995: 21f.) sieht als zentralen Punkt die relevanten Mitteilungen zu identifizieren, ihnen nachzugehen und diese unverzerrt und ausgewogen darzulegen. Er entwickelte aus seinen Beobachtungen und auf Basis der Literatur einen umfassenden Katalog an zu beachtenden Qualitätsdimensionen: Transparenz im Vermittlungskontext und der Vermittlungsstrategie, Partnertransparenz, inhaltliche Mitteilungs-Adäquanz, Themen- und Partnerkosmos und Meinungsvielfalt. Er wandte die Faktoren bei einer Inhaltsanalyse zur Unternehmensberichterstattung in Printmedien an. Pöttker (1998) setzt seine Überlegungen bei einem soliden, historisch begründeten Kern des Journalismus an und geht von einer „professionellen Aufgabe“ des selbigen aus. Er splittet die acht entwickelten Kriterien in zwei Sphären: den Gegenstand der Journalistik und das Publikum. Dabei sind Richtigkeit, Vollständigkeit, Wahrhaftigkeit und Verschiedenartigkeit ersterem, Unabhängigkeit, Aktualität, Verständlichkeit und Unterhaltsamkeit zweiterem zuzuordnen (vgl. Arnold 2009: 241-243).

Bucher (2003: 21ff.) beschreibt journalistische Qualität aus einem systemtheoretisch bestimmbareren Kontext heraus. Er geht davon aus, dass gewisse kommunikationsethische Prinzipien einzuhalten sind, um Kommunikation überhaupt zu ermöglichen. Deshalb gibt es für öffentliche Kommunikation vier maßgebliche Voraussetzungen, um sie möglich zu machen: ausreichend, relevante, verlässliche und verständliche Informationen sind unabdinglich. Dem fügt er die Kriterien Aktualität und Vielfalt hinzu, begründet sie aber nicht weiter (vgl. Arnold 2009: 93f.). Nach Weischenberg (2003: 169) ist Qualitätsbewusstsein definiert als ein „Set von Einstellungen in Hinblick auf die Qualität des Journalismus, die Handlungsrelevanz besitzen“. Als wichtigster Faktor das Rollenselbstverständnis, konkret also die kommunikativen Absichten und Motive der Journalistinnen und Journalisten. Er verlangt in diesem Zusammenhang nach einem Umdenken zu einem Leistungsbegriff, anstatt eines Qualitätsbegriffs und nimmt wiederum Bezug auf McQuail. Ersterer arbeitet im Funktionsbewusstsein nach Normen, das Qualitätsbewusstsein agiert jedoch hinsichtlich der Ansprüche an die Professionalität.

### **2.2.1.3 Publikumsorientierte Ansätze**

Die Diskussion im Bereich der publikumsorientierten Forschungsansätze nach Qualität verlangt zunächst eine Antwort auf die Frage, ob und inwiefern der Markt und damit auch die Nachfrage des Publikums von sich aus für publizistische Qualität sorgen können. Oder ob dies aufgrund eines Marktversagens gar nicht möglich sein kann. Darüberhinaus stellt sich die Wissenschaft hier auch die Frage, was der Journalismus überhaupt leisten soll bzw. muss, um seine Rezipientinnen und Rezipienten zu erreichen und in ihrer Lebenswelt zu unterstützen (vgl. Arnold 2009: 96).

Für Heinrich (1994: 87-96) ist der Mediensektor sowohl in dem System der Wirtschaft, als auch in jenem der Publizistik eingebettet und damit einzigartig. Die beiden Bereiche unterscheiden sich in ihren Normen und Verfahren, was erhebliches Konfliktpotenzial birgt. In dem Kontext spricht er von einer sogenannten ökonomischen Qualität, die von den individuellen Präferenzen der Konsumentinnen und Konsumenten definiert wird. Vielfalt ist für Heinrich die zentrale Norm, die jedoch nicht zwingend zur Steigerung der ökonomischen

Qualität beitragen muss. Darüber hinaus leitet er aus dem Journalismus weitere Normen ab, wie Aktualität, Relevanz, Richtigkeit, Rechtmäßigkeit, Professionalität und Vermittlungskriterien. In Summe bezeichnet er diese als publizistische Qualität (vgl. Heinrich 1996: 166).

„Aus ökonomischer Perspektive ist davon auszugehen, dass der Wettbewerb die individuelle Wohlfahrt maximiert, also das produziert wird, was die Konsumenten wünschen und dies so billig wie möglich“ (Arnold 2009: 97). Zu dem muss man jedoch in Kontrast setzen, dass die Wirtschaftswissenschaft annimmt, dass bei einem Marktversagen eine optimale Produktion nicht mehr gewährleistet werden kann.

Mehrere Autorinnen und Autoren statuieren (Heinrich 1994: 98-100, Heinrich 1996: 169-171, Kiefer 2005: 148-150 und 179-182, Arnold 2009: 97), dass am Medienmarkt ein erhebliches Marktversagen festzustellen ist: Informationen und Meinungen sind größtenteils öffentliche Güter. Sie sind von Nicht-Rivalität bestimmt, werden also im Konsum nicht verbraucht und mitunter durch den nichtmöglichen Ausschluss von Nicht-Zahlern gekennzeichnet. Die ökonomische Theorie besagt, dass dies ein Zeichen dafür ist, dass beides nicht im optimalen Ausmaß produziert wird. Somit besteht die Möglichkeit, dass allgemeine Informationen, die dem allgemeinen Interesse entsprechen, bzw. die Meinungsvielfalt vom Markt verschwinden. Dies passiert aber nicht unter der Annahme, dass sie diese nicht wollen, sondern weil sie meinen, nicht dafür bezahlen zu müssen. Der Wert von Informationen, die für die Allgemeinheit wichtig sind, kann nur schwer bestimmt werden, was dafür sorgt, dass der privat nutzbare Teil an Informationen der Medien weiter an Gewichtung gewinnt. Dies hat zur Folge, dass Nachrichten zunehmend mit Unterhaltung vermischt werden und die Service- und Zielgruppenorientierung immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Aufgrund von Querfinanzierung durch Anzeigen und Werbung können Medien heute zu sehr niedrigen Preisen oder gar umsonst angeboten werden. Ein höherer Preis drückt auch nicht bessere Qualität aus (vgl. Altmeyden 2003: 121f.). So sind die Konsumentinnen und Konsumenten auch nicht bereit, für bessere Qualität zu zahlen. Auf der anderen Seite stehen die Produzenten, die kaum Anreiz haben, qualitativ hochwertiger zu produzieren, wenn dies weder

vom Publikum anerkannt noch monetär honoriert wird. Dies hat zur Folge, dass qualitativ hochwertige Produkte den Markt verlassen und schlechtere, billigere Qualität auf den Markt kommt. Heinrich (1996: 167) schlussfolgert, dass es hier zu einem sogenannten Marktversagen kommt, „in Bezug auf die Produktqualität, weil die Konsumenten eigentlich bereit wären, die bessere Qualität nachzufragen [...], wenn sie nur sicher sein könnten, die bessere Qualität zu erhalten“.

Im Rahmen der gängigen Forschungstradition spielt in der Diskussion der publikumsorientierten Herangehensweise auch das redaktionelle Marketing eine Rolle, da dies als die stärkste Ausdrucksform von Verflechtungen zwischen Medienunternehmen und dem Journalismus definiert ist. Auf diesen Aspekt soll im Weiteren jedoch nicht weiter eingegangen werden, weil die Verfasserin dies für die vorliegende Forschungsthematik als unwichtig erachtet, nicht zuletzt weil es „in einem marketingorientierten Qualitätsbegriff keine objektiven Qualitätskriterien“ (Rau 2000: 113) geben kann. Neben dem ökonomischen Paradigma ist die Auswahl an kommunikationswissenschaftlichen Herangehensweisen, die ihren Ursprung beim Publikum finden, eher bescheiden. Der „Users-and-Gratifications-Approach“, sowie andere theoretische Überlegungen, die aus der Publikumsforschung hervorgehen, würden jedoch eine empirische Basis dafür bieten (vgl. Arnold 2009: 104).

Einige ökonomische Aspekte die auf den bereits dargelegten Facetten der Wirtschaftswissenschaften aufbauen und hinsichtlich der Forschungsthematik eine bedeutende Rolle spielen, werden in Kapitel 2.3. „Ökonomisierung und ihre Folgen“ konkreter diskutiert.

### **2.2.2 Zwischenfazit**

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass argumentativ und objektiv gesehen alle drei Ansätze ihre Daseinsberechtigung haben. Jedoch gilt es zu betonen, dass jeder jeweils nur Teilbereiche des Journalismus und vor allem der Qualitätsbegründung in den Griff bekommt. Während der normativ-demokratische Zugangsweg eben ein sehr allgemeiner ist, der einen teils einseitigen Blickwinkel aus politisch/rechtlichem Territorium zeigt, weist er mangelhafte Kontrollierbarkeit auf. Aspekte, die journalistisch-analytische

Ansätze möglicherweise ausgleichen können, bleiben Funktionsbezüge hier oft sehr undeutlich. Es ist schwierig, einen gesellschaftlichen Bezug herzustellen, den Qualitätskriterien fehlt es an funktionalem Bezug und normativem Charakter. Die Orientierung an dem Publikum weist zwar einen großen Bezug zur Nutzung auf, jedoch wird von einer Funktion des Journalismus ausgegangen, den es zu begründen gilt (vgl. Arnold 2009: 106). Nach der medienökonomischen Perspektive können Rezipientinnen und Rezipienten publizistische Qualität nur bedingt erkennen, da es sich bei Medien um Erfahrungs- bzw. Vertrauensgüter handelt (vgl. Siegert/Meier/Trappel 2010: 530).

Betrachtet man die Kriterienraster der verschiedenen Forschungsansätze, so lassen sich sowohl einige Überschneidungen, als auch Differenzen bemerken. So verweisen fast alle auf Vielfalt, Richtigkeit und Relevanz. Der journalistisch-analytische Ansatz legt einen Fokus auf die Aktualität. Vertreterinnen und Vertreter der normativ-demokratiethoretischen Herangehensweise betonen Kriterien wie Ausgewogenheit und Neutralität. Faktoren wie Unabhängigkeit werden nur von wenigen Autorinnen und Autoren genannt. Die Qualität des publikumsbezogenen Ansatzes hebt Verständlichkeit, sowie Sprache und Stil hervor (vgl. Arnold 2009: 106f.). Jedoch muss in diesem Kontext angemerkt werden, dass die unterschiedlichen Zugangsarten, sowie die Forscherinnen und Forscher, die sich ihnen verschrieben haben, jeweils andere Zielsetzungen verfolgen. Darüber hinaus hält Arnold (ebd.: 107) fest: „... aufgrund der verschiedenen Eigenheiten und Angebote innerhalb der einzelnen tagesaktuellen und publizistisch geprägten Medien ist es nur schwer möglich, mit den gleichen Kriterienkatalogen alle Medien gleichermaßen zu beurteilen“. Aus diesem Grund soll auch auf die beiden Mediengattungen, die im Zuge dieser Untersuchung beleuchtet werden, konkreter eingegangen werden. Aktuelle Gegebenheiten und Merkmale des Internets und der Zeitung können demnach dem nachfolgenden Unterkapitel 2.2.4. „Identität und individueller Anspruch von Qualität“ entnommen werden.

Kritikerinnen und Kritiker betonen, dass die Rezeptionsforschung von großer Bedeutung ist bei der Untersuchung von Qualität. Da es aber schlichtweg zu aufwendig wäre, immer die Rezeption zu untersuchen, wenn Aussagen über die

Qualität von Medieninhalten getroffen werden sollen, halten diese kritischen Stimmen fest, dass eine inhaltsanalytische Betrachtung auch ausreichend ist. Dabei sollten jedoch plausible Annahmen über die Rezeptionsmechanismen beachtet werden und in der Untersuchung eine gewisse Sorgfalt walten lassen. Diese sollte sich darin auszeichnen, dass die Validität und soziale Reichweite von inhaltlichen Deutungen laufend kritisch geprüft werden (vgl. Hagen 1995: 40f.).

„Um der komplexen Thematik der Qualität im Journalismus gerecht zu werden, ist es sinnvoll, verschiedene Perspektiven und Begründungszusammenhänge zusammenzuführen“ (Arnold 2008: 502). Die ersten beiden Ansätze scheinen sich nach Verständnis der Verfasserin gut zur ergänzen, bzw. ihre jeweiligen Schwachstellen zumindest teilweise auszumerzen. Darüber hinaus wirken sie als adäquat, das Forschungsvorhaben bzw. Anliegen der vorliegenden Magisterarbeit gut abzubilden. Wie bereits in der Einleitung erwähnt soll die Untersuchung ein Verbindungsstück zwischen Wissenschaft und Praxis schaffen. Das Analyseinstrument, das von der Verfasserin ausgewählt wurde (Concept-Map-Methode – siehe Kapitel 3.1.1.) wurde ebenfalls auf Basis einer Umfrage mit Journalistinnen und Journalisten konstruiert, bezieht aber auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ein. Eine Kombination aus dem normativ-demokratiethoretischen Ansatz mit der Komponente der journalistischen Praxis, die im Falle dieser Magisterarbeit unter anderem auch durch Interviews mit Expertinnen und Experten abgebildet werden soll, scheint die am besten passende theoretische Fundierung zu sein. Im nachfolgenden Unterkapitel sollen jene journalistischen Kriterien der Qualität konkreter diskutiert und operationalisiert werden, die hinsichtlich der geplanten Erhebung ihre Anwendung finden. Auch in Anbetracht der theoretischen Fundierung der Funktionen der Massenmedien, die einen starken Bezug zu den Normen in der Gesellschaft haben, scheint die Kombination der beiden Zugangswege kompatibel zu sein.

### **2.2.3 Gütekriterien**

Um das teils subjektive und umstrittene Konstrukt von Qualität zu messen, „ist eine *substanzielle* (Hervorhebung i. O.) Definition von Qualität erforderlich, d.h.

es muss explizite, möglichst standardisierte und quantifizierbare Kriterien geben, die sich auf Eigenschaften von Medienangeboten als Merkmalsträger beziehen“ (Neuberger 2011: 27). Die nachgehenden elf Kriterien journalistischer Qualität, die auf dem ausgewählten, empirisch entwickelten Werkzeug der Concept-Map-Methode basieren, werden nun im Weiteren explizit erläutert. Da die Forschungsgruppe, die diese Methodik erarbeitet hat, keinerlei Hilfestellung zur Messung und Operationalisierung der Kriterien liefert und in logischer Schlussforderung auch nicht konkret definiert, greift die Verfasserin auf andere Studien zurück. An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass es besonders wichtig war, die Definition und Operationalisierung der Kriterien so simpel und vereinfacht wie möglich darzustellen. Einerseits um sich in der Komplexität des Qualitätsbegriffs selbst besser zurechtzufinden, andererseits um eine gute Nachvollziehbarkeit der Messung zu gewährleisten. Die nachgehend erwähnten Studien können nicht alle in ihrem vollen Umfang dargestellt werden. So werden lediglich jene Aspekte ausgeführt, die zur Herleitung und Erläuterung der Gütekriterien im Kontext der geplanten Untersuchung von Nöten sind und/oder als sinnvoll erscheinen. Die Operationalisierung der Kriterien, wie diese im praktischen Umfeld der Untersuchung angewendet wurden, ist dem Kapitel 3.1.1.1. „Auswertung mittels Concept-Map-Methode“ zu entnehmen.

### **Glaubwürdigkeit**

Glaubwürdigkeit zählt, in der vorliegenden Untersuchung, zu den drei bedeutendsten Qualitätskriterien. Auch in der fachspezifischen Forschung ist ihre Bedeutung unumstritten. „Glaubwürdigkeit wird im Journalismus durch die Recherche erreicht, mit der Fakten gesichert und ergänzende Informationen eingeholt werden. Weiters ist sie mit der Unabhängigkeit von bestimmten externen Einflüssen [...] verbunden“ (Arnold 2009: 172). Im Journalismus geht es nicht nur um die Darstellung von Fakten und Meinungen, sondern auch um ihre Verknüpfung sowie Einordnung hinsichtlich der Ursachen und etwaigen Folgen. Bei der Verknüpfung und Kategorisierung der Sachverhalte besteht für Journalistinnen und Journalisten nicht die Möglichkeit, nach wissenschaftlichen Maßstäben zu arbeiten. Dies ist einerseits auf Knappheit von Ressourcen und

Zeit, als auch auf die Komplexität zurückzuführen. Somit führen sie dies in einem journalistisch bearbeitenden Modus aus (vgl. ebd.: 172f.).

Da die Rezipientinnen und Rezipienten nur eingeschränkt über Möglichkeiten verfügen, die Inhalte zu überprüfen, wird davon ausgegangen, dass sie der journalistischen Wirklichkeit und ihrer Richtigkeit vertrauen (vgl. Kohring 2004: 163-177). Wenn dieses Vertrauen verloren geht, bedeutet dies einen Ansehens- und Reichweitenverlust und auch eine Funktionsverschiebung. Dies meint, dass ein Medium dann, wie beispielsweise eine Boulevardzeitung, eine unterhaltende Funktion hat. In Extremfällen, wie Journalismus in totalitären Regimen, ist auch von einem ganzen oder teilweisen Funktionsverlust die Rede.

## **Relevanz**

Der Aspekt Relevanz wird in der Informationsvermittlung sehr häufig thematisiert. In zahlreichen Studien wird die mangelnde Relevanz von Nachrichten kritisiert. Relevanz bildet somit ein zentrales Kriterium. Auch in der vorliegenden Forschungsarbeit wird es als einer von drei Faktoren der ersten Ebene behandelt (neben Glaubwürdigkeit und Professionalität). Im Gegenzug zum Wahrheitsgehalt oder der Sorgfältigkeit in der Berichterstattung wird im wissenschaftlichen Diskurs viel öfter die Frage gestellt, warum genau diese Nachricht mehr Aufmerksamkeit erhielt als andere (vgl. Hagen 1995: 70). Während der Begriff auch in der Nachrichtenwertforschung ein zentrales Element darstellt, ist es wichtig festzuhalten, dass Relevanz das bezeichnet, was die Rezipientin bzw. den Rezipienten und die Nachricht verbindet. Damit ist sie erstens Selektionskriterium und zweitens ein inhaltliches Merkmal (vgl. Ruhrmann 1989: 36-42). Für McQuail (1992: 198) gilt sie als Schlüsselbegriff, um die Qualität zu beurteilen, mit der Nachrichten ausgewählt und produziert werden.

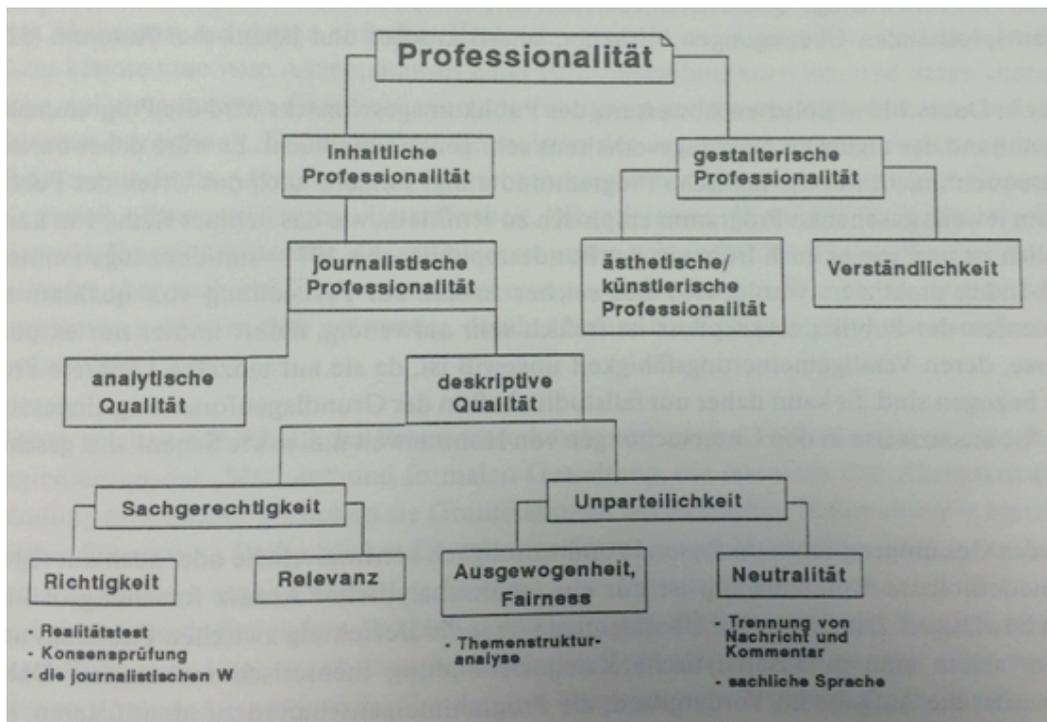
Die Wissenschaft ist sich also einig hinsichtlich der Bedeutung von Relevanz. Problematisch ist jedoch, festzulegen, woraus sie sich definiert. Schatz und Schulz (1992) haben versucht, dies zu klären, und beschreiben Relevanz als relationalen Begriff. „Ein Sachverhalt oder Vorgang ist nie an sich und aus sich heraus relevant oder bedeutsam, sondern immer nur in bezug [sic!] auf etwas

anderes“ (ebd.: 696). Sie (ebd.: 696f.) differenzieren im Bezug auf Relevanz zwischen drei Aspekten: den Ebenen, dem Niveau und den Attributoren, wobei letzterer aufgrund der mangelnden praktischen Umsetzungsmöglichkeiten und dem spezifischen Bezug auf die Fernsehforschung vernachlässigt wird. Hinsichtlich der Relevanzebenen lässt sich unterscheiden zwischen Mikroebene (Individualebene), Mesoebene (Ebene der sozialen Gruppen, intermediären Organisationen und Institutionen), die Ebene der gesellschaftlichen Subsysteme (z.B. Wirtschaft, Politik, Wissenschaft etc.) und letztlich der gesamtgesellschaftlichen Ebene (Makroebene). Darüber liegt der übergeordnete Begriff der sozialen Relevanz. Die Ebenen wurden hier entsprechend ihrer Bedeutung hinsichtlich der Relevanz gereiht, wobei die Mikroebene die geringste und die Makroebene die höchste Relevanz aufweist. Im Weiteren spielen die situativen Unterscheide eine große Rolle. Das Abweichen vom Normalzustand bedeutet einen Relevanzgewinn, sobald also in gewisser Hinsicht eine Leistungs- bzw. Strukturkrise besteht, ist eine Nachricht darüber sozusagen berichtenswerter.

### **Professionalität**

Die Autoren Schatz und Schulz (1992) thematisieren in ihrer Untersuchung zwar die Professionalität im Rundfunk, jedoch haben sie einen sehr allgemeinen Zugang gewählt, der es ermöglicht, ihre Erkenntnisse auch auf andere mediale Produkte umzulegen. Im wissenschaftlichen Diskurs gibt es nur wenige Ansätze, die Professionalität als eigenes Kriterium in einer Qualitätsanalyse mit einfließen lassen. Dies ist einerseits auf die Problematik der Operationalisierung, andererseits auf die Unsicherheit der Standards zurückzuführen. Professionalitätsstandards können aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden und damit ganz differenziert ausfallen (vgl. ebd.: 702).

Die Autoren stützen sich in ihrer Auffassung auf die Perspektive der Programm-Macher und professionellen -Beobachter und legen mit ihren Erkenntnissen folgende Aspekte der Professionalität vor:



**Abbildung 3: Aspekte der journalistischen Professionalität (vgl. Schatz/Schulz 1992: 705)**

Professionalität setzt sich demnach aus vielen Komponenten zusammen, wobei die gestalterische und die deskriptive Qualität beinahe gänzlich durch andere Kriterien dieser Untersuchung abgedeckt werden. Um auch den äußerst wichtig Aspekt der Kritik- und Kontrollfunktion in der Untersuchung abzudecken, soll das Kriterium der Professionalität den Fokus auf die analytische Qualität der Inhalte legen. Dieser Faktor ist aus der politischen Funktion bzw. öffentlichen Aufgabe der Massenmedien abzuleiten, auf die sich die vorliegende Magisterarbeit vorwiegend stützt. Die Funktion von Kritik und Kontrolle trägt gewissermaßen zur Meinungsbildung und Orientierung der Rezipientinnen und Rezipienten bei. Inhalte weisen analytische Qualität auf, wenn sie „Hintergründe von aktuellen Ereignissen ausleuchten, Fakten interpretieren und kommentieren, wenn sie Mißstände [sic!] aufdecken, den Mißbrauch [sic!] von Macht anprangern und wenn sie auf eigener, aktiver und intensiver Recherche beruhen“ (Schatz/Schulz 1992: 704).

Analytische Qualität lässt sich vorwiegend in Meinungsbeiträgen wie Kommentaren oder Leitartikeln erkennen, ist aber auch in Formaten wie Interviews feststellbar. Kommentare können somit als Merkmal von Qualität angesehen werden, „insbesondere dann, wenn sie nicht Ereignisse subjektiv

werten, sondern durch stringente Argumentation das Werturteil begründen, wenn sie Hintergründe, Ursachen und Folgen verdeutlichen, Zusammenhänge herstellen und [...] einen Sachverhalt interpretieren, für das Publikum ‚logisch‘ durchschaubar machen“ (vgl. Schatz/Schulz 1992: 704). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass beispielsweise ein Kommentar die Leserschaft dazu anregt, sich eine politische Meinung zu bilden, bzw. sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Somit trägt er zur Erfüllung der politischen Funktionen von Massenmedien bei. In weiterer Folge kann er deshalb als ein Merkmal journalistischer Qualität angesehen werden.

### **Aktualität**

Als gewissermaßen Gleichzeitigkeit verstanden, bildet Aktualität das bedeutendste Wesensmerkmal von Nachrichten – „News“, da sich ihre Leistung von anderen wissensvermittelnden Disziplinen unterscheidet, wie beispielsweise der Geschichte oder der Wissenschaft (vgl. Park 1940: 676). Aktualität wird oft als ein Teil von Relevanz beschrieben. Wobei Ruhrmann (1989: 18; 1989: 27; 1989: 93-97) empirisch belegt, dass Aktualität für Journalistinnen und Journalisten ein viel bedeutenderes Selektionsmerkmal ist, als für Rezipientinnen und Rezipienten. So wird die Aktualität in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung auch selten untersucht.

### **Unabhängigkeit**

Unter der Annahme, dass Journalismus als eigenes gesellschaftliches Teilsystem verstanden wird, gilt es auch den Faktor der Unabhängigkeit einzubeziehen. Wenn Journalismus mit anderen Teilsystemen der Gesellschaft gekoppelt ist, werden seine Operationen gleichermaßen gehemmt bzw. eingeschränkt. Er gerät dann in eine gewisse Abhängigkeit von systemfremden Interessen und kann dem entsprechend seine eigenen, publikumsbezogenen Interessen nicht mehr verfolgen. Wenn dies eintritt, erlebt das System einen Verlust an Glaubwürdigkeit und Vertrauen. In weiterer Folge droht der Identitäts- bzw. Funktionsverlust (vgl. Arnold 2009: 173).

In der Qualitätsforschung findet das Kriterium Unabhängigkeit kaum Verwendung. Die Verfasserin nimmt an, dass dies einerseits auf die Nähe zu

Kriterien wie Neutralität oder Objektivität, andererseits auf die Komplexität hinsichtlich der Operationalisierung in der Praxis zurückzuführen ist. Nur McQuail (1992: 99-140) diskutiert diesen Aspekt unter dem Terminus „media freedom“. Für ihn steht der Begriff ganz nah an der Ermöglichung von Vielfalt und unter dem Verständnis von Unabhängigkeit im Rahmen von journalistischer Professionalität.

Hinsichtlich der systemtheoretischen Ebene scheinen in diesem Kontext vor allem zwei Systeme Bedeutung zu haben, die eng mit dem Journalismus verknüpft sind und die Unabhängigkeit beeinflussen: Politik und Wirtschaft. Unabhängigkeit soll aber weder heißen „politisch neutral zu sein, noch sich starr an eine Parteilinie zu binden. Entscheidend ist vielmehr, das Publikum und seine Orientierungsbedürfnisse zum wichtigsten Relevanzmaßstab zu machen“ (Arnold 2009: 174f.). So ist auch die Überlagerung durch die Politik als äußerst kritisch zu betrachten, da in diesem Falle die Selektion nicht mehr über journalistische Auswahlkriterien getroffen wird (vgl. ebd.: 175). Die Problematik von wirtschaftlicher Einflussnahme auf Medien wird in der vorliegenden Magisterarbeit noch relativ ausführlich diskutiert (siehe dazu Kapitel 2.3. „Ökonomisierung und ihre Folgen“). Zusammengefasst muss festgehalten werden, dass Journalismus natürlich nicht unabhängig von ökonomischen Erwägungen handeln kann. Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Redaktionsarbeit weniger auf kurzfristige, wirtschaftliche Ziele anzusetzen, sondern unter langfristigen, strategischen Entscheidungen auf publizistische Qualität und Vertrauensschaffung zu setzen (vgl. Arnold 2009: 176).

### **Wahrhaftigkeit/Richtigkeit**

Unter Richtigkeit/Wahrhaftigkeit sollen hier vor allem Wahrheit und Genauigkeit verstanden werden. Das Kriterium meint das Ausmaß, in dem eine Information dazu beiträgt, „die beabsichtigten Effekte einer Handlung zu erreichen“ (Hagen 1995: 105). Ein Beispiel soll die komplexe Begrifflichkeit erläutern: die Information „neun Menschen wurden verletzt“ ist nicht wahr, wenn es tatsächlich zehn Verwundete waren. Dabei ist sie aber wesentlich genauer als die Aussage „weniger als hundert Menschen wurden verletzt“. Erstere Einschätzung macht auch ein effektiveres Folgeverhalten möglich. Um Genauigkeit zu eruieren, muss

geklärt sein, wie stark zwei Aussagen voneinander abweichen. Die Genauigkeit ist damit ein Begriff, der aus Wahrheit abgeleitet ist, und möglichst dicht an ihr dran sein sollte (vgl. ebd.). Für Nachrichten gilt die Wahrhaftigkeit als konstitutiv, das heißt, dass die Informationen mit gewissen Wahrheitsvorstellungen der Leserinnen und Leser übereinstimmen müssen (vgl. von Glasersfeld 1987 zit. nach Hagen 1995: 105).

Genauigkeit ist auch in den Grundsätzen der journalistischen Arbeit im Ehrenkodex der österreichischen Presse verankert (vgl. Österreichischer Presserat 2015: o.S.). Unter anderem deswegen ist es unumgänglich, diesen Aspekt als Qualitätskriterium zu werten, auch wenn er gewisse epistemologische Probleme aufweist. Um eine sinnvolle Definition zu treffen, ist eine sehr klare Abgrenzung nötig. Im Alltag wird Wahrheit als Bezeichnung von Merkmalen verschiedener Beziehungen innerhalb des Dreiecks Realität, Vorstellung und Bezeichnung verwendet. Unter dem Verständnis der Verfasserin heißt Wahrhaftigkeit bzw. Richtigkeit, dass „es einen Typ empirischer Aussagen gibt, der sich auf physikalische Phänomene bezieht und dessen Wahrheit sich [...] beurteilen lässt“ (Hagen 1995: 106).

Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft stellt zwar die faktische Wahrheit und Genauigkeit nicht in den Fokus, trotzdem hat sich im anglosächsischen Raum unter dem Begriff „accuracy research“ eine eigene Forschungstradition entwickelt (vgl. McQuail 1992: 207-210). Da das Sprachverständnis immer interpretativen Spielraum bietet, besteht die Möglichkeit, dass dieselbe Aussage von mehreren Rezipientinnen und Rezipienten jeweils als leicht oder schwer verifizierbar oder unter Umständen sogar als wertend verstanden wird. Die Qualitätsforschung versteht dies als Problem und versucht dem mit hermeneutischen Untersuchungen und ausführlichen Diskussionen entgegen zu wirken (vgl. Hagen 1995: 109).

## **Objektivität**

Der Faktor Objektivität steht in seiner Definition und Operationalisierung vor allem dem Kriterium der Neutralität, aber auch der Ausgewogenheit sehr nahe. Deshalb ist eine präzise Abgrenzung der Begrifflichkeiten überaus wichtig. Im

wissenschaftlichen Diskurs wird zwischen den ersten beiden kaum ein Unterschied gemacht:

Unter dem Begriff Objektivität bzw. Sachlichkeit wird im wissenschaftlichen Diskurs meist die Trennung von Nachricht und Meinung verstanden (vgl. Hagen 1995: 116). Konkret meint dies den Anspruch an die Journalistinnen und Journalisten, explizite Wertungen von sachlichen, vorurteilslosen Nachrichten zu trennen und faktentreu und vorurteilslos zu berichten. In Österreich ist dies zumindest sinngemäß im Pressekodex festgehalten (vgl. Österreichischer Presserat 2015: o.S.).

In der englischsprachigen Forschung wird die sehr umfangreiche Sammlung von Untersuchungen zur Trennung von Nachricht und Meinung unter dem Begriff „news bias“ zusammengefasst. Ein Feld, in dem sich die Wissenschaft sehr uneinig ist. Zahlreiche Studien wurden repliziert, kritisiert und wieder verworfen (vgl. Hagen 1995: 116). Für McQuail (1992: 205f.) ist diese strikte Trennung unter dem Kriterium „Faktizität“ einzuordnen, das sich, wie der Name schon verrät, vorwiegend auf die Faktenbezogenheit konzentriert. Darüber hinaus thematisiert es aber auch, wie wichtig es ist, eine neutrale Position einzunehmen (vgl. ebd.: 232-236).

Vor allem in der narrativen Nachrichtenforschung wird immer wieder thematisiert, dass es aus der Erzählperspektive kaum vermeidbar ist, implizite Meinungen oder Weltbilder einfließen zu lassen. Es gibt jedoch eigene Stilformen im Journalismus, die eine ereignisbezogene Perspektive einer Journalistin bzw. eines Journalisten sogar verlangen, wie beispielsweise der Kommentar oder die Reportage. Abseits dieser Textformen, die wertende Aussagen enthalten, gilt es sich an der Sachlichkeitsnorm zu orientieren (vgl. Hagen 1995: 117).

### **Ausgewogenheit**

Ausgewogenheit zählt als wichtiges Kriterium in der objektivistischen Qualitätsforschung. Für McQuail (1992: 203) ist sie neben Neutralität einer der beiden zentralen Faktoren der Unparteilichkeit, die für ihn wiederum der Objektivität zuzuordnen ist. Hagen (1995: 120) findet einen sehr allgemeinen Zugang. Er hält fest, dass Ausgewogenheit bedeutet, „inhaltliche Einheiten in

einem Verhältnis zu berücksichtigen, das als gerecht angesehen wird“. Schatz und Schulz (1992: 704) verstehen den Begriff im Kontext der journalistischen Professionalität und meinen, dass die Erläuterung eines Themas oder eines Ereignisses ausgewogen sein muss. „Dies betrifft insbesondere kontroverse Themen, hier sollen alle Standpunkte berücksichtigt werden“ (Arnold 2009: 196).

Arnold (ebd.) betont, dass die Ausgewogenheit in Summe ein schwer zu erfüllendes Kriterium ist. Es scheint schier unmöglich zu sein bei einem Streitthema, viele oder sogar alle Äußerungen im gleichen Ausmaß darzustellen. Darüber hinaus muss vor allem im politischen Kontext eine klare Grenze hinsichtlich der Bedeutung gezogen werden. So ist die Aussage einer großen Volkspartei von größerer Wichtigkeit, als jene einer kleinen Partei die nicht einmal im Parlament vertreten ist. Ausgewogenheit kann somit nur meinen, bei Kontroversen lediglich die Befürworterinnen und Befürworter, sowie Gegnerinnen und Gegner in einem ausgeglichenen Verhältnis zu Wort kommen zu lassen.

### **Neutralität**

Der Begriff Neutralität ist im Kontext der Untersuchung auch als Unparteilichkeit zu verstehen und vom Kriterium Objektivität zu unterscheiden. Für McQuail (1992: 232f.) ist „neutral presentation“ zwar ein Teil des Objektivitätsanspruches, er geht hier jedoch über die inhaltliche, textliche Komponente hinaus und differenziert ihn von der hier verwendeten Definition von Objektivität. Auch das Untersuchungsinstrument verlangt eine Abgrenzung, mithilfe der Definition von McQuail soll diesem Anspruch Folge geleistet werden. Er spricht dabei über Platzierungen, Bebilderung und Schlagzeilen. Wie es auch beim Objektivitätsanspruch der Fall ist, kritisiert er in diesem Zusammenhang alle Formen von Sensationsgier, die Verwendung von wertenden Ausdrücken und den Gebrauch von Emotionalisierung. Die theoretische Grundlage ist in ihrem Kern dem Objektivitätsanspruch gleichzusetzen, jedoch versteht sich Neutralität im Kontext der Untersuchung vorwiegend als Trennung von Nachricht und Meinung im Sinne des politischen Kontextes wie auch der Neutralität des Gesamteindruckes von medialen Inhalten. Neutralität beschreibt hier also eine wertfreie und unparteiische Präsentation von Informationen und Nachrichten.

## **Verständlichkeit**

Im Gegensatz zu anderen Kriterien ist die Verständlichkeit ein Merkmal, das sehr selten erforscht wird. Meist wird sie im Rahmen von Rezeptionsuntersuchungen beleuchtet, jedoch kaum im Kontext der Qualität. Die sprachliche und inhaltliche Verständlichkeit gilt jedoch als äußerst wichtig. Inhalte, die unbekannt sind, müssen der Rezipientin bzw. dem Rezipienten durch Vergleiche verständlich gemacht werden (vgl. Göpfert 1993: 100f.). Als wichtige Aspekte werden also die Anordnung und Aufbereitung von Wissen verstanden. So fokussiert man sich hier entweder auf die lexikalische, syntaktische und grammatikalische Struktur der Sätze oder auf die semantische Komponente von Texten. Wobei man hierbei festhalten muss, dass der zweite Aspekt relativ schwer zu erfassen ist (vgl. Hagen 1995: 129f.).

## **Achtung der Persönlichkeit**

Die Achtung der Persönlichkeit ist in Österreich im Mediengesetz verankert. Der dritte Abschnitt der rechtlichen Bestimmung hält somit wichtige Aspekte wie den Persönlichkeitsschutz, Folgen der üblen Nachrede oder Verleumdung und den Grundsatz der Unschuldsvermutung fest (vgl. Bundeskanzleramt 2015: o.S.). Dies zeigt, dass die Achtung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts für die Medien sehr relevant ist. Ein respektvoller Umgang mit Personen, sowie eine gewisse Zurückhaltung, wenn es um die Privat- bzw. Intimsphäre geht, sollen im Fokus für die journalistische Arbeit und Recherche stehen. Dieses Kriterium fand in der Qualitätsforschung bislang keine Anwendung, stellt aber einen wesentlichen Faktor in der Diskussion der journalistischen Ethik dar. Zwar ist die Achtung der Persönlichkeit gesetzlich geregelt, jedoch gilt dies als grundlegende Bedingung von Respekt und Mitmenschlichkeit in einer Gesellschaft und sollte nicht nur auf politischer Ebene geregelt und sanktioniert werden (vgl. Arnold 2009: 198f.). Aufgrund dieser unumstrittenen Bedeutung soll dieser Faktor auch hinsichtlich der Qualitätsanalyse beleuchtet werden.

## 2.2.4 Identität und individueller Qualitäts-Anspruch

„Betrachtet man Fernsehen, Hörfunk und Internet, so wird deutlich, dass hier stärker als beim Informationsmedium Zeitung die sehr heterogenen Inhalte berücksichtigt werden müssen. Speziell [...] lässt sich feststellen, dass für alle Medien mehr oder weniger die gleichen grundlegenden Kriterien gelten, allerdings auch die zumeist auf technischen oder strukturellen Voraussetzungen beruhenden Eigenheiten der verschiedenen Medien beachtet werden müssen, was zum Teil spezielle Kriterien bzw. die Modifikation bestimmter Kriterien nahe legt“ (Arnold 2009: 130).

Da die unterschiedlichen Medien verschiedene materiell-technische, sowie strukturelle Eigenschaften haben, setzt jedes von ihnen eigene Akzente in der journalistischen Funktion. Daraus ergeben sich spezielle Zusatz-Qualitäten, die vor allem auf gewisse Mediengattungen zutreffen (vgl. Arnold 2009: 180). Hinsichtlich der vorliegenden Analyse sind logischerweise die Print- und Online-Zeitung besonders interessant.

Wie bereits zu Beginn dieses Theoriekapitels konkret erläutert, haben die Massenmedien gewisse politische, wirtschaftliche und soziale Funktionen zu erfüllen. Jedoch treffen diese Funktionen nicht auf alle Mediengattungen gleichermaßen zu. Die Printmedien zeigen gewisse „Stärken“ in einzelnen Bereichen, wie beispielsweise die Informationsfülle zu reduzieren und zu ordnen, sowie die Wahrnehmung der politischen Aufgaben, vor allem im regionalen Raum.

Die Zeitung weist aber hinsichtlich ihrer Aktualität einen deutlichen Schwachpunkt auf. In diesem Punkt sind ihr Online-Medien deutlich voraus. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, fokussiert das Printmedium auf die Klärung von Hintergründen, Ursachen und Folgen, sowie auf latent aktuelle Themen und erarbeitet sich daraus einen Vorteil: mehr Zeit für Recherche und aufwändigere Darstellung. Eine klare Stärke des Printmediums sind also die tiefgehenden Analysen, Hintergrundbetrachtungen und Kommentierungen. Aspekte, die von flüchtigen Online-Medien oder dem Rundfunk nur eingeschränkt umzusetzen sind. Eine zusätzliche Stärke bildet sich aus der Regionalität eines Mediums und der damit einhergehenden konzentrierten Beobachtung von kleineren geografischen Räumen (vgl. Pürer/Raabe 1994: 311ff.). Ein Aspekt, den die OÖN sehr stark nutzen. Diese Faktoren versteht die Verfasserin als eine Art

„Zusatzqualitäten“ der Tageszeitung. Es kann angenommen werden, dass dies den Anspruch beschreibt, den die Rezipientinnen und Rezipienten an eine Tageszeitung haben. Sie stellen die individuellen Spezifika des Produkts dar.

Im Online-Journalismus ist die Zufriedenheit und Rezeption der Nutzerinnen und Nutzer ein bedeutender Faktor. Nach Bucher (2000: 153) ist deshalb die publizistische Qualität von Online-Angeboten stark von der Unterstützung der internetspezifischen Nutzungsweisen abhängig. Eine korrekte Handhabung ist somit von größter Bedeutung. Probleme, die bei der Nutzung auftreten können, müssen vermieden werden. Hierzu zählen Orientierungsprobleme, Einstiegsprobleme, Navigationsprobleme, Sequenzierungs- bzw. Einordnungsprobleme, Rahmungsprobleme (vgl. ebd.: 162ff.). Um die Qualität von Online-Angeboten adäquat zu messen, muss die empirische Analyse folgenden Charakteristika entsprechen: Sie muss funktional und nicht normativ sein, soll produkt- und prozessorientiert sein. Letzteres meint vor allem die zeitliche und dynamische Dimension zu berücksichtigen. Darüber hinaus soll sie rezeptionsfokussiert sein, da die Nutzung von Online-Inhalten von unterschiedlichen Wissensständen und Kompetenzen der Rezipientinnen und Rezipienten abhängig ist (vgl. ebd.: 155ff.).

In den Anfangsjahren des Internets stiegen die Wachstumsraten der Nutzung, die Anzahl der Websites und der Internet-Unternehmen stetig. Damals war die Verbreitung des Mediums vielfach mit der impliziten Hoffnung verbunden, dass Quantität früher oder später in Qualität übergehen würde. Nachdem das Wachstum, zumindest in unseren geografischen Breiten, stagniert, ändert sich der Blickwinkel. Es geht nicht mehr nur darum, dabei zu sein, sondern vor allem auch wie. Das Internet zeigt dabei seine guten und schlechten Seiten. Hier ist nicht nur die Frage nach der Finanzierung gemeint. Wer mit seinem Angebot Geld verdienen möchte, ist mittlerweile gezwungen, sich verstärkt über die Qualität des Inhalts Gedanken zu machen (vgl. Beck/Schweiger/Wirth 2004: 7). Das vielfältige Onlineangebot bietet grundsätzlich gute Voraussetzungen für einen Qualitätswettbewerb, „denn dort, wo konkurrierende Websites tatsächlich nur einen Mouseclick entfernt sind und keine Gebietsmonopole die Anbieter vor dem Wettbewerb schützen, können auch die kleinen Unterschiede entscheidend

sein“ (ebd.: 7f.). Einerseits bringt die Strategie der Kostenreduktion Probleme, denn mit niedrigen Personalinvestitionen und der Nutzung problematischer Erlösquellen lässt sich nur in geringen Maßen professioneller Journalismus erwarten (vgl. Neuberger 2002: 359). In Kontrast dazu scheint Qualitätsverbesserung ein vielversprechender Weg zu sein, sich am Markt zu behaupten (vgl. Beck/Schweiger/Wirth 2004: 8).

Da die Kommunikationswissenschaft, wie bereits erwähnt, über keinen universellen Ansatz verfügt, publizistische Qualität zu erheben und eine gewisse Vergleichbarkeit unter den Mediengattungen herzustellen, weist die computervermittelte Kommunikation in diesem Forschungsgebiet eine noch größere Lücke auf. Deshalb gilt es, sich in der vorliegenden Analyse auf bereits vorhandene Ansätze zu fokussieren und diese auf ihre Anwendbarkeit und Übertragbarkeit auf die Onlinekommunikation zu überprüfen (vgl. Beck/Schweiger/Wirth 2004: 8).

Nach Neuberger (2011: 99) müssen aufgrund des geringen Grads der Formatisierung im Internet die Identität und der Anspruch eines Mediums dezidiert geklärt sein. Man kann nicht davon ausgehen, dass die professionelle Sicht und jene des Publikums einheitlich sind. „Im Bereich der professionell-redaktionellen Berichterstattung ist (jedoch – *Anm. d. Verfasserin*) davon auszugehen, dass Publikumserwartungen an die Qualität vom klassischen Medium auf das Internet übertragen werden. Mit dem Transfer einer Medienmarke ins Internet werden im neuen Umfeld ähnliche Erwartungen geweckt wie im bisherigen Medium“ (ebd.).

Hinsichtlich der Online-Medien müssen gewisse Qualitätskriterien gesondert betrachtet werden: einerseits Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit, andererseits Aspekte wie Neutralität, unter Annahme der Definition der vorliegenden Arbeit, sowie Aktualität, Relevanz und Richtigkeit. Beispielsweise bekommt Aktualität im Online-Journalismus eine völlig neue Bedeutung. Denn während es für eine Tageszeitung gilt, ein Resumée über das Tagesgeschehen zu ziehen, ist es im Internet eher eines des Augenblicks. Beiträge werden immer wieder ergänzt, wenn in der betreffenden Sache Neues zu vermelden ist. Die laufende Aktualisierung bietet auch die Möglichkeit, Nachrichten jederzeit zu korrigieren

und zu verbessern. In den Online-Archiven sind die Artikel auch später noch weiterhin abrufbar, was eine gewisse „rückwärts gewandte Verantwortung“ erzeugt, für alles was bereits publiziert wurde (vgl. Meier 2002a: 111 ff., Meier 2003: 253f.)

Durch bewusste Themensteuerung soll erreicht werden, dass die Leserschaft, auch bei mehrmaligem Aufrufen des Portals an einem Tag, stetig neue Inhalte bekommt. Dabei stellt sich dann die Frage, ab wann eine wichtige Nachricht durch eine andere ersetzt wird, die einerseits aktueller, aber deswegen nicht zwingend wichtiger ist. Aufgrund der genannten Aspekte ist auch der Faktor der fragwürdigen Transparenz zu beachten: Auf Basis welcher Merkmale werden Artikel gereiht und sollten Rezipientinnen und Rezipienten über nachgehende Korrektur von Fehlern oder Löschen umstrittener Beiträge informiert werden (vgl. Meier 2002a: 107-110, Meier 2003: 253f.)?

In der Literatur werden Faktoren wie Cross-Medialität oder Interaktivität als mögliche neue Qualitätskriterien in den Raum gestellt (vgl. Meier 2002a: 255-258). Die Verfasserin versteht diese eher als Eigenschaften, wobei der Interaktivität noch gewissermaßen Qualitätsaspekte zugeschrieben werden können, da das Internet eine völlig neue Möglichkeit schafft, dass Rezipientinnen und Rezipienten mit dem Content interagieren können. Dies führt nicht nur zu einem direkten Feedback an die Redaktion, sondern fördert auch den Diskurs, sowie den Austausch. Ein Medium kann der Leserschaft damit auf „Augenhöhe“ begegnen. Darüber hinaus wird eine Möglichkeit zur Integration auf völlig neuem Niveau bereit gestellt (vgl. Meier 2002a: 255f.). Cross-Medialität hingegen erfordert von den Redaktionen, sich neu zu organisieren, ihre Teamstrukturen zu überdenken und neue Ressourcen und Räumlichkeiten zu schaffen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Das Konzept des „News-Rooms“ schafft die Infrastruktur, um mehrere Ausspielkanäle zu bedienen, um cross-mediale Teamarbeit möglich zu machen und gemeinsame Ressourcen zu nutzen. Herausforderungen bleiben aber auch hier: unterschiedliche Erscheinungsrhythmen und Workflows (vgl. Meier 2003: 257f., Meier 2002b: 203ff.).

Eine zusätzliche Leistung, die ein Online-Medium erbringen muss und die bislang nicht erläutert worden ist, ist der Anspruch an die Navigation und Moderation im Internet. Aufgrund der schwer überschaubaren Angebotsmenge wachsen die Anforderungen an die Orientierung immens. Bei der Quantität an Angeboten und der fehlenden flächendeckenden Qualitätsprüfung ist die Navigation eine bedeutende Leistung (vgl. Neuberger 2011: 102). „Als Navigator können nur solche Angebote fungieren, die selbst ein hohes Maß an Sichtbarkeit haben und durch Reputation als ‚Leuchtturm‘ und ‚Wegweiser‘ vom Publikum akzeptiert werden“ (ebd.). Das Internet bietet zwar eine hervorragende Basis für die öffentliche Meinungsbildung, jedoch gilt dies wirklich für alle Meinungen? Im Netz kann jeder seine Meinung kund tun, egal ob rassistisch, hetzerisch oder anderwärtig diskriminierend. Dies konnten wir zuletzt unter anderem in der europäischen Flüchtlingskrise beobachten. Somit muss der Journalismus eine Plattform schaffen, wo sich Nutzerinnen und Nutzer austauschen können, der Diskurs angeregt und der Ablauf moderiert wird (vgl. Edwards 2002 zit. nach Neuberger 2011: 97).

Im Bezug auf die Navigation spielt auch die Orientierung bei Online-Angeboten eine große Rolle, zumal Mängel zu Problemen in der Rezeption führen können. Aspekte, die es hinsichtlich der Orientierung zu beachten gilt, sind die Hypertextualität, sowie das Layout und die Werbung. Die Hypertextualität dient mitunter dazu, mehrere Angebote bzw. Informationen mittels Hyperlinks in einen Text zu integrieren. Somit sind also Querverweise zu anderen, für das Thema essentielle Informationen geschaffen. Auch dadurch können Orientierungsprobleme entstehen, wenn sich die Rezipientin bzw. der Rezipient in der Tiefe der Website „verliert“. Meier (1999: 73-90) unterscheidet zwischen verschiedenen Darstellungsarten von Websites in hierarchischen, linearen und verwobenen Strukturen. Das untersuchte Portal nachrichten.at zeigt eine verwobene Struktur, da jede Seite mit vielen anderen Seiten verknüpft ist, sei es durch Hyperlinks im Text zu anderen Artikeln oder durch Werbeeinschaltungen, sowie durch Fotos und Teaser zu anderen Artikeln verschiedenster Ressorts. Meier betont, dass bei dieser Darstellungsform der Navigationshilfe eine besondere Bedeutung zukommt.

Hinsichtlich des Layouts führt Meier (1999: 74ff.) einige Merkmale an, die für ein passendes Layout, sowie eine gute Orientierung maßgeblich sind. Einige, die von der Verfasserin als wichtig erachtet werden, sind im Weiteren in aller Kürze erläutert. Hierbei gilt es beispielsweise den Gestaltungskorridor zu nennen, welcher der Userin bzw. dem User zeigen soll, dass sie bzw. er sich innerhalb des Angebots eines spezifischen Anbieters befindet. Mit Hilfe von Bildern, Tabellen und Navigationshilfen soll bei der Orientierung geholfen werden. Darüber hinaus soll ein Augenmerk auf die Farbigkeit gelegt werden. Anhand von wenigen Farben soll ein einheitliches Layout ein Ausdruck von Übersichtlichkeit und Ernsthaftigkeit sein. Mit Kontrasten oder Signalfarben können Hervorhebungen umgesetzt werden. Mit einer hierarchischen Darstellung der Seiten soll der Nutzerin bzw. dem Nutzer eine Gliederung veranschaulicht werden. Weißräume und Spaltenbreite gewähren eine bessere Lesbarkeit. Mit Gliederungselementen, wie Tabellen oder Aufzählungszeichen, sowie Infografiken oder Fotos soll die Information anschaulich aufbereitet werden und eine gute Übersicht entstehen. Den Aspekt der Werbung im Bezug auf Schwierigkeiten in der Orientierung konnte die Verfasserin in der Literatur nicht finden. Hierbei gilt es jedoch zu erwähnen, dass die Schaltung von Werbebannern im Sinne der Trennung von Werbung und Nachrichten auf Websites eine gewisse Unübersichtlichkeit bringt. Vor allem wenn diese als Textstörer (also im Text eines Artikels) angebracht sind oder sich beim Laden einer neuen Seite über den ganzen Bildschirm legen.

Darüber hinaus gilt es festzuhalten, dass sich auch Erwartungen und Ansprüche an ein Medium ändern. Sie modifizieren sich mit dessen Weiterentwicklung. So haben sich beispielsweise Maßstäbe für das Design von Websites in den vergangenen 20 Jahren erheblich verändert (vgl. Neuberger 2011: 97).

### **2.2.5 Sicherung von Qualität**

Die spezifischsten und konkretesten Qualitätskriterien sind sinnlos, wenn diese nicht in der Praxis angewandt und die definierte Qualität in weiterer Folge nicht gesichert werden kann (vgl. Arnold 2009: 115). Ruß-Mohl (1996: 103) betont, dass Qualitätssicherung keinesfalls eine einmalige Aufgabe darstellt, die an einer bestimmten Stelle im Ablauf der Produktion steht. Sie ist vielmehr ein

vielschichtiger Vorgang, mit präventiven, begleitenden und korrektiven Elementen im Produktionsprozess. Es bedarf einer dezentralen Struktur der Qualitätssicherung, um diese Funktion sinngemäß zu erfüllen.

Arnold (2009: 115) grenzt dabei klar zwischen interner und externer Qualitätssicherung ab. Während erstere direkt im Unternehmen bzw. den Redaktionen selbst erfolgt, lässt sich zweitens über etwaige gesellschaftliche und journalistische Initiativen und Institutionen regulieren. Dies kann beispielsweise über journalistische Preise erfolgen, aber auch durch Selbstkontrollorgane wie dem Pressekodex. Intern spielen die Kritik innerhalb der Redaktion eine Rolle, das Korrektorat einer Zeitung, die Berücksichtigung von Rezeptionsforschung und Publikumsreaktionen zu Medieninhalten.

Ruß-Mohl (1993: 189) veranschaulicht die Herausforderungen der Qualitätssicherung mit einem magischen Vieleck. Er vergleicht es mit der Zieldiskussion in der Wirtschaftspolitik und hält fest, dass einige Ziele einander überlappen, andere stehen in Konkurrenz zueinander, und es können nicht alle Ziele gleichzeitig erreicht werden. Es gibt sogenannte „Trade Offs“, manche Ziele können nur auf Kosten eines anderen erreicht werden. Das magische Vieleck besteht demnach aus Komplexitätsreduktion, Aktualität, Originalität, Transparenz/Reflexivität und Objektivität. Diese Überlegungen sind aber keinesfalls generalisiert zu betrachten. Es gilt diese Kriterien auf den Einzelfall zu beziehen, zu prüfen und gegebenenfalls zu erweitern.

Ruß-Mohl (1993: 191) hält fest, dass aus „pragmatischen Gründen journalistische Qualitätssicherung nur *dezentral* (Hervorhebung i. O.) erfolgen kann“. Seinem Verständnis nach ist Qualitätssicherung in komplexen Systemen ohnehin kaum durch Vorschriften und rigide Kontrollen umzusetzen. Dafür ist primär eine Professionalisierung nötig. Diese sollte auf einer soliden Aus- und Weiterbildung, aber auch auf ethischen Grundlagen und einer (Selbst-)Reflexion der Berufspraxis basieren. Um dies zu ermöglichen, ist ein funktionierendes Kommunikationssystem nötig, das Erfahrungsaustausch, Kritik und Transfer von Forschungsergebnissen möglich macht (vgl. ebd.: 204).

Aktuellere Diskussionsansätze fordern geeignete Managementkonzepte, um journalistische Qualität ideal zu entwickeln, zu steuern und in weiterer Folge zu sichern. Qualitätssicherung soll demnach, auf Basis ihrer institutionellen Verankerung, als strategische Managementfunktion verstanden und ausgeführt werden. Dabei sollen alle Strategien auf ein gemeinsames Ziel hinführen: eine nachhaltige Implementierung, Steuerung und Sicherung, sowie den Markterfolg. Die publizistische Qualität steht dabei in einem polaren Verhältnis mit ökonomischer Effizienz (vgl. Wyss 2003: 131).

Ansätze wie das „Total Quality Management“ (TQM) bieten Medienunternehmen die Chance, inaktive Potenziale zu nutzen und einen Qualitätsmaßstab zu entwickeln, an dem sie sich messen lassen wollen. Die Anwendung dieses Modells bietet die Möglichkeit, Eingreifen des Gesetzgebers zu verhindern, und wird der Tendenz zur Selbstregulierung gerecht (vgl. Minning 2006: 173f.). Dieser globale Ansatz, der ursprünglich aus der Technikbranche kommt, wird von Haller (2003: 186) jedoch nur als bedingt tauglich angesehen: Erstens weil die tägliche Herstellung eines inhaltlich völlig neuen Produktes nicht allein über das Management steuerbar ist. Zweitens handelt es sich bei Redaktionen um Kommunikatoren und keine Warenproduktionsabteilungen. Ein Unternehmensmanagement kann über die Inhalte und Qualität nicht valide urteilen. Drittens lässt sich das Spannungsfeld zwischen Redaktion und Verlag nicht durch Managementkonzepte wegorganisieren.

Qualitätssicherung im Bereich der Online-Medien muss gesondert betrachtet werden. Grob gesprochen umfasst es die internen Abläufe als Voraussetzung für ein hohes Maß an Qualität, Kostenkontrolle und den externen Faktor der Akzeptanzmessung. Hinsichtlich ihrer Produktionsprozesse ähnelt eine Online-Redaktion am ehesten einer Nachrichtenagentur. Darüber hinaus weisen Online-Medien spezifische Eigenschaften auf, wie multimediale Inhaltserstellung und datenbankbasierte inhaltliche Tiefe. Im Agenturbereich ist der sogenannte „Style-Guide“ – ein Stilbuch - die klassische Grundlage für Qualitätssicherung im Nachrichtenagenturbereich. Dieser scheint auch für den Online-Bereich als adäquat und wurde beispielsweise auch beim Launch von „FAZ.NET“, dem Online-Segment der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, erarbeitet und seither

verwendet. Das Stilbuch wird stetig weiterentwickelt und beinhaltet, sowie definiert alle wesentlichen Qualitätsaspekte. Es dient in erster Linie als Arbeitsgrundlage und aufgrund seines stetigen Entwicklungsprozesses auch gewissermaßen als kollektives Gedächtnis. Ein Spezifikum des Online-Mediums ist die Chance, sich permanent mit dem Nutzungsverhalten seiner Konsumentinnen und Konsumenten auseinandersetzen und über das Produkt reflektieren zu können. Bei schlechten Zahlen ist es einfacher, sich der Ursache bzw. einem Problem anzunähern, es idealerweise zu isolieren und daraus seine Konsequenzen zu ziehen. Die schwierigen wirtschaftlichen Gegebenheiten setzen Online-Redaktionen unter einen erheblichen Legitimationsdruck (vgl. Gaube 2003: 349-361).

### **2.3 Ökonomisierung und ihre Folgen**

Medien finden sich in einer zwiespältigen Lage wieder: Auf der einen Seite müssen Inhalte produziert werden, die den öffentlichen Anforderungen entsprechen und die Funktionen in einer Gesellschaft erfüllen. Auf der anderen Seite muss aus wirtschaftlicher Sicht rentabel gearbeitet werden. Das ist oft schwierig, denn die Produktion von publizistischen Inhalten ist in der Regel sehr teuer. Medienunternehmen müssen somit, so wie andere Unternehmen, ihre Kosten mit ihren Einnahmen decken (vgl. Gadringer/Vieth 2012: 27). Marie Luise Kiefer (2005: 20) spricht in diesem Kontext von einer sogenannten Doppelinstitutionalisierung der Medien als Kultur- und Wirtschaftsgüter. Hinsichtlich dieser „Dualität der Medien“ (vgl. Renger 2000: 143) haben sich gewisse Tendenzen entwickelt, die ein Abkommen vom Mittelweg zeigen, also beide Interessen gleichmäßig zu befriedigen. Ökonomischen Zielen, vorrangig die Befriedung der Interessen von Werbekunden, wird somit immer mehr Bedeutung zugeschrieben. Dies droht die journalistische Ethik zu verletzen. In der Literatur spricht man dann von Ökonomisierung und Kommerzialisierung (vgl. Gadringer/Vieth 2012).

Die Begriffe „Ökonomisierung“ und „Kommerzialisierung“ werden in der Literatur teilweise synonym verwendet. Oft wird Ökonomisierung als allgemeiner Trend der Medien verstanden, der sich auf die ökonomische Ausrichtung gegenüber anderen Grundsätzen fokussiert. Kommerzialisierung hingegen beschreibt den

vermehrten Einfluss der Werbewirtschaft auf Produktion, Inhalte und Rezeption der Medien (vgl. Siegert/Meier/Trappel 2010: 519). Beim vorliegenden Forschungsinteresse steht die Definition von Kiefer (2005: 20ff.) im Vordergrund. Sie beschreibt Ökonomisierung als Entwicklung, bei der das marktorientierte Denken und Handeln verstärkt an Einfluss gewinnt, und nimmt damit Bezug auf die erwerbswirtschaftliche Ausrichtung von Medien.

In der Kommunikationswissenschaft werden diese beiden Begriffe teils heftig diskutiert, weil nicht geklärt ist, inwiefern Medien sinnvoll und zufriedenstellend über den Markt organisiert und reguliert werden können. Durch die Ökonomisierung ist eine befriedigende Erfüllung der Funktionen der Medien (siehe Abbildung 1) bedroht. Darüber hinaus könnte im Zuge dessen die gesellschaftliche Selbstbeobachtungs- und Selbstbeschreibungsfunktion untergraben werden. „Die Herstellung von Öffentlichkeit und Meinungsvielfalt ist eben keine Ware, sondern findet ihren Wert jenseits der ökonomischen Kategorien als demokratiethoretisches Ziel“ (Siegert/Meier/Trappel 2010: 520f.). Die Ökonomisierung ist also ein prägender Aspekt der Tätigkeit von Medienunternehmen und beeinflusst strategische Entscheidungen, sowie die Unternehmensentwicklung nachhaltig.

### **2.3.1 Kommerzialisierungsfolgen**

Picard (2004: 55) erläutert die weitreichenden Folgen von Kommerzialisierung bzw. Ökonomisierung wie folgt: „Indeed, a number of media observers have shown that commercialization of media, the increasing emphasis on their own business interests, and their structure and economic bases alter content by skewing it toward commercial ends“. In welchem Ausmaß und in welche unterschiedliche Richtungen sich die publizistischen Inhalte verändern können, haben Siegert, Meier und Trappel (2010: 524-534) konkret definiert. Sie beschreiben neun Folgen bzw. Auswirkungen der Ökonomisierung auf Medien und Inhalte:

Die *Massen- und Zielgruppenorientierung* beschreibt die Anpassung der Inhalte an den Massengeschmack oder an die spezifische Zielgruppe, um die Bedürfnisse der werbetreibenden Wirtschaft nach Reichweite zu erfüllen. Um

dies zu erreichen, wird beispielsweise auf Popularisierung, Boulevardisierung und Entertainisierung zurückgegriffen. Die *fehlende Trennung von redaktionellen und werblichen Inhalten* nimmt Bezug auf die spezifischen Anforderungen der Werbewirtschaft. Werbliche Inhalte sollen in das thematisch passende, redaktionelle Umfeld eingebettet werden, um die Konsumentinnen und Konsumenten besser anzusprechen. Darüber hinaus soll die Werbung so platziert werden, dass sie möglichst nicht überblättert wird. Die Folge ist der nahtlose Übergang von Inhalt zu Werbung, die oft eng miteinander verflochten sind. Der *Konzernjournalismus und Cross-Promotion* beschreiben die Medienverflechtung, bzw. -konzentration auf dem Markt. Es kann davon ausgegangen werden, dass verschiedene Medien desselben Konzerns, wenn sie übereinander berichten, das eher wohlwollend als kritisch tun. Cross-Promotion ist definiert durch Werbeeinschaltung in Werbeträgern und Medien, die sich unter demselben Konzerndach befinden. Wechselseitige Einschaltungen werden danach gar nicht oder unter besonderen Konditionen abgerechnet. Dies erhöht den Werbedruck massiv (vgl. ebd.: 524-527).

Die *suboptimale Angebotsvielfalt* beschreibt Einschränkungen der publizistischen Vielfalt in unterschiedlichsten Formen, wie beispielsweise auf Ebene der Mediengattung, des Mediensystems oder der Inhalte. Publizistische Vielfalt ist von großer Bedeutung, weil sie ein wichtiger Wertmaßstab zur Beurteilung des Marktes ist. Die *strukturelle Angebotsausweitung* meint die Ausdifferenzierung von Programmen und Titeln, sowie die Vielfalt innerhalb einer einzelnen Mediengattung. In Deutschland ist dies zum Beispiel stark am Zeitschriften- und Rundfunkmarkt zu erkennen (vgl. ebd.: 528ff.) Unter dem Begriff der *mangelnden Qualitätsorientierung* versteht man die unklare Beziehung zwischen Qualität und Profit bzw. dass nicht klar nachgewiesen werden kann, dass sich Qualitätsproduktion aus wirtschaftlicher Perspektive überhaupt rentiert (vgl. Picard 2004: 63). Es besteht kein Anreiz für Medienunternehmen, qualitativ hochwertige Inhalte herzustellen (vgl. Siegert/Meier/Trappel 2010: 530).

Um die Reichweiten zu erhöhen, setzen viele Medienunternehmen auf *Boulevardisierung und Entertainisierung*. Die Tendenz zum populären Journalismus soll die Beteiligung der Konsumentinnen und Konsumenten

garantieren und über Umwege eine authentische Erfahrung möglich machen. Dies führt zu einer Trivialisierung und Entpolitisierung der Inhalte. Auch den Aspekt der *Standardisierung und Formatierung* gilt es im Zusammenhang der Ökonomisierung zu diskutieren. Der Unterhaltungstrend beeinflusst alle Inhalte und lässt sie vermehrt gleichartig erscheinen. Im Fernsehen lässt sich dies an Formaten wie „Millionenshow“ erkennen, die problemlos an andere kulturelle Kontexte adaptiert werden können. Als letzte Folge von Ökonomisierung soll die *Transnationale Homogenisierung* erwähnt werden. Sie beschreibt das strukturelle Vorhaben, Formate und redaktionelle Konzepte international umzusetzen, und ist damit eng mit der Standardisierung und Formatierung verknüpft. Dies ist als homogenisierender Globalisierungsprozess im Kulturimperialismus zu verstehen (vgl. ebd.: 531-534).

### **2.3.2 Qualität und Wirtschaftlichkeit**

„[...] auf der Seite der Wirtschaftlichkeit und Geschäftsfähigkeit steht das Medienunternehmen, auf der anderen Seite der inhaltlichen Gestaltung der Produkte der Journalismus. Idealerweise sollte zwischen diesen beiden Segmenten eine Balance herrschen. Kommt es aber zu einer Dominanz der wirtschaftlichen Voraussetzungen, so stellt dies den Tatbestand der Ökonomisierung dar“ (Gadringer/Vieth 2012: 31).

Ob journalistische Qualitätskriterien umgesetzt werden, bleibt offen. Das Thema Qualität wird zwar in den vergangenen Jahren immer wieder von Verlagen, Verbänden und auch Journalistinnen und Journalisten thematisiert, die Umsetzung steht allerdings häufig in Kontrast zu ökonomischen Aspekten. Nach dem Verständnis des Neo-Institutionalismus werden Qualitätsnormen zeremoniell oft hochgehalten, um Unterstützung und Legitimität von außen zu bekommen. Um intrinsische Motivation zu erreichen, kann das formale Betonen von Richtlinien zur Qualität auch nach innen hin Sinn machen. Im Alltag gewinnen die ökonomischen Rationalitäten dann jedoch die Überhand (vgl. Arnold 2009: 237).

Der privatwirtschaftlich organisierte Journalismus will, mit möglichst geringem finanziellen Aufwand, hohe Profite erreichen. Journalistische Qualität zu bieten, ist jedoch teuer und wird in der Regel von den Rezipientinnen und Rezipienten nicht erkannt. Sie sind, angesichts der zahlreichen günstigen bzw. kostenfreien Angebote, nicht dazu bereit, für journalistische Qualität entsprechend zu bezahlen. So bietet sich an, leicht erkennbare und günstigere Qualitäten

umzusetzen und beispielsweise das Layout des Produktes zu optimieren. Dies stellt Zeitungen aber vor ein Problem: Einfacher Journalismus und Unterhaltung werden von Konkurrenzmedien angeboten, oft werbefinanziert und somit für die Konsumentinnen und Konsumenten vermeintlich „kostenlos“. Wenn die Zeitung es jedoch nicht schafft, die propagierte Qualität zu halten, läuft sie Gefahr, dass die Abonnementzahlen sinken und, noch viel schlimmer, dass die wichtige junge Leserschaft, die nicht mit dem Medium sozialisiert wurde, überhaupt nicht erreicht wird. Mit dieser problematischen Situation sind die Verlage seit Jahren konfrontiert (vgl. Arnold 2009: 237f.).

Immer mehr Zeitungen mussten bzw. müssen ihre Strukturen hinterfragen. Die herkömmlichen Finanzierungs- und Kostenmodelle funktionieren nicht mehr wie bisher. Der Kommunikationsmodus Print und das herkömmliche Geschäftsmodell der Tageszeitung werden in Frage gestellt (Vgl. Ollrog 2014: 23). „Während das klassische Geschäft verfällt, gelingt es vielen Verlagen bislang nur unzureichend, nennenswerte neue Geschäftsfelder im digitalen Bereich zu erschließen. Insbesondere die Frage digitaler Vertriebs Erlöse stellt für die Verlage ein großes Problem dar“ (ebd.: 24).

Die Online-Redaktionen stehen aufgrund von neuen Finanzierungsmodellen vor einer großen Aufgabe: der Wahrung von Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit. Aufgrund von Datensammlung, neuen Werbeformen und Finanzierungsmodellen, den unterschiedlichen Kooperationsformen mit beispielsweise E-Commerce-Plattformen, stehen sie vor der Herausforderung, Konsumentinnen und Konsumenten aufgrund von Verlust der Glaubwürdigkeit und mangelnder Unabhängigkeit zu verlieren. Eine korrekte Trennung von Werbe- und Nachrichteninhalten, sowie eine explizite Anführung von Kooperationen sind also von oberster Priorität. Denn was für traditionelle Medien selbstverständlich ist, muss im Internet explizit betont werden. Die technischen Möglichkeiten und der digitalisierte Content resultieren in einem Dickicht von Content, Werbung, Sponsoring und Product Placement, in dem man sich nicht problemlos zurechtfinden kann. Das zeigt, dass neue Finanzierungsmodelle eine grundlegende Gefahr für die journalistische Qualität darstellen (vgl. Meier 2003: 250f).

## 2.4 Aktueller Stand der Forschung

Wie bereits zu Beginn des Theoriekapitels erwähnt, geht die Qualitätsforschung auf eine lange Historie zurück, die das Konstrukt publizistischer Qualität aus verschiedensten Perspektiven, unter unterschiedlichsten Schwerpunkten und in allen Gattungen untersucht. Viele der zentralen Werke, die in diesem Kontext eine bedeutende Rolle spielen, wurden im Verlauf dieses Kapitels erläutert bzw. vor allem zur Definition der Qualitätskriterien herangezogen, wie beispielsweise die Analysen von Schatz und Schulz (1992), Hagen (1995), sowie Arnold (2009), der das Thema Qualität sehr umfassend aufbereitet hat. Auch zu erwähnen hinsichtlich seines grundlegenden Beitrages zur Qualitätsforschung sind McQuail (1992) und Ruß-Mohl (1993 bzw. 1996). Auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Aufarbeitung im Bezug auf Regionalmedien gibt es einige Werke, wie beispielsweise jenes von Fabian Hintzler (2011) oder Marc-Christian Ollrog (2014), der sich sehr ausgiebig mit den Geschäftsmodellen deutscher Regionalzeitungen beschäftigt hat. Neuberger (2011) hat sich in seinem Werk ausschließlich der Messung publizistischer Qualität im Internet angenommen und nach einem Drei-Stufen-Test analysiert.

Im deutschsprachigen Raum ist meist der Rundfunk Gegenstand der Qualitätsforschung, im Weiteren auch oftmals Politik- bzw. Sportjournalismus. Es gibt auch mehrere Arbeiten, die sich ausschließlich auf Österreich beziehen. Die Forschung zeigt jedoch eine große Lücke, wenn es um die kritische Auseinandersetzung mit und die Analyse von Regionalmedien geht. Wo österreichische Medien wie „Der Standard“, „Die Presse“ oder „Die Kronenzeitung“ sehr häufig Gegenstand von Untersuchungen werden, weisen zumindest noch die „Salzburger Nachrichten“ einen gewissen Forschungsstand auf. Das ist vermutlich auf die lokalen universitären Möglichkeiten des Kommunikationswissenschafts-Studiums zurückzuführen. Bezirksblätter oder regionale Tageszeitungen werden eher selten im wissenschaftlichen Kontext beleuchtet, und im Falle der „Oberösterreichischen Nachrichten“ war dies nach aktuellem Wissensstand, zumindest an der Universität Wien, überhaupt noch nie der Fall. Ein sehr bedenklicher weißer Fleck auf der wissenschaftlichen Landkarte der Tageszeitungen in Österreich.

## **2.5 Kommunikationswissenschaftliche - und gesellschaftliche Relevanz**

Die dargelegte Forschungsthematik weist sowohl eine hohe kommunikationswissenschaftliche, als auch gesellschaftliche Relevanz auf. Journalistische Qualität ist in der Kommunikationswissenschaft eines der wichtigsten und komplexesten Konstrukte zugleich. Die Qualitätsforschung hat eine lange Tradition, und noch immer gibt es keinen generalisierten Allzweck-Ansatz für ihre Erhebung, sowie kaum empirische Untersuchungen zu dem Thema (vgl. Wellbroch/Klein 2014: 387). Zwar existieren viele Modelle, Ansätze und Konzepte zu Qualitätskriterien, jedoch fehlt es häufig an Zusammenhängen und vor allem an der Operationalisierung. Die Transformation, die Tageszeitungen in den vergangenen Jahren durchlebt haben, und die neuen (digitalen) Geschäftsmodelle der Verlagshäuser stellen den wissenschaftlichen Diskurs und die Analyse vor offene Fragen und neue Herausforderungen. Ein weiterer wichtiger Aspekt aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht ergibt sich aus dem Forschungsgegenstand der Tageszeitung als Massenmedium. Ihre Veränderung durch die Medienkonvergenz, sowie der Stellenwert und das mutmaßliche Aussterben derselben im digitalen Zeitalter werden laufend in der Wissenschaft diskutiert. Auch aus medienökonomischer Perspektive ist die Qualitätsdebatte höchst interessant, da sie sehr viele wirtschaftliche Aspekte aufweist und die Qualitätsminderung als Folge von Kommerzialisierung im Medienbereich behandelt.

Seit Anfang der neunziger Jahre wird nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch im Journalismus und in den Medien intensiv über die Qualität in der öffentlichen Kommunikation diskutiert. Dies ist unter anderem auf die Einführung des privaten Rundfunks zurückzuführen (vgl. Arnold 2009: 17). Der Dialog zur Qualität in den Medien wurde in den vergangenen Jahren immer brisanter, nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung, dem Aufkommen von Online-Medien und der zunehmenden Schnelllebigkeit unserer Gesellschaft. Aktuell zeigen globale Themen wie die europäische Flüchtlingskrise oder der internationale Abgas-Skandal des Automobilherstellers Volkswagen, wie schnell sich auch Falschmeldungen im Internet verbreiten können und somit die publizistische

Qualität gemindert wird. Wie bereits eingangs erwähnt wurde, kann nicht davon ausgegangen werden, dass Rezipientinnen und Rezipienten in der Angebotsvielfalt der Inhalte eigenständig selektieren können. Vor allem junge Leserinnen und Leser, denen es vermehrt an medienpädagogischer Ausbildung fehlt, können schwer differenzieren, bzw. mindere publizistische Qualität oftmals nicht erkennen. Der Gegenstand der Untersuchung – die OÖN – hat aufgrund der Auflagenzahlen (siehe Einleitung) eine große Bedeutung als Regional-Medium am oberösterreichischen Zeitungsmarkt.

### **3 Methodendesign**

Die Masterarbeit soll sich der Methodik der qualitativen Forschung bedienen und somit Ergebnisse im Sinne der Fragestellung eruieren. Im Folgenden sind die wichtigsten Aspekte der Betrachtungsweise erläutert, sowie die beiden Erhebungsmaßnahmen bzw. -werkzeuge konkretisiert.

#### **3.1 Qualitative Sozialforschung**

Laut Lamnek (2010: 19-24) haben sich im jahrelangen Verlauf der kritischen Auseinandersetzung der qualitativen Sozialforschung verschiedene Prinzipien herauskristallisiert, die in ihrem Zusammenhang als Maßgabe derselben verstanden werden können. Jene Prinzipien, die für die vorliegende Untersuchung bedeutend sind, sollen kurz dargelegt werden. Zu allererst steht das Prinzip der Offenheit. Es soll verhindert werden, dass aufgrund standardisierter Erhebungsinstrumente nur Informationen aus dem Forschungsfeld aufgenommen werden. Anhand qualitativer Sozialforschung besteht die Möglichkeit, dass die Wahrnehmung uneingeschränkt funktionieren kann, sodass auch unerwartete und instruktive Informationen einbezogen werden können. Die Methoden wirken so der informationsreduzierenden Selektion hochstandardisierter Erhebungstechniken entgegen.

Im Weiteren findet sich das Prinzip der Reflexivität, das vorwiegend im Gegensatz zur linearen Vorgehensweise der quantitativen Forschung steht. Eine Reflexivität der Methodik verlangt auch eine reflektierte Einstellung der Forschenden sowie auch die Anpassungsfähigkeit des Instrumentariums, welches im Zuge der Erhebung verwendet wird. Auch das Prinzip der Explikation zählt zur Programmatik, die der qualitativen Sozialforschung zugrunde liegt. Diese Maxime nimmt Bezug auf die Interpretationen und darauf, dass diese keine Garantie für Gültigkeit haben. Lediglich eine Nachvollziehbarkeit ist gesichert, wobei immer ein Augenmerk auf die Intersubjektivität der Erhebungsergebnisse gelegt werden muss. Als Letztes führt Lamnek das Prinzip der Flexibilität an. Die flexiblen Erhebungsverfahren befähigen die Forschenden dazu, sich an die individuellen Eigenheiten und Ausprägungen des zu untersuchenden

Gegenstandes anzupassen. In weiterer Folge können diese Erkenntnisse in den Forschungsverlauf miteinbezogen und verwertet werden.

Zusammenfassend für die empirische Sozialforschung steht in diesem Kontext die Definition von Gläser und Laudel (2009: 24). Sie bezeichnen die Methodik als „Untersuchungen, die einen bestimmten Ausschnitt der sozialen Welt beobachten, um mit diesen Beobachtungen zur Weiterentwicklung von Theorien beizutragen [...] indem sie angeleitet durch Theorien die soziale Realität beobachten und aus den Beobachtungen theoretische Schlüsse ziehen“.

### **3.1.1 Inhaltsanalyse: Concept-Map-Methode**

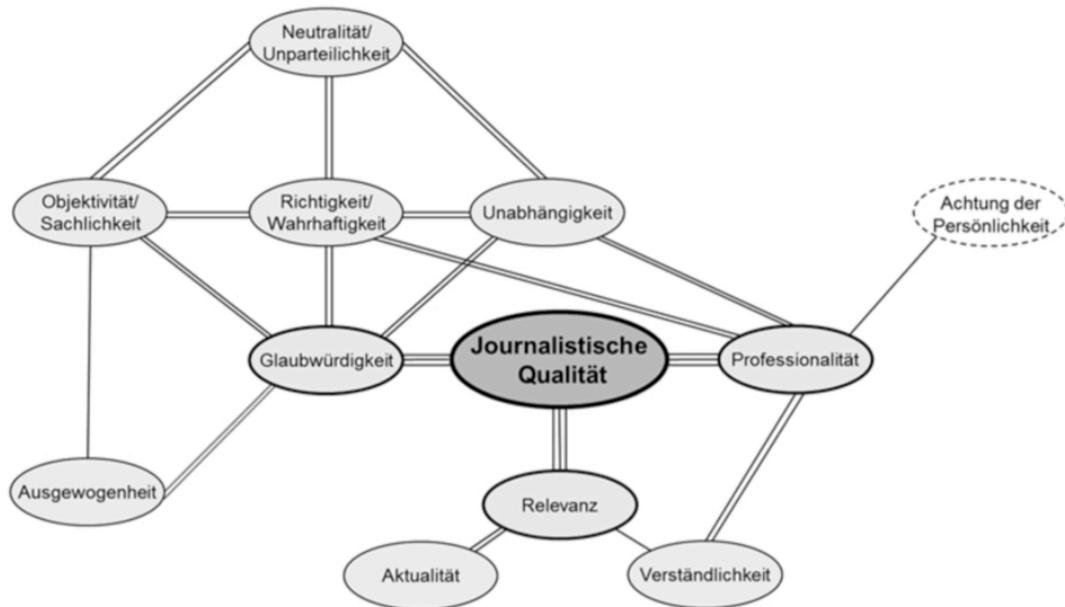
Das Konstrukt journalistischer Qualität valide zu untersuchen, hat in der Forschungs-Historie immer wieder Probleme und Fragen aufgeworfen. Es herrscht nach wie vor Uneinigkeit über die Gütekriterien, die Journalismus ausmachen, vor allem aber darüber, wie sie zu gewichten sind, sowie über die Interdependenzen zueinander und ihre Rolle im Gesamtkontext. Um dieses Konstrukt abbilden zu können, bedarf es eines Werkzeuges, welches in der Lage ist, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Wellbroch und Klein (2014: 389ff.) haben auf Basis einer Studie zu Markenassoziationen, die sich der Concept-Map-Methode bedient, ein Konzept entwickelt, das journalistische Qualität adäquat messen soll.

„Eine Concept Map ist eine Darstellungsform, die verwendet wird, um die Zusammensetzung eines Konstrukts grafisch darzustellen bzw. um elaboriertes Wissen über Zusammenhänge in einem Wissensgebiet abzubilden“ (Wellbroch/Klein 2014: 392). Die Karte zeigt somit Begriffe und deren Verbindungen zueinander. Aufgrund der bildlichen Ähnlichkeit mit einer Landkarte, wird das Prinzip oft als „Begriffs-Landkarte“ bezeichnet. Der Ansatz der Concept-Map gilt als ein sehr flexibler, deshalb kann er in einer Vielzahl von Forschungsgebieten hilfreich sein (vgl. ebd.)

Roedder John et al. (2006) haben eine sehr spezielle Form der Concept-Map entwickelt, um, wie bereits erwähnt, die Assoziationen zwischen Marken abzubilden. Die sogenannte Brand-Concept-Map-Methode (BCM) ist eine Weiterentwicklung der ursprünglichen Messtechnik und beruht auf

Befragungsdaten. Die Autoren betonen, dass ihre Vorgehensweise es möglich macht, aus mehreren spezifischen Concept-Maps, eine Consens-Map zu aggregieren, um die Aussagekraft zu heben. Die Erstellung einer solchen erfordert mehrere Arbeitsschritte: eine Erhebungsphase (Elicitation Stage), eine Abbildungsphase (Mapping Stage), sowie eine abschließende Aggregationsphase (Aggregation Stage).

Wellbroch und Klein (2014: 389-394) haben journalistische Qualität nicht neu erforscht, sie haben den aktuellen Wissenstand erfasst und ihn anhand der Concept-Map-Methode aufgearbeitet, um einen Beitrag zur Aufklärung des Begriffsverständnisses zu leisten. Dabei haben sie sich auf die demokratiethoretisch-normative Definition von journalistischer Qualität gestützt. Somit stehen publikumsorientierte Werte nicht im Vordergrund. Konkret haben sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sowie und Praktikerinnen und Praktikern einen ausgearbeiteten Katalog von 19 Kriterien vorgelegt, aus dem sie ihre eigene individuelle Concept-Map konstruieren sollten. Dabei war es wichtig, Prioritäten und Verbindungen abzubilden, es konnten auch neue Kriterien hinzugefügt werden. Im weiteren Verlauf wurde dann von den beiden Wissenschaftlern aus 28 (5 wissenschaftlich, 23 praktisch) gezeichneten Karten journalistischer Qualität nach dem Prinzip der Häufigkeit der Nennung eine Consens-Map erstellt. Um den Komplexitätsgrad zu reduzieren und die Map in der Praxis besser anwenden zu können, wurde diese weiter aggregiert, wobei sich im Endeffekt elf Kriterien der journalistischen Qualität herauskristallisierten. Für die geplante Magisterarbeit ist es angedacht, diese Consens Map anzuwenden, da sie eine simplere Arbeitsweise ermöglicht und den vordefinierten Rahmen der Forschungsarbeit wahrt.



**Abbildung 4: Aggregierte Consens-Map zu journalistischer Qualität**  
(vgl. Wellbroch/Klein 2014: 399)

Jene Kriterien, die mit einer dicken schwarzen Linie umrandet sind, sind Kriterien der ersten Ebene, also am wichtigsten und unverzichtbarsten. Sie wurden am häufigsten genannt. Kriterien des zweiten Ranges sind einfach schwarz umrandet und damit am zweitwichtigsten. Ein Kriterium, mit einer gestrichelten Linie dargestellt, ist das einzige der dritten Ebene und wurde, nach den Maßstäben der Consens-Map, am seltensten genannt. Die Intensität der Verbindungen zu anderen Kriterien ist durch die Anzahl der Verbindungslinien visualisiert.

Die Anwendung der Methode in dieser Form stellt ein Novum in der Kommunikationswissenschaft dar. Eine Form der Messbarkeit, also der Anwendung des geschaffenen Ansatzes, wurde von den Forschern nicht erarbeitet. Das Instrument wurde ursprünglich als quantitative Methode angedacht. Die Verfasserin leistet dem aus zweierlei Gründen nicht Folge: Erstens soll aufgrund der fehlenden Operationalisierung und Erfahrung mit dem Werkzeug und der Messung von Qualität von der Flexibilität der qualitativen Methodik profitiert werden. Zweitens handelt es sich bei den erläuterten Kriterien fast nie um nominale oder ordinale Kategorien. Somit scheint eine Anwendung in qualitativer Form am passendsten, da so die Möglichkeit besteht, im Laufe der

Erhebung noch Anpassungen in der Vorgehensweise vorzunehmen und der komplexen Thematik der journalistischen Qualität so ausreichend der nötige interpretative Spielraum geschenkt wird.

### **3.1.1.1 Auswertung mittels Concept-Map-Methode**

Die Qualität soll anhand der Concept-Map-Methode eruiert werden. Dabei wird jeder Artikel nach den elf definierten Gütekriterien gemessen, um im Weiteren einen Vergleich definieren zu können, bzw. eine Basis für die Interpretation der Daten zu liefern. Darauf folgend sollen die Erkenntnisse der Erhebung mit den Beobachtungen der Expertinnen- und Experteninterviews kombiniert werden.

Die elf Gütekriterien sind auf drei Ebenen aufgegliedert, die jeweils ihre Gewichtung darstellen. Die Kriterien *Glaubwürdigkeit*, *Relevanz* und *Professionalität* sind demnach die bedeutendsten und in der Analyse bei Zutreffen somit mit jeweils drei Punkten zu gewichten. Die Faktoren *Aktualität*, *Unabhängigkeit*, *Wahrhaftigkeit/Richtigkeit*, *Objektivität*, *Ausgewogenheit*, *Neutralität* und *Verständlichkeit* gelten als Kriterien der zweiten Ebene und sind bei Erfüllung mit zwei Punkten zu bewerten. *Achtung der Persönlichkeit* ist das einzige Kriterium der dritten Ebene und ist mit einem Punkt zu messen, wenn es als zutreffend erachtet wird. Nach diesem Schema sollen alle Artikel des Untersuchungsgegenstandes analysiert werden. Die Quantifizierung der Kriterien, mittels Punktesystem, soll dabei helfen, korrekt zu gewichten und eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Produkten und Ressorts zu liefern. Auf Basis dieser Überlegung wurde ein Kriterienraster (vollständig dem Anhang zu entnehmen) entwickelt, anhand dessen jeder einzelne Beitrag bewertet wurde. Im Weiteren sollen die einzelnen Kriterien praxisorientiert erläutert werden, um transparent zu machen, unter welchen Umständen die einzelnen Kriterien als zutreffend erachtet wurden.

Die *Glaubwürdigkeit* gilt als äußerst schwierig messbares Kriterium. Auf Basis der Literatur geht die Verfasserin von der Korrektheit der journalistisch gebotenen Wirklichkeit aus und vertraut auf ihre Maßstäbe und den journalistisch bearbeitenden Modus. Darauf aufbauend soll im praktischen Kontext ein Wert auf die Quellen gelegt werden und somit deren Hintergrund und Qualität in der

Untersuchung berücksichtigt werden. Dazu zählt beispielsweise auch der Verweis auf ein anderes Medium. Die Angabe und Nennung der Quelle trägt somit zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit und in weiterer Folge der Qualität bei.

Hinsichtlich des Faktors *Relevanz* orientierte sich die Verfasserin an der Operationalisierung von Schatz und Schulz (1992: 696ff.). Die Beiden unterscheiden zwischen quantitativen und qualitativen Kriterien. Als Grundlage dafür dient die Nachrichtenwert-Theorie. Quantitativ wären in diesem Zusammenhang die *Zahl der Betroffenen*, sowie die *Eintrittswahrscheinlichkeit*, bei negativen Auswirkungen wäre es die Schadenswahrscheinlichkeit. Die Berichterstattung über einen Meteoriteneinschlag wäre demnach weniger relevant als ein Reaktorunfall, der dasselbe Schadenspotential hätte, vorausgesetzt letzterer hätte eine höhere Eintrittswahrscheinlichkeit. Die quantitativen Faktoren sind durch eine Reihe von qualitativen zu gewichten. Hier spielt zum Beispiel die *Wirkungsintensität* eine bedeutende Rolle. Je größer diese ist, umso höher ist ihre Relevanz. Aufgrund von mangelnden weiteren Erläuterungen versteht die Verfasserin darunter den zu erwartenden Auswirkungsgrad. Weiters ist die *Zentralität des berührten Wertes* zu nennen. Hierbei hat ein Sachverhalt, der die physische Existenz gefährdet (z.B. Umweltkatastrophe), in einer westlichen Kulturgesellschaft eine sehr hohe Relevanz. Auch die soziale Position ist von Bedeutung in diesem Kontext. Aufgrund des Multiplikatoreffekts zeigt die soziale Position, Prominenz oder Macht von Personen eine höhere Relevanz. Ein weiterer Aspekt ist die *Freiwilligkeit*, mit der sich eine Betroffene oder ein Betroffener in eine Gefahrensituation versetzt hat. Demzufolge zeigt eine Nachricht über eine Raserin oder einen Raser, die/der in einen Verkehrsunfall verwickelt ist, eine geringere Bedeutung als ein(e) unschuldige(r) PassantIn, die in so einen Unfall verwickelt ist. Als letzter Aspekt ist die räumliche und ethnische Nähe auszuführen. Diese korreliert oft sehr eng mit der emotionalen Nähe (vgl. ebd.: 697f.).

Hagen (1995: 74) fordert hinsichtlich der internen Relevanz von Nachrichten auch den Aspekt *Vollständigkeit* abzubilden. Ein Faktor, den viele Autorinnen und Autoren als eigenständiges Qualitätskriterium ansehen, so auch McQuail (1992),

dessen Arbeit aufgrund seines normativen Ansatzes eine Grundlage für die vorliegende Untersuchung ist. Vollständigkeit wird im Kontext der Magisterarbeit im Zusammenhang mit der *Relevanz* abgebildet und insofern eine Rolle spielen, als dass alle für ein Thema relevante Fakten zu erwähnen sind. Dies soll nach dem klassischen W-Schema im Journalismus abgehandelt werden. Somit müssen in einem Artikel die Fragen nach Wer, Wann, Wo, Was und evt. Warum thematisiert sein.

Wie bereits in der theoretischen Aufbereitung des Aspekts *Professionalität* erläutert, gilt es unter diesem Kriterium die analytische Professionalität zu beleuchten und somit Wert auf die Kritik und Kontrolle innerhalb der Berichterstattung zu legen. Wenn also Hintergründe von aktuellen Ereignissen ausgeleuchtet werden, wenn die Journalistin bzw. der Journalist Fakten interpretiert und kommentiert, ist das Kriterium der Professionalität als zutreffend zu betrachten. In der Regel ist dies vorwiegend in den journalistischen Gattungen von Kommentaren oder Leitartikeln zu erkennen.

*Aktualität* soll eruieren, ob über aktuelle Sachverhalte berichtet wird. Ein Indikator dafür ist der Zeitraum zwischen dem Hauptereignis und dem Veröffentlichungsdatum. Im Rahmen der Untersuchung wird von Aktualität ausgegangen, wenn der erläuterte Sachverhalt nicht mehr als zwei Tage zurückliegt. Man kann auch von einer Erfüllung des Kriteriums ausgehen, wenn es sich um Kontexte handelt, die einen Gegenwartsbezug aufweisen, bzw. in und für die Zukunft von Bedeutung sind.

Die *Unabhängigkeit* steht dem Kriterium Neutralität sehr nahe, da erstere als Basis dienen muss, um letztere überhaupt realisieren zu können. Darüber hinaus ist hier ein enges Verhältnis zu Kriterien wie Neutralität und Objektivität zu erkennen. Die inhaltliche Einflussnahme von Politik und Wirtschaft im Hintergrund, auf persönlicher oder auch auf Führungsebene, kann in dieser Untersuchung nicht erfasst werden. Da die politischen Effekte auf die Medienproduktion bereits in den nahestehenden Faktoren Neutralität und Objektivität berücksichtigt werden, soll hierbei die wirtschaftliche Komponente beleuchtet werden und auf die korrekte Trennung bzw. Kennzeichnung von Nachricht und Werbung geachtet werden. Im praktischen Kontext muss

berücksichtigt werden, dass der Faktor Unabhängigkeit nicht immer anwendbar ist. Wenn dies der Fall ist, wird das Kriterium nicht einbezogen, um das Ergebnis nicht zu verzerren bzw. die erhobene Qualität nicht unrechtmäßig zu mindern.

In den bisherigen Überlegungen zu dem Kriterium *Wahrhaftigkeit/Richtigkeit* zeigt sich, dass die Richtigkeit der Nachrichten nur anhand der Übereinstimmung bzw. Abweichung der Aussagen aus anderen Quellen ermittelt werden kann. In der Accuracy-Forschung wird hierbei auch häufig auf die Überprüfung mittels Expertinnen/Experten- oder Quellenurteil zurückgegriffen. Aufgrund von eingeschränkten Ressourcen ist es nicht möglich, die Richtigkeit auf diese Art und Weise zu überprüfen. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass Unrichtigkeiten, die in der Analyse relevant wären, sich eher auf schwer verifizierbare Fakten beziehen. In der deutschen Qualitätsforschung befasst man sich kaum mit dem Terminus der Richtigkeit. Empirische Untersuchungen beschränken sich hier meist auf den Begriff der Relevanz, der in der vorliegenden Untersuchung als eigenständiges Kriterium behandelt wird. Der Faktor der Richtigkeit wird in zahlreichen Studien anhand der Ermittlung von Fehlerhäufigkeiten eruiert. Die Verfasserin möchte in diesem Zusammenhang die Frequenz von Grammatik-, Rechtschreib-, Syntax- und Tippfehlern messen. Schließlich ist die Häufigkeit von Fehlern ein Indikator für die generelle Sorgfalt eines Mediums (vgl. Hagen 1995: 110f.).

Der Begriff *Objektivität*, auch als Sachlichkeit verstanden, soll anhand einer faktentreuen und sachlichen Berichterstattung gemessen werden und sieht eine strikte Trennung von Nachricht und Meinung vor. Konkret sollen Aussagen zu bestimmten Bewertungsobjekten (etwa Handlungspositionen oder Personen) eingestuft werden. So können Aussagen als sachlich oder bewertend beurteilt werden. Als bewertend werden Propositionen vermerkt, die entweder eine positive oder negative Modifikation von Argumenten oder eine positive oder negative Handlung als Verb enthalten. Damit verstößt jede wertende Proposition, die nicht als direkte Aussage einer Quelle zuzuordnen ist, gegen das Postulat der Sachlichkeitsnorm (vgl. Hagen 1995: 117). Liegt ein Verstoß vor, so werden in der Analyse die zugewiesenen zwei Punkte abgezogen, die Qualität also herabgestuft.

Das Kriterium *Ausgewogenheit* stellt das gleichmäßige Verhältnis zwischen Meinungen dar. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird dabei gemessen, ob bei Kontroversen sowohl die Pro-, als auch Kontra-Komponente eines Sachverhaltes in gleicher Relation ausgeführt ist. Im politischen Zusammenhang beispielsweise, ob die zwei zentralen bzw. führenden politischen Richtungen dargestellt sind, oder bei Tarifaueinandersetzungen, ob die Arbeitgebergruppe und die Arbeitnehmergruppe gleichmäßig angeführt werden. Ähnlich wie beim Faktor der Unabhängigkeit muss auch hier berücksichtigt werden, dass bei einzelnen Nachrichten häufig keine alternative Äußerung möglich bzw. nötig ist. In dem Fall, dass Ausgewogenheit nicht anwendbar ist, wird das Kriterium nicht einbezogen, um das Ergebnis nicht zu verzerren bzw. die erhobene Qualität nicht unrechtmäßig zu mindern.

Der Faktor der *Neutralität* soll in der vorliegenden Untersuchung, ähnlich wie Objektivität, die Trennung von Meinung und Nachricht messen. Im Sinne des Begriffs „neutral presentation“ nach McQuail (1992: 232f.) wird der Fokus auf die Bebilderung, die relative Prominenz der Platzierung des Artikels, sowie die Schlagzeile gelegt und auf wertende Aspekte untersucht. Dieser Faktor verlangt eine neutrale Darlegung, abseits von Emotionalisierung und sensationalisierender Aufmachung, und soll in der vorliegenden Untersuchung das bereits ausgeführte Kriterium Objektivität komplementieren, um alle Aspekte der wertfreien Darlegung, sowie Trennung von Nachricht und Meinung zu vereinen.

Die *Verständlichkeit* der untersuchten Inhalte wird einerseits in der inhaltlichen, andererseits in der sprachlichen Komponente gemessen. Auf inhaltlicher Ebene sollen Hintergrundinformationen gegeben werden, bzw. nötige Vorkenntnisse, die erforderlich sind, um die Nachricht zu erfassen. Auf der sprachlichen Ebene spielt eine geringe Komplexität bei der Wortwahl eine Rolle, die Länge und Verschachtelung von Sätzen, sowie die Aktiv-Konstruktion bei Verbformen. Dies ist von besonderer Bedeutung, denn „syntaktisch einfache Nachrichten werden besser behalten und verstanden“ (Hagen 1995: 131).

Die *Achtung der Persönlichkeit* soll in der Untersuchung auf Basis des Mediengesetzes, konkret Abschnitt drei, Paragraph sechs und sieben, bewertet

werden. Dabei sollen sowohl Texte als auch Bilder berücksichtigt werden. Dieser Teil beinhaltet folgende Faktoren: üble Nachrede, Beschimpfung, Verspottung, Verleumdung, Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches, Schutz vor Bekanntgabe der Identität in besonderen Fällen, Schutz der Unschuldsvermutung, sowie vor verbotener Veröffentlichung. Für den Fall, dass diese rechtlichen Bestimmungen nicht zutreffen, wird der dafür vorhergesehene Punkt abgezogen.

Ein vollständiger Kriterienraster, mit den jeweiligen Ausprägungen und Gewichtungen der Faktoren, kann dem Anhang entnommen werden. In dieser Form wurde er von der Verfasserin bei der operativen Analyse der einzelnen Artikel und Beiträge verwendet. Dabei ist zu erkennen, dass Kriterien der ersten Ebene mit drei Punkten, jene der zweiten Ebene mit zwei Punkten und Faktoren der dritten Ebene mit einem Punkt gewichtet wurden. Nach diesem Schema wurde jeder einzelne Online- bzw. Print-Artikel analysiert. Für eine bessere Vergleichbarkeit wurde darauffolgend eine Summe der Gesamtpunkte gezogen und der prozentuelle „Qualitätsanteil“ errechnet. In diesem Kontext gilt es zu erwähnen, dass der Kriterienkatalog Kriterien aufweist, die für bestimmte Artikel gar nicht zutreffen können. Konkret ist dies bei den Faktoren Ausgewogenheit, journalistische Professionalität, Unabhängigkeit und Achtung der Persönlichkeit der Fall. Wenn Kriterien nicht anwendbar waren, wurden diese in die Analyse des individuellen Artikels nicht einbezogen, um das Ergebnis nicht zu verfälschen und die Qualität quasi nicht unrechtmäßig zu mindern. So waren dann insgesamt nicht 24 Punkte für einen Artikel zu erreichen, sondern in speziellen Fällen beispielsweise nur 19 Punkte.

### **3.1.2 Online-Inhaltsanalyse**

Da ein wesentlicher Teil der Untersuchung aus einer Inhaltsanalyse eines Online-Produkts besteht, gilt es auf die Spezifika der Online-Inhaltsanalyse einzugehen. Die Webwissenschaften haben sehr ausführliche Erkenntnisse über die Besonderheiten und Probleme dieses Forschungsgebiets. Die vorliegende Untersuchung beruht auf einem klassischen Web-1.0-Content, da die Inhalte der Website nachrichten.at auf eine One-to-many-Kommunikation abzielen. Das Portal wird primär als Massenkommunikationsmittel eines traditionellen Mediums

angesehen. Es existiert zwar eine sogenannte „Rückkanalmöglichkeit“ in Form von Kommentaren zu den einzelnen Artikeln, jedoch ist dies deutlich schwächer ausgeprägt als im Web 2.0-Content. Hierbei existieren web-spezifische Eigenschaften, die hinsichtlich der Forschungslogik und -praxis Probleme für eine Inhaltsanalyse aufwerfen, was nicht zwingend bedeutet, dass diese in vollständiger oder vereinzelter Form bei der gegenwärtigen Analyse auftreten (müssen) (vgl. Volpers 2013: 21f.).

Im Folgenden werden diese in vier Problemdimensionen gegliedert: (vgl. ebd.: 22)

- Die Unendlichkeit und Unübersichtlichkeit des Webs
- Die Nonlinearität und Hypertextualität von Online-Inhalten
- Der flüchtige bzw. dynamische Aggregatzustand des Web-Contents
- Die verschiedenen Angebotsformen in Text, Ton und Bild

### **3.1.3 Das qualitative Experteninterview**

Nach Gläser und Laudel (2009: 12) definiert sich die Rolle der Expertin bzw. des Experten im Kontext der Methodik des Interviews wie folgt: „Experte beschreibt die spezifische Rolle des Interviewpartners als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte. Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen“.

Das Interview mit Expertinnen und Experten als Untersuchungsinstrument weist zwei wesentliche Merkmale auf: (vgl. Gläser/Laudel 2009 12f.)

1. Expertinnen bzw. Experten sind ein Medium, über welches die Wissenschaftlerin bzw. der Wissenschaftler Wissen über einen Sachverhalt erlangen will. Sie sind also nicht das Objekt der Untersuchung, sondern vielmehr Zeugin bzw. Zeuge der uns interessierenden Prozesse.
2. Die Expertinnen bzw. Experten haben eine besondere und exklusive Stellung in dem sozialen Kontext, der untersucht wird.

Somit handelt es sich hierbei um eine rekonstruierende Untersuchung, bei welcher soziale Situationen oder Prozesse rekonstruiert werden sollen.

Entscheidend bei der Vorbereitung und Anwendung der Methodik sind das Ziel der Untersuchung, der daraus abgeleitete Zweck des Interviews und die daraus resultierende Rolle der Interviewpartnerin bzw. des Interviewpartners (vgl. Gläser/Laudel 2009: 13).

Diese spezielle Form wird von Gläser und Laudel (2009: 111f.) als ein Typ von nichtstandardisierten Interviews definiert, bei dem die Interviewerin bzw. der Interviewer einen vorbereiteten Katalog mit offenen Fragen zur Grundlage des Gesprächs macht. Diese Form empfiehlt sich vor allem wenn folgende Aspekte zutreffen:

- Wenn unterschiedliche Themen behandelt werden, die durch das Ziel der Erhebung bestimmt sind und nicht durch die Antworten.
- Wenn einzelne und spezifische Informationen erhoben werden müssen.

Das Expertinnen- bzw. Experteninterview wird in der Regel leitfadengestützt durchgeführt und ist ein Kommunikationsprozess, der folgende Merkmale aufweist:

- Allgemeine kulturell festgelegte Kommunikationsregeln und Konventionen sind gültig, hervorzuheben ist jene, dass die bzw. der Befragte die Antwort verweigern darf, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen.
- Es gibt eine Rollenverteilung, die von beiden Seiten anerkannt wird.
- Die Interviewerin bzw. der Interviewer führt den Dialog; dieser ist auf ein bestimmtes Informationsziel gerichtet.

Für das Leitfadeninterview sind vier Aspekte charakteristisch, die als Anforderung an selbiges gestellt werden: (vgl. Hopf 1978: 99ff.)

- Reichweite: Im Interview soll ein breites Spektrum an Problemen zur Sprache kommen, sodass die bzw. der Befragte eine hohe Chance hat, in nicht antizipierter Weise zu reagieren. Der Leitfaden soll den zu rekonstruierenden Prozess aus verschiedenen Perspektiven beleuchten und sogenannte „Erzählanregungen“ bieten.
- Spezifität: Die aufgeworfenen Themen und Fragen sollen spezifisch behandelt werden. „Erst die Spezifizierung bestimmter Stellungnahmen,

Entscheidungen, Optionen und die Erläuterung ihres Hintergrundes ermöglicht ein sinnhaftes Verstehen von Reaktionen“ (Hopf 1978: 100). Nicht die Standardisierung der Antworten ist der Kern des Instruments, sondern vielmehr das Herausarbeiten des besonderen Gehalts von Äußerungen der bzw. des Befragten.

- Tiefe: Die bzw. der Befragte soll bei der Darstellung der affektiven, kognitiven und wertbezogenen Erläuterungen spezifischer Situationen und bei der Darstellung ihrer bzw. seiner Involviertheit unterstützt werden.
- Personaler Kontext: Der persönliche und soziale Kontext muss ausreichend erfasst sein, da er maßgeblich ist für die Interpretation der Reaktionen.

Der Leitfaden wirkt im Interview mit der Expertin bzw. dem Experten wie ein Ablaufplan. Er stellt sicher, dass während des Gesprächs alle Informationen erhoben wurden, von denen man sich vorher überlegt hat, dass man sie benötigt. Der Interviewleitfaden enthält Fragen, die bei erwartungsgemäßer Beantwortung an einen natürlichen Gesprächsverlauf erinnern. Abweichungen ergeben sich nur dann, wenn bei gewissen Aspekten nachgefragt werden muss, sich neue Facetten auftun oder sich die Möglichkeit ergibt, Themen aneinander anzuschließen (vgl. Gläser/Laudel 2009: 144).

### **3.1.3.1 Auswertung Experteninterviews**

Die Auswertung der Ergebnisse soll aus einer Kombination von freier Interpretation und Kodieren erfolgen. Diese beiden Verfahren sind in der Forschungspraxis weit verbreitet, obwohl ersteres eigentlich keine Auswertungsmethode im wissenschaftlichen Sinne darstellt. Da keine Verhaltensregeln für dieses Vorgehen existieren und somit die Nachvollziehbarkeit der Schlussfolgerungen oft nur gering gegeben ist, können so in kurzer Zeit plausible und interessante Erkenntnisse gewonnen werden. Um den wissenschaftlichen Wert zu erhöhen, plant die Verfasserin eine Kombination der Auswertung mit dem Vorgehen des Kodierens (vgl. Gläser/Laudel 2009: 44f.).

Das Kodieren ist ein Verfahren, das aus der „grounded theory“ entstanden ist und mittlerweile in der Literatur oft als eigenständige Auswertungsmethode gilt. Hierbei werden relevante Textstellen der Transkripte mit einem Kode, einem Stichwort oder einer Zahlenfolge versehen. Diese Kodes können entweder aus theoretischen Vorüberlegungen resultieren oder während des Forschungsprozesses entwickelt werden. Je nach Kontext können diese Kodes Hierarchien aufweisen. Auf dieser Grundlage können Analysen vorgenommen werden, die beispielsweise Textstellen eines gewissen Kodes vergleichend betrachten. Dies erweist sich für die vorliegende Forschungsthematik als sehr passend, da ein Vergleich zwischen zwei Jahrgängen gezogen werden soll (vgl. Gläser/Laudel 2009: 45f.). Das für diese Untersuchung entwickelte Kodewortschema kann dem Anhang entnommen werden.

### **3.2 Untersuchungs-Gegenstand und Analyse-Details: OÖN und nachrichten.at**

#### **3.2.1 Die Oberösterreichischen Nachrichten (OÖN) und nachrichten.at**

Die Tageszeitung Oberösterreichische Nachrichten ist eine überregionale Abonnement-Zeitung mit Sitz im Zentrum der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz. Die Zeitung ist im Eigentum des Verlagshauses J. Wimmer GmbH & Co KG, welche wiederum in Besitz von Rudolf Cuturi ist, des Urenkels des Verlagsgründers und aktuellen Herausgebers der Zeitung. Das Blatt ist somit Teil eines Familienunternehmens und hat einen starken Regionalbezug, der sich anhand der verschiedenen regionalen Mutationen des Lokalteils belegen lässt. Es gibt für den Zentralraum Linz, Wels, Steyr, das Salzkammergut, das Innviertel und das Mühlviertel eigene Lokalausgaben, in denen von Montag bis Freitag spezifische lokale Information geboten wird (vgl. nachrichten.at 2015a: o.S).

Rudolf Lehr (1983: 251) beschreibt die Oberösterreichischen Nachrichten wie folgt: „Die ‚Oberösterreichischen Nachrichten‘ [...] sind mit diesem Bundesland verwachsen wie keine andere Zeitung. Sie werden heute als Zeitung, die sich etwas traut, die etwas erreicht, als Zeitung mit Dynamik und Courage anerkannt“.

Die OÖN gelten in ihrem Bundesland mit 28,2 Prozent Leseranteil als eine der bedeutendsten Tageszeitungen und müssen sich lediglich hinter der regionalen Oberösterreich-Mutation der „Kronen Zeitung“ mit 35,4 Prozent einreihen. Drittstärkstes Abonnement-Tagesblatt ist „Der Standard“ mit 4,1 Prozent. Die Mehrheit der OÖN-Leserschaft ist männlich und älter als 40 Jahre, wobei die stärkste Lesergruppe 60 Jahre bzw. älter ist (vgl. Media Analyse 2015: o.S.). Die Blattlinie der Zeitung ist auf ihrer Homepage wie folgt verlautet:

“Die Oberösterreichischen Nachrichten sind eine überparteiliche und unabhängige Tageszeitung. Sie bekennen sich zur pluralistischen Gesellschaftsordnung, der parlamentarischen Demokratie, zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft sowie zur Integration Europas und fühlen sich den Menschenrechten verpflichtet“ (nachrichten.at 2015b: o.S.).

Das Online-Produkt „nachrichten.at“ wurde im Jahr 1995 ins Leben gerufen. Unter dem Namen „OÖ Online“ war es damals eines der ersten österreichischen Medienportale im Netz (vgl. nachrichten.at 2015c: o.S.). Heute besteht die Online-Redaktion aus 15 Personen: zwei leitenden Personen, drei Personen, die für OÖN-TV zuständig sind, und zehn, die sich ausschließlich mit redaktioneller Arbeit beschäftigen (acht Vollzeit-Äquivalente). Die Redakteurinnen und Redakteure arbeiten im Schichtmodell, sieben Tage in der Woche von 7 bis 22 Uhr. Die erste Schicht dauert von 7 bis 15 Uhr, die zweite Schicht von 15 bis 22 Uhr und wird jeweils von einer Redakteurin bzw. einem Redakteur gestellt, die bzw. der Nachrichtendienst hat. Dies bedeutet, dass sie bzw. er über alle Ressorts hinweg, dem aktuellen Tagesgeschehen nach, Artikel verfasst bzw. aktualisiert. Dies beinhaltet auch die Aktualisierung auf der Social-Media-Plattform „Facebook“. In der späteren Schicht ist zusätzlich eine zweite Redakteurin bzw. ein zweiter Redakteur im Dienst, der sich um die Veröffentlichung der Print-Zeitung auf „nachrichten.at“ kümmert. Die Artikel müssen hierbei „online-tauglich“ gemacht werden. Dies hat meist technische

Hintergründe (z.B. Bildausschnitte), heißt aber auch Titel passend zu gestalten, sowie die Inhalte auszuwählen (z.B. wenn Themen online bereits tagsüber ausgiebig gespielt wurden, werden Artikel weiterführend angepasst, aber nicht zusätzlich nochmals veröffentlicht).<sup>2</sup>

Nach Relaunches in den Jahren 1996 und 2003 erscheint 2010 erstmals eine digitale Ausgabe der OÖN für mobile Tablets. Das sogenannte ePaper ist ein Abbild der Print-Zeitung und verzeichnet eine relativ überschaubare, jedoch konstante Leserschaft, die vorwiegend aus Menschen besteht, die viel unterwegs sind oder aus jenen, die in abgelegenen Gebieten leben, wo die Zeitung erst später zugestellt wird, die jedoch trotzdem morgens ihre Zeitung lesen wollen. Die Download-Zahlen des ePapers werden nicht in die Zugriffszahlen des Online-Portals einberechnet. Das ePaper wird eher als zweite, separate Schienen betrachtet, da sich die Zielgruppen stark unterscheiden. Auf der Online-Plattform werden in der Regel keine Meinungs-Artikel (z.B. Kommentare, Leitartikel, Kolumnen) veröffentlicht. Dies ist in der momentanen strategischen Ausrichtung der Zeitung begründet. Der Printzeitung-Leserin bzw. dem Printzeitung-Leser, die bzw. der für das Produkt bezahlt, soll ein Mehrwert geboten werden. Anlassbezogen gibt es hierbei aber auch Ausnahmen. Bei internationalen Großereignissen, wie beispielsweise den Terroranschlägen in Paris, wird der Meinungsartikel genutzt, um den Rezipientinnen und Rezipienten eine Einschätzung zu liefern. Hierbei werden auch Leitartikel online veröffentlicht, ebenso Kolumnen, die eine große Breitenwirksamkeit genießen, wie beispielsweise die Jagdkolumne.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Informationen entstammen einem Vorab-Gespräch mit der Online-Leitung Elisabeth Eidenberger  
<sup>3</sup> vgl. ebd.

Darüber hinaus wird ab und an mit dem sogenannten „Premium-Artikel-Format“ gearbeitet. Hierbei muss die Leserin bzw. der Leser ein „registrierter Kunde“ sein. Das bedeutet eine einmalige Registrierung mit Email-Adresse; damit wird ein Benutzerkonto angelegt, mit dem man sich immer wieder anmelden kann, wenn man einen solchen Premium-Artikel lesen möchte. Der Verlag gibt also die Möglichkeit, im Austausch gegen diese persönliche Information, das Angebot vollständig zu nutzen. Dieses Format soll einerseits austesten, was die Leserin bzw. der Leser bereit ist zu „geben“, andererseits wird beabsichtigt, den Rezipientinnen und Rezipienten klar zu machen bzw. ein Gefühl dafür zu geben, welche Inhalte sie auf nachrichten.at bekommen, die sie anderswo nicht finden. Es sollen also eine Wertigkeit und ein Alleinstellungsmerkmal vermittelt werden. Diese spezielle Form bezieht sich vorwiegend auf Exklusiv-Geschichten aus den Bereichen Landespolitik und regionale Wirtschaft, sowie auf lokale Geschichten aus den Bezirken.<sup>4</sup>

Ein großes Umbau-Projekt der J. Wimmer GmbH startete im Jahr 2014 mit dem Abriss des alten Logistikzentrums und der alten Druckerei, in der die Zeitung bis 2003 produziert wurde. Bis 2017 soll am Areal ein neues Gebäude entstehen, das, mit einem News-Room ausgestattet, das neue Zuhause der Belegschaft der Oberösterreichischen Nachrichten bilden soll.

### **3.2.2 Neues Redaktionsmodell: der News-Room<sup>5</sup>**

Der News-Room des Verlagshauses Wimmer ist aktuell in Bau und soll im Frühjahr 2017 eröffnet werden. Zur Entwicklung eines idealen und praxisnahen Konzeptes wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die aus rund zehn Personen besteht. Jedes Ressort, sowie der Betriebsrat ist durch eine Person vertreten.

---

<sup>4</sup> vgl. ebd.

<sup>5</sup> Informationen entstammen einem Vorab-Gespräch mit dem Leiter der News-Room Arbeitsgruppe Clemens Thaler

Darüber hinaus ist der Chef vom Dienst der Printzeitung Mitglied, sowie Clemens Thaler, Leiter der Online-Redaktion, der als Kopf der Arbeitsgruppe fungiert. Aufgabe dieser Gruppe ist es, gemeinsam ein Konzept zu erstellen über die zukünftige Arbeitsweise, also Definierung von Prozessen, Abläufen, Strukturen, aber auch wie dieser News-Room architektonisch aussehen soll. Um ein möglichst adäquates und effizientes Konzept zu erarbeiten, unternahm die Arbeitsgruppe rund 15 Studienreisen und besichtigte News-Rooms von Verlagshäusern und Zeitungen im deutschsprachigen Raum. Hierbei wollte man vom Erfahrungsschatz profitieren, um bereits gemachte Fehler zu vermeiden. Zusammen mit einem Architekten wurde mittlerweile ein Layout erarbeitet, das zumindest die räumlichen Gegebenheiten festlegt, jedoch von dem „klassischen“ riesigen News-Room eher abweicht. Bei der Planung war es besonders wichtig, einen „Mittelweg“ zu finden, nämlich den Vorteil zu haben, den News-Desk als zentralen Hub zu nutzen, aber dennoch die nötigen räumlichen Gegebenheiten, nämlich in Ruhe arbeiten und recherchieren zu können, nicht zu zerstören.

Im Jahr 2016 soll der Feinschliff des Konzepts erfolgen, und die zu Beginn definierten Prozesse und Arbeitsvorgänge des Alltagsgeschäfts sollen konkret beleuchtet werden, um sie in die räumliche Struktur einzubetten. Die Abläufe werden teilweise jetzt schon umgestellt, um diese Neuerung bereits in die Struktur und das Denken zu integrieren und einen glatteren Übergang in das neue Redaktionssystem zu schaffen. Beispielsweise wurden die täglichen Redaktionssitzungen bereits den geplanten Prozessen im News-Room angeglichen. Die Sitzungen finden nun im großen Büro der Online-Redaktion statt, der aktuell auch einrichtungstechnisch wie ein improvisierter News-Room gestaltet ist. Hierbei werden zu Beginn kurz die Themen besprochen, die auf nachrichten.at aktuell laufen. Die Vormittags-Konferenz findet früher statt als einst, um dem Online-Team ausreichend Zeit zu verschaffen, etwaige Themen zu bearbeiten und so die Mittagsspitze der Online-Zugriffe möglichst gut zu bedienen. Zusätzlich wird in der Nachmittags-Konferenz bereits festgelegt, welche Inhalte am darauffolgenden Morgen, einer weiteren Online-Zugriffsspitze, für die Leserinnen und Leser besonders interessant und wichtig sind.

Für einen nahtlosen Übergang sind im Jahr 2016 Trainings für die Belegschaft angesetzt, die beim Umstieg auf die neuen Arbeitsprozesse helfen sollen. Am wichtigsten ist es hierbei, die Denkweise in den Köpfen zu ändern. Denn im neuen News-Room ist ein integriertes und ganzheitliches Denken, also sowohl für das Print- als auch das Online-Produkt, von oberster Priorität. Wichtig ist für die Print-Redakteurinnen und -Redakteure auch die technische Schulung, da im neuen Redaktionsmodell mit einem integrierten CMS-System gearbeitet werden soll. Die ganze Belegschaft soll dann nur noch in einer Publikations-Software arbeiten, in dem mit einem Klick beide Kanäle, also Print und Online, gleichzeitig, aber auch separat, bespielt werden können. Dieser Übergang, in dem die Systeme Online und Print zu einem vereint werden, ist ein weiterer wesentlicher Schritt in Richtung News-Room, den die Belegschaft im Jahr 2016 beschreiten wird.

Die Trennung Print- und Online-Journalistin bzw. -Journalist wird es im News-Room nicht mehr geben. Die bestehende Struktur wird vollständig aufgelöst. Aktuell ist geplant, einen sogenannten News-Basisdienst zu integrieren, der von ehemaligen Online-Redakteurinnen und -Redakteuren besetzt wird; eventuell werden manche auch in die Ressorts eingegliedert. Konkrete Entscheidungen gibt es hierzu noch nicht, da dies aktuell noch in Planung ist und es Aspekte wie Schichtdienst und „Betriebszeiten“ zu bedenken gilt. Das neue Redaktionsmodell soll als zentrale Produktionseinheit dienen, und dabei will man hauptsächlich von der räumlichen Nähe und dem Wissenstransfer profitieren, der zwischen den Ressorts, sowie der einstigen Online- bzw. Print-Redaktion passiert. In der täglichen Arbeit liegt die Hoheit über die Online-Inhalte dann, wie bei der Printzeitung, bei der jeweiligen Ressortleitung, die dann ebenso den Online-Auftritt des Ressorts verantwortet.

### **3.2.3 Analyse-Einheit und -Zeitraum**

Da eine Vollerhebung den Rahmen einer Magisterarbeit sprengen würde, beschränkt sich die Erhebung auf das Wirtschafts-, Politik-, sowie Regional-Ressorts der OÖN. Hierbei gilt es zu erwähnen, dass das Politik-Ressort im Print-Produkt ein sehr umfassendes ist, das sich neben innen- und außenpolitischen Themen auch mit Inhalten aus dem weitgehenden

internationalen Geschehen befasst. Um eine Vergleichbarkeit zwischen dem Online- und Print-Produkt zu erzielen, wurden die ausgewählten Ressorts einander eine Woche lang gegenüber gestellt. Der Erhebungszeitraum war Sonntag, der 13. Dezember 2015, bis Samstag, der 19. Dezember 2015. Es handelt sich somit um sechs Analysetage, da die OÖN keine Sonntagsausgabe veröffentlichen. Dabei wurde der Ist-Stand des Online-Produkts mit der Print-Zeitung des darauffolgenden Tages verglichen.

Der Ist-Stand des Online-Produkts wurde via täglicher Screenshots um 12:30 Uhr mittags erhoben. Damit sollten die Priorisierung und der Inhalt der Artikel für die Verfasserin wahrnehmbar werden. Die Stichzeit von 12:30 Uhr mittags wurde in Rückschluss mit der Leitung der Online-Redaktion festgelegt und resultiert aus dem Hintergrund, dass zu dieser Zeit das Online-Produkt nachrichten.at täglich die meisten Seitenaufrufe verzeichnet. Um den Rahmen der Masterarbeit zu wahren, wurden pro Ressort jene vier Artikel analysiert, die auf der Startseite des Ressorts „above-the-fold“, also auf den ersten Blick erscheinen, wenn man die Seite aufruft, ohne hinunterscrollen zu müssen. Diese vier Artikel sind auf der Seite jeweils durch gesonderte, prominente Platzierung hervorgehoben und mit Bildern visualisiert, wobei jeweils ein Artikel stärker hervorgehoben wird (siehe Abbildung 5). Somit gab es für jeden Analysetag online zwölf Artikel zu analysieren, vier pro Ressort. Das ePaper der OÖN wurde bei der Analyse insofern berücksichtigt, als es ein Abbild der Printzeitung ist, welches online bezogen wird.

## Hammerschmid neue Präsidentin der Universitätenkonferenz



WIEN. Die Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität (Vetmeduni), Sonja Hammerschmid (47), ist am Montag als erste Frau und erste Nicht-Professorin zur neuen Präsidentin der Universitätenkonferenz (uniko) gewählt worden. [mehr »](#)



### Pro-Kopf-Einkommen der Oberösterreicher über Österreichschnitt

LINZ/WIEN. Vorarlberg legt wirtschaftlich zu, Wien sackt ab, Oberösterreich ist im Mittelfeld – das sind die ... [mehr »](#)



### EU will Beitrittsverhandlungen mit Türkei ausweiten

BRÜSSEL. Am Rande eines Außenministertreffens soll an diesem Montag in Brüssel neuer Schwung in die ... [mehr »](#)



### CDU-Parteitag beginnt mit Schwerpunkt Flüchtlingskrise

KARLSRUHE. Angesichts erheblichen Unmuts über die Flüchtlingspolitik von Deutschland Kanzlerin Angela Merkel ... [mehr »](#)

☰ Kommentare (12)

**Abbildung 5: Beispielhafte Übersicht einer Ressortseite auf nachrichten.at**

In der Print-Ausgabe wurden alle Artikel der besagten Ressorts untersucht, ausgenommen waren Kommentare, Leitartikel, sowie Interviews, da sie nicht dem klassischen Format eines Berichts entsprechen und somit nicht nach demselben Maß beurteilt werden können. Darüber hinaus finden sich, wie bereits erwähnt, auf nachrichten.at in der Regel keine Meinungsartikel. Die Überblicksmeldungen wurden aufgrund ihrer Kürze ebenfalls nicht in die Analyse einbezogen. Die Inhalte wurden einer Textanalyse nach Qualitätsmerkmalen unterzogen. Die erlangten Erkenntnisse wurden in weiterer Folge, nach dem gleichen Schema, der Printzeitung des darauffolgenden Tages gegenübergestellt. Die Bebilderung der Artikel wurde nicht einbezogen, es wurde also keine zusätzliche Bildanalyse durchgeführt. Jedoch wurden für die weitere Schlussfolgerung die Reihung der Online-Artikel auf nachrichten.at und die Aufmachung der Artikel in Größe und Platz in der Print-Ausgabe berücksichtigt. Das gesamte Analysematerial, also die Inhalte der Online-Artikel, sowie Scans der Print-Artikel sind dem Anhang zu entnehmen.

Für die Analyse wurden sechs Expertinnen und Experten anhand eines Leitfaden-Interviews befragt, wobei die Fragen je nach Ressort bzw. Produkt variieren. Im Kern wurden jedoch von allen dieselben Aspekte abgefragt. Eine Übersicht über den vollständigen Leitfaden mit allen Fragen ist dem Anhang zu entnehmen. Um der Auswahl der Untersuchung gerecht zu werden, wählte die Verfasserin drei Print-Journalistinnen bzw. -Journalisten der verschiedenen Ressorts aus, sowie drei Online-Redakteurinnen und -Redakteure: Elisabeth Eidenberger (Leitung der Online-Redaktion), Clemens Thaler (Leitung der Online-Redaktion, Leiter der News-Room Arbeitsgruppe), Ulrika Günther (seit acht Jahren Online-Redaktion, davor mehrere Jahre in der Lokalberichterstattung für die Print-Zeitung), Susanne Dickstein (Wirtschafts-Ressort Printzeitung), Herbert Schorn (Regional-Ressort Printzeitung), Christoph Kotanko (Politik-Ressort Printzeitung, Korrespondent der OÖN in Wien). Darüber hinaus wurde ein Augenmerk auf eine ausgeglichene Geschlechter-Selektion gelegt.

### **3.3 Forschungsvorgehen**

Ziel der Magisterarbeit war es, einen Vergleich der inhaltlichen Qualität des Print- sowie des Online-Produkts der Oberösterreichischen Nachrichten anzustellen und mittels Interviews mit Expertinnen und Experten (Print- und Online-Journalistinnen und Journalisten der OÖN) Einblick in die Praxis der Belegschaft zu erhalten, um ein besseres Verständnis für die Produkte und deren Qualität zu erlangen. Darüber hinaus sollen die Erkenntnisse der Interviews dazu dienen, die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zu interpretieren und in Kontext zu den Ansprüchen der Produkte zu stellen, sowie einen Eindruck zu gewinnen, wie das neue Redaktionskonzept des News-Rooms die Qualität zukünftig beeinflussen wird.

Nach einer ersten Sichtung der vorhandenen Literatur und Studien zum Thema Qualitätsforschung wurde ein möglicher theoretischer Rahmen der Magisterarbeit erarbeitet. Durch die intensivere Auseinandersetzung mit dem bereits vorhandenen literarischen Material wurde die Concept-Map-Methode als Instrument der Inhaltsanalyse gewählt. Die Entscheidung ist auf zwei Aspekten begründet: Einerseits weil das Instrument eine große Bandbreite von in der Literatur existierenden Kriterien beinhaltet und die Verfasserin einen möglichst

holistischen Gesamteindruck des Konstrukts der publizistischen Qualität erfassen wollte. Zweitens weil das Instrument die Komplexität des Konstrukts adäquat zu erfassen und auch Zusammenhänge und Bedeutung der einzelnen Kriterien einzubeziehen schien.

Nach der Ausarbeitung der theoretischen Einbettung konnten darauf aufbauend die Qualitätskriterien definiert, sowie operationalisiert werden. Diese Ausarbeitung des Instruments hat einen wesentlichen Teil der beanspruchten Zeit eingenommen. Der Verfasserin war besonders wichtig, der Entwicklung des Kriterienkatalogs viel Zeit zu schenken, um mögliche Schwächen vorab auszumerzen bzw. etwaige Probleme, die in der Analyse auftauchen könnten, schon im Vorhinein zu eliminieren. Darauffolgend wurde nach detaillierter Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Analyse ein Leitfaden für die Interviews erstellt. Allen sechs Expertinnen und Experten wurden dabei dieselben Fragen gestellt. Den beiden Personen, welche die Leitung der Online-Redaktion inne haben, wurden vorab noch allgemeine bzw. operative Fragen zur Online-Redaktion gestellt. Darüber hinaus ist einer der beiden auch Vorsitzender der „Arbeitsgruppe News-Room“ (*Anm. der Verfasserin*: eine Gruppe von Redakteurinnen und Redakteuren verschiedener Ressorts der OÖN, die sich seit einigen Jahren mit der vollständigen Planung des neuen Redaktionskonzepts beschäftigt, siehe dazu Kapitel 3.2.2.). Ihm wurden zusätzlich Fragen zur Planung und Umsetzung des News-Rooms gestellt.

Aus zeitlichen Gründen wurden die Interviews mit den Expertinnen und Experten bereits vor dem Erhebungszeitraum der Inhaltsanalyse durchgeführt. Dies erwies sich als unvorhergesehener Vorteil, da die Verfasserin somit ohne vorgefertigte Meinung in die Interviews ging und in weiterer Folge der Methodik der qualitativen leitfadengestützten Interviews einen vollständigen und objektiven Spielraum lassen konnte. Die Antworten der Redakteurinnen und Redakteuren wurden damit nicht unterbewusst durch mögliche subjektive Aussagen der Interviewerin beeinflusst. Darauffolgend wurden die Interviews anhand der Software „MAXQDA 12“ transkribiert und codiert, noch bevor die Inhaltsanalyse durchgeführt wurde. Die Codes wurden im Verlauf der Interviews bzw. des Transkribierens erstellt und stetig weiterentwickelt bzw. erweitert. Bei der

Untersuchung des Inhalts des Print- und Online-Produkts ging die Verfasserin chronologisch vor. Hierbei soll erwähnt werden, dass die Analyse nach wissenschaftlichen Kriterien und bestem Gewissen ausgeführt wurde, jedoch, wie in der Forschung generell üblich, als Annäherung an den theoretischen und analytischen Idealzustand angesehen werden kann.

Nachdem die Ergebnisse der beiden Erhebungsinstrumente dargelegt und miteinander verknüpft, sowie in Kontext zur Theorie gesetzt wurden, konnte von der Verfasserin eine Interpretation der Erkenntnisse erfolgen und damit ein Fazit (siehe Kapitel 5) gezogen werden. Dabei wurden nicht nur die Forschungsfragen beantwortet, sondern es wurde auch versucht, eine mögliche Prognose für die Entwicklung der Qualität der OÖN unter dem News-Room-Konzept zu stellen. Darüber hinaus wurde ein Ausblick für weiterführende Forschung gegeben.

## **4 Ergebnisse**

Im Weiteren sind die Ergebnisse der Leitfaden-Interviews, sowie der Inhaltsanalyse dargestellt. Es wurde eine Interpretation der Erkenntnisse vorgenommen und in weiterer Folge in Kontext zur kommunikationswissenschaftlichen Theorie gesetzt.

### **4.1 Darstellung der Ergebnisse**

#### **4.1.1 Leitfaden-Interviews mit Expertinnen und Experten**

Die Darstellung der Ergebnisse der Leitfaden-Interviews erfolgt nach Chronologie des Gesprächsablaufes. Zu Beginn wurden die Expertinnen und Experten dazu befragt, welchen Qualitätskriterien ihrer Meinung nach bei der journalistischen Arbeit immer Beachtung geschenkt werden sollte. Hierbei zeigten sich ganz unterschiedliche Antworten, je nach Erfahrungs- und Wissensstand, sowie subjektiven Vorstellungen von Qualität.

Von den Print-Redakteurinnen und -Redakteuren wurde hierzu genannt: Objektivität (zweimal), Unabhängigkeit, also die Trennung zwischen werblichen und redaktionellen Inhalten, sowie Neutralität, Ausgewogenheit. Darüber hinaus wurden Kriterien genannt, die nicht konkret auf eines der in der vorliegenden Analyse verwendeten Kriterien umgelegt werden konnte, wie beispielsweise die saubere Recherche, die ergebnisoffene Recherche, Check bzw. Gegencheck. Für Christoph Kotanko gehört zur Qualität auch die Transparenz, als die „neue Form“ der Objektivität. Er meint damit, dass die Leserinnen und Leser wissen, wie die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten aussieht. Für ihn ist dies ein neues Schlagwort, an dem die Belegschaft stetig arbeiten sollte. Darüber hinaus erwähnt er, dass es sich in der Qualitätsfrage nicht um einzelne Kriterien handle, sondern um ein Gesamtkunstwerk von mehreren Kriterien. Er sagt, dass es hinsichtlich der Kriterien auch Bedeutungs-Unterschiede in den Ressorts gebe, und erläutert beispielhaft, dass sich der Aspekt Achtung der Persönlichkeit für das Chronik-Ressort anders darstellt als für den Bereich Sport.

Herbert Schorn hebt als Regional-Redakteur auch das korrekte Werten von Geschichten als Qualitätsmerkmal hervor. Er meint damit einerseits die Größe

und Prominenz, die man einem Artikel schenkt, und auch die Themen-Auswahl. Für ihn ist es ein Zeichen von Qualität. Hier sei es sehr wichtig, sich von Boulevard-Medien zu unterscheiden, nicht nur Themen zu publizieren, welche die größte Leserschaft einfangen, sondern sich auch mit solchen zu befassen, die wichtig und notwendig für die Allgemeinheit sind. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der im Zusammenhang der Print-Qualität dreimal erwähnt wurde, ist die Analyse und das kritische Hinterfragen von Inhalten. Wobei in diesem Zusammenhang mit dem Verweis auf die Kommentarspalte auch einmal die Wichtigkeit der Trennung von Meinung und Nachricht, also der Objektivität, betont wurde.

Die Belegschaft der Online-Redaktion war bei der Nennung der bedeutenden Kriterien nicht so ausführlich wie die Kolleginnen und Kollegen der Printzeitung. Hierbei wurde einmal gesagt, dass die selben Kriterien wie in der Print-Redaktion zu gelten haben. Weiterführend wurde einmal betont, dass es viel wichtiger sei, zu sagen, dass es keinen Unterschied bei der Bedeutung der Qualitätskriterien im Print und Online geben dürfe. Die Online-Redakteurin Ulrika Günther hob in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der Qualität hervor. Darüber hinaus wurde wiederum einmalig das Kriterium Check bzw. Gegencheck genannt.

Nachdem die Expertinnen und Experten selbst Kriterien nennen sollten, wurde ihnen der umfassende Kriterienkatalog der Inhaltsanalyse vorgelegt. Dies zeigte das unterschiedliche Verständnis von Qualität. Viele Kriterien wurden von den Journalistinnen und Journalisten als selbstverständlich angesehen (z.B. Aktualität, Wahrhaftigkeit) oder gar als Voraussetzung für Journalismus und wurden deshalb nach eigenen Aussagen nicht explizit genannt.

Im Weiteren wurden die Redakteurinnen und Redakteure gebeten, eine Einschätzung abzugeben, ob sich die beiden Produkte aus Qualitätssicht unterscheiden. Zwei Personen hielten fest, dass es keinen Unterschied gibt. Drei Personen betonten, dass es einen gebe, der hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, dass das Online-Produkt aktueller, das Print-Produkt meinungsgetriebener sei. Eine Person gibt an, dass es wohl einen Unterschied gäbe, den es jedoch nicht zu werten gelte, da die Ansprüche an die Produkte unterschiedlich seien. Christoph Kontako pflichtet dem bei, betont aber auch das unterschiedliche Verständnis von publizistischer Qualität: „[...] wenn man mit

Qualität das ausführliche Abwägen von Fakten versteht, vielleicht auch eine gewisse schreiberische Brillanz, die ist wahrscheinlich in einem Kurzbericht, den ich in 15 Minuten schreibe, schwieriger zu erreichen als mit einem Leitartikel, an dem ich vier bis fünf Stunden arbeite [...]“. Die Leiterin der Online-Redaktion, Elisabeth Eidenberger, nimmt an, dass es einen Qualitätsunterschied gebe, da das Print-Produkt mehr Tiefe und Überblick vermittele und über das Online-Produkt mehr News und Aktualität vermittelt würden. Ihrer Meinung nach werde es auch in der Zukunft verstärkt in diese Richtung gehen, weil es die entgeltliche Printzeitung in gewissem Maße vor den Konsumentinnen und Konsumenten zu rechtfertigen gelte.

Im Rahmen der Interviews mit den Expertinnen und Experten zeichnete sich ab, dass es bei der Zusammenarbeit mit der Online-Redaktion bzw. hinsichtlich der Verantwortlichkeiten für Online-Inhalte Unterschiede in den untersuchten Ressorts gibt. Es kristallisierten sich weitere Spezifika heraus.

Im Wirtschafts-Ressort versteht man unter Online und Print lediglich zwei verschiedene Vertriebswege, das Produkt sei dasselbe. Eine Besonderheit des Ressorts ist, dass für die Inhalte auf nachrichten.at die Hoheit auch vollständig beim Wirtschafts-Ressort und nicht in der Online-Redaktion liegt. Laut Susanne Dickstein ist der inhaltliche Unterschied zwischen Online und Print der, dass Ersteres eher nachrichtenbasiert ist und Letzteres vermehrt den Fokus auf Analysen, Kommentare und Meinung legt. Die Zusammenarbeit zwischen Online und Print sei in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Es habe rund zwei Jahre gedauert, dass sie so gut funktioniere wie heute. Die Journalistinnen und Journalisten des Ressorts Wirtschaft sind bereits auf das CMS-System für Online-Inhalte geschult; somit werden Artikel auch selbständig von der Print-Redaktion gestaltet und über den Online-Kanal ausgespielt.

Der Austausch im Politik-Ressort erfolgt hauptsächlich per Mail und Telefon, vor allem im Bezug auf die Bundespolitik, die in der Wiener Redaktion betreut wird. Die Generierung der Inhalte erfolgt dabei kollaborativ und findet sich mittlerweile in einem routinierten Ablauf. Einerseits bietet die Print-Redaktion Themen an, wenn die Journalistinnen und Journalisten empfinden, dass es für nachrichten.at passend ist. Andererseits meldet sich die Online-Redaktion und bittet um einen

Artikel zu einem Thema, dass dann so schnell wie möglich geliefert wird. Eine Hoheit über die Reihung der Online-Artikel gibt es nicht; diese liegt eher bei der Online-Leitung. Laut Christoph Kotanko wird im Bezug auf Gewichtung- oder Aufarbeitungsfragen zu Inhalten in der Regel Rat bei den Spezialistinnen und Spezialisten im Fach-Ressort gesucht. Hinsichtlich des Inhalts versucht man sich online vorwiegend kurz zu halten und möglichst schnell zu sein. Dabei soll in aller Knappheit das Scheinwerferlicht auf ein Thema geworfen werden, auch gerne mit einem Kommentar von 20 bis 25 Zeilen. In der Print-Zeitung am folgenden Tag wird dieses Thema dann in aller Gelassenheit detailliert aufbereitet.

Die Zusammenarbeit zwischen Online und Print sei in der Anfangsphase „uneben“ gewesen, wobei aus dem Gespräch nicht klar erkenntlich wurde, ob sich dies allgemein auf das Politik-Ressort bezieht oder nur auf die Stabstelle in Wien. Als Grund nennt Kotanko das Unwissen über die Anforderungen, die es für das Online-Produkt zu erfüllen gilt. Die Eingewöhnungsphase sei auch noch nicht abgeschlossen. Die Einführung neuer, online-basierter Formate wie beispielsweise des Live-Tickers verbessere die Einbindung ständig, was auch positiv zum gegenseitigen Verständnis der Redakteurinnen und Redakteure beitrage.

Im Bezug auf das Regional-Ressort auf nachrichten.at arbeitet das Online-Team relativ autonom, jedoch liefern Print-Redakteurinnen und -Redakteure Themen zu. Das Fach-Ressort arbeitet vom Online-Produkt ausgehend, das heißt es wird bei einer Vormittagssitzung mit einer Person des Online-Teams besprochen, welche Inhalte online publiziert werden. Die Journalisten versuchen, diese Geschichten für die Tageszeitung „weiterzudrehen“. Das heißt in der Praxis beispielsweise, den Sachverhalt genauer darzustellen, Hintergründe bzw. Auswirkungen aufzudecken oder Expertinnen und Experten dazu sprechen zu lassen. Hierbei versucht die Print-Redaktion vom direkten Feedback des Online-Produkts zu profitieren, um festzustellen, was die Leserschaft besonders interessiert und welche Inhalte für Print detaillierter aufbereitet werden sollen.

Die Zusammenarbeit zwischen Online und Print funktioniert für das Regional-Ressort noch nicht ideal, werde aber stetig zu verbessern versucht. Die Kommunikation erfolge telefonisch oder in persönlicher Absprache. Herbert

Schorn hält fest, dass er die Zusammenarbeit noch eher als Einbahnstraße von der Print-Redaktion zum Online-Team empfinde, räumt aber ein, dass beim Fachressort das „Online-Mitdenken“ noch viel stärker werden müsse. Es komme immer wieder vor, dass aus Effizienzgründen jemand aus der Online-Redaktion, der ein Thema bereits „anrecherchiert“ hat, den Artikel auch für die Print-Zeitung verfasst. Dieses Engagement sei eher personenbezogen und keine allgemeine Arbeitsweise.

Hinsichtlich der Veränderung des Redaktionskonzeptes hin zum News-Room konnten über alle Leitfaden-Interviews ausschließlich positive Bemerkungen verzeichnet werden. Alle Expertinnen und Experten sind sich darüber einig, dass die Veränderung die Qualität zumindest eines der beiden Produkte positiv beeinflussen werde. Dies wurde in erster Linie mit der räumlichen Nähe begründet, welche die Kommunikation erleichtere und für einen direkten Wissens- und Kompetenzaustausch sorgen werde. Laut Elisabeth Eidenberger werde das Online-Produkt in Form von hochwertigen, originären und exklusiven Inhalten vom System des News-Rooms profitieren. Clemens Thaler hebt die Vermeidung von Effizienz- und Reibungsverlusten als positive Bereicherung hervor. Das Wirtschafts-Ressort betont, dass die Produktion im News-Room eigentlich eine permanente Redaktionskonferenz sein werde, also ein ständiger Austausch, der das Risiko minimiere, Themen zu übersehen, und der Möglichkeiten für Synergien schaffe.

Wie der News-Room das Arbeitsumfeld beeinflussen wird, darüber lieferten die Expertinnen und Experten keine konkrete Antworten. Es bestehen zwar bei dem einen oder anderen gewisse Zweifel, beispielsweise aufgrund von übermittelten Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen anderer Medienhäuser, die bereits in einem News-Room arbeiten. Jedoch sind alle davon überzeugt, dass die zur Vorbereitung installierte Arbeitsgruppe gute Arbeit leistet und ein solides Konzept erstellt, damit aus anderen Unternehmen berichtete Fehler vermieden werden. In den Gesprächen zeigte sich mehrheitlich Optimismus gegenüber der Veränderung. Der Vorteil des neuen Redaktionssystems sei, den Arbeitsalltag zu erleichtern, vor allem aufgrund der räumlichen Nähe. Das wurde von allen Befragten hervorgehoben und scheint Zweifel zu überwiegen.

Auch über einen positiven Einfluss des News-Rooms auf die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts, sowie zwischen Online und Print, sind sich alle interviewten Redakteurinnen und Redakteure einig. Elisabeth Eidenberger betont, dass das aktuelle Büro, das die Belegschaft hauptsächlich in kleineren Räumen mit drei bis vier Journalistinnen und Journalisten teilt, wie eine Barriere wirke. Wenn man diese abbaue, werde nicht nur der Austausch gefördert, sondern auch das „Online-Mitdenken“ jeden Tag in die Köpfe gerufen. Es würden untereinander auch Scheu und Hemmungen abgebaut. In den neuen Räumlichkeiten sei es leicht, einfach mal zur Kollegin oder zum Kollegen zu gehen und nachzuhaken. Sie hält fest, wie sehr die Online-Redaktion von dem aktuellen, „improvisierten“ News-Room, in dem das gesamte Team beisammen sitzt, profitiere: „[...] wenn wir alle einzelne Büros hätten, du müsstest uns zusperren! Diese kurzen Wege, auf Zuruf Sachen machen können, das macht es so viel einfacher, schneller und effizienter. Natürlich brauche ich als Journalist auch meine Ruhe zum Schreiben [...], aber auch die hast du, es ist ja nicht immer laut deswegen“. Herbert Schorn fügt hinzu, dass man durch die physische Nähe bzw. im persönlichen Gespräch maßgeblich von den Inputs und Anregungen seines Gegenübers profitiere und dies wiederum die Qualität sowohl des Print-, als auch des Online-Produkts fördere.

Skepsis im Bezug auf die künftigen Entwicklungen zeigte sich in zwei Belangen bzw. Gesprächen: die tägliche Arbeit im News-Room, Lärmpegel und eingeschränkte Privatsphäre, sowie die Verschmelzung der Print- mit der Online-Belegschaft. In einem Interview wurde der Aspekt geäußert, dass die Betreuung beider Kanäle einen zusätzlichen Zeitaufwand darstelle. Wo diese zusätzlichen zeitlichen Ressourcen abgetrennt werden sollen, sei noch unklar, jedoch wurde betont, dass, wenn diese von der Zeit für Recherchen abfalle, keine positiven Auswirkungen zu erwarten seien.

Hinsichtlich der Zukunft der Oberösterreichischen Nachrichten sind alle Expertinnen und Experten optimistisch gestimmt. Drei Interviewte erwähnen den starken regionalen USP der Tageszeitung, der sie definiert von der Konkurrenz abhebe und sie damit unersetzbar mache. Zweimal wird hervorgehoben, dass die Printzeitung ihren Fokus verstärkt auf Analyse und Meinung setzen müsse. Die

Online-Redakteurin Ulrika Günther hebt das Zusammenspiel der beiden Kanäle hervor, da das Print-Produkt das Feedback und die enge Kundenbindung des Online-Portals brauche, um die Bedürfnisse der Leserschaft bedienen zu können und das Print-Produkt mit analytischem Fokus verkaufen zu können.

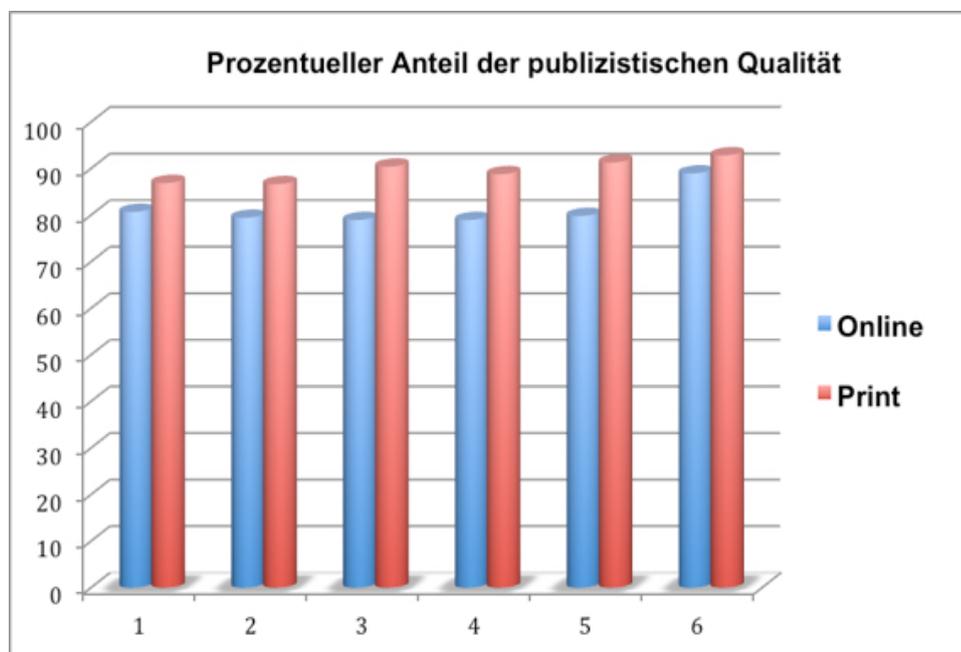
Um direkt in das News-Room-System übergehen zu können, in dem eine integrierte Redaktion bzw. Produktionseinheit funktioniert, gilt es für die gesamte Belegschaft noch einen Weg zurückzulegen. Mit verschiedenen Prozessen bzw. Maßnahmen, die bereits jetzt umgestellt werden, will man einen möglichst nahtlosen Übergang ermöglichen. Maßnahmen sind, dass der Chef vom Dienst der Printzeitung seinen Arbeitsplatz in der Online-Redaktion hat, die Redaktionssitzungen in den Räumlichkeiten des Online-Teams stattfinden und dass zu Sitzungsbeginn immer erst das aktuelle, also das Online-Produkt behandelt wird. Es wird dann festgestellt, welche Informationen aus dem Online-Feedback für Print nutzbar sind. Die diensthabenden Redakteurinnen und Redakteure im Schlusssdienst des Online- und Print-Produktes setzen sich für ihre Spätschicht an einen Tisch. So will man das Bewusstsein schaffen für die unterschiedlichen Arbeitsweisen und bereits jetzt die Journalistinnen und Journalisten näher zusammenbringen. Darüber hinaus sollen mittels Schulungen die Unterschiede in der Ausbildung und den Kompetenzen zwischen der gegenwärtigen Online- und Print-Belegschaft aufgearbeitet werden. Der meiste Wissenstransfer soll bzw. wird ab der Fertigstellung im Jahr 2017 im täglichen Arbeiten im News-Room erfolgen, jedoch will man bereits in diesem Jahr Grundsteine dafür legen.

#### **4.1.2 Inhaltsanalyse OÖN und nachrichten.at**

In sechs Analysetagen wurden insgesamt 233 Artikel untersucht. Davon sind 72 dem Online-Produkt, 161 dem Print-Produkt, 66 dem Ressort Wirtschaft, 87 dem Ressort Politik und 80 dem Regional-Ressort zuzuordnen. Innerhalb der Ressorts stammen jeweils 24 der analysierten Artikel vom Online-Produkt, der Rest von der Tageszeitung.

Insgesamt zeigt sich an allen sechs Analysetagen, über alle Ressorts hinweg, ein qualitativer Vorteil des Print-Produkts im Vergleich zum Online-Produkt. Dies ist

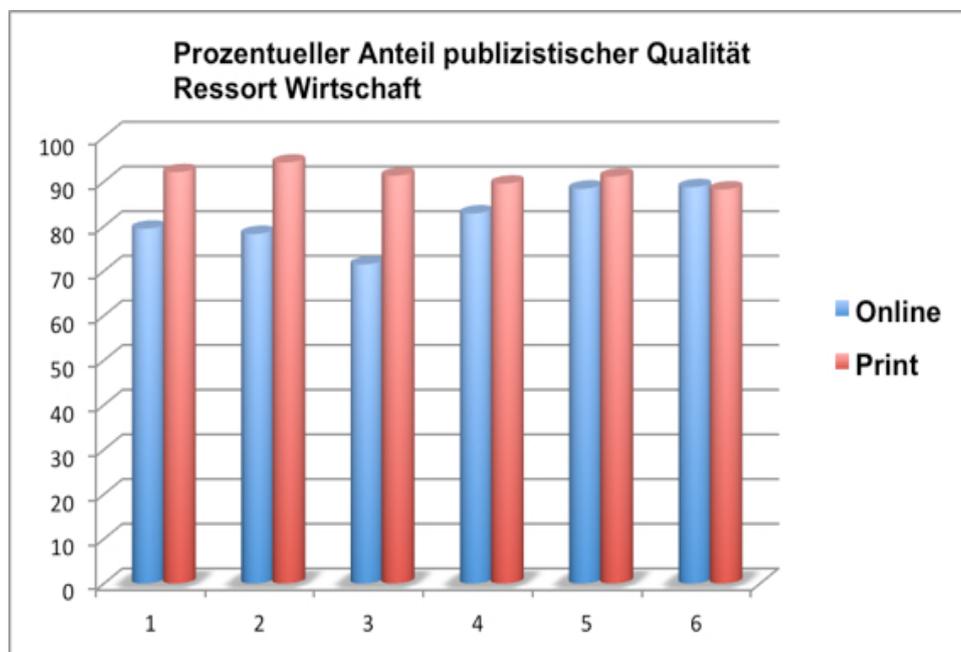
in der nachgehenden Grafik ersichtlich. Im Durchschnitt weist das Online-Produkt einen Qualitätsanteil von 81 Prozent auf, das Print-Produkt hingegen 89 Prozent. Das beste Ergebnis des Portals nachrichten.at findet sich am sechsten Tag mit 89 Prozent, das Schlechteste am dritten Analysetag mit 79 Prozent. Die Tageszeitung zeigt ihr bestes Resultat am dritten Tag mit 93 Prozent, das schwächste am zweiten Tag mit 87 Prozent. Am fünften Erhebungstag ergibt sich zwischen den beiden Produkten ein Qualitätsunterschied von mehr als zehn Prozentpunkten - die größte Diskrepanz, die sich insgesamt bei der Analyse zeigte. Aus Qualitätssicht am nächsten kommen sich die beiden untersuchten Medien am letzten Analysetag. Hier unterscheiden sie sich nur um vier Prozentpunkte.



**Abbildung 6: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Online- und Print-Produkt**

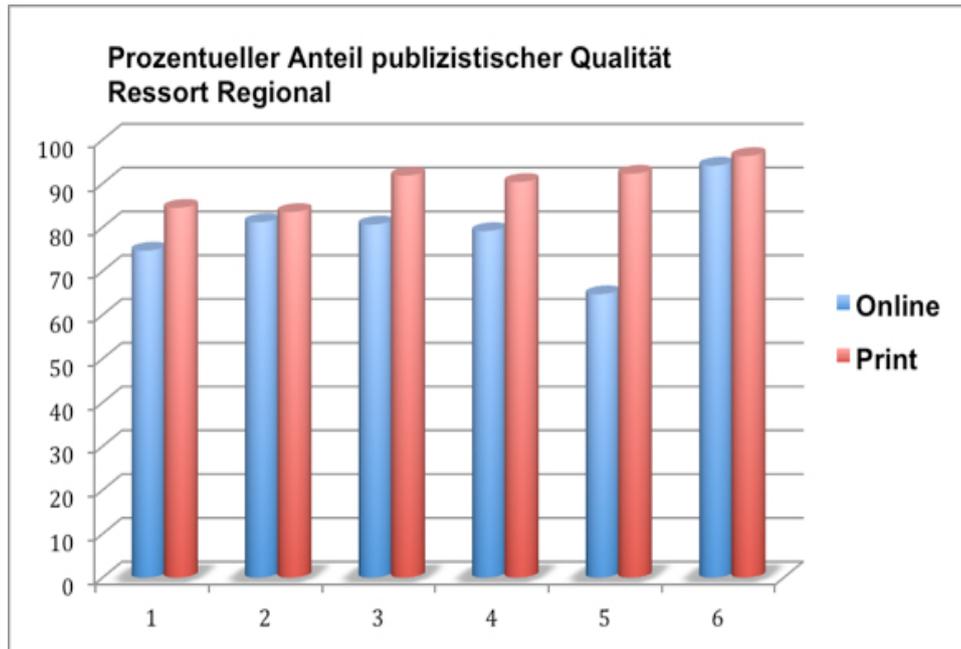
Hinsichtlich der Ressorts gibt es mitunter große Unterschiede, teilweise sind sie sich im Bezug auf die ermittelte Qualität aber auch sehr ähnlich. Im Ressort Wirtschaft sowie im Regional-Ressort stellt sich diese Wechselhaftigkeit beispielhaft dar: In der Wirtschaft zeigt sich am dritten Analysetag ein Unterschied zu Online in einem Plus von 20 Prozentpunkten, am letzten sind beide fast gleichauf. Das Regional-Ressort weist am fünften Analysetag ein Plus

von mehr als 25 Prozentpunkten auf, während die beiden Produkte am zweiten und sechsten Analysetag fast gleichauf liegen.



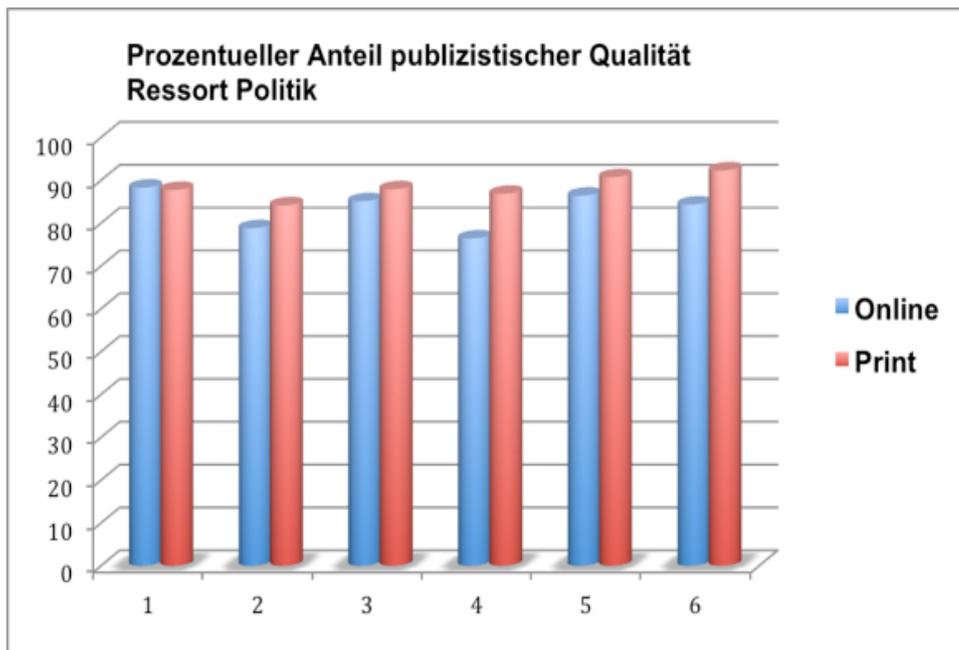
**Abbildung 7: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Ressort Wirtschaft des Print- bzw. Online-Produkts**

Das Wirtschafts-Ressort zeigt vor allem im Online-Produkt große Schwankungsbreiten hinsichtlich des ermittelten Qualitätsanteils. Während sich das Print-Produkt zwischen 88 Prozent am letzten Tag und 94 Prozent am zweiten Tag relativ konstant bewegt, ist beim Online-Medium in Summe eine Diskrepanz von 18 Prozentpunkten erkennbar (Tag 3: 71 Prozent, Tag 6: 89 Prozent). Das Print-Produkt des Wirtschafts-Ressorts zeigt den stabilsten Qualitätswert.



**Abbildung 8: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Regional-Ressort des Print- bzw. Online-Produkts**

Das Regional-Ressort präsentiert noch markantere Unterschiede als der Bereich Wirtschaft. Hier finden sich bei beiden Produkten große Abweichungen hinsichtlich der ermittelten publizistischen Qualität. Beim Online-Produkt zeigt sich eine Unverhältnismäßigkeit von fast 30 Prozentpunkten (Tag 5: 65 Prozent; Tag 6: 94 Prozent), die größte Diskrepanz, die im Zuge der Untersuchung ermittelt wurde. Die Print-Zeitung verhält sich hierbei konstanter und weist, mit dem schlechtesten Wert von 83 Prozent am zweiten und 96 Prozent (der beste Wert der während der gesamten Analyse festgestellt werden konnte) am letzten Analysetag, eine Schwankungsbreite von 13 Prozentpunkten auf. Das Politik-Ressort zeigt im Print hingegen eine relative Ausgewogenheit, mit einem fast durchgehenden leichten Vorsprung des Produkts, wie in der nachstehenden Grafik ersichtlich.



**Abbildung 9: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Ressort Politik des Print- bzw. Online-Produkts**

Das Politik-Ressort zeigt im Online-Portal Qualitäts-Werte zwischen 76 und 88 Prozent, also eine maximale Diskrepanz von zwölf Prozentpunkten. Im Print hingegen konnte, wie im Ressort Wirtschaft, eine relativ geringe Schwankungsbreite festgestellt werden. Hier liegt der ermittelte Qualitätsanteil zwischen 84 Prozent am zweiten und 92 Prozent am letzten Erhebungstag, also eine Abweichung um acht Prozentpunkte und somit der zweitstabilste Wert der Analyse.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht, in der die konkreten Unterschiede der Produkte und Ressorts erkennbar sind. Die Summe zeigt die Punkteanzahl, welche die Ressorts in der Analyse erreicht haben; daneben findet sich die maximal zu erreichende Punkteanzahl, also das „Idealmaß“ an Qualität. Um Ungleichgewichte im Bezug auf die unterschiedliche Anzahl zutreffender Kriterien bei den einzelnen Artikeln auszugleichen, wurde zusätzlich ein prozentueller Qualitätswert ermittelt. Dies ermöglicht eine sinnvolle Vergleichbarkeit.

<b>Online</b>	Summe	Max.	%
Wirtschaft	344	422	81,5
Politik	340	409	83,1
Regional	323	409	79,0
<b>Gesamt</b>	<b>1007</b>	<b>1240</b>	<b>81,2</b>
<b>Print</b>	Summe	Max.	%
Wirtschaft	656	722	90,9
Politik	925	1048	88,3
Regional	859	948	90,6
<b>Gesamt</b>	<b>2440</b>	<b>2718</b>	<b>89,8</b>

**Tabelle 1: Übersicht über die ermittelte publizistische Qualität nach Ressorts, Online und Print**

Im Online-Medium zeigt das Ressort Politik mit 83,1 Prozent den höchsten Qualitätsanteil, gefolgt von der Wirtschaft mit 81,5 und dem Regional-Ressort mit 79 Prozent. Insgesamt konnte für nachrichten.at damit ein Qualitätsanteil von 81,2 Prozent festgestellt werden. Im Print-Produkt liegt das Ressort Wirtschaft mit 90,9 Prozent an der ersten Stelle hinsichtlich der ermittelten publizistischen Qualität und wird dicht gefolgt vom Regional-Ressort mit 90,6 Prozent. Die Politik liegt hierbei am dritten Platz mit 88,3 Prozent. Während die Ressorts Wirtschaft und Regional zwischen Online- und Print-Produkt einen Unterschied von rund zehn Prozentpunkten aufweisen, konnte im Politik-Ressort lediglich eine Diskrepanz von fünf Prozentpunkten festgestellt werden. Die nachgehende Tabelle zeigt eine detailliertere Übersicht über die ermittelte publizistische Qualität der einzelnen Ressorts und Ausgaben im Vergleich zwischen Print und Online.

<b>Sonntag, 13. Dezember vs. Montag, 14. Dezember</b>						
	Online			Print		
	Summe	Max	%	Summe	Max	%
Wirtschaft	58	73	79,45	35	38	92,11
Politik	60	68	88,24	107	122	87,70
Regional	53	71	74,65	103	122	84,43
<b>Gesamt</b>	<b>171</b>	<b>212</b>	<b>80,66</b>	<b>245</b>	<b>282</b>	<b>86,88</b>

<b>Montag, 14. Dezember vs. Dienstag, 15. Dezember</b>						
	Online			Print		
	Summe	Max	%	Summe	Max	%
Wirtschaft	54	69	78,26	115	122	94,26
Politik	52	66	78,79	180	214	84,11
Regional	56	69	81,16	101	121	83,47
Gesamt	162	204	79,41	396	457	86,65
<b>Dienstag, 15. Dezember vs. Mittwoch, 16. Dezember</b>						
	Online			Print		
	Summe	Max	%	Summe	Max	%
Wirtschaft	50	70	71,43	105	115	91,30
Politik	57	67	85,07	116	132	87,88
Regional	54	67	80,6	156	170	91,76
Gesamt	161	204	78,92	377	417	90,41
<b>Mittwoch, 16. Dezember vs. Donnerstag, 17. Dezember</b>						
	Online			Print		
	Summe	Max	%	Summe	Max	%
Wirtschaft	58	70	82,86	137	153	89,54
Politik	55	72	76,39	158	182	86,81
Regional	53	67	79,10	140	155	90,32
Gesamt	166	209	79,43	435	490	88,78
<b>Donnerstag, 17. Dezember vs. Freitag, 18. Dezember</b>						
	Online			Print		
	Summe	Max	%	Summe	Max	%
Wirtschaft	61	69	88,41	144	158	91,14
Politik	57	66	86,36	185	204	90,69
Regional	44	68	64,71	154	167	92,22
Gesamt	162	203	79,80	483	529	91,30
<b>Freitag, 18. Dezember vs. Samstag, 19. Dezember</b>						
	Online			Print		
	Summe	Max	%	Summe	Max	%
Wirtschaft	63	71	88,73	120	136	88,24
Politik	59	70	84,29	179	194	92,27
Regional	63	67	94,03	205	213	96,24
Gesamt	185	208	88,94	504	543	92,82

**Tabelle 2: Gegenüberstellung der ermittelten publizistischen Qualität im Print und Online nach Analysetagen/Ausgaben**

Die geringste publizistische Qualität wies das Regional-Ressort am fünften Analysetag mit 64,7 Prozent auf; es lieferte damit das einzige Ergebnis unter 70 Prozent. Das beste Ergebnis erzielte ebenso das Ressort Regional mit einem Wert von 96,2 Prozent am letzten Erhebungstag. Wie die einzelnen Artikel im

Print und Online im Detail bewertet wurden, ist einer ausführlichen Tabelle im Anhang zu entnehmen. Daraus ist ablesbar, wie viele Punkte jeder einzelne Artikel erreichte und welche Kriterien in bestimmten Fällen nicht angewendet wurden. Es gibt ein Gesamtbild über das Analysematerial.

Bei der Analyse wurden bei manchen Qualitätskriterien Stärken und Schwächen bei den beiden Produkten bzw. den Ressorts ersichtlich. Diese wurden ersichtlich, wenn ein Kriterium häufig nicht die volle Punktezahl zeigte, bzw. dann, wenn oft die volle Punktezahl erreicht wurde. Die nachgehende Tabelle zeigt fünf Kriterien, die in diesem Kontext ein markantes Ergebnis bei der Analyse lieferten:

	Online	%	Print	%
Glaubwürdigkeit	41/72	56,94	62/161	38,51
Relevanz	32/72	44,44	48/161	29,81
Wahrhaftigkeit/Richtigkeit	31/72	43,06	13/161	8,07
Aktualität	4/72	5,56	6/161	3,73
Neutralität	0/72	0	0/161	0

**Tabelle 3: Übersicht über fünf ausgewählte Kriterien und ihre Häufigkeit, in der sie nicht die volle Punktezahl bei der Analyse erreichten**

Beispielsweise erzielte das Kriterium Glaubwürdigkeit in der wissenschaftlichen Analyse bei 41 von 72 Online-Artikeln nicht die volle Punktezahl, dies entspricht einem Anteil von 57 Prozent. Das Regional-Ressort zeigt online Schwächen, was vorwiegend darauf begründet ist, dass eher selten eine Quelle genannt wird, von der die dargelegten Informationen bezogen wurden. Bei den Artikeln des Print-Produkts war dies bei 62 von 161 Beiträgen bzw. 39 Prozent der Fall. Im Print-Bereich ist das Wirtschafts-Ressort positiv zu erwähnen, da hier fast immer die Bezugsquelle genannt wird. Ein Defizit zeigt im Print-Produkt das Ressort Politik. 44 Prozent der Online-Artikel und 30 Prozent im Print weisen Defizite beim Kriterium der Relevanz auf. Während online kein Ressort positiv oder negativ auffällt, zeigt im Print das Regional-Ressort Schwächen; dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass sich hier viele Human-Interest-Stories finden, die zwar eine emotionale oder räumliche Nähe zeigen, sich aber auf der Mikro-, also der Individual-Ebene abspielen.

Das Kriterium der Wahrhaftigkeit bzw. Richtigkeit zeigt Defizite beim Online-Produkt. 43 Prozent der Artikel weisen hier keine vollständige Punktezahl auf. Dies ist vermutlich auf die Schnelligkeit des Mediums zurückzuführen, da in der Eile die Quote an Tipp-, Rechtschreib- oder Flüchtigkeitsfehlern tendenziell steigt. Im Print-Produkt weisen in diesem Kontext lediglich acht Prozent der Artikel Mängel auf. Sehr positiv hervorzuheben sind die Kriterien Aktualität und Neutralität. Während letzteres bei beiden Produkten immer die volle Punktezahl erreicht hat, wiesen bei ersterem nur sechs Prozent der Online-Artikel und vier Prozent der Print-Artikel Schwächen auf bzw. erreichten einen Punkte-Abzug.

## **4.2 Interpretation der Ergebnisse**

Die Aussagen der Journalistinnen und Journalisten zu publizistischer Qualität zeigen, wie subjektiv dieser Begriff aufgefasst wird. Die Print-Redakteurinnen und -Redakteure nannten einige Aspekte, vor allem jene, die für ihr Ressort am wichtigsten erschienen. Im Online-Team überwog ein Aspekt, die Aktualität. Darüber hinaus wurden mehrheitlich die Vorteile des Online-Produkts genannt, die auch ihre Berechtigung haben, jedoch sollte das nicht auf Kosten des Inhalts gehen. Die Mehrheit der Befragten (vier von sechs) gab an, dass es einen Qualitätsunterschied zwischen dem Print- und dem Online-Produkt gibt. Diese Einschätzung entspricht mit 90 bzw. 81 Prozent Qualitätsanteil auch dem Ergebnis der Inhaltsanalyse.

Die Belegschaft der Print- und der Online-Redaktion unterscheidet sich nicht nur durch ihr Arbeitszeitmodell oder den Arbeitsalltag, sondern auch durch ihre Ausbildung und das Maß an publizistischer Qualität, das sie erbringen. Im News-Room Modell soll zwischen den beiden nicht mehr unterschieden werden. Um dies tatsächlich umsetzen zu können, muss eine Wissens- und Kompetenzkluft überwunden werden. Der Transfer muss in beide Richtungen gehen, um ein professionelles Level zu schaffen. Einerseits gilt es, die traditionellen journalistischen Werte und Kompetenzen auf die Online-Seite zu tragen, andererseits müssen das technische Know-How, die Schnelligkeit und das „Online-Mitdenken“ auf die Print-Seite transportiert werden. Nur so kann die Arbeit zu einem Ganzen verschmelzen, an einer zentralen Produktionseinheit

einwandfrei funktionieren und ein Produkt geschaffen werden, das hoch gestellten Ansprüchen gerecht wird.

Was den News Room betrifft, scheint sich die gesamte Belegschaft sicher zu sein, dass dieser eine Bereicherung bedeuten wird, vor allem was die Qualität des Produkts und die Zusammenarbeit betrifft. Es wurden zwar kleine Zweifel zum Arbeitsumfeld geäußert, jedoch scheint das Vertrauen in die Kolleginnen und Kollegen der News-Room Arbeitsgruppe zu überwiegen.

Im Zuge der Analyse und genaueren Betrachtung der Ergebnisse werden von der Verfasserin folgende Aspekte zum Online-Produkt als bedenklich angesehen: Da im Allgemeinen keine Meinungsartikel publiziert werden, wird die *Kritik- und Kontrollfunktion* nicht erfüllt. Deren Bedeutung für die Meinungsbildung und Einordnung von Aspekten ist, wie im Theorieteil (siehe 2.1.2.3.) erläutert, in einer demokratischen Gesellschaft unabdinglich. Auch die *Glaubwürdigkeit*, also die ausreichende Nennung der Informationsquellen, ist problematisch; negativ hervorstechend sind hier die Ergebnisse des Politik- und Regional-Ressorts. Dies betrifft beide Produkte, jedoch zeigt das Politik-Ressort in der Printzeitung ein besseres Ergebnis. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich hier einige Berichte von Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten finden. Im Papier-Produkt werden Name und Ort vor dem Fließtext angeführt, was Authentizität erzeugt und die Glaubwürdigkeit erhöht. Beim selben Artikel im Online-Produkt wird dies aber nicht erwähnt.

Auch der Aspekt der *Relevanz* ist beim Online-Produkt als strittiger Punkt anzusehen. Die Artikel werden zwar ihrer Bedeutung bzw. Wichtigkeit nach gereiht. Jedoch wird ihnen in Summe, mit Ausnahme des Artikels an erster Stelle, der mit einem größeren Foto prominenter platziert ist, die gleiche Menge an Platz geschenkt. Die Textlänge, die Größe des Bildes, die Platzierung auf den vorderen Seiten bzw. weiter oben auf einer Seite zeigt der Leserin bzw. dem Leser der Print-Zeitung, wie wichtig bzw. eher weniger wichtig ein Thema im Gesamtkontext ist. Es spiegelt eine Reihung der Bedeutung und gibt der Rezipientin bzw. dem Rezipienten ein Gefühl, wie wichtig eine Geschichte ist, es hilft ihr bzw. ihm, ein Thema einzuordnen und die Relevanz abzuschätzen. Im Online-Produkt fallen die unterschiedliche Textlänge, sowie die Bebilderung im

Gesamteindruck nicht auf. Darüber hinaus wird online versucht, immer top-aktuell zu sein. Die Leserinnen und Leser, die sich bereits morgens am Online-Portal informiert haben, sollen mittags, wenn sie wieder die Seite aufrufen, neue Beiträge finden. Um dies umzusetzen können, kann es vorkommen, dass Artikel aufgrund ihrer Aktualität nach vorne gereiht werden und nicht ihrer Bedeutung wegen. Dies zeichnet ein falsches Gesamtbild und stellt die Relevanz von Themen falsch dar.

Auch der Faktor der *Richtigkeit/Wahrhaftigkeit* ist eine Schwäche beim Online-Produkt. Sie ist auf Flüchtigkeits-, Rechtschreib- und Grammatikfehler zurückzuführen, wobei erstere am häufigsten vorkommen. Darüber hinaus zeigen sich beim Lesen auch in manchen Fällen Mängel in der Sinnhaftigkeit bzw. der korrekten chronologischen Darlegung einer Geschichte. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass ein Artikel, der anfangs vielleicht nur aus wenigen Informationen besteht und sehr kurz ist, im Laufe des Geschehens mit Neuigkeiten angereichert wird. Bei der Untersuchung war dies bei Artikeln ersichtlich, weil die Chronologie der Aufbereitung nicht stimmte. Es war erkennbar, dass die neuen Informationen an den Anfang des Artikels gestellt wurden, jedoch nicht der gesamte Artikel nochmals geprüft oder überarbeitet wurde. Fakten, die beispielsweise für die gesamte Geschichte wichtig gewesen wären, waren dann erst weiter unten im Text zu finden.

Wie bereits in der theoretischen Einbettung (siehe 2.2.4.) erläutert, sollten Kriterien wie Glaubwürdigkeit und Relevanz hinsichtlich der Identität des Online-Mediums besondere Beachtung geschenkt werden, um eine hohe publizistische Qualität abzubilden. Ersteres vor allem aufgrund der unüberschaubaren Tiefe, Schnelligkeit und Quellenvielfalt des Internets, wo sich Falschmeldungen rasant schnell verbreiten können. Aus diesem Grund ist es für ein Online-Medium besonders wichtig mit validen und authentischen Quellen zu arbeiten, um glaubwürdig wahrgenommen zu werden. Der zweite Aspekt der Relevanz sollte bei der Themensteuerung (siehe dazu ebenfalls 2.2.4.) kritisch hinterfragt werden. Nur weil eine Nachricht aktueller ist, heißt es nicht, dass sie deshalb wichtiger ist.

Das Kriterium der Richtigkeit sollte beim Online-Produkt gesondert angesehen werden. Die Fehlerhäufigkeit in den Artikeln ist vermutlich der Schnelligkeit und Aktualität geschuldet. Denn eine Online-Redakteurin bzw. ein Online-Redakteur, der für alle Ressorts des Produkts verantwortlich ist und unter Zeitdruck arbeitet, macht mutmaßlich mehr Fehler als eine Redakteurin oder ein Redakteur der Print-Zeitung, die bzw. der zwar auch unter einer Deadline arbeiten muss, aber gewöhnlich mehr Zeit für einen Artikel hat. Er wird anschließend auch noch durch das Lektorat gehen, bevor er veröffentlicht wird. Selbstverständlich ist eine hohe Fehlerhäufigkeit kritisch zu sehen, jedoch ist der Anspruch an ein Online-Medium vor allem eines, nämlich aktuell zu sein. Wenn man das Medium also in der Absicht konsumiert, über den Tag hinweg informiert zu sein und keine tiefgründigen Analysen und Hilfestellung bei der Einordnung eines kritischen Themas erwartet, also den Kanal als Quelle für „nackte“ Information nutzt, dann ist dem Produkt der Mangel im Bezug auf das Kriterium Richtigkeit nachzusehen.

Es soll hier zum Online-Produkt auch das Qualitäts-Kriterium der *Unabhängigkeit*, also die Trennung von Nachricht und Werbung, konkreter erläutert werden. Die ordnungsgemäße Kennzeichnung der Artikel erfolgt sowohl in der Print-Zeitung, als auch im Online-Portal. Hier sind auf den Übersichtsseiten werbliche Inhalte angeführt, jedoch erzeugt der Raster des verworrenen Layouts Unübersichtlichkeit. Beispielsweise werden auf den Ressortseiten so viele unterschiedliche Inhalte und Anzeigen dargestellt, dass dies Probleme bei der Orientierung erzeugen kann. Somit ist nicht mit absoluter Sicherheit zu sagen, ob die Rezipientinnen und Rezipienten unterscheiden können und überhaupt die Inhalte finden, nach denen sie suchen. Vorhergehend (siehe Kapitel 2.2.4.) wurde erläutert, wie wichtig das Layout und eine übersichtliche Gestaltung der Inhalte für Online-Medien sind. Wenn dies nicht gegeben ist, kann es zu Problemen in der Rezeption kommen.

Darüber hinaus wurden in diesem Kapitel der theoretischen Einbettung die Bedeutung der Navigationshilfe und Darstellungsform, sowie die Korrelation zwischen Werbeanzeigen und Übersichtlichkeit im Internet thematisiert. Aus medienökonomischer Perspektive ist die Kommerzialisierungsfolge *fehlende Trennung von redaktionellen und werblichen Inhalten*, nach Siegert, Meier und

Trappel (2010) zu erkennen (siehe dazu 2.3.1.). Diese entsteht durch die spezifischen Anforderungen der Werbewirtschaft. Dies wiederum führt in die Problematik der Wirtschaftlichkeit von Medienunternehmen (siehe dazu 2.3.2.).

Selbstverständlich gilt es auch festzuhalten, dass das Print-Produkt nicht das Höchstmaß an publizistischer Qualität zeigt bzw. nicht „fehlerfrei“ ist. Auffällig und problematisch ist die Häufigkeit der fehlenden Angabe von Informationsquellen. Ein Aspekt, der vor allem im Politik- und Regional-Ressort erkennbar ist. Auch die Schwankungen zwischen den Qualitätsanteilen der Analysetage sind kritisch zu bemerken. Von einer traditionellen, qualitativ hochwertigen Tageszeitung ist eine durchgehende stabile Qualität zu erwarten. Im Regional-Teil zeigt sich eine leichte Tendenz zu „soft news“, die einerseits auf das Regional-Medium und Konsumentinnen- sowie Konsumenten-Erwartungen zurückführbar sein kann, andererseits mit dem Erhebungszeitraum begründet sein mag, der in der Woche vor Weihnachten lag.

## 5 Fazit und Ausblick

Kann von journalistischer Qualität gesprochen werden, wenn ein Kriterium perfekt erfüllt ist, ein anderes aber völlig außer Acht gelassen wird? Diese Frage stellt Rager (1994: 205) berechtigterweise in den Raum. Die vorliegende Untersuchung zeigt im Gesamten wohl zu wenig Umfang und Repräsentativität, als dass diese Frage guten Gewissens bejaht oder verneint werden könnte. Jedoch regt sie den Diskurs weiter an.

Die Erhebung dieser Magisterarbeit hat einige Erkenntnisse im Bezug auf die publizistische Qualität, Unterschiede der Ressorts, Produkte und Belegschaft gebracht, sowie Prognosen für die Zukunft der Oberösterreichischen Nachrichten gestellt. Zur ersten Forschungsfrage - *Welche Qualitätsunterschiede zeigen sich zwischen dem journalistischen Online- bzw. Print-Produkt der OÖN?* – gilt es festzuhalten, dass sich die beiden Produkte in ihrem ermittelten Qualitätsanteil um rund neun Prozentpunkte unterscheiden (Print: 90 Prozent, Online: 81 Prozent). Die zweite Forschungsfrage geht auf die Differenz der Ressorts ein: *Inwiefern zeigen die Produkte etwaige Qualitätsunterschiede in den ausgewählten Ressorts Politik, Wirtschaft und Regional?* Den größten Unterschied bei der ermittelten Qualität zeigt das Regional-Ressort mit 79 Prozent im Online-Produkt und 91 Prozent im Print-Produkt, gefolgt vom Ressort Wirtschaft mit 82 und 91 Prozent. Die geringsten Diskrepanzen weist das Fachressort Politik mit 83 Prozent im Online-Portal und 88 Prozent in der Printzeitung auf. Darüber hinaus kristallisierten sich auch Stärken und Schwächen der Ressorts und Produkte heraus, wie das vorhergehende Kapitel der Interpretation der Ergebnisse zeigt.

Darüber, wie sich die publizistische Qualität entwickelt, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur mutmaßen. Die dritte und letzte Forschungsfrage - *Inwiefern kann/soll/wird das neue Redaktionskonzept des „News-Rooms“ Einfluss nehmen auf die Qualität?* – erforderte eine Auseinandersetzung mit dem Konzept und den Expertinnen und Experten der Oberösterreichischen Nachrichten. Aufgrund der Erfahrungen aus den Interviews kann festgehalten werden, dass der Einfluss auf die Zusammenarbeit und die Belegschaft sehr groß sein wird. In allen Gesprächen wurde festgehalten, wie sehr die Zusammenarbeit durch die

räumliche Nähe erleichtert werde. Darüber hinaus waren sich alle Befragten einig, dass durch diese Nähe automatisch ein Wissens- und Kompetenzaustausch erfolgen werde. Insofern ist davon auszugehen, dass das News-Room-Konzept die Qualität beider Produkte positiv beeinflussen wird.

Aus demokratiethoretischer Perspektive bemisst sich Qualität publizistischer Leistungen besonders daran, inwieweit die Medien Bürgerinnen und Bürger zu einer begründeten Meinungsbildung befähigen (vgl. Voltmer 1999: 30). Die Kritik- und Kontrollfunktion wird im Online-Produkt nicht abgebildet, was das ohnehin vergleichbar schwächere Ergebnis der Inhaltsanalyse zusätzlich mindert. Die Erkenntnis dieses entscheidenden Umstandes ist die eine Sache, viel maßgeblicher ist aber dessen Auswirkung: Laut der deutschen Studie „Media Monitoring“ ist für 88 Prozent der 12- bis 19-Jährigen das Internet die zentrale Anlaufstelle in der Informationssuche (vgl. Jünger 2013: 49). Im Kontrast dazu zeigt der Schweizer Bericht „Jahrbuch 2015 Qualität der Medien“, dass die Abonnement-Zeitungen mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen nicht mehr erreichen. 2015 gaben 56 Prozent der 16- bis 29-Jährigen an, nie eine Abo-Zeitung zu lesen; 2013 waren es hingegen noch 36 Prozent (vgl. standard.at 2015: o.S.). Diese Aspekte lassen eine Entwicklung erahnen, die wegen des mangelnden medienpädagogischen Angebots höchst bedenklich erscheint.

Wenn ein Medium die Kritik- und Kontrollfunktion nicht erfüllt, die Glaubwürdigkeit nicht vollständig nachvollziehbar ist, es Bedenken hinsichtlich der Richtigkeit und Relevanz im Gesamtkontext gibt, ist es als alleinige Informations- und Bezugsquelle nicht geeignet, vor allem in der gegenwärtigen Zeit der Informationsflut. Der Konsum von Online-Medien an sich ist also nicht das Problem. Ganz im Gegenteil, es eignet sich aufgrund der Flexibilität, Aktualität und ständigen Erreichbarkeit sehr gut, um sich über das aktuelle Tagesgeschehen zu informieren, sofern es sich um ein Online-Portal eines qualitativ hochwertigen Medienhauses handelt. Als Massenmedium, das auch einen „Bildungsauftrag“ in einer demokratischen Gesellschaft erfüllt, ist es jedoch nur partiell geeignet.

Im Rahmen der Analyse zeigte sich eine gewisse Problematik im gattungsübergreifenden Vergleich von publizistischer Qualität. Dies ist einerseits

an den Unterschieden der Medien und den verschiedenen Ansprüchen, die Rezipientinnen und Rezipienten stellen, ersichtlich; andererseits ist fraglich, wie weit ein starres Werkzeug mit definierten Kriterien adäquat ist, um publizistische Qualität zu messen. In dieser Inhaltsanalyse zeigte sich, dass manche Faktoren für gewisse Artikel gänzlich nicht anwendbar waren bzw. dass Kriterien in gewissen Ressorts eine größere oder geringere Bedeutung zugeschrieben wird. Die Erkenntnisse der problematischen Messbarkeit von publizistischer Qualität in der Forschungshistorie zeigen sich auch in der vorliegenden Untersuchung. Die qualitative Inhaltsanalyse mit einem ausgiebig vordefinierten Kriterienkatalog wird dem Forschungsfeld gut gerecht, jedoch sollte nach Auffassung der Verfasserin eine Untersuchung auch die Ansprüche und Individualitäten methodisch erfassen. Eine Kombination von unterschiedlichen Erhebungsinstrumenten ist somit unabdingbar.

Das Werkzeug der Concept-Map-Methode wurde von der Verfasserin im Zuge dieser Untersuchung praxistauglich gemacht, sprich die Kriterien wurden konkret definiert bzw. operationalisiert, da diese Leistung von dem Forschungsteam im Rahmen der Konzeptionierung der Methodik nicht erbracht wurde. Das Werkzeug erfüllte einerseits die Anforderungen der Verfasserin optimal, da die Absicht war, einen möglichst umfassenden, vielfältigen Blick auf die publizistische Qualität zu werfen. Jedoch zeigten sich bei der Untersuchung Schwächen. Zunächst muss in diesem Zusammenhang das fehlende Kriterium der Kritik- und Kontrollfunktion erwähnt werden, das nach Auffassung der Verfasserin ein großes Defizit darstellt. Um dieses auszugleichen, wurde das Kriterium der „journalistischen Professionalität“ so definiert, dass es diesen Aspekt in die Analyse einbezieht. Im Laufe der Untersuchung zeigte sich, dass es möglicherweise nicht ideal war, dieses vorgefertigte Werkzeug zu verwenden, bzw. die Entscheidung dafür etwas voreilig getroffen wurde. Es nahm einiges vorweg, womit es nicht möglich war, flexibel zu agieren. Die individuellen Eigenschaften der beiden Medien konnten nicht in die Inhaltsanalyse mit einfließen. Die Kriterien der erarbeiteten Consens-Map waren nicht aus der Literatur „hergeleitet“. Dieser Umstand machte es schwierig, sie zu operationalisieren. Darüber hinaus nahm die Konkretisierung der Kriterien viel Zeit in Anspruch. Diese Ressourcen wären anderwärtig

eventuell besser einsetzbar gewesen, wie beispielsweise bei einem zweiten Durchgang der Inhaltsanalyse.

Wie bereits erläutert, zeigen sich Möglichkeiten der Optimierung im Bezug auf die methodische Untersuchung von publizistischer Qualität. Einen holistischen Forschungsansatz zu entwickeln, scheint aufgrund der verschiedenen Betrachtungsweisen, den unterschiedlichen Ansprüchen, sowie Eigenschaften der Medien und der Komplexität des Untersuchungsfeldes schier unmöglich. Nicht nur aufgrund der wissenschaftlichen Uneinigkeit, die im Bezug auf das Forschungsgebiet besteht, zeigt sich großes Potenzial für weiterführende Forschung, sondern auch hinsichtlich der ernüchternden Befunde im deutschsprachigen Medienraum: In der Schweiz sei die Qualität der Medien gesunken, lautet das Fazit des „Jahrbuch 2015 Qualität der Medien“. Hier schreiben die Medienwissenschaftler dem öffentlichen Radio die höchste Qualität zu, gefolgt vom öffentlichen Fernsehen und den Sonntagszeitungen (vgl. standard.at 2015: o.S.). Die vorliegende Untersuchung zeigt nur einen kleinen Ausschnitt der Realität. Um validere und allgemein gültigere Aussagen treffen zu können, sollte eine Vollerhebung über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden. Darüber hinaus wäre auch ein Vergleich mit anderen österreichischen Medien spannend.

Hohe publizistische Qualität ist nach Auffassung der Verfasserin eines der höchsten Güter in einer demokratischen Gesellschaft, vor allem in einer Zeit, die von Gratiszeitungen dominiert ist, in der sich die Bevölkerung nur noch für einfach portionierte „soft news“ zu begeistern scheint und sich Falschmeldungen über Social-Medias wie ein Lauffeuer verbreiten. Dann ist es wichtig, den Medien den Spiegel vorzuhalten und Selbstreflexivität zu fordern, denn sie entziehen sich „öffentlicher Kritik [...] weit mehr als die [...] klassischen staatlichen Gewalten“ (Ruß-Mohl 1996:110).

## 6 Bibliografie

- **Altmeyen, Klaus-Dieter (2003):** Ist der Journalismus strukturell qualitätsfähig? – Der Stellenwert journalistischer Organisation, journalistischer Produkte und journalistischer Medien für die Qualität. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.113-128.
- **Arnold, Klaus (2008):** Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept. In: Publizistik, Jg.53, H.4, S.488-508.
- **Arnold, Klaus (2009):** Qualitätsjournalismus. Die Zeitung und ihr Publikum. Konstanz: UVK.
- **Balzert, Helmut (2008):** Lehrbuch der Softwaretechnik: Band 2 - Softwaremanagement. Heidelberg: Spektrum Akad. Verlag.
- **Beck, Klaus/Schweiger, Wolfgang/Wirth, Werner (2004):** Einleitung. In: Beck, Klaus/Schweiger, Wolfgang/Wirth, Werner (Hrsg.): Gute Seiten – schlechte Seiten: Qualität in der Onlinekommunikation. München: Reinhard Fischer, S.7-12.
- **Bonfadelli, Heinz (2002):** Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Konstanz: UVK.
- **Bucher, Hans-Jürgen (2000):** Publizistische Qualität im Internet: Rezeptionsforschung für die Praxis. In: Altmeyen, Klaus-Dieter/Bucher, Hans-Jürgen/Löffelholz, Martin (Hrsg.): Online Journalismus. Wiesbaden: Westdt. Verlag, S.153-172.
- **Bucher, Hans-Jürgen (2003):** Journalistische Qualität und Theorien des Journalismus. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.11-34.
- **Bundeskanzleramt (2015):** Gesamte Rechtsvorschrift für Mediengesetz: Fassung vom 20.11.2015. Online unter: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000719> (22.11.2015).
- **Burkart, Roland (2002):** Kommunikationswissenschaft: Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Böhlau: Wien/Köln/Weimar.
- **Claupe, Roger (1962):** Publikum und Information: Entwurf einer ereignisbezogenen Soziologie des Nachrichtenwesens. Westdeutscher Verlag: Köln.
- **Fabris, Hans Heinz/Renger Rudi (2003):** Vom Ethik- zum Qualitätsdiskurs. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.79-91.
- **Fischer, Jörg (2008):** Medienrecht und Medienmärkte. Springer: Berlin/Heidelberg.
- **Gabler Wirtschaftslexikon (2015):** Qualität: Definition. Online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/qualitaet.html> (09.11.2015).
- **Gadringer, Stefan/Vieth, Teresa (2012):** Kommerzialisierung in Medien: Ursachen, Manifestation, Folgen. In: Gadringer, Stefan/Kewton, Sabrina/Trappel, Josef/Vieth, Teresa (Hrsg.): Journalismus und Werbung: Kommerzielle Grenzen der redaktionellen Autonomie. Wiesbaden: VS, S.27-44.
- **Gaube, Frank (2003):** Qualitätssicherung im Online-Journalismus am Beispiel FAZ.NET. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.345-364.

- **Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2009):** Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- **Göpfert, Winfried (1993):** Publizistische Qualität: Ein Kriterien-Katalog. In: Bammé, Arno/Reschenberg, Hasso (Hrsg.): Publizistische Qualität: Probleme und Perspektiven ihrer Bewertung. München/Wien: Profil, S.99-109.
- **Hagen, Lutz M. (1995):** Informationsqualität von Nachrichten: Messmethoden und ihre Anwendung auf die Dienste von Nachrichtenagenturen. Opladen: Westdt. Verlag.
- **Haller, Michael (2003):** Qualität und Benchmarking im Printjournalismus. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeppen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.181-201.
- **Heinrich, Jürgen (1994):** Medienökonomie: Band 1. Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt. Opladen: Westdt. Verlag.
- **Heinrich, Jürgen (1996):** Qualitätswettbewerb und/oder Kostenwettbewerb im Mediensektor? In: Rundfunk und Fernsehen, Jg.44, S.165-184.
- **Hess, Henner (1969):** Ein soziologischer Bezugsrahmen für die Massenkommunikationsforschung. In: Publizistik, H.3, S.277-286.
- **Hintzler, Fabian (2011):** Die Zukunft der regionalen Tageszeitung: durch neue Strukturen zu mehr Qualität? Marburg: Tectum.
- **Holzer, Horst (1973):** Kommunikationssoziologie. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- **Holzer, Horst (1994):** Medienkommunikation: Einführung in handlungs- und gesellschaftstheoretische Konzeptionen. Opladen: Westdt. Verlag.
- **Hopf, Christel (1978):** Die Pseudo-Exploration - Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. In: Zeitschrift für Soziologie, H.7, S.97-115.
- **Jünger, Nadine (2013):** Wie Heranwachsende einem ausgewählten Thema nachgehen. In: Schorb, Bernd (Hrsg.): Jugend – Information – Medien: Report des Forschungsprojektes Medienkonvergenz Monitoring zur Aneignung von Information durch 12- bis 19-Jährige. Leipzig: Universität Leipzig, S.47-90. Online unter: [http://www.kmw.uni-leipzig.de/fileadmin/redaxo/PDF\\_Dateien\\_Formulare/MeMo\\_Report.pdf](http://www.kmw.uni-leipzig.de/fileadmin/redaxo/PDF_Dateien_Formulare/MeMo_Report.pdf) (10.1.2016).
- **Kiefer, Marie Luise (2005):** Medienökonomik. Einführung in eine ökonomische Theorie der Medien. München/Wien: Oldenbourg.
- **Kohring, Matthias (2004):** Vertrauen im Journalismus: Theorie und Empirie. Konstanz: UVK.
- **Lamnek, Sigfried (2010):** Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch. Basel: Beltz.
- **Lehr, Rudolf (1983):** Die „Oberösterreichischen Nachrichten“. In: Ivan, Franz/Lang, Helmut/Pürer, Heinz (Hrsg.): 200 Jahre Tageszeitung in Österreich 1783-1983. Österreichische Nationalbibliothek: Wien, S.239-251.
- **Luhmann, Niklas (1975):** Veränderungen im System gesellschaftlicher Kommunikation und die Massenmedien. In: Oskar Schatz (Hrsg.): Die elektronische Revolution. Wie gefährlich sind die Massenmedien? Styria: Graz, S.13-30.
- **Maletzke, Gerhard (1963):** Psychologie der Massenkommunikation: Theorie und Systematik. Bredow-Institut: Hamburg.
- **McQuail, Denis (1991):** Media Performance Assessment in the Public interest: Principles and Methods. In: Anderson, James A. (Hrsg.): Communication Yearbook 14. Newbury Park: Sage, S.111-147.
- **McQuail, Denis (1992):** Media performance: mass communication and the public interest. London: Sage.

- **Media-Analyse (2015):** Media-Analyse 2014/2015. Online unter: <http://www.media-analyse.at/table/2585> (1.1.2016).
- **Meier, Klaus (1999):** Schreiben fürs Internet. In: Dörmann, Jürgen (Hrsg.): Die Zukunft von Off- und Onlinemedien. Hagen: Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit, S.73-90.
- **Meier, Klaus (2002a):** Neue journalistische Formen. In: Meier, Klaus (Hrsg.): Internet-Journalismus, Konstanz: UVK, S.21-171.
- **Meier, Klaus (2002b):** Redaktions- und Content Management. In: Meier, Klaus (Hrsg.): Internet-Journalismus, Konstanz: UVK, S.187-212.
- **Meier, Klaus (2003):** Qualität im Online-Journalismus. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeppen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.247-266.
- **Minning, Jessica (2006):** Qualitätssicherung im Journalismus. Hamburg: Dr. Kovac.
- **nachrichten.at (2015a):** Über uns. Online unter: [http://www.nachrichten.at/aboservice/ueber\\_uns/](http://www.nachrichten.at/aboservice/ueber_uns/) (02.12.2015).
- **nachrichten.at (2015b):** Impressum: Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz OÖN Redaktion GmbH & Co KG. Online unter: [http://www.nachrichten.at/aboservice/ueber\\_uns/impressum/art138,54715](http://www.nachrichten.at/aboservice/ueber_uns/impressum/art138,54715) (02.12.2015).
- **nachrichten.at (2015c):** Serie: Schöne neue Welt – Wir feiern 20 Jahre nachrichten.at. Online unter: <http://mobil.nachrichten.at/nachrichten/web/20jahre-nachrichtenat/Serie-Schoene-neue-Welt-Wir-feiern-20-Jahre-nachrichten-at;art178691,2022742> (15.12.2015).
- **Neuberger, Christoph (2002):** Online-Journalismus: Akteure, redaktionelle Strukturen und Berufskontext: Ergebnisse einer Berufsfeldstudie. In: Neverla, Irene/Grittman, Elke/Pater, Monika (Hrsg.): Grundlagentexte zur Journalistik. Konstanz: UVK, S.356-374.
- **Neuberger, Christoph (2011):** Definition und Messung publizistischer Qualität im Internet: Herausforderungen des Drei-Stufen-Tests. Berlin: Vistas.
- **ÖAK (2014):** Auflagenliste 1.Halbjahr 2014. Online unter: [https://www.oepak.at/content/intern/Auflagenlisten/Auflagenliste\\_H1\\_2014.pdf](https://www.oepak.at/content/intern/Auflagenlisten/Auflagenliste_H1_2014.pdf) (05.11.2015).
- **ÖAK (2015):** Auflagenliste 2.Halbjahr 2014. Online unter: [https://www.oepak.at/content/intern/Auflagenlisten/Auflagenliste\\_H2\\_2014\\_KORR%20aktuell.pdf](https://www.oepak.at/content/intern/Auflagenlisten/Auflagenliste_H2_2014_KORR%20aktuell.pdf) (05.11.2015).
- **Ollrog, Marc-Christian (2014):** Regionalzeitungen 2015: Geschäftsmodelle für die Medienkonvergenz. Baden-Baden: Nomos.
- **Österreichischer Presserat (2015):** Grundsätze für die publizistische Arbeit: Ehrenkodex für die österreichische Presse. Online unter: [http://www.presserat.at/show\\_content.php?hid=2](http://www.presserat.at/show_content.php?hid=2) (18.11.15).
- **Park, Robert E.: (1940):** News as a Form of Knowledge: A Chapter in the Sociology of Knowledge. In: American Journal of Sociology, Jg.45, H.1, S.669-686.
- **Picard, Robert (2004):** Commercialism and Newspaper Quality. In: Newspaper Research Journal, Jg.25, H.1, S.54-65.
- **Pöttker, Horst (1998):** Öffentlichkeit durch Wissenschaft. Zum Programm der Journalistik. In: Publizistik, Jg.43, S.229-249.
- **Presse, Die (2015):** „Printmedien sind in Österreich so beliebt wie nirgendwo sonst“ In: Ausgabe vom 28. Oktober, S.24.
- **Pürer, Heinz/Raabe, Johannes (1994):** Medien in Deutschland. Band 1: Presse. München: Ölschläger.

- **Rager, Günther (1994):** Dimensionen der Qualität. Weg aus den allseitig offenen Richter-Skalen? In: Bentele, Günter/Hesse, Kurt R. (Hrsg.): Publizistik in der Gesellschaft. Konstanz: UVK, S.189-209.
- **Rau, Harald (2000):** Redaktionsmarketing: Journalismus als Planungsfaktor in der Positionierung regionaler Tageszeitungen. Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl.
- **Renger, Rudi (2000):** Populärer Journalismus. Innsbruck/Wien: Stud.-Verlag.
- **Roedder John, Deborah/Loken, Barbara/Kyeongheui, Kim/Alokparna, Basu Monga (2006):** Brand Concept Maps: A Methodology for Identifying Brand Association Networks. In: Journal of Marketing Research, Jg.43, H.4, S.549-563.
- **Ronneberger, Franz (1971):** Sozialisation durch Massenkommunikation. In: Ronneberger, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen: Band 4. Enke: Stuttgart, S.32-125.
- **Ronneberger, Franz (1974):** Die politischen Funktionen der Massenkommunikation. In: Langenbucher, Wolfgang (Hrsg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation. München: Piper, S.193-205.
- **Ronneberger, Franz (1979):** Leistungen und Fehlleistungen der Massenkommunikation. In: Langenbucher, Wolfgang (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung. Piper: München, S.127-142.
- **Ronneberger, Franz (1985):** Integration durch Massenkommunikation. In: Saxer, Ulrich (Hrsg.): Gleichheit oder Ungleichheit durch Massenkommunikation? Homogenisierung - Differenzierung der Gesellschaft durch Massenkommunikation. München: Ölschläger, S.3-18.
- **Rosengren, Karl Erik (1991):** Quality in Programming: Views from the North. In: Studies of Broadcasting, Jg.27, S.21-80.
- **Ruhrmann, Georg (1989):** Rezipient und Nachricht: Struktur und Prozeß der Nachrichtenkonstruktion. Opladen: Westdt. Verlag.
- **Ruß-Mohl, Stephan (1993):** Netzwerke – Die freiheitliche Antwort auf die Herausforderung journalistischer Qualitätssicherung: Überlegungen zu Meßbarkeit von journalistischer Qualität und zum Infrastrukturbedarf im Journalismus. In: Bammé, Arno/Reschenberg, Hasso (Hrsg.): Publizistische Qualität: Probleme und Perspektiven ihrer Bewertung. München/Wien: Profil, S.185-206.
- **Ruß-Mohl, Stephan (1996):** Am eigenen Schopfe: Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Ethik der Massenmedien. Wien: Braumüller, S.100-114.
- **Saxer, Ulrich (1974):** Funktionen der Massenmedien in der modernen Gesellschaft. In: Kurzrock, Rupert (Hrsg.): Medienforschung. Berlin, S.22-33.
- **Schatz, Heribert/Schulz, Winfried (1992):** Qualität von Fernsehprogrammen: Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem. In: Media Perspektiven, Jg.11, S.690-712.
- **Schröter, Detlef (1995):** Qualität und Journalismus. München: Reinhard Fischer.
- **Schulz, Winfried (1971):** Kommunikationsprozeß. In: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik. Fischer: Frankfurt/Main, S.89-109.
- **Siegert, Gabriele/Meier, Werner A./Trappel, Josef (2010):** Auswirkungen der Ökonomisierung auf Medien und Inhalte. In: Bonfadelli, Heinz/Jarren, Otfried/Siegert, Gabriele (Hrsg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. Bern/Wien: Haupt, S.517-542.
- **standard.at (2015):** Jugendliche nutzen weniger Informationsmedien. Online unter: <http://derstandard.at/2000024566978/Jugendliche-nutzen-weniger-Informationsmedien> (10.1.2016).

- **Volpers, Helmut (2013):** Online-Inhaltsanalyse. In: Scherfer, Konrad/Volpers, Helmut (Hrsg.): Schriftenreihe Webwissenschaft. Methoden der Webwissenschaft: Teil 1. Berlin: Lit.-Verlag, S.15-42.
- **Voltmer, Katrin (1999):** Medienqualität und Demokratie: eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation. Baden-Baden: Nomos.
- **von Glasersfeld, Ernst (1987):** Wissen, Sprache und Wirklichkeit. Arbeiten zum radikalen Konstruktivismus. Braunschweig/Wiesbaden: Vieweg.
- **Weber, Bernd/Rager, Günther (1994):** Zeile für Zeile Qualität: Was Journalisten über Qualität in der Zeitung denken. In: Rager, Günther/Haase, Helga/Weber, Bernd (Hrsg.): Zeile für Zeile – Qualität in der Zeitung. Münster/Hamburg: Lit, S.1-15.
- **Weischenberg, Siegfried (2003):** Leistungen und journalistisches Bewusstsein: Zur „subjektiven Dimension“ der Qualitätsdebatte. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.163-178.
- **Wellbrock, Christian-Mathias/Klein, Konstantin (2014):** Journalistische Qualität – eine empirische Untersuchung des Konstrukts mithilfe der Concept Map Methode. In: Publizistik, Jg.59, H.4, S.387-410.
- **Wildenmann, Rudolf/ Kaltefleiter, Werner (1965):** Funktionen der Massenmedien. Frankfurt/Bonn: Athenäum-Verlag.
- **Wyss, Vinzenz (2003):** Journalistische Qualität und Qualitätsmanagement. In: Bucher, Hans-Jürgen/Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.): Qualität im Journalismus: Grundlagen-Dimensionen-Praxismodelle. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.129-145.

## **7 Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Funktionen der Massenmedien (vgl. Burkhart 2002: 382).....	6
Abbildung 2: Konvergenzen (vgl. Fischer 2008: 194).....	11
Abbildung 3: Aspekte der journalistischen Professionalität (vgl. Schatz/Schulz 1992: 705) .....	27
Abbildung 4: Aggregierte Consens-Map zu journalistischer Qualität (vgl. Wellbroch/Klein 2014: 399) .....	53
Abbildung 5: Beispielhafte Übersicht einer Ressortseite auf nachrichten.at .....	70
Abbildung 6: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Online- und Print-Produkt .....	81
Abbildung 7: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Ressort Wirtschaft des Print- bzw. Online-Produkts.....	82
Abbildung 8: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Regional-Ressort des Print- bzw. Online-Produkts .....	83
Abbildung 9: Übersicht über den prozentuellen Anteil der publizistischen Qualität im Ressort Politik des Print- bzw. Online-Produkts .....	84

## **8 Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Übersicht über die ermittelte publizistische Qualität nach Ressorts, Online und Print.....	85
Tabelle 2: Gegenüberstellung der ermittelten publizistischen Qualität im Print und Online nach Analysetagen/Ausgaben .....	86
Tabelle 3: Übersicht über fünf ausgewählte Kriterien und ihre Häufigkeit, in der sie nicht die volle Punktezahl bei der Analyse erreichten .....	87

## 9 Anhang

### Interviewleitfaden – Gesamt

*Generelles zur Online-Redaktion (wurde nur der Online-Leitung gestellt)*

- Details zu Onlinereaktion (Anzahl Mitarbeiter, Schichtdienste, Arbeitszeiten, Leitfaden nach dem sie arbeiten)
- Wann soll online beurteilt werden? Peak um Mittagszeit oder Peak in der Feierabend-Zeit weil Printprodukt am nächsten?
- Wird bei den Online-Zahlen auch das ePaper berücksichtigt oder separat betrachtet?
- Seit kurzer Zeit neue Strategie im Online? Bzw. eine Neuerung? Wie sieht die konkret aus und warum wurde dieser Schritt vollzogen?
- Warum gibt es im Online keine Kommentare, Meinungsartikel etc.?
- Es gibt ja Exklusiv-Geschichten (Premium-Artikel), die online nur geteasert werden mit Verweis auf das Print Produkt, bzw. mit Bitte Registrierung durch E-mail Adresse dann freigeschalten. Warum macht man das? Ist das der erste Schritt zu einem Online-Bezahlsystem?
- Wie arbeiten die Onliner? (aus Presseaussendungen? Aus APA-Meldungen?)
- Recherchieren Sie selber? Wenn ja, entsteht dabei nicht eine Konkurrenz zu Printjournalisten?
- Annahme: Onliner sind Generalisten, wie wird vorgegangen wenn sie sich unsicher sind, hinsichtlich Relevanz beispielsweise (ist das Titelgeschichte oder nicht), wird beim Print-Spezialisten nachgefragt?
- Welche Funktionen und Aufgaben haben Print-Journalisten im Online?
- Gibt es zwischen Online und Printredakteuren so etwas wie Konkurrenz oder Konflikt? (verschiedene Arbeitsmodelle und Verträge, andere Bedingungen etc.)

*Aus ihrer Position der/des Online-RedakteurIn/PrintredakteurIn*

- Welchen Qualitätsfaktoren sollte ihrer Meinung nach immer Beachtung geschenkt werden?
- Kriterienkatalog der Analyse vorlegen
- Gibt es Kriterien die im Print bzw. im Online Bereich wichtiger oder weniger wichtig sind?

*Nun befüllen Sie als RedakteurIn ausschließlich das Online-Produkt/Print-Produkt?*

- Wie verfassen Sie einen Artikel? (Eigenrecherche, Verarbeitung von Presseaussendungen, Einholen von Input von Kollegen?)
- Inwiefern unterscheidet sich das Online Produkt vom Print-Produkt?
- Was unterscheidet Sie von einem Print-Redakteur?
- Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Print und Online?
- Glauben Sie, dass sich, aus Qualitätssicht die Produkte unterscheiden?

*Nachdem wir nun relativ ausführlich alle Dimensionen und Aspekte von Qualität besprochen haben. Stellen wir uns vor es ist nicht Dezember 2015, sondern wir*

*befinden uns im Dezember 2017 und sie haben ihren Platz im News-Room bezogen.*

- Wie wird der News-Room die Qualität der Tageszeitung beeinflussen? (positiv/negativ)
- Wie wird der News-Room die Qualität des Online-Produkts beeinflussen? (positiv/negativ)
- Wie wird der News-Room das Arbeitsumfeld beeinflussen? (positiv/negativ)
- Wie wird der News-Room die Zusammenarbeit zwischen Online und Print beeinflussen? (positiv/negativ)

*Generelles zu News-Room: (wurden nur dem Leiter der News-Room Arbeitsgruppe gestellt)*

- Was macht die Arbeitsgruppe News Room?
- Wie soll der News-Room aussehen?
- Wie wurde das Konzept zum News-Room erstellt?
- Warum braucht es einen News-Room?
- Im News Room ist dann jeder Print-Journalist ein Online-Journalist? Wenn ja, was machen die Online-Journalisten dann?

## **Transkripte Expertinnen- und Experteninterviews**

### **Interview Ulrika Günther, Online Redaktion, 7. Dezember 2015**

L: Danke das du dir Zeit nimmst für mich!

T: Gerne!

L: Aus deiner Sicht als Online-Redakteur: Welchen Qualitäts-Merkmalen sollten deiner Meinung im Online immer Beachtung geschenkt werden?

T: Naja i glaub, des wichtigste is das ma eher sagt, es derf da eigentlich kan Unterschied geben weil die große Lehre, egal ob ma da jetz die New York Times hernimmt oder die neue Zürcher oder in Österreich... in Österreich zum Beispü die Presse, s entscheidende is immer die Marke, oiso jetz die Marke der Oberösterreichischen Nachrichten und wöcher Kanal ob des jetz online is oder Print is eigentlich egal. Das i natürlich andere Voraussetzungen hab im Online, des haßt online is vü schneller, i hab oft gar ned die Möglichkeit für so a intensive Recherche wie im Print.... oft is es a a strategische Frage, wos gib i quasi online kostenlos zur Verfügung, wofür muss i vielleicht in Zukunft bezahlen oder was reservier i ma für Print, wo i dann die Hintergründe und ANalysen habe... diese Sachen muas i ma überlegen, grundsätzlich san aber die Qualitätskriterien die ma im Journalismus lernt, wie Check, Re-Check und ois mögliche die gleichen, des wär a Fehler.. weil sonst würd ma sie ja zur Konkurrenz und zum Boulevard überhaupt ned unterscheiden. Das des natürlich so is, dass die Online-Redakteure und Mitarbeiter die ja des für wenigen Jahren nu eher als kleines Nebenprodukt betrachtet worden is, und die in der Ausbildung a ned vergleichbar sind mit den Print-Journalisten das da Unterschiede gibt is klar. Des Ziel muss aber sein die Unterschiede nimma groß sein zu lassen, abgesehen von der Geschwindigkeit, weil online hab i einfach ned imma die Zeit, da is wichtig das ma aktuell is. Weil so wie des früher war das da Redakteur am Vormittag amal kommt sie überlegt was mach ma heid und dann sie einlest und dann bis zum Abend den fertigen Artikel schreibt, des funktioniert im heutigen Journalismus einfach nimma. Aber es wird a dieser Qualitätstransfer alane scho dadurch stattfinden, weil ja die Printredakteure ja zu Online Redakteuren werden.

L: Mhm, ok also für dich gibt es quasi keinen Unterschied vom Online- zum Print-Produkt, des is für dich gleichwertig?

T: Na formulier mas anders, es darf keinen geben. I hab vorher des Beispü bracht von der New York Times, die ham mittlerweile mehr Digital-Abonnenten, als Print Abonnenten. Und a dort is aber des Qualitätsmerkmal des is die New York Times, es is die Qualität der NY Times. Da recherchiert ma die Artikel nach selben Kriterien wie ma an Print-Artikel a recherchiert. Und des wird für uns a wesentliche Lebensversicherung sein.. als im Vergleich zu Huffington Post zum Beispü, oder was a immer, ma muas sie a unterscheiden. Des hat ma a jetz gsehn bei den Terror-Anschlägen, bei den ganzen Sachen die da vor allem über Soziale Medien, wie die

kommuniziert worden sind ... über Twitter und Facebook und was weiß ich. Da sieht man das diese Rolle, die man ja an der Uni lernt, diese Gate-Keeper Funktion des Journalismus die wird sie nicht verändern, ganz im Gegenteil die wird immer wichtiger. Dieses Einordnen der Dinge und deswegen muss man schauen, dass man diese Qualität nur mehr nach Online transportiert. Weil natürlich online zusätzlich noch andere Dinge notwendig sind, ich brauche mehr technisches Know-How, Einbinden von Sozialen Medien und technische Sachen einfach. Und da müssen sich sicher die Print-Journalisten was lernen, ich sag nur ein paar Stichworte wie Daten-Journalismus... solche Dinge.. und genauso findet ein sicherer Wissenstransfer Richtung Online-Journalismus statt über die traditionellen Print-Werte.

L: Gibt es da etwas wie einen Ausbildungsplan, wie diese Wissenslücken aufgeholt werden sollen?

T: Des muss man unterscheiden, das kommt auf die Strategie drauf an. Ich bringe jetzt ein Beispiel so wie es bei der kleinen Zeitung ist, wenn die Onliner bzw. die Printler eingegliedert werden. Wenn das im täglichen Arbeiten, also quasi learning by doing ist, dann findet der Wissenstransfer statt, obwohl da große Ausbildungsprogramme gibt werden man nicht sehen. Aber wir haben zum Beispiel ein ähnliches wie andere News-Rooms die man anschauen kann, die Prozesse, wie man das implementiert und so weiter, werden wir ein Trainings machen, Workshops haben, das ist das ganz wichtig das man die Denkweise im Kopf verändert, weil das ist eigentlich das entscheidende Kriterium. Das wird kommen, kommt aber erst... darf man nicht zu früh machen, weil sonst geht das wieder verloren... und dadurch dass das mit externen Beratern passiert und das ist somit nicht das kostengünstigste ist, wird das erst im Frühjahr 2017 passieren. Und das ist die erste und die andere und das sagt die Erfahrung aus allen anderen Beispielen ist das wesentlichste ist die Architektur und das die Redakteure beieinander sitzen und sich über den Weg laufen, so banal ist das oft... aber so ist es. Ein aktuelles Beispiel ist unser TV Team, solange unser TV Team im dritten Stock sitzt und man die nicht sieht, ist das nicht in den Köpfen, sobald das an unserem improvisierten News-Room dabei ist und ich die Kamera sehe, denke ich dran, das kann die Geschichte dafür relevant sein. Und genauso passiert schon viel besser mit der Online-Redaktion, seitdem die da im Zentrum ist, da der Chef vom Dienst sitzt, merkt man diesen Transfer, dazu kommen andere Dinge, wie die Charts, das in Konferenzen als erstes online angeschaut wird. Man auch die Chancen ... die Online bietet, für Print nutzen sie... und ein solche Sachen wie das direkte Feedback, das habe ich normalerweise in Form von Leserbriefen gehabt, jetzt sieht man das online aber sofort und kann redaktionell strategische Sachen einfach nur mal überdenken, also investiere ich zu viel Redakteure, zu viel Man-Power beispielsweise in die falsche Geschichte..

L: Mhm, das heißt der Plan ist das man alle Online-Redakteure eingliedert und es nurmehr diese Teams gibt? Und nimmt die Trennung wer welches Produkt befüllt? Habe ich das richtig verstanden?

T: Na das stimmt nicht, in diesem News-Basisdienst werden vor allem die Online-Redakteure gebraucht werden. Und da muss man sie überlegen, wüßte Leute brauche ich, was sind die Uhrzeiten im Schichtbetrieb und erst dann kann man sie anschauen wie sinnvoll ist es, den restlichen Teil auf die Ressorts aufzuteilen. Aber aus heutiger Sicht ist klar, wir haben insgesamt 7 Ressorts und wir werden nicht über ein Mitarbeiter aus dem heutigen Online-Team hingeben können, das wird sie nicht ausgehen.

L: Was unterscheidet jetzt aus heutiger Sicht ein Print-Redakteur von einem Online-Redakteur? in seiner Arbeit zum Beispiel...

T: Naja das sind schon sehr unterschiedliche Voraussetzungen, schon alleine wenn man den Arbeitsalltag sich anschaut. Ein Printredakteur der kümmert sich beispielsweise nur um die Wirtschaft, ein Onliner muss ein Allrounder sein und sie um alle Themen kümmern, das kann schwieriger sein, bedeutet das er weniger Zeit hat sich mit einer spezifischen Geschichte zu befassen. Abgesehen davon das solche Sachen wie Bilanzen lesen, wie man aus der Wirtschaft, dass er das nicht kann, kann er nicht, er muss andere Fertigkeiten mitbringen, das ist am Ende der wesentlichste Punkt. Dann ist die Arbeit vom Online-Redakteur viel technischer, er ist jetzt schon in ein Schichtmodell eingebunden, das im Print abgesehen von Schluss- und Journaldiensten ja in der Form nicht gibt. Und äh, er hat ein viel mehr technisches Verständnis und technische Arbeiten zu erledigen, damit der Artikel überhaupt online erscheint. Da hat man mehrere Kanäle, Smartphones, Push-Mitteilungen, etc. solche Sachen fallen beim Printredakteur jetzt nur weg in den meisten Fällen, weil das von Online übernommen wird. Und wenn man beim Arbeitsalltag in die andere Richtung denkt, ist da ein Online Redakteur ein nur immer noch in den seltensten Fällen zu einem physischen Ereignis ein wirklich rausgeht, also Pressekonferenz, Unfall etc. weil er ein gar nicht die Zeit dazu hat, das ist bei einem Printredakteur ja ganz anders, grad als Regionalzeitung ist es ein wichtig einfach, das man vor Ort ist und man selbst ein Bild macht. Das sind die größten Unterschiede würde ich sagen, im Detail gibt es da natürlich noch mehr.

L: Und wie erfolgt diese Zusammenarbeit, du hast ja grad gesagt, der is Generalist der kennt sich jetzt in der Wirtschaft ned so aus? Wie erfolgt des dann? Fragt ma da noch bei am Printjournalisten?

T: Des is a grad in der ... in der ...Umstellungsphase, genauso wie des a die Kleine Zeitung scho macht, die sin jo scho im News-Room... äh werden wir des a so machen das quasi die Online-Hoheit bei den Ressorts liegt, jetzt ned die Hoheit, über wie schaut die Startseiten aus und so, des bestimmen die Online-Chefs, aber es is der jeweilige Ressortleiter a für den online Auftritt seines Ressorts verantwortlich. Und auch was die Qualität betrifft. Jetzt in der Übergangsphase, is des so ... da teilweise die Ressorts, und da is die Wirtschaft a gutes Beispiel, ähm scho Schulungen hinter sich ham in dem eigenen Online System, oiso da muas ma dazua sagen wir ham zwa Systeme a redaktionelles Print System und a CMS System für online, des wir jetzt im nächsten Jahr zu einem System vereinen woin, des wird da wesentlichste Schritt in Richtung News-Room sein. Des wird uns im nächsten Jahr sehr stark beschäftigen, a in der News Room Arbeitsgruppe wie ma da die Abläufe möglichst einfach mochn kann. Äh und ähm des is... des is da wesentlichste Unterschied und jetzt nurmoi des Beispiel Wirtschaft, die geschult sind auf des Online System, teilweise Artikel söba gestaltet ham, nach oben gereiht ham, sonst funktioniert des so das der diensthabende Online-Redakteur mit der Wirtschaft Rücksprache hoit, was san die Gschichten, bei welchen Gschichten soll ma uns an APA-Meldungen halten, ham wir eigene Informationen und so weiter. und so wird des koordiniert und die Letztkoordination liegt beim Ressortleiter bzw. bei der Online-Leitung.

L: Ok, und wie wird der News-Room im, Frühjar 2017 hamma gsagt, wie wird der die Qualität der Produkte beeinflussen?

T: Naja es wird die Zusammenarbeit positiv beeinflussen und die Kommunikation zwischen den einzelnen Ressorts, ABteilungen und Arbeitsweisen online und Print beeinflussen.

L: Und des ist a im Produkt erkennbar?

T: Des hoff i ja doch, sonst würd sich die ganze Anstrengung ned auszoin.

L: Und inwiefern?

T: Des kann ma an am sehr pragmatischen Beispü bringa, es is ja so, das ... wie ma a vorher scho besprochen ham, das der Experte auf wöchem Gebiet jetzt a imma, den Artikel a für online selbst gestaltet. Der kennt die Hintergründe, der kennt sie wirklich aus und is a für die Veröffentlichung online zuständig. Und umgekehrt is es ned so das es nur den Weg gibt, sondern a umgekehrt, also das Online-Redakteure Print Gschichten schreiben. Und es wird aus äh ... äh Redaktionsmanagement Sicht a wesentliche Effizienzsteigerung bringen, weil ned an gleichen Gschichten zweimal gearbeitet wird, es wird es wird... die Geschichte zum Teil... unter Anführungszeichen zweit verwertet werden können für Print, also angereichert um die Elemente die Print wieder unterscheiden von Online, da man i jetzt Hintergrund, Kommentar, Analyse.

L: mhm, ok, und wie wird des des Arbeitsumfeld beeinflussen, i man da is a gewisser Lärmpegel bei so vielen Leuten etc. Wie wird sie des auswirken?

T: Naja das a Großraumbüro ned so is wie wenn hundert Leid in am Einzelbüro sitzen des is klar, aber da muas ma die Vor- und Nachteile abwägen und die klaren Vorteile san dabei das i genau diese Reibungsverluste und Effizienzverluste nimma hab. Die Leid ganz pragmatisch nebeneinander sitzen, sie übern Weg laufen und dann äh die Dinge äh schnell passieren, und so wies in anderen Firmen a is die linke Hand ned waß was die Rechte duad. Und dadurch sehr vü ned jetzt Fehler, aber sehr vü Optimierungsmöglichkeiten bestehen...des wird sie dadurch verändern... es is a so das bei den meisten News-Rooms die wir uns angeschaut ham ned der Lärm des Hauptproblem is, sondern eher die Klimatechnik. Und wir ham da natürlich sehr vü Zeit und Geld investiert, das wir des vermeiden. Wir werden da a neues Konzept machen, des ned ganz so klassisch is mit riesigem News-Room, so wies Daily Mirror hat als Horrorbeispiel mit 600 Leid und vü Krankenstand... sondern wir woin da a bissl an Mittelweg finden und den ham wir in der Arbeitsgruppe erarbeitet, also quasi den Vorteil zu haben von einem zentralen Hub und gleichzeitig aber ned des zerstören, was... immer sehr wichtig ist, das i nämlich in Ruhe arbeiten, schreiben und recherchieren kann und den Spagat woll ma schaffen...

L: mhm, ok! Ja das wars auch schon, Vielen Dank!

T: Bitte gerne!

### **Interview Susanne Dickstein, Wirtschaftsredaktion Print, 3. Dezember 2015**

L: So.. und zwar... wir fangen amal mit deiner Position als Wirtschaftsredakteurin des Printproduktes, welche Qualitätskriterien sollte man deiner Meinung nach immer Beachtung schenken?

D: Saubere Recherche.... die natürlich dann auch Anspruch erhebt fehlerfrei zu sein, soweit's

geht Objektivität, des is a bissl a wie soll i sagen Druckschluss, weil jeder hat einfach a eigene Meinung, aber so gut wie möglich eben... ahm eine klare Trennung zwischen Anzeigen und Redaktion bzw. eine klare Kennzeichnung und sowas wie eine chinesische Mauer nennen wir des gern, zwischen Anzeigenabteilung und Redaktion aahmm.. das die dann ned Wünsche... i man sie können scho Wünsche deponieren, aber denen wird nicht entsprochen wenn die nicht ahm.. sozusagen des Interesse des Lesers is.. also da Fokus is ganz klar ned der Anzeigenkunde, sondern der Leser...

L: Mhm.. Ahm... ich hab moch ja a a Inhaltsanalyse mit am recht ausführlichen Kriterienkatalog... also wennsd da des jetz mal anschaut, da sind sich natürlich viele Faktoren recht nahe, zum Beispü Objektivität und Neutralität, des muss ma hald scho sehr genau definieren. Und viele Dinge werden von einem Berufspraktiker natürlich auch als Selbstverständlichkeit gesehen, also sowas wie journalistische Professionalität zum Beispü... aber des is nur jetz amal für dich, dass du siehst wie ich des dann machen werd in der Analyse. Oiso wie gsagt des ist ein sehr umfassendes Konzept...

D: ja genau also Aktualität des hab ich jetz ned erwähnt, weil des für mich a ehrlichsgagt klar is (lacht).. da Leser muss einfach erkennen warum servier ich ihm diese Nachricht an diesem Tag... entweder weil am Vortag a Pressekonferenz geben hat, Zahlen präsentiert worden sind... oder weils... weils hald an aktuellen Bezug hat aus irgendam Grund...Es muas klar sein warum mach ma die Gschicht.. mhmm

L: mhm.. ok.

D: und was meinst du mit journalistischer Professionalität?

L: Im Zuge der Analyse meint des vor allem die analytische Funktion des Journalisten, weil alle anderen Dinge eigentlich scho sehr guat abgedeckt san. Also mit analytisch ist gemeint, das kritische Hinterfragen und Aufbereiten für den Leser quasi..

D: mhm .. okay und wasd was ma nu fehlt, was ma nu ned so guat aussagarbeitet ham find ich.. äh das kommt in den Bereich Objektivität hinein...oiso sie ned die Zoin servieren lossn, sondern scho... oiso in da Wirtschaft griagt ma zum Beispü sehr gern die bereinigtn EBIT Zahlen, des is eh sehr schön, aber spannend san ja die eigentlichen EBIT Zahlen... zum Beispü des is des eine.. und des zweite is hald auch eine klar Trennung zwischen Meinung und Nachricht... des hamma nu ned ghabt...oiso des is ned.. da bin i jetz a wieda bei objektiv und subjektiv... oiso ganz klar Dinge hinterfragen und kommentieren aber ja... in der Kommentarspalte und in der Gschicht die Nachricht...

L: mhm mhmm.. ähm gibt es aus deiner Warte in der Wirtschaft Kriterien die im Print oder im Online a größere oder weniger große Rolle spielen?

D: hmm ... na .. na in Wahrheit ned... die Wirtschaftsberichterstattung muas in Wahrheit... na .. na da mach ich keine Unterscheidung.... sie muas jetz bei online, des muas vielleicht a gschmackig aufbereitet sein.. aber des muas im Print a... i wü a im Print mein Leser ned langweilen... und es soi a im Online stimmen und korrekt sein, derf ned foisch zitiert werden... oiso na.. da fallt ma jetz nix ein..

L: mhm okay.

D: Ausser du hüfst ma auf die Sprünge (lacht)..

L: nana gar ned (lacht) des is ja in Ordnung, es gibt nur einfach Kriterien, die zum Beispü im Online an anderen Rahmen griagen... Aktualit is a guads Beispü...

D: jo natürlich... jo natürlich, im Print muas i zamwarten...und im Online kann i alle 5 Minuten a aktualisieren, aber i man da muas i hoid a scho aufpassen, das die Aufgabe eines Journalisten hoid scho a a gewisse Selektionsfunktion is, i man wir ham eine völlige Informationsflut und da muas ma scho a a bissl an roten Faden geben...und irgendwie eine... ja ein Wegweisers sein in gewisser Weise... und im Online lauft ma da hoid scho a Gefahr, wenn i da ständig einiladt und einiladt, dass i irgendwann weil i ständig schau dass i was neichs hab, da lauf i Gefahr das i die wesentlichen Dinge vielleicht verpass u da muas ma einfach drauf achten die wesentlichen Dinge a zusammenzufassen...

L: jo Glaubwürdigkeit is zum Beispü a so a Thema, vor allem im Internet... weil du ja jetz Stichwort Informationsflut gegeben hast, da kursiert sehr vü und deswegen setzt ma in der wissenschaftlichen Literatur beispielsweise dem a nurmehr mehr Bedeutung auf...weil ma will ja schau, dass ma des Vertrauen auf Rezipientenseite ned verliert...und so weiter

D: genau, genau... jo wobei eine Geschichte für mich im Print und Online gleichermaßen glaubwürdig sein muas... oiso i unterscheid da ned...

L: jo des is ja auch ok (lacht)

D: Oiso i red jetzt vom Auftritt der OÖN online, ned von irgendwas online..

L: jaja genau!

D: Und des is a die große Gefahr beim Recherchieren... weil genau wie du sagst du hast da diese Flut an Informationen und dann wird da irgendwas aufgebauscht...und da entsteht der Schneeball. und dann is da a Meldung da.. die irgendwie auf gar nix fußt..

L: mhm, ok... und inwiefern unterscheidet sich im Wirtschaftsressort das Online von dem Print Produkt?

D: wie sie online von Print unterscheidet... naja die Differenzierung is die das wir im Print viel mehr auf Meinungen, Kommentare und Analysen setzen, also auch eine Bewertung und den reinen Content, der muss in beidem stattfinden, aber sozusagen des Internet is mehr nachrichtenbasiert, im Print is des auch der USP den wir unseren Kunden dann verkaufen..da muas einfach mehr Analyse stattfinden...

Mascher: derf i da schnell was dazua sagen?

D: bitte unbedingt!

Mascher: Ziel des ganzen is ja des, Online und Print sind ja im Prinzip nix anderes als Vertriebswege...da Jouranismus soll an sich der selbe sein... und des Ziel in der Wirtschaft oder Politikberichterstattung is.. es gibt a Thema und i muas ma überlegen wie des Thema übern Tag erzöh..und des fangt so an dass i die nackte Meldung online bring, und die Entwicklung weiter aktualisier, dass i die Leser 2-3 moi auf die Plattform hoi und am nächsten Tag kann i die Dinge scho vü besser einordnen und analysieren, hab nu Informationen und die bring i im Print, weil des hat sie am Tag davor nach der Meldungslage einfach nu ned darstellen lassen...

D: Aus unserer Sicht is ja des was da jetzt lange Zeit der Fehler war, dass ma Online und Print als zwei verschiedene Schienen betrachtet, es is ja nix anders als a anderer Produktionsweg, bzw. Vertriebsweg aber das Geschäft als sochles muss das selbe sein. und deswegen wennst mi fragst gibts an Unterschied .. na...des is ein anderer Vertriebskanal aus meiner betriebswirtschaftlichen Sicht...

L: mhm ... ähm und was unterscheidet dich als Redakteur im Print, von einem Online-Redakteur der des Online Wirtschaftsressort befüllt?

D: mhm.. ja aus der Logik heraus nix... aber was wir jetzt seit einiger Zeit machen is, dass die inhaltliche Hoheit bei uns liegt und in Wahrheit muss es so auch sein... weil wie i grad gsagt hab, des is a anderer Kanal, des Produkt is des selbe ... ahm und deswegen derf mi nix unterscheiden... so wies jetzt ist, arbeitet der technisch einfach in ein anderes System hinein.. aber söbst des wird boid vergangen sein... da hast du dann des selbe Redaktionssystem und dann schoitst du oben nurmehr um print bzw. online in wöcher form erscheintst...

L: Und wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen online und Print für die Wirtschaft?

D: Die is sehr gewachsen, des hat a Zeit gedauert bis des so funktioniert wie des jetzt is... und sicher a bis des Bewusstsein sein da war, des muas so funktionieren.. und da gibts eben den Kreislauf wie na da Didi grad beschrieben hat, wir versuchen eine Meldung über den Tag zu ziehen, wens die Meldung hald hergibt bis was gott wann.. jo und des is gewachsen, war ned immer so und hat sie in den letzten 2 Jahr intensiviert...

L: Des haßt hab ich des richtig verstanden, dass für dich die beiden Produkte keinen Qualitätsunterschied haben....

D: Oiso wie gsagt.. für mi sin das keine zwei Produkte, das muas ein Produkt sein... es ist der Vertriebsweg und ja da gibts scho a Qualitätsunterschiede... bei dem einen hast du einfach Meinung und Analyse und beim anderen is es die nackte Nachricht... oiso du hast... des macht... des macht scho Qualität für mi aus...(fragender Blick Richtung Didi Mascher)

Mascher: Jo da gibts scho an Qualitätsunterschied... das des ana afoch aktueller is und des andere meinungsgetriebener...

L: mhm. ok..

Mascher: aber inhaltlich gibts kan Unterschied...

L: Und wenn am jetzt davon ausgehen es is Dezember 2017... die Baustelle da drüben gibts nimma und ihr sitzt jetzt schon seit ein paar Monaten im neuen News-Room. Wie wird des die Qualität von der wir jetzt gesprochen haben beeinflussen?

D: aaah, i glaub eher es wird des online beeinflussen, wirds die Qualität der Tageszeitung beeinflussen (fragender Blick Richtung Didi Mascher)

Mascher: jo, jo glaub i scho, da gehts jetzt gar ned um Online oder Print sondern darum dass zwischen den Ressorts die Wege kürzer werden, du schnelle reagieren kannst und ressortübergreifend arbeiten kannst...des hat ma ja a gsend damals, wir waren neben der Politik und des war alles auf Zuruf...des hat super funktioniert oder guat funktioniert... und jetzt sitz ma zwei Häuser entfernt, seng uns zwa Moi am Tag und es funktioniert überhaupt ned...i man irgendwie gehts scho.. aber die räumliche Nähe is a Riesenpunkt... und des ana is der Neubau, aber des andere is die Methode mit der du Zeitung machst...und wie du mit der räumlichen

Umgebung arbeitst... und die Produktion dann im News-Room is eigentlich a ständige Redaktionskonferenz, weil du ja a permanent den Austausch zwischen die Leid mitgriagst und mitgriagst was passiert...und des muas sie auf die Qualität auswirken, weil du einfach gewisse Sachen nimma übersiegst und a auf bestimmte Sachen draufkommst...des ham wir a gsehg bei den News-Rooms die wir uns angeschaut ham, da hat des einfach funktioniert oiso da ham diese Sachen passt und des macht zuversichtlich, dass des sich auf die Qualität positiv auswirkt...

L: Oiso es beeinflusst beide Produkte positiv?

D: mhm

Mascher: Jo, würd i scho sagen...

L: Ahm und wie wird da News-Room des Arbeitsumfeld beeinflussen?

D: Mhmm.. jo.. schwierig gsagt... jo i man erstens amal dieser ständige Austausch, jo i man.. des wird ma seng...i gher ned zu den Skeptikern des News-Rooms..

L: Ok, warum?

D: Ja weil i sehr anpassungsfähig bin, des is rein a persönliche Eigenschaft. I hab mi bis jetzt immer guat zrecht gfunden... und ja.. aber des is rein persönlich...

L: Jo i man des is ja a ok, i man nur des is a großer Raum da sitzn waß i ned wüvü Leid... da is a gewisser Lärm, die Luft, etc..

D: Jo sicher, aber i man des is jetzt schwer einzuschätzen...freilich gibts da die Sorgen hinsichtlich Lärm und Luft und a dass du nu einigermaßen a Privatsphäre hast... klar diese Sorgen gibts alle... wobei des wird sich dann zeigen, des is hald jetzt echt schwer zu beurteilen wenn du nur a Baustöh siagst...und da nu nie in dem Raum warst, du nu nie dort gsssn bist, gsehg hast wie groß der Schreibtisch in Wahrheit is... und so .. ober i bin da grundsätzlich positiv, dass des Arbeitsumfeld passt. I waß jetzt ned ob sichs vabessern wird, aber es wird sie a ned verschlechtern...Es wird anders sein...

L: Und wie wird des mit der Zusammenarbeit Online und Print werden?

D: Die wird sicher leichter werden... da wird sich zeigen inwieweit, sozusagen...

Mascher: Schau, es wird so sein, dass jeder Redakteur für online und print zuständig is und es wird aber einen Grund-Staff geben an Onlinern der a BackUp macht, dass nix verpasst wird aber im Prinzip des so werden dass jedes Ressort beides verantwortet... da wird a des Redaktionssystem danach ausgerichtet...und dann is die Frage nur wie ma die zeitliche Verfügbarkeit abdeckt.. weil eigentlich miassast du des rundum die Uhr besetzen..und wie machst des und kannst da des leisten...

D: Jo und he es is des ane... es is uns jetzt a ned fad... und des is a Zusatzarbeit.. und da wird a die Frage sein wo zwick ich die Zeit ab, die i für des brauch und wenn ich die Zeit beim Recherchieren abzwick san ma ned gut beraten sein.. weil die Gefahr wäre potenziell da, dass ma da die Zeit fehlt... des san die Dinge wie wir uns abheben... weil was is der USP jetzt in der Wirtschaft der OÖN, dass wir da ganz nahe sind...und das du Geschichten, die du da hast.. i man die Gschichten die dei Vater schreibt, die liest du in kana andern Zeitung, des woin aber die Leid hearn...oiso und des is genau der Grund warum wir gekauft und gelesen werden...

L: ja das is bestimmt ein USP...und sin auch schon durch...

D: Perfekt, des is sie ja gut ausgegangen...

L: Jo, danke dir!

D: Bitte, gerne (lacht)

### **Interview Herbert Schorn, Regionalredaktion Print, 3. Dezember 2015**

L: Und zwar... fangen wir an...aus Position des Redakteurs des Regionalressorts der das Printprodukt befüllt, welchen Qualitätsfaktoren sollte deiner Meinung nach immer Beachtung geschenkt werden?

S: aaaah, also a wesentlicher Qualitätsfaktor oder a Grundlage is für mi.. oder steht für uns im Vordergrund des is die seriöse Information ... aah und da is des wesentliche Merkmal... Check und Gegen-Check. Und des hoast wann i an Bericht mach, wanns um a sensibles Thema geht.. oder egal um welches Themas geht, dass ma die Gegenseite befragt, oiso das ma die zu Wort kommen lasst bzw. es zumindest versucht. Wann die nix sagen wü is des deren Sache, aber ma muss es zumindest versucht haben, ah um a möglichst objektives Bild zeichnen zu können... jo oiso Check-Gegencheck... des is amoi ganz wichtig...aaah und dann gehts natürlich a um des Einschätzen um Geschichten, um des Werten von Geschichten und des is find ich is a a Qualitätsmerkmal wo wir uns vom Boulevard unterscheiden, also welche Gschicht spiel ma groß, was ned groß, worauf stürz ma uns, worauf ned. Und i find des macht a a Qualitätszeitung aus, ned unbedingt immer die Themen ganz vorn zu haben, die jetzt die meisten Leser fangen würden, die Sachen hamma natürlich a, aber eben a Geschichten zu bringen die einfach notwendig und

wichtig san. Ah und und ... und da einfach a genauer nachzufragen, wir versuchen a Analysen zu bringen, Hintergrundberichte und des is a a wesentliches Qualitätsmerkmal von uns.. und da aaah dabei merkt ma scho a, dass des a vom Haus gewertschätzt wird, dass sich da a gewisses Expertentum entwickelt. Zum Beispü hamma den Robert Stamler ois Gerichtsexperten, i bin für die Schuin zuständig... und ah des gibts a in andere Ressorts, das bestimmte Fachbereiche gibt und a Expertise gibt. Und des wird eben a vom Haus sehr geschätzt und da duad ma sie dann a anfocher midm Einschätzen der Gschichten, weil ma waß ma hat mehr Hintergründe und weil ma einfach a bessere und andere Gschichten griagen, einfach weil ma die Akteure a kennt und weil die hoid a wissen, wenna a Gschicht ham an wen sie sie wenden müssen...

L: mhm.. I moch ja a a Inhaltsanalyse mit am recht ausführlichen Kriterienkatalog... also wennsd da des jetz mal anschaut, da sind sich natürlich viele Faktoren recht nahe, zum Beispü Objektivität und Neutralität, des muss ma hald scho sehr genau definieren. Und viele Dinge werden von einem Berufspraktiker natürlich auch als Selbstverständlichkeit gesehen, also sowas wie journalistische Professionalität zum Beispü... aber des is nur jetz amal für dich, dass du siehst wie ich des dann machen werd in der Analyse. Oiso wie gsagt des ist ein sehr umfassendes Konzept... Gibt es jetz im Regionalressort Qualitätskriterien die im Online oder im Print wichtiger sind? Oder unwichtiger?

S: Du mansd zwischen Online und Print?

L: Mhm, genau, obs da Unterschiede gibt...

S: Naja online is hoid immer die Schnelligkeit besonders wichtig und im Print äääh gehts dann darum das ma da vielleicht nu zusätzliche Aspekte reinbringt und ja... was wor jetz die Frage? Obs da Unterschiede gibt oder wie?

L: Ja genau obs Kriterien gibt die im Print wichtiger sind als im Online zum Beispü oder eben umgekehrt...

S: jo, oiso genau die Schnelligkeit eben im Online, oiso Gschichten so schnell wie möglich zu haben und im Print is es die Ausführlichkeit... aah wichtiger. ahm des haßt das ma da dann einfach... i man wir seng uns ja mittlerweile sehr vernetzt... oiso im Regionalen is es ja meistens so, dass ma die Gschichten online scho findet, wenna jetz um Brände geht oder so... da versuchen wir dann eben die Gschichte weiter zu drehen.. und des man i mit Ausführlichkeit.. das ma schaut griagt ma nu zusätzliche Experten, kann ma des nu genauer darstellen oder gibts scho Auswirkungen die ma genauer schildern kann, die ma online nu ned laufen... waß i ned zum Beispü wenna an Unfall geben hat, dass sie dann a Bürgerinitiative bildet, die fordert, dass... waß i ned... Tempolimit gibt zum Beispü... oiso das mas eben so bissl weiterdreht einfach...

L: Des haßt des is a so a bissl da Unterschied dann zwischen dem Regional-Ressort im Print und im Online... wenn i des jetz richtig verstanden hab?

S: jo genau! ja

L: Ähm, was unterscheidet dich als Print-Redakteur im Regionalen, von dem Online-Redakteur im Regionalen?

S: mhmm.. najo wir ham jetz dezidiert ja keine Online-Redakteure, die mochn ja ois, die machen von Regional, Wirtschaft, Politik die mochen ja grundsätzlich ois.. und.... (Pause)...

L: Oiso i man jetz zum Beispü was du vorhin gesagt hast von wegen... Fachexpertise von Redakteuren.. des gibts ja im online ned... wenn i des richtig verstanden hab...

S: jo genau... jo des könnte man so sagen. des Expertentum is scho auf jeden Fall a Unterschied...

L: Und wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Online und Print bei den regionalen Themen?

S: Ja... oiso da sin ma kontinuierlich am verbessern, des lauft nu ned so wie wir uns des eigentlich wünschen und aaah und da woll ma nu schau, dass sie des mit dem neuen News-Room dann auch langsam verbessert. Oiso momentan is es so... dass bei unserer Morgen Besprechung um halb 10 jemand vom Online dabei is ... aah und da sprech ma uns ob, was Gschichten san, die ma online spün kann... ah die dann von uns im Laufe des Tages kommen, die dann online gstellt werden. und wir besprechen hoid a wöche Gschichten ma mittags schon online stöhn könnte, wo ma a Gschicht dann weiterdrahn könnte, wo ma a siacht... es is gibt Gschichten die sehr gut gehen und da überlegt ma sie eben dann auch wie ma die weiterdrehen kann, dass weiter Beachtung findet. aaah und ansonsten... versuch ma uns hoid immer wieder abzustimmen... aah.. aber des lauft nu ned so guat... da würd ma uns a Verbesserung wünschen wobei ma sagen muss des hängt a stark mit uns zam.. mit uns Printredakteuren... weil dieses Online-Denken muas einfach nu mehr werden... oiso das wir hoid a für die Online-Redaktion do san und es kumd a immer wieder vor, dass Online-Redakteure scho anrecherchieren, bevor wir überhaupt erst anfangen ham... dann mach ma des a oft so, dass die des dann a für Print schreiben... aaah weil des ja dann a kan Sinn macht dass wir des dann nurmoi machen... oiso

des mach ma ab und zua. aaah und ansonsten a wonn i denk an Journaldienst, also Wochenend-Dienst, aaahm da schau ma dann a, wenn wir a Meldung mitgriagn, dass wir a glei des Online-Team verständigen, dass die des a mitgriagn. hmm genau...

L: Ok also da schreiben auch Online-Redakteure dann für Print und umgekehrt.. quasi...

S: Jo schon, aber es geht mehr von Print Richtung Online, als in die andere Richtung...aaah da gibts scho Fälle ja... ahm, des is aber eher Personenabhängig, des machn 2-3 von online... es is a so wenn wir irgendwo zu ana Pressekonferenz oder so gengan, dass wir erna dann vor ab scho a kurze Zusammenfassung machen oder a kurze Mödung schreiben für Online....andere Verbindung is, das ma zum Beispü bei größeren Terminen a schau, dass mas online TV Team mitnehmen, dass ma des a mitdenken... wenns Möglichkeiten gibt...und aahm die ...aah die Liveticker gibts a immer wieder. Wo ma a immer mitmachen, bei großen Gerichtsprozessen zum Beispü...

L: Kommt des a vor, dass sich Online und Print da a ab und an bissl in die Quere kommen?

Wenn einer scho anfangt zu recherchieren, und da andere weiß nix davon etc.?

S: Na, des eigentlich gar ned... ma spricht sie einfach ab... wir schau immer wieder auf die Homepage, seng dann a wenn gewisse Themen scho gmacht wordn san... und dann redn ma uns einfach ab sagen, des machts ihr, wir machen des... aber Konfliktpotential oder so seng ma da eigentlich ned.

L: Ok.. mhm..

S: Wir würden uns hald manchmal wünschen, dass von den Onlinern mehr kommt..des kann ma scho sagen... manchmal empfinden wir des a bissl als Einbahnstraße, oiso wir liefern für online, aber in die Retourrichtung kommt nix.. aber sonst...

L: mhm ok. Aber die Themen die online gespielt werden, wer hat da die Herrschaft drüber, welche Gschichte größer welche kleiner gespielt wird?

S: Des macht die Online-Redaktion, wir liefern die Themen zua und sie werten des dann wie sies für richtig empfinden.

L: Glaubst du, dass es Qualitätsunterschiede gibt zwischen den beiden Produkten?

S: (Pause) njoo, jo glaub i scho, glaub i scho. Einfach dadurch das Online einfach schnell sein muas, und a anders formulieren muas, die Themen anders setzen muas, oder aaah zuaspitzn muas... deswegen glaub i scho dass des anders lauft... bei uns... aaah.. is es a anderer Anspruch der gestellt wird... Online muas schnö sein, Online muas die Themen so zuaspitzen, dass sie gern geklickt werden, dass ma gern weiterliest... Bei uns im Print is des scho a wichtig, aber es sin a Hintergrundthemen wichtig.. beziehungsweise... es is dann scho nurmoi wichtig... aahm.. das wirklich alle Meinungen umfassend einhoit werden... mhmmm.. jo genau...I würd des jetz so ned werten des is weniger hochwertig, des is hochwertiger... sondern es san andere Ansprüche... kann scho sein dass im Internet amoi in da Schnelligkeit a Fehler passiert, aber der passiert bei uns genauso...i würd jetz ned sagen, des is weniger hochwertig und des mehr, es san andere Zielgruppen, es san andere Ansprüche und die versucht jeder so gut als möglich zu erfüllen...jo oiso da würd i ned werten...

L: mhm ok, ja seh ich genauso, dass da die Vergleichbarkeit problematisch ist... ahm... jetz nu kurz zum News-Room... Mal angenommen wir hätten jetz scho 2017 und die Baustelle gäbs nimma und ihr würdet scho alle seit einigen Monaten im News-Room sitzen... Wie glaubst du wird der News-Room die Qualität der Produkte beeinflussen?

S: Jo des glaub i schon, dass der des beeinflussen wird, äh insofern, dass die Kommunikation im Haus a einfach leichter wird.. I glaub dass a die Zusammenarbeit in den Ressorts und online und Print vü leichter wird. aaah einfach weil wann i jetz mit da Wirtschaft sprechen wü zum Thema, dann kann i anruafn ja.. aber wenn i die persönlich seng wü, dann geh i glaub i 5 Minuten bis i da hin komm, momentan is es natürlich a Ausnahmesituation..(lacht).. aber des is wirklich schwierig...und so wenn ma im News Room alle beinander sitzen, du waßd wer is heute da... du hast an kurzen Weg um sich kurz abzusprechen und des is ... glaub i gibt scho an Qualitätssprung, ah weil einfach dadurch weil ma im Gespräch miteinander a schnell auf andere Themen draufkommt oder Sachen zu bedenken, die ma sonst ned ghabt hätt. Und ma aaah bekommt Inputs, Anregungen...aah und i glaub dass es a kreativer werden könnte, weil ma miteinander a leichter Ideen entwickelt, die ma sonst ned entwickelt hätte.. ja also des glaub i scho, dass des da Qualität gut tun wird...und die Zusammenarbeit mit Online wird a leichter... oiso des tragt ned nur zur Qualität der Printzeitung sondern a des Online Produkts bei.. Glaub i auf alle Fälle....

L: Mhm und wie wird der News-Room das Arbeitsumfeld beeinflussen? I man jetz sitzen da allei in Büros, mit 2-3 Leuten, natürlich is des dann scho a Unterschied...

S: Jo, bei uns ned (lacht). Wir ham des Großraumbüro jetz a scho... I mag des. Oiso i hab da

kane Bedenken, sag ma nu dawei kane Bedenken... aber schau ma moi wies wird...owa aaah i nimm an, das besser wird als jetz, weil unser Büro is von da akustik her sehr schlecht, und es is zum telefonieren...aaah.. schwierig.... oiso wenn da a paar Leid beinander stengan und reden und i muas nebenbei telefonieren, vielleicht mit am der am Handy telefoniert... aah, und bei ana Straßn steht, dann wirts schwierig... dann klemm i ma den Hörer ein, hoit ma des ane Ohrwaschl zua und schau, dass i hoid nu irgendwie mitschreib...des geht, äh is aber ned optimal.. muas ma scho sagen oooder, wenn sie am Nachmittag da a paar Leid unterhoitn und i muas an Artikel schreiben, dann is es a schwierig, aber des lös i mit am Kopfhörer. Oiso i hab da a Musik die i hear und geräuschunterdrückenden Kopfhörer mir angeschafft und so geht des eigentlich ganz guat.... oiso i hear dann natürlich nix, oiso wenn mir wer schreibt hear i hoid nix... aber des wissens eh die Kollegen... ahm des is teilweise schwierig.. aber grundsätzlich mag i des... weil die Kommunikation einfach besser lauft, du waßd von den Kollegen wer da is, ääh wenns a Problem gibt kann ma sie schnö besprechen, bespricht sie über Tische hinweg... waßd du waß, hat dazu wer scho was einigschrieben, da gibts ja vü Sachen zu denen ma sie koordinieren muas und wenn des so is wie früher, dass die Leid auf 4-5 Büros verteilt san...is es afoch schwierig, wir mochen miteinander a Produkt und da find is einfach leichter und angenehmer wenn ma des wenn ma da beinander sitzt.. oiso i mag des gern, mi stört des ned... überhaupt ned...

L: Jo, du bist a scho guat gerüstet jetz, mit Kopfhörern und so (lacht)

S: Jo genau! (lacht) Und i hoff ma hoid vom News-Room das die Situation dann besser ist... a mit Raumklima... wir ham a kleines Fenster, des ma aufmachen kinan und dann nur so a komisches Ding des Luft rausblast, oiso des muas besser werden... und a die Akustik bessern, es soi ja a glaub ich Kojen geben zum Telefonieren und so a bissl a Abschottung oiso wenn des so is, dann find i des durchaus optimal... jo scho...

L: Jo.. des wors scho wieda..

S: A des wars scho wieda (lacht)...

L: Jo! Danke dir!

S: jo bitte gerne...

### **Christoph Kotanko, Politikredakteur Print, 9. Dezember 2015**

L: Jetzt wär meine erste Frage gewesen, wie erfolgt der Austausch zwischen der Politik bei der Stabstelle hier in Wien und dem Rest der Mannschaft, wo ja auch das Online Team dazugehört?

K: Naja also vorwiegend passiert des per Mail. Die Onliner schicken ja auch reegelmäßig Mails, da schau ma uns an ok, was betrifft uns, des is im Wesentlichen die Bundespolitik, und vielleicht nu bissl Wirtschaft... ja des is des ane oiso per Mail. und des andere is hald per Telefon. Oiso einfach a Anruf und da kommt a von uns dann auch a Angebot, oiso wir ham a Gschichte wo wir uns denken ja des könnnt passen für online, sprich sie muss schnell abgearbeitet werden dann mach ma des a... oiso sprich ein sehr routinmässiger Ablauf. für uns is ja die räumliche Trennung eigentlich Daily Business. unsere Print-Ansprechpartner sitzen in Linz und die Online-Ansprechpartner auch, also des macht jetz keinen Unterschied für uns...

L: Ähm, ja gehn ma jetz gleich amal bissl ein auf die Qualitäts - Sache... Aus Sicht jetz eines Politik-Print-Redakteurs, welche Qualitätsaspekte, sollte man immer beachten ihrer Meinung nach?

K: Naja wir sollten natürlich möglichst neutral und präzise informieren, des is ein Ideal und das funktioniert nicht immer, des muss ma auch ganz selbstkritisch sagen, die viel geforderte Objektivität die in vielen Leserbriefen immer von uns gefordert wird die gibts natürlich in ihrer puren Form gar nicht, sondern eben nur annäherungsweise.... und des is was was uns alle betrifft eigentlich ... aber naja woraus besteht eigentlich journalistische Qualität...besteht amal aus der guten Planung der Themen, aus der Abarbeitung und es gibt bestimmte Auswahlkriterien und und... nach dem müss ma hald vorgehen und natürlich gibts im täglichen Arbeiten immer wieder Grenzfälle wo ma sagen kann is des jetz scho zu subjektiv, is des jetz scho a Kommentar und da muas ma hald auch vor sich selbst bissl zurücktreten und schau wie ma des in großer Gelassenheit dann sieht... ma muss natürlich sich auch bewusst sein das die Leser sich von uns natürlich schon eine gewisse Fairness erwarten... und und zur Qualität gehört sicher auch, das die Leser auch wissen wie unsere Arbeit eigentlich aussieht, ned,... also Transparenz ist die neue Objektivität... is des neue Schlagwort und und... das is auch was woran ma jeden Tag arbeiten müssen. Es gibt ned diesen einzigen Qualitätsfaktor, sondern des is a Gesamtkunstwerk.

L: Des Stichwort Gesamtkunstwerk is a guter Punkt. Ich hab einen sehr umfangreichen Kriterienkatalog für meine Inhaltsanalyse. In der Literatur is ma sich ja auch ned ganz einig, wie das jetz genau zu definieren is, und da gibts natürlich auch einige Überschneidungspunkte, also

Faktoren die sich hier sehr nahe stehen etc. und auch andere wo ma sagt ja gut, das is kein Qualitätsfaktor sondern mehr eine Bedingung also eine Voraussetzung für Journalismus...

K: naja ich seh des auch so das sich da aus dem Katalog auch so, also das es so is, dass zum Beispiel Achtung der Persönlichkeit stellt sich für an Chronik Redakteur anders da als für an Sport Reporter zum Beispiel.

L: Ja genau es gibt da sicher Unterschiede in der Bedeutung. Und natürlich auch im Online und Print gibt es da Unterschiede. Wie is des für Sie? Sehen sie da Qualitätsfaktoren die im Online vielleicht wichtiger sind oder im Print oder umgekehrt?

K: Oiso was mir da aufs erste Hinschaun auf jeden Fall fehlt, is die ergebnisoffene Recherche, des halt ich für ein wichtiges QUalitätsmerkmal, weil ja manche Leser den Medien vorwerfen... Stichwort Lügenpresse, das sie mit vorgefertigter Meinung an die Arbeit herangehen, und deswegen sag ich wär das ein zentrales Kriterium. Ja also... und wenn ma da weiter geht Glaubwürdigkeit, ja gibts nichts einzuwenden... ja... ja... also Aktualität is wahrscheinlich.. na sogar ganz sicher im Online a anderer Stellenwert, des Print Produkt gibts ja die berühmte Deadline, dies ja theoretisch im Online ned gibt eigentlich...ja und weiter Objektivität, hamma scho gsagt... Ausgewogenheit.. mhm... und naja Verständlichkeit da hat ma vielleicht im Print eine größere Herausforderung weil da hab ich einen endlichen Platz, weil da hab ich eine Vorgabe das ich einen komplexen Sachverhalt in soviel Zeilen x darstellen muss, des hab ich ja im Online eigentlich ned, weil da Platz is ja ned begrenzt, was ned unbedingt jetzt der Verständlichkeit dienen muss, weil kann ja auch dazu verführen das ma mehr schwafelt und und... länger ned auf den Punkt kommt, aber zumindest in der Theorie...

L: Wie is das jetzt in der Politik... ähm... wie bzw. wer bestimmt da jetzt was online da für Themen gespielt werden?

K: ja.. naja des funktioniert so, das der Online Chef vom Dienst sich meldet das is die eine Variante und sagt ich will dieses Thema x und zwar so schnell wie möglich und die andere Gschichte is hald das wir des anbieten und zugehen, wir ham da a Thema, ihr habts das noch nicht auf eurer Seite und ja... wobei das is a Gewichtungfrage weil was uns als Fachjournalisten uns wichtig erscheint is am Online in Linz ned so wichtig... also da kann ma aber a online ganz anders beliebig gewichten, ich kann des auf die Startseite geben oder irgendwo weiter unten... da gibts scho andere Auffassungen auch immer wieder wie wichtig eine Geschichte is bzw. wie prominent die platziert wird, aber in Wahrheit is des jetzt ka wirkliches Problem..

L: mhm okay, aber es is ned so das des Print-Ressort da die alleinige Macht darüber hat, welche Themen da online stehen?

K: Na das is es nicht weil ja jeder der scho amal online gearbeitet hat weiß ja das is ganz a komplexe Geschichte in Wahrheit und noch dazu fühlen sich ja einige Online Redakteure gar ned dazu berufen, die Gewichtung von THemen vorzugeben sondern wenden sich an das Fachressort, wie groß die Sache ist, wie dringlich, wie ma sie illustrieren soll etc. also es is nicht so.. es is ja nicht so das die Print Leute über die Online Inhalte bestimmen würden, zweites Thema und vor dem ma sich hüten muss, die Online-Redaktion sind nicht die armen Verwandten der Print Redaktion, ne. also da gibts verschiedene Verständnisauffassungen und da muss ma schau, dass ma auf Augenhöhe miteinander umgeht.

L: Absolut ja!

K: is auch ein Lernprozess der noch im Gange ist!

L: Inwiefern unterscheidet sich jetzt das Online-Produkt vom Print-Produkt? Jetzt im Politik-Ressort?

K: Ja da gibts scho Unterschiede, erstmal förmliche Unterschiede, des online Produkt kann ich ausstatten mit Bildergalerien etc. ad infinitum mehr oder weniger. und was den Text betrifft schauen wir online, das wir möglich schnell und möglichst kurz sind, also die umfassenden Analysen kann ma später nachschiesen, also auch den nachgehenden Kommentar, des sind online vielleicht nur 20-25 Zeilen und der Leitartikel am nächsten Tag is dann umfassender. Des heißt es geht schon sozusagen... um das Schlaglicht das ma drauf wirft... des is in Online leichter, wird auch so verlangt und des is scho so dass ma im Print dann etwas mit mehr Gelassenheit etwas ausführlicher darstellen.

L: Heißt des jetzt dass es auch einen Unterschied in der Qualität gibt?

K: Naja... kurze Geschichte muss nicht niveaulos sein... aber es is sicher so.. äh wenn ma mit der Qualität das ausführliche Abwägen der Fakten versteht vielleicht auch eine gewisse schreiberische Prilianz, die is wahrscheinlich in einem Kurzbericht den ich in 15 Minuten schreibe, schwieriger zu erreichen, als mit einem Leitartikel an dem ich 4-5 Stunden arbeite. Na? Also insofern kann ma sagen... wobei ma sich dann auch die Frage stellen muss welchen Anspruch die Konsumenten an das Produkt haben, also wenn ma jetzt beispielsweise an online denkt, ob

des der Anspruch ist feinzilierte Sätze zu lesen oder eine Erstinfo zu bekommen, also den Einstieg in eine Thematik...ja ?

L: ja der Anspruch ist sicher ein wesentlicher Punkt...Ähm, was unterscheidet sie als Print-Redakteur von einem Journalisten der das Ressort online befüllt?

K: was mich?... naja der Online Redakteur in Linz wird im Regelfall die Agenturmeldung verwenden, also der hängt die APA rein auf Deutsch gsagt...während ich von hier aus.. einen gewissen Ehrgeiz darin setze mehr zu liefern und sei es nur, dass ich die APA Meldung und sei es nur das ich die Meldungen, die nicht immer im besten Deutsch geschrieben sind, etwas...etwas...anschaulicher mache. Aber ich möchte da schon etwas mehr Elgenleistung reinbringen, weil die APA Meldung reinzuhängen is ... ja ob ich des von Linz oder Wien aus mache.. is gleichgültig. Äh es geht schon darum des wertiger zu machen, also aufzufetten...

L: Heißt das auch das sie wenn sie jetzt bei einer Online-Meldung sehen, da könnte ma noch bissl was machen oder noch was dazuschreiben, dass sie auch aktiv sich an das CMS setzen und das selbst machen?

K: naja na so is es ja noch nicht, ich kann das von hier aus nicht, ich schreibe ein Mail, und sag hängt ihr mir das bitte rein. und wenn ich noch was ändern will, dann schreib ich noch ein Mail und so weiter... also ja ... quasi über Umwege beteilige ich mich aktiv...Genau aber hab keinen direkten Zugriff

L: Mhm. ok. Wie würden sie sagen erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Online im Print im Falle des Politikressorts?

K: Bei uns kann ma sagen, hat es nach ... äh anfänglichen Unebenheiten, weil das is ja noch nicht so lange das des so intensiv gefordert is, nach anfänglichen Unebenheiten das hat eine gewisse Eingewöhnungszeit gebraucht, des soll ma gar ned beschönigen... und die Eingewöhnungszeit ist vielleicht auch noch nicht ganz abgeschlossen, aber es bessert sich... ja..i man ma muss auch sagen, wir kannten ja die Anforderungen im Detail ja gar ned, wir ham ja damit auch ned soviel zu tun ghabt. und jetzt durch diese ganzen neuen Sachen die es da gibt mit Live-Ticker zum Beispiel, des is ja eher neuer sind wir da auch mehr eingebunden und dadurch vasteht ma sich auch besser. also das is natürlich auche eine Frage von Sacharbeit und Zeit miteinander....

L: Ähm, jetzt sind sie ja von der Umstellung zum neuen News Room ja nicht direkt betroffen. Aber natürlich auch indirekt, Systeme werden umgestellt, Prozesse evt. verändert... sie können dann selber im CMS arbeiten etc.?

K: Naja da sind wir jetzt a schlechtes Beispiel als quasi Auslandkorrespondenten (lacht). Ich kann ... kann mir jetzt auch ned vorstellen, dass sich wahnsinnig viel ändern wird... vielleicht die Frequenz der Anforderungen, etwas höher werden, halte ich für möglich... aber sonst.... wird das für uns aufgrund der Distanz ned so zu spüren sein wie in Linz wo ja dann eine Verschränkung der Produktion gibt und ma sich näher sitzt was natürlich ja auch zur Folge hat das ma mehr von einander abverlangt...

L: Mhm ok ähm... glauben sie das dieses neue Redaktionskonzept, der News Room, Einfluss hat auf die Qualität der beiden Produkte?

K: Naja.. das kommt auf die Umsetzung an... da gibts ja im Journalismus viele Erfahrungen, des hat ja oft nedamal was mit Journalismus zu tun sondern mit Klimatechnik, Lichttechnik etc. oiso ob des jetzt artgerechte Haltung ist oder bzw. des ein Maß an Individualität erlaubt. Also so wie ich das bis jetzt gesehen hat.. hat ma sich ja viele Erfahrungen zu nutze gemacht bei der Umsetzung. Der Vorteil am News Room ist natürlich das es eine zentrale Produktionseinheit ist, wo es kurze Wege gibt und des is in der Theorie oder auch in der Umsetzung, ein Fortschritt. und da muss ma ja sagen sind die OÖN ja nicht Avantgarde in der Sache sondern vielleicht scho eher a bissl weit hinten, was den News Room betrifft, i mein bislang war das in Linz ja von dem räumlichen her ein Einzelkämpfertum und deswegen ja versprich ich mir davon schon einiges ja...

L: mhm ok, vielen Dank! Das wars auch schon! Dankeschön für die Zeit!

K: sehr gerne!

### **Clemens Thaler, Online-Redaktion, 3. Dezember 2015**

L: Danke das du dir Zeit nimmst für mich!

T: Gerne!

L: Aus deiner Sicht als Online-Redakteur: Welchen Qualitäts-Merkmalen sollten deiner Meinung im Online immer Beachtung geschenkt werden?

T: Naja i glaub, des wichtigste is das ma eher sagt, es derf da eigentlich kan Unterschied geben weil die große Lehre, egal ob ma da jetzt die New York Times hernimmt oder die neue Zürcher

oder in Österreich... in Österreich zum Beispü die Presse, s entscheidende is immer die Marke, oiso jetzt die Marke der Oberösterreichischen Nachrichten und wöcher Kanal ob des jetzt online is oder Print is eigentlich egal. Das i natürlich andere Voraussetzungen hab im Online, des haßt online is vü schneller, i hab oft gar ned die Möglichkeit für so a intensive Recherche wie im Print.... oft is es a a strategische Frage, wos gib i quasi online kostenlos zur Verfügung, wofür muss i vielleicht in Zukunft bezahlen oder was reservier i ma für Print, wo i dann die Hintergründe und ANalysen habe... diese Sachen muas i ma überlegen, grundsätzlich san aber die Qualitätskriterien die ma im Journalismus lernt, wie Check, Re-Check und ois mögliche die gleichen, des wär a Fehler.. weil sonst würd ma sie ja zur Konkurrenz und zum Boulevard überhaupt ned unterscheiden. Das des natürlich so is, dass die Online-Redakteure und Mitarbeiter die ja des für wenigen Jahren nu eher als kleines Nebenprodukt betrachtet worden is, und die in der Ausbildung a ned vergleichbar sind mit den Print-Journalisten das da Unterschiede gibt is klar. Des Ziel muss aber sein die Unterschiede nimma groß sein zu lassen, abgesehen von der Geschwindigkeit, weil online hab i einfach ned imma die Zeit, da is wichtig das ma aktuell is. Weil so wie des früher war das da Redakteur am Vormittag amal kommt sie überlegt was mach ma heid und dann sie einlest und dann bis zum Abend den fertigen Artikel schreibt, des funktioniert im heutigen Journalismus einfach nimma. Aber es wird a dieser Qualitätstransfer alane scho dadurch stattfinden, weil ja die Printredakteure ja zu Online Redakteuren werden.

L: Mhm, ok also für dich gibt es quasi keinen Unterschied vom Online- zum Print-Produkt, des is für dich gleichwertig?

T: Na formulier mas anders, es darf keinen geben. I hab vorher des Beispü bracht von der New York Times, die ham mittlerweile mehr Digital-Abonnenten, als Print Abonnenten. Und a dort is aber des Qualitätsmerkmal des is die New York Times, es is die Qualität der NY Times. Da recherchiert ma die Artikel nach selben Kriterien wie ma an Print-Artikel a recherchiert. Und des wird für uns a wesentliche Lebensversicherung sein.. als im Vergleich zu Huffington Post zum Beispü, oder was a immer, ma muas sie a unterscheiden. Des hat ma a jetzt gsehn bei den Terror-Anschlägen, bei den ganzen Sachen die da vor allem über Soziale Medien, wie die kommuniziert worden sin ...über Twitter und Facebook und was weiß i. Da sieht ma das diese Rolle, des ma ja a auf da Uni lernt, diese Gate-Keeper Funktion des Journalismus die wird sie ned verändern, ganz im Gegenteil die wird immer wichtiger. Dieses einordnen der Dinge und deswegen muas ma schauen, dass ma diese Qualität nu mehr nach Online transportiert. Weil natürlich online zusätzlich nu andere Dinge notwendig san, i brauch mehr technisches Know-How, Einbinden von Soziale Medien und technische Sachen einfach. Und da miasn a sicher die Print-Journalisten was lernen, i sag nur a paar Stichworte wie Daten-Journalismus... soiche Dinge.. und genauso findet a sicher nu Wissenstransfer Richtung Online-Journalismus statt über die traditionellen Print-Werte.

L: Gibt es da a sowas wie an Ausbildungsplan, wie diese Wissenslücken aufgeholt werden soin?

T: Des muas ma unterscheiden, des kumd auf die Strategie drauf an. I bring jetzt a Beispü so wies bei da Kleinen Zeitung is, wenn die Onliner bzw. die Printler eingegliedert werden. Wenn des im täglichen Arbeiten, oiso quasi learning by doing is, dann findet der Wissensstransfer statt, obs da große Ausbildungsprogramme gibt werdn ma nu sehen. Aber wir ham zum Beispiel a ähnlich wie andere News-Rooms die ma uns anschaut haben, die Prozesse, wie ma des implementiert und so weiter, werden wir a Trainings machen, Work-Shops haben, da is des ganz wichtig das ma die Denkweise im Kopf verändert, weil des is eigentlich des entscheidende Kriterium. Des wird kuma, kumd aber erst... derf ma a ned zu früh machen, weil sonst geht des wieder verloren... und dadurch dass des a mit externen Beratern passiert und des a somit ned des kostengünstigste is, wird des erst im Frühjahr 2017 passieren. Und des is da erste und des andere und des zagt a die Erfahrung aus allen anderen Beispieln is des wesensetlichste ist die Architektur und das die Redakteure beinander sitzen und sich über den Weg laufen, so banal is des oft... aber so is es. A aktuelles Beispü is a unser TV Team, solange unser TV Team im dritten Stock sitzt und ma die ned siagt, is des ned in den Köpfen, soboid des a an unserem improvisierten News-Room dabei is und i a Kamera sehe, denk i a dran, a kunt die Gschicht a dafür relevant sei. Und genauso passiert scho viel besser mit der Online-Redaktion, seitdem die da im Zentrum is, da da Chef vom Dienst sitzt, merkt ma diesen Transfer, dazua kommen andere Dinge, wie die Charts, das in Konferenzen als erstes auf Online gschaut wird. Ma auch die Chancen .... die Online bietet, für Print nutzen soi... und a soiche Sachen wie des direkte Feedback, des hab i normalerweise in Form von Leserbriefen ghabt, jetzt siagt i des Online aber sofort und kann redaktionell strategische Sachen einfach nurmoi überdenken, oiso investier i zuviel Redakteure, zuviel Man-Power beispüsweise in die foische Gschicht.

L: Mhm, des heißt der Plan ist das ma alle Online-Redakteure eingliedert und es nurmehr diese

Teams gibt? Und nimma die Trennung wer welches Produkt befüllt? Hab i des richtig verstanden?

T: Na des stimmt ned, in diesem News-Basisdienst werden vor allem a die Online-Redakteure gebraucht werden. Und da muas ma sie überlegen, wüvü Leute brauch ich, was san die Uhrzeiten im Schichtbetrieb und erst dann kann ma sie anschauen wie sinnvoll is es, den restlichen Teil auf die Ressorts aufzuteilen. Aber aus heutiger Sicht is klar, wir ham insgesamt 7 Ressorts und wir werden ned überoi an Mitarbeiter aus dem heutigen Online-Team hingeben können, des wird sie ned ausgehen.

L: Wos unterscheidet jetz aus heutiger Sicht an Print-Redakteur von am Online-Redakteur? in seiner Arbeit zum Beispü...

T: Naja des san scho sehr unterschiedliche Voraussetzungen, scho allane wenn ma den Arbeitsalltag sich anschaut. A Printredakteur der kümmer sie beispüsweise nur um Wirtschaft, a Onliner muas a Allrounder sei und sie um alle Themen kümmern, des kann schwieriger sein, bedeutet a das er weniger Zeit hat sich mit ana spezifischen Geschichte zu befassen. Abgesehn davon das solche Sachen wie Bilanzen lesen, wie ana aus der Wirtschaft, dass er des ned kann, kann er a ned, er muas a andre Fertigkeiten mitbringen, des is amoi der wesentlichste Punkt. Dann is die Arbeit vom am Online-Redakteur vü technischer, er is jetz scho in a Schichtmodell eingebunden, des im Print abgesehen von Schluss- und Journaldiensten ja in der Form ned gibt. Und äh, er hat a vü mehr technisches Verständnis und technische Arbeiten zu erledigen, damit der Artikel überhaupt online erscheint. Da hat ma mehrere Kanäle, Smartphones, Push-Mitteilungen, etc. solche Sachen fallen beim Printredakteur jetz nu weg in den meisten Fällen, weil des von Online übernommen wird. Und wenn ma beim Arbeitsalltag in die andere Richtung denkt, is da Online Redakteur a nu imma ana der in den seltensten Fällen zu am physischen Ereignis a wirklich rausgeht, oiso Pressekonferenz, Unfall etc. weil er a gar ned die Zeit dazua hat, des is bei am Printredakteur ja ganz anders, grad als Regionalzeitung is es a wichtig einfach, das ma vor Ort is und mir selbst a Bild mach. Des san die gröbsten Unterschiede würd i sagen, im Detail gibts da natürlich nu mehr.

L: Und wie erfolgt diese Zusammenarbeit, du hast ja grad gesagt, der is Generalist der kennt sich jetz in der Wirtschaft ned so aus? Wie erfolgt des dann? Fragt ma da noch bei am Printjournalisten?

T: Des is a grad in der ... in der ...Umstellungsphase, genauso wie des a die Kleine Zeitung scho macht, die sin jo scho im News-Room... äh werden wir des a so machen das quasi die Online-Hoheit bei den Ressorts liegt, jetz ned die Hoheit, über wie schaut die Startseiten aus und so, des bestimmen die Online-Chefs, aber es is der jeweilige Ressortleiter a für den online Auftritt seines Ressorts verantwortlich. Und auch was die Qualität betrifft. Jetzt in der Übergangsphase, is des so ... da teilweise die Ressorts, und da is die Wirtschaft a gutes Beispiel, ähm scho Schulungen hinter sich ham in dem eigenen Online System, oiso da muas ma dazua sagen wir ham zwa Systeme a redaktionelles Print System und a CMS System für online, des wir jetz im nächsten Jahr zu einem System vereinen woin, des wird da wesentlichste Schritt in Richtung News-Room sein. Des wird uns im nächsten Jahr sehr stark beschäftigen, a in der News Room Arbeitsgruppe wie ma da die Abläufe möglichst einfach mochn kann. Äh und ähm des is... des is da wesentlichste Unterschied und jetz nurmoi des Beispiel Wirtschaft, die geschult sind auf des Online System, teilweise Artikel söba gestaltet ham, nach oben gereiht ham, sonst funktioniert des so das der diensthabende Online-Redakteur mit der Wirtschaft Rücksprache hoit, was san die Gschichten, bei welchen Gschichten soll ma uns an APA-Meldungen halten, ham wir eigene Informationen und so weiter. und so wird des koordiniert und die Letztkoordination liegt beim Ressortleiter bzw. bei der Online-Leitung.

L: Ok, und wie wird der News-Room im, Frühjar 2017 hamma gsagt, wie wird der die Qualität der Produkte beeinflussen?

T: Naja es wird die Zusammenarbeit positiv beeinflussen und die Kommunikation zwischen den einzelnen Ressorts, ABteilungen und Arbeitsweisen online und Print beeinflussen.

L: Und des ist a im Produkt erkennbar?

T: Des hoff i ja doch, sonst würd sich die ganze Anstrengung ned auszoin.

L: Und inwiefern?

T: Des kann ma an am sehr pragmatischen Beispü bringa, es is ja so, das ... wie ma a vorher scho besprochen ham, das der Experte auf wöchem Gebiet jetz a imma, den Artikel a für online selbst gestaltet. Der kennt die Hintergründe, der kennt sie wirklich aus und is a für die Veröffentlichung online zuständig. Und umgekehrt is es ned so das es nur den Weg gibt, sondern a umgekehrt, also das Online-Redakteure Print Gschichten schreiben. Und es wird aus äh ... äh Redaktionsmanagement Sicht a wesentliche Effizienzsteigerung bringen, weil ned an gleichen

Gschichten zweimal gearbeitet wird, es wird es wird... die Geschichte zum Teil... unter Anführungszeichen zweit verwertet werden können für Print, also angereichert um die Elemente die Print wieder unterscheiden von Online, da man i jetzt Hintergrund, Kommentar, Analyse.

L: mhm, ok, und wie wird des des Arbeitsumfeld beeinflussen, i man da is a gewisser Lärmpegel bei so vielen Leuten etc. Wie wird sie des auswirken?

T: Naja das a Großraumbüro ned so is wie wenn hundert Leid in am Einzelbüro sitzen des is klar, aber da muas ma die Vor- und Nachteile abwägen und die klaren Vorteile san dabei das i genau diese Reibungsverluste und Effizienzverluste nimma hab. Die Leid ganz pragmatisch nebeneinander sitzen, sie übern Weg laufen und dann äh die Dinge äh schnell passieren, und so wies in anderen Firmen a is die linke Hand ned waß was die Rechte duad. Und dadurch sehr vü ned jetz Fehler, aber sehr vü Optimierungsmöglichkeiten bestehen...des wird sie dadurch verändern... es is a so das bei den meisten News-Rooms die wir uns anschaut ham ned der Lärm des Hauptproblem is, sondern eher die Klimatechnik. Und wir ham da natürlich sehr vü Zeit und Geld investiert, das wir des vermeiden. Wir werden da a neues Konzept machen, des ned ganz so klassisch is mit riesigem News-Room, so wies Daily Mirror hat als Horrorbeispiel mit 600 Leid und vü Krankenstand... sondern wir woin da a bissl an Mittelweg finden und den ham wir in der Arbeitsgruppe erarbeitet, also quasi den Vorteil zu haben von einem zentralen Hub und gleichzeitig aber ned des zerstören, was... immer sehr wichtig ist, das i nämlich in Ruhe arbeiten, schreiben und recherchieren kann und den Spagat woll ma schaffen...

L: mhm, ok! Ja das wars auch schon, Vielen Dank!

T: Bitte gerne!

### **Elisabeth Eidenberger, Online-Redaktion, 3. Dezember 2015**

L: Aus deiner Sicht als Online-Redakteurin: Welchen Qualitäts-Merkmalen sollten deiner Meinung im Online immer Beachtung geschenkt werden?

E: Naja... in Wahrheit den selben wie im Print a, die berühmten W's, das man Genauigkeit hat, wer, was, wie, warum und so weiter... eh die klassischen Dinge, also des muss in jeder Gschichte a drinnen sein, darum kumt ma ned herum und naja... auch Dinge die im Print ned gengan, das ma APA Meldungen abschreibt oder OTS Meldungen.... da gibts a große Verbote (lacht)... na des geht einfach ned... des war offensichtlich früher a ned imma so, aber na... wenn i scho a interessante Pressemeldungen hab, da muas i scho zumindest nurmoi an Anruf gmacht ham, stimmt des a so oder wie war des. Des was da vermutlich a bissl weniger is das ma sie analytisch mit Dingen auseinandersetzt, des is im Print einfach a bissl mehr das ma sie mit Hintergründen auseinandersetzt, is vermutlich aber auch der Aktualität geschuldet. Bei uns ist es einfach wichtiger wir sind schneller und aktueller und haben die Infos. Und was Online hald a einfach a riesen Vorteil is, wenn amal a Fehler passiert, er is hald auch schnell wieder ausgemerzt. Des haßt natürlich ned das ma Fehler machen wü, aber wenn ma zum Beispü bei ana Polizeimeldung a Zahl dazuaschreibt und dann stöht sie über den Tag heraus, dass des anders is, weil die des a einfach selber nu gar ned gwusst ham oder dann kommen Infos dazu, dann kann ma die Meldung a einfach dementsprechend umändern oder weiterentwickelt. Und naja... druckt ist druckt. Und wenn überd Nacht des ned 14 sondern 26 Tote san, dann steht im Print aber immer nu 26... tja... und im Online ist des im Idealfall dann natürlich ned so... da muas ma hald aber dann auch dran bleiben an ana Gschichte...ja da kann ma hald schon viel mochen...

L: Des haßt Aktualität wär jetzt zum Beispiel was was im Online wichtiger ist?

E: Ja des ist mit Sicherheit wichtig... ja..

L: Ok. ahm...

E: Obwoi natürlich grad bei haglichen Themen die Aktualität ned alles schlagt, weil wir natürlich scho a bei Dingen wo wir wissen, ja da reagieren die Leid so.. also zum Beispiel Ausländerthemen, irgendwelche Verbrechen wo was mit Migrationshintergrund steht... also wo ma scho wissen... da reagieren die Leid jetz so drauf... da halten ma uns scho auch zruck und san a sehr vorsichtig mit der Aktualität... es geht ned um jeden Preis.. also da halt ich schon a Info zruck wenn ichs ned ganz sicher weiß und wart lieber nua hoibe oder dreiviertl Stund, wo ich telefonieren kann und des absicher... und haus dann erst aussich... da muas ma hald a a bissl a Gspia haben.

L: Mhm, okay. Ja ich verwend für meine Analyse einen recht ausführlichen Kriterienkatalog... also wennsd da des jetz mal anschaut, da sind sich natürlich viele Faktoren recht nahe, zum Beispü Objektivität und Neutralität, des muss ma hald scho sehr genau definieren. Und viele Dinge werden von einem Berufspraktiker natürlich auch als Selbstverständlichkeit gesehen, also sowas wie journalistische Professionalität zum Beispü... aber des is nur jetz amal für dich, dass

du siehst wie ich des dann machen werd in der Analyse. Oiso wie gsagt des ist ein sehr umfassendes Konzept... Was zum Beispü in der wissenschaftlichen Literatur a erwähnt wird ist beispielsweise Glaubwürdigkeit, des spüt im Internet einfach a andere Rolle.. da kursiert einfach sehr viel... und des is...

E: Ja.. aber i glaub des is genau da Grund warum ma als Zeitung so wichtig ist.. weil wie du sagst, es schwirrt einfach soviel herum und da muas ma glaubwürdig sein... des muas ma transportieren und zweitens des muas ma hald a irgendwie filtern.. ma wü ja ned alles lesen, des interessiert mi ja ois ned. und des is hald auch die Aufgabe des Journalisten, das er ma an Filter gibt und sagt des san die Schwerpunkte und des is im Print ja ned anders und dann gibts die wichtigsten Gschichten und dann die klanen Gschichten rundherum und ja... im Online ham wir des jetz ned so stark.. also die Größenordnung... aber des geht so bissl Hand in Hand, das des unser Rolle als Zeitung is, also glaubwürdig zu sein und dem Menschen was zu bieten wo er a gewisse Einordnung hat. Deshalb san in Wirklichkeit Kommentare und Leitartikel a so wichtig (lacht) also a zu zeigen was haßtn des jetz und wie muas i des einordnen und ned nur die Info an sich. Des transportiern wir ja mit online und Print a und deswegen gibts uns a...hoffentlich nu länger (lacht).

L: Ja jetzt hast du ja scho erwähnt des Print Proukt und des Online Produkt ist ja ned des selbe... is ned ident, jetz wird die Print Zeitung ja auch übertragen auf Online, was sind aber darüber hinaus die Unterschiede?

E: Naja wir ham ja online vü mehr Möglichkeiten...des is ja vü lustiger in Wahrheit online.. im Print schreib i über a Fümprimiere und online kann i einfach den Trailer zagen... oder ja i hab hald a Thema und dann kann i a Bildergalerie mit 75 Fotos dazugeben... im Print bring i aber nur 3 unter. I kann Sachen graphisch aufbereiten die sie bewegen, wo i söba was machen kann, wo sie die Graphen bewegen, weil i was einstellen kann.. und dann hab i zum Beispü a Umfrage und die ist interaktiv und i sofort waß was sagen die anderen Leid ... da gibts dann die Frage... ma was waß i.. wie oft isst du Schokolade und i klick 1 mal am Tag und dann siag i ah sovü Leid essen a amoi am Tag Schokolade. Und ... ahm.. diese Interaktion... also i man diese Postingschreiberei des is jetzt wieder a andere Gschicht aber ois in oim... i hab einfach vü mehr Möglichkeiten ois i im Print mach... i kann Liada dazua doa, die verschiedenste Elemente... des machts a lustig...

L: Äh, und was unterscheidet jetz den Print-Redakteur vom Online-Redakteur?

E: mhmm.. (schnauft) (lacht) mhmm... was unterscheidet erm? Des is a guade Frag... oiso in der journalistischen Kompetenz hoffentlich nix... in der technischen Affinität wahrscheinlich mehr... also da merkt ma jetz so in diesem ganzen Integrationsprozess das ma da scho a manchmal an seine Grenzen stoßt, weil Leid... und Journalisten san hald Gewohnheitstiere... und wann i seit 20 Jahre Printjournalist bin dua i ma hoid hort in manchen Dingen.. und wenn i a junger Journalist bin dann dua i ma da hald keichter und dann bin i wahrscheinlich a gar ned sovü anders wie Online Journalist, da hab i vielleicht a die Affinität zur Technik wie jeder andere... oder ja san ned vü anders und ja... i glaub online muas ma hoid a a bissl flinger sein ... und ja... hmmm. was san sonst die Unterschiede...ja dieses Allrounder sein is scho a nochmal a Punkt... das ma hald scho an großen Überblick haben muas, nämlich ned nur darüber was jetz passiert, sondern a darüber was scho war und ned nur hamma die Gschicht scho amoi ghabt, sondern a war da ned amal a Büdergalerie oder war da ned amal a Umfrage dazua... also es san einfach mehr Bausteine glaub i, auf die ma Acht geben muas... jo..dieses vernetzte Denken vielleicht..(grinst)

L: Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Online und Print?

E: Jo imma mehr und immer besser ... zum Glück (Lacht)

L: Ok, gibts da jetz Vorreiter, i glaub es is ja sehr unterschiedlich, manche san a bissl fixer was ich jetz so mitbekommen hab, bei manchen nu eher schwieriger....

E: Jo genau, so ungefähr.... also es is sehr unterschiedlich, is jetz ned eher abhängig vom Ressort, sondern mehr vom Mensch. Es gibt Leit die mittlerweile den Kontakt sehr intensiv zu uns suachen, die aber eigentlich damit ned viel zu tun haben wollen. Also die sich jetz des System anschauen und selber den Text online stellen wollen, sondern sie schicken uns dann a Email und sagen jo schauts, da is da Text, des is des Bild dazua... bitte machts des.. aber die intensiv des machen und dann a anrufen und sagen, ja he i hätt da nu was oder bringen ma des nu irgendwo unter... des is die ane Schiene, die des mit da Technik eigentlich ned so woin und die andere is hald dann die sagen ja i kenn des System und i hab des scho moi glernt, i mach des scho... und zack zack zack und is erledigt, da gibts im Sport einige und a ab und an in da Wirtschaft wen. Und a paar vereinzelte, die a im Trainee Programm moi online waren und sie auskennen... und dann gibts a die andere Seiten, die machen des hald ned. Und des is ned amal boswillig oder aus Abwehr sagi jetz amal ...so aber wir san hald Gewohnheitstiere... und ja... i kenn des ja von mir

selber a... ma is da so in ana Routine... es redt sie recht leicht, dass i da jetz bei da Pressekonferenz sitz und mei Handy aussadua und a Video mach. Da sitz du hoid da und schreibst mit, da denkst du ned an des. Und des braucht hald a Zeidl, des kann ned von an Tag auf den andern passiern... das is des so mitdenk. Und des müss ma hald predigen und immer mehr und des funktioniert a immer besser. Wir ham zum Beispiel LiveTicker die wir immer wieder machen, des funktioniert zum Teil immer besser, so wie zum beispiel beim Bawag Prozess aus Wien die tickert...des is a Print-Redakteurin und die tickert... und des is des beste was uns passieren kann. I man die sitz da drinnen und ist nach 10 Stunden in dem Gerichtssaal fertig (lacht) aber in Wirklichkeit is es a lustig und macht an Spaß und i glaubd es merken die hoid a... und naja online seng die hoid a das des glesn wird, im Print denk i ma ma des is a supa Gschicht, aber wissen dua is ned. Und im online siag i ganz genau wüvü Leid ham da draufklickt.

L: Is des a so a bissl a Asset für die Printler, also das sie hald sofort Feedback dazu ham, was sie schreiben?

E: Es gibt sicher wöche die des ned interessiert, aber es gibt mittlerweile scho einige die sie matchen ...

L: ja wirklich? (grinst)

E: jaja sicher, die sagen ma ja aber mei Gschicht is besser grennt, oder hald so na heid bringen wieder an Hit zam, so in die Richtung. I man es gibt natürlich immer Sachen die online einfach super gengan. Wenn da steht Sex, Porno, ermodert und Blutlache da klickt ma einfach drauf... und des is ja nedamal verwerflich, aber des is ja klar da sitz ich da und denk ma um Gottes Wün was isn da passiert ja... Und natürlich gibts da Sachen ,da was ma des interessiert die Leid und vor allem a junge Leid die ja vü online lesen. Aber ja da gibts durchaus Matches und die Leid daugt des a wens merken, he des is wahnsinn.. und oft so im Print na des mach ma klana und am nächsten Tag im online is des aber die Gschicht die am meisten gangen is, wo ma dann a sagt uh naja vielleicht hamma des a bissl falsch bewertet, oiso es san a die Rückschlüsse die ma da draus ziagn kann...oiso des is hoid dann a scho recht witzig und spannend was ma da so erfahrt

L: Jetz sin des eine Online mehr die Generalisten, die in am Schichtmodell arbeiten, wo natürlich 7 Tage die Woche wer da sein müssen, des andere san die Spezialisten und befüllen des Print-Modell. Da gibts sicher Unterschiede in Arbeitsverträgen und sonstigen Dingen. Gibts da a a bissl a Konfliktpotential oder a so a Art Konkurrenz, wo ma einfach sagt ok, des machts ned so einfach manchmal?

E: Es gibt sicher Konfliktpotential, weil des historisch einfach so gwachsen ist. Weil es war nu vor einigen Jahren so das online und Print komplett getrennt war. Und des Online Schichtmodell hat einfach nur den Sinn ghabt, dass ma den Tag so abdeckt, dass des aktuell ist. Und damals war der Sinn der Sache APA eini kopieren, hauptsache es duad sie was auf der Seiten.... jetz a bissl überspitzt formuliert, bissl provokant aber so ungefähr wars... und eben komplette Trennung. Und naja wenn i jetz wen brauch der APA's kopiert, und die Sachen macht, dann san des andere Leid, also i brauch an Journalisten der was recherchiert. und so is des hald gwachsen, und deswegen waren des hald oft Studenten, die des gmacht ham, oder a Teilzeit Leid, jetz werdens gott sei Dank immer weniger, aber dennoch. Und die a oft Potential ghabt hätten, aber wo des... einfach keine Anforderung war. Und dann waren die im Schichtmodell, also Dienst bis 15 Uhr zum Beispiel, so diese Schiene und dann gibts die Print-Schiene und wenn die Zeitung fertig ist, dann is es fertig. Und wenn des erst um 9 is, dann geh i heid erst um 9. Und da prallen einfach zwei verschiedene Welten aufeinander und a einfach a anderes Verständnis für die Arbeitszeit. Und ... naja wie gsagt..es wird immer besser und des Verständnis wird a immer besser, aber es dauert hald a Zeidl und jetz mach i des seit 2 einhalb Jahr und es hat sie viel dan aber am Ende sin ma immer nu ned. Aber es war von beiden Seiten a gegenseitiges Misstrauen... i man guad was heißt Misstrauen, die einen ham gsagt ja des san die Studenten, die eh nix kinan und die ham gsagt ja die trauen uns eh nix zua, die wissen ja eh ois besser. und so san ma hoid amoi hinkommen und ja... dann muas ma hald amal so sagen ja NOT... so machen mas einach nimma und da muas ma viel reden und schauen...verschiedenste Sachen machen, also zum Beispiel da Print-Schlussdienst soll sie an den News Desk zu den Onliner setzen, dass die gemeinsam Schlussdienst machen und ja... dann kommt ma vielleicht auch amal ins plaudern und siagt aha...was macht der eigentlich den ganzen Tag...und dann kommen die Printler drauf ah der is ned nur zum Däumchen drehen da, sondern der duad a was.. und ja.. es wird... es wird (lacht).

L: ok, ähm, glaubst du oder gibt es aus deiner Sicht einen Qualitäts-Unterschied beim Online- und beim Print-Produkt?

E: (Pause) (seufzt) Es gibt wahrscheinlich scho an Qualitätsunterschied, weil... weil..und es wird

wahrscheinlich in nächster Zeit nu mehr in die Richtung gehn, das Print immer mehr Analyse und Hintergründe liefern muss, und die Fakten eher des san was i tagsüber online schon behandelt... weil i irgendwo des Printprodukt irgendwo, irgendwann amal rechtfertigen und wann i eh scho ois erfahren hab was im Print steht, weil is online scho irgendwo glesn hab dann führ i des Print-Produkt ad absurdum. Des haßt i muas irgendwo schau, Print muas irgendwo nu mehr in die Tiefe gehen vielleicht und Überblicke liefern und so weiter. Und Online lebt auch durch die Schnelligkeit, was jetz ... ned... qualitativ unbedingt schlecht ist, aber es sicher ned so in die Tiefe wie wahrscheinlich der Print-Journalismus geht... würd i jetz amal sagen...

L: Mhm, Und ihr habts ja a große Veränderung vor euch.. also du hast ja grad gsagt ihr habts scho einiges hinter euch, aber der Weg is noch weit... Wenn jetz schon 2017 wäre und ihr würdet schon im neuen News-Room und das ist jetz zwar alles schön .... hoffentlich... aber doch alles auch anders. Ahm, was glaubst du wie das die Qualität beeinflusst? Also von der Tageszeitung und vom Online-Produkt?

E: Pah des is a guade Frag, oiso was du natürlich durch den neuen offenen News-Room hast is, du hast vü mehr Kontakt und Austausch. Und da kann ma sehr vü mehr von einander lernen, wenn ma näher sitzt und ma kürzere Wege hat und wenn ma... wenn ma... diese Türen und Barrieren abbaut, weil da geht ma scho schneller amal ummi und fragt nach oder ... oiso da wird sicher vü mehr Wissensaustausch passieren. Ahm es wird ... nachdem das Ziel die integrierte Redaktion ist... da wird ganz vü Austausch sein... ganz vü übergreifende Sachen sein und und da wird ma da wird ma online von dem her auch sicher pushen, also von hochwertigen Inhalten nämlich originären Inhalten a, und mehr exklusiven Inhalten, also da wird sich sicher nu was duan.

L: mhm Ok, ahm und wie wird der News-Room des Arbeitsumfeld beeinflussen? I man des is a großer Raum, da sitzn wasß ned wüvü Leid da drinnen, da is es laut, die Luft is a so a Sache.

E: Na... des derf ma überhaupt ned laut sagen (lacht). Na des is natürlich a riesen Thema... und und es wurde ja viele News-Rooms angeschaut und aus den negativen Beispielen wollen wir natürlich lernen. So wie wir des jetz a umsetzen soll des ja auch schon gemachte Fehler vermeiden, von da Belüftung und Lärmschutz was weiß ich, und Pflanzen weiß da Kuckuck was, es is von dem her sehr viel richtiger gemacht, als a Standard a APA, alle die da hald einer von den ersten waren die da dabei waren und da jetz a irgendwie bissl leiden drunter. Ahm hamma ganz vü Fehler nimma gmacht, da kann ma vü draus lernen einfach, i glaub a gar ned das diese Vorstellungen so wüd san im Endeffekt, weil News-Room da denkt ma so an des amerikanische des ma im Kopf hat, und so wie unsere Pläne vom News-Room ausschaun also unsere Visualisierungen, glaub ich das das sehr cool wird ... sehr sehr sehr cool sogar (lacht)

L: mhm okay... jetz bist du a sehr schnelle Person und lebst dieses Online und innovative total und i siag des leuchten in deinen Augen wenn du des alles erzählst (lacht) ahm aber wie glaubst du ... wie ist die Allgemein Stimmung in der Belegschaft dazu?

E: naja natürlich sind die Leid skeptisch, aber es is ja klar, jeder der sein Umfeld gwohnt is, is skeptisch weils anders is. aber i sag immer es gibt bei dem Gebäude a soviele Sachen die ned passen, aber es sagt keiner was, wir sin hald dran gwohnt, dass die Luft schlecht ist und es einaziagt im Winter. Aber die Sachen gibts dann alle nimma, und natürlich macht ma sie Gedanken und wenn ma hert das die Tiroler Kollegen zum Recherchieren ins Kaffeehaus gengan weils da drin nimma geht. und dann ja scheisse, natürlich is da a Grundskepsis da und des Konzept des News-Room ist dann alles anders. Aber ma muas hald auch sagen wir im Online jetz, sin ja mehr oder minder der improvisierte News-Room da drinnen und ma muas hald wirklich sagen, wenn wir alle einzelne Büros hätten, du kintst uns zuasperren. Des würd ned gehn! Oiso diese kurzen Wege, auf Zuruf Sachen machen können, des machts soviel einfacher und schneller und effizienter, natürlich brauch ich a die Ruhe zum schreiben auf da andern Seiten, aber nur weil... es is ja ned den ganzen Tag Halli Galli, ganz im Gegenteil bei uns glauben die Leid immer es is so laut, i waß ned wieso, es is ned immer laut...

L: (lacht) Na ganz im Gegenteil i hab grad eher des Gefühl ghabt es is sehr ruhig bei euch...

E: (lacht) ja total, es is lauter wenn ich in der Wirtschaft neben der Susi sitz... (lacht) na des war jetz blöd aber des sin hald einfach die Leid, es gibt Leid die her i a über drei Büros nu telefonieren. Und.. äh... i glaub das es cooler wird als die meisten sie jetz denken. Es is ned ganz so offen wie sie viele des jetz vorstöhn, es san vü Trennelemente, wo i mi jetz ned so beobachtet fühl, des is ja a so a Thema... und hab bereiche wo i mi bissl zruckziagn kann und telefoniern kann. aber wir werden a sicher Fehler machen und es wird a sicher Sachen geben die ma im Nachhinein nu ändern miasn vielleicht aber vom Grundlegenden her is es sehr durchdacht... wir ham an guaden Innenarchitekten.. Und ja ich glaub es war ja eher so die Befürchtung, so ja da Chefredakteur wü des jetz wird des hald so. aber es is tatsächlich sehr durchdacht ... oiso mir

gfoits...

L: ja also davon was i jetz gher hab, klingen zumindest die Pläne sehr plausibel und a so das ihr jetz einfach profitiert davon, dass ihr a bissl später dran seits...

E: ja wir sin absolut spät dran, hundertprozentig sicher...oiso da samma ganz sicher gut beraten, des war sicher gscheid dass ma sie die andan angeschaut hat und wies ned so geht... aber die leid die da mitarbeiten i man denen is des ja a wichtig, i man die wollen ja a kan scheiss Arbeitsplatz ham, i man des is ja logisch, ma wü ja die Leid a nix schlechtes, des is hald a Irrglaube und ja.. i man natürlich hat da Chefredakteur sei eigenes Büro aber ja... aber irgendwie hat ma den Eindruck ghabt maa ja da werden ma kontrolliert und unbequem und so.. aber des wü ja kana das des scheisse wird... und des Konzept so wies jetz is is sehr zukunftsträchtig glaub i, weil ja ma kann des online nimma verleugnen, des wird mehr werden und nu vü intensiver werden, da wirts vielleicht a Print-Produkt nu lang lang geben, aber es wird sie vü verlagern und dann san die kurzen Wege sehr sehr wichtig und des soit ma ned unterschätzen.

L: jaja absolut!

E: ja i man wir feiern zwar 20 Jahre nachrichten.at heuer, wir ham zwar recht boid anfangen, aber a sehr sehr schnell nachlassen, da war hald amal a Zeit nach 2000 wies in Amerika alles zrisen hat was mit Internet zu tun ghabt hat, da hat ma hald bei uns a ned unbedingt Göd gmacht mit online und ma sieht ja a heute i man da Standard is zwar von den Zugriffen her super, aber finanziell... naja... duad des hald weh... und da hamma hald a vü Geld ned verbrannt.. aber die Intensität die andere ghabt ham in den letzten Jahren... die ham hald wir jetz und müssen aufholen, aber im Moment sind ma guter Dinge und machen gute große Schritte!

L: Ja, scheint so! (lacht)... das wars auch schon wieder! Vielen Dank für die Zeit!

## Codewortbaum

▼ Codesystem	193
▼ Online	0
Qualitätsfaktoren im Online	5
Qualitätsfaktoren wichtiger im Online	3
Online Qualität	0
Vorteile im Online	12
Nachteile/Gefahren im Online	2
▼ Print	0
Qualitätsfaktoren im Print	13
Qualitätsfaktoren wichtiger im Print	2
Print Qualität	3
▼ News-Room	0
Maßnahmen um Veränderung voranzutreiben	5
nötige Veränderungen und Zukunft	13
Einfluss auf das Arbeitsumfeld	11
Einfluss auf die Zusammenarbeit	7
Einfluss auf die Qualität	6
Zukunft der OÖN	25
▼ Unterschiede	0
Unterschiede/Spezifität im Regionalressort	7
Unterschiede/Spezifität im Politikressort	5
Unterschiede/Spezifität im Wirtschaftsressort	5
keine Unterschied Bedeutung der Qualitäts...	2
Print-Redakteur vs. Online-Redakteur	11
Print mehr Qualität	5
gleiche Qualität	7
Anspruch an das Produkt	4
Zusammenarbeit Online&Print	20
Online-Redaktion: historische Veränderungen	8
Aufgaben des Journalismus	4
Facts zu News-Room	7
Facts zu Online Redaktion	1

## Kriterienkatalog

1	Glaubwürdigkeit	Angabe, Nennung und Qualität der Quelle - jeder nicht zutreffende Aspekt 1 Punkt Verlust	3
1	Relevanz	Ebene (Mikro-, Meso-, Makroebene) einerseits Quantitativ (Zahl der Betroffenen, Eintrittswahrscheinlichkeit) andererseits Qualitativ (Wirkungsintensität, Nähe (räumlich, ethnisch, emotional), Freiwilligkeit, Zentralität berührter Werte), Vollständigkeit (5 W's) - jeder nicht zutreffende Aspekt 1 Punkt Verlust	3
1	Professionalität	Kritik und Kontrolle innerhalb der Berichterstattung (Hintergründe von aktuellen Ereignissen ausgeleuchtet werden, wenn die Journalistin bzw. der Journalist Fakten interpretiert und kommentiert)	3
2	Aktualität	Aktualität (nicht älter als zwei Tage), Gegenwartsbezug, Zukunftsbezug	2
2	Unabhängigkeit	Trennung von Nachricht und Werbung, Kennzeichnung	2
2	Wahrhaftigkeit/Richtigkeit	Grammatik-, Rechtschreib-, Syntax- und Tippfehler (bei Fehler, Punkteverlust)	2
2	Objektivität	wertende Bemerkungen: Propositionen (positive oder negative Modifikation von Argumenten) und Verb (positive oder negative Handlung) Ausnahme: direkte Aussage einer Quelle - Trennung von Nachricht und Meinung	2
2	Ausgewogenheit	gleiches Verhältnis Pro und Contra darstellen bei Kontroverse (zB zwei zentrale politische Richtungen oder Arbeitnehmer und -geber bei Tarifkonflikt)	2
2	Neutralität	Bebilderung, relative Prominenz der Platzierung des Artikels, Schlagzeile gelegt und auf wertende Aspekte untersucht	2
2	Verständlichkeit	inhaltlich (Hintergrundinformationen bzw. nötige Vorkenntnisse gegeben) sprachlich (geringe Komplexität bei der Wortwahl, die Länge und Verschachtelung von Sätzen, Aktiv-Konstruktion bei Verbformen)	2
3	Achtung der Persönlichkeit	MedienG, Abschnitt 3, §6 und §7 - üble Nachrede, Beschimpfung, Verspottung, Verleumdung, Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches, Schutz vor Bekanntgabe der Identität in besonderen Fällen, Schutz der Unschuldsvermutung, sowie vor verbotener Veröffentlichung	1
<b>Summe</b>			<b>24</b>

## Texte der Online-Artikel

**Online - Sonntag, 13. Dezember 2015**

### Politik

#### **Frankreich: Anspannung vor Entscheidungswahl**

*PARIS. Die FN-Vorsitzende Marine Le Pen tritt in der nordfranzösischen Region Nord-Pas-de-Calais-Picardie als Spitzenkandidatin ihrer Partei an.*

In der ersten Runde vor einer Woche kam sie auf knapp 41 Prozent und landete damit weit vor ihren Konkurrenten auf dem ersten Platz. Allerdings zogen die Sozialisten ihre Liste für den zweiten Wahlgang zurück, um einen FN-Sieg zu verhindern, und riefen ihre Wähler auf, den konservativen Kandidaten Xavier Bertrand zu wählen. Umfragen zufolge könnte dieser sich nun in der Stichwahl gegen Le Pen durchsetzen.

Paris. Ähnliches spielte sich in der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Cote d'Azur ab, wo Le Pens 26-jährige Nichte Marion Marechal-Le Pen ebenfalls mit knapp 41 Prozent weit vorne landete. Weil sich die Sozialisten auch hier zurückzogen, könnte der konservative Bürgermeister von Nizza, Christian Estrosi, Marechal-Le Pen Umfragen zufolge knapp schlagen.

Meinungsforscher gehen trotzdem davon aus, dass die Front National mindestens eine Region gewinnen wird. Chancen hat sie etwa in der ostfranzösischen Grenzregion Elsass-Champagne-Ardenne-Lothringen, in welcher der FN-Vize Florian Philippot als Spitzenkandidat antritt. Ein FN-Sieg ist auch in der Region Burgund-Franche-Comte möglich.

Das konservativ-bürgerliche Lager könnte Meinungsforschern zufolge zwischen fünf und sieben Regionen gewinnen. Die Sozialisten könnten bis zu fünf Regionen gewinnen. Für die Regierungspartei, die im ersten Wahlgang landesweit hochgerechnet nur auf 23,1 Prozent gekommen war und in drei Regionen vorne lag, wäre das verglichen mit den schlechten Prognosen ein Erfolg.

#### **Saudi-Arabien: Erstmals Frau in Gemeinderat**

*RIAD. Bei der ersten für Frauen geöffneten Wahl in Saudi-Arabien ist eine Kandidatin in einen Gemeinderat gewählt worden.*

Salma bint Hisab al-Otaibi sei in Madrasah am Rande der heiligen islamischen Stadt Mekka zur Gemeinderätin gewählt worden, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur SPA am Sonntag unter Berufung auf die ersten Ergebnisse.

Die Kommunalwahl am Samstag war die erste Abstimmung in dem ultrakonservativen Königreich, in dem Frauen wählen und kandidieren durften. Saudi-Arabien war der letzte Staat der Welt, der Männern das Wahlrecht vorbehielt.

Frauen unterliegen in dem Königreich, in dem eine besonders strenge Auslegung des islamischen Gesetzes der Scharia gilt, zahlreichen Einschränkungen. So dürfen sie nicht Autofahren und ohne die Einwilligung eines männlichen Verwandten auch nicht arbeiten, reisen oder heiraten. Die Gemeinderäte sind das einzige Gremium in der absoluten Monarchie, das vom Volk gewählt wird.

#### **Heikle Abstimmung über neues griechisches Reformpaket**

*ATHEN. Das Athener Parlament steht vor der Abstimmung über ein weiteres Reformpaket. Die Spannung steigt, denn die Regierungsparteien verfügen gemeinsam nur über eine Mehrheit von drei Stimmen.*

Wieder entscheidet das griechische Parlament über ein Reformpaket und wieder steigt die Spannung, ob die Regierung von Alexis Tsipras damit durchkommt.

"Über dem Regierungssitz schwebt die Angst vor dem Mehrheitsverlust", schreibt die griechische Sonntagszeitung "To Proto Thema" mit Blick auf die Regierungsmehrheit von lediglich drei Sitzen. Die Parlamentarier müssen das Paket spätestens bis zum kommenden Freitag bewilligen, um mit einer weiteren Hilfsmilliarde der EU-Partner rechnen zu können.

Die Reformliste, auf die Athen sich am Freitagabend mit Vertretern der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) verständigt hat, umfasst 13 innenpolitisch zum Teil höchst umstrittene Punkte. Dazu gehört unter anderem die Organisation des Privatisierungsfonds, der griechische Staatsfirmen verkaufen soll. Athen hatte sich stets geweigert, die Leitung des Fonds aus der Hand zu geben. Der griechischen Nachrichtenagentur

Ana zufolge ist nun vorgesehen, dass zu den Verwaltern des Fonds drei griechische Regierungsvertreter zählen.

Ein weiterer umstrittener Punkt ist der Umgang mit sogenannten faulen Krediten, die sich bei griechischen Banken angesammelt haben. Hier sieht das Reformpaket vor, dass diese Kredite ab 1. Jänner an ausländische Fonds verkauft werden dürfen. Vor allem in den Reihen linker Politiker wird befürchtet, dass private Schuldner mit ihrer Wohnung für ihre unbezahlten Kredite haften müssen und dadurch das Dach über dem Kopf verlieren könnten. Die aktuelle Vereinbarung sieht jedoch vorerst nur den Verkauf fauler Kredite von größeren Unternehmen in Höhe von rund 56 Milliarden Euro vor.

### **Krise der oberösterreichischen SP beunruhigt die Bundespartei**

*Heute trifft sich der Vorstand der Landes-SP zur Klausur in Linz, um den Parteitag im Jänner vorzubereiten.*

Heute trifft sich der Landespartei Vorstand der oberösterreichischen SP im Linzer Hotel Park Inn zur Klausur. Im Mittelpunkt steht die Vorbereitung auf den Parteitag am 15. und 16. Jänner 2016 im Design Center in Linz. "Wir wollen das, was wir bis jetzt in unserem Neustart-Projekt entwickelt haben, diskutieren", sagt SPÖ-Landesgeschäftsführer Peter Binder. Inhaltliche Fragen sollen den Ablauf dominieren und nicht die Debatte, wie es künftig personell in der Landes-SP weitergeht. Derzeit geht man davon aus, dass Sozial-Landesrat Reinhold Entholzer im Jänner trotz des Wahldebakels nochmals an der Spitze der Partei bestätigt wird – mangels überzeugender Alternativen. Allerdings hat sich die Einschätzung verfestigt, dass diese Übergangsphase nicht zu lange dauern dürfe.

Denn längst blickt auch die Bundes-SP mit erheblicher Sorge auf die oberösterreichischen Sozialdemokraten. Wenn man bei der Nationalratswahl Platz eins verteidigen will, ist Oberösterreich ein Schlüsselbundesland. "Wenn die Landes-SP hier nicht kampagnenfähig ist, dann haben wir ein gravierendes Problem – und derzeit ist sie weit davon entfernt, für einen Wahlkampf gerüstet zu sein", heißt es in der Bundes-SP.

Im Klartext: Die Bundespartei erhofft sich, dass die Restrukturierung der Landespartei einschließlich Neubesetzung der Parteiführung deutlich vor der Nationalratswahl 2018 abgeschlossen ist. Doch wie erwähnt: Offiziell wird das heute bei der Klausur kein Thema sein. Dafür spricht auch, dass mit dem Linzer Bürgermeister Klaus Luger der gewichtigste SPÖ-Grande Oberösterreichs nicht teilnehmen wird. Die Linzer SP trifft sich nämlich gleichzeitig ebenfalls zu einer Klausur, um sich auf die Budgetdebatte im Gemeinderat kommende Woche vorzubereiten. Wenn schon nicht an der Parteispitze, so soll es doch an anderen strategisch wichtigen Stellen in der Landes-SP zu Änderungen kommen. Künftig soll es mit Peter Binder nur noch einen Geschäftsführer geben. Co-Geschäftsführer Roland Schwandner könnte Gerüchten zufolge in die SPÖ-Privatstiftung L36 wechseln und dort Ende 2016 Ex-Stadtrat Johann Mayr als Geschäftsführer nachfolgen. Mayr, für den nach dem Linzer Swap-Desaster die Geschäftsführer-Position in der Stiftung geschaffen wurde, kann mit November in die Korridor pension gehen.

Doch gegen Schwandners Wechsel in die Stiftung regt sich Widerstand: Führende SPÖ-Politiker wollen die L36 gänzlich neu aufstellen und den Geschäftsführer-Posten wieder streichen. Dieser sei Luxus, heißt es. Auch mit Josef Ackerl, derzeit Vorsitzender im Stiftungsvorstand, soll über einen Rückzug von dieser Position gesprochen werden. Gelegenheit dazu gibt es am Montag. Da wird Ackerl im Parteipräsidium über "Aktuelles aus der Stiftung" berichten.

## **Wirtschaft**

### **Plagiate verursachen Milliardenschäden**

*FRANKFURT. Produktfälschungen und Markenpiraterie verursachen Milliardenschäden bei deutschen Unternehmen.*

Die Unternehmensberatung EY schätzt die Einbußen, die der deutschen Wirtschaft durch Umsatzverluste, Imageschäden und Aufwendung für die Fälschungsbekämpfung entstehen, in einer am Sonntag veröffentlichten Studie auf rund 56 Milliarden Euro jährlich. Dennoch sei der Kauf von Plagiaten für viele Verbraucher nach wie vor ein Kavaliärsdelikt, heißt es in der Untersuchung.

"Die Marke "Made in Germany" genießt weltweit Vertrauen und Anerkennung. Umso mehr kann sie durch Plagiate Schaden nehmen", warnte EY-Partner Stefan Heißner. Schaden entstehe nicht nur

durch den entgangenen Umsatz, sondern auch durch den Reputationsverlust, wenn eine Marke durch minderwertige Plagiate beschädigt werde.

Gefälscht wird fast alles: Gebrauchsgüter wie Taschen, Schuhe oder Uhren, aber auch Maschinen, Medikamente, Autoteile oder sogar ganze Fahrzeuge. Der Studie zufolge werden die Fälscher immer schneller. Rund 60 Prozent der befragten Unternehmen sehe sich bereits innerhalb des ersten Jahres nach Einführung eines neuen Produktes mit Nachahmungen konfrontiert, fast jedes zehnte Unternehmen sogar bereits innerhalb des ersten Monats.

Der Löwenanteil der Produktfälschungen stammt nach Einschätzung der befragten Unternehmen aus China. Doch kämen Plagiate auch aus anderen Ländern Südostasiens und aus Osteuropa. Fälschungen aus Deutschland spielen dagegen der Studie zufolge eine untergeordnete Rolle. Besonders häufig schlagen Produkt- und Markenpiraten nach Angaben der befragten Unternehmen in der Automobilwirtschaft, im Maschinen- und Anlagenbau und bei Konsumgütern zu. Rund 48 Prozent der Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau und 42 Prozent der Hersteller in der Konsumgüterindustrie hätten in den vergangenen zwei Jahre unter Verletzungen ihres geistigen Eigentums zu leiden gehabt.

Hersteller von Fälschungen hätten keinen Ruf zu verlieren, heißt es in der Studie. Sie wollten schnell maximalen Gewinn erreichen, auch auf Kosten der Gesundheit ihrer Mitarbeiter und der Umwelt. Bei vielen Verbrauchern fehle es im Umgang mit Plagiaten dennoch an Unrechtsbewusstsein. Fast jeder zweite befragte Verbraucher räumte bei einer Umfrage von EY ein, er habe schon ein Plagiat erworben oder könne es sich zumindest vorstellen, ein nachgemachtes Produkt zu kaufen. Der überwiegende Teil der Fälschungen wird demnach von den Verbrauchern bewusst gekauft. Ausschlaggebend sei für die allermeisten der niedrigere Preis der Imitate. Für die Studie hatte EY (Ernst & Young) insgesamt 550 Unternehmen und 1.000 Verbraucher in Deutschland befragt.

### **3. Einkaufssamstag - Trübes Wetter hielt Kundenfrequenz im Zaum**

*LINZ. Das trübe Wetter hat am dritten Einkaufssamstag im Advent in Oberösterreich offenbar einige Kundschaft abgeschreckt.*

Der Handel verzeichnete großteils spürbar weniger Frequenz. Umso kauflustiger waren jene, die ins Geschäft kamen. Christian Kutsam, Obmann der Sparte Handel in der Wirtschaftskammer Oberösterreich, sprach trotz mangelnden Besucheransturms von "zufriedenstellenden Umsätzen". "Es wurde weniger geschaut und gustiert sondern mehr gekauft", sagte Kutsam. In seinem Textilhandel in Bad Hall, Kirchdorf, Schwertberg, Sierning und St. Valentin herrschte "überall eine gute Stimmung". "Wir liegen in allen Bereichen über den Vergleichszahlen des Vorjahres", so Kutsam.

Ein Resümee, das sich mit jenem von Monika Sandberger, Centerleiterin des Passage-Centers Linz, deckte: "Zwar sind heute die Frequenzen nicht so herausragend wie an den beiden ersten Wochenenden, es wird aber schon viel gekauft." Vor allem Mode und Elektronik wäre stark gefragt. In der Linzer PlusCity sprach Direktor Ernst Kirchmayr dagegen von einem "bisherigen Höhepunkt im heurigen Weihnachtsgeschäft". Die Parkhäuser der Plus-City und der Lentia-City in Urfahr waren schon am frühen Vormittag gut ausgelastet. Dort ging der Kauf-Trend scheinbar zu Parfums, Spielzeug und Schmuck.

Alfred Pech vom Stadtmarketing Steyr zeigte sich ebenfalls zufrieden: "Zwar ist das Wetter nicht so toll, ein großes Kinderevent am Stadtplatz bringt aber eine sehr gute Frequenz." In Steyr hatten es die Kauflustigen diesmal besonders auf Schuhe abgesehen. Erstmals werde hier von guten Umsätzen berichtet, hieß es.

In Wels erhoffte sich Peter Jungreithmair vom Stadtmarketing mehr Kaufwütige am Nachmittag. Das schlechte Wetter ließ vormittags die Geschäfte in der Stadt zunächst eher leer stehen. Im Salzkammergut herrschte Zuversicht, wie Georg Friedrichsberg von Foto/Optik Moser in Gmunden betonte: "Heute Vormittag war es etwas ruhiger. Wir liegen aber noch voll im Plan."

Josef Pretzl, Geschäftsführer von Thalia Österreich, sieht einen weihnachtlichen Kauftrend hin zu Lesestoff: "Generell ist zu bemerken, dass Bücher heuer mehr gefragt sind als in den vergangenen Jahren."

### **THI: Anzeige gegen Vorstandschef**

*Aktionärsgruppen kämpfen gegeneinander um Wert der Plantagen und Einfluss auf diese.*

Kurz vor der anstehenden Versteigerung der insolventen Teak Holz International (THI) wird scharf

geschossen. Langjährige Kleinaktionäre der Gesellschaft haben am 11. November 2015 in Costa Rica eine Strafanzeige gegen den aktuellen Vorstandschef der Firma, Franz Fraundorfer, eingebracht. Diese liegt den OÖNachrichten in einer beglaubigten Übersetzung vor.

Wie berichtet, gibt es rund um die Teakholz-Plantagen der Linzer Gesellschaft einen heftigen Konflikt einer Gruppe, die sich einst um die Gründungsaktionäre Klaus Hennerbichler und Erwin Hörmann geschart hat und den jetzigen Mehrheitsaktionär Marcello Comoli. Comoli hält inzwischen fast 30 Prozent der THI-Aktien.

Vorstand Fraundorfer – der dem Lager von Comoli zugerechnet wird – machte vor einem Jahr öffentlich, dass von den angenommenen 1,3 Millionen Bäumen angeblich nur 600.000 stehen. Im Mai hat der Manager seinerseits angebliche Ungereimtheiten vergangener Jahre bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Die biologischen Vermögenswerte seien viel höher dargestellt als realistisch.

Daraufhin verfiel der Aktienkurs der ohnehin strauchelnden Gesellschaft noch weiter, bis über sie am 9. September ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung eröffnet wurde.

Kommenden Montag um elf Uhr sollen in der Kanzlei des Masseverwalters Gerhard Rothner, bei Wildmoser/Koch & Partner in Linz, sieben Plantagen in dem mittelamerikanischen Land verkauft werden. Nach Ansicht von Insidern sei es zu früh, die Versteigerung durchzuführen, weil die Rolle von Fraundorfer zu hinterfragen sei.

Die elf in der Anzeige genannten Aktionäre stammen aus Linz und Umgebung und sind überzeugt, dass sie billig um die in Costa Rica vorhandenen Vermögenswerte gebracht werden sollen. Die THI sei absichtlich schlechter dargestellt worden, als sie sei.

Sie wollen beweisen können, dass der Vorstand den Baumbestand fälschlicherweise nach unten lizitiert hat. Unterstellt wird, dass die angeblich nicht mehr vorhandenen Bäume an der THI vorbei verwertet werden sollen. Sie werfen ihm in ihrer Anzeige vor, betrügerisch oder fahrlässig zu handeln und Holz sowie Mittel der Gesellschaft unterschlagen zu haben. Auch Geldverschiebungen im Ausmaß von 18,775 Millionen Dollar seien zu überprüfen.

Sie berufen sich in ihrer Anzeige vor allem auf einen namentlich genannten, ursprünglich aus Polen stammenden Notar, der 15 Jahre für die THI-Gesellschaften in Costa Rica tätig gewesen sei. Fraundorfer habe zugunsten der Venus Capitals Grundstücke verpfändet. Diese Gesellschaft wird von den Altaktionären wiederum als ein Finanzierungsvehikel von Comoli bewertet. Im Insolvenzverfahren sind einige Pfandrechtsangelegenheiten strittig, geht aus veröffentlichten Angaben des Masseverwalters hervor.

Den Fortbetrieb habe eine Interessentengruppe finanziert, die nun auch den Zuschlag bekommen dürfte. Damit würde eine Gruppe um den Hauptinvestor Comoli die Plantagen um "ein Schnäppchen" bekommen. 3,1 Millionen Euro betrage laut der Veröffentlichung in der Edikte-Datei das Mindestangebot.

### **Große und kleine Benzinbrüder und 66 Tankstellen**

*Hofer-Tankstellen: Die OMV will von Ex-Rennfahrer Friesacher ein Tankstellennetz. Und viele fragen sich, warum.*

An sich ist der Verkauf von Tankstellen keine große Sache. In den vergangenen Jahren wechselten immer wieder Pakete von Tankstellenstandorten den Besitzer. Der vor wenigen Tagen bestätigte Verkauf der so genannten Hofer-Tankstellen an die OMV verdient indes genauere Betrachtung. Kaum ein Deal löste in der Branche derart ungläubiges Kopfschütteln aus wie dieser.

Jahrelang hat die OMV der Öffentlichkeit erklärt, warum sie ihr Engagement als Tankstellenbetreiber zurückfährt und sich stärker auf die anderen Geschäftszweige konzentriert. Lediglich Premium-Tankstellen und die Diskontschiene Avanti mit Tankautomaten wollte man weiter betreiben. Die Begründung: Die Ertragschancen bei den Tankstellen seien seit Jahren mehr als bescheiden.

Das musste auch der als Sprit-Rebell angetretene Ex-Rennfahrer Markus Friesacher bald bemerken. 2009 startete der Salzburger mit großem Trara und lockte mit Diskontpreisen die Autoschlängen zu Hofer. Verdient hat er dabei allerdings nichts. Zumindest finden sich in der letzten hinterlegten Bilanz der FE-Trading GmbH dafür keine Anzeichen. Bei einem Umsatz von 202,15 Millionen Euro im Jahr 2014 war das operative Ergebnis negativ. Der Bilanzverlust betrug wegen Verlustvorträgen knapp vier Millionen Euro.

Die Bilanz weist ein negatives Eigenkapital aus. Eine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts sei

aber nicht gegeben, weil es sich um geplante Anlaufverluste handelte, heißt es im Kommentar zur Bilanz. In den kommenden Jahren würden freilich positive Ergebnisse erwartet.

### **Stets mit Verlusten**

Tatsächlich findet sich auf der Passivseite der Bilanz mit Ausnahme des Nennkapitals von 100.000 Euro und unwesentlichen Rückstellungen nichts Positives. Bei den Banken hat die FE Trading gut 25 Millionen Euro Schulden.

Dass die OMV für diese Firma 50 Millionen Euro bezahlt haben soll, wird zwar kolportiert, aber nicht bestätigt. Es ist auch anzuzweifeln, wenn man sich vor Augen hält, dass eine margenträchtigere Autobahntankstelle mit ein bis zwei Millionen Euro taxierte wird.

Dass die OMV zugesichert haben soll, dass die Hofer-Tankstelle als Marke erhalten bleiben und nicht in Avanti eingegliedert wird, verwundert auch. Ebenso der Satz Friesachers, er hätte mehrere Interessenten gehabt.

Tatsächlich ist die FE Trading der OMV schon mehrfach angetragen worden. Dass die Eigentümer der FE Trading für die OMV eine Rolle gespielt haben sollen, wie vermutet wird, bezeichnet ein OMV-Sprecher als Humbug. Neben Friesacher und Elisabeth Eder hält die Signa-Holding von Immobilieninvestor Rene Benko 50 Prozent. Stephan Pröll, Sohn des niederösterreichischen Landeshauptmannes, hält fünf Prozent. Politischen Druck zu kaufen, habe es nicht gegeben, heißt es bei der OMV. Intern wird der Kauf mit einer Verlängerung der Wertschöpfungskette argumentiert. Die Hofer-Tankstellen seien dann auch Abnehmer der OMV-Raffinerie.

## **Regionales**

### **Angreifer mittels Facebook-Profilfoto ausgeforscht**

*MATTIGHOFEN. Ein 18-Jähriger ist in Mattighofen in der Nacht auf Sonntag mittels Facebook überführt worden.*

Der Bursch hatte zuvor einen 19-Jährigen im Streit vor einem Lokal niedergeschlagen. Danach trat er auf seinen Kontrahenten ein. Ein Gast zeigte dem Opfer mehrere Facebook-Profilfotos. Auf einem erkannte der 19-Jährigen seinen Peiniger wieder, berichtete die Polizei.

Der Rauferei war ein Streit um eine angebliche Spuckattacke vorausgegangen. Der 18-Jährige war mit einer Gruppe von fünf Burschen unterwegs. Diese sollen vor dem Lokal auf den 19-Jährigen aus Schalchen und einen 20-Jährigen aus Burgkirchen gespuckt haben. Die beiden folgten der Gruppe und riefen ihnen hinterher. Es entwickelte sich ein Streitgespräch, worauf der 18-Jährige den Älteren dann angriff. Zudem versuchte er dem Verletzten nach der Attacke auch noch die Geldtasche wegzunehmen.

Er ließ von seinem Opfer ab und flüchtete mit seinen Freunden. Die Polizei musste nur noch die Adresse des identifizierten 18-Jährigen Ortsansässigen eruieren. Der Beschuldigte zeigte sich geständig. Er wurde bei der Staatsanwaltschaft Ried im Innkreis angezeigt.

### **Vermisster Wanderer tot aufgefunden**

*PETTENBACH. Ein abgängiger Wanderer konnte nach einer Suchaktion im Bereich des Maisenkögerl in Scharnstein, nur noch tot aufgefunden werden.*

Am Samstagnachmittag meldete der Sohn eines 69-Jährigen aus Pettenbach seinen Vater als vermisst. Gegen 16:30 Uhr fand die Feuerwehr das Auto des 69-Jährigen etwa 100 Meter unterhalb des 945 Meter hohen Maisenkögerl. An der Suche beteiligten sich dann die Alpinpolizei Kirchdorf und Gmunden sowie die Bergrettung Kirchdorf und Grünau. Gegen 19 Uhr fanden die eingesetzten Kräfte den 69-Jährigen, etwa 40 Meter unterhalb des Gipfels, tot auf. Er dürfte über eine nahezu senkrecht abfallende Felswand gestürzt sein und erlitt dabei tödliche Verletzungen. Der Tote wurde mit Gebirgstrage und Seil geborgen und über eine Forststraße ins Tal gebracht.

### **Politik feierte Eröffnung der Mühlviertler Schnellstraße**

*UNTERWEITERSDORF. Bei einem großen Festakt am Südportal des Tunnels Götschka wurde am Samstag die Fertigstellung der Mühlviertler Schnellstraße S10 gefeiert. Für den Verkehr freigegeben wird der 17 Kilometer lange Straßenabschnitt zwischen Unterweikersdorf und Freistadt-Süd am 21. Dezember.*

Nachdem bereits vor einem Jahr die fünf Kilometer lange Umfahrung Freistadt für den Verkehr freigegeben wurde, folgte am Samstagnachmittag der nächste Teil der Hochleistungsstraße vom Knoten Unterweikersdorf bis nach Freistadt-Süd. Die 17 Kilometer lange Strecke verläuft zu 40 Prozent umwelt- und anrainerschonend durch Tunnels und Unterflurtrassen. Mit einem Investitionsvolumen von mehr als 700 Millionen Euro und sechs Jahren Bauzeit ist die S10 das größte Straßenbau-Projekt, das die Asfinag in den vergangenen Jahren in Österreich verwirklicht hat. „In meiner Kindheit bedeutete die Fahrt nach Freistadt eine Halbtages-Reise“, erinnerte sich Verkehrsminister Alois Stöger an seine familiären Wurzeln in Allerheiligen im Mühlkreis. Heute schaffe die S10 Freiheit für die Bewohner des Mühlviertels: „Die Freiheit, sich zu entscheiden, wo man arbeiten will, wo man studieren oder zur Schule gehen möchte und wo man seine Freizeit verbringt.“

Die beiden Asfinag-Vorstände Alois Schedl und Klaus Schierhackl gaben bei der Feier auch einen Ausblick auf den noch ausstehenden S10-Abschnitt von der Anschlussstelle Freistadt-Nord über Rainbach bis Kerschbaum. Dieser werde derzeit in den Details geplant. Mit einem Baubeginn könne ab dem Jahr 2021 gerechnet werden. Zur Sicherung der Finanzierung könnten übrigens auch die Bewohner der Region ihr Scherflein beitragen, scherzte Schierhackl: „Wenn heuer in Freistadt und Umgebung statt Geschenke ganz viele Autobahnvignetten unterm Christbaum liegen, dann erleichtert uns das die Finanzierung unserer weiteren Projekte in Oberösterreich ungemein.“ Der Ort der symbolischen Eröffnung wurde ganz bewusst gewählt: Mit seinen 4,4 Kilometern ist der Tunnel Götschka der längste in Oberösterreich und zugleich Herzstück der neuen Schnellstraße. 1,2 Millionen Kubikmeter Gestein und Erdreich wurden beim Bau aus dem Berg gesprengt, zerkleinert und gleich vor Ort wieder als Baustoff verwendet. In sämtlichen S10-Tunnels verbessert ein neuartiges akustisches Warnsystem die Sicherheit der Straßenbenutzer: 126 Richtmikrofone orten blitzschnell untypische Geräusche wie etwa einen Aufprall oder quietschende Reifen und melden diese an die Asfinag-Überwachungszentrale in Wels. Von dort aus können umgehend die Einsatzkräfte alarmiert werden.

Bereits am Vormittag gehörte die künftige Schnellstraße ganz den Laufsportlern. Der Verein TriPower Freistadt hatte einen Volkslauf über die Distanz von zehn Kilometern organisiert – inklusive Durchquerung des Tunnels Götschka. Mit knapp mehr als 32 Minuten war Christian Schmuck der schnellste unter den mehr als 300 Startern dieses Laufs. Schnellste Dame: Irmi Kubicka von der LGAU Pregarten.

#### **Mehr zum Thema**

- Eröffnung der S10 rückt Freistadt ein Stück näher an Linz (12.12.2015)
- Bürgerbewegung auf den Spuren der "S10-Sparvariante" (17.09.2015)
- Geplanter Nacht-60er für Lkw auf der S10 empört Spediteure (24.07.2015)
- Errichtung der Mühlviertler Schnellstraße geht in die Zielgerade (01.07.2015)

Bis die ersten Autofahrer die S10 nutzen können, wird es noch ein paar Tage dauern. Nach Anbringen der letzten Bodenmarkierungen und Verkehrszeichen sowie der Asphaltierung bei der Anschlussstelle Unterweikersdorf folgt eine Schlussreinigung des Tunnels und der Unterflurtrassen. Dann wird voraussichtlich am 21. Dezember grünes Licht für 17 Kilometer neue Schnellstraße gegeben.

#### **Justiz ermittelt nach Tod von Säugling**

*LINZ. Baby starb in Spital an Blutvergiftung – Ob Krankenhauskeime schuld waren, ist nicht fix.*

Warum ein Neugeborenes am Donnerstag auf der chirurgischen Intensivstation der Landesfrauen- und Kinderklinik (LFKK) in Linz gestorben ist, untersucht nun die Staatsanwaltschaft. "Wir haben Ermittlungen eingeleitet", sagt Behördensprecher Philip Christl. Das sei "keine Vorverurteilung". Es gehe darum, "auszuschließen, dass ein strafbares Verhalten passiert ist." Der Verdacht der fahrlässigen Tötung richtet sich gegen "unbekannte Täter".

Laut Spitalsträger gespag starb das wenige Wochen alte Kind, das bereits drei Mal wegen einer Darmfehlbildung operiert werden musste und daher immungeschwächt gewesen sei, an einer Blutvergiftung. Diese wiederum soll, so vermuten es die gespag und das Spital, durch den hochresistenten Krankenhauskeim *Acinetobacter* ausgelöst worden sein.

Die Übertragung dieses Keims soll von einem Baby ausgegangen sein, das im Rahmen eines Hilfsprojekts von Sarajevo nach Linz gebracht und am 19. November zur Behandlung in der LFKK aufgenommen wurde. Das Kind aus Bosnien ist am Leben, genauso wie ein weiteres infiziertes Baby. Dass die Keime schuld am Tod des Babys seien, so wie es die gespag-Pressestelle in einer

Aussendung darstellte, steht laut Jens Meier, Anästhesiologie-Primar im AKh, noch nicht fest. "Fest steht, dass die Infektion den Gesundheitszustand des geschwächten Babys nicht verbessert hat. Dass die Keime aber monokausal für den Tod waren, kann man nicht sagen." Meier ist auch Chef der Anästhesie und Intensivmedizin in der Kinderklinik, wo das Neugeborene gestorben ist.

Dass die Blutvergiftung durch Behandlungsfehler verursacht wurde, "kann man ausschließen", behauptet der Primar. "Die Operationen entsprachen den ärztlichen Kunstregeln." Das Baby aus Sarajevo sei gleich am Tag der Aufnahme getestet worden, weil Antibiotika-resistente Keime in südlichen Regionen häufig vorkommen. Noch am selben Tag sei das Testergebnis vorgelegen. Daraufhin seien alle nötigen Isolations- und Hygienemaßnahmen ergriffen worden. "Aber auch bei einem Maximum an Maßnahmen kann man eine Übertragung nicht zu 100 Prozent verhindern", sagt Meier.

### **Station acht Tage gesperrt**

Derzeit werden alle in Frage kommenden Patienten sowie rund 100 Mitarbeiter auf Infektionen getestet. Um weitere Verdachtsfälle zu erfassen, richtete die Gspag eine Patienten-Hotline ein. Untersuchungsergebnisse sollen in bis zu acht Tagen vorliegen. So lange bleibt die Station gesperrt. Gerüchte, wonach die Tests bereits gestern Infektionen von Mitarbeitern ergeben hätten, dementiert AKh-Direktor Heinz Brock.

### **Acinetobacter: antibiotikaresistentes Bakterium**

*Acinetobacter sei ein Keim, der überall in der Umwelt vorkomme und für gesunde Menschen unbedenklich sei, sagt Magda Diab-Elschahawi von der Uni-Klinik für Krankenhaushygiene in Wien. Die Übertragung könne über Körperkontakt geschehen. Für Immungeschwächte oder Babys könne eine Infektion bedrohlich sein. Die Bakterien haben eine Widerstandskraft gegen zahlreiche Antibiotika (Multiresistenz) entwickelt und sind vor allem in südlichen und östlichen Ländern ein Problem in Spitälern.*

## **Online - Montag, 14. Dezember 2015**

### **Politik**

#### **Hammerschmid neue Präsidentin der Universitätenkonferenz**

*WIEN. Die Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität (Vetmeduni), Sonja Hammerschmid (47), ist am Montag als erste Frau und erste Nicht-Professorin zur neuen Präsidentin der Universitätenkonferenz (uniko) gewählt worden.*

Sie setzte sich gegen die Rektorin der Technischen Universität Wien, Sabine Seidler, durch. Hammerschmid steht seit 2010 an der Spitze der Vetmeduni.

Der amtierende uniko-Präsident Heinrich Schmidinger (Uni Salzburg) hatte nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidiert. Hammerschmid tritt ihre neue Funktion am 1. Jänner 2016 an.

Zum uniko-Vizepräsidenten wurde der Rektor der Uni Klagenfurt, Oliver Vitouch, gewählt. Morgen, Dienstag, ist eine Pressekonferenz mit Hammerschmid und Vitouch in Wien geplant.

#### **Pro-Kopf-Einkommen der Oberösterreicher über Österreichschnitt**

*LINZ/WIEN. Vorarlberg legt wirtschaftlich zu, Wien sackt ab, Oberösterreich ist im Mittelfeld – das sind die wichtigsten Ergebnisse eines aktuellen Vergleichs zur Wirtschaftskraft der Bundesländer, die die Statistik Austria heute präsentiert hat.*

Die Region Linz -Wels hat die Topposition von Salzburg zurückerobert und liegt bei der Wirtschaftsleistung je Einwohner mit 48.700 Euro auf Platz eins. Der Österreichschnitt beträgt 38.100 Euro. Während der oberösterreichische Zentralraum Bestdaten erzielt, liegt das Mühlviertel abgeschlagen mit 24.300 Euro auf Platz 32 (von 35). Urfahr wird in dieser Statistik als Teil des Linzer Speckgürtels angeführt. Im Mühlviertel ist die Landwirtschaft noch ein wichtiger Faktor, Jobs wurden dort 2013 80.300 aufgelistet. In Linz-Wels gab es 367.000 Arbeitsplätze, vor allem im produzierenden Bereich ist die Region überdurchschnittlich.

Das verfügbare Einkommen pro Kopf, das die privaten Haushalte in Oberösterreich erzielten, liegt mit 22.400 Euro über dem Österreichschnitt.

Platz eins bei den Einkommen belegt Vorarlberg. Der produzierende Bereich wuchs mit 5,4 Prozent, 3000 neue Jobs konnten 2014 geschaffen werden. Tirol kann sich über ähnlich gute Daten freuen,

wobei hier ein Teil des Wachstums auf den Tourismus zurückgeht.

In Kärnten ist die Situation gänzlich anders: Hier schwächelt nicht nur der Tourismus. Auch die anderen Branchen verzeichneten unterdurchschnittliche Zuwächse. Bis 2011 hatte Wien immer die Spitzenposition in den Rankings angeführt, im Vorjahr sackte es dramatisch ab: Im Handel ging die Wertschöpfung zurück und konnte nur zum Teil durch Zuwächse in der Verwaltung und dem Tourismus ausgeglichen werden. Bei den Pro-Kopf-Einkommen liegen die Wiener erstmals auf dem vorletzten Platz. Die Menschen verdienen zwar ihr Geld in Wien, wohnen aber oft nicht in der Stadt sondern im Umfeld. Hinzu kommt, dass in Wien das Bevölkerungswachstum am stärksten ist, die Beschäftigung aber nicht entsprechend steigt. Mit den Flüchtlingen wird sich dieser Trend noch weiter verschärfen.

### **EU will Beitrittsverhandlungen mit Türkei ausweiten**

*BRÜSSEL. Am Rande eines Außenministertreffens soll an diesem Montag in Brüssel neuer Schwung in die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei kommen.*

Dazu werden offiziell Gespräche über die weitere wirtschaftliche Integration des Landes in die Europäische Union begonnen.

Außerdem ist geplant, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien zu starten. Im Mittelpunkt stehen dabei zunächst die Kosovo-Politik und das Thema Finanzkontrolle.

Auf neue Verhandlungen mit der Türkei hatten sich die 28 EU-Staaten Ende November bei einem Sondergipfel verständigt. Hintergrund ist ein Aktionsplan, der eine bessere Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise garantieren soll.

Die Regierung in Ankara hatte sich bei den Gesprächen verpflichtet, die türkischen Grenzen besser zu schützen. Als Gegenleistung sicherten die EU dem Land eine Ausweitung der Beitrittsverhandlungen und drei Milliarden Euro für Flüchtlingshilfe zu.

### **Mehr zum Thema**

Renzi für EU-Beitritt Albanien, Serbiens und Montenegros (11.11.2015)

EU-Reform oder Brexit: Cameron stellt Bedingungen (11.11.2015)

EU-Bericht kritisiert "türkische Mängel" (11.11.2015)

Schlampiger Umgang mit EU-Geldern (10.11.2015)

Die Türkei ist bereits seit 1999 Kandidat für einen EU-Beitritt, seit 2005 wird darüber verhandelt. Vor allem wegen der Frage der Anerkennung des EU-Mitglieds Zypern durch Ankara lagen die Beitrittsgespräche aber seit Jahren de facto auf Eis.

Bei dem eigentlichen Außenministertreffen stehen unter anderem Gespräche über die Lage im Irak und in Syrien auf der Tagesordnung. Zudem wird der neue deutsche UN-Sondergesandte Martin Kobler über seine Bemühungen für eine Lösung des Konflikts in Libyen berichten.

### **CDU-Parteitag beginnt mit Schwerpunkt Flüchtlingskrise**

*KARLSRUHE. Angesichts erheblichen Unmuts über die Flüchtlingspolitik von Deutschland Kanzlerin Angela Merkel beginnt am Montag um 10.30 Uhr der CDU-Parteitag in Karlsruhe.*

Zum Auftakt des zweitägigen Treffens will die Vorsitzende den rund 1000 Delegierten ihren Kurs erläutern, zu dem ein striktes Nein zu einer nationalen Flüchtlings-Obergrenze gehört. Der Vorstand bringt einen Leitantrag dazu ein.

Dieser sieht mittlerweile vor, die Zahl durch wirksame Maßnahmen "spürbar" zu verringern.

Abstimmen soll der Parteitag der deutschen Christdemokraten daneben auch über einen Antrag zur Zukunft der Bürgergesellschaft. Wird der betreffende Passus angenommen, sprechen sich die Christdemokraten für ein Einwanderungsgesetz aus. Außerdem auf der Tagesordnung steht eine Reform der Parteiarbeit. Damit will die CDU vor allem für Jüngere, Frauen und Zuwanderer attraktiver werden.

## **Wirtschaft**

### **THI-Vorstandschef geht in Gegenoffensive**

*LINZ. Der Vorstandsvorsitzende der Teak Holz International, Franz Fraundorfer, hat die gegen ihn in einer Anzeige erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen. Ab elf Uhr startete heute eine Sitzung beim Masseverwalter in der Causa.*

Franz Fraundorfer, der seit 2013 im Amt ist, wurde von Kleinanlegern mit massiven Vorwürfen konfrontiert. Die OÖN haben über die Anzeige berichtet. Der Vorstandschef kündigt im OÖN-Gespräch an, sich vor Gericht gegen die verleumderischen Vorwürfe zu wehren. "Die Vorwürfe entbehren jeder Grundlage", sagt Fraundorfer.

Am meisten ärgert ihn der Vorwurf, dass er Millionen abgezweigt haben soll. "Glauben Sie, dass ein Investor, der seit Jahren in eine notleidende Firma investiert zusehen würde, wie Millionen verschwinden?" Es gäbe selbstverständlich Mittelnachweise.

Der ebenfalls von Kleinanlegern erhobene Vorwurf der verwahrlosten Plantage gehe ins Leere. Bis 2013 hatten die Brüder des Firmengründers Klaus Hennerbichler einen Bewirtschaftungsvertrag. Die heimischen Kleinanleger wollen auch nicht glauben, dass nur gut 600.000 Bäume und nicht die jahrelang in den Büchern geführten 1,3 Millionen Bäume stehen. Sie unterstellten, dass Holz an der Gesellschaft vorbei verkauft werden sollte. Tatsächlich wurden heuer 100 Container Teakholz aus dem - angeblich viel zu dicht gesetzten Wäldern - heraus geschnitten. Sie wurden über die österreichische Vertriebs Tochter verkauft. Das hat 400.000 Dollar gebracht und ist dokumentiert, sagt Fraundorfer. Über die Bewertung der Baumbestände streiten die beiden Interessensgruppen - jene der Kleinaktionäre und die aktuellen Firmenlenker - seit längerem.

### **Fachkräfte gesucht: Die Holzindustrie will ihr verstaubtes Image loswerden**

*LINZ. Die Holzindustrie ist viel moderner als viele Leute glauben. Wegen des verstaubten Images tue man sich schwer, Fachkräfte zu finden. Das wurde beim Branchentalk der OÖNachrichten klar. 20 Sägewerke haben seit 2012 aufgegeben. Das liegt vor allem an der Preisentwicklung. Bessere Preise könnten nun aber Stabilität bringen.*

Die Suche nach Personal, eine angespannte Preissituation und Bewusstseinsbildung für die Bedeutung von Holz: Das sind Themen, die die Holzindustrie beschäftigen, wie beim Branchentalk von OÖNachrichten und Wirtschaftskammer deutlich wurde.

Oberösterreichs Holzindustrie steht für 300 Betriebe, davon nur 90 mit mehr als zehn Mitarbeitern, und insgesamt 6000 Beschäftigte. Die größten Sektoren sind Holzbau, Möbelerzeugung und die vor allem auf dem Land tätigen Sägewerke mit allein 250 Betrieben.

Seit 2012 haben 20 Sägewerke geschlossen. Das ist auf den allgemeinen Strukturwandel, aber auch auf eine schlechte Preisentwicklung zurückzuführen. Die Preise für Rundholz, also den Rohstoff für die Sägewerke, sind von 2001 bis Mitte 2015 im Schnitt um 33 Prozent gestiegen. Bei ihrer Ware, dem Schnittholz, waren es nur plus 25 Prozent. 2011 und 2012 war die Differenz noch größer.

In den vergangenen Monaten hat sich der Preis für Rundholz aber bei durchschnittlich 85 Euro pro Festmeter stabilisiert. "Das ist ein gesunder und fairer Preis", sagt Friedrich Reisecker, Chef des gleichnamigen Betriebes in Roßbach und Obmann der Fachgruppe Holzindustrie in Oberösterreich. Die jüngste Entwicklung könnte eine "Trendwende zum Positiven" und für stabilere Verhältnisse sein, sagt Rudolf Ortner, Geschäftsführer des gleichnamigen Unternehmens in Tragwein und Obmann-Stellvertreter.

Die Funktionäre appellieren an die Forstbesitzer, weiter konstant Rohstoff zur Verfügung zu stellen. Die Sägewerke selbst haben mittlerweile auch reagiert. Zuvor stark ausgebaute Kapazitäten wurden verringert.

Was die Absatzmärkte betrifft, macht der Holzbau Freude. Er gewinnt Marktanteile. "Bei Privaten ist der Holzbau angekommen, im öffentlichen Bereich aber noch nicht", sagt Reisecker. Ortner betont, dass die Politik mehr Aufträge an Holzbauer vergeben sollte: "So wird der ländliche Raum automatisch gefördert." Denn die Holzindustrie stärke mit ihren Arbeitsplätzen die Regionen und verbessere dank ihrer Nachhaltigkeit die Klimabilanz, sagt auch Reisecker. In 50 Jahren ist Österreichs Waldfläche im Ausmaß des Mühlviertels gewachsen.

Generell brauche es Bewusstseinsbildung für Holz, sagt Anna Kapsamer-Fellner, Geschäftsleiterin des Schwanenstädter Möbelerzeugers Joka: "Es ist sehr schwierig, Lehrlinge und Fachkräfte für unsere Branche zu gewinnen." Dabei sei man innovativ. Ortner betont, dass es in seinem Betrieb keinen Hilfsarbeiter mehr, aber viele Hightech-Jobs gebe. Das verstaubte Image müsse man loswerden. Reisecker betont, dass man in die Schulen gehe, auf Messen präsent sei und etwa die Aktion "Geniale Holzjobs" gestartet habe.

Die Möbelerzeuger steigern heuer bundesweit ihre Produktion um 4,6 Prozent. Der Exportanteil von Oberösterreichs Holzindustrie beträgt 35 Prozent – Tendenz steigend, die abgesetzte Produktion liegt bei 1,3 Milliarden Euro. (az)

### **Letzter Regulierer gab grünes Licht für Shells Mega-Übernahme**

*LONDON. Der letzte Regulierer hat grünes Licht für die 70 Milliarden Dollar schwere Fusion des Ölkonzerns Royal Dutch Shell und des britischen Konkurrenten BG Group gegeben.*

Wie Shell am Montag mitteilte, hat nun auch die chinesische Wettbewerbsbehörde der Übernahme ohne weitere Auflagen zugestimmt. Zuletzt hatte Australien sein OK erteilt.

Nun müssen noch die Aktionäre beider Konzerne zustimmen. Shell-Chef Ben van Beurden rechnet damit, dass die Akquisition Anfang 2016 über die Bühne geht. Das fusionierte Unternehmen wäre der weltgrößte Anbieter von Flüssiggas.

### **Verschwendener Milliardär wieder aufgetaucht**

*PEKING. Vier Tage nach seinem angeblichen Verschwinden ist der chinesische Milliardär Guo Guangchang Medienberichten zufolge wieder aufgetaucht.*

Wie das Wirtschaftsmagazin "Caijing" berichtete, nahm Guo, der auch als chinesischer Warren Buffet bezeichnet wird, am Montag an der Jahreshauptversammlung seines Firmenkonglomerats Fosun teil. Der 48-jährige Guo war seit Donnerstag nicht erreichbar gewesen. Am Freitag wurde der Handel mit Fosun-Aktien ausgesetzt. Guo helfe derzeit bei "gewissen Ermittlungen der Justizbehörden", erklärte sein Unternehmen. Unklar blieb, ob Ermittlungen gegen ihn selbst laufen oder er im Zuge von Ermittlungen befragt wurde.

Wie "Caijing" am Montag berichtete, hat Guo seine Mitwirkung an den Ermittlungen mittlerweile "beendet". Er sei "wohlbehalten nach Hause zurückgekehrt". Sein Unternehmen war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Guos Vermögen beträgt laut der Nachrichtenagentur Bloomberg 5,6 Milliarden Dollar (5,1 Milliarden Euro), auf der Liste der reichsten Chinesen steht er auf Platz 17. Er ist Vorsitzender der Fosun-Gruppe, einem der größten chinesischen Privatunternehmen, und ihrer wichtigsten Konzerntochter, Fosun International, die über ein Eigenkapital von umgerechnet 7,1 Milliarden Euro verfügt. Sollte gegen Guo tatsächlich wegen Korruption ermittelt werden, wäre er der mit Abstand bedeutendste Geschäftsmann, der so zu Fall gebracht werden könnte.

Die Unternehmensbeteiligungen der Fosun-Gruppe erstrecken sich auf die Bereiche Immobilien, Finanzen, Stahl, Unterhaltung und Pharmazie. Anfang dieses Jahres kaufte Fosun das französische Tourismusunternehmen Club Med. Die Gruppe gehörte auch zu einem Konsortium, das im April den berühmten Cirque du Soleil aus Kanada übernahm.

## **Regionales**

### **26-Jähriger soll 112 Syrer geschleppt haben: Prozess**

*LINZ. Zwischen Juli und September soll ein 26-Jähriger mindestens 112 Flüchtlinge nach Österreich und Deutschland gebracht haben. Das ist aber nicht das einzige Delikt, wegen dem er am Montag vor Gericht steht.*

Mindestens 28 Mal soll der junge Mann von Ungarn nach Österreich und zum Teil auch weiter nach Deutschland gefahren sein, um illegal Syrer über die Grenze zu bringen.

Die Liste der Vorwürfe gegen ihn ist aber noch länger. Er soll seit Februar seine Lebensgefährtin nahezu täglich verprügeln haben. Selbst als sie schwanger war, schlug sie der Mann gegen Bauch, Rücken und Kopf. Einmal soll er sogar ein Messer nach ihr geworfen haben, eine Schnittwunde auf dem Oberschenkel war die Folge.

Um seine Lebensgefährtin davon abzuhalten, Anzeige wegen seiner Gewalttätigkeit und wegen seiner Schlepperei zu erstatten, drohte er der Frau, er werde sie umbringen.

Als der 26-Jährige schließlich festgenommen wurde und in die Justizanstalt gebracht wurde, verhielt er sich so aggressiv, dass er einen Justizwachebeamten verletzte.

### **Stau im Frühverkehr nach Unfall**

*ASTEN. Die Kollision zwischen einem Lastwagen und einem Auto endete für eine 22-jährige aus dem Bezirk Amstetten im Krankenhaus.*

Der Unfall passierte gegen 6:30 Uhr auf der Impfstraße im Bereich der Autobahnauffahrt Asten/Sankt Florian im Gemeindegebiet von Asten. Die Lenkerin wurde mit der Rettung in das UKH Linz gebracht.

Wie es zu dem Unfall kommen konnte ist noch Gegenstand der polizeilichen Erhebungen. Durch den Unfall kam es zu erheblichen Behinderungen im Frühverkehr.

### **Islam-Vereinen droht in Österreich jetzt die behördliche Schließung**

*WIEN/LINZ. Heftige Kritik am neuen Islamgesetz, das die "Übernahme" durch die staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften vorsieht – Umstrukturierung ist ein großes Diskussionsthema.*

Entweder sie lösen sich auf, oder sie ordnen sich unter: Das neue Islamgesetz sieht vor, dass alle Vereine, deren Zweck in der Verbreitung der Glaubenslehre des Propheten steht, das nur noch tun dürfen, wenn sie sich den beiden staatlich anerkannten Gemeinschaften anschließen: der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) oder der Islamisch-Alevitischen Glaubensgemeinschaft (ALEVI). Falls sie sich weigern, müssen sie ihre Statuten ändern. "Dann dürfen sie nur noch als Hilfsvereine, etwa als 'Moscheebauvereine', weitermachen", sagt Nedeljko Bilalic, der Sprecher des Bundeskanzlers.

### **Klage gegen neue Vorschrift**

Das neue Gesetz sieht zudem weiters vor, "dass die Ausgaben für den laufenden Betrieb von den Religionsgesellschaften künftig aus eigenen Mitteln im Inland aufzubringen sind", so Bilalic weiter. Einmalige Zuwendungen seien aber zulässig.

Ein Sturm der Entrüstung ist die Folge: Die ATIB Union in Wien – die Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich – hat angekündigt, gemeinsam mit 60 weiteren muslimischen Vereinen die neue Vorschrift vom Verfassungsgerichtshof auf ihre Gesetzmäßigkeit prüfen zu lassen – dem Vernehmen nach bereitet ein türkischstämmiger Jurist aus Frankenmarkt, Bezirk Vöcklabruck, die Anträge vor.

Der Gesetzgeber wolle offenbar jede kollektive religiöse Betätigung von Muslimen bei den beiden staatlich anerkannten Glaubensgemeinschaften monopolisieren, so ATIB. Das wolle man nicht hinnehmen.

"Das Problem liegt in erster Linie darin, dass der Gesetzgeber verkannt hat, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft keine autonome Einrichtung ist", sagt Fatih Karadas, Obmann der ATIB-Union. Vielmehr setze sie sich aus den verschiedenen Vereinen zusammen, die in den Gremien der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) vertreten seien. Deshalb habe die Glaubensgemeinschaft auch keine eigenen Gebetshäuser.

### **Imame aus der Türkei?**

"Radikale – oder besser 'gesetzeswidrige' Einrichtungen kann man ja auch jetzt schon schließen", betont Karadas. "Warum soll man dann diese Vereine überhaupt umstrukturieren?"

ATIB ist der Dachverband der türkisch-islamischen Kulturvereine, untersteht dem türkischen Staat und wird von ihm auch weitgehend finanziert. "Die Imame, die in Österreich lehren, sind türkische Staatsbeamte", sagt der Ex-Grün-Politiker Efgani Dönmez: "So wird die Politik Erdogans in die ATIB-Vereine in Österreich hineingetragen."

Auch das sollte durch das neue Gesetz unterbunden werden. Ein Gesetz, das vor allem die IGGiÖ aufwertet. Sie bekomme dadurch auch ein wirtschaftliches Machtmonopol, speziell im milliardenträchtigen Bereich der Halal-Zertifikate, mit denen rituell "reine" Handelsprodukte bezeichnet werden, sagt Dönmez.

"Wir bekommen jetzt auch in Oberösterreich mehr Einfluss auf diese Vereine", sagt Murat Baser, der Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinde Linz. Bisher habe man bei einigen wenigen Vereinen nicht gewusst, "was los ist". Nun müssten sie sich bei der Glaubensgemeinschaft registrieren: "Dann haben wir ein Mitspracherecht bei der Bestellung der Imame."

### **Ein gemeinsames Dach**

In drei Monaten soll die neue Verfassung der Islamischen Religionsgemeinschaft ausgearbeitet sein, kündigt Baser an. Dann würden sich möglichst alle der mehr als 40 muslimischen Vereine Oberösterreichs unter einem gemeinsamen Dach zusammenfinden.

"Wir werden dann auch mehr Mitgliedsbeiträge bekommen, können dadurch unser Team erweitern und neben ehrenamtlichen Helfern auch Vollzeitkräfte einstellen."

### **Pettenbacher stürzte bei Bergwanderung in den Tod**

*SCHARNSTEIN. Rettungskräfte fanden nach groß angelegter Suchaktion den Leichnam des Mannes.*

Es ist ein herrlicher Ausblick, der sich vom Gipfel des 945 Meter hohen Maisenkögerls auf das darunter liegende Scharnstein bietet. Diese Aussicht wollte ein 69-Jähriger aus Pettenbach offenbar

am Samstagnachmittag ebenfalls genießen. Doch kurz vor dem Gipfel, der auf den letzten Metern der ansonsten recht einfachen Wanderung nur über einen rund eineinhalb Meter breiten Grat zu erreichen ist, stürzte der Mann in den Tod ([nachrichten.at berichtete](#)).

### **Sohn alarmierte Einsatzkräfte**

Der Sohn des Pettenbachers meldete seinen Vater bei der Polizei als vermisst, nachdem dieser am Samstagnachmittag nicht zu einem vereinbarten Treffen erschienen war. Mitglieder der Feuerwehr fanden gegen halb fünf Uhr nachmittags das Auto des 69-Jährigen, das etwa 100 Meter unterhalb des Maisenkögerls geparkt war. Daraufhin wurde eine groß angelegte Personensuche gestartet, an der sich neben der Alpinpolizei Kirchdorf und Gmunden auch die beiden Bergrettungs-Stützpunkte aus Kirchdorf und Grünau beteiligten. "Die Kollegen aus Kirchdorf haben sich bei der Suche auf das Gebiet rund um das geparkte Auto konzentriert, während wir uns gleich auf den Weg Richtung Gipfel und des benachbarten Klettergartens aufmachten", schildert Martin Trautwein, Ortsstellenleiter der Bergrettung Grünau, den Einsatz. Dass es zu diesem Zeitpunkt bereits stockdunkel war, erschwerte die Suche der Helfer nach dem Vermissten.

Gegen 19 Uhr – rund eine Stunde nach Beginn des Einsatzes – fanden die Suchmannschaften den 69-Jährigen etwa 40 Meter unterhalb des Gipfels. Für ihn kam jedoch jede Hilfe zu spät: Der Pettenbacher dürfte über eine nahezu senkrechte Felswand gestürzt sein und dabei tödliche Verletzungen erlitten haben. Der Leichnam des verunglückten Wanderers wurde mit einer Gebirgstrage und per Seil geborgen und über eine Forststraße ins Tal gebracht. Um halb zehn Uhr abends rückten die Einsatzkräfte wieder ein.

Das Gelände, auf dem sich das Unglück ereignete, beschreibt Bergrettungs-Kommandant Martin Trautwein als durchaus anspruchsvoll: "Das Maisenkögerl darf man nicht unterschätzen. Über weite Strecken ist es eher ein Spazierweg, aber die letzten Meter haben es dann schon in sich. Da bewegt man sich auf einem Grat, bei dem es auf einer Seite nahezu senkrecht hinuntergeht. Ein falscher Tritt kann hier fatale Folgen haben, wie wir am Samstag leider gesehen haben." (lebe)

## **Online - Dienstag, 15. Dezember 2015**

### **Politik**

#### **Hammerschmid: „Wir haben ein Wahrnehmungsproblem“**

*WIEN. Die Universitäten haben sich bisher in der Öffentlichkeit nicht ausreichend positioniert. Das will die neu gewählte Präsidentin der Universitätenkonferenz (uniko), Sonja Hammerschmid, ändern.*

Die Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität in Wien sieht die Ursachen für den niedrigen Stellenwert, den die Universität in der Gesellschaft haben, durchaus selbst verursacht: „Wir haben ein Wahrnehmungsproblem“, sagte sie heute in ihrer Antritts-Pressekonferenz, „wir müssen unsere Leistungen viel stärker transportieren und dürfen den Kontakt mit der Gesellschaft nicht scheuen“, so die im oberösterreichischen Baumgartenberg aufgewachsene Uni-Chefin. Die mangelnde Leistungsschau der Hochschulen ist für sie mit ein Grund für die knappen Unibudgets. „Wenn die Universitäten ein Nebenschauplatz sind, werden wir eine bessere Finanzierung nicht erreichen“, sagte sie.

Auch die Universitäten müssten aber Hausaufgaben erledigen: „Wir müssen unsere Strukturen hinterfragen und auch einen Fächergruppenangleich diskutieren. Was braucht es, was braucht es weniger, wo kann man vielleicht bündeln“.

Ihre wichtigste Aufgabe als uniko-Präsidentin sieht sie im Werben für die Universitäten in der Gesellschaft. „Denken Sie nur an das Thema Migration und Integration, da braucht es fundierte Antworten, die die Universitäten und ihre Forschung liefern können“. Zum anderen will Hammerschmid aber auch in der Politik Druck machen: Zum Ende ihrer Amtszeit 2017 steht der Beschluss der Unibudgets für die Jahre 2019 bis 2021 an, hier müsse es deutliche Steigerungen geben, so Hammerschmid, die für ein Modell einer kapazitätsorientierten Studienplatzfinanzierung plädierte.

Über die Konsequenzen, wenn das nicht gelingt und ihre Rolle als Pionierin – sie ist die erste Frau an der Spitze der uniko – sprach sie nach der Antritts-Pressekonferenz mit den OÖNachrichten. Das ausführliche Interview lesen Sie in der morgigen Ausgabe.

### **Islamische Allianz gegen Terror**

*RIAD. Saudi-Arabien hat in der Nacht auf Dienstag die Gründung einer islamischen Militärallianz im Kampf gegen den Terrorismus verkündet.*

An dem Bündnis sollen sich laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur "SPA" 34 Staaten, darunter Ägypten, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei, Malaysia und Pakistan beteiligen. Der schiitische Iran ist nicht Teil der Allianz.

"Die hier erwähnten Staaten haben beschlossen, eine Militärallianz unter Führung Saudi-Arabiens zum Kampf gegen den Terrorismus zu gründen. Ein gemeinsames Hauptquartier in Riad wird die militärischen Operationen koordinieren und unterstützen", hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der beteiligten Länder.

Das Bündnis solle vor allem gegen Terrorismus im Irak, Syrien, Libyen, Ägypten und in Afghanistan vorgehen, sagte der Kronprinz und Verteidigungsminister des Landes, Mohammed bin Salman auf einer Pressekonferenz. Aktionen vor allem in Syrien und im Irak würden international abgestimmt. Das neue Bündnis solle nicht nur gegen die Extremistenmiliz "Islamischer Staat" (IS) vorgehen, sondern mit "jeder terroristischen Organisation, mit der wir konfrontiert werden."

Vor allem die USA hatten zuletzt immer wieder eine stärkere Rolle der Golfstaaten im Kampf gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat" in Syrien und im Irak gefordert. Der Erzrivale des sunnitischen Saudi-Arabiens, der schiitische Iran, ist nicht an der Koalition beteiligt. Die beiden Staaten sind aktuell in eine Reihe von Stellvertreterkriegen in der arabischen Welt - darunter in Syrien und im Jemen - involviert.

Der IS nutzt verstärkt auch im Jemen das Machtvakuum aus, um sich auszubreiten. Dort kündigte die ebenfalls von Saudi-Arabien geführte Militärallianz für Dienstag eine Waffenruhe an, die zunächst sieben Tage gelten solle. Anlass sei der parallel angesetzte Auftakt der von den Vereinten Nationen vermittelten Friedensgespräche in der Schweiz.

## **20 Frauen in saudi-arabischen Gemeinderäten**

*RIAD. Aus dem konservativsten Land Arabiens kommen gute Nachrichten: Zum ersten Mal in der Geschichte des wahhabitischen Königsreiches wurden am Wochenende mindestens 20 Frauen in die Gemeinderäte der Städte Mekka, Dschidda und Riad gewählt.*

Saudi-Arabien war der letzte Staat der Welt, in dem Frauen nicht wählen durften. Das ist jetzt anders – zumindest auf kommunaler Ebene. In den Gemeinderäten dürfen Frauen nun mitbestimmen, mitentscheiden, ob Schulen gebaut, Parkplätze oder Parkanlagen angelegt werden. Selbst die normalerweise äußerst kritischen Vertreter von Menschenrechtsorganisationen zollen dem Königshaus in Riad Lob.

Ob es bei weiblichen Gemeinderäten mit beschränkten Befugnissen bleibt, muss abgewartet werden. Schließlich war es nicht der herrschende König Salman, sondern sein Anfang des Jahres verstorbener Amtsvorgänger Abdullah, der sich gegen den Widerstand der erzkonservativen Kleriker für die Stärkung von Frauenrechten eingesetzt hatte. Salman gilt eher als reaktionär. Unter seiner Herrschaft hat sich die Zahl der Hinrichtungen fast verdoppelt. Die wöchentlichen Enthauptungen werden von Amnesty International als "systemerhaltende Maßnahmen" angeprangert. Landeskenner halten es für unwahrscheinlich, dass die Geistlichkeit in absehbarer Zeit Frauen in Positionen akzeptieren wird, die über die kommunale Ebene hinausgehen. Die große Mehrheit der Kleriker hält Frauen in der Politik noch immer für ein "moralisches Übel".

Umso bemerkenswerter ist es, dass sich 978 Frauen als Kandidatinnen für die Kommunalwahlen registrieren ließen; neben 5938 Männern, von denen jeder Dritte auch gewählt wurde. 130.000 Frauen gingen, nachdem sie sich in den letzten Wochen in die Wahlregister eingeschrieben hatten, zur Wahl, an der 1,35 Millionen Männer teilnahmen. Ausländische Berichtersteller durften über den Urnengang frei berichten.

## **"Meilenstein"**

Dankbar lichteten Fotografen freudestrahlende Frauen ohne den vielerorts obligatorischen Gesichtsschleier ab. Sie hätte bei der Stimmabgabe vor Freude geweint, sagte eine Wählerin in der Hauptstadt Riad der Agentur AFP. Was sie am Wochenende erlebt habe, hätte sie bisher nur im Fernsehen in anderen Ländern gesehen. Eine andere Frau, die ihren Namen ebenfalls nicht nennen wollte, bezeichnete den Urnengang auf kommunaler Ebene vielleicht etwas zu optimistisch als "Meilenstein zur Gleichberechtigung".

Als nächstes, prognostizierte sie, werde das Fahrverbot für Frauen fallen. Hätten sich Frauen selbst

ans Steuer setzen können, wäre ihre Beteiligung an den Wahlen weitaus höher gewesen.

### **Was Frauen in Saudi-Arabien nicht dürfen**

*Trotz Wahlrecht bleibt Frauen im Königreich Saudi-Arabien nach wie vor vieles verboten. Autofahren ist Frauen grundsätzlich untersagt – mit diesem Verbot steht Saudi-Arabien weltweit alleine da.*

*Reisen dürfen Frauen keinesfalls auf eigene Faust – ein Vormund muss zumindest zustimmen.*

*Heiraten nach eigenen Vorstellungen ist verboten – ein Vormund muss die Ehe absegnen.*

*Arbeiten dürfen Frauen ebenfalls nicht aus eigenem Antrieb heraus – ein Vormund muss einverstanden sein.*

*Berufswege stehen den Geschlechtern nicht gleichermaßen offen – für Frauen gibt es zahlreiche Einschränkungen.*

*Unverschleiert darf sich keine Frau in der Öffentlichkeit zeigen – Vorschrift ist die Vollverschleierung von Kopf bis Fuß.*

*Ausgehen mit Männern außerhalb der Verwandtschaft ist untersagt.*

*Erben dürfen Frauen nicht in beliebiger Höhe – sie erhalten stets weniger als Männer.*

### **Merkel: "Flüchtlingszahlen reduzieren, nicht begrenzen"**

*Auf dem CDU-Parteitag wirbt die Kanzlerin für ihren Kurs und erhält tosenden Applaus.*

Noch bevor Angela Merkel einen Ton von sich gab, bekam sie bereits Standing Ovationen. "Ich hab' doch noch gar nichts gemacht hier", sagte Merkel. Die Delegierten beklatschten ihre Chefin gestern auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe – ein Zeichen dafür, dass man geschlossen auftreten will, auch wenn sich einige Parteimitglieder nach wie vor ein härteres Vorgehen beim Thema Flüchtlinge wünschen.

Teile der Christdemokraten forderten eine "Obergrenze" für Flüchtlinge. Die Jugendorganisation von CDU und CSU – die Junge Union – hatte angekündigt, "Druck zu machen".

Der Parteitag in Karlsruhe hätte für Merkel schwierig werden können. Schon am Abend zuvor präsentierte sie deshalb ein Kompromisspapier zum Thema Flucht und Integration, das etliche Kritiker als verschärft genug ansahen, um sich zurückzuhalten. Ein Antrag von einigen CDU-Delegierten, die Flüchtlinge bereits an der Grenze zurückweisen wollten, wurde schließlich abgelehnt. Ja, "ein Andauern des aktuellen Zuzugs" würde "Staat und Gesellschaft, auch in einem Land wie Deutschland, auf Dauer überfordern", weshalb auch die Grenzkontrollen intensiviert werden sollten, sagte Merkel in ihrer Rede. Man könne zudem erwarten, dass Italien und Griechenland sogenannte "Hotspots" bauen, wo "registriert, verteilt oder zurückgeschickt" werde.

#### **Mehr zum Thema**

Anschöber: "Arbeitsmarkt für Asylwerber öffnen" (27.11.2015)

Deutsche haben begonnen, Flüchtlinge zurückzuschicken (15.12.2015)

EU-Kommission will Mitgliedstaaten zu Grenzschutz zwingen (14.12.2015)

Merkel rechtfertigt Grenzöffnung für Flüchtlinge (14.12.2015)

### **Gesetz steht über Familienregeln**

Zudem müsse an einer europäischen Küstenwache und einer europäischen Grenzschutzpolizei gearbeitet werden. Flüchtlingslager im Libanon und in der Türkei müssten finanziell unterstützt werden. Jene, die in Deutschland Schutz gefunden hätten, müssten Deutsch lernen und zu den deutschen Gesetzen stehen, die sich über "Ehrenkodex, Stammes- und Familienregeln" befänden, sagte Merkel. "Multikulti bleibt eine Lebenslüge. Und das Gegenteil davon ist Integration." Und ja, der "Zuzug von Flüchtlingen soll durch wirksame Maßnahmen spürbar verringert" werden – aber nicht durch eine Obergrenze.

Einmal mehr verkündete die CDU-Chefin: "Wir schaffen das." Es gehöre zur Identität Deutschlands, "Größtes zu leisten". Das stecke "im Kern in uns", in der CDU, "dass wir bereit sind zu zeigen, was in uns steckt". Europa sei durch die Flüchtlingsfrage "im Innersten herausgefordert".

### **Abschottung ist keine Option**

Dass im Sommer die Grenzen für Flüchtlinge geöffnet worden seien, sei ein "humanitärer Imperativ" gewesen. "Wie in einem Brennglas" sei damals eines deutlich geworden: "Europa hat es mit der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun." Europas Mühlen würden durchaus langsam mahlen, aber man werde sie zum Mahlen bekommen. "Ich möchte, dass Europa diese Bewährungsprobe übersteht." Abschottung im 21. Jahrhundert sei keine vernünftige Option.

Heute wird Horst Seehofer auf dem Parteitag der großen Schwesterpartei sprechen. Der CSU-Chef hatte Merkel kürzlich auf dem Parteitag in Bayern abgekanzelt, da sie sich erneut gegen Obergrenzen ausgesprochen hatte.

## **Wirtschaft**

### **Bank Austria sperrt 70 Filialen**

*WIEN. Im Zuge ihres massiven Sparprogramms wird die Bank Austria in Österreich 40 Prozent ihrer Filialen zusperren und ihr Filialnetz von 190 auf 120 reduzieren.*

Das kündigte Generaldirektor Willibald Cernko heute bei einer Pressekonferenz in Wien an. Dies ist Teil eines Sparprogramms, das von 2014 bis 2018 Einsparungen von 300 Millionen Euro bringen soll. Davon entfallen 60 Prozent auf Personalkosten. Der Verkauf des Filialgeschäfts an die Bawag, der ebenfalls in Erwägung gezogen worden ist, ist damit vom Tisch.

Die Filialschließung ist aber nur ein Schritt, wie die Bank Austria die Sparvorgaben der Mutter Unicredit erfüllen will. Die 3300 Mitarbeiter, die derzeit bei der BA pensionsversichert sind, bekommen eine Abschlagszahlung und werden in das ASVG-System überführt. Dies sei billiger als im bestehenden System zu bleiben. Die Rückstellungen von 2,1 Milliarden Euro würden für diese Umstellung reichen. Das jetzige System ist für die BA aufgrund der niedrigen Zinsen sehr teuer geworden. Künftig will man sich einen zweistelligen Millionenbetrag dadurch ersparen.

Ziel ist es, die so genannte Cost-Income-Ratio von 80 auf 60 Prozent zu senken. das heißt, derzeit entfallen auf einen Euro Ertrag 80 Cent Kosten. Ein im Vergleich zu anderen Banken sehr hoher Wert. Cernko will nicht über eine Mitarbeiterzahl reden, die eingespart wird. Aber durch die Schließung der Immobilienholding und Pensionierung fallen etwa 1000 Leute weg. Betriebsbedingte Kündigungen werde es nicht geben.

Cernko möchte auch Jobs aus dem Osteuropageschäft retten, das wie berichtet von Wien nach Mailand übersiedelt. Es gebe ein Projekt, bei dem eruiert werde, welche Jobs bleiben. "Man kann da ja nicht einfach den Stecker ziehen. Das ist ja über zweieinhalb Jahrzehnte gewachsen", sagt Cernko.

### **Agrareinkommen sind 2015 erneut gesunken**

*BRÜSSEL/WIEN. Minus 4,3 Prozent im EU-Schnitt, minus 2,6 Prozent in Österreich.*

Wegen der Trockenheit und der schlechten Preise bei vielen Produkten sind die Agrareinkommen im Jahr 2015 erneut gesunken. Das inflationsbereinigte landwirtschaftliche Realeinkommen je Arbeitskraft ist in der EU um 4,3 Prozent zurückgegangen, in Österreich um 2,6 Prozent. Der Wert der Agrarproduktion sank in der EU im Vergleich zu 2014 um 2,5 Prozent. Das Minus war bei den tierischen Erzeugnissen mit 5,9 Prozent am größten; der Produktionswert der pflanzlichen Erzeugnisse ging um 0,3 Prozent zurück. Gleichzeitig sanken für die Agrarbetriebe auch die Kosten der Vorleistungen um 2,4 Prozent. Bei den Einkommen je Arbeitskraft sind die Rückgänge in Deutschland (37,6 Prozent), Polen (23,8), Luxemburg (20,0), Dänemark (19,7), Großbritannien (19,3 Prozent) und Rumänien (19,2 Prozent) massiv. Deutliche Anstiege melden die EU-Statistiker für Kroatien (21,5 Prozent), Lettland (14,3), Griechenland (12,1), Frankreich (8,8) und Italien (8,7 Prozent). Österreich ist heuer nur auf den ersten Blick glimpflich davon gekommen, denn es hat bereits in den Vorjahren massive Einbrüche verzeichnet. Seit 2010 verringerte sich laut Schätzungen von Eurostat das landwirtschaftliche Realeinkommen je Arbeitskraft in der EU um 5,7 Prozent, in Österreich dagegen um 27,6 Prozent.

### **Hypo-U-Ausschuss: Schritt für Schritt Richtung Pröll-Befragung**

*WIEN. Start frei heißt es am heutigen Dienstag für die letzte Woche im parlamentarischen Hypo-Untersuchungsausschuss heuer. Wir berichten im Liveticker über alle aktuellen Geschehnisse.*

Bevor es am Donnerstag zum Highlight mit Ex-Vizekanzler, -Finanzminister und -ÖVP-Chef Josef Pröll kommt sind heute und am Mittwoch noch vier andere Auskunftspersonen vor den U-Ausschuss geladen.

Heute Vormittag soll Deloitte-Prüfer Thomas Becker befragt werden. Nachmittags ist dann Sven Hauke, Prüfer bei Price-Waterhouse-Cooper als Zeuge dran.

### **THI: Versteigerung gescheitert, Plan A für Sanierung ist geplatzt**

*LINZ. Die Versteigerung von sechs Plantagen der insolventen Linzer Teak Holz International ist*

*gescheitert. Es langte kein entsprechendes Angebot an. Die OÖN stellen dar, wie es nun weitergeht.*

Gestern fand beim Masseverwalter Gerhard Rothner die Versteigerung von sechs Plantagen und einer weiteren Gesellschaft aus Costa Rica statt, die der Linzer Teak Holz International (THI) gehören. Allein es blieb beim Versuch: Ein unverbindliches Offert liegt vor, aber kein verbindliches Angebot, das den Verwertungskriterien entsprochen hätte, bestätigt Rothner den OÖN.

Damit ist der Plan A der Sanierung der insolventen THI gescheitert. Der hätte gelautet: Die börsennotierte Gesellschaft verkauft ihre Plantagen in Costa Rica, tilgt damit ihre Schulden und geht in Liquidation. Nun wird an Plan B gearbeitet: Bis zum Freitag wird versucht, jene 20 Prozent aufzustellen, die nötig sind, um den Sanierungsplan aufrechterhalten zu können.

Am Freitag findet die Sanierungsplan-Tagsatzung statt, bei der die Gläubiger und ihre Vertreter abstimmen, ob sie den Sanierungsplan für plausibel und finanzierbar halten. Dazu muss laut THI-Vorstandschef Franz Fraundorfer ein "geringer einstelliger Millionenbetrag" aufgebracht werden. Erreicht werden soll dies, indem Großgläubiger ihre Forderungen stunden. Damit würde sich die Gesellschaft Luft verschaffen.

Ende Jänner – nach Ablauf aller Fristen – wäre dann klar, ob die versprochene 20-Prozent-Quote auch tatsächlich fließt. Dann würde die Gesellschaft um die Altlasten bereinigt weiterleben können. "Ob das etwas wird, werden wir in den nächsten Tagen sehen", sagt Fraundorfer.

Der Vorstand der seit 2007 börsennotierten Gesellschaft hat vor wenigen Tagen eine Reise zu den Besitztümern abgesagt. Der Grund ist jene Anzeige, über die die OÖN am Samstag berichtet haben. Darin wird unter anderem gefordert, dass Fraundorfer daran gehindert werden solle, Costa Rica wieder zu verlassen.

### **Vorstand klagt gegen Vorwürfe**

Fraundorfer, der seit September 2013 die marode Firma leitet, wurde in der Anzeige vorgeworfen, betrügerisch oder fahrlässig gehandelt zu haben. Auch das angebliche Verschwinden von 18,7 Millionen Dollar – mit dem Fraundorfer in Zusammenhang stehen sollte – möge untersucht werden, heißt es in der Anzeige.

Der wehrt sich im Gespräch mit den OÖN: "Die Vorwürfe entbehren jeder Grundlage und sind ehrenrührig." Gegen die Anzeiger – genannt sind elf Kleinanleger, die seit den Anfangszeiten in die Plantagen investiert sind – will der Unternehmensberater auch mit einer Verleumdungsklage vorgehen.

Er habe weder Geld unterschlagen noch Holz verschwinden lassen. Im Gegenteil: Der Vorstand habe akribisch recherchiert und selbst Verdachtsmomente aufgedeckt. Diese würden seit Mai der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vorliegen, Ermittlungen seien im Lauf.

## **Regionales**

### **Lehrer-Studium: Rückgang der Studentenzahlen befürchtet**

*LINZ. Im Herbst startet das neue Studium für Lehrer von Gymnasien und Neuen Mittelschulen. Der Rektor der Pädagogischen Hochschule (PH) der Diözese Linz fürchtet, dass weniger Studenten inskribieren werden, weil das Studium deutlich länger dauert.*

„Wir müssen uns darauf einstellen, dass es zu einem Rückgang kommen könnte“, sagt Franz Keplinger. Das könnte zu einem Problem werden, weil in den kommenden zehn Jahren rund die Hälfte der Lehrer in Pension gehen wird: „Dann könnte es einen Lehrermangel geben.“ In der Region Kärnten, Burgenland und Steiermark, wo das neue Studium bereits heuer startete, sei die Zahl der Neuinskribenten gesunken. Die neue Volksschullehrerausbildung, die an der PH der Diözese ebenfalls im Herbst gestartet war, brachte dagegen keinen Rückgang.

Inhaltlich schärft die PH der Diözese angesichts der Reform der Lehrerausbildung ihr Profil. Die Ausbildung der Religionslehrer wird die PH gemeinsam mit der Katholischen Privat-Uni übernehmen. Neu ist, dass in Zukunft jeder Religionslehrer (egal, ob er in der Volksschule oder im Gymnasium unterrichtet) auch ein Zweitfach wählen muss. Besonderen Wert will die PH in Zukunft auf die Persönlichkeitsbildung und Reflexion des Unterrichts legen. Ebenso werden die Studierenden darauf vorbereitet, dass sie es in Zukunft verstärkt mit Klassen zu tun haben, die von Kindern mit unterschiedlichsten Voraussetzungen besuchen werden. Für den Umgang mit Migranten und mehrsprachigen Gruppen wurde ein eigenes Zentrum (ZIMT) geschaffen, soziales Engagement, etwa in Lern-Café oder Flüchtlingseinrichtungen, wird in die Ausbildung integriert.

### **Säugling in Klinik gestorben - Keime bei weiteren Babys**

*LINZ. Nach dem tragischen Tod eines Säuglings in der Linzer Landesfrauen- und Kinderklinik (LFFK) ist bei einem weiteren Kind der Verdacht auf einen Befall mit dem hochresistenten Bakterium Acinetobacter aufgetaucht.*

Das haben die Verantwortlichen am Dienstag bei einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Insgesamt liegen nun fünf Fälle vor. Wie berichtet wurde der Keim bei dem verstorbenen Säugling und bei einem Baby aus Bosnien festgestellt, das als „Überträgerkind“ gilt. Ein weiteres Kind erkrankte an Lungenentzündung. Dieses Kind spreche aber gut auf Antibiotika an. Ob Lungenentzündung von dem Keim Acinetobacter ausgelöst wurde, sei noch nicht fix. Zwei weitere Kinder dürften befallen sein, zeigen aber bisher keine Symptome.

Die Kinder seien isoliert unter Quarantäne und es würden strenge Hygienevorkehrungen getroffen. So bestehe für die vier Kinder eine 1:1-Pflege. Das heißt, pro betroffenem Kind sei individuell eine Pflegekraft verantwortlich. Außerdem bestehe „Kittelpflege“ und Hauben- und Mundschutzpflicht. Die chirurgische Kinderintensivstation bleibt vorerst gesperrt. Eine spezielle Reinigungsfirma werde die Dekontamination vornehmen. Dies werde zwei bis drei Tage dauern, sagten Akh-Primar Jens Meier und Primarin Gabriele Wiesinger-Eidenberger, die stellvertretende ärztliche Chefin der LFFK. Solange bleibe die Kinder-Intensivstation gesperrt. Planbare Operationen seien deswegen verschoben worden.

Wie berichtet wurde das gestorbene Kind bereits von der Gerichtsmedizin untersucht. Die Obduktion ergab keine Hinweise, auf operative Fehler, die im Spital passiert sein könnten. Wie die Übertragung des Keimes passierte, ist noch ein Rätsel. Das Kind aus Bosnien und das verstorbene Baby seien zu keiner Zeit im selben Raum gewesen. Bei Acinetobacter handle es sich um „einen der Antibiotika-resistentesten Keime, die es gibt“. Nur noch ein bis Antibiotika würden auf den Keim ansprechen. Es sei das erste Mal, dass ein Keim dieser Resistenzklasse in der Linzer LFFK aufgetaucht sei, hieß es gestern.

### **Buggy von Zug erfasst - Mutter angeklagt**

*LINZ. Die Staatsanwaltschaft Linz hat jetzt wegen des Vergehens der fahrlässigen Tötung Anklage gegen eine 33-jährige Mutter aus Linz-Pichling erhoben.*

Sie soll am 8. April auf dem Bahnhof Linz-Ebelsberg den Kinderwagen - wie berichtet - mit ihrer 18 Monate alten Tochter kurz unbeaufsichtigt gelassen haben, um eine Fahrkarte zu kaufen. Der Buggy wurde von einem vorbeifahrenden Güterzug auf die Gleise gezogen, das Kind aus dem Kinderwagen geschleudert und getötet.

Aufgrund von Zeugenaussagen und eines Gutachtens ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Mutter die Bremsen des Kinderwagens nicht angezogen hatte. Beantragt wurde die Durchführung eines sogenannten „Mandatsverfahrens“, bei dem eine Verhandlung entfällt und das Bezirksgericht Linz aufgrund der Aktenlage entscheidet. Der Frau droht eine bedingte Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr.

### **Jugendbande beging 19 Einbrüche**

*WELS. Eine Jugendbande die in Wels Einbrüche und Einschleichdiebstähle hauptsächlich in Schulen begangen haben soll, konnte nun von Kriminalisten der Welser Polizei aufgedeckt und zum Teil festgenommen werden.*

Neun Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren, alle aus Wels, sollen für insgesamt 19 Einbrüche bzw. Einschleichdiebstähle in Welser Schulen, Kindergärten und Horte von 15. September 2015 bis Ende Oktober 2015 verantwortlich sein. Zum Teil schlichen sich die Burschen während des Schulbetriebs hinein, entwendeten Wertgegenstände und Schlüssel zu den Schulgebäuden. In der Nacht drangen sie dann mit den Schlüsseln in die Schulen ein, brachen Bürotüren und Schränke auf und stahlen Bargeld. In anderen Fällen zwängten sie gekippte Fenster auf und gelangten so in die Gebäude. In Linz, Wels und Steinhaus schlichen sie sich tagsüber bzw. abends in den Garderobenbereich von Schulturnsälen bzw. einem Sportheim, durchsuchten in unversperrten Garderoben Bekleidung und Taschen und stahlen Wertgegenstände.

Bei einem Einbruch in eine Schule im Stadtteil Vogelweide, stiegen zumindest zwei der Burschen über eine Feuerleiter aufs Dach und drangen über den Innenhof, wo sie ein Fenster aufzwängten, ein. Im Inneren der Schule fanden sie einen Tresor und transportierten ihn zur sogenannten Freizeitanlage Wimpassing. Dort versuchten sie den Tresor aufzubrechen, bis zufällig ein Streifenwagen der Polizei

das Gebiet bestreife und mittels Suchscheinwerfer die Gegend ausleuchtete. Daraufhin kippten sie den Tresor über eine steile Böschung in das Überwasserbecken der Grünanlage und flüchteten. Der Tresor wurde am 2. November 2015 von Bergetauchern der Feuerwehr Wels gehoben. Er war ungeöffnet.

### **Auto gestohlen**

In Linz-Dornach sollen ein 19-Jähriger und zwei 17-Jährige am 22. Oktober 2015 aus der Garderobe des Turnsaals einer Schule einen Autoschlüssel aus einer Jacke gestohlen haben. Mit dem Auto fuhren sie dann nach Wels. In Wels fuhr einer der 17-Jährigen aus Spaß mit gefährlichen Fahrmanövern schleudernd durch das Messegelände, bis er gegen zwei geparkte Autos stieß. Dann sprang er während der Fahrt aus dem Auto und flüchtete. Das gestohlene Auto stieß gegen einen Baum. Der Schaden an dem wenige Wochen alten Auto betrug etwa 10.000 Euro.

Bei einem Einbruchversuch am 27. Oktober 2015 in einen Supermarkt in Wels-Vogelweide, konnte die Polizei den 19-Jährigen festnehmen und einen 17-Jährigen identifizieren. Der 19-Jährige und der 17-Jährige drangen gemeinsam mit einem 18-Jährigen in den Supermarkt ein und lösten dabei einen Alarm aus. Als die Polizei eintraf und das Gebäude umstellte, flüchteten die drei ins Obergeschoss. Dort sprangen sie aus einem Fenster auf den Supermarktparkplatz und flüchteten. Der 19-Jährige konnte wenig später gestellt und festgenommen werden. Der 17-Jährige wurde von einer Polizistin erkannt, konnte jedoch flüchten. Er stellte sich am nächsten Tag und wurde festgenommen. Der dritte Täter konnte im Zuge der Ermittlungen durch Kriminalbeamte ausgeforscht werden.

### **Tausende Euro Schaden**

Die Bande erbeutete insgesamt Diebesgut im Wert von 35.700 Euro und verursachte einen Schaden von mehr als 12.000 Euro. Die Beute verwendeten sie für Bordellbesuche und für ihren Lebensunterhalt. Sie sind teilweise geständig. Die beiden Hauptbeschuldigten, der 19-Jährige und der 17-Jährige, wurden in die Justizanstalt Wels gebracht. Sie sollen bei 16 Einbrüchen beteiligt gewesen sein. Die anderen Beschuldigten werden auf freiem Fuß angezeigt.

## **Online - Mittwoch, 16. Dezember 2015**

### **Politik**

#### **Schlampereien bei tschechischen AKW-Kontrollen**

*LINZ. Eine umgehende Prüfung der tschechischen Atomkraftwerke Dukovany und Temelin durch internationale Experten fordert Oberösterreich Umweltlandesrat Rudi Anschober.*

Eine Aufforderung an die Bundesregierung, eine solche Kontrolle einzufordern, hat er an Umweltminister Andrä Rupprechter geschickt. Denn es bestehe der Verdacht, dass bei Sicherheitskontrollen in den Atomkraftwerken geschlampt wird.

Die Vorgänge im AKW Dukovny brachten auch die Chefin der tschechischen Atom-Aufsichtsbehörde, Dana Drabova, auf den Plan, die in tschechischen Medien von "Schlendrian" sprach. In Dukovany kam es bei der Überprüfung von Schweißnähten im Kühlkreislauf zu Unregelmäßigkeiten: Eine Reparatur wurde mangelhaft oder sogar gar nicht durchgeführt, Prüfprotokolle sind mangelhaft oder könnten sogar gefälscht sein.

Ein Reaktorblock in Dukovany steht deshalb außerplanmäßig für Monate still. Anschober spricht von einem "Systemfehler" bei der Atomkontrolle.

#### **Telekom: Anklage gegen VP-Abgeordneten**

*WIEN/GRAZ. Die Geldflüsse der Telekom Austria Richtung Politik werden ein weiteres Mal vor Gericht abgehandelt. Diesmal geht es um Parteienfinanzierungs-Vorwürfe rund um die Grazer Gemeinderatswahl 2008.*

Die Staatsanwaltschaft Wien hat Anklage gegen Ex-Telekom-Chef Rudolf Fischer, Ex-Telekom-Manager Michael Fischer und gegen Bernd Schönegger, Nationalrats-Abgeordneter und Geschäftsführer der Grazer ÖVP, erhoben.

Wien/Graz. Die Anklage wegen des Verdachts auf Untreue richtet sich neben den drei Genannten noch gegen weitere Personen, ist aber nicht rechtskräftig, teilte die Staatsanwaltschaft in einer Aussendung mit, 14 Tage ab Zustellung ist ein Einspruch möglich. Die Behörde verwies überdies darauf, dass nach derzeitiger Rechtslage die Strafdrohung bis zu zehn Jahre beträgt - allerdings nur mehr zwei Wochen lang. Denn mit 1. Jänner 2016 tritt die Reform des Strafgesetzbuches von

Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) in Kraft, und ab dann beträgt die Höchststrafe maximal drei Jahre.

Hintergrund des Verfahrens sind vermutete Zahlungen der Telekom an eine Werbeagentur, die im GR-Wahlkampf 2008 für die ÖVP tätig war. Die konkrete Verdachtslage laut Medienberichten: Michael Fischer, einst "Head of Public Affairs" bei der Telekom und ÖVP-Mitarbeiter, soll Schönegger in einem E-Mail aufgefordert haben, eine Rechnung an eine mittlerweile stillgelegte Telekom-Tochter zu stellen. Nur wenige Tage später soll dann die Grazer Agentur eine Rechnung über 119.760 Euro an das Unternehmen geschickt haben, die mit dem Mail fast deckungsgleich war. Die Ermittler gingen davon aus, dass das Geld über diese Umwege von der Telekom an die ÖVP floss. Die nunmehr Angeklagten haben die Vorwürfe stets bestritten.

### **Juncker: "Schengen wird bleiben"**

*STRASSBURG. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat sich am Mittwoch im Europäischen Parlament in Straßburg für die Beibehaltung des Schengen-Raums ausgesprochen.*

"Schengen wird bleiben", bekräftigte er im Plenum des EU-Parlaments bei einer Debatte vor dem EU-Gipfel. "Wir werden alles tun um das zu schützen, was wir aufgebaut haben, es zu verbessern und auch zu stärken", sagte Juncker.

Gestärkt werden müsse der Schutz der Außengrenzen, nur so könne innerhalb des Schengenraums Reisefreiheit bleiben. Den Vorschlag der EU-Kommission zum Aufbau eines Grenz- und Küstenschutzes bezeichnete Juncker als "Reparaturmechanismus" für das Schengensystem. Der Plan sieht vor, dass Beamte der EU-Agentur Frontex die Außengrenzen Europas kontrollieren sollen. Dennoch würden die EU-Staaten ihre Hoheitsrechte an den Außengrenzen behalten, sagte Juncker.

Auch sollen künftig EU-Bürger systematisch an den Außengrenzen kontrolliert werden. Das sei der Preis einer gefährlichen Welt, meinte der EU-Kommissionspräsident. Terror kenne keine Grenzen, sagte er. "Terroristen reisen lieber mit dem Flugzeug als mit dem Schlauchboot", sagte Juncker zu Vorurteilen in der Flüchtlingskrise. "Wir dürfen nie vergessen, dass Freiheit und Sicherheit sich nicht ausschließen", meinte Juncker.

Auch machte sich der EU-Kommissionspräsident für eine Zusammenarbeit mit der Türkei stark, denn die "Flüchtlingskrise beginnt nicht an den europäischen Grenzen". "Die Situation erfordert, dass wir zusammenarbeiten". Er hoffe darauf, dass alle EU-Staaten beim freiwilligen humanitären Aufnahmesystem mitmachen und Syrer aus der Türkei aufnehmen.

Der Grenzschutz wird auch Thema beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag in Brüssel sein. Die Tagesordnung dafür sei sehr dicht, sagte der luxemburgische EU-Ratsvorsitzende Nicolas Schmit bei der Vordebatte im EU-Parlament in Straßburg. In der Flüchtlingskrise liege die Hauptpriorität in der Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen, forderte Schmit. Auch er bekräftigte, dass die Beibehaltung des Schengenraumes das absolute Ziel sein müsse.

### **Faymann will 50.000 Flüchtlinge aus der Türkei nach Europa holen**

*WIEN. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hat sich für die Umsiedelung von 40.000 bis 50.000 syrischen Flüchtlingen von der Türkei in die EU ausgesprochen.*

Dies sei aber nur dann eine Option, "wenn der Grenzschutz in der Türkei künftig so funktioniert, dass nur noch sehr wenige Flüchtlinge von dort in die EU gelangen", sagte er laut einer Vorabmeldung zur Tageszeitung "Die Welt".

"Es darf auf keinen Fall passieren, dass die Fluchtbewegung nach Europa weiter geht und die EU aus der Türkei zusätzlich noch Flüchtlinge aufnimmt", fügte Faymann hinzu. Zugleich rief er alle 28-Mitgliedsstaaten dazu auf, sich an der Maßnahme zu beteiligen.

Über die Umsiedelung (Resettlement) von bereits durch die UNO anerkannte Flüchtlinge aus der Türkei wird bereits seit mehreren Wochen diskutiert. Zwischenzeitlich wurden sogar Kontingente von bis zu 500.000 Schutzsuchenden kolportiert, was die luxemburgische EU-Ratspräsidentschaft zuletzt jedoch als "illusorisch" zurückwies.

Österreich ist zusammen mit Deutschland, den Benelux-Staaten, Frankreich, Schweden und Finnland Teil der sogenannten Koalition der Willigen, deren Mitglieder bereit wären, Flüchtlinge auf legalem Weg aus der Türkei zu holen. Vor Beginn des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag in Brüssel soll dazu in der Österreichischen Vertretung ein Treffen der acht Staaten

stattfinden, auch der griechische Premier Alexis Tsipras und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker werden teilnehmen.

### **Mehr zum Thema**

Bewährungsprobe für Polizeizentrum (16.12.2015)  
Amnesty: Türkei steckt Flüchtlinge in Haftzentren (16.12.2015)  
Seehofer gibt sich in der Flüchtlingsfrage versöhnlich (16.12.2015)  
EU will Grenzschutz verstärken (15.12.2015)

Faymann zeigte sich gegenüber der "Welt" zudem offen für einen Vorschlag des luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn, die aus der Türkei umgesiedelten Flüchtlinge von jenen 160.000 Schutzsuchenden abzuziehen, die aus Italien und Griechenland verteilt werden sollen. "Wenn ein EU-Land bereit ist, Flüchtlinge direkt aus der Türkei zu sich zu holen, so wäre es denkbar, dass dieses Land dementsprechend weniger Flüchtlinge aus Italien oder Griechenland aufnehmen muss", so der Kanzler.

Bereits jetzt haben sich die EU-Staaten auf das Resettlement von 20.000 von der UNO anerkannten Flüchtlingen direkt aus Krisengebieten sowie die Umverteilung von insgesamt 160.000 über Italien und Griechenland in die EU eingereisten Schutzsuchenden geeinigt. Bis 11. Dezember wurden davon laut Angaben der EU-Kommission jedoch lediglich 184 Flüchtlinge umverteilt.

## **Wirtschaft**

### **Österreicher kaufen Palmers zurück**

*WIEN. Der österreichische Wäschekonzern Palmers wechselt den Eigentümer. Das Brüdertrio Marc, Tino und Luca Wieser sowie eine Investorengruppe um Gernot Friedhuber haben die Palmers Textil AG zur Gänze übernommen.*

Der traditionsreiche Wäschekonzern Palmers gehört künftig wieder Österreichern. Die bisher beteiligten Investmentfonds stoßen ihre Anteile ab, eine heimische Investorengruppe übernimmt die Palmers Textil AG zur Gänze. Die Käufer kündigten am Mittwoch eine Markenoffensive an. "Unsere Vision ist, das Unternehmen nun auch international in den Vordergrund zu bringen", erklärte Marc Wieser.

Wieser sowie seine Brüder Tino und Luca haben gemeinsam mit Gernot Friedhuber und weiteren Investoren zugeschlagen. Der Kaufpreis wird nicht verraten, darüber sei Stillschweigen vereinbart worden, hieß es am Mittwoch in einer Pressemitteilung. Fixiert wurde der Kauf am Tag zuvor. In einem "Kurier"-Bericht vom heurigen Sommer war von einem Kaufpreis von 8 bis 10 Millionen Euro die Rede.

Laut "FirmenCompass" gehörte die Palmers Holding bisher neun verschiedenen Gesellschaftern. Die größten Eigentümer waren der deutsche Fonds Quadriga Capital, der über zwei Gesellschaften rund 56 Prozent hielt, die 21 Centrale Partners mit 23 Prozent sowie die Lead Equities Mittelstandsförderung AG mit knapp 18 Prozent.

Die neuen Palmers-Eigentümer, die drei Wieser-Brüder, stammen aus Graz und haben den Angaben zufolge mit der MTM Textilhandel GmbH unter anderem Flagship-Stores und Standortkonzepte für Marken wie Benetton und Nike umgesetzt. Friedhuber wiederum erlangte vor allem als Organisator der World Stunt Awards im Auftrag von Red Bull Bekanntheit. Daneben gründete und finanzierte er Start-ups.

### **Management und Aufsichtsrat werden umgekrempelt**

Als erster Schritt werden das Management und der Aufsichtsrat umgekrempelt. Marc und Tino Wieser ziehen neu in den Vorstand ein, der bisherige Alleinvorstand Wolfgang Neussner bleibt aber an Bord. In den Aufsichtsrat berufen wurden der Steuerberater Christian Zwach, der Anwalt Christian Nordberg sowie der frühere Chef von Benetton und Geox, Fabrizio De Nardis.

Das Brüdertrio will vor allem auf Qualität setzen. Man sehe ein großes Potenzial in den Marken Palmers und p2 Bodywear, so Marc Wieser. "Palmers ist ein österreichisches Juwel, das seine Strahlkraft auf globales Niveau bringen wird", kündigte er an. Ausgebaut werden soll auch der Onlinehandel.

Palmers hat aktuell rund 300 Filialen und 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 550 in Österreich. Verkaufserlöse hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, zuletzt diesen Sommer. 2007 wurde sogar über einen Börsengang gemunkelt. Der Wäschekonzern wurde vor 100 Jahren gegründet und stand bis 2004 im Familienbesitz, bevor Quadriga Capital und Lead Equities für

ungefähr 50 Mio. Euro alle Anteile übernehmen.

### **1914 gegründet**

Unternehmensgründer war Ludwig Palmers, der 1914 in Innsbruck mit einem Wäschebusiness startete. 1936 folgte die erste Palmers-Verkaufsstelle, die von einem Franchisenehmer geführt wurde. Der Startschuss zur Expansion mit vorerst 45 Palmers-Geschäften fiel nach dem Zweiten Weltkrieg. Ludwig Palmers Sohn Walter gelang es in der Folge österreichweit ein flächendeckendes Netz an grünen Palmers-Filialen aufzubauen.

Zuletzt kämpfte Palmers mit den Nachwehen der Pleite um die französische Palmers-Tochter Lejaby im Jahr 2011. Der 2008 erworbene französische Dessoushersteller entpuppte sich für Palmers als Sanierungsfall. Die Restrukturierung kam in den vergangenen zwei Jahren aber voran. Nach Gewinnen 2014 und 2015 ist das Eigenkapital nun wieder im grünen Bereich. Auch die Aktien sowie die Markenrechte sind nicht mehr an die Erste Bank verpfändet. Palmers hat heuer zudem die Kosmetik-Sparte p2 an die französische Maesa Group umkolportierte 30 Mio. Euro verkauft. Im Geschäftsjahr 2014/15 (bis 31. Jänner) schrieb Palmers einen Nettogewinn von 3,5 Millionen Euro, nach 10,6 Millionen Euro im Jahr davor. Wegen interner Abläufe und saisonalen Kollektionen verschob Palmers heuer den Bilanzstichtag auf den 31. Juli. Im Rumpfgeschäftsjahr Jänner bis Juli 2015 weist die Konzernholding einen Jahresüberschuss von 17,2 Millionen Euro aus.

### **Inflation auf tiefstem Wert seit 2009**

*WIEN. Die Inflationsrate in Österreich ist im November von 0,7 auf 0,6 Prozent gesunken und hat damit den niedrigsten Stand seit Herbst 2009 erreicht.*

Grund dafür waren weitere Verbilligungen bei Treibstoffen, die binnen Jahresfrist um mehr als 14 Prozent zurückgegangen sind.

Für die Wohnungsmieten ermittelte die Statistik Austria einen Anstieg um 3,2 Prozent, für Wohnen, Wasser und Energie zusammen ein Plus von 0,8 Prozent. Hauptpreistreiber war der Bereich "Restaurants und Hotels" mit durchschnittlich 3,2 Prozent Teuerung.

Der Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH) kletterte auch im November im Jahresabstand um 0,9 Prozent, hier liegt der Anstieg meist leicht über dem allgemeinen VPI. Der für die Eurozone errechnete harmonisierte VPI (HVPI) lag im November um 0,5 (Oktober 0,7) Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert, hieß es am Mittwoch.

### **Welser Amedia Hotelgruppe expandiert stark**

*WELS. Die Welser Hotegruppe Amedia übernimmt ein 200-Betten-Hotel in Prag um acht Millionen Euro. Weitere Übernahmen der Welser Hotelgruppe im Jahr 2016 werden folgen, teilt das Unternehmen mit.*

Die in Wels ansässige Hotelgesellschaft Amedia Hotel GmbH hat das Hotel in Prag über ihre Muttergesellschaft, die AHC International Consulting AG, erworben. Somit erweiterte sich das Hotelportfolio der AHC International Consulting AG auf europaweit insgesamt neun Eigenimmobilien und weitere acht mit langfristigen Betreiberverträgen.

Udo M. Chistée, Chef der Amedia-Gruppe, zur Expansion: „Wir wachsen weiter – Anfang März 2016 wird das ehemalige Mercure Wingshotel Frankfurt Airport mit 427 Zimmern übernommen, ebenfalls im März erhält auch der Amsterdam Schiphol Airport ein Amedia-Hotel mit 137 Zimmern. Und bis Mitte nächsten Jahres wird das Hotel in Dresden, das gerade direkt neben der Frauenkirche entsteht, mit seinen 107 Zimmern eröffnet.“

### **Auch in Linz ab Sommer 2017 neues Hotel**

Weitere Projekte sind in Planung, so wird in Linz ab Sommer 2017 ein Hotel mit 100 Zimmern stehen. Die Amedia-Hotels firmieren unter der Marke „Best Western“ und werden von der deutschen Plaza-Gruppe durch deren Geschäftsführer Yonca und Ihsan Yalaz geführt. „Wenn es zu keinem massiven Konjunkturerinbruch kommt, soll das Portfolio in Europa bis 2020 auf 40 Häuser mit rund 6000 Betten anwachsen“, blickt Amedia-Chef Udo M. Chistée optimistisch in die Zukunft. Vor einem Monat wurden die Luxury Suites mit 49 Wohneinheiten in Graz eröffnet.

### **Olaf ermittelt gegen VW**

*WOLFSBURG/BRÜSSEL. Neuer Aspekt im VW-Skandal: Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (Olaf) ermittelt einem Zeitungsbericht zufolge gegen Volkswagen. Es bestehe der Verdacht, dass der Autokonzern EU-Mittel für die Entwicklung umweltfreundlicher Motoren*

*zweckentfremdet habe.*

Dies berichtet die "Süddeutsche Zeitung" (Mittwochsausgabe) unter Berufung auf eine Behördensprecherin in Brüssel. Weitere Angaben könne die Sprecherin nicht machen, weil die Untersuchungen noch liefen.

In EU-Kreisen hieß es laut dem Bericht, die Betrugsbehörde der EU-Kommission interessiere die Frage, ob Volkswagen EU-Mittel für Forschung und Entwicklung zweckentfremdet und damit möglicherweise rechtswidrig eingesetzt habe. Im Fall des Autobauers gehe es vor allem um Kredite, die VW von der Europäischen Investitionsbank (EIB) erhalten hat.

Die Brüsseler Förderbank gewährte dem Volkswagen-Konzern demnach seit 1990 etwa 4,6 Milliarden Euro an günstigen Krediten. Mit dem Geld sollte unter anderem die Entwicklung umweltfreundlicher Motoren finanziert werden. Etwa 1,8 Milliarden Euro der Gesamtsumme muss VW noch zurückzahlen, wie es in dem "SZ"-Bericht heißt. Aus der EIB hieß es, dass die dort laufenden internen Untersuchungen fortgesetzt würden. Ein VW-Sprecher wollte den Vorgang auf Nachfrage der Zeitung nicht kommentieren.

Volkswagen wird seit Monaten von einem Abgas-Skandal gebeutelt. Der Konzern hatte im September zugeben müssen, dass weltweit bei rund elf Millionen Dieselfahrzeugen mehrerer Marken eine Manipulations-Software eingesetzt wurde, die den Stickoxid-Ausstoß im Testbetrieb als zu niedrig auswies.

## **Regionales**

### **Polizei schnappte zwei Einbrecherbanden**

*LINZ. Drei Männer sollen insgesamt 27 Mal Fahrräder im Linzer Stadtgebiet gestohlen haben. Und eine andere Gruppe brach immer wieder in Wohnungen, Autos und Lokale ein. Beide Banden gingen der Polizei nun ins Netz.*

Zwischen Mai und September brachen drei Männer - ein 33-jähriger obdachloser Afghane, ein 29-jähriger aus der russischen Föderation, ebenfalls ohne festen Wohnsitz, und ein amtsbekannter 27-jähriger Rumäne - in Keller und Spinde ein. Gemeinsam sollen sie 27 Straftaten mit einem Gesamtschaden von 19.000 Euro verursacht haben. So stahlen sie zum Beispiel sechs hochwertige Fahrräder einer Urlaubergruppe aus Deutschland in einer Tiefgarage eines Hotels in Linz.

### **Von Auto erfasst: Zweijähriger starb nach Unfall**

*MONDSEE. Seinen schweren Verletzungen erlag ein zweijähriger Bub, der am Montag von einem Auto erfasst worden war.*

Eine 64-jährigen Tagesmutter und der Bub wollten am Montag gegen 15.10 Uhr in Mondsee die B154 überqueren. Ein 73-jähriger Pensionist aus Mondsee dürfte die beiden übersehen haben und erfasste sie mit seinem Auto. Die Frau und das Kind wurden weggeschleudert und verletzt. Passanten leisteten sofort erste Hilfe, mit dem Notarztbuschrauber und dem Roten Kreuz wurden die Verletzten nach Salzburg ins Krankenhaus gebracht.

Dort erlag der Zweijährige am Dienstag seinen schweren Verletzungen.

### **Erste Bewährungsprobe für gemeinsames Polizeizentrum**

*LINZ/SCHÄRDING. Flüchtlinge, die nicht in Deutschland um Asyl ansuchen, werden nach Österreich zurückgeschickt. Da gibt es Klärungsbedarf.*

Seit Montag ist das gemeinsame Polizeikooperationszentrum (PKZ) von Deutschland und Österreich in Passau täglich 24 Stunden in Betrieb. Insgesamt 25 Beamte, sieben davon aus Österreich, sind in angemieteten Räumlichkeiten der Universität Passau im Einsatz. Im Endausbau sollen es 40 Polizisten sein. "Es soll ein Vorzeigeprojekt werden", sagt Landespolizeidirektor Andreas Pils. Das PKZ soll die Zusammenarbeit zwischen deutschen und österreichischen Behörden in der Flüchtlingskrise erleichtern. "2500 bis 3000 Menschen kommen immer noch täglich an die Grenze", sagt Pils. Vieles sei Routine geworden. Doch auch neue Herausforderungen warten. Seit einer Woche schicken die deutschen Behörden Flüchtlinge zurück nach Österreich, die nicht in Deutschland um Asyl ansuchen, sondern beispielsweise nach Schweden weiterziehen wollen. Bis zu 70 Menschen waren es täglich in den vergangenen Tagen. "Wir werden das Thema Rückführungen heute im PKZ besprechen", sagt Pils. Wichtig für die österreichischen Behörden sei es, über die Fluchtroute der Menschen informiert zu sein. Wenn sie über Italien oder Slowenien eingereist waren, könnten sie in

diese Länder zurückgebracht werden.

Der Großteil der nach Österreich zurücküberstellten Flüchtlinge suche nämlich auch hier nicht um Asyl an. "Dann wird ein fremdenpolizeiliches Verfahren eingeleitet", erklärt der Landespolizeidirektor. An dessen Ende könne die Abschiebung stehen.

### **Pläne zur Grenzschießung**

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" berichtete Anfang der Woche über Planspiele der deutschen Polizei, wie sie die Grenze zu Österreich schließen könnte. Demnach würden mehr als 60 große Grenzübergänge geschlossen und die Brücken über Salzach und Inn gesperrt werden. Auch Wasserwerfer könnten notfalls zum Einsatz kommen. Polizisten würden im Hinterland Menschen aufgreifen, die über die grüne Grenze ins Land kommen. Ein solches Vorgehen könne laut deutscher Polizei aber nur drei bis sieben Tage aufrechterhalten werden.

### **Mehr zum Thema**

Faymann will 50.000 Flüchtlinge nach Europa holen (16.12.2015)

Amnesty: Türkei steckt Flüchtlinge in Haftzentren (16.12.2015)

Seehofer gibt sich in der Flüchtlingsfrage versöhnlich (16.12.2015)

EU will Grenzschutz verstärken (15.12.2015)

"Die Politik verfolgt keine Strategie in diese Richtung. Es wird nur ein gemeinsames Vorgehen geben", ist Pilsl überzeugt.

### **Gefährlicher Keim: Intensivstation der Kinderklinik bleibt weiterhin gesperrt**

*LINZ. Säugling starb in Kinderklinik an Blutvergiftung, "vermutlich" ausgelöst durch Bakterien  
Inzwischen sind vier weitere Babys von multiresistenten Acinetobacter-Keimen befallen.*

Nach dem Tod eines Säuglings in der Landesfrauen- und Kinderklinik (LFKK) in Linz bleibt die chirurgische Intensivstation voraussichtlich bis zum Ende dieser Woche gesperrt. Alle planbaren Operationen seien verschoben worden, sagen Akh-Primar Jens Meier, der für die Station zuständig ist, und Gabriele Wiesinger-Eidenberger, die stellvertretende ärztliche Chefin der LFKK. Für Notoperationen stünden andere Räumlichkeiten zur Verfügung.

Wie berichtet soll das tote Kind an einer Blutvergiftung gestorben sein, die von dem Antibiotika-resistenten Krankenhauskeim Acinetobacter ausgelöst wurde. Dieser Zusammenhang sei zwar noch nicht abschließend geklärt. Dennoch sind bereits umfangreiche Vorsichts- und Hygienemaßnahmen angelaufen. Eine Spezialfirma wurde damit beauftragt, die Intensivstation chemisch mit Gas zu reinigen, sagt gespag-Sprecherin Jutta Oberweger. Dies werde voraussichtlich noch bis Ende dieser Woche dauern. Zu Wochenbeginn sei mit der Aufnahme des regulären OP-Programms zu rechnen.

Von jenen Kindern, bei denen der Keim nachgewiesen wurde, zeigen zwei keinerlei Symptome, sagt Primar Meier. Eines davon ist jenes Mädchen, das den Erreger aus einem Spital in Sarajevo nach Linz eingeschleppt haben dürfte. Aufgrund der Schwere seiner Grunderkrankung am Herzen kämpfte das Kind trotzdem ums Überleben. Bei einem dritten Säugling brach eine Lungenentzündung aus, allerdings spreche das Baby auf das Antibiotikum gut an. Bei dem vierten gestern bekannt gewordenen Fall handle es sich vorerst nur um einen Verdacht. Alle vier betroffenen Kinder seien in Quarantäne, ebenso wie drei Kinder, die bisher nicht vom Keim befallen sind. Dies sei eine reine Vorsichtsmaßnahme. Die Kinder würden individuell im Verhältnis 1:1 von einer Pflegekraft betreut, zudem gelten "Kittelpflege", Hauben- und Mundschutzpflicht.

Wie sich der Keim ausbreiten konnte, wird nun untersucht. Wie berichtet lässt auch die Staatsanwaltschaft Linz den Todesfall prüfen. Ersten Ergebnissen der Gerichtsmedizin zufolge steht fest, dass das Kind jedenfalls nicht an operativen Behandlungsfehlern starb. Das verstorbene Kind und das Baby aus Bosnien seien zu keiner Zeit im selben Raum gewesen, hieß es gestern. Auch 120 Mitarbeiter der LFKK und des AKH wurden untersucht. 80 Prozent dieser Tests seien abgeschlossen und negativ; es wurde kein Keimbefall festgestellt. (staro)

**Online - Donnerstag, 17. Dezember 2015**

## **Politik**

## **Stelzer will Wertekodex an allen Schulen des Landes**

*LINZ. Aktuell besuchen mehr als 1400 Flüchtlingskinder Oberösterreichs Schulen.*

"Man muss offen aussprechen, dass wir aufgrund der hohen Anzahl an schulpflichtigen Flüchtlingskindern, die vorwiegend aus anderen Kulturkreisen kommen, vor großen Herausforderungen stehen", sagt Landeshauptmann-Stv. Thomas Stelzer (VP). Stelzer, in der Landesregierung für das Bildungsressort verantwortlich, will daher einen Wertekodex erstellen, der an alle Schüler in Oberösterreich verteilt werden soll. Dadurch soll das wechselseitige Verständnis für andere Kulturkreise gefördert werden, aber auch die Akzeptanz unserer Sitten, christlichen Feste und Symbole. "In Oberösterreich darf natürlich jeder seine Religion ausüben, daran wird nicht gerüttelt. Aber in Oberösterreich gehört es auch dazu, dass in den Schulen ein Kreuz hängt und christliche Feste gefeiert werden. Falsch verstandene Toleranz darf nicht dazu führen, dass wir uns von wichtigen religiösen Festen und Symbolen verabschieden", sagt Stelzer.

Der Kodex soll je nach Schulstufe unterschiedlich aufbereitet und auch bei Sprachbarrieren durch Illustrationen leicht verständlich sein. Er wird derzeit erarbeitet und soll im Sommersemester zur Verfügung stehen.

Einmal mehr verteidigt Stelzer die von der schwarz-blauen Landeskoalition forcierte Deutschpflicht an Schulen, vor allem auch in den Unterrichtspausen. Das rasche Erlernen der deutschen Sprache sei der Schlüssel für erfolgreiche Integration, so Stelzer. Er fühle sich durch zahlreiche positive Rückmeldungen von Lehrern, Schuldirektoren und Eltern bestätigt. Kritik an fehlenden Sanktionsmöglichkeiten für diese Deutschpflicht wiegt für Stelzer nicht schwer: "Es geht nicht darum, wie wir Kinder strafen können, sondern darum, wie erfolgreiche Integration gelingen kann. Dazu braucht es gemeinsame Regeln", sagt Stelzer.

### **Mehr zum Thema**

- 7500 Flüchtlinge reisten heim (17.12.2015)
- Faymann will 50.000 Flüchtlinge holen (17.12.2015)
- Faymann will 50.000 Flüchtlinge nach Europa holen (16.12.2015)
- Bewährungsprobe für Polizeizentrum (16.12.2015)

## **Gleiches Recht für alle beim Datenschutz**

*Nach vier Jahren brachte die EU die neuen, einheitlichen Regeln unter Dach und Fach.*

Es gab einmal eine Zeit ohne Facebook, ohne schier pausenlose Online-Kommunikation und ohne das Hochladen von Urlaubsfotos ins Internet. Aus dieser Zeit stammen die aktuell geltenden Regeln zum Datenschutz in der EU.

Die Richtlinie aus dem Jahr 1995 ist längst nicht mehr zeitgemäß. Und sie wird in allen 28 Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgelegt, was zu einem Fleckerlteppich beim europäischen Datenschutz führte. Unternehmen können sich derzeit das Land aussuchen, in dem das Schutzniveau am niedrigsten ist.

Seit vier Jahren wurde nun an einer neuen Verordnung gefeilt. Am späten Dienstagabend haben sich die Verhandler von EU-Parlament, Mitgliedstaaten und Kommission schließlich auf die künftigen Regeln zum Datenschutz geeinigt.

Für die Nutzer bringen sie einige Vorteile. Mehr Kontrolle über die eigenen Daten, das ist das Hauptanliegen der neuen Verordnung. Festgeschrieben ist darin etwa das "Recht auf Vergessen". Nutzer können damit von Anbietern im Internet verlangen, ihre persönlichen Daten oder auch Fotos zu löschen.

### **Mehr zum Thema**

- EU-Abgeordnete einig über Datenschutzregeln (17.10.2013)
- Verschreibungsdaten: Auch Spitäler liefern Daten an IMS Health (22.08.2013)
- Heftige Kontroverse um geplante Elektronische Gesundheitsakte (22.08.2013)
- Auch die Experten sehen den Datenschutz am Ende (22.08.2013)

## **Bei Wechsel Daten mitgeben**

Außerdem bekommen die Verbraucher das Recht, Freundeslisten, Fotos und persönliche Informationen zu einem anderen Anbieter zu transferieren. Wechselt ein Nutzer etwa von Facebook zu einem anderen Portal, muss der Social-Media-Riese die Daten mitgeben.

Wer Probleme mit einem Internetanbieter im Ausland hat, kann sich künftig in der eigenen Sprache

und im eigenen Land an die Datenschutzbehörde wenden. Bisher konnte eine Beschwerde nur in jenem Staat eingebracht werden, in dem das Unternehmen seinen Europasitz hat. Der Österreicher Max Schrems musste mit seiner Klage gegen Facebook bekanntlich nach Irland ziehen. Die neuen Regeln gelten für alle Unternehmen in der EU gleichermaßen, egal wo sie ihren Sitz haben. Und sie gelten für außereuropäische Firmen, die Daten von EU-Bürgern verarbeiten.

Wer sich nicht daran hält, dem drohen Strafen. In welcher Höhe, das war bis zuletzt einer der umstrittensten Punkte in den Verhandlungen. Letztlich ist das Strafmaß saftig ausgefallen: Bis zu vier Prozent ihres Jahresumsatzes müssen Unternehmen zahlen, wenn sie die Datenschutzverordnung missachten. Damit sollen auch umsatzstarke Firmen in die Schranken gewiesen werden. Die Verordnung soll 2018 in Kraft treten. Die politische Einigung wurde am Dienstagabend in den Trilogverhandlungen zwischen Kommission, EU-Parlament und Rat erzielt. Formal muss der Beschluss sowohl im Rat als auch im Parlament noch angenommen werden. Die finalen Abstimmungen werden voraussichtlich im Jänner stattfinden.

### **Donald Trump: "Unser Land ist außer Kontrolle"**

*WASHINGTON. Präsidentschaftskandidaten der Republikaner debattierten über Anti-IS-Kampf und nationale Sicherheit.*

In ihrer ersten TV-Debatte seit den Anschlägen von Paris und San Bernardino haben sich die Präsidentschaftsbewerber der US-Republikaner einen Schlagabtausch über die nationale Sicherheit und den Kampf gegen den IS geliefert. Der in Umfragen führende Geschäftsmann Donald Trump verteidigte dabei in Las Vegas seine umstrittene Forderung nach einem Einreiseverbot für Muslime. "Unser Land ist außer Kontrolle", sagte Trump. Bei seinem Vorschlag gehe es nicht um Abschottung oder Religion, sondern um "Sicherheit". Der Milliardär bekräftigte auch seine Idee, das Internet im Kampf gegen Extremisten teilweise zu "schließen". "Zur Hölle, ich will Leute, die uns und unsere Nation töten wollen, nicht unser Internet nutzen lassen", sagte er.

Floridas Ex-Gouverneur Jeb Bush warf Trump vor, über keine ernsthafte Strategie zu verfügen. Ein pauschales Einreiseverbot für Muslime würde die Verbündeten in der arabischen Welt im Kampf gegen die Dschihadisten verprellen.

Senator Ted Cruz forderte ein stärkeres militärisches Vorgehen. Amerika sei im Krieg mit dem radikalen islamischen Terrorismus. Hochburgen der IS-Miliz würde er mit einem "Bombenteppich" überziehen. Außerdem verlangte er strengere Grenzkontrollen. Senator Marco Rubio forderte mehr Kompetenzen für den Geheimdienst beim Überwachen der Telefon- und Internetkommunikation.

### **Faymann will 50.000 Flüchtlinge aus der Türkei nach Europa holen**

*WIEN. Mit einem neuen Vorschlag zur Flüchtlingsverteilung in Europa meldete sich Bundeskanzler Werner Faymann (SP) in der deutschen Zeitung "Die Welt" zu Wort.*

In einem Interview spricht er sich für die Umsiedelung von 40.000 bis 50.000 syrischen Flüchtlingen von der Türkei in die EU aus. Dies sei aber nur dann eine Option, "wenn der Grenzschutz in der Türkei künftig so funktioniert, dass nur noch sehr wenige Flüchtlinge von dort in die EU gelangen". "Es darf auf keinen Fall passieren, dass die Fluchtbewegung nach Europa weitergeht und die EU aus der Türkei zusätzlich noch Flüchtlinge aufnimmt", fügte Faymann hinzu. Zugleich rief er alle 28 Mitgliedsstaaten dazu auf, sich an der Maßnahme zu beteiligen.

Über die Umsiedelung (Resettlement) von durch die UNO anerkannten Flüchtlingen aus der Türkei wird seit Wochen diskutiert. Zwischenzeitlich wurden sogar Kontingente von bis zu 500.000 Schutzsuchenden kolportiert.

### **Umgesiedelte "abziehen"**

Österreich ist zusammen mit Deutschland, den Benelux-Staaten, Frankreich, Schweden und Finnland Teil der "Koalition der Willigen", deren Mitglieder bereit wären, Flüchtlinge auf legalem Weg aus der Türkei zu holen.

#### **Mehr zum Thema**

Stelzer will Wertekodex an allen Schulen des Landes (17.12.2015)

7500 Flüchtlinge reisten heim (17.12.2015)

Faymann will 50.000 Flüchtlinge nach Europa holen (16.12.2015)

Bewährungsprobe für Polizeizentrum (16.12.2015)

Faymann zeigte sich zudem offen für einen Vorschlag des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn, die aus der Türkei umgesiedelten Flüchtlinge von jenen 160.000 abzuziehen, die aus Italien und Griechenland verteilt werden sollen. "Wenn ein EU-Land bereit ist, Flüchtlinge direkt aus der Türkei zu sich zu holen, so wäre es denkbar, dass dieses Land weniger Flüchtlinge aus Italien oder Griechenland aufnehmen muss."

Bereits jetzt haben sich die EU-Staaten auf das "Resettlement" von 20.000 von der UNO anerkannten Flüchtlingen direkt aus Krisengebieten sowie die Umverteilung von 160.000 über Italien und Griechenland eingereisten Schutzsuchenden geeinigt. Bis 11. Dezember wurden jedoch lediglich 184 Flüchtlinge umverteilt.

### **Flüchtlinge in Haftzentren?**

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty hat der Türkei unterdessen vorgeworfen, seit September Hunderte Flüchtlinge an der Westgrenze der Türkei festgenommen und in Haftzentren im Süden und Osten gebracht zu haben. Das geht aus einem gestern veröffentlichten Bericht unter dem Titel "Europe's Gatekeeper" (Europas Türhüter) hervor. Die Türkei stelle die Menschen "vor eine unmenschliche Wahl: Entweder sie bleiben auf unbestimmte Zeit in Haft, oder sie kehren in ihre Heimatländer Syrien und Irak zurück, wo ihnen Verfolgung, Folter und Tod drohen", sagte Wiebke Judith, Asyl-Expertin bei Amnesty.

### **Treffen der „Willigen“ vor EU-Gipfel**

Hohen Besuch gibt es heute in der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel. Kanzler Werner Faymann lädt vor dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs zu einem Treffen im kleineren Kreis. Versammelt wird die „Koalition der Willigen“ sein, wie die Runde jener Länder genannt wird, die in der Flüchtlingskrise auf Solidarität und verstärkte Zusammenarbeit setzen.

Vertreten sind unter anderem Deutschland, Belgien, Schweden und Luxemburg. Bei dem Treffen werden die Fortschritte in der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans mit der Türkei besprochen. Deshalb wird auch der türkische Premier Ahmet Davutoglu anreisen. In Ratskreisen wertet man das Treffen lediglich als „Zeichen des intensiveren Dialogs“. Es gehe in erster Linie um eine Bestandsaufnahme.

### **Flüchtlingskrise Gipfelthema**

Über die Verteilung von Flüchtlingen aus der Türkei soll aus österreichischer Sicht gesprochen werden, allerdings noch nicht über konkrete Zahlen. Aus deutschen Regierungskreisen hieß es gestern, die Verteilung von Flüchtlingen aus der Türkei sei noch kein Thema.

Über die Ergebnisse des Treffens wollen die Staats- und Regierungschefs jedenfalls wenige Stunden später ihren Amtskollegen beim EU-Gipfel in der Runde der 28 Länder berichten. Dort ist die Flüchtlingskrise erneut eines der Hauptthemen, der Fokus der Gespräche liegt auf der Sicherung der Außengrenzen.

Einen ersten Austausch wird es zum Vorschlag der EU-Kommission geben, eine starke europäische Grenz- und Küstenwache aufzustellen. Zweites großes Thema beim heutigen Gipfel ist das bevorstehende britische Referendum. (pack)

## **Wirtschaft**

### **Steuerreform und Asylthema pushen 2016 Österreichs Konjunktur**

*WIEN. Steuerreform und Flüchtlinge werden Österreichs Wirtschaftswachstum 2016 und 2017 beschleunigen, erwarten Wifo und IHS.*

Die Institute rechnen für die beiden Jahre mit je 1,6 bis 1,7 Prozent realem BIP-Anstieg, nach heuer 0,8 Prozent. Damit würde Österreich nach zwei Jahren Pause wieder so schnell expandieren wie die Eurozone. Aber die Arbeitslosigkeit steigt weiter bis auf rund 10 Prozent 2017.

Insgesamt ist die konjunkturelle "Grunddynamik" derzeit noch schwach, konstatieren die Experten in ihrer neuen vierteljährlichen Prognose von Donnerstag. Doch wird der private Konsum 2016 durch die Steuerreform unterstützt - laut Wifo soll sich allein das mit plus 0,4 Prozent positiv aufs BIP durchschlagen. Und "ein ebenso kräftiger Impuls kommt von der Flüchtlingsmigration", wie das Wirtschaftsforschungsinstitut erklärt.

Das IHS rechnet für 2016 mit einer Beschleunigung der privaten Konsumausgaben von heuer 0,4 auf 1,5 Prozent, 2017 dann mit 1,3 Prozent Zuwachs. Die Steuerreform sollte über höhere verfügbare Einkommen den Privatkonsum antreiben, "und auch von den defizitfinanzierten Ausgaben für die Asylwerber gehen zusätzliche Nachfrageimpulse aus".

Auch das außenwirtschaftliche Umfeld sollte sich 2016 bessern und im Inland die Ausstattungsinvestitionen anziehen, glauben die Experten. Der Bausektor werde freilich weiter zurückbleiben - doch die heimischen Exporte sollten sich verbessern.

Der Rückgang der Ölpreise dämpft die Inflation heuer auf 0,9 Prozent. Dieser Effekt klingt aber ab, und zudem wirkt die Steuerreform via Mehrwertsteuererhöhung preistreibend, sodass die Inflationsrate 2016 bei 1,5 und 2017 bei 1,7 bis 1,8 Prozent liegen dürfte.

Die Bankenhilfen belasten die öffentlichen Haushalte auch in den kommenden Jahren, wenn auch etwas weniger. Das Wifo erwartet 2016 einen Anstieg des Maastricht-Defizits von 1,6 auf 1,9 Prozent des BIP, 2017 aber einen Rückgang auf 1,7 Prozent. Das IHS sieht - auch wegen der höheren Ausgaben für Asylwerber - die Defizitquote von heuer 1,7 auf 2,1 Prozent 2016 klettern, dann auf 1,7 Prozent sinken. 2016 und 2017 werde das Ziel eines strukturellen Nulldefizits ohne zusätzliche Maßnahmen nicht ganz erreicht.

### **Wirtschaftswachstum: Heiteres Prognoseraten?**

*Nach der Notenbank präsentieren heute Wifo und IHS ihre BIP-Prognose: Aber lagen sie damit jemals richtig?*

Christoph Leitl sagt, er wettet nicht. Also hat der Präsident der Wirtschaftskammer für den Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zwei Kisten guten österreichischen Weins ausgelobt. Damit Ewald Nowotny in dessen Genuss kommt, müssen allerdings die Prognosen seiner Volkswirte für das kommende Jahr stimmen. Und das ist beileibe keine Bank.

1,9 Prozent Wirtschaftswachstum sagt die OeNB Österreich für 2016 voraus. Heute, Donnerstag, präsentieren das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS) ihre Prognose. Diese Vorhersagen sind nicht nur vielbeachtet. Sie haben auch unmittelbare Auswirkungen. Sie werden für die Budgeterstellung der öffentlichen Hand genauso als Basis herangezogen wie von Unternehmen für die Planungen des folgenden Jahres. In der Politik kann das bisweilen fatal sein. Sind die Prognosen zu sehr von Zweckoptimismus geprägt, dienen sie als Ausrede dafür, strukturelle Veränderungen und Sparmaßnahmen zu zurückhaltend anzugehen. Motto: Mit ein bisschen mehr Wachstum geht sich das alles eh irgendwie aus.

Zwar ist man hinterher immer gescheiter. Dennoch lohnt es sich, die Prognosen mit den tatsächlichen Ergebnissen zu vergleichen.

### **Sommerprognosen? Oje**

Am ehesten Chance auf Richtigkeit haben die Prognosen, die im Dezember für das Folgejahr präsentiert werden. Über Sommerprognosen und Voraussagen für das übernächste Jahr soll dagegen aus Gründen des Weihnachtsfriedens der Mantel des Schweigens gebreitet werden. Die Abweichung von Prognose und Wirklichkeit war da zum Teil massiv.

Kleiner Blick zurück: Als die Lehman Brothers in den USA im Herbst 2008 pleitegingen und die Welt ein Stück mitrissen, prophezeiten Notenbank, IHS und Wifo einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,1 bis 0,5 Prozent. Tatsächlich haben auch die Wirtschaftsforscher die Folgen dieses Ereignisses unterschätzt. Österreichs Wirtschaft schrumpfte 2009 um 3,8 Prozent.

In den beiden folgenden Jahren waren sie dagegen zu zaghaft. Für 2010 sagten sie ein Wachstum von einem bis 1,5 Prozent voraus, für 2011 2,0 bis 2,1 Prozent. Tatsächlich wurden es 1,9 und 2,8 Prozent.

### **Zweckoptimismus**

In den vergangenen drei Jahren hatte man wiederum das Gefühl, die Prognosen wären von Zweckoptimismus geprägt. Für 2013 waren 0,5 bis 1,0 Prozent vorhergesagt (im Sommer davor das Doppelte). Letztlich wuchs Österreichs Wirtschaft nur um 0,3 Prozent.

Für 2014 übten sich die Volkswirte mit einer Prognose von 1,6 bis 1,7 Prozent in Zuversicht. Es wurden aber nur 0,4 Prozent. Für 2015 waren alle zurückhaltender, sagten 0,5 bis ein Prozent Wachstum voraus und dürften damit seit einiger Zeit wieder ziemlich richtig liegen.

### **Voestalpine reduziert Umsatzziel**

*LINZ. Heute Vormittag präsentiert der Linzer Stahlkonzern voestalpine seine Fortschritte bei der „Strategie 2020“. Bei den Gewinnzielen sei man auf Plan. Das Umsatzziel wird von 20 auf 15 Milliarden Euro gesenkt.*

Eine erste Zwischenbilanz zieht die voestalpine zu ihrer im Dezember 2012 verabschiedeten Strategie für den Zeitraum bis 2020. Ziel ist neben einer innovationsgetriebene Differenzierung die

Internationalisierung außerhalb Europas. Dabei liege der Konzern auf Plan, heißt es in einer Mitteilung. Nicht im Plan ist hingegen der Umsatz: Die ursprünglich für 2020 geplanten 20 Milliarden Euro seien aufgrund der anhaltend kritischen globalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zu halten. Nach den aktuellen Planungen soll der Umsatz auf Basis einer durchschnittlichen Wachstumsrate von fünf Prozent pro Jahr bei 15 Milliarden Euro zu liegen kommen.

Halten will die voestalpine hingegen ihre Rentabilitätsziele. So lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014/15 sowohl die EBITDA-Marge mit 13,7 % (Ziel 2020: 14 %), die EBIT-Marge mit 7,9 % (Ziel 2020: 9 %) als auch der ROCE (Return on Capital Employed) mit 10 % (Ziel 2020: 15 %) auf dem definierten Pfad. Insbesondere bei der EBITDA-Marge sind die bis 2020 angestrebten 14 % bereits heute nahezu erreicht.

„Stahl wird auch in Zukunft die Kernwerkstoffbasis des Konzerns bilden. Gleichzeitig werden wir aber andere Metalle wie Titan oder Aluminium verstärkt in der Weiterverarbeitung einsetzen. Gerade die Kombination aus Werkstoff- und Verarbeitungskompetenz war in den letzten Jahren ein immer wichtigerer Erfolgsfaktor, auf den wir in Zukunft noch verstärkt bauen werden“, erklärt Vorstandsvorsitzender Wolfgang Eder.

Die voestalpine werde auch künftig weder Autos noch Flugzeuge herstellen, setze aber auf der Innovationsseite einen klaren Schwerpunkt in Richtung Produkt- und Systemlösungen für diese technologieintensiven Branchen. Gerade im Kundensegment Mobilität ist dieses Konzept mit Produkten wie Komponenten für den Automobilkarosseriebau, Triebwerksaufhängungen und Turbinenkomponenten für Flugzeuge oder auch Schienen- und Weichenkomplettsystemen für weltweite Bahninfrastrukturprojekte ein Wachstumstreiber.

#### **Mehr zum Thema**

voestalpine erneut unter Kartellverdacht (26.11.2015)

Voestalpine bestellt Anlage beim Nachbarn Primetals (24.11.2015)

Trotz höherem Gewinn kippt voestalpine Prognose (12.11.2015)

voestalpine steigerte Gewinn und Umsatz (11.11.2015)

Die Hälfte des Gesamtumsatzes soll 2020 im Bereich Mobilität (Automobil –Bahn – Flugzeug) erzielt werden.

#### **Erster Schritt in Richtung Normalität: US-Notenbank Fed erhöht die Zinsen**

*WASHINGTON. Seit zwei Jahren wird darüber diskutiert, jetzt ist es endlich so weit: Die US-amerikanische Notenbank hat erstmals seit 2006 wieder die Leitzinsen erhöht.*

Überraschung war es keine. Die Chefin der Federal Reserve, Janet Yellen, hatte die Finanzmärkte auf diesen Zinsschritt eingestimmt.

Zuletzt hatte es 2006 eine Erhöhung der Leitzinsen gegeben (siehe Grafik). Danach senkte die Notenbank den Zinssatz schrittweise bis auf die Spanne von 0 bis 0,25 Prozent, um den Folgen der Finanzkrise zu begegnen. Yellen beließ ihn lange dort. Nach der Erholung der US-Wirtschaft und stabilen Daten vom Arbeitsmarkt sah die Fed den Moment für eine Wende hin zu einer Normalisierung ihrer Geldpolitik gekommen.

Die Entscheidung war weltweit mit Spannung erwartet worden, gilt die Geldpolitik der USA wegen der Bedeutung des Dollar doch als richtungsweisend für die globalen Finanzmärkte.

#### **"Historische Entscheidung"**

"Die heutige Entscheidung der Fed, die Zinsen zum ersten Mal seit fast zehn Jahren zu erhöhen, ist ein historischer Moment. Die Zinsanhebung markiert das offizielle Ende der globalen Finanzkrise für die USA und bildet den Auftakt zu einer Normalisierung der amerikanischen Geldpolitik", sagte David Folkerts-Landau, Chefvolkswirt der Deutschen Bank.

Vor dem Hintergrund, dass auf dem US-Arbeitsmarkt nahezu Vollbeschäftigung herrsche und im kommenden Jahr ein Anstieg der Inflation erwartet werde, sei eine Anhebung der Zinsen längst überfällig gewesen, so Folkerts-Landau.

Anders als in den USA ist in der Eurozone eine Zinswende nicht in Sicht. Daher dürfte im Zuge dieser Entscheidung der Fed die europäische Gemeinschaftswährung tendenziell abwerten. Hiervon profitieren die Exporteure aus der Eurozone, da ihre Produkte im Dollar-Raum günstiger werden.

Der Chef-Volkswirt der BayernLB, Jürgen Michels, erwartet, dass der Euro unter den im März erreichten Jahrestiefststand von rund 1,05 Dollar rutschen wird. Andere Finanzexperten erwarten

sogar, dass der Euro erstmals seit 2002 wieder unter die Marke von einem Dollar, der sogenannten Parität, sinken könnte.

Die Schwellenländer geraten mit dieser Entscheidung unter Druck. Deren Regierungen müssen sich darauf einstellen, dass verstärkt Geld aus ihren Ländern abfließt. Sie gehörten zu den Profiteuren der bisherigen Fed-Politik, da sie lange ausländische Anleger mit hohen Zinsen und starkem Wirtschaftswachstum anlockten. Nun werden Investoren ihr Geld wieder abziehen und es in US-Papiere investieren, weil diese jetzt weiter steigende Renditen versprechen.

Für die US-Börsen erwarten Experten keine dramatischen Auswirkungen, gelten doch die US-Aktien schon jetzt als relativ hoch bewertet.

## **Regionales**

### **Über Rückkehr der Ampelpärchen wird im Jänner entschieden**

*LINZ. Keine Gefahr in Verzug. So einfach lautete die Begründung des Linzer Bürgermeisters Klaus Luger (SP), warum in der heutigen Gemeinderatssitzung zwei Anträge zur Rückkehr der Linzer Ampelpärchen – von den Neos sowie den Grünen mit der KPÖ - nicht behandelt werden.*

Daher schlug Luger dem Gemeinderat vor, dieses Thema nicht in der Budgetsitzung zu behandeln. „Der Budgetgemeinderat dient der inhaltlichen sowie politischen Diskussion wichtigerer Themen“, sagte Luger.

Zuvor wurde ein vom Bürgermeister im Stadtsenat eingebrachter Antrag zu den Ampelpärchen wie erwartet abgelehnt. Mit Gegenstimmen der FPÖ und bei Stimmenthaltung der ÖVP konnte keine Mehrheit für eine Rückkehr der Licht-Symbole der Toleranz gefunden werden. Somit wird erst frühestens in der nächsten Gemeinderatssitzung am 23. Jänner des kommenden Jahres das Thema entschieden. Es ist zu erwarten, dass die Anträge zur Rückkehr der Ampelpärchen auf die Mozartkreuzung dann erneut gestellt werden. Momentan bleibt es also dabei, dass die kontroversiell diskutierten hetero- und homosexuellen Ampelfiguren aus dem Stadtbild verschwunden sind.

### **Vier Kälber starben in brennendem Rinderstall**

*PFARRKIRCHEN. Donnerstagfrüh brach um 4.30 Uhr in einem Rinderstall ein Feuer aus. Der Altbauer hatte den Brand entdeckt und die Feuerwehr alarmiert.*

Die Feuerwehr Pfarrkirchen rief noch sechs Feuerwehren aus den angrenzenden Ortschaften zur Hilfe. Der Brand konnte relativ rasch gelöscht und ein Ausbreiten auf den gesamten Rinderstall verhindert werden.

Vier Kälber, die im Kälberstand untergebracht waren, konnten nicht mehr gerettet werden. Sie starben in den Flammen. Zur Brandursachenermittlung wurde der Bezirksbrandermittler der Polizeiinspektion Rohrbach hinzugezogen und die Brandgruppe beim Landeskriminalamt Oberösterreich verständigt. Die Schadenshöhe ist derzeit noch unbekannt.

### **Cousine kommt jetzt für Begräbnis von Taucher auf**

*STEINBACH. Am 29. November war ein 56-jähriger Taucher aus dem Großraum Linz nach einem Notaufstieg im Attersee verstorben.*

Der Fall hatte Aufsehen erregt, weil weder die Schwester noch die Kinder des Verunglückten die Bestattungskosten übernehmen wollten. Jetzt hat sich eine Cousine des Mannes dazu bereiterklärt. Sie wird eine Wasserbestattung in der Donau veranlassen.

„Wäre das nicht der Fall gewesen, hätten wir als Gemeinde eine würdige Bestattung organisiert“, sagt Nicole Eder, VP-Bürgermeisterin von Steinbach am Attersee. Der Tauchplatz "Ofen" nahe der so genannten "Schwarzen Brücke" liegt im Gemeindegebiet von Steinbach. Dort war der 56-Jährige in 90 Metern Tiefe in Schwierigkeiten geraten. Offenbar hatte er seinen Tauchanzug mit Luft gefüllt, um einen Notaufstieg zu machen. Andere Taucher sahen ihn leblos auf der Oberfläche treiben.

Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Es war heuer bereits der zweite tödliche Tauchunfall im Bezirk Vöcklabruck.

Der verstorbene 56-Jährige soll verfügt haben, dass sein Körper Gunther von Hagens für die Ausstellung "Körperwelten" zur Verfügung gestellt werden sollte. Nachdem der Leichnam für die Obduktion geöffnet worden war, soll von Hagens daran aber kein Interesse mehr gehabt haben.

### **Wettbüro in Linz überfallen**

*LINZ. Ein Wettbüro in der Wimhölzelstraße in Linz ist am Mittwoch überfallen worden. Der maskierte*

*Täter bedrohte die Angestellte des Wettlokals mit einer Pistole und zwang sie zur Herausgabe des Geldes aus ihrer Kellnerbrieftasche.*

Kurz vor 22:30 Uhr am Mittwochabend betrat ein maskierter Mann das Wettbüro in der Wimhölzelstraße und bedrohte die Angestellte mit einer silberfarbenen Pistole. Er nötigte sie zur Herausgabe des Geldes aus ihrer Kellnerbrieftasche. Mit der Beute flüchtete der Räuber dann zu Fuß in unbekannte Richtung. Die 39-jährige Angestellte blieb unverletzt. Zur Tatzeit waren keine Kunden im Wettbüro.

#### **Täterbeschreibung:**

*Der Mann ist 1,75 bis 1,80 Meter groß, von mittlerer Statur mit Bauchansatz. Er trug eine dünne, hellgrüne Jacke. Maskiert war er mit einer hellen Maske mit Sehschlitzen, bewaffnet mit einer silbernen Pistole.*

### **Online - Freitag, 18. Dezember 2015**

## **Politik**

### **Vertrauensindex: Viele Zuwächse, aber nicht für Mitterlehner**

*WIEN. Österreichs Bundespolitikern wird im aktuellen APA/OGM-Vertrauensindex ein positiveres Zeugnis als zuletzt ausgestellt. Reinhold Mitterlehner aber zählt zu den großen Verlierern.*

Erstmals seit Jahren fielen die Dezember-Beurteilungen in der deutlichen Mehrheit besser als im Monat zuvor aus, so OGM-Chef Wolfgang Bachmayer. 18 Zuwächse standen nur fünf (geringen) Verlusten gegenüber. Unter den Verlierern: Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP). Bachmaier sah dies in Zusammenhang mit der Weihnachtsstimmung, einem Gewöhnungseffekt an die Flüchtlingskrise und der geschlagenen Wiener Gemeinderatswahl. Für den Vertrauensindex wurden diese Woche 500 Personen von OGM online befragt (maximale Schwankungsbreite: 4,5 Prozent), ob sie den einzelnen Protagonisten der österreichischen Politik vertrauen oder nicht.

### **Fischer an der Spitze**

An der Spitze steht erneut Bundespräsident **Heinz Fischer** mit einem Vertrauenssaldo von 58, gefolgt von Außenminister **Sebastian Kurz** (ÖVP) mit 28 Punkten. Er hat seit Juni sechs Vertrauenspunkte gewonnen, drei davon seit November. Einen Zuwachs von drei Punkten konnten auch Sozialminister **Rudolf Hundstorfer** (SPÖ, 14) und Landwirtschaftsminister **André Rupprechter** (ÖVP, 13) verzeichnen.

**Mitterlehner**, der mit minus zwei Punkten nur noch auf einen Saldo von plus 10 kommt, fiel damit von Platz Drei auf Fünf im Bundespolitiker-Ranking. Immerhin liegt er damit aber noch weit vor SP-Kanzler **Werner Faymann**, der zwar drei Punkte dazugewann, aber dennoch nur einen Saldo von minus 7 erreichte. Einen Vertrauensverlust gab es auch bei Kulturminister **Josef Ostermayer** (-1, jetzt ein Saldo von +7), Finanzminister **Hans Jörg Schelling** (-1 auf +9), Staatssekretär **Harald Mahrer** (-2 auf -1), Familienministerin **Sophie Karmasin** (-3 auf -1) und **Verteidigungsminister Gerlad Klug** (-3 auf -20).

Negativ bewertet wurde in der SPÖ-Riege auch Klubobmann **Andreas Schieder** (Saldo von minus 8, aber mit plus 4 Punkten der höchste Zuwachs), allerdings noch vor seinem ÖVP-Widerpart **Reinhold Lopatka** (-11, drei Punkte Zuwachs). Bildungsministerin **Gabriele Heinisch-Hosek** (Saldo: minus 10) und Klug finden sich ebenso auf der negativen Seite. Unterboten wird dies nur von Team-Stronach-Klubchef **Robert Lugar**, der mit minus 25 den letzten Platz einnimmt.

### **Miki-Leitner ist Schlusslicht**

Schlecht mit minus 18 Punkten im Saldo schnitt erneut Innenministerin **Johanna Miki-Leitner** ab, auch wenn sie um zwei Punkte zulegte. Unter den positiv bewerteten Regierungsgliedern finden sich noch Finanzminister **Hans Jörg Schelling** (9), Gesundheitsministerin **Sabine Oberhauser** (9), **Ostermayer**, **Justizminister Wolfgang Brandstetter** (6) und **Infrastrukturminister Alois Stöger** (2).

Mitterlehner ist weiterhin der einzige Parteichef mit einem positiven Saldo. Die Grüne **Eva Glawischnig** liegt trotz zwei Punkten Zuwachs mit minus 2 weiter im Minus, ebenso wie **Matthias Strolz** von den NEOS (-7) und FPÖ-Obmann **Heinz-Christian Strache** (-9).

Betrachtet man die reinen Positivbewertungen, liegen **Fischer** (77) und **Kurz** (61) ganz vorne. Die negativen Bewertungen führen **Miki-Leitner** (54), **Faymann** (52), **Klug** (51) und **Strache** (50) an.

## **Griss will Fairnessabkommen**

*WIEN. Irmgard Griss, die am Donnerstagabend ihre Kandidatur für die Bundespräsidentenwahl 2016 bekannt gegeben hat, tritt für ein "Fairness- und Transparenzabkommen" im Wahlkampf ein.*

Dieses sollen alle Kandidaten einhalten, erklärte sie bei einer Pressekonferenz am Freitag. Die ehemalige OGH-Präsidentin sprach sich auch für eine Kostengrenze für den Wahlkampf bei einer Mio. Euro aus.

Sie habe beschlossen, bei der Wahl anzutreten, "weil ich überzeugt bin, dass ich etwas bewegen kann", sie sei unabhängig und niemandem verpflichtet, bekräftigte Griss. Die Wahl soll von "Fairness und Transparenz" geprägt sein, daher schlage sie ein entsprechendes Abkommen vor, das alle Kandidaten unterzeichnen sollen.

## **"Keine Materialschlacht"**

Wahlentscheidend müsse die Persönlichkeit der Kandidaten sein, der Wahlkampf dürfe "keine Materialschlacht" werden, forderte Griss. Das Abkommen sieht daher vor, dass es etwa keine Inserate, keine Postwurfsendungen oder Wahlgeschenke gibt. Weiters müsse der Umgang im Wahlkampf "ein fairer und positiver", "kein untergriffiger" sein: "Kein negative campaigning", so Griss: "Die Privatsphäre der Kandidaten muss respektiert werden."

Ein Bundespräsident könne nur dann glaubwürdig sein, wenn er oder sie ein Vorbild an Transparenz ist, so Griss. Sie fordert daher völlige Transparenz bei der Kampagnenfinanzierung und die Offenlegung aller Wahlkampfspenden: "Egal in welcher Höhe." Das Abkommen sollten ihrer Meinung nach alle Kandidaten unterschreiben. Auch sprach sie sich für "spürbare Sanktionen" aus, etwa in Form von Geldstrafen. Mögliche Verstöße prüfen sollte ein Schiedsgericht, in das jeder Kandidat ein Mitglied entsendet, erklärte die frühere OGH-Präsidentin.

## **Mehr zum Thema**

- Bundespräsidentenwahl: Irmgard Griss tritt an (17.12.2015)
- Irmgard Griss auf Werbetour bei den Freiheitlichen (16.12.2015)
- Griss entscheidet vor Weihnachten über Kandidatur (12.12.2015)
- Irmgard Griss stellt Neutralität infrage (27.11.2015)

## **Großspenderin mit 100.000 Euro**

Auf der Suche nach Geld für ihre Kampagne für die Hofburg hat Irmgard Griss zumindest schon eine Großspenderin gefunden: Die Ehefrau von Andritz-Chef Wolfgang Leitner, Cattina Leitner, spendete 100.000 Euro, gab Griss auf entsprechende Journalistenfragen bei einer Pressekonferenz am Freitag bekannt. Als Minimum will sie 500.000 Euro aufreiben - aber nicht von Parteien.

Bisher stehe man bei etwas über 100.000 Euro, wobei eben der Großteil von Leitner kam. Sie habe auch weitere Zusagen. Jeder Beitrag sei aber willkommen, unterstrich Griss. Für den Wahlkampf wünscht sie sich eine Obergrenze von einer Million Euro - "das ist natürlich in meinem Interesse, das geb' ich offen zu", meinte Griss mit Blick auf die Geldtöpfe der etablierten Parteien. "Von einer Partei wurde mir weder Geld zugesagt, noch habe ich um Geld einer Partei geworben", betonte sie. Auch zu Neos-Financier Hans Peter Haselsteiner habe sie keinen Kontakt, erklärte sie auf Nachfrage.

## **Neos unterstützen Griss**

Die Neos hatten am Donnerstag ihre Unterstützung für die unabhängige Kandidatin kundgetan. Für ihre Entscheidung wirke sich das aber eigentlich nicht aus, weil sie nie die Absicht gehabt habe, sich um die Unterstützung einer Partei zu bewerben, sagte Griss. Auch die Meinung der Freiheitlichen sieht sie nicht als relevant: "Wie die FPÖ entscheidet, ist Sache der FPÖ, das beeinflusst meine Entscheidung nicht." Dass sie sich dennoch Hearings bei NEOS und FPÖ gestellt habe, erklärte Griss damit, dass sich ihre Botschaft an alle Österreicher richte und Parteien eben Mittler seien. Das hätten auch Kandidaten in der Vergangenheit so gemacht. Generell sprach sie sich - ohne Details zu nennen - für eine Stärkung der direkten Demokratie aus.

Als Kandidatin will sich Griss dafür einsetzen, dass man "ehrlicher" miteinander umgeht - "Ehrlich zu Österreich" lautet auch der Slogan auf ihrer Facebook-Seite und auf Unterschriftenkarten, die bereits bei der Pressekonferenz auflagen. "Die taktischen Spielchen" sollen unterbleiben. Österreich habe "so große Herausforderungen zu bewältigen", da sollte kein Raum für parteitaktische Überlegungen bleiben. Dafür wolle sie sich einsetzen und dies sei es wert, "Lebenszeit dafür aufzuwenden", meinte Griss.

### **Personenkomitee von Unterstützern**

Griss plant auch, ein Personenkomitee von Unterstützern aufzustellen: "Wir sind dabei", verwies sie auf zahlreiche Gespräche. Auch verfüge sie bereits über Berater und ein Strategieteam. Man habe ihr bereits gesagt, dass im Wahlkampf "die Hackln tief fliegen": "Ist das nicht traurig und furchtbar", sieht sie ihre Forderung nach Fairness und einer anderen Vorgangsweise bestätigt.

Vorgestellt hat Griss ihre Anliegen im "Impact Hub" in Wien, ein Ort den sie bewusst gewählt habe. In den Räumlichkeiten im siebenten Bezirk versuchen junge Menschen soziale und ökologische Probleme auf unternehmerische Art zu lösen, erklärte sie.

### **Ex-Höchststrichterin will noch weiter nach oben**

Ihren beruflichen Zenit hat sie hinter sich, nun strebt sie doch noch nach Höherem: Irmgard Griss (69), pensionierte Chefin des Obersten Gerichtshof (OGH) steirischer Herkunft, nutzt ihre durch die Causa Hypo gestiegene Bekanntheit und will Bundespräsidentin werden. Sie gilt als konservativ und gibt sich unabhängig. Ihre Kandidatur hat sie letztlich aber der ÖVP zu verdanken.

Es war Michael Spindelegger, damals Chef der Volkspartei und Vizekanzler, der 2014 dem Drängen nach einem U-Ausschuss zur Kärntner Hypo Alpe Adria auswich und die steirische Juristin im Ruhestand mittels rot-schwarzem Regierungsbeschluss zur Chefin einer unabhängigen Untersuchungskommission machte. Der mit der Politik scharf ins Gericht gehende Bericht dieses Gremiums brachte ihr viel Renommee - zuletzt aber auch Kritik, weil sie die Arbeit der untersuchenden Parlamentarier abkanzelter und Unterlagen im Shredder landeten.

Zuvor, als erste Frau an der Spitze des OGH von 2007 bis 2011, präsentierte Griss den lang im Schatten der zwei anderen Höchstgerichte gestandenen Gerichtshof mit neuem Selbstbewusstsein. Sie übte etwa geharnischte Kritik am Justiz-Sparpaket 2010 - und zum Abschied als Präsentin richtete Griss der Politik aus, dass endlich Strukturreformen statt Scheinsparmaßnahmen geboten wären.

Im OGH selbst bemühte sich Griss, Abläufe und Infrastruktur, aber auch Motivation und Einbindung der Mitarbeiter zu verbessern. Dabei stellte sie auch so manche "Tradition" infrage, etwa mit ihrem Bemühen, die - meist wissenschaftlich-detaillierte ausgeführten - Urteile kürzer und besser verständlich zu machen.

Ratschläge an die Politik hatte Griss schon früher parat, etwa als sie dieser beim Mietrecht Untätigkeit vorwarf und die Praxis kritisierte, es allen Recht machen zu wollen. Immer wieder kursierte ihr Name, wenn die ÖVP eine Justizministerin suchte.

Irmgard Griss wurde am 13. Oktober 1946 in Bösenbach in der Weststeiermark geboren. Sie studierte in Graz und an der Havard Law School und arbeitete sich bis zur Präsidentin des Obersten Gerichtshofs hoch. Die Mutter zweier erwachsener Söhne ist mit einem Grazer Rechtsanwalt verheiratet und ist auch selbst geprüfte Anwältin. Sie war Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofs, unterrichtete Zivil- und Handelsrecht an der Uni Graz und war (von 1969 bis 1974) auch freie Mitarbeiterin des ORF Steiermark.

### **EU will bis Juni über Grenzschutz entscheiden**

*BRÜSSEL. Die EU-Staaten wollen bis Juni über die Kommissionspläne für einen europäischen Grenzschutzentscheiden, der notfalls auch gegen den Willen nationaler Regierungen eingreifen soll.*

Der Rat werde im ersten Halbjahr 2016 seine Position festlegen, beschloss der EU-Gipfel am Donnerstagabend. In der Frage der Flüchtlingsverteilung blieb es bei der Kluft zwischen West- und Osteuropa.

Die EU-Kommission will einen gemeinsamen Grenz- und Küstenschutz aufbauen - und noch während der niederländischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2016 rechtlich umsetzen. Er soll neben 1.000 festen Mitarbeitern über eine Reserve von 1.500 Grenzschützern verfügen, die in Krisensituationen binnen drei Tagen entsandt werden können - normalerweise auf Anforderung eines Mitgliedstaats. Notfalls sollen die Beamten aber auch gegen den Willen einer Regierung in den Einsatz geschickt werden, die ihren Verpflichtungen zum Grenzschutz nicht nachkommt.

Der EU-Ratsvorsitzende Donald Tusk betonte die Priorität eines Schutzes der Außengrenzen der Union. Ohne ihn könne man "keine politische Einheit haben, dann wird das mehr sein als nur ein Auseinanderbrechen von Schengen."

### **"Schritt in die richtige Richtung"**

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte sich zufrieden, dass sein Vorschlag breite Zustimmung gefunden habe. Ähnlich Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ): "Ich glaube das war ein

Schritt in die richtige Richtung." Die 28 Staats- und Regierungschefs hätten einige Punkte beschlossen, die "operativ sehr wichtig sind". "Wir müssen den Winter nutzen, wir brauchen eine Lösung", warnte Faymann.

### **Mehr zum Thema**

Welt steuert auf neuen Flüchtlingsrekord zu (18.12.2015)

Wertekodex: Experten sollen Inhalte erarbeiten (18.12.2015)

EU-Gipfel: Viele Beschlüsse, wenig Umsetzung in der Flüchtlingskrise (18.12.2015)

Frankenburg hofft auf Kompromiss von Bruckneudorf (18.12.2015)

Bei den Gesprächen mit seinen Amtskollegen habe er erneut darauf hingewiesen, dass Solidarität keine Einbahnstraße sei, erklärte Faymann. "Deutliche Worte helfen die Dramatik der Situation, aber auch die Notwendigkeit einer Lösung anzusprechen." Im Vorfeld hatte der Bundeskanzler im Streit um die europaweite Verteilung von Flüchtlingen den Osteuropäern mit der Kürzung der EU-Beiträge gedroht. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban hatte diesen Vorstoß als "Erpressung" kritisiert. "Man tut gut daran, dass man uns ernst nimmt", so Faymann in Richtung Orban.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sagte, die Spaltung Europas in der Frage sei "unübersehbar". Faymanns Worte zeigten, "wie dramatisch die Lage ist". Während die EU-Nettozahler Flüchtlinge aufnahmen, wollten sich "die Nehmerländer an der Bewältigung der Problematik nicht beteiligen".

### **Einige Länder mit Vorbehalten**

Ein hochrangiger EU-Vertreter sagte, "einige" Länder hätten Vorbehalte wegen eines drohenden Eingriffs in die nationale Souveränität geäußert. Es wäre daher "keine Überraschung", wenn sich der endgültige Beschluss von den Vorstellungen der Kommission unterscheiden werde. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sprach allerdings nur von einem Land mit Vorbehalten.

Die EU-Chefs stellten in der Abschlusserklärung selbstkritisch fest, dass bisher die Umsetzung beschlossener Maßnahmen in der Flüchtlingskrise "unzureichend" sei und beschleunigt werden müsse. Dies gelte nicht nur für die Grenzsicherung, sondern auch für die Funktionstüchtigkeit von Registrierungscentren für Flüchtlinge in Italien und Griechenland. Auch die Beschlüsse zur Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen innerhalb der EU müssten umgesetzt werden. Die EU-Kommission soll zudem "schnell" eine Überprüfung des Dublin-Systems zum europäischen Asylsystem vorlegen.

### **Merkel auf Faymanns Seite**

Während bereits das Thema verstärkter Grenzschutz die EU entzweit, warb Merkel für Faymanns Vorschlag, weitere Flüchtlinge direkt aus der Türkei aufzunehmen. Bei einem Treffen von elf EU-Staaten - der Koalition der "Willigen" - in der österreichischen Ständigen Vertretung in Brüssel, mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu vor dem Gipfel sei ein "Arbeitsprozess" vereinbart worden, der auch für alle anderen Mitgliedstaaten offen sei.

Allerdings erwarteten weder Faymann noch Merkel eine schnelle Entscheidung zu Aufnahmekontingenten. "Wir können ja nicht Beschlüsse fassen, bevor die Grenzsicherung funktioniert. Wir können nur einen Mechanismus erarbeiten." Die Gruppe habe intensiv darüber diskutiert. Merkel erwartete auch bis zum nächsten Gipfel im Februar keine Festlegung auf Zahlen für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Türkei.

Faymann hatte sich am Mittwoch dafür ausgesprochen, Ankara "40.000 bis 50.000" Flüchtlinge abzunehmen. Der niederländische Regierungschef Mark Rutte sagte nach dem Treffen mit Davutoglu, solche Pläne seien erst vorstellbar, wenn die Flüchtlingszahlen "gegen Null gehen". Belgien als weiteres Teilnehmerland des Treffens schloss eine Beteiligung gänzlich aus.

Die EU und die türkische Regierung hatten Ende November vereinbart, dass die Türkei im Gegenzug für Visa-Erleichterungen für türkische Bürger sowie Milliardenhilfen den Zustrom von Migranten eindämmt. In der Gipfelerklärung hieß es, dass bald entschieden sein soll, woher die insgesamt drei Milliarden Euro für die Türkei kommen: Diplomaten zufolge dürften eine Milliarde Euro aus dem EU-Haushalt stammen und zwei Milliarden von den Mitgliedsländern.

### **Putin erklärt Türkei zum Hauptfeind**

*"Praktisch unmöglich, mit der amtierenden Führung in Ankara Verständigung zu finden"*

Kaum hatte Wladimir Putin Platz genommen, da nahm er seine Armbanduhr ab und legte sie

zwischen Tischmikrofon und Teetasse. Eine Neuerung, offenbar um unauffälliger als früher auf die Uhr zu schauen.

Ansonsten wirkte die 11. Jahrespressekonferenz des russischen Präsidenten vor der Rekordkulisse von 1390 Journalisten im Moskauer Internationalen Handelszentrum eher traditionell. Auch dieses Jahr waren die ersten Fragen den Reportern der Staatsmedien des sogenannten Kremlpools vorbehalten. Sie lieferten dem Staatschef die Stichworte für eine optimistische Wirtschaftsbilanz. Infolge des Ölpreissturzes sei das Bruttoinlandsprodukt um 3,7 Prozent gefallen, die Inflation um 12,3 Prozent gestiegen. Aber seit Mai falle die Industrieproduktion nicht mehr, die Getreideernte sei wieder sehr gut gewesen.

Obwohl viele Experten befürchten, Russland habe wirtschaftlich die größten Probleme noch vor sich, sagte Putin ähnlich wie vergangenes Jahr: "Die russische Wirtschaftskrise ist im Großen und Ganzen vorbei. Auf jeden Fall ihr Höhepunkt."

### **"Kein freundschaftlicher Akt"**

Auch dass es nach der Wirtschaft mit Außenpolitik weiterging, hat Tradition. Putin beantwortete gleich mehrere Fragen zum aktuellen internationalen Hauptfeind – dieses Jahr der Türkei. Er fand deftige Worte: "Wenn jemand aus der türkischen Regierung beschlossen hat, den Amerikanern eine Stelle abzulecken, weiß ich nicht, ob das richtig gewesen ist." Es sei praktisch unmöglich, mit der amtierenden türkische Führung eine Verständigung zu finden. Er warf den Türken vor, sie hätten es versäumt, die russischen Luftstreitkräfte zu informieren, dass die Türkei in dem von Turkmenen besiedelten syrischen Grenzgebiet ihre eigenen Interessen besäße. Faktisch wenig korrekt: Türkische Diplomaten hatten wochenlang gegen die russischen Bombardements der Turkmenen protestiert, ehe sie den dort operierenden russischen Kampfbomber abschossen. "Kein freundschaftlicher Akt", wie Wladimir Putin ironisch anmerkte.

Putin pflegte die ihm eigene Dialektik: Einerseits versicherte er, der Terrorismus des Islamischen Staates sei eine Bedrohung für alle, sein Plan zur Lösung des Syrienkonfliktes entspreche in vielem jenem der USA, Russland unterstütze die US-Initiative für eine Syrienresolution des UN-Sicherheitsrates.

### **Auch Spitzen gegen die USA**

Andererseits erklärte er, der Islamische Staat sei nur noch zweitrangig. Jemand sei seinerzeit im Irak einmarschiert, habe das Land zerstört, Ölschmuggel in gewaltigen Dimensionen begonnen und dann die Islamisten zum Instrument gemacht, um den illegalen Export militärisch zu sichern. Das alles klang, als meine Putin damit wieder einmal Amerika.

Auf unbequeme Fragen, etwa zu einem korrupten Generalstaatsanwalt und seinen Söhnen, antwortete der Staatschef wie üblich gekonnt vage. Eine Kommission ermittle, sagte Putin, um dann mit einem Witz auszuweichen.

### **Putin will Nobelpreis für FIFA-Präsident Joseph Blatter**

Zu dem unter Korruptionsverdacht stehenden FIFA Chef Joseph Blatter hat Wladimir Putin eine der des Westens diametral entgegengesetzte Meinung: „Blatter hat viel für die Entwicklung des Fußballs getan“, sagte er. Und: „Das ist jemand, dem man den Friedensnobelpreis geben sollte.“ Blatter ist derzeit für 90 Tage von seinem Amt suspendiert, ihm droht eine lange Sperre durch die FIFA-Ethikkommission. Zu Bestechungsvorwürfen bei der Wahl Russlands zum Gastgeber der Fußball-WM 2018 sagte Putin: „Wir wissen nichts davon. Russland hat den Zuschlag auf ehrliche und transparente Weise bekommen.“

## **Wirtschaft**

### **Ein Drittel der Jobs im Bankensektor ist bedroht**

*WIEN. Es ist nicht unrealistisch, dass der heimische Bankensektor in den nächsten Jahren ein Drittel seiner Jobs verliert - das sind rund 25.000 Arbeitsplätze, sagte Notenbankchef Ewald Nowotny am Freitag*

Österreich hatte 2008 noch 80.283 Bankjobs, Ende 2014 waren es 75.714 und jetzt seien es wohl noch einmal um 1.000 weniger.

Auch wenn es in Österreich einen Abbau von Bankjobs gab, lief der Strukturwandel in internationalen Vergleich langsam, so Nowotny. Österreich hat nicht nur einen sehr hohen Anteil von Bankbeschäftigten im Vergleich zur Gesamtbeschäftigung des Landes, dieser Anteil geht auch langsamer zurück als in anderen Ländern. Auch international gibt es einen rapiden Rückgang bei der

Bankbeschäftigung.

Seit der Finanzkrise 2008 haben österreichische Banken ihre Widerstandsfähigkeit erhöht und insgesamt 16 Mrd. Euro an Kernkapital aufgebaut. Auch die Risikovorsorgen stiegen auf 64 Prozent der notleidenden Kredite, von 59 Prozent zu Beginn der Krise. Dennoch sind die heimischen Institute schlechter kapitalisiert als Vergleichsbanken in der EU, zeigt der Finanzmarktstabilitätsbericht.

#### **voestalpine verschärft Sparprogramm: Eine Milliarde weniger Kosten bis 2017**

*LINZ. Das laufende Kostensenkungsprogramm wird über den Jahreswechsel verstärkt.*

Seit 2014 läuft das aktuelle Sparprogramm im voestalpine-Konzern. Dieses soll bis zum Ende des Geschäftsjahres 2016/17 (per 31. März) 900 Millionen Euro an struktureller, also dauerhafter Kosteneinsparung bringen. Nun hat der Konzernvorstand allen vier Divisionen den Auftrag erteilt, ihre Kosten noch einmal zu hinterfragen. Ziel ist es, nun mehr als eine Milliarde Euro gegenüber dem Start 2014 einzusparen.

Über genaue Zahlen bzw. Stoßrichtungen wollte Konzernchef Wolfgang Eder gestern nichts sagen, das sei verfrüht. Es gehe vor allem um schnelle Wirksamkeit der Kosteneinsparung – den Beginn bilden Maßnahmen, gebundenes Kapital zu reduzieren.

Die schwache Konjunktur verlange, dass "etwas draufgesetzt wird", sagte Eder. So hinterlässt die Investitionszurückhaltung der Öl- und Gasindustrie ein Loch in den Auftragsbüchern des Stahlkonzerns. Es fehlt etwa die Auslastung, weil Großprojekte wie die Gas-Pipeline Southstream entfallen. Auch der Verfall der Stahlpreise setzt dem Konzern zu. Das Programm dient offenbar dazu, die Ertragslage im nächsten Geschäftsjahr zu halten, für das im März endende Geschäftsjahr sind keine Wirkungen zu erwarten.

#### **Umsatzziele gekappt**

Eder hat gestern die Öffentlichkeit darüber informiert, dass die voestalpine ihre langfristigen Umsatzziele gekappt hat. Das hatte Eder zuletzt avisiert, ohne Zahlen zu nennen. Derzeit hält der Konzern mit 500 Gesellschaften bei 11,2 Milliarden Euro. 2020 sollten es laut Plänen im Dezember 2012 20 Milliarden sein. "Wir waren wahrscheinlich damals – wie viele andere – zu optimistisch, als wir glaubten, die Krise sei überwunden", sagte der Konzernchef. Allein drei Milliarden fehlen aufgrund des Verfalls der Rohstoffpreise. Niedrigere Erz- und Kohlepreise seien zwar positiv auf der Kostenseite, müssten aber an die Kunden weitergegeben werden und fehlen damit auch im Umsatz. 500 Millionen Euro Umsatz fehlen, weil einige Firmen verkauft worden seien. Und 1,5 Milliarden fehlen, weil man bei Zukäufen weniger erfolgreich gewesen sei als erwartet. Es habe wenige attraktive große Ziele gegeben. Diese seien so umkämpft gewesen, dass "utopische Preise" gezahlt worden seien – "und das tun wir nicht".

#### **Mehr zum Thema**

- voestalpine verschärft den Sparkurs (17.12.2015)
- voestalpine erneut unter Kartellverdacht (26.11.2015)
- Voestalpine bestellt Anlage beim Nachbarn Primetals (24.11.2015)
- Trotz höherem Gewinn kippt voestalpine Prognose (12.11.2015)

"Es ist uns viel wichtiger, uns qualitativ im Ergebnis zu verbessern, als quantitativ im Umsatz", sagte Eder. Die Ertragsziele bleiben im Verhältnis zum Umsatz aufrecht: Die Ergebnismarge (Ebit zum Umsatz) solle neun Prozent erreichen. Derzeit liegt der Konzern bei 7,9 Prozent. Beim Ergebnis vor Steuern und Abschreibungen sei man dem Ziel von 14 Prozent bereits sehr nahe.

#### **Sparen, sparen, sparen**

**900 Millionen Euro** lautete die Sparvorgabe der voestalpine-Konzernspitze 2014. Jetzt wird draufgesetzt: Innerhalb von drei Geschäftsjahren, also bis März 2017, soll in den vier Divisionen mehr als eine Milliarde Euro an Kosteneinsparungen erzielt werden.

**600 Millionen** sollte ein Sparprogramm liefern, das zwischen 2009 und 2012 gelaufen war. Ein Drittel der 900 Millionen wollte Eder ursprünglich ins Ergebnis retten. Der Rest würde ohnehin durch Verteuerungen aufgesaugt.

#### **Ghizzoni: "Mit neuem Plan wird Bank Austria ihre Ziele erreichen"**

*WIEN/ROM. UniCredit-Chef Federico Ghizzoni ist überzeugt, dass der Rationalisierungsplan bei der Bank Austria bald Resultate zeigen wird.*

"Die tiefgreifende Umstrukturierung ermöglicht uns, die Bank intakt zu halten und die im Entwicklungsplan enthaltenen Ziele zu erreichen", betonte Ghizzoni laut Medienangaben. Die Alternative wäre der Verkauf des Privatkundengeschäfts gewesen.

Die Kapitalausstattung der UniCredit sei solide. Es sei keine Kapitalaufstockung in Sicht. "Wir sind absolut sicher, dass wir genügend Kapital generieren werden, um die Ziele des Entwicklungsplans zu erreichen", sagte Ghizzoni nach der letzten Boardsitzung dieses Jahres am Donnerstagabend in Mailand.

Der UniCredit-Chef äußerte die Hoffnung, dass 2016 ein ruhigeres Jahr als 2015 sein werde. "Ich erwarte mir, dass einige geopolitischen Krisen dieser Monate zu einer Lösung gelangen. Ich hoffe außerdem, dass die europäische Wirtschaft weiterhin nach dem jetzigen Trend wächst", so Ghizzoni. Die Wachstumsprognosen von UniCredit für den Euroraum liegen bei 1,9 Prozent für 2016. In Italien erwartet UniCredit ein Plus von 1,4 Prozent.

### **Die US-Notenbank zieht einen Schlusstrich unter die jahrelange Finanzkrise**

*WASHINGTON / WIEN. Höhere Zinsen in den USA könnten den Euro weiter schwächen, was in Europa durchaus als Vorteil gesehen wird*

Die Zinswende in den USA war erwartet worden. Auch beim Ausmaß der Zinserhöhung überraschte Janet Yellen, Präsidentin der US-Notenbank Federal Reserve (Fed), nicht. Entscheidend wird, wie die Fed weiter agiert, und welche mittelfristigen Auswirkungen die Zinserhöhung weltweit haben wird.

**1. Wie haben die Finanzmärkte auf die Zinserhöhung in den USA reagiert?** Positiv, vor allem in Europa. Am Donnerstagnachmittag lag etwa der deutsche Aktienleitindex DAX mit mehr als drei Prozent im Plus. Die US-Börsen reagierten schon am Mittwoch nach Bekanntgabe der Zinserhöhung mit Gewinnen. Gestern startete der Dow Jones nur leicht schwächer. Die positive Reaktion ist bemerkenswert, weil somit die alte Faustregel, dass Aktienkurse bei steigenden Zinsen sinken, außer Kraft gesetzt wurde. Auch hatte es bis vor einiger Zeit die Angst gegeben, dass von der ultralockeren Geldpolitik verursachte Blasen an den Kapitalmärkten platzen, sobald die Zinsen steigen.

**2. Warum schreckt die Zinserhöhung die Wirtschaft nicht ab?** Weil die Erleichterung bei den Investoren überwiegt. Die Zinswende war mehrmals verschoben worden, was zu Unsicherheit führte. "Die Angst ist nun weg", sagt Raiffeisen-Chefanalyst Peter Brezinschek. In Europa sei die Reaktion stärker, weil vor allem die europäischen Exporteure von der US-Zinserhöhung profitieren sollten. Außerdem sind US-Aktien schon relativ teuer. Von einer "psychologischen Meisterleistung" der US-Notenbank spricht Teodoro Cocca, Professor für Asset Management an der Uni Linz. Sie habe die Märkte zuerst vorbereitet und nun beruhigt. Im September, als der Zinsschritt doch nicht erfolgte, gab es teils starke Aktienkursverluste. Generell signalisiert die Fed mit ihrer Entscheidung, dass die US-Wirtschaft wieder stark und die Finanzkrise ausgestanden ist.

**3. Wie geht es nun weiter?** Es hängt davon ab, ob die Zinswende nachhaltig ist und in welchem Tempo sie erfolgt. Die Zinserhöhung sei nur ein kleiner Schritt gewesen, sagt Cocca. Für Währungen und Konjunktur sei auch entscheidend, was sich in Europa und den Schwellenländern tue. Brezinschek rechnet mit mehreren US-Zinserhöhungen 2016: "Das könnte den Dollar im zweiten Halbjahr in Richtung Parität zum Euro bringen." Fed-Chefin Yellen hat angekündigt, dass man ein Bündel von Indikatoren für die weiteren Entscheidungen beobachte, nicht nur die Inflation. Letztere dürfte 2016 deutlich steigen, wenn Basiseffekte vom niedrigen Ölpreis wegfallen. Das ist jedenfalls ein Indiz für eine weitere Straffung der Geldpolitik. Die Mitglieder des geldpolitischen Ausschusses der Fed erwarten für 2016 einen US-Leitzinssatz von 1,375 Prozent. Dies würde vier Erhöhungen um 0,25 Prozentpunkte entsprechen.

**4. Welche Auswirkungen hat die US-Zinswende auf die europäischen Volkswirtschaften?** Die Effekte sind tendenziell positiv. Die höheren Zinsen in den USA sollten den Eurokurs in Relation zum Dollar weiter drücken. Das ist gut für die Exporteure aus der Eurozone heraus. Importe werden freilich etwas teurer, das gilt vor allem für Öl. Aber das ist derzeit so billig, dass man diesen Effekt kaum merkt.

**5. Gilt das auch für die österreichische Wirtschaft?** Ja, wobei unsere Exporte zum überwiegenden Teil in die Eurozone gehen. Wir profitieren aber indirekt stark als Zulieferer der deutschen Industrie. Den schwächeren Euro nannten gestern die Wirtschaftsforscher von Wifo und IHS als einen von vier "Helfern" für die vorausgesagte Konjunkturerholung im nächsten Jahr. Dazu kommen noch der niedrige Ölpreis, die Steuerreform und die kurzfristig positiv wirkenden Zusatzausgaben für die

Asylwerber. All das sollte die österreichische Wachstumsrate von heuer 0,8 auf 1,7 Prozent im nächsten Jahr anschieben (siehe Grafik).

**6. Wenn in den USA die Zinswende gekommen ist, wann dürfen wir sie in der Eurozone erwarten?** Nicht in den nächsten beiden Jahren. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat vor wenigen Tagen ihre Geldschleusen weiter geöffnet, indem sie ihr umstrittenes Kaufprogramm für Anleihen bis März 2017 verlängert hat. Erst wenn dieses Billionen-Programm ausgelaufen ist, kann die europäische Notenbank langsam darangehen, auch bei den Zinsen etwas zu tun.

**7. Warum ist es so schwierig, von einer Politik des billigen Geldes in Richtung Normalität zu gehen?** Die Akteure auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft gewöhnen sich schnell und gerne an eine Nullzinspolitik. Das billige Geld hat etwa die Aktienkurse in den vergangenen Jahren stark steigen lassen. Auch die Finanzminister der Eurozone profitieren davon: Je höher die Schulden, umso größer der Vorteil. Sie dürften also weniger Freude haben, wenn es in die andere Richtung geht. Der Zins als Preis des Geldes verliert damit aber seine Kontrollfunktion, damit werden auch Finanzblasen wahrscheinlicher.

### **Budgetdefizit steigt**

*Das Wifo erwartet 2016 einen Anstieg des Maastricht-Defizits von 1,6 auf 1,9 Prozent der Wirtschaftsleistung, 2017 aber einen Rückgang auf 1,7 Prozent. Das IHS sieht – auch wegen der höheren Ausgaben für Asylwerber – die Defizitquote von heuer 1,7 auf 2,1 Prozent im Jahr 2016 steigen. 2017 soll sie auf 1,7 Prozent zurückgehen. Ohne zusätzliche Maßnahmen werde sich das strukturelle Nulldefizit in beiden Jahren nicht ausgehen, so die Wirtschaftsforscher.*

## **Regionales**

### **Keimbefall in Linzer Klinik: Überträger-Baby ist tot**

*LINZ. Jenes Baby, das den hochresistenten Acinetobacter-Keim in die Linzer Landesfrauen- und Kinderklinik (LFKK) eingeschleppt haben dürfte, ist in der Nacht auf Freitag gestorben.*

Das kleine Mädchen starb an seiner schweren Herzerkrankung, wegen der es ursprünglich von Sarajevo nach Linz verlegt worden war. Das teilte der Spitalsbetreiber gspag am Freitag mit. Das kleine Mädchen aus Bosnien war am 19. November im Zuge eines Hilfsprojektes von Sarajevo nach Linz verlegt und am Herzen operiert worden. Bereits damals hatte sich das Kind in einem lebensbedrohlichen Zustand befunden. Bei einem Routinetest wurde der multiresistente Keim nachgewiesen. Der Zustand der andern drei in Quarantäne befindlichen Kinder ist unverändert.

Idealerweise sollten Kinder mit einem Herzfehler, wie er bei dem Baby vorlag, in der ersten Lebenswoche operiert werden, so gspag-Sprecherin Jutta Oberweger. "Die kleine Patientin kam allerdings erst in der zweiten Lebenswoche zu uns. Das Herz war dadurch vermehrt fehlbelastet. Trotz der unmittelbar erfolgten Operation, hat sich das Herz des Säuglings nicht mehr erholt." Das Kind starb in der Nacht auf Freitag an Herzversagen.

### **Immer noch drei Kinder in Quarantäne**

Am 10. Dezember war ein frisch operiertes Neugeborenes vermutlich infolge einer Acinetobacter-Infektion gestorben. Nach wie vor befinden sich drei Kinder in Quarantäne. Nur eines ist auch ernsthaft in Folge einer Infektion erkrankt. Die Lungenentzündung werde mit Antibiotikum behandelt, der Gesundheitszustand habe sich laut gspag schon leicht verbessert.

### **Mehr zum Thema**

Gefährlicher Keim in der Kinderklinik: Vierter Verdachtsfall gestern bestätigt (18.12.2015)

Keim: Verdachtsfall bei viertem Kind bestätigt (17.12.2015)

Intensivstation bleibt wegen Keim gesperrt (16.12.2015)

Säugling in Klinik gestorben - Keime bei weiteren Babys (15.12.2015)

Im Spital läuft ein Screening aller Mitarbeiter, die mit dem Keim in Berührung gekommen sein könnten. Bis Donnerstag stand bei 90 Prozent der 120 Getesteten bereits fest, dass sie keine Träger des Erregers sind. Die chemischen Reinigungsarbeiten in der chirurgischen Intensivstation der LFKK werden diese Woche abgeschlossen. Voraussichtlich Anfang kommender Woche soll der

Operationsbetrieb wieder aufgenommen werden. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen eingeleitet, ob eine Verbreitung im Linzer Spital hätte vermieden werden können.

### **20-jähriger Innviertler verkaufte 17 Kilo Cannabis**

*BRAUNAU. 17,5 Kilo Cannabis, Kokain und "Magic Mushrooms" soll ein 20-Jähriger aus Laab (Bezirk Braunau) verkauft haben. Er und ein Mittäter sitzen in U-Haft, weitere 90 Personen wurden angezeigt.*

Aufgeflogen ist der Drogenring nach langer Ermittlungsarbeit, wie Johannes Probst und Stefan Sageder bei einer Pressekonferenz heute in Braunau bekannt gaben. Auf die Spur kamen ihm die Ermittler im Zuge eines Einbruchs im Mai 2015, als ein 35-Jähriger vernommen wurde, der wegen gefundenem Cannabis ein umfassendes Geständnis abgab. Der 20-jährige Hauptverdächtige ist kein unbeschriebenes Blatt, er war 2014 bereits wegen Suchtgifthandels angezeigt worden. Deshalb legte er viel Wert darauf, dass bei ihm keine Drogen gefunden werden können, so Probst.

Deshalb bunkerte Hauptverdächtige das Cannabis in der Wohnung seiner 17-jährigen Freundin aus Simbach (Bayern) und das Kokain bei einer 29-jährigen Bekannten aus Braunau. Subverkäufer sollen ein 21-Jähriger und ein 35-Jähriger aus Braunau sein. Sichergestellt wurden neben den Drogen auch 4.000 Euro in bar, die aus dem Verkauf stammen sollen.

### **Frühpensionist baute zuhause an**

Bezogen haben die drei die Drogen vermutlich von einem 59-jährigen Frühpensionisten aus Braunau, der zu Hause Cannabis anbaute. Auch er musste bereits eine unbedingte Haftstrafe wegen Verkauf von Cannabis an Minderjährige verbüßen. Derzeit sitzen er und der 20-Jährige Hauptverdächtige in U-Haft.

100 weitere Personen wurden einvernommen, 90 von ihnen angezeigt. Es handelt sich um Personen im Alter zwischen 14 bis 60 Jahren. "Die Ermittlungen im Suchtgiftbereich sind nie abgeschlossen. Wir arbeiten weiter", kündigte Probst an.

Dieser große Fahndungserfolg der Ermittler sei nur möglich gewesen, weil die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen, den Kollegen des Landeskriminalamtes und der Einsatzgruppe für Schwerpunktcriminalität hervorragend funktionierte.

### **Radfahrerin tödlich verunglückt**

*BRAUNAU. Eine 83-jährige Radfahrerin ist am Donnerstagvormittag in Osternberg in Braunau am Inn tödlich verunglückt.*

Laut Landespolizeidirektion war die Frau offenbar genau in dem Moment vom Rand zu sehr in die Straßenmitte geraten, als sie ein Mopedfahrer überholen wollte und dadurch touchierte. Die 83-Jährige stürzte und fiel auf den Kopf. Dabei zog sie sich tödliche Verletzungen zu.

### **Häftlinge planten Geiselnahme: Großeinsatz in Garsten**

*GARSTEN. 229 Beamte rückten gestern gegen 15 Uhr in Garsten an. Das Justizministerium hatte kurz zuvor einen anonymen Tipp erhalten, wonach mehrere Häftlinge einen Ausbruch planten*

Großalarm in der Marktgemeinde Garsten: Mehrere Insassen der Justizvollzugsanstalt haben laut dem Justizministerium einen Ausbruch mit einer Geiselnahme geplant. Ein dementsprechender anonym Hinweis war gestern im Justizressort eingegangen. Die Justiz nahm die Warnung ernst, denn die in Garsten inhaftierten Straftäter sind in der Regel zu langen Freiheitsstrafen verurteilt.

### **Beamte zusammengezogen**

Aus ganz Oberösterreich wurden Kräfte der Polizei und der Justizwache nach Garsten verlegt. 73 Mitglieder der Justiz-Einsatzgruppe aus verschiedenen Justizanstalten, 50 Justizwachebeamte der Justizanstalt Garsten sowie 92 Polizeibeamte und 14 Diensthundeführer mit Polizeihunden wurden umgehend in den Einsatz geschickt. Josef Schmoll von der Generaldirektion für den Strafvollzug sagte noch vor dem Zugriff: "Wir sind dabei, die Hinweise zu verifizieren. Es geht jedenfalls um mehrere Personen, die das geplant haben sollen. Wir arbeiten auf zwei Ebenen: Wir durchsuchen die derzeit leeren Werkstätten auf dem Gelände und auch den Hafttrakt."

Es sei wichtig gewesen, aufgrund des Hinweises sofort einzuschreiten.

Wenig später wurde bekannt, dass mehrere Häftlinge, die an dem geplanten Ausbruch beteiligt gewesen sein sollen, als Vorsichtsmaßnahme von Garsten in andere Justizanstalten verlegt wurden, den Rest ihrer Haftstrafen müssen sie vorerst getrennt verbüßen. Die Häftlinge sollen laut

Justizministerium geplant haben, einen Justizwachebeamten als Geisel zu nehmen. Mit Hilfe seines Schlüssels wollten die Männer in die Freiheit gelangen.

**Einsatz dauerte bis zum Abend**

Der Großeinsatz im Gefängnis dauerte gestern in den Abendstunden zunächst noch an. Ermittler verhörten die verdächtigen Häftlinge. Zahlreiche Leibesvisitationen wurden vorgenommen.

Gleichzeitig waren noch immer dutzende Beamte mit der Durchsuchung der Räumlichkeiten der Justizanstalt beschäftigt.

Gegen 20 Uhr dürfte der Einsatz zu Ende gegangen sein: Laut Augenzeugen wurden die ersten Polizeieinheiten abgezogen.



Die Bandmitglieder führen in Armeuniformen nach Peking. Foto: Reuters

### Diplomatischer Affront um Kims Frauen-Popband

**PEKING.** Die erste Auslandstournee der von Nordkoreas Diktator Kim Jong-un gegründeten Frauen-Popband „Moranbong“ nach China endete mit einem diplomatischen Affront. Das Konzert vor geladenen Gästen am Samstag in Peking musste kurzfristig abgesagt werden, weil die Musikrhythmus plötzlich ihre Koffer gepackt hatten und nach Pjöngjang zurückkehrten. Die Frauentruppe gilt als „Kim Jong-uns neueste Waffe“. Vielleicht das einzige, was der isolierte sozialistische Staat an „Soft Power“ aufzubringen hat. Zwar zeigten die Musikrhythmus in Armeeinheiten und mit roten Stern auf den Fellhüten an – aber bei ihren Auftritten tragen die 20 Schönheitsringe-Kleider, kurze Röcke und hochhackige Schuhe. „Geradezu verführerisch für nordkoreanische Verhältnisse“, befand Hongkong’s „South China Morning Post“.

### Hochpolitische China-Tour

Ihre China-Tour war hochpolitisch. Die Konzerte galten als Beweis, dass es Tausender zwischen Peking und Pjöngjang gibt. Seit Kim Machtantritt 2012 ist die historische Freundschaft ja angespannt. Der „große Bruder“ China ist verärgert über Kim’s Atomtests und andere Provokationen.

Und den aktuellen Eklat ranken sich viele Gerüchte. Ein chinesisches Journalist berichtete, dass Chinas Zensoren eine Zensur-Gegenstrategie gründen wollten, was den Streit auslöste habe.

Lauf Südkoreas Nachrichtenagentur „Yonhap“ habe Peking aus Ärger über die Drohungen Kim Jong-uns mit einer Wasserstoff-Bombe am vergangenen Donnerstag nur Parteiführer niedrigen Ranges zum Konzert geschickt. Kim habe aber Staatschef Xi Jinping oder Premier Li Keqiang dabei haben wollen und der Tour erst zugestimmt, als ein Politbüroamtlich zugesagt worden sei. Als dann aber nur Parteiführer der zweiten Reihe kommen sollten, sei der Abbruch verfügt worden.

### 23 Tote bei Brand in russischem Spital

**MOSKAU.** Bei einem Großbrand in einem psychiatrischen Krankenhaus im Südwesten Russlands sind mindestens 23 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 20 Menschen erlitten Rauchgasvergiftungen oder Verbrennungen und wurden in Krankenhäuser gebracht, wie der ZDF-Schutz des Gebietes Wonnereich gestern mitteilte.

Das Feuer war nach Angaben aus Behördenkreisen in der Nacht auf Sonntag in einem der Krankenzimmer ausgebrochen. „Die Evakuierung war nicht einfach, weil 30 Patienten bettlägerig waren und einige starke Medikamente erhalten hatten“, sagte ein Helfer.

### Reaktionen zum Klima-Gipfel

„Insgesamt der Tatsache, dass noch viel Arbeit vor uns liegt, ist ein Zeichen der Hoffnung, dass es uns gelingt, die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen zu sichern.“  
Angela Merkel, deutsche Kanzlerin



„Nationalen Interessen wird dann am besten gedient, wenn alle im Interesse der internationalen Gemeinschaft handeln.“  
Ban Ki-moon, UNO-Generalsekretär und einer der Gastgeber



# 195 Staaten verabschiedeten historischen Klima-Vertrag

Das einstimmig beschlossene Klimaschutzabkommen soll die Erderwärmung auf 1,5 bis zwei Grad begrenzen – das Abkommen von Paris ist allerdings rechtlich nicht bindend

**PARIS.** Es ist eine historische Einigung: Nach zähem Ringen ist am Wochenende das weltweite Klimaschutzabkommen von allen 195 beteiligten Staaten einstimmig beschlossen worden. „Ich sehe den Saal, die Reaktion ist positiv, ich höre keine Einwände“, sagte Frankreichs Außenminister Laurent Fabius, bevor er die Einigung Samstagabend in Paris per Hammerschlag besiegelte. Daraufhin brandete tosender Applaus über Delegierten auf.

Ziele des Vertrages sind die Begrenzung der Erderwärmung und Hilfen für Entwicklungsländer (Details siehe Bericht unten). Das Abkommen ist das erste Klimaschutzabkommen, in dem alle Staaten eigene Beiträge im Kampf gegen die Erderwärmung zusagen. Diese soll auf „deutlich unter zwei Grad“ begrenzt werden, möglichst auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter.

Dies ist ein Entgegenkommen an etliche Inselstaaten, für die eine Zwei-Grad-Grenze den sicheren Untergang bedeuten kann. Der Einigung in Paris gingen vierjährige weltweite Verhandlungen und ein zweiwöchiges zähes Ringen um Details in Paris voraus.

### Papst fordert rasche Umsetzung

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger – dem 1997 geschlossenen Kyoto-Protokoll – ist das Abkommen von Paris rechtlich nicht bindend. Vielmehr bleibt es jeder Nation weitgehend selbst überlassen, ihre Zusagen einzubringen.

Papst Franziskus nutzte eine Messe vor Zehntausenden Menschen gestern in Rom zu einem Appell, das Abkommen mit Leben zu füllen. „Ich ermahne die gesamte Staatengemeinschaft, mit Dringlichkeit auf dem eingeschlagenen Pfad voranzuschreiten.“



„Dieses Abkommen ist unsere beste Chance, den einen Planeten zu retten, den wir haben“, lobte US-Präsident Barack Obama. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach von einem Hoffungsmoment, dass es gelingen werde, die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen auch in Zukunft zu sichern.

Osterreichs Bundeskanzler Werner Faymann (SP) zeigt sich „erfreut“ über die Einigung. Umstritten sei nun auch die Zielsetzung, aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen. Umweltminister André Rupprecht (ÖVP) sprach in Paris von einem historischen Abkommen an einem historischen Tag. „Das Ende des

Der Klimaschutzvertrag ist stark und historisch. Der Vertrag kann ein Wendepunkt für die Welt sein. Die Übereinkunft legt den Rahmen zur Beilegung der Klimakrise fest. Sie zeigt, was möglich ist, wenn die Welt zusammensteht.“



Barack Obama, US-Präsident

fossilen Zeitalters ist eingeleitet“, sagte der Minister.

Umweltverbände sind zufrieden. Der Vertrag positiv, riefen aber zu raschem Handeln auf, um die darin definierten Ziele zu erreichen. „Paris gibt der Welt Hoffnung“ und werde ein klares Signal für die Abkehr von fossilen Brennstoffen, sagte der Greenpeace-Klimasprecher Martin Kaiser. Der Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation „Germanwatch“, Christoph Bahl, sagte: „Das Abkommen wird die Energie- und Klimapolitik verändern.“ Der WWF lobte das Abkommen als „Meilenstein der Klimadiplomatie“.

## Verbrennung von Öl, Kohle und Gas bis 2070 beenden

Kernpunkte des Klimavertrags: Netto-Ausstoß der Treibhausgase soll auf null gebracht werden

**PARIS.** Einstimmig haben 195 Staaten am Samstag einen Klimavertrag beschlossen. Die Pariser Vereinbarung enthält folgende Kernpunkte:

**Das Ziel:** Die Erderwärmung soll auf klar unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit begrenzt werden. Die Vertragsstaaten sollten sich sogar anstrengen, sie bei 1,5 Grad zu stoppen.

**Der Weg zum Ziel:** Die Staaten werden gemeinsam den Netto-Ausstoß ihrer Treibhausgase in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf null

bringen. Sie dürfen dann nur noch so viele Treibhausgase ausstoßen, wie etwa mit Waldanpflanzungen oder durch Speichern von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) im Boden aus der Atmosphäre gezogen werden kann. Für viele Forscher bedeutet dies, dass die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas im Fall des Zwei-Grad-Ziels bis 2070 aufhören muss. Die Länder sollen ihre Ziele alle fünf Jahre nachbessern, zum ersten Mal im Jahr 2020.

**Geld für Klimaschutz:** Von 2020 bis 2025 sollen die Industriestaaten jährlich 100 Milliarden Dollar

01 Milliarden Euro für Entwicklungsländer bereitstellen. Für die Jahre danach soll es ein neues, höheres Ziel geben. Andere Länder „werden darin bestärkt“, sich „freiwillig“ an der Finanzierung zu beteiligen. Dieser Satz bezieht sich vor allem auf Ökostaaten und Schwellenländer.

**Verluste und Schäden:** Die Vertragsstaaten erkennen die Notwendigkeit an, inneren Staaten bei Verlusten und Schäden durch den Klimawandel zu helfen. Dazu zählen Dürren, Überschwemmungen, der Untergang von Inseln oder

Sturm Schäden. Für arme Länder soll beispielsweise ein Versicherungssystem gegen Schäden aufgebaut werden.

**Transparenz:** Alle Staaten sollen Klimaschutzaktivitäten und Daten zu den Treibhausgasen registrieren und offenlegen. Für Entwicklungs- und Schwellenländer wird dieser Punkt aber „besonder“ ausgelegt.

**Verbindlichkeit:** Das Abkommen ist völkerrechtlich verbindlich. Es gibt jedoch keine Strafen bei Nichterfüllung der Punkte.

## Frankreich-Wahl: Keine Region für Front National

**PARIS.** Niederlage für den Front National: Bei der entscheidenden zweiten Runde der Regionalwahlen in Frankreich konnten die Rechtsextremisten laut ersten Hochrechnungen offenbar keine Wahlregion erobern. Stattdessen waren die Konservativen um Ex-Premier Nicolas Sarkozy erfolgreich. Unter anderem unterlag Parteichefin Marine Le Pen in Nordfrankreich beim zweiten Wahlgang am Sonntag mit rund 42 Prozent ihrem konservativen Gegner Xavier Bertrand, wie mehrere Meinungsforschungsinstitute übereinstimmend ermittelten. Sehr eng war das Rennen aber in der ostfranzösischen Region Burgund-France-Comté: Hier liegt die rechte Kandidatin nur knapp hinter Sozialisten und Konservativen. Das konservativ-bürgerliche Lager um Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy konnte den Hochrechnungen zufolge in mindestens fünf der 13 französischen Regionen gewinnen. Die Sozialisten von Präsident François Hollande und verbündete Linksparteien gewannen den Hochrechnungen zufolge mindestens vier Regionen. Die Regionalwahlen sind die letzte landesweite Entscheidung vor der Präsidentschaftswahl 2017. Der zweite Wahlgang war nötig, weil am 6. Dezember keine der politischen Parteien die absolute Mehrheit erreicht hatte.



# Wähler weg, Millionen weg: Wie ÖVP und SPÖ ihre Budgets neu aufstellen

Während Rot und Schwarz kräftig sparen müssen, kann die FPÖ aus dem Vollen schöpfen

Von Anneliese Edlinger  
und Heide Steinböck

**LINZ.** „Ich kann gut nachvollziehen, wie es meinen Kollegen von der ÖVP und der SPÖ jetzt geht. Als wir 2003 zwei Drittel unserer Landtagsmandate und damit auch der Parteienförderung verloren haben, musste ich jedem zweiten Mitarbeiter sagen, dass wir uns seine Dienste nicht mehr leisten können“, sagt Hubert Schreiner.

Heute ist die Lage des Geschäftsführers der Landes-VP um gleich komfortabler. Die Gewinne bei der Landtagswahl spielen den Blauen für das Jahr 2016 rund 3,3 Millionen Euro zusätzlich in die Parteikassa – macht in Summe 6,6 Millionen Euro, die die FPÖ nun an Landesparteiendförderung bekommt (Details siehe Box).

**„Natürlich werden wir uns die derzeitige Zahl von 70 Mitarbeitern auf Dauer nicht leisten können.“**

**■ Peter Binder, Landesgeschäftsführer der SPÖ**

Das ist viel Geld, und Schreiner hat auch umfangreiche Pläne, die sich nun finanzieren lassen. Die Öffentlichkeitsarbeit soll mit zusätzlichen Plakat- und Inseratkampagnen verstärkt und die Zahl der Mitarbeiter in den Bezirksbüros ausgebaut werden. Schreiner rechnet mit „bis zu zehn“ zusätzlichen Jobs. Gleichzeitig soll die Ausstattung der Bezirksbüros modernisiert werden.

Genau anders sieht es bei der Landes-SP aus. Sie musste schon 2009 leiser treten, nachdem die Förderung der Landespartei nach Wahlverlusten von 7,8 auf rund fünf Millionen Euro jährlich abgesenkt war. Heuer ging es bei Wählern und Geld wieder abwärts. Für 2016 können die Roten nur noch mit vier Millionen Euro rechnen. „Natürlich werden wir uns die derzeitige Zahl von 70 Mitarbeitern auf Dauer



Wertvoller Wahlsieg: FP-Obmann Hattmannsdorfer, Geschäftsführer Schreiner



Wolfgang Hattmannsdorfer (VP)



Peter Binder (SP) Foto: vsm/schwarz

nicht leisten können“, sagt Landesgeschäftsführer Peter Binder. Aber man strebe sozial verträgliche Lösungen an. Manche Mitarbeiter würden zudem kurz vor der Pensionierung. Geplant seien auch Kooperationen der Bezirksparteibüros, wobei Binder davon ausgeht, dass keine Bezirksstelle geschlossen werden müsse. Bis zum Frühling soll eine Arbeitsgruppe konkrete Sparpläne erarbeiten.

Sparen und Kosten senken ist auch bei der Landes-VP angesagt.

Sie, die die vergangenen sechs Jahre jährlich satte zehn Millionen Euro Parteienförderung zur Verfügung hatte, verliert ab 2016 jährlich 2,3 Millionen, bleiben rund 7,7 Millionen Euro. „Wir werden kleinere Brötchen backen“, sagt Landesgeschäftsführer Wolfgang Hattmannsdorfer. Kampagnen würden zurückgefahren, Veranstaltungen einfacher und damit billiger konzipiert und in der Landespartei zentrale Gleitfelder würde die personelle Struktur ver-

schlankt. Manche Mitarbeiter würden in Bildungsakademie gehen, andere ihre Arbeitszeit reduzieren – alles auf freiwilliger Basis, wie Hattmannsdorfer betont. „Einfach ist es nicht. Aber unsere Partei ist finanziell sehr gesund aufgestellt.“ Schulden gebe es trotz des

**„Wir werden kleinere Brötchen backen.“**

**■ Wolfgang Hattmannsdorfer, Landesgeschäftsführer der ÖVP**

## ■ GELD FÜR PARTEIEN UND KLUBS

Parteien werden in Oberösterreich auf drei Arten gefördert. Basis ist das Gesetz von 2012.

**■ Parteienförderung A:** das Geld, das an die Landesparteien geht. Pro Wahlberechtigten werden ab 1. Jänner 18,74 Euro pro Jahr ausbezahlt, in Summe 20.510.911 Euro. Aufgeteilt wird nach den Mandaten im Landtag:  
**ÖVP:** 7,69 Millionen Euro  
**FPÖ:** 6,59 Millionen Euro  
**SPÖ:** 4,03 Millionen Euro  
**Grüne:** 2,2 Millionen Euro.

**■ Parteienförderung B:** Neu ab 1. Jänner: Förderung für Bezirks- und Ortsparteien zahlt auch das Land, nicht mehr wie bisher die Gemeinden. **8.710.350 Euro** (3,39 Euro pro Wahlberechtigten) werden nach den Mandatsstärken in den Bezirken verteilt.

**■ Klubförderung:** Die vier Landtagsklubs erhalten eine eigene Förderung nach Mandatsstärke:  
**VP-Klub:** 495.400 Euro  
**FP-Klub:** 424.640 Euro  
**SP-Klub:** 259.500 Euro  
**Grünen-Klub:** 141.500 Euro.

sieben Millionen Euro teuren Wahlkampfes nicht.

Anders bei den Landesgrünen. Sie haben den rund zwei Millionen Euro teuren Wahlkampf teils fremdfinanziert. Laut Landesgeschäftsführerin Michaela Heitsch sind 1,2 Millionen Euro an Darlehen offen. So konnten die gut 400.000 Euro, die die Grünen nach leichtem Zugewinn bei der Wahl ab 2016 mehr an Parteienförderung einfließen (insgesamt 2,2 Millionen jährlich, gerade recht. „In drei Jahren dürfen wir die Außenstände weg haben“, sagt Heitsch. Investiert werde zudem in die neuen Gemeindegruppen.

## Strolz: Steuerhoheit oder Landtage abschaffen

Neos-Chef will, dass Länder selbst Steuern einheben

**WIEN.** Neos-Chef Matthias Strolz will die Bundesländer stärker in die Pflicht nehmen. Die Länder sollten „Steuerverantwortung übernehmen“, sagte der pinkle Obmann am Sonntag in der TV-Pressesendung, in der neben Robert Stoppacher (ORF) DO-Nachrichten-Redakteurin Annette Gantner Fragen stellte.

Die Steuerverantwortung der Länder würde einen „organisierten Umgang mit Steuergeld“ bewirken, so Strolz, der ein „Ende des Sponsoring-Debalasans“ verlangte. Wenn diese Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern nicht gelingt, dann fordert Strolz Kompetenz: „Die Landtage gehören dann in dieser Form abgeschafft“, sagte er.

Die Landeshauptheute abschaffen wolle er nicht, erklärte er auf Nachfrage, diese sollten als „Chefs des Vollzugs“ bestehen bleiben.

Zum Thema Asyl sprach sich Strolz zwar gegen Obergrenzen für Asylbewerber aus („Asyl ist ein Menschenrecht“), er forderte aber eine klare Trennung zwischen Schutzbedürftigen und Wirtschaftsflüchtlingen, denn „100.000 im Jahr wird Österreich nicht aushalten“.

Die Asylfrage müsse auf europäischer Ebene mit einer gemeinsamen Grenzschutzbehörde und einer Asylbehörde gelöst werden. Strolz plädierte auch für ein „Kompass“, wenn sich nicht alle EU-Staaten an einer Lösung beteiligen wollen.

## Uni-Rektoren dürften erstmals eine Chefin küren

Zwei Kandidatinnen stellen sich heute zur Wahl

**WIEN.** Die Chancen stehen gut, dass die 21 Uni-Rektoren in der Universitätenkonferenz (unko) erstmals eine Frau zu ihrer obersten Vertreterin küren. Zwei Rektorinnen kandidieren heute Vormittag bei der Wahl des neuen unko-Präsidenten für den Vorsitz: Die Oberösterreichin Sonja Hammerschmid, die die Veterinärmedizinische Universität in Wien leitet, und Sabine Seidler von der Technischen Uni Wien.

Theoretisch könnte auch heute noch jemand antreten. Der Nachfolger von unko-Präsident Heinrich Schmidinger braucht eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Schafft dies im ersten Wahldurchgang keiner, wird über den stammesstärksten Bewerber erneut abgestimmt.



Hammerschmid, Seidler (Dowid/APA)

Sowohl Seidler wie Hammerschmid, die schon einmal gegen Schmidinger kandidiert hatte, wollen die unko künftig stärker nach außen vertreten. Schmidinger zog zuletzt freudig eine selbstkritische Bilanz: Es sei „schwieriger geworden“, Solidarität zwischen den Universitäten herzustellen. „Wenn wir mit einer Stimme sprechen würden, wären wir auch stärker“, sagte er.



Holz als Werk- und Baustoff: 300 Betriebe mit 6000 Beschäftigten gibt es in Oberösterreichs Holzindustrie, überwiegend Sägewerke, Möbelerzeuger und Holzbauer.

# Fachkräfte gesucht: Die Holzindustrie will ihr verstaubtes Image loswerden

20 Sägewerke haben seit 2012 aufgegeben, bessere Preise sollen nun aber Stabilität bringen

1982. Die Suche nach Personal, eine angepasste Preisstrategie und Berufsbildung für die Bedeutung von Holz: Das sind Themen, die die Holzindustrie beschäftigen, wie beim Branchenrat von OÖNachrichten und Wirtschaftskammer deutlich wurde.

Oberösterreichs Holzindustrie steht für 300 Betriebe, davon nur 90 mit mehr als zehn Mitarbeitern, und insgesamt 6000 Beschäftigte. Die größten Sektoren sind Holzbau, Möbelerzeugung und die vor allem auf dem Land tätigen Sägewerke mit allein 250 Betrieben.

Seit 2012 haben **20 Sägewerke geschlossen**. Das ist auf den allgemeinen Strukturwandel, aber auch auf eine schlechte Preisentwicklung zurückzuführen. Die Preise für Rundholz, also den Rohstoff für die Sägewerke, sind von 2001 bis März 2015 im Schnitt um 33 Prozent gestiegen. Bei ihrem Wert, dem Scheinholz, waren es nur plus 25 Prozent. 2011 und 2012 war die Differenz noch größer.

In den vergangenen Monaten hat sich der Preis für Rundholz aber bei durchschnittlich 85 Euro pro Festmeter stabilisiert. „Das ist ein gesunder und fairer Preis“, sagt Friedrich Reisecker, Chef des

„Privat ist der Holzbau angekommen, öffentlich noch nicht. Die nachhaltige Holzwirtschaft stärkt die Regionen.“



Foto: Klausberger

Friedrich Reisecker, Fachgruppenobmann

„Es ist sehr schwierig, Lehrlinge und Fachkräfte für uns zu gewinnen. Dabei sind wir eine innovative Branche.“



Foto: Hubner

Anna Kapsamer-Fellner, Joka-Werke

„Die Rundholz-Preise haben sich zuletzt verbessert. Das könnte eine Trendwende zum Positiven sein.“



Foto: Jäger

Rudolf Ortner, stellvertretender Fachgruppenobmann

gleichnamigen Betriebes in Rohrbach und Obmann der Fachgruppe Holzindustrie in Oberösterreich. Die jüngste Entwicklung konnte eine „Trendwende zum Positiven“ und für stabilere Verhältnisse sein, sagt Rudolf Ortner, Geschäftsführer des gleichnamigen Unternehmens in Trapezna und Obmann-Stellvertreter.

Die Funktionäre appellieren an die Forstbesitzer, weiter konstant Rohstoff zur Verfügung zu stellen. Die Sägewerke selbst haben mittlerweile auch reagiert. Zuvor stark ausgebaute Kapazitäten wurden verringert.

Was die Absatzmärkte betrifft, macht der Holzbau Freude. Er ge-

winnt Marktanteile. „Bei Privatverkauf der Holztau angekommen, im öffentlichen Bereich aber noch nicht“, sagt Reisecker. Ortner betont, dass die Politik mehr Aufträge an Holzbauer vergeben sollte. „So wird der ländliche Raum automatisch gefördert.“ Denn die Holzindustrie stärke mit ihren Arbeitsplätzen die Regionen und verbessere dank ihrer Nachhaltigkeit die Klimabilanz, sagt auch Reisecker. In 50 Jahren ist Österreichs Waldfläche im Ausmaß des Mittelalters gewachsen.

Generell brauche es Berufsbildung für Holz, sagt Anna Kapsamer-Fellner, Geschäftsführerin des Schwarzenstädter Möbeler-

zeugers Joka. „Es ist sehr schwierig, Lehrlinge und Fachkräfte für unsere Branche zu gewinnen.“ Dabei sei man innovativ. Ortner betont, dass es in seinem Betrieb keinen Hilfsarbeiter mehr, aber viele High-Tech-Jobs gebe. Das verstaubte Image müsse man loswerden. Reisecker betont, dass man in die Schulen gehe, auf Messen präsent sei und etwa die Aktion „Geniale Holzjobs“ gestartet habe.

Die Möbelerzeuger steigern heuer besonders ihre Produktion um 4,6 Prozent. Der Exportanteil von Oberösterreichs Holzindustrie beträgt 35 Prozent – Tendenz steigend, die abgesetzte Produktion liegt bei 1,3 Milliarden Euro. (az)

# Weniger Kundenfrequenz am dritten Einkaufssamstag

Trübes Wetter wirkte sich aus – dafür haben die Leute mehr gekauft statt gusiert, sagen Handelsvertreter

1982. Durchwachsen ist der dritte Einkaufssamstag in Oberösterreich verlaufen. Das trübe Wetter dürfte einige Leute vom Weihnachtseinkauf abgehalten haben. Die meisten Handelsbetriebe verzeichneten weniger Kundenfrequenz, dafür aber mehr tatsächliche Käufe und Umsatz.

Zwar seien die Kundenströme meiste etwas geringer als an den beiden ersten Samstagern gewesen, sagte Christian Kutscha, Obmann der Sparte Handel in der Wirtschaftskammer Oberösterreich. „Es wurde aber weniger geschaut und gusiert, sondern mehr gekauft.“ Monika Sandberger, Centerleiterin des Passage-Centers Linz, argumentierte ähnlich. „Zwar waren die Frequenzen nicht so herausragend wie an den beiden ers-



Das Weihnachtsgeschäft ist am Samstag durchwachsen verlaufen. Foto: Statman

ten Wochenenden, es wird aber schon viel gekauft.“

Eine große Veranstaltung für Kinder auf dem Stadtplatz habe sehr gute Frequenz gebracht, berichtete Alfred Pech vom Stadtmarketing Steyr. Sein Kollege in Wels,

Peter Jungwirthner, sagte, dass die Frequenz in der Stadt erst nicht so hervorragend gewesen sei. Die „Weihnachtswelt“, also der Christkindlmarkt in Wels, sollte aber einiges gutgemacht haben. Kritisch äußerte sich Manuela Korthauer

vom Jusseler Hubner (PlusCity Pasching, Landstraße und Lentia City Linz). „Leider kam heute die Frequenz nicht mit den vergangenen Wochenenden mithalten. Es sind viel weniger Kunden unterwegs, das drückt auch die Umsätze.“

Viel positivere Worte kamen von Ernst Kirchmayr, Chef von PlusCity und Lentia City, über das Gesamtgeschäft in seinem Einkaufszentrum. „Der Einkaufssamstag war sowohl in der PlusCity als auch in der Lentia City der bisherige Höhepunkt im Weihnachtsgeschäft. Kundenfrequenz und Kaufkraft haben die Erwartungen von Handel und Gastronomie übertraffen.“

„Wir sind sehr zufrieden. Bei vernünftigen Frequenzen wird auch viel gekauft“, sagte Josef Pretzl, Geschäftsführer Thalia Österreich. (az)

# 69-jähriger Pettenbacher stürzte bei Bergwanderung 40 Meter in den Tod

Rettungskräfte fanden nach groß angelegter Suchaktion den Leichnam des Mannes

**SCHARNSTEIN.** Es ist ein herrlicher Ausblick, der sich vom Gipfel des 945 Meter hohen Maisenkögerls auf das darunter liegende Scharnstein bietet. Diese Aussicht wollte ein 69-jähriger aus Pettenbach offenbar am Samstagmittag ebenfalls genießen. Doch kurz vor dem Gipfel, der auf den letzten Metern der ansonsten recht einfachen Wanderung nur über einen rund einhalb Meter breiten Grat zu erreichen ist, stürzte der Mann in den Tod.

**Sohn alarmierte Einsatzkräfte**  
Der Sohn des Pettenbachers meldete seinen Vater bei der Polizei als vermisst, nachdem dieser am Samstagmittag nicht zu einem vereinbarten Treffen erschienen war. Mitglieder der Feuerwehr fanden gegen halb fünf Uhr nachmittags das Auto des 69-Jährigen, das etwa 100 Meter unterhalb des Maisenkögerls geparkt war. Daraufhin wurde eine groß angelegte Personensuche gestartet, an der sich neben der Alpinpolizei Kirchdorf und Gmünd auch die beiden Bergrettungs-Stützpunkte



Alpinpolizei und Bergrettung suchten nach dem vermissten Wanderer. (Samet)

aus Kirchdorf und Grünau beteiligten. „Die Kollegen aus Kirchdorf haben sich bei der Suche auf das Gebiet rund um das geparkte Auto konzentriert, während wir uns gleich auf dem Weg Richtung Gipfel und des benachbarten Kletter-

gartens aufmachten“, schildert Martin Trautwein, Ortsstellenleiter der Bergrettung Grünau, den Einsatz. Dass es zu diesem Zeitpunkt bereits stockdunkel war, erschwerte die Suche der Helfer nach dem Vermissten.

Gegen 19 Uhr – rund eine Stunde nach Beginn des Einsatzes – fanden die Suchmannschaften den 69-jährigen etwa 40 Meter unterhalb des Gipfels. Für ihn kam jedoch jede Hilfe zu spät: Der Pettenbacher dürfte über eine nahezu senkrechte Felswand gestürzt sein und dabei tödliche Verletzungen erlitten haben. Der Leichnam des verunglückten Wanderers wurde mit einer Gebirgstrage und per Seil geborgen und über eine Fiesestraße ins Tal gebracht. Um halb zehn Uhr abends rückten die Einsatzkräfte wieder ein.

Das Gelände, auf dem sich das Unglück ereignete, beschreibt Bergrettungs-Kommandant Martin Trautwein als durchaus anspruchsvoll. „Das Maisenkögerl darf man nicht unterschätzen. Über weite Strecken ist es eher ein Spazierweg, aber die letzten Meter haben es dann schon in sich. Da bewegt man sich auf einem Grat, bei dem es auf einer Seite nahezu senkrecht hinuntergeht. Ein falscher Tritt kann hier fatale Folgen haben, wie wir am Samstag leider gesehen haben.“ (dab)

## Facebook-Foto führte Polizei zu jungem Schläger

**MATTHHOFEN.** Mithilfe seines Profil-Fotos auf Facebook konnte in der Nacht auf Samstag ein 18-Jähriger ausgeforscht werden, der nach einem Streit vor einem Lokal in Matthhofen einen 19-Jährigen niedergeschlagen und mit den Füßen getreten hatte. Nachdem er auch noch versuchte, seinem Opfer die Geldtasche zu entreißen, suchte er das Weite. Das Opfer des Angriffs wurde im Lokal erstversorgt. Ein Gast zeigte ihm danach mehrere Facebook-Fotos. Tatsächlich erkannte der leicht verletzte auf einem der Fotos seinen Peiniger. Für die Polizei war es somit ein Leichtes, den Täter auszuforschen. Der Beschuldigte zeigte sich geständig.

### Rauferei vor Diskothek

Zu einem Handgemerke kam es am Wochenende auch vor einer Diskothek in Untertewersdorf. Nachdem mehrere Gäste des Lokals verwiesen worden waren, lieferten sich kurz vor vier Uhr drei von ihnen auf dem Vorplatz eine Rauferei mit Mitarbeitern einer Sicherheits-Firma. Nachdem sich die Situation bereits zu beruhigen schien, floßen erneut die Fäuste. Dabei verletzte ein Security-Mitarbeiter einen 23-jährigen Gast aus Altenberg bei Linz an der Hand.

## Familie im Schlaf durch ausströmendes Gas beinahe vergiftet

Kranker Bub (10) dürfte Familie rechtzeitig aufgeweckt haben – Alle Familienmitglieder befinden sich auf dem Weg der Besserung

**PETTENBACH.** Mit viel Glück ist in der Nacht auf Samstag eine fünfköpfige Familie in Pettenbach einer Katastrophe entgangen. Aus der Gastherme ihres Einfamilienhauses war giftiges Kohlenmonoxid entwichen. Eine Erkrankung des zehnjährigen Sohnes dürfte Schlimmeres verhindert haben.

Bereits beim Zubettgehen dürfte der Bub an einer Bauchgrippe laboriert und mehrmals erbrochen haben. Als ihm in der Nacht erneut schlecht wurde, weckte er seine Mutter (38). Diese verspürte ebenfalls starken Schwindel und Übelkeit. Sie weckte daraufhin ihren 40-jährigen Mann sowie die beiden weiteren Kinder im Alter von 16 und 13 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt – kurz nach zwei Uhr früh – hatte sich das geruchlose Gas bereits seit einiger Zeit in dem Haus ausgebreitet, denn alle fünf Familienmitglieder zeigten dieselben

Symptome. Die Mutter rief deshalb bei der Rettung an.

Keine Minute zu früh: Die Kohlenmonoxid-Warngeräte der Rettungssanitäter begannen beim Betreten des Hauses sofort zu pfeifen und zu blinzeln. Die Familie wurde deshalb schnellstens ins Freie gebracht. Nach der Erstversorgung wurden die Hausbesohner in das LKH Kirchdorf und kurz darauf zur Behandlung in die Universitätsklinik Graz eingeliefert.

Die ebenfalls zu Hilfe gerufene Feuerwehr Pettenbach suchte zunächst das gesamte Haus nach möglichen weiteren Personen ab, schaltete dann die Gastherme im Keller ab und durchlüftete das Einfamilienhaus. „Der Zustand der Familie war schon sehr ernst. Die Mutter konnte sich gar nicht mehr daran erinnern, dass sie selbst die Rettung alarmiert hatte. Das hätte schlimmer ausgehen können“, sagt



Die Feuerwehr durchlüftete das gesamte Einfamilienhaus. (Foto: Samet)

„Der Zustand der Familie war schon sehr ernst: Die Mutter konnte sich gar nicht mehr daran erinnern, dass sie selbst die Rettung alarmiert hatte.“

■ Martin Kirner, Kommandant der FF Pettenbach

Feuerwehrrkommandant Martin Kirner. Wie Brandsachverständige am Samstagmittag herausfanden, trat das Kohlenmonoxid aus einem offenen Deckel der Gastherme aus. Die Uni-Klinik Graz gab noch am Samstag bekannt, dass sich alle fünf Familienmitglieder außer Lebensgefahr befinden und von der Intensivstation auf eine normale Station verlegt werden konnten. (dab)

# Eine Delfintherapie soll das Leben des kleinen Moritz verbessern helfen

Das ÖÖN-Christkindl unterstützt die Eltern bei der Finanzierung der hohen Kosten

Von Sahrina Puyrhuber

**BAD WIMSBACH-NEUDHARTING.** „Moritz ist ein Sonnenschein.“ Mit dieser Beschreibung fängt Nicole Hartner das Wesen ihres dreijährigen Sohnes ein. Wenn Moritz mittwochs in den Kindergarten kommt, warten die anderen Kinder auf ihn. Seine einnehmende Art hat ihnen gefehlt. Er ist ein fester Teil der kleinen Gruppe geworden, die er seit diesem Herbst besucht. In den Stunden am Vormittag ist er fast ein normaler Junge. Er baut Türme aus Bauklötzen und spielt mit den anderen Kindern.

Doch Moritz muss mit der Diagnose Mikrozephalie leben. Sein Kopf ist zu klein. Dazu kommt die Diagnose Mikrozephalie. Der Balken, der Moritz' linke und rechte Gehirnhälfte verbindet, ist kleiner als normal. Seine Gehirnwindungen sind weniger ausgeprägt als die von gleichaltrigen Kindern. „Moritz ist in seiner Entwicklung weit hinten“, sagt Nicole Hartner.

**„Wir machen das Beste draus“**  
Eigentlich war es eine problemlosere Geburt, die Moritz am 10. Juni 2012 auf die Welt brachte. Er war gesund; wenigstens glaubten das seine Eltern. Das Familienglück schien perfekt. Doch nach einigen Monaten begannen die großen Sorgen: „Moritz robbte und krabbelte nicht“, erzählt seine Mama. Mit zehn Monaten wurde immer offensichtlicher, dass etwas nicht stimmte.

Die Diagnosen prasselten auf die kleine Familie herein. Der zu kleine Kopf, die groben Gehirnwindungen, einen globalen Entwicklungsrückstand nannten es die Ärzte. „Wenn man das über sein Kind hört, dann glaubt man, dass man fällt und kein Boden mehr kommt.“ Die erste Zeit war für Nicole Hartner und ihren Mann Harald schwer, aber „jetzt machen wir das Beste daraus.“

Seit diesem Zeitpunkt stehen auf Moritz' Tagessplan unzählige Therapien, „weil es sonst keine andere Möglichkeit gibt, seinen Ent-



Glückliche Familie Hartner: Die Eltern Nicole und Harald mit der Tochter Rebecca und Sohn Moritz mit seinem Gehwagen. Foto: privat

„Wenn man über sein Kind hört, dass es einen Entwicklungsrückstand hat, dann glaubt man, dass man fällt und kein Boden mehr kommt.“

■ Nicole Hartner, Mutter von Moritz

wicklungsstand beizubehalten und kleine Fortschritte zu machen“, sagt die 32-jährige Mama. Physiotherapien, Frühförderung, Ergotherapie, spezielle Reha-Aufenthalte: Inzwischen ist Moritz so weit, dass er ohne die Hilfe seiner Eltern gehen kann. „Moritz liebt Feuerwehrautos“, sagt Nicole Hartner. „Deshalb gehen wir oft zum Feuerwehraus.“ Das ist zwar nur 400 Meter weit weg, aber ein Kraftakt für den kleinen Moritz. Unersättigt wird er bei seinem Spaziergang von einem Gehwagen, an dem er sich links und rechts halten kann und hinten eine Stütze hat, damit er nicht umfallen kann.

## Tierliebhaber Moritz

Am liebsten verbringt Moritz aber seine Nachmittage bei den Großeltern am Bauernhof. Dort faszinieren ihn die Hunde, Katzen und Schafe. Deshalb erwarten sich seine Eltern viel von einer Delfintherapie. Moritz fühlt sich im Wasser frei, und der Umgang mit Tieren soll bei der Entwicklung der Sprache und Feinmotorik helfen.

Die ganze Familie will deshalb 2017 auf die Karibikinsel Curaçao fliegen. Dort werden die Delfine tiergerecht im Meerwasser gehalten und die Therapeuten sprechen Deutsch, sagt Mama Nicole Hartner. „Moritz soll Fortschritte machen können. Vielleicht kann er danach besser gehen und mehr sprechen. Mehr muss es gar nicht sein.“ Das ÖÖN-Christkindl wird einen Teil der Therapiekosten übernehmen, um die finanziellen Sorgen der Familie zu lindern.

■ Spenden an das ÖÖN-Christkindl bitte an die Kontonummer AT94 2032 0000 0011 1790. Firmen können sich gerne an v.dir.maler@nachrichten.at wenden



## Großzügige Spende

Die Linz AG unterstützt das ÖÖN-Christkindl mit 5000 Euro. Vorstandsdirektorin Jutta Rinner, Generaldirektor Erich Haider (2.v.l.) und Vorstandsdirektor Wolfgang Dopf (r.) überreichen Wirtschafts-Redakteur Stefan Fröhlich (2.v.r.) den Spendenscheck. Die ÖÖN-Nachrichten und das Christkindl-Team bedanken sich sehr herzlich dafür. Foto: LINZ AG

# Die besonderen Schülerpolizisten von Laakirchen

Ein Pilotprojekt aus dem Salzkammergut mit Asylwerbern löst inzwischen österreichweites Aufsehen aus

Von Sahrina Puyrhuber

**LAAKIRCHEN.** Pünktlich um 7.10 Uhr nimmt Ahmad Abdelahi seinen Platz am Zebrastreifen ein. Er hat sich seine neongelbe Jacke übergestreift, die reflektierende Kappe aufgesetzt und seine Knie in der Hand: So ist er allzeit bereit, heran-nahe Autos zu stoppen.

Einesmal in der Woche sichert Ahmad Abdelahi aus dem afrikanischen Somalia als Schülerpolizist den Zebrastreifen vor der Volksschule und der Neuen Mithenschule in Laakirchen. Thematik – ge-

nau wie vier weitere Asylwerber, die schon seit Monaten auf einen positiven Bescheid warten. Von ihrem Einsatz profitieren rund 600 Schüler.

Ins Leben gerufen hat dieses Pilotprojekt der ehemalige Polizist Reinhard Held. Zwei Jahre hat man in Laakirchen schon verzweifelt versucht, Freiwillige zu finden, die Dienst am Zebrastreifen tun. Doch gefunden haben sich immer nur wenige, die sich das frühe Aufstehen anzun.

„Ich wurde gefragt, ob ich etwas auf die Beine stellen kann“, erin-

nert sich Held. „Beim Stadtfest habe ich die Asylwerber gesehen und gedacht: Die haben Zeit, die könnten das doch übernehmen.“ Keine zwei Monate später, pünktlich zum Schulanfang, hatte er seine Truppe beisammen.

## Positive Reaktionen

Seither sichern abwechselnd fünf Asylwerber den Schulweg. Die Reaktionen darauf waren überwiegend positiv, weiß Bürgermeister Fritz Frechtinger (SP). „Am Anfang war das ein Mordsaufsehen. Aber insgesamt haben die Bürger das

Projekt gut aufgenommen.“ Jene, die dagegen sind, gebe es vor allem anfangs immer.

Im Jänner, als die rund 60 Flüchtlinge nach Laakirchen gekommen sind, war die Skepsis in der Bevölkerung groß. Gerüchte machten die Runde, dass Asylwerber beim Tierarzt eingebrochen hätten. Das habe sich laut Polizist Harald Kaiser nicht bestätigt. „Seitdem die Asylwerber in der Gemeinde sichtbar sind, sind auch die Gerüchte zurückgegangen“, sagt Helmut Nedeniel von der Initiative Laakirchen für Integration und Toleranz

(LaakIT). Neben der ehrenamtlichen Arbeit als Schülerlotsen können sich die Flüchtlinge fünf Euro am Tag bei der Arbeit im Bushof dazuverdienen.

Inzwischen hat das Pilotprojekt auch österreichweit hohe Wellen geschlagen. Anfragen wurden bisher aus Vorarlberg, Salzburg, Traunkirchen, Braunau und zuletzt auch aus Ebensee an Reinhard Held herangetragen: „Dort werde ich demnächst weitere Flüchtlinge als Schülerpolizisten annehmen, weil es zu wenig Freiwillige für diese Arbeit gibt.“



Ahmad Abdelahi nimmt seine Arbeit als Schülerpolizist ernst. Pünktlich steht er am Zebrastreifen bereit. Foto: Sputnik (1), gao

## STIMMEN ZUM PILOTPROJEKT

Mir gefällt die Arbeit als Schülerlotse. Ich helfe auch in der Volksschule. Dort male und spiele ich mit den Kindern.

■ Ahmad Jaber, Asylwerber aus Syrien



„Es ist super, dass die Asylwerber ehrenamtlich helfen. Der Schulweg ist eh so gefährlich.“

■ Natascha Kolmberger, Mutter



„Ich freue mich, dass das Projekt so einen großen Anklang findet.“

■ Reinhard Held, ehemalige Polizist und Projektleiter

# Islam-Vereinen droht in Österreich jetzt die behördliche Schließung

Heftige Kritik am neuen Islamgesetz, das die „Übernahme“ durch die staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften vorsieht – Umstrukturierung ist ein großes Diskussionsthema

Von Albert Kofler

WIEN/ANL. Entweder sie lösen sich auf, oder sie ordnen sich unter: Das neue Islamgesetz sieht vor, dass alle Vereine, deren Zweck in der Verbreitung der Glaubenslehre des Propheten steht, das nur noch tun dürfen, wenn sie sich den beiden staatlich anerkannten Gemeinschaften anschließen: der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGI) oder der Islamisch-Alevitischen Glaubensgemeinschaft (ALEV).

Falls sie sich weigern, müssen sie ihre Statuten ändern. „Dann dürfen sie nur noch als Hilfvereine, etwa als Moscheenvereine, weitermachen“, sagt Nedjmi Bilal, der Sprecher des Bundeskanzlers.

## Klage gegen neue Vorschrift

Das neue Gesetz sieht zudem weiters vor, „dass die Ausgaben für den laufenden Betrieb von den Religionsgemeinschaften künftig aus eigenen Mitteln aus Island aufzubringen sind“, so Bilal weiter. Einmalige Zuwendungen seien aber zulässig.

Ein Sturm der Entrüstung ist die Folge: Die ATIB Union in Wien – die Türkisch-Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich – hat angekündigt, gemeinsam mit 40 weiteren muslimischen Vereinen die neue Vorschrift vom Verfassungsgerichtshof auf ihre Gesetzmäßigkeit prüfen zu lassen – dem Verfassungsgerichtshof hat die ATIB Union, Bezirk Vöcklabruck, die Anträge vor.

Der Gesetzgeber wolle offenbar jede kollektive religiöse Betätigung von Muslimen bei den beiden staatlich anerkannten Glaubensgemeinschaften monopolisieren, so ATIB. Das wolle man nicht hinnehmen.



Neue gesetzliche Regeln kommen auf die Islam-Vereine in Österreich zu.

foto: gshof

„Das Problem liegt in erster Linie darin, dass der Gesetzgeber verkannt hat, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft keine autonome Einrichtung ist“, sagt Fatih Karadas, Obmann der ATIB Union. Vielmehr setze sie sich aus den verschiedenen Vereinen zusammen, die in den Gremien der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGI) vertreten seien. Deshalb habe die Glaubensgemeinschaft auch keine eigenen Gebetsstätten.

## Imame aus der Türkei

„Radikale – oder besser ‚gesetzwidrige‘ Einrichtungen kann man ja auch jetzt schon schließen“, betont Karadas. „Warum soll man dann diese Vereine überhaupt umstrukturieren?“

ATIB ist der Dachverband der türkisch-islamischen Kulturvereine,

untersteht dem türkischen Staat und wird von ihm auch weitgehend finanziert. „Die Imame, die in Österreich lehren, sind türkische Staatsbeamte“, sagt der Ex-Gesetzgeber Efgani Dönmez. „So wird die Politik Erdogans in die ATIB-Vereine in Österreich hineingetragen.“

Auch das sollte durch das neue Gesetz unterbunden werden. Ein Gesetz, das vor allem die IGGI aufwertet. Sie bekomme dadurch auch ein wirtschaftliches Monopol, speziell im milliardenschweren Bereich der Halal-Zertifizierung, mit denen rituell „reine“ Handelsprodukte bezeichnet werden, sagt Dönmez.

„Wir bekommen jetzt auch in Oberösterreich mehr Einfluss auf diese Vereine“, sagt Murat Baser, der Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinde Linz. Baser

habe man bei einigen wenigen Vereinen nicht gewusst, „was los ist“. Nun müssten sie sich bei der Glaubensgemeinschaft registrieren. „Dann haben wir ein Mitspracherecht bei der Bestellung der Imame.“

## Ein gemeinsames Dach

In drei Monaten soll die neue Verfassung der Islamischen Religionsgemeinschaft ausgearbeitet sein, kündigt Baser an. Dazu würden sich möglichst alle der mehr als 40 muslimischen Vereine Oberösterreichs unter einem gemeinsamen Dach zusammenschließen.

„Wir werden dann auch mehr Mitgliedsbeiträge bekommen, können dadurch unser Team erweitern und neben ehrenamtlichen Helfern auch Vollzeitkräfte einstellen.“

# Drehkreuz für ganz Europa: Wiener Hauptbahnhof im Vollbetrieb

Der Westbahnhof wird von den Fernzügen der ÖBB nicht mehr angefahren und wird zur Drehscheibe des regionalen Zugverkehrs

WIEN. Vor mehr als zehn Jahren begannen die konkreten Planungen für den Wiener Hauptbahnhof. Seit gestern steht er im Vollbetrieb. Gleichzeitig mit dem europaweiten Inkrafttreten der neuen Zugfahrpläne werden seit gestern alle Fernzüge der ÖBB über den neuen Bahnhof geführt.

Für die ÖBB geht mit dem Hauptbahnhof ein lang gehegter Traum in Erfüllung. Wien ist nun kein Hindernis mehr für den internationalen Zugverkehr. Alle 90 Sekunden wird am Hauptbahnhof ein Zug ein- oder ausfahren. Mehr als 900 Züge sollen pro Tag rund 120.000 Fahrgäste an ihre Ziele bringen.

Während der Verkehrssprecher der Grünen, Georg Will, vor allem für Pendler Verschlechterungen befürchtet, betonen die ÖBB die „historische Dimension“ des Projektes.

Massiv ausgebaut wird die Direktverbindung zum Flughafen in Schwechat. Von Linz aus erreichen

die schnellsten Verbindungen in knapp eindreiviertel Stunden den Flughafen. Außer Klagenfurt sind nun alle Landeshauptstädte direkt mit Österreichs größtem Flughafen verbunden.

Gleichzeitig mit der Fahrplenumstellung erhöhen die ÖBB auch die Fahrpreise. Durchschnittlich steigen die Ticketpreise um 1,1 Prozent. Der Preis für eine Fahrkarte von Linz nach Wien stieg um 70 Cent auf 34,30 Euro.

Der Westbahnhof soll, obwohl er im Fernverkehr der ÖBB keine Rolle mehr spielt, nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken. Er ist nun eine regionale Drehscheibe. 151 Regionalzüge pro Tag sollen den Pendlerverkehr der Bundeshauptstadt stemmen.

Oberösterreicher, die nicht auf den Westbahnhof verzichten möchten, können auf die Westbahn umsteigen. Sie wird ihrem Namen treu bleiben und auch in Zukunft den alten Bahnhof anfahren.



Mehr als 900 Züge und 120.000 Fahrgäste werden täglich auf dem neuen Wiener Hauptbahnhof erwartet. Foto: ÖBB

Print - Dienstag, 15. Dezember 2015

## Politik

# Schuldspruch im Blaulichtfunk-Prozess: Drei Jahre Haft für Mensdorff-Pouilly

Richter Tolstjuk: 1,1 Millionen Euro von der Telekom waren Schmiergeld für Graf Ali

WIEN. Der sogenannte „Blaulichtfunk-Prozess“ um Schmiergeldzahlungen der Telekom endete am Montag mit einem Knalleffekt. Der Lobbyist und Jagdveranstalter Alfons Mensdorff-Pouilly wurde wegen Bestehens zur Untreue zu einer unbedingten Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Ex-Telekom-Festnetzvorstand Rudolf Fischer muss wegen Untreue für ein Jahr in Haft. Mensdorff-Pouilly muss außerdem die von Fischer überwiesenen Honorare in der Höhe von 1,1 Millionen Euro samt vier Prozent Verzinsung an die Telekom zurückzahlen. Anklage und Verteidigung haben sich drei Tage Bedenkzeit erbeten, weshalb die Urteile nicht rechtskräftig sind.

### Lobbyist und Landwirt

Fast genau vor drei Jahren konnte sich Mensdorff-Pouilly ebenfalls am Wiener Straflandesgericht noch über einen Freispruch freuen. Der Vorwurf, beim Einführen von Geschäften für einen britischen Rüstungskonzern Geldwäsche betrieben zu haben, ließ sich damals nicht erheben. Diesmal nahm der Lobbyist mit Neubauschluss im Städtlerland, der sich gerne als „Landwirt“ bezeichnet, fast stoisch den Schuldpruch von Richter Michael Tolstjuk zur Kenntnis.

Im Mittelpunkt der Cases stand die Auftragsvergabe für ein bundesweites Funknetzsystem aller Blaulichtorganisationen 2004 im zweiten Anlauf durch den damaligen Innenminister Ernst Strasser (FPÖ). Zum Zug kam das Tetron-Konsortium, dem Motorola, Alcatel und die Telekom Austria (TA) angehörten.

Wie der Telekom-Kronzeuge Gernot Schaezler später aussagte, soll der in der Politik bestens vernetzte Mensdorff-Pouilly 2006 nachträglich 1,1 Millionen Euro erhalten haben. Das Geld wurde als Honorar für Experten zur Telekom-Expansion in Osteuropa deklariert, was die Staatsanwaltschaft später als Vorwand für Schmiergeldzahlungen, verurteilt von Fischer, ansah.



Schlechte Nachrichten für Alfons Mensdorff-Pouilly und Ex-Telekom-Manager Rudolf Fischer. Foto: APA

### BLAULICHTFUNK „TETRON“

■ Ein Prozess ging es um Geldflüsse von 1,1 Millionen Euro rund um die Neuvergabe des Auftrags für den Behördenfunk unter dem damaligen Innenminister Ernst Strasser (FPÖ) im Jahr 2004. Die Staatsanwaltschaft ging von Schmierrechnungen aus, die Verteidiger sprachen von gerechtfertigten Honoraren und forcierten Freisprüche.

■ Neben der Telekom waren am Tetron-Konsortium Motorola und Alcatel beteiligt. Mit dem Hinweis auf Schmiergeldzahlungen brachte 2011 Telekom-Kronzeuge Gernot Schaezler die Sache ins Rollen. Im März 2014 erhob die Staatsanwaltschaft gegen den Lobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly Anklage wegen Bestehens zur Untreue und gegen den Ex-Telekom-Vorstand Rudolf Fischer wegen Untreue.

■ Am 11. September 2015 startete der Blaulichtfunk-Prozess am Wiener Straflandesgericht, der zunächst wegen einer Fälschung des Video-Übertragungs Zugangs auslöste für zwei Monate unterbrochen wurde. Ehe getrennt Richter Michael Tolstjuk zu einem, wegen der dreitägigen Bedenkzeit von Anklage und Verteidigung nicht rechtskräftigen, Urteil kam.

■ Tetron ist bis heute nur ein Stückwerk - gleichzeitig kam es zu einer Kostenexplosion. Insgesamt soll es nun 40 Mio. Euro an jährlichen Kosten verursachen. Der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) ging nach von gut der Hälfte aus. Das System sollte bundesweit 2009 ausgerollt sein. Die Gesamtkosten werden nun bei über einer Milliarde Euro liegen.

Ein Vorwurf, der am Schlussatz durch den Sachverständigen Georg H. Jettler bestätigt wurde. Entgegen der Behauptung des Angeklagten, er habe wertvolle Benutzertätigkeiten erbracht, sprach dieser von „amateurhaftem“ Vorgehen. Die kaum dokumentierten Lobbying-Leistungen seien nicht 1,1 Millionen, sondern „maximal 100.000 Euro“ wert, sagte Jettler. Er könne zwar gut reden, aber nicht so gut schreiben, versuchte Mensdorff im Schlussplädoyer zu erklären, warum es kaum schriftliche Belege für seine Arbeiten gibt.

Richter Tolstjuk schloss sich letztlich der Einschätzung des Gutachters an und sprach von keiner nachvollziehbaren Leistungserbringung. Für Mensdorff-Pouilly ist das Urteil Teil einer jüngsten Serie schlechter Nachrichten. Vor wenigen Tagen gab seine Frau, Ex-Ministerin Maria Raach-Kallat (VP), die Trennung bekannt, und als Waldmann lagert er wegen umstrittener Gatterjagden mit Tier-schützern im Clou. (dsc)

# Erstes schwarz-blaues Budget: Nulldefizit verschoben

Dreitägige Beratungen beginnen heute im Landtag – Defizit von 67 Millionen Euro geplant

**LINZ.** Ab heute, 9 Uhr, beraten die Abgeordneten drei Tage lang über das erste Budget einer schwarz-blauen Regierungszusammenarbeit im Land. Am 16. November hatten Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner (FP) den Haushaltsentwurf gemeinsam vorgestellt.

Ein Budget, das nach der Fällung der neuen Regierung kurzfristig verhandelt wurde. Der bisherige Budgetkurs wird großteils fortgeschrieben, deutliche strukturelle Neuausrichtungen sind nicht erkennbar. Und war vor einem Jahr noch die Rede davon, 2016 wieder das „Nulldefizit“ erreichen zu wollen, ist dieses Ziel verschoben. Bei Einnahmen von 5,09 Milliarden Euro und Ausgaben von rund 5,16 Milliarden Euro rechnet Pühringer



Finanzreferent Pühringer, Regierungspartner Haimbuchner

Foto: APA

mit einem Abgang von 67 Millionen Euro.

Das sind um zwölf Millionen Euro mehr, als Pühringer für 2015 als Abgang budgetierte. Für den Landeshauptmann und Finanzreferenten dennoch nur eine „moderate Erhöhung“ angesichts der „Herausforderungen“. Das Ärzte-Ge-

haltspaket bringe ebenso wie der Gehaltsabschluss für die Pflegekräfte 25 Millionen Euro an Mehrkosten, die Steuerreform schlage mit um 60 Millionen Euro geringeren Einnahmen bei den Bundesertragsanteilen durch. Für die Grundversorgung werde mit 21 Millionen Euro mehr gerechnet.

Arztpaket, Grundversorgung, Soziales und Flüchtlingshilfe waren auch Hauptinhalte eines Nachtragsbudgets für 2015 im Ausmaß von 75 Millionen Euro.

Pickte sich in den Jahren von Schwarz-Grün stets die FP-Kapitel heraus, denen sie nicht zustimmte (meist Kultur), so wechseln in diese Rolle nun SPO und Grüne. Die SPO verlangt höhere Investitionen in Schul- und Wohnbau sowie Kindergärten. Gestern forderte SP-Chef Landesrat Reinhold Entholz auch eine Überprüfung der Wirtschaftsförderungen: diese müssten sich nach dem Kriterium richten, wie „beschäftigungswirksam“ sie seien. Wirtschaftsförderungen sollten „größtenteils“ auch nur als Darlehen vergeben werden, so Entholz. Die Grünen werden das Bildungs-Kapitel ablehnen. (bkk)



Sonja Hammerschmid leitet seit 2010 die Veterinärmedizinische Universität in Wien-Floridsdorf.

Foto: Eberl

## Hammerschmid wird Rektorenchefin: Eine Premiere nach 105 Jahren

Rektorin der Veterinärmedizin-Uni zur Präsidentin der Universitätenkonferenz gewählt

Von Joannin Bürger

**WIEN.** Vor zwei Jahren musste sich Sonja Hammerschmid noch geschlagen geben: Schon 2013 hatte die Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität in Wien für den Chefposten in der Universitätsvertretung kandidiert.

Der Gegenkandidat Heinrich Schmidinger trat besser nicht mehr fernem Jenseits, in der die 21 öffentlichen Hochschulen Österreichs vertreten sind. Mittlerweile gibt es acht Rektorinnen. Ihr Amt in der seit 105 Jahren bestehenden Gremienkonferenz Hammerschmid mit 1. Jänner 2016 an, erste Phase will sie

### REAKTIONEN

Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (VP) begrüßte Sonja Hammerschmid, die erste Frau an der unko-Spitze sei „erfreulich“. Hammerschmid sei eine „Univertitätsmanagerin“, die sowohl über langjährige Erfahrung als auch hohes Ansehen im Hochschulsektor verfügt. Der Rektor der Uni Linz, Meinhard Lukas, gab sich „überzeugt, dass sie die Anliegen der Uni sehr gut vertreten wird“.

Die Hochschülerschaft (ÖH) wünsche Hammerschmid „viel Mut und Durchhaltvermögen in ihrem neuen Amt“ und hofft, in ihr eine Partnerin „gegen die konsequente Kaputtparapolitik der Regierung“ zu haben.

Dass Hammerschmid als erste unko-Präsidentin die „gläserne Decke“ durchstoßen habe, lobten sowohl die SPO-Frauen wie auch die Neos.

heute präsentieren. Eine leichte Aufgabe wartet in ihrer bis Ende 2017 betrieblen ersten Amtsperiode nicht.

### Kritische Bilanz

Der scheidende unko-Präsident Schmidinger hatte sich zuletzt sehr ernüchtert gezeigt. Zum einen durchaus selbstkritisch, in-

dem er seinen selbstgewählten Weg der „stillen Diplomatie“ hinterfrage. Zum anderen ließen aber auch die Hochschulen Solidarität untereinander vermissen, so der Rektor der Universität Salzburg, der seine Amtszeit nicht als „Erfolgsgeschichte“ sehen wollte. Tatsächlich wird Hammerschmid als unko-Präsidentin

auch ausgleichend wirken müssen. Gerade bei der Verteilung der knappen Mittel stehen die Universitäten teils in direkter Konkurrenz zueinander, andererseits soll die unko sich als schlagkräftige Vertretung für alle einsetzen.

Die Herausforderungen sind durch die gerade für die nächsten drei Jahre mit Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (VP) verhandelten Drei-Jahres-Budgets der Uni gewachsen: Denn trotz eines Plus von 615 Millionen Euro sind die Stringenzen bescheiden. Statt wie in der vorigen Budgetperiode bei rund elf Prozent liegt das Plus für die einzelnen Hochschulen nur bei rund sechs Prozent, so Schmidinger zuletzt.

Zumindest vom Naturvill her unterscheidet sich Hammerschmid recht deutlich von ihrem Vorgänger: Sie weiß ihre Stimme zu erheben, wenn es notwendig ist.

Ein Porträt über Sonja Hammerschmid lesen Sie auf Seite 6.

## Landes-SP: „Wir brauchen keine 14 Vize-Chefs“

14 Stellvertreter hat SP-Landeschef Reinhold Entholz derzeit. Diese Stellvertreter-Posten haben maximal symbolische Bedeutung, sie sind in der Regel ein Titel ohne Mittel. Dennoch hat die von Entholz und SPO-Landesgeschäftsführer Peter Binder geplante drastische Reduktion der Stellvertreter von 14 auf vier parteinterne Dissonanzen befeuert.

### SP-Chefin verlor Vize-Position

Fiona Kaiser, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, wird im Zuge dieser Maßnahme ihre Stellvertreter-Position verlieren und hat darauf mit Unverständnis reagiert. Auch Bernd Dobsberger, unter Parteichef Josef Ackel noch Leiter des SP-Reformprozesses „soegen.ro“, wird künftig kein Stellvertreter mehr sein. Dobsberger und Kaiser zählen zur Initiative „Kompass“, die eine Reform der Partei unter einer neuen Führung fordert. Binder verteidigt die Streichung von zehn Stellvertreter-Posten: „Wir brauchen keine 14 Vize-Chefs.“ Entholz werde Kaiser und Dobsberger jedoch weiterhin für den Landespartei Vorstand vorschlagen, so Binder.

Bei der Klausur des Landespartei Vorstandes am Wochenende wurde Entholz Wahlvorschlag für den Parteitag am 18. Jänner angenommen. Demnach sollen künftig nur noch Frauenvorsitzende Sabine Promberger, die Dettel Landtagspräsidentin Gerda Weichelder-Hauer, der Linzer Bürgermeister Klaus Luger und AK-Präsident Johann Kallusner Parteichef-Stellvertreter sein.



Entholz, Binder

Foto: Weichelder

## Neue Mittelschule verliert im Rennen mit dem Gymnasium an Boden

Im Zehn-Jahres-Vergleich sank der Anteil von Hauptschule/NMS um 22,7 Prozentpunkte. Ab 2016 wieder mehr Volksschüler

**WIEN.** Die Neue Mittelschule (NMS), 2008 als Modell und seit 2012 als flächendeckender Ersatz für die Hauptschule eingeführt, hat sich seither nicht zum Renner entwickelt. Haben im Schuljahr 2004/05 österreichweit noch rund 209.418 Zehnt- bis 14-Jährige die Hauptschule besucht, so waren es zehn Jahre später nur 208.136. Das entspricht einem Minus von 22,7 Prozent, wie aus den akuten Erhebungen der Statistik Austria hervorgeht (siehe Grafik).

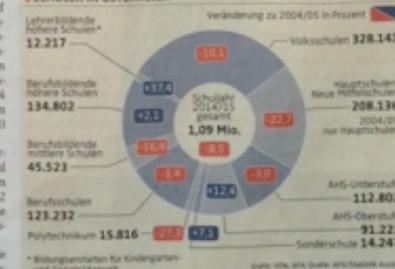
Der Trend lässt sich nur teilweise mit dem allgemeinen Rückgang der Schülerzahl um 8,5 Prozent auf zuletzt 1,066 Millionen erklären. Denn im gleichen Zeitraum verzeichnete etwa die AHS-Unterstufe

einen Rückgang um nur drei Prozent. Vor zehn Jahren kamen auf 100 Gymnasialisten in der Unterstufe 232 Hauptschüler. 2014/15 waren es nur noch 185 an Hauptschulen oder NMS. Unter den großen weiterführenden Schulformen waren die AHS-Oberstufe (plus 12,4 Prozent) und die Berufsbildenden höheren Schulen (plus 2,1 Prozent) die großen Gewinner.

Ähnlich war der Trend in Oberösterreich, wo seit 2000 die Zahl der Hauptschüler (später NMS) in der 5. Schulstufe bis herab um 24,2 Prozentpunkte gesunken ist, jene der Einsteiger in die AHS-Unterstufe nur um ein Prozent.

Trotz der nun bereits über viele Jahre stetig sinkenden Schülerge-

### SCHÜLER IN ÖSTERREICH



sanzahlen gehen die Statistiker von einer Trendwende aus. Schon ab 2016/17 sei es den Volksschulen wieder mit „konstant steigenden Schülerzahlen in Volksschulen“ zu rechnen. Der seit den frühen 1990er Jahren verzeichnete Geburtenrückgang schien zuletzt auch wegen der Zuwanderung überwinden.

Die Zahlen dazu in der Langfrist-Prognose: 2015/16 soll es bundesweit 1,085,825 Schüler geben. Diese Zahl soll bis 2030/31 auf 1,132,529 um insgesamt 46.704 zunehmen. Ein Trend, der sich in Oberösterreich in diesem Zeitraum nur zart mit einem Wachstum um 995 auf dann 194,825 Schüler niederschlägt soll.

# Angela Merkel: „Die Flüchtlingszahlen reduzieren, nicht begrenzen“

Auf dem CDU-Parteitag wirbt die Kanzlerin für ihren Kurs und erhält tosenden Applaus

Von Christiane Zieser, Karlsruhe

Noch bevor Angela Merkel einen Ton von sich gab, bekam sie bereits Standing Ovationen. „Ich hab' doch noch gar nichts gemacht hier“, sagte Merkel. Die Delegierten beklatschten ihre Chefin gestern auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe – ein Zeichen dafür, dass man geschlossen aufzutreten will, auch wenn sich einige Parteimitglieder nach wie vor ein härteres Vorgehen beim Thema Flüchtlinge wünschen.

Teile der Christdemokraten forderten eine „Obergrenze“ für Flüchtlinge. Die Jugendorganisation von CDU und CSU – die junge Union – hatte angekündigt, „Druck zu machen“.

Der Parteitag in Karlsruhe hätte für Merkel schwierig werden können. Schon am Abend zuvor präsentierte sie deshalb ein Kompromisspapier zum Thema Flucht und Integration, das etliche Kritiker als verschärft genug ansahen, um sich zurückzuziehen. Ein Antrag von einigen CDU-Delegierten, die Flüchtlinge bereits an der Grenze zurückweisen wollten, wurde schließlich abgelehnt.

Ja, „ein Auslaufen des aktuellen Zustands“ würde „Staat und Gesellschaft, auch in einem Land wie Deutschland, auf Dauer überfordern“, weshalb auch die Grenzkontrollen intensiviert werden sollten, sagte Merkel in ihrer Rede. Man könne zudem erwarten, dass Italien und Griechenland sogenannte „Hotspots“ bauen, wo registriert, verteilt oder zurückgeschickt“ werde.

## Gesetz steht über Familienregeln

Zudem müsse an einer europäischen Küstenwache und einer europäischen Grenzschutzpolizei gearbeitet werden. Flüchtlingelager im Libanon und in der Türkei müssten finanziell unterstützt werden. Jene, die in Deutschland Schutz gefunden hätten, müssten Deutsch lernen und zu den deutschen Gesetzen stehen, die sich



Merkel: „Ich möchte, dass Europa diese Bewährungsprobe übersteht.“ (Dagmar)

über „Ethnizitäten, Stammen- und Familienregeln“ befänden, sagte Merkel. „Multikulti bleibt eine Lebensläge. Und das Gegenteil davon ist Integration.“ Und ja, der „Zustig von Flüchtlingen soll durch wirksame Maßnahmen spürbar verringert“ werden – aber nicht durch eine Obergrenze.

Einmal mehr verkündete die CDU-Chefin: „Wir schaffen das.“ Es gehöre zur Identität Deutschlands, „Größtes zu leisten“. Das stecke „im Kern in uns“, in der

CDU, „dass wir bereit sind zu zeigen, was in uns steckt“. Europa sei durch die Flüchtlingsfrage „im Innersten herausgefordert“.

## Abschottung ist keine Option

Dass im Sommer die Grenzen für Flüchtlinge geöffnet worden seien, sei ein „humanitäres Imperativ“ gewesen. „Wie in einem Brennglas“ sei damals eines deutlich geworden: „Europa hat es mit der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun.“

## ANGELA MERKEL IM ZITAT

„Das Engagement der Bürger ist die beste und überzeugendste Antwort auf all die, die mit Hass und Hetze in ihrem Herzen versuchen, gegen Fremde Stimmung zu machen.“

„Wir sind nie blamächtig. Doch genauso lassen wir es nie zu, dass Ängstlichkeit und Pessimismus uns am erfolgreichen Handeln für die Zukunft hindern. Es gehört zur Identität unseres Landes, Größtes zu leisten.“

„Es kommen keine Menschenmassen, sondern es kommen einzelne Menschen zu uns.“

Europas Mühlen würden durchaus langsam mahlen, aber man werde sie zum Mahlen bekommen. „Ich möchte, dass Europa diese Bewährungsprobe übersteht.“ Abschottung im 21. Jahrhundert sei keine vernünftige Option.

Heute wird Horst Seehofer auf dem Parteitag der großen Schwesterpartei sprechen. Der CSU-Chef hatte Merkel kürzlich auf dem Parteitag in Bayern abgekanzelt, da sie sich vereint gegen Obergrenzen ausgesprochen hatte.

# Le Pen schießt auf 2017: „Nichts kann uns stoppen“

Nach den Regionalwahlen in Frankreich startete die Front National-Chefin den Präsidentschaftswahlkampf

**PARIS.** In Frankreich hat die „republikanische Sperr“ gegen die rechtsextreme Partei „Front National“ (FN) bei den Regionalwahlen noch einmal gebrochen: Der Sieg von Parteichefin Marine Le Pen ist es nicht gelungen, einen der insgesamt 13 Wahlkreise zu gewinnen – obwohl der FN im ersten

Wahlgang in sechs Regionen mit relativer Mehrheit vorne lag.

Der Argus von FN-Chefin Le Pen wählte nur kurz, sie wählte gegen die sozialistische Regierung und die „Gefahren eines Regimes im Todeskampf“. Und die blonde Juristin erzielte zugleich den Präsidentschaftswahlkampf 2017.

„Nichts kann uns stoppen“, rief sie ihren Anhängern zu.

Auf den ersten Blick musste der FN eine doppelte Niederlage einstecken: Erstens konnte keine Region gewonnen werden, und zweitens unterlag Le Pen in ihrem Wahlkreis ihrem konservativen Konkurrenten deutlich mit 43 zu 57 Prozent. Aber: 6,8 Millionen Franzosen wählten am Sonntag dem FN, so viele wie nie zuvor. Landesweit kamen die Rechtsextremen auf 27 Prozent – und landeten damit hinter den Konservativen (41 Prozent) und den Sozialisten (30 Prozent) auf Platz drei. Und als sofort hat der „Front National“ dreimal so viele Vertreter in den Regionalparlamenten als zuvor.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 hatten 6,4 Millionen Franzosen für Marine Le Pen gestimmt. Damals hatte es die FN-Chefin nicht in die zweite Wahlrunde ge-

schaft. Umfragen zufolge könnte ihr das bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 aber gelingen.

Die jetzigen Regionalwahlen waren der letzte große Umengang vor dem Präsidentschaftswahl und gelten deswegen als wichtiges Stimmungsbarmometer.

## Streit bei den Konservativen

Bei den Konservativen von Parteichef Nicolas Sarkozy brodelte es gewaltig – trotz des Sieges bei den Regionalwahlen, wo sieben von 13 Regionen erobert wurden. Ex-Präsident Sarkozy feuerte gestern seine Stellvertreterin, Nathalie Kosciuszko-Morizet, in Frankreich kurz NRM genannt, hatte zuletzt seinen Kurs kritisiert, bei den Wahlen jegliche Kooperation mit den Sozialisten zu verweigern. Nach ihrem gestrigen Rücktritt warf sie Sarkozy „stalinistische Säuberung“ vor.



Marine Le Pen schwört ihre Partei bereits auf die Präsidentschaftswahl 2017 ein. (Dagmar)

## Obama will 2016 nach Kuba reisen

WASHINGTON. US-Präsident Barack Obama will kommendes Jahr „sehr gern“ nach Kuba reisen, macht einen solchen Staatsbesuch aber auch vom Dialog mit dortigen Regimekritikern abhängig. „Wenn ich den Besuch mache, ist Teil des Deals, dass ich mit jedem reden kann“, sagte Obama gestern in einem Interview mit dem Internetportal „Yahoo“.

In Gesprächen mit seinem kubanischen Kollegen Raúl Castro habe er klargestellt, dass die USA sich auch nach der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen für freie Meinungsäußerung auf der Zuckerinsel einsetzen würden. Obama und Castro hatten den historischen Neuanfang der bilateralen Beziehungen vor einem Jahr verkündet – nach mehr als fünf Jahrzehnten Eiszeit.

## Qatar Airways blamierte sich beim Premieren-Flug

NEW YORK. Es hätte der Vorzeigeflug für Qatar Airways werden sollen. Der weltweite Erstkunde für das neue Airbus-Langstreckenmodell A350 wollte zeigen, wie reibungslos und angenehm künftig die Linienflüge mit Qatar Airways von New York nach Doha, der Hauptstadt von Katar, ablaufen. Doch es kam anders. In New York gab es einen abrupten Startabbruch auf der Piste. Angeblich hatte der Computer der Crew gemeldet, dass die Startbahn zu kurz sei. Im zweiten Anlauf, rund eine Stunde nach dem ersten Anlauf, klappte dann der Flug nach Doha reibungslos.

## 700.000 flohen vor Taifun „Melor“

MANILA. Auf den Philippinen haben sich wegen des Taifuns „Melor“ mehr als 700.000 Menschen in Sicherheit gebracht. Allein in der Provinz Albay flohen fast 600.000 Menschen aus Furcht vor Erdbeben und Überschwemmungen nach heftigen Regenfällen, teilten die Katastrophenschutzbehörden mit. Die Regierung bereitete nach eigenen Angaben mehr als 200.000 Nahrungsmittelpakete und andere Notversorgung vor. Das Land wird jährlich von rund 20 Taifunen heimgesucht. Im Oktober starben beim Durchzug des Sturms „Koppu“ mehr als 50 Menschen.

## Schweden dürfen Julian Assange in London befragen



LONDON. Ecuador gestattet den schwedischen Behörden, WikiLeaks-Gründer Julian Assange in London zu befragen. Beide Staaten hätten nach sechs Monaten Verhandlungen eine Vereinbarung unterzeichnet, teilte die Regierung in Quito mit. Der 44-jährige Australier Assange lebt seit mehr als drei Jahren in der Botschaft, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen. Dort wird gegen ihn wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung ermittelt.

## „Pariser Klimaabkommen ist ein Gewinn für Europa“

Die EU ist zufrieden, auch wenn sie nicht zu hundert Prozent bekommen hat, was sie wollte

Von Stephanie Paick, Brüssel

Brüssel stimmt ein in die Lobeshymnen: Es sei das beste Klimaabkommen, das je erzielt worden ist, sagte Klimakommissar Miguel Arias Cañete gestern über das Pariser Ergebnis. Die treibende Kraft hinter der Einigung sei „die Koalition der Ehrgeizigen“ gewesen, die sich rund um die EU gefunden hatte.

Wenige Tage vor dem Beginn der Klimakonferenz hatte sich der Spanier in Brüssel noch skeptisch gezeigt. Selbst während der Verhandlungen war Cañete pessimistisch. „Wenn mir am Mittwoch jemand gesagt hätte, dass wir am Sonntag dieses Abkommen erhalten, hätte ich gesagt, Sie sind verrückt.“

Aus Sicht der EU ist das Abkommen letztlich gelungen. Europa hatte sich für das globale Bekenntnis zum Zwei-Grad-Ziel eingesetzt und für einen Mechanismus, nach dem die Fortschritte auf dem Weg dorthin regelmäßig überprüft werden. „Wir haben fast alles bekommen, was wir wollten“, resümiert Cañete. Einziger Wermutstropfen aus Brüsseler Sicht: Die Luft- und Seefahrt ist bei der Reduktion von Emissionen im Pariser Abkommen nicht explizit angeführt.

Man könne in internationalen Verhandlungen aber nie hundert Prozent von dem bekommen, was man sich als Ziel gesetzt hat, sagte der Kommissar. Bei allem Lob für das Pariser Abkommen ist in Brüs-



Miguel Arias Cañete

Foto: epa

sel unumstritten: Erst die Zeit wird zeigen, was die Einigung wert ist. Ob die Länder ihre Verpflichtungen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes einhalten, soll 2018 erstmals überprüft werden.

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 im Vergleich zum Jahr 1990 um 20 Prozent zu senken, bis 2030 dann um 40 Prozent. Ob bei den Zielen noch nachgeschärft werden muss, würde sich 2018 zeigen, sagte Cañete. Derzeit arbeitet Europa in mehreren Bereichen noch daran, wie Emissionen gesenkt werden können. Einer der heißesten Punkte ist die Reform des Systems für den Handel mit Emissionszertifikaten.



Frauen durften am Wochenende nicht nur das erste Mal wählen, 978 bewarben sich auch um Mandate in den Gemeinderäten.

Foto: AP

# Historische Wahl brachte 20 Frauen in saudi-arabische Gemeindeparlamente

Für die saudische Geistlichkeit bleiben Frauen in der Politik aber ein „moralisches Übel“

Von Michael Krause

**RIAD.** Aus dem konservativsten Land Arabiens kommen gute Nachrichten: Zum ersten Mal in der Geschichte des wahlbasierten Königreichs wurden am Wochenende mindestens 20 Frauen in die Gemeinderäte der Städte Mekka, Dschidda und Riad gewählt. Saudi-Arabien war der letzte Staat der Welt, in dem Frauen nicht wählen durften. Das ist jetzt anders – zumindest auf kommunaler Ebene. In den Gemeinderäten dürfen Frauen nun mitbestimmen, mitentscheiden, ob Schulen gebaut, Parkplätze oder Parkanlagen angelegt werden. Selbst die normalerweise äußerst kritischen Vertreter von Menschenrechtsorganisationen zollen dem Könighaus in Riad Lob.

Ob es bei weiblichen Gemeinderäten mit beschränkten Befugnissen bleibt, muss abgewartet werden. Schließlich war es nicht der herrschende König Salman, sondern sein Anfang des Jahres verstorbener Amtsvorgänger Abdullah, der sich gegen den Widerstand der erzkonservativen Kleriker für die Stärkung von Frauenrechten eingesetzt hatte. Salman

gilt eher als reaktionär. Unter seiner Herrschaft hat sich die Zahl der Hinrichtungen fast verdoppelt. Die wöchentlichen Enthauptungen werden von Amnesty International als „systemerhaltende Maßnahmen“ angeprangert. Landeskleriker halten es für unwahrscheinlich, dass die Geistlichkeit

in absehbarer Zeit Frauen in Positionen akzeptieren wird, die über die kommunale Ebene hinausgehen. Die große Mehrheit der Kleriker hält Frauen in der Politik noch immer für ein „moralisches Übel“.

Umso bemerkenswerter ist es, dass sich 978 Frauen als Kandidatinnen für die Kommunalwahlen

registrieren ließen, neben 2034 Männern, von denen jeder Dritte auch gewählt wurde. 130.000 Frauen gingen, nachdem sie sich in den letzten Wochen in die Wahlregister eingeschrieben hatten, zur Wahl, an der 1,35 Millionen Männer teilnahmen. Ausländische Berichterstatter durften über den Urnengang frei berichten.

## ■ WAS FRAUEN IN SAUDI-ARABIEN NICHT DÜRFEN

**Teils Wahlrecht** bleibt Frauen im Königreich Saudi-Arabien nach wie vor vieles verboten.

**Autofahren** ist Frauen grundsätzlich untersagt – mit diesem Verbot steht Saudi-Arabien weltweit alleine da.

**Reisen** dürfen Frauen keinesfalls auf eigene Faust – ein Vormund muss zumindest zustimmen.

**Heiraten** nach eigenen Vorstellungen ist verboten – ein Vormund muss die Ehe absegnen.

**Arbeiten** dürfen Frauen ebenfalls nicht aus eigenem Antrieb

Peraus – ein Vormund muss einverstanden sein.

**Berufsweg** stehen den Geschlechtern nicht gleichermaßen offen – für Frauen gibt es zahlreiche Einschränkungen.

**Unverschleiert** darf sich keine Frau in der Öffentlichkeit zeigen – Vorschrift ist die Vollverschleierung von Kopf bis Fuß.

**Ausgehen** mit Männern außerhalb der Verwandtschaft ist untersagt.

**Höhen** dürfen Frauen nicht in beliebiger Höhe – sie erhalten stets weniger als Männer.

## „Meilenstein“

Dankbar – lüchelten Fotografen freudestrahlende Frauen ohne den vielerorts obligatorischen Gesichtschleier ab. Sie hätte bei der Stimmabgabe vor Freude gewent, sagte eine Wählerin in der Hauptstadt Riad der Agentur AFP. Was sie am Wochenende erlebt habe, hätte sie bisher nur im Fernsehen in anderen Ländern gesehen. Eine andere Frau, die ihren Namen ebenfalls nicht nennen wollte, bezeichnete den Urnengang auf kommunaler Ebene vielleicht etwas zu optimistisch als „Meilenstein zur Gleichberechtigung“.

Als nächstes, prognostizierte sie, werde das Fahrverbot für Frauen fallen. Hätten sich Frauen selbst am Steuer setzen können, wäre ihre Beteiligung an den Wahlen weitaus höher gewesen.



Der Wert der Plantagen der börsennotierten Teak Holz International ist umstritten – der Umfang der Blume ist dafür ein wesentliches Kriterium (TH)

# THI: Versteigerung gescheitert, Plan A für Sanierung ist geplatzt

Jetzt wird daran gearbeitet, Geld für Sanierungsplan bis Freitag anders aufzustellen

Von Sigrid Brandstätter

**LINZ.** Gestern fand beim Masseverwalter Gerhard Rothner die Versteigerung von sechs Plantagen und einer weiteren Gesellschaft aus Costa Rica statt, die der Linzner Teak Holz International (THI) gehören. Allein es blieb beim Versuch: Ein unverbindliches Offert liegt vor, aber kein verbindliches Angebot, das den Verwertungskriterien entsprochen hätte, bestätigt Rothner den OÖN.

Damit ist der Plan A der Sanierung der insolventen THI gescheitert. Der hätte gelaunet: Die börsennotierte Gesellschaft verkauft ihre Plantagen in Costa Rica, tilgt damit ihre Schulden und geht in Liquidation. Nun wird an Plan B gearbeitet: Bis zum Freitag wird ver-

sucht, jene 20 Prozent aufzustellen, die nötig sind, um den Sanierungsplan aufrechterhalten zu können.

Am Freitag findet die Sanierungsplan-Tagsatzung statt, bei der die Gläubiger und ihre Vertreter abstimmen, ob sie den Sanierungsplan für plausibel und finanzierbar halten. Dazu muss laut THI-Vorstandschef Franz Fraundorfer ein „geringer einstelliger Millionenbetrag“ aufgebracht werden. Erreicht werden soll dies, indem Großgläubiger ihre Forderungen stunden. Damit würde sich die Gesellschaft Luft verschaffen.

Ende Jänner – nach Ablauf aller Fristen – wäre dann klar, ob die versprochene 20-Prozent-Quote auch tatsächlich fließt. Dann würde die Gesellschaft um die Ablas-

ten bereinigt weiterleben können. „Ob das etwas wird, werden wir in den nächsten Tagen sehen“, sagt Fraundorfer.

Der Vorstand der seit 2007 börsennotierten Gesellschaft hat vor wenigen Tagen eine Reise zu den Besitzrümern abgesagt. Der Grund ist jene Anzeige, über die die OÖN am Samstag berichtet haben. Darin wird unter anderem gefordert, dass Fraundorfer daran gehindert werden solle, Costa Rica wieder zu verlassen.

## Vorstand klagt gegen Vorwürfe

Fraundorfer, der seit September 2013 die marode Firma leitet, wurde in der Anzeige vorgeworfen, betrügerisch oder fahrlässig gehandelt zu haben. Auch das angebliche Verschwinden von 18,7 Millio-

nen Dollar – mit dem Fraundorfer in Zusammenhang stehen sollte – möge untersucht werden, heißt es in der Anzeige.

Der wehrt sich im Gespräch mit den OÖN: „Die Vorwürfe entbehren jeder Grundlage und sind ehrenrührig.“ Gegen die Anzeiger – genannt sind elf Kleinanleger, die seit den Anfangszeiten in die Plantagen investiert sind – will der Unternehmensberater auch mit einer Verleumdungsklage vorgehen.

Er habe weder Geld unterschlagen noch Holz verschwinden lassen. Im Gegenteil: Der Vorstand habe akribisch recherchiert und selbst Verdachtsmomente aufgedeckt. Diese würden seit Mai der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vorliegen. Ermittlungen seien im Laufen.

## „Brauchen ein Gesamtpaket in der Klimafrage“

**LINZ.** Von einem „großen Etappen-erfolg“ sprach Umwelt-Landesrat Rudi Anschöber angesichts der Einigung auf den Weltklimavertrag in Paris. Nun habe man einen großen Arbeitsauftrag. „Wir brauchen ein Gesamtpaket für die Umsetzung, eine gemeinsame Strategie von Bund und Ländern“, sagte Anschöber. Anfang 2016 will er den Umweltminister und seine Amtskollegen aus den anderen Bundesländern zu einer Klimareferenten-Konferenz einladen. Anschöber schwebt ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern vor.

In Oberösterreich ist die Industrie für mehr als die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Hier müsse man laut Anschöber aber vorsichtig sein, um keine Maßnahmen zu setzen, die nicht verkräftbar seien. „Wir haben nichts davon, wenn Firmen deswegen absiedeln“, sagte Anschöber. (TH)

## Josef Pühringer und die Industrie: Einladung zum Dialog, aber auch Kritik

Der Landeshauptmann betont Einigkeit mit Stelzer und Strugl

**LINZ.** Spätestens seit voriger Woche kann man das Klima zwischen Landeshauptmann Josef Pühringer und der Industriellenvereinigung Oberösterreich als leicht strapaziert bezeichnen. Mit einer Standortdeklaration haben die Vertreter von 40 Leitbetrieben, wie berichtet, ihrer Sorge um Oberösterreich Ausdruck verliehen und dabei auch die Budgetpolitik Pühringers mehr oder weniger offen kritisiert.

Er nehme diese Kritik natürlich ernst und werde jeden einzelnen Betrieb diese Woche zum Dialog einladen, sagt Pühringer im Gespräch mit den OÖN-Nachrichten. Aber er wolle die Bedenken ausreizen und das auch bei der dieswöchigen Debatte zum Landesbudget thematisieren.

Die Kritik am Budget wolle er nicht so stehen lassen. Man hätte



„Konflikt ist Erfindung“ Foto: Webphoto

auch ein ausgeglichenes Budget erstellen können. Dies sei aber nicht zielführend, weil dann wichtige Investitionen nicht getätigt werden könnten, von denen unter anderem auch die Industrie profitiere.

Oberösterreich habe eine im Vergleich zu anderen Bundesländern hohe Investitionsquote. Auch das Defizit sei etwa verglichen mit Kärnten oder Niederösterreich

sehr gering. Im Übrigen lasse er keinen Keil in die ÖVP treiben. Dass das Verhältnis zwischen ihm und seinen Regierungskollegen Thomas Stelzer und Michael Strugl belastet sei, bezeichnet Pühringer als „Erfindung“.

Tatsache ist aber auch, dass Strugl in seiner Replik auf die IV-Deklaration Handlungsbedarf beim Budget einräumte und betonte, er halte nichts von Vergleichen mit anderen Bundesländern.

Kritik übt Pühringer an IV-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch, der im Hintergrund die Regie bei der Standortdeklaration führe. „Etlche Industriele sehen die Politik des Landes und die Budgetsituation im persönlichen Gespräch anders oder formulieren dies deutlich zurückhaltender“, sagt Pühringer. (TH)

# Verfall des Ölpreises geht weiter

WIEN. Der Preisrückgang bei Öl geht weiter. Die wichtigste US-Sorte WTI ist gestern in New York erstmals seit Februar 2009 unter die Marke von 35 Dollar pro Fass gefallen. Vergangene Woche ist der Rohölpreis um fast elf Prozent gesunken, das war das größte Minus innerhalb eines Jahres.

Der Kampf der Förderländer um Marktanteile treibt den Ölpreis von einem Tief zum nächsten. Die OPEC-Staaten fluten den Weltmarkt mit Öl, um Konkurrenten mit höheren Förderkosten aus dem Markt zu drängen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Daher erwarten



Kampf um Marktanteile (Reuters)

Experten, dass sich der Preis für die US-Sorte WTI im nächsten Jahr auf 20 Dollar halbieren könnte. „Bei einem milden Winter, einem langsameren Wachstum in den Schwellenländern

und der potenziellen Aufhebung der Iran-Sanktionen könnten die Lagerbestände weiter steigen“, heißt es bei der US-Investmentbank Goldman Sachs.

Die Goldman-Analysten gelten als kompetent. Mit ihrer Ölpreisprognose liegen sie aber weit weg von der Mehrheitsmeinung. Im Durchschnitt sehen die Analysten den WTI-Preis im kommenden Jahr bei 52 Dollar.

Im Tagesverlauf haben die Ölpreise dann auch gestern noch ins Plus gedreht. Der Preis für ein Barrel der Sorte WTI stieg letztlich im Vergleich zum Vortag um 66 Cent auf 36,29 Dollar.



Mehr Artikel, andere Marken, neues Konzept: Obi-Vertriebsleiter Karsten Schneiderei (l.) und Mario Huber, Marktleiter in Linz-Dornach Foto: Wehbold

## Obi eröffnete zwölf Filialen 500 Mitarbeiter atmen auf

Ex-Baumax-Standorte in Oberösterreich gestartet

LINZ. Sieben Jahre gab es keinen Obi-Markt in Oberösterreich. Gestern, Montag, startete die deutsche Heimwerkerkette wieder mit zwölf früheren Baumax-Filialen, die sie übernommen hatte. Der Kundenandrang war groß, 500 Beschäftigte atmen nun auf. „Wir sind froh, dass alle Mitarbeiter an Bord sind“, sagte Karsten Schneiderei, Obi-Vertriebsleiter in Oberösterreich. „Die Kunden kennen die Mitarbeiter, da gibt es viel persönliche Bindung.“ Außerdem stünden hinter jedem Beschäftigten Familienschicksale.

Bei der Eröffnung in der Filiale Linz-Dornach mit 57 Mitarbeitern sagte Marktleiter Mario Huber: „Das Team ist motiviert. Wir haben auf diesen Tag hingefiebert.“ Die nunmehrigen Obi-Beschäftigten haben harte Zeiten hinter sich. Nach Turbulenzen bei Baumax folgten Ausverkauf und sechs Wochen Umbau. „Die Standorte müssen bei den Leuten nun erst mal ankommen. Wir wollen auf jeden Fall besser werden als es Baumax war“, sagte Schneiderei. Mit 40.000 bis 60.000 Artikeln gibt es in den Obi-Märkten nun teilweise fast doppelt so viel Auswahl wie einst bei Baumax.

Das Konzept ist neu, die Abfolge der Segmente wurde geändert. Außerdem gibt es in einigen Segmenten neue Marken.

Insgesamt investiert Obi einen dreistelligen Millionenbetrag in die österreichweit übernommenen 49 Ex-Baumax-Filialen.

Auf der Lieferantenseite ist das Bild für den Standort Oberösterreich nicht nur positiv. Manche ehe-

malige Baumax-Lieferanten werden von Obi nicht übernommen, ist zu hören. Das Unternehmen gibt dazu keine Zahlen bekannt. Jedenfalls dürften es kleine, regionale Lieferanten schwerer haben, weil sie nicht international aufgestellt sind.

### Weniger regionale Lieferanten

Der Waldneukirchner Gartareibetreiber Adolf Wenzl etwa hat Baumax mit Pflanzen beliefert. Erdfrühe ab Saisonbeginn im Februar die Standorte nicht mehr beliefern können. Denn Obi habe ihm mitgeteilt, solche Ware nicht direkt in Österreich zu kaufen, sondern bei deutsch-niederländischen Handelspartnern. Ob Wenzl hier ins Geschäft kommt, ist fraglich.

Große Lieferanten haben es besser. Der Neufeldener Stauraum-Anbieter Blobort etwa bestätigt, dass er auch bei Obi Neuauftrag sei. (az)

### DER OBI-KONZERN

Die Baumarktgruppe Obi beschäftigt **43.000 Mitarbeiter** und setzte im Vorjahr **6,7 Milliarden Euro** um. Das zur Tengelmann-Gruppe gehörende Unternehmen aus Wermelskirchen (Nordrhein-Westfalen) wird von **Sergio Giroldi** geführt. Obi hat **585 Märkte** in Deutschland, Österreich (bisher 33, plus 49 Ex-Baumax-Filialen), Italien, Schweiz, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Polen, Russland und Bosnien-Herzegowina.

# Im Ländle sind Einkommen am höchsten, Wien sackt ab

## Zentralraum Linz-Wels bei Wirtschaftsleistung Spitzenreiter

WIEN. Vorarlberg legt wirtschaftlich zu, Wien fällt stark zurück, Oberösterreich ist im Mittelfeld – das sind die wichtigsten Ergebnisse eines aktuellen Vergleichs zur Wirtschaftskraft der Bundesländer. Die Statistik Austria veröffentlichte gestern die Details, die Daten beziehen sich größtenteils auf das Jahr 2014, zum Teil auch auf 2013.

In Oberösterreich sind die regionalen Unterschiede (die Einteilung erfolgte nach Verwaltungseinheiten) beträchtlich. Der Raum Linz-Wels hat die Topposition zurückerobert und liegt bei der Wirtschaftsleistung (Bruttonationalprodukt) je Einwohner mit 48.700 Euro auf Platz eins. Österreichweit sind es im Schnitt 38.100 Euro. Abgeschlagen ist das Mühlviertel mit 24.300 Euro.

### Oberösterreich vorne dabei

Bei den verfügbaren Einkommen pro Kopf liegt Oberösterreich erstmals mit 22.400 Euro über dem österreichischen Schnitt. Platz eins bei den Einkommen belegt Vorarlberg. Ein Faktor ist, dass viele in die Schweiz pendeln und dort höhere Löhne erzielen, die sie dann im Ländle ausgeben. In Vorarlberg wuchs aber auch der produzierende Bereich mit 5,4 Prozent stärker als in anderen Bundesländern.

Bis 2011 hatte Wien immer die Spitzenposition in den Einkommens-Rankings angeführt, im Vorjahr sackte die Bundeshauptstadt auf den vorletzten Platz ab. Im Handel ging die Wertschöpfung zurück und konnte nur zum Teil durch Zuwächse in der Verwaltung und dem Tourismus ausgeglichen werden. Die Menschen verdienen zwar ihr Geld in Wien, wohnen aber oft im Umfeld der Stadt. Hinzu kommt, dass in Wien das Bevölkerungswachstum am stärksten ist, die Beschäftigung aber nicht entsprechend steigt. Mit den Flüchtlingen wird sich dieser Trend noch verschärfen.

Insgesamt sind die verfügbaren Einkommen laut Statistik Austria-Chef Konrad Pesendorfer zwischen 2000 und 2014 um fast 50 Prozent gestiegen.

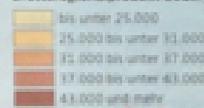
Zu den Aufsteigern zählt neben Vorarlberg auch Tirol, wo das Wachstum auf den Tourismus und den Dienstleistungssektor zurückgeht. In Kärnten ist die Situation gänzlich anders: Hier

schwächt sich nicht nur der Tourismus mit einem Nüchternungsminus. Auch die anderen Branchen verzeichneten unterdurchschnittliche Zuwächse.

Gemeinsam mit Kärnten bildet Niederösterreich das Schlusslicht beim Wachstum mit 1,2 Prozent. In Niederösterreich schlug sich die schlechte Wein- und Marillen-ernte nieder. (gms)

### WIRTSCHAFTSKRAFT IM VERGLEICH

Bruttonationalprodukt 2013, je Einwohner nach Regionen, in Euro



#### Die TOP 10 der Regionen

BNP je Einwohner, in Euro

1	Linz-Wels	48.700
2	Salzburg und Umgebung	38.800
3	Wien	47.100
4	Mudenz - Ingolzer Wald	44.800
5	Graz	44.200
6	Außerfern	42.500
7	Wiener Umland / Südtirol	42.100
8	Innsbruck	41.600
9	Tiroler Unterland	41.000
10	Steyr - Kirchdorf	39.800

#### Die letzten 5 der Regionen

11	Oberkärnten	29.500
12	Mühlviertel	24.300
13	Sudburgenland	23.200
14	Mittelburgenland	21.800
15	Wienauviertel	19.900

Gesamtschnitt  
**38.100**

#### Verfügbares Einkommen 2014

in Euro, Kopf



# Währungsfonds mahnt Reformen ein

## Effizienzgewinne würden Spielraum für weitere Steuersenkungen schaffen

WIEN. Österreich gebe in den großen Ausgabenbereichen Gesundheit, Bildung und Pensionen deutlich mehr aus als vergleichbare Länder, erziele aber keine besseren Resultate, heißt es im Länderbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Mit den „Effizienzgewinnen“ aus demartigen Reformen könnte Österreich ab 2018 bis 2020 einen strukturellen Budgetüberschuss von einem halben Prozentpunkt der Wirtschaftsleistung erreichen und sollte diesen beibehalten, bis die Schuldenquote auf 60 Prozent der Wirtschaftsleistung gesunken ist, empfiehlt gestern IWF-Oökonom Nikolay Georgaliev bei der Präsentation des Berichts.

Im Gesundheitsbereich sollten die Behandlungen, Patienten weg von Spitalen hin zu ambulanten Einrichtungen zu bringen, verstärkt werden. Auch die Zahl der Spitalbetten beziehungsweise



Nikolay Georgaliev Foto: Reuters

Ärzte pro 1000 Einwohnern sollte gesenkt werden. Im Bildungswesen sollten die Ausgaben pro Schüler beziehungsweise Student reduziert werden, da sie ebenfalls über jenen vergleichbarer Länder lägen, ohne aber bessere Resultate etwa beim PISA-Test hervorzuheben. Ein Teil der eingesparten Mittel

sollte aber wieder in die Bildung gesteckt werden, vor allem um die Ergebnisse in der Sekundarstufe (10- bis 18-Jährige) zu verbessern.

Im „großzügigen Pensionssystem“ rät der IWF zu mehr Anreizen, um länger zu arbeiten. Auch der geplante Anstieg des Frauenerrentenalters sollte früher beginnen als derzeit festgelegt im Jahr 2024.

### Transparenz bei Förderungen

Schließlich sieht der IWF Einsparpotenzial bei Förderungen und Unterstützungsleistungen für Unternehmen und private Haushalte wozu etwa mehr Transparenz und besser Zielvorgaben auf allen Ebenen hilfreich wären.

Mit solchen Reformen würde Österreich auch mehr Spielraum für eine weitere Steuersenkung auf Arbeit bekommen, so der IWF. Insbesondere die hohen Sozialversicherungsbeiträge könnten stärker als geplant gesenkt werden.



Wichtige Geldquelle für Schulen: die Turnsaal-Vermietung. Die Einnahmen stehen den Schulen zu. Foto: photo, www, Moser



„Wir konnten seit September nur noch die allernotwendigsten Fixkosten bestreiten. Informiert wurden wir über die neue Vorgehensweise des Landesschulrates nicht.“

Christian Schacherreiter, Direktor des Peuerbach-Gymnasiums

# Plötzlich waren 15.000 Euro weg: Wirbel um Zugriff auf Schulbudget

Ärger unter Direktoren von höheren Schulen, weil selbstverdiente Drittmittel ohne ihr Wissen umverteilt wurden – Landesschulrat kontert: Die Schulleiter waren informiert

Von Herbert Schorn

**LINZ.** Da staunte Christian Schacherreiter, Direktor des Linzer Peuerbach-Gymnasiums: Als er im Herbst die Rechnung eines Elektrikers, der an der Schule eine Zusatzausstattung montiert hatte, zahlen wollte, war plötzlich kein Geld auf dem Konto.

Für die Rechnung wollte der Direktor Geld verwenden, das die Schule aus der Vermietung der Turnhallen und über Sponsoren verdient hatte. Diese sogenannte „zweckgebundene Gebarung“ können Schulen nach eigenem Gutdünken verwenden, sie können auch für größere Anschaffungen sparen. Im Peuerbach-Gymnasium liegen in diesem Topf jährlich 70.000 Euro – doch plötzlich fehlten 15.000 Euro. „Nach längerem Recherchieren haben wir erfahren, dass dieses Geld vom Landesschulrat von uns ab-

gezogen und für andere Zwecke verwendet worden ist“, sagt Schacherreiter. Nachsatz: „Informiert wurden wir darüber nicht.“ Umso schneller kam er selbst ins Gerede: „Ich musste Gerüchte über angebliche Unregelmäßigkeiten meiner Finanzgebarung zerstreuen.“

Auch Wilhelm Zillner, Direktor des Gymnasiums Kirchdorf und Sprecher aller österreichischen AHS-Leiter, weiß, dass das kein Einzelfall ist. Seine Schule sei zwar nicht betroffen, weil es keine Ausgaben aus diesem Topf gab. Aber: „Die Sache ist unangenehm.“ Nicht informiert zu werden, sei man als

Schulleiter gewohnt: „Derlei Dinge werden nicht kommuniziert.“

Doch was war passiert? Das Finanzministerium verwendet die Rücklagen der Bundesschulen (AHS, BMHS), um damit Ausgaben steuergeldschonend abzudecken. Das sind österreichweit 30 Millionen Euro. „Um diesen Betrag muss das Ministerium weniger Kredite aufnehmen“, sagt Walter Hartl, Leiter der Budget- und Schulbau-Abteilung beim Landesschulrat, der die Bundesschulen verwaltet. Wenn eine Schule Geld braucht, gibt es das Ministerium frei. Doch seit Jänner sind die Beamten im

Ministerium restriktiv: Die geforderten zwei Millionen für Oberösterreich wurden nur in Tranchen ausbezahlt. Um alle Rechnungen bezahlen zu können, schöpfte Hartls Abteilung Rücklagen von Schulen ab, die die Mittel nicht gebunden hatten. „Das Geld wurde kurzfristig umverteilt, es ist nicht weg.“ Schlussendlich seien aber alle Rechnungen bezahlt worden – auch im Peuerbach-Gymnasium.

## Ausgaben im Voraus planen

Dass die Direktoren nicht informiert wurden, stimme so nicht, so Hartl: „Schulen mussten schon früher ihre Ausgaben zwei bis drei Monate im Voraus per Mittelbindung bekanntgeben.“ Das sei aber bisher nicht streng kontrolliert worden. Dass die Rücklagen nicht im vollen Ausmaß zur Verfügung ständen, sei den Direktoren im Oktober mitgeteilt worden. Laut Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer wurden die Direktoren bei Dienstbesprechungen laufend informiert: „Es gibt kein Versäumnis des Landesschulrates.“

„Die Direktoren wurden laufend bei Dienstbesprechungen informiert. Es gibt kein Versäumnis des Landesschulrates.“

Fritz Enzenhofer, Präsident des Landesschulrates

„Die Sache ist sehr unangenehm, vor allem, wenn man mit dem Geld gerechnet hat.“



Wilhelm Zillner, Sprecher aller AHS-Direktoren Österreichs





Einfahrt verboten: Ab 27. Februar 2016 wird die Eisenbahnbrücke in Linz endgültig gesperrt. Foto: Volker Weibold

## Mehr Stau durch früheres Ende der Eisenbahnbrücke

Gutachten empfiehlt Sperre in Linz bereits mit 27. Februar 2016

Von Christopher Buzas und Reinhold Gruber

LINZ. Die Linzer Eisenbahnbrücke hat keine Zukunft. Das war spätestens mit der Bürgerentscheidung Ende September völlig klar.

Verschärft wird die Situation allerdings nun durch ein aktuelles Gutachten von Johann Stranzinger, der der Linz AG als neuem Besitzer empfiehlt, die historische Brücke „mit 27. Februar 2016 zu sperren und mit den Abbrucharbeiten zu beginnen“. Dieser Empfehlung wird Erich Haider, Generaldirektor der Linz AG, nachkommen, wie er im Gespräch mit den ÖÖNachrichten bestätigte. „Das Gutachten lässt einfach keinen Spielraum“, sagte Haider.

Auf alle Fälle engt sich durch das Gutachten auch der Spielraum für die Verkehrspolitik von Land und Stadt Linz drastisch ein. Zuletzt hatten Landesrat Günther Steinkellner (FP) und sein Linzer Amtskollege Stadtrat Markus Hein (FP) noch laut überlegt, mit dem Abriss der Eisenbahnbrücke

„Wir werden der Empfehlung, die Eisenbahnbrücke zu sperren und mit den Abbrucharbeiten zu beginnen, nachkommen. Das Gutachten lässt einfach keinen Spielraum.“

■ Erich Haider, Generaldirektor der Linz AG

erst beginnen zu wollen, wenn die Bypass-Fraktionen für die Voest-Brücke realisiert sind. Nur so könne man die ohnedies zu Stoßkosten äußerst angespannte Verkehrssituation – knapp 15.000 Autos benutzen derzeit täglich die Eisenbahnbrücke – nicht noch zusätzlich verschlimmern. Das wird es nun mit Sicherheit nicht mehr spielen. Zu eindeutig ist der Befund von Gutachter Stranzinger.

Dabei herrschte beim gestrigen Verkehrsgipfel, an dem neben Steinkellner und Hein der Linzer

Bürgermeister Klaus Luger (SP), Haider sowie Experten teilnahmen, ein konstruktives Klima, wie alle Beteiligten versicherten.

Das Bemühen um eine gemeinsame Strategie zur raschen Lösung der Verkehrsprobleme im Großraum Linz steht und fällt aber mit der Eisenbahnbrücke.

Trotz der klaren Worte des Gutachters will Heim eine Besitzung der „Alten Dame“ über den 27. Februar 2016 hinaus nicht ausschließen. Er möchte prüfen lassen, ob ihre Lebensdauer durch einen Umbau verlängert werden kann.

Linz-AG-Chef Haider sieht dafür aber keine Möglichkeit. Denn eine temporäre Sanierung sei nur durch eine Reparatur der Brückenkonstruktion an Land möglich, bezieht er sich auf das Gutachten. Eine solche Vorgangsweise wäre völlig unlogisch und unverständlich. „Wir müssen rasch den Neubau der Brücke ansetzen“, sagte Haider.

Mehr zum Thema lesen Sie auf [nachrichten.at/linz](http://nachrichten.at/linz)

## Gemeindefusion: Bürger in Peuerbach, Bruck und Steegen stimmen 2016 ab

Im zweiten Anlauf entschied auch der Gemeinderat in Steegen für die Volksbefragung im Herbst

Von Michaela Krenn-Aichinger

PEUERBACH/BRUCK-WAASEN/STEEGEN. Geben die drei Gemeinden im Hausruckviertel in eine gemeinsame Zukunft? Entscheiden werden das die Bürger bei einer Volksbefragung, die voraussichtlich im Oktober oder November 2016 stattfinden wird. Am Freitag stimmte auch der Steeger Gemeinderat im zweiten Anlauf knapp mit 7:6 für den Volksentscheid. Im Vorjahr veränderten diesen die VP-Gemeinderäte noch. Nach Wahlverlusten verfügt die VP aber nicht mehr über die Mehrheit im Gemeinderat. FP, SP und Grüne brachten nun ihren Antrag für die Volksbefragung über die Fusion durch. Die Ortspolitiker in Peuerbach und Bruck-Waasen gaben für die Abstimmung bereits im Vorjahr grünes Licht.

Diskutiert wird die Zusammenlegung seit Jahrzehnten. Die Gemeindeväter von Peuerbach und Bruck-Waasen befinden sich in einem Gebäude, auch das Amtshaus von Steegen steht auf Peuerbacher Stadtgebiet. Selbst wenn man Bürger aus Bruck und Steegen fragt, woher sie kommen, antworten die meisten „aus Peuerbach“.

Die ersten Reaktionen der Bürger sind durchwegs positiv. „Die Leute finden es gut, dass sie nach



Wir werden uns Rat in Rohrbach-Berg und Aigen-Schlägl holen.“

■ Wolfgang Oberlehner, der VP-Bürgermeister von Peuerbach möchte im Jänner mit den Vorarbeiten starten

den endlosen Diskussionen jetzt selbst entscheiden dürfen“, sagt Steegens SP-Chef Josef Ortbauer.

Die Vorbereitungen für die Volksbefragung sollen mit Anfang 2016 starten, zunächst auf politischer Ebene, danach soll ein breiter Diskussionsprozess über alle Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion mit der Bevölkerung beginnen. „Gibt es ein Ja bei der Volksbefragung, dann wäre der 1. Jänner 2018 ein mögliches Datum für die Fusion“, sagt Peuerbachs VP-Bürgermeister Wolfgang Oberlehner.

Mehr zum Thema lesen Sie auf [nachrichten.at/wels](http://nachrichten.at/wels)



Das gemeinsame Rathaus von Peuerbach und Bruck-Waasen. Foto: Gemeindefusion



Schneeballschlachten, Rodeln oder romantische Kutschenfahrten: Urlaub am Bauernhof auch im Winter gefragt. (vow)

## Urlaub am Bauernhof ist auch im Winter attraktiv

Jeder dritte Gast urlaubt auch in kalter Jahreszeit am Bauernhof

LINZ. Urlaub am Bauernhof erfreut sich in Oberösterreich zunehmender Beliebtheit. Die Zahl der Nächtigungen sei mit 380.000 pro Jahr stabil, sagt Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger. 38 Prozent der Betriebe hätten im heurigen „Jahrhundert-sommer“ ein Nächtigungs-Plus verzeichnet. Die Auslastung der Betriebe sei um knapp sechs Prozent auf durchschnittlich 72 Tage pro Jahr gestiegen.

„Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Feriengäste beträgt im Sommer rund 5,6 Tage“, sagt Hubert Koller, Landesobmann des Vereins „Urlaub am Bauernhof“. Zum Vergleich: Im oberösterreichischen Tourismus betrage die durchschnittliche Urlaubsdauer nur 2,7 Tage. Die Landwirte wollen die Auslastung

auch im Winter erhöhen. „Nirgendwo ist man dem Winter so nahe wie auf einem Bauernhof“, sagt Hiegelsberger. Die Natur zu erleben und Regionalität und Entspannung zu genießen, sei auch im Winter gefragt. Gäste können für ein paar Tage der alltäglichen Hektik der Stadt entkommen und bei Rodelpartien, Schneeballschlachten oder Winterwanderungen sanften Tourismus erleben.

Die Auslastung der Betriebe im Winter ist mit rund 30 Prozent ansehnlich: zwei Drittel der Gäste kommen im Sommer, ein Drittel ist (auch) im Winter zu Gast am Bauernhof. Vor allem das Salzkammergut und das Mühlviertel sind im Winter gefragt. „Unsere Gäste kommen zu fast 50 Prozent aus Österreich“, sagt

Obmann Koller. 37 Prozent der Touristen sind aus Deutschland, sieben Prozent aus Tschechien. Von den Inlandtouristen stammen etwa 50 Prozent aus Oberösterreich, der Rest komme vor allem aus Wien und Niederösterreich.

### 32,50 Euro pro Nacht

Urlauber hätten ein „sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis“, sagt Hiegelsberger. Im Schnitt koste ein Tag mit Übernachtung und Frühstück 32,50 Euro. Dies sei gegenüber dem Vorjahr nur eine Steigerung von sechs Prozent. Gleichzeitig seien die Preise bei Ferienwohnungen um etwa neun Prozent gestiegen. Wer im Winter einen Ferienaufenthalt buchen will, findet im Internet eine große Auswahl: [www.bauernhof.at](http://www.bauernhof.at)

## Bayern schicken Flüchtlinge zurück ins Innviertel

PASSAU/INNVIERTEL. Deutschland hat damit begonnen, einen Teil jener Flüchtlinge zurückzuschicken, die via Transitzone in Braunau und Scharding nach Passau kommen. Es handelt sich dabei um Flüchtlinge, die nicht in Deutschland um Asyl ansuchen, sondern weiterreisen wollen, zum Beispiel nach Schweden. Zurückgeschickt werden diese Flüchtlinge zu den Transitzonen im Innviertel. Seit Beginn der Rückweise-Praxis vor einer Woche sind es in Scharding rund 30 Fälle pro Tag - quer durch alle Nationen von Syrien über Iraker bis hin zu Marokkanern.

In Scharding werden die Zurückgewiesenen, die praktisch alle auch in Österreich nicht um Asyl ansuchen, zur Polizeidienststelle und weiter zur Landespolizeidirektion gebracht. Seit gestern ist das Polizeikooperationszentrum in Passau in Betrieb, in dem sich die heimische Polizei mit den deutschen Kollegen in der Flüchtlingsfrage eng abstimmen soll. Morgen soll es dort ein Gespräch zur neuen Rückweisungspraxis geben. Mehr auf [nachrichten.at/innviertel](http://nachrichten.at/innviertel). (sed)



Transitzelt in Scharding Foto: vowe



Die Anklage lautete auf gewerbsmäßige Schlepperi und schwere Körperverletzung: Angeklagter verurteilt. (Dostal)

## Zwei Jahre Gefängnis für tschetschenischen Schlepper

26-Jähriger soll 112 Syrer illegal nach Österreich gefahren haben

LINZ. 112 Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, transportierte der 26-jährige Angeklagte illegal von Ungarn nach Österreich bzw. an die deutsche Grenze. „Kinder haben nichts bezahlt“, gab sich der Beschuldigte großzügig. Pro Erwachsenen wurden allerdings 400 Euro verlangt, wenn es Richtung Deutschland gehen sollte. 150 Euro kassierte der Tschetschene für Fahrten von Ungarn bis nach Wien.

Dass er durch diese Aktionen rund 17.000 Euro verdient hatte, gab der Angeklagte gestern zu.

Dennoch behauptete er gegenüber Richterin Petra Oberhuber, kein Vermögen zu besitzen. „Und wo ist der BMW hingekommen?“, fragte die Richterin nach. „Das Geld dafür hab' ich nach Russland geschickt, zu meinem Cousin. Damit er es aufhebt“, antwortete der 26-Jährige.

Das Auto hatte er um 17.000 Euro verkauft. „Das fängt schon einmal gut an“, rügte die Richterin. „Sie müssen schauen, dass Sie das Geld wieder herbringen.“ Neben gewerbsmäßiger Schlepperi legte die Staatsanwalt-

schaft dem Tschetschenen auch Gewalttaten zur Last. So soll er seine Ex-Freundin, auch als sie schwanger war, regelmäßig schwer misshandelt haben. Dies stritt der Angeklagte zunächst ab. „Ich hab' sie nur drei Mal leicht mit der Hand geschlagen.“

Als er nach der Festnahme ins Gefängnis eingeliefert wurde, verletzte er bei der Leibesvisite noch einen Wachbeamten schwer am Finger. „Es tut mir leid, ich war wütend und aggressiv.“ Das Urteil, zwei Jahre unbedingte Haft, ist bereits rechtskräftig.

## Turnusärzte helfen am LKH Steyr bei Notaufnahme aus



Foto: Gajug

STEYR. Der Leiter der Notaufnahme am Steyrer Landeskrankenhaus, Andreas Lang, musste bei der Erstellung eines Dienstplanes für Jänner das

Handtuch werfen. Das Scheitern teilte der Mediziner in einer E-Mail seinen Kollegen mit, verbunden mit der Bitte, sich doch noch für die Bereitschaftsdienste zu melden.

Der Rundbrief wurde von einem Anonymus aus der Ärzteschaft an die Öffentlichkeit gespielt. Die ärztliche Leiterin des Landeskrankenhauses, Primaria Gabriele Baumann, bestätigte Schwierigkeiten bei der Besetzung der Notaufnahme. Diese seien durch das neue Ärzte-Arbeitszeitgesetz bedingt, das Marathondienste im Spital unterbindet. Baumann kündigte eine Änderung an, mit der es gelingen werde, die Notaufnahme dauerhaft rund um die Uhr zu besetzen. Fortan sollen auch Turnusärzte dem Pool der Diensthabenden angehören. Für die Patienten bedeute dies keine Verschlechterung der Betreuung. Als Hilfe stünden wie bisher die Fachärzte zur Verfügung, die auf den Stationen Bereitschaftsdienst versehen würden. „Bei der medizinischen Versorgung wird es überhaupt keine Einbuße geben“, betonte Baumann. Für Jänner werde mit den neuen Vorgaben selbstverständlich ein Dienstplan erstellt. Lesen Sie mehr auf [www.nachrichten.at/steyr](http://www.nachrichten.at/steyr).

Politik

# Landesbudget 2016 ohne Defizit? „Ein Preis, der mir zu hoch war“

Beschluss im Landtag am Donnerstag – Pühringer verteidigt 67 Millionen Euro Defizit

LNZ. Es ist eine Budget-Debatte mit neu abgesteckten Positionen, die seit gestern früh im oberösterreichischen Landtag läuft. Hier ÖVP und FPÖ, die ihren ersten Budgetentwurf ihrer Partnerschaft verteidigen und in allen Punkten beschließen werden (auch das Kulturbudget, ebenfalls eine Premiere). Dort Grüne und SPÖ, die ihre Rolle finden müssen.

Ein Budget ohne Abgang wird es, wie die ÖCNachrichten berichteten, nicht geben. 67 Millionen Euro höhere Ausgaben als Einnahmen hat Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) in seinem Entwurf veranschlagt. Zumindest in diesem Punkt waren sich die Parteien einig: Es handle sich um ein Budget unter „erschweren Bedingungen“.

Die „besondere Situation“ bestehe darin, dass man gegenüber

**„Ich bekenne mich zum Haushalt ohne Abgang, sobald Konjunktur und Arbeitsmarkt es erlauben.“**

Josef Pühringer, Landeshauptmann und Finanzreferent (VP)

einem „Normalbudget“ 140 Millionen Euro wegen Steuerreform, Arztes- und Pflegegehaltspaket und Flüchtlingskrise aufbringen müsse, sagte Pühringer in seiner Rede und zitierte den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble: „Politik bedeutet auch Reduzierung auf das Machbare.“

Machbar wäre ein ausgeglichenes Budget gewesen, gab Pühringer zu – „aber um einen Preis, der mir zu hoch war“. Demnach hätten „gut veranlagte“ Rücklagen aufgelöst werden und die Investitionsquote um 1,5 Prozentpunkte gekürzt werden müssen: „Das hätte negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt.“

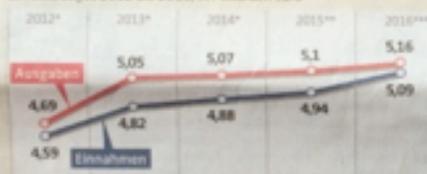
Neues Zieldatum für ein ausgeglichenes Landesbudget ist 2018 („spätestens“), wie Pühringer andeutete: „Sobald Konjunktur und Arbeitsmarkt es erlauben.“



Pühringers 16. Landesbudget: eines mit Schwierigkeiten Foto: Michael

**EINNAHMEN UND AUSGABEN**

Landesbudget 2012 bis 2016, in Milliarden Euro



\* Rechnungsbuchschluss, \*\* Voranschlag inkl. Nachtrag, \*\*\* Voranschlag (inkl. 01.01.16)

**15,16 Milliarden Euro** umfasst das Landesbudget für 2016. Für das kommende Jahr ist abermals ein **Abgang** budgetiert, er soll **67,16 Millionen Euro** betragen.

Millionen Euro Ausgaben bei 312 Millionen Euro Einnahmen, für Forschung und Wissenschaft mit 100 Millionen Euro.

**Das Sozialbudget** ist mit 513 Millionen Euro um 2,5 Prozent höher dotiert als 2015. Für die Flüchtlingshilfe wurden 71,3 Millionen Euro budgetiert.

**„Die Mehrausgaben, die wir verlangen, sind keine Summen, die das Budget aus den Angeln heben würden.“**

Christian Makor, SP-Klubobmann

Bei den Reformen berief sich Pühringer auf bereits laufendes die Spitals- und die Verwaltungsreformen. „Geld in die Hand“ nehme man für Kinderbetreuung (220 Millionen Euro), für das Sozialbudget, das um 2,5 Prozent auf 513 Millionen Euro anwächst.

**Grüne und rote Teil-Kritik**

Statt wie in den vergangenen zwölf Jahren das Budget ob seiner Unsicherheit zu loben, musste Grünen-Klubobmann Gottfried Hürz in die Rolle des Kritikers schlüpfen – zumindest teilweise. Die Investitionsquote könne sich zwar „sehen lassen“, auch zum Sozialbudget bekenneten sich die Grünen. Die „größte Enttäuschung“ sei das Bildungsbudget, dem die Grünen nicht zustimmen. Insgesamt gebe es ein „fortschreiben-ohne-Gestaltungskraft“, sagte Hürz.

SP-Klubchef Christian Makor gab sich mit dem Sozialbudget zufrieden, obwohl nur ein „moderater Anstieg“ der Leistungen möglich sei. Dagegen würden Investitionen in Schul- und Kindergartenausbau und das Wohnbaubudget gekürzt. Die SP verlange neun Millionen Euro mehr, monierte Makor, das sei „keine Summe, die das Budget aus den Angeln hebt“.

„Nur mehr zu verlangen, ist zu wenig“, sagte FP-Klubchef Herwig Mahr in Richtung SP. Es gebe „spürbare Kürzungen bei den Ermessensausgaben“, bei künftigen Budgets müssten auch „Pflichtausgaben durchgeschnitten werden, wo es möglich ist“. Und, zu Hürz' Kritik an geringeren Förderungen für erneuerbare Energie: „Es fehlt ein anderer Wind. Wenn da mit dem nicht zureichkommt, muss da radern.“ (bck)



Hofburg-Kandidatin bei Strache (APA)

## Irmgard Griss auf Werbetour bei den Freiheitlichen

WIEN. Auf ihrer Werbetour um parteiübergreifende Unterstützung ihrer Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl 2016 hat Irmgard Griss am Dienstag den Freiheitlichen einen Besuch abstattet. Er hege „allerhöchsten Respekt“ für ihre bisherige Vita, strebte FP-Obmann Heinz-Christian Strache der Ex-Präsidentin und Hypo-Prüferin Rosen. Es sei „durchaus denkbar“, dass man Griss bei der Wahl unterstütze.

Beobachter rechnen freilich damit, dass die FPÖ im Jänner etwa mit Ursula Sternzel eine Parteikandidatin ins Rennen schießt. Womit nur für den Fall, dass Griss den Sprung in eine Stichwahl schafft, das blaue Angebot schlagend werden könnte.

Inhaltlich bewegte sich Griss beim Hearing vor dem FP-Vorstand im Parlament recht gewandt und mit vielen Über einstimmungen durch den Fragen-Parcours. Das galt etwa für das Bekenntnis zu Neutralität, Nationalstaat und zu „einem starken Bundesheer“.

Dass Griss nichts gegen die Adoption durch Homosexuelle („die geschlechtliche Orientierung spielt keine Rolle“) hätte, war eines der wenigen Störsignale in den blauen Reihen. Das galt zum Teil für den Staatspunkt, wonach Griss Öbergrenzen für Zuwanderer, aber nicht für Verfügte will, und für die Mahnung an die FPÖ, nicht durch eine „verlethende Sprache“ Aufmerksamkeit zu suchen. (bck)

## Öffentliche Hand: 40 Millionen Euro für Werbung

WIEN. Rund 40,2 Millionen Euro hat die öffentliche Hand im dritten Quartal 2015 für Werbung ausgegeben. Das sind um drei Millionen Euro mehr als im dritten Quartal des Vorjahres. Das geht aus dem von der Medienbehörde KTR veröffentlichten Daten nach dem Medientransparenzgesetz hervor.

Die Bundesländer investierten im dritten Quartal 10,5 Millionen Euro. Der größte Werber war wieder einmal Wien (8,7 Millionen), an zweiter Stelle lag Oberösterreich mit knapp einer Million Euro. Mit den nächstbesten Beteiligungen gab Wien sogar 13,5 Millionen Euro aus. Die Bundesministerien schalteten im dritten Quartal Werbung um 3,7 Millionen Euro. An der Spitze lagen wieder die von der SPÖ geführten Ressorts.

**Größtteil an „Krone“ und „Heute“**  
Der Großteil der eingesetzten Werbegeräte ging erneut an die Zeitsungen „Krone“ (5,4 Millionen Euro), „Heute“ (3,7 Mio.) und „Österreich“ (3,2 Mio.). Google holte mit seiner Suchmaschine und der Plattform YouTube knapp 700.000 Euro an öffentlichen Werbefeldern.

## Prävention statt Reparaturmedizin: Neue Chefin der Sozialversicherungen will Eigenvorsorge fördern

Rabmer-Koller für Selbstverantwortung. Österreicher im Durchschnitt in 21 Jahren ihres Lebens krank

WIEN. Von Albenberg bei Linz an die Spitze des Hauptverbandes der Sozialversicherungen: Am Dienstag wurde die 49-jährige Unternehmensfrau Ulrike Rabmer-Koller in eine Schlüsselposition der Gesundheitspolitik gewählt.

Sie ist die erste Frau in dieser Führungsposition. Dabei hat sie im Sozialversicherungsbereich kaum Erfahrungen. Einen Namen machte sich die Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer als Interessenvertreterin. Heute wird sie zudem die Präsidentin der Europäischen Union der Klein- und Mittelbetriebe.

Hauptberuflich leitet die Mutter zweier Kinder seit 2002 den Familienbetrieb, die Rabmer-Gruppe in Albenberg (Bau, Umweltechnik).

Eine „hohe Herausforderung“ nennt Rabmer-Koller ihre neue Aufgabe. Einer ihrer Schwerpunkte ist Prävention statt Reparaturmedizin. Die Eigenverantwortung soll gestärkt werden. Helfen sollen Anreizsysteme, damit die Menschen bewusster leben und länger gesund bleiben. Derzeit sind die Österreicher im Durchschnitt in 21 Jahren ihres Lebens krank.

**„Gesundheits-Hundertert“**

Als „goodie“ erweist sie Gutscheine, wie es sie in der Versicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft gibt. Hier kann man einen „Gesundheits-Hundertert“ etwa für Langlaufcamps einlösen. Auch die Halbierung der Selbstbehalte bei



Rabmer-Koller will mehr Anreize. (APA)

Erreichen vereinbarter Gesundheitsziele ist für sie denkbar.

Eine Erhöhung der Tabaksteuer zur Finanzierung von Präventionsmaßnahmen lehnt Rabmer-Koller ab. Man könne mit den vorhandenen Mitteln auskommen, wenn man sie effizient einsetze: „Ich kann als Unternehmerin auch nicht unendlich oft zur Bank gehen und sagen, gebt mir Geld.“

In neuem Jahr möchte Rabmer-Koller bei den Präventionszentren weiterkommen. In solchen Gemeinschaftsprojekten soll bis Jahresende zumindest ein Prozent der Bevölkerung versorgt werden.

Die Ärztekammer ist entschieden gegen das Projekt – es gefährde nämlich die Hausärzte. (bck)

# Mindestsicherung wird verschärft, um Kosten einzudämmen

Koalition will bis 15. Jänner Reformpaket vorlegen, die ÖVP pocht weiterhin auf eine Höchstgrenze von 1500 Euro pro Familie

WIEN. Rund eine Stunde dauerte das gestrige Gespräch zwischen Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SP), VP-Klubobmann Reinhold Lopatka und VP-Sozialsprecher August Wöginger zur Mindestsicherung. Es wurde eine Reform vereinbart, die bis 15. Jänner im Detail vorliegen soll. Dann müssen noch die Länder zustimmen.

Einig sind sich SPÖ und ÖVP, stärkere Arbeitsanreize zu setzen und die Sanktionen bundesweit zu vereinheitlichen. Künftig soll es die

Möglichkeit geben, dass jemand, der Mindestsicherung bezieht, diese nicht sofort verliert, wenn er einen höher dotierten Job findet. Damit soll der Anreiz erhöht werden, wieder zu arbeiten. Meldet das Arbeitsservice, dass ein Bezahler der Mindestsicherung nicht arbeitswillig ist, dann wird dies derzeit in Wien am häufigsten sanktioniert, in anderen Bundesländern deutlich seltener.

„Am heikelsten ist unsere Forderung nach einer Höchstgrenze“,



Hundstorfer, Wöginger (APA, RTS)

sagte Wöginger. Hier hat Hundstorfer verfassungsrechtliche Bedenken. Die ÖVP fordert aufgrund der steigenden Anträge, einen Deckel

bei der Mindestsicherung einzuziehen. Für Familien soll demnach eine Höchstgrenze von 1500 Euro monatlich gelten. Das würde Familien mit mehr als zwei Kindern treffen. Das dritte Kind wäre weniger wert, argumentiert die SPÖ.

2014 sind 700 Millionen Euro für die Mindestsicherung ausgegeben worden, die von 60.000 Personen bezogen wurde. 13.400 davon waren Asylberechtigte. Auch Oberösterreich verzeichnet einen Anstieg: Im September 2014 bezogen

12.900 Personen die Mindestsicherung, ein Jahr später waren es 14.200. Die Sozialleistung erhalten Personen, die für ihren Lebensunterhalt nicht aufkommen können. Voraussetzung ist, dass sie hilfsbedürftig sind und ihr Vermögen aufgebraucht ist.

Die Mindestsicherung beträgt mindestens 827 Euro, in Oberösterreich liegt sie bei 903 Euro monatlich. Paare erhalten 1241 Euro, für Kinder werden 149 Euro (in ÖO: 208) beigesteuert. (gana)

# Seehofer gibt sich in der Flüchtlingsfrage versöhnlich

Auf dem Parteitag der CDU lobte der Gastredner aus Bayern die Beschlüsse der Schwesterpartei

Von Christine Zehner, Karlsruhe

Horst Seehofer zeigte sich zahn und zufrieden. Der für seine politerte Art bekannte CSU-Chef ist gestern als Gastredner nach Karlsruhe zum Parteitag der Christdemokraten gekommen. Die CDU hatte sich tags zuvor dafür ausgesprochen, die Flüchtlingszahlen deutlich zu reduzieren: Geht es

nach den Konservativen, sollen zum einen mehr Menschen abgeschoben werden, „aber mit freundlichem Gesicht“, wie CDU-Chefin Angela Merkel sagte. Zum anderen setzt die CDU auf internationale Maßnahmen und finanzielle Unterstützung vor allem für die Türkei.

Sollten sich „Größe und Geschwindigkeit“ der Flüchtlingszahlen nicht ändern, könnte das auch

das reiche Deutschland „nicht verkraften“, sagte Seehofer in seiner Rede. Deshalb sei er „Liebe Angela“, sehr froh, dass dies nun auch so im Leitartikel der CDU stehe.

## Konflikt beim CSU-Parteitag

Ende November hatte die CSU einen Antrag der Parteispitze verabschiedet, indem für 2016 ein Kontingent für Bürgerkriegsflüchtlinge „entsprechend ihrer künftigen Kapazität“ gefordert wird – eine Obergrenze also, ohne zunächst eine konkrete Zahl zu nennen.

Merkel war auf diese Forderung in ihrer Rede beim CSU-Parteitag im November nicht eingegangen. Seehofer strafe den mächtigen Gast aus Berlin ab und belebte Merkel offen auf der Bühne.

Wenig überraschend verhielt sich die CDU gestern anders. „Größt Gott. Und Danke – für meine Verhältnisse ist das ein sehr freundlicher Empfang“, begann Seehofer. Die Stimmung war locker. Bayern

sei ein weltoffener Staat wie die Bundesrepublik, sagte Seehofer, der in der Flüchtlingsfrage als Hardliner gilt. „Von Abschottung halten wir gar nichts, das haben wir auch nie betrieben.“

Noch vor wenigen Wochen ist die CSU vehement dafür eingetreten, „Transitzonen“ zu schaffen. Merkel verwies darauf, dass man die Grenzen weder schließen noch löckenlos überwachen könne. Auch die SPD lehnte die CSU-Forderung ab. Man einigte sich schließlich in der Koalition aus CDU, CSU und SPD darauf, drei bis fünf Sonderaufnahme-Einrichtungen zu schaffen, in denen es „beschleunigte Asylverfahren“ geben soll.

„Es ist meine Überzeugung, dass es ohne Begrenzung, Rückführung oder Kontingentierung nicht gelingen wird, das Problem klug zu lösen.“ Seehofer sagte, er wisse genau, was „die Bevölkerung“ wolle: Deutschland müsse die Flüchtlingszahlen „spürbar reduzieren“.



Weihnachtsfriede in der Union: Horst Seehofer und Angela Merkel Foto: Reuters



1,5 Millionen Menschen passierten hier illegal die EU-Außengrenze. (AP)

### EU-Kommission will Außengrenzen stärker schützen

**BRÜSSEL.** Von Jänner bis November haben 1,5 Millionen Menschen illegal die Außengrenze der EU überquert. Viele davon in Griechenland. Um Unterstützung bei der Sicherung der Grenze hatte Athen nicht gebittet. Erst am 3. Dezember ging ein Ansuchen in Brüssel ein. Neben Zelten und Medikamenten hat Athen auch um die Unterstützung der Grenzschutzagentur Frontex...

So lange soll es künftig nicht mehr dauern, bis die EU-Grenzschützer zum Einsatz kommen. Die EU-Kommission hat gestern einen Vorschlag zum „Europäischen Grenz- und Küstenschutz“ präsentiert. Frontex soll demnach mit den Behörden in den Ländern zu einer gemeinsamen Grenzschutzbehörde ausgebaut werden.

Die Staaten würden dabei ihre souveränen Rechte behalten, sagte Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos. Dass der Vorschlag in den Hauptstädten unstritten sein wird, ist ihm aber durchaus bewusst: „Er enthält natürlich einige heikle Themen“, sagte der Grieche.

Dem selbst wenn die Kommission nur von „geteilter Verantwortung“ spricht, für die meisten Länder ist das im Falle des Grenzschutzes gleichbedeutend mit geteilter Souveränität. Tatsächlich können die Staaten laut Vorschlag gezwungen werden, Grenzschützer aus anderen EU-Ländern weihen zu lassen. Ist der Schengenraum in Gefahr, könnte Brüssel „Schnelleingreiftruppen“ schicken. (pack)

**Überblick**  
**Islamfeindliche Aussagen:**

# Saudi-Arabien schmiedet islamische Anti-Terror-Allianz mit 34 Staaten

Das sunnitische Bündnis werde alle „terroristischen Organisationen“ bekämpfen, nicht nur den „Islamischen Staat“ (IS), sagte Initiator und Vize-Kronprinz Mohammed bin Salman

Von Michael Wrase

**RIAD/LIMASSOL.** Erst vor zwei Wochen hatte der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) in einer aufsehenerregenden Analyse die Politik Saudi-Arabiens als „Gefahr für die Stabilität der arabischen Welt“ kritisiert. „Die bisherige vorsichtige diplomatische Haltung älterer Führungsmitglieder der Königsfamilie wird durch eine impulsive Interventionspolitik ersetzt“, heißt es in der BND-Expertise.

Den Experten bereitet das Wirken des neuen Verteidigungsministers und Vize-Kronprinzen Mohammed bin Salmans Kopfzerbrechen. Der 39 Jahre alte Sohn von König Salman wird als krankhaft ehrgeizig, skrupellos und arrogant beschrieben. Sein Ziel, so der BND, sei es, sich „als Anführer der arabischen Welt zu profilieren“.

### Türkei und Ägypten mit dabei

Der Verteidigungsminister war es auch, der nun in der saudischen Hauptstadt Riad die Bildung einer Anti-Terror-Militärallianz ankündigte. Dem Bündnis würden 34 Nationen angehören, darunter die Türkei, Ägypten, Katar, Pakistan und Malaysia. Der Iran, der Erzfeind Saudi-Arabiens, ist nicht dabei. Diese Länder sollen „vor dem Überfall terroristischer Gruppen und Organisationen ohne Rücksicht auf deren Religion und Ziele“ beschützt werden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Als Journalisten Mohammed bin Salmans Details über mögliche Einsätze entlocken wollten, reagierte er ausweichend und genervt. Auf die Frage, ob sich das Bündnis auf den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) beschränken werde, antwortete er, dass „alle Terrororganisationen, die uns gegenüberstehen“, in Zukunft bekämpft würden. Dazu zählen aus saudischer Sicht wohl auch jene schiitischen Milizen, die



Saudiische Soldaten im Jemen, wo sie gegen schiitische Milizen kämpfen. (AP)

in Syrien und im Irak die jeweilige Regierung unterstützen und im Jemen die pro-saudische Regierung gestützt haben.

**Konfrontation mit Erzfeind Iran**  
Nüchtern betrachtet ist die Militärallianz ein Rückschritt im Kampf gegen den Dschihad-Terror. Anstatt sich, wie auf der Syrien-Konferenz in Wien vorgesehen sind von den Supermächten mehrfach gefördert, mit dem Erzrivalen Iran zu verständigen, verschärft Riad

mit der Bildung einer rein sunnitischen Militärallianz die Konfrontation mit Teheran.

Initiator dieses Kräftemessens ist Salman, der auch den Krieg im Jemen angezettelt hat. Erst vor drei Tagen kam dort bei einem Raketenangriff der Huthis mehr als 40 saudische Soldaten ums Leben. Glaubt man dem aus dem saudischen Königshaus stammenden Whiteblower „@mujibadd“, der bei Twitter mehr als 1,4 Millionen Follower hat, liefen bereits

### Waffenruhe im Jemen

**Die Waffen sollen sieben Tage lang schweigen:** Im Jemen ist gestern eine die Friedensgespräche begleitende siebenstägige Waffenruhe in Kraft getreten. Seit 12 Uhr (10 Uhr MEZ) seien die Kampfhandlungen ausgesetzt, teilte die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition mit. Die Feuerpause begann damit wie vereinbart.

**Die Friedensgespräche** zwischen einer Regierungsdelegation und dem schiitischen Huthi-Rebellen, die vom Iran unterstützt werden, begannen unmittelbar nach Beginn der Waffenruhe in der Schweiz – und zwar unter Vermittlung der Vereinten Nationen.

**Die schiitischen Huthi-Rebellen** kämpfen im Jemen gegen die regierungstreuen Kräfte. Diese werden von der arabischen Koalition unter Führung Saudi-Arabiens unterstützt. Seit März wurden in dem Konflikt laut UNO mehr als 5800 Menschen getötet, etwa die Hälfte von ihnen waren Zivilisten, und mehr als 27.000 weitere verletzt.

2000 saudische Soldaten im Jemen ihr Leben – ohne dass das Kriegziel, die Wiedererrichtung der von den Huthis gestürzten Regierung, erreicht wurde.

Diese Misserfolge sowie das Wiederverstärken des von Riad bekämpften Assad-Regimes machen Salman zu schaffen. Der Königssohn braucht Erfolge. Mit der Bildung der Allianz, spekulieren westliche Diplomaten, wolle er seinen Kritikern beweisen, dass das Königreich nicht allein dastehe.

## Wirtschaft

# USA vor Ende der Nullzins-Politik

**WASHINGTON.** Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) wird voraussichtlich heute erstmals seit 2006 ihre Leitzinsen erhöhen. Damit geht eine fast ein Jahrzehnt dauernde Ära des extrem billigen Geldes zu Ende.

Nach einer Reihe von entsprechenden Signalen von Fed-Chefin Janet Yellen gehen Volkswirte in aller Welt davon aus, dass die Fed in der Dezember-Sitzung ihres Offenmarktausschusses erstmals seit rund neun Jahren die Leitzinsen leicht anheben wird. An den Finanzmärkten wird davon ausgegangen, dass das Zielband für den Leitzins von derzeit



Fed-Chefin Janet Yellen Foto: Reuters

null bis 0,25 Prozent auf 0,25 bis 0,5 Prozent angehoben wird.

Große Turbulenzen an den Finanzmärkten werden nicht erwartet. „Die Märkte scheinen relativ gut eingestellt auf eine Zins-

erhöhung, und deshalb erwartet ich keine Verwerfungen, falls der Schritt kommt“, sagte gestern Bundesbank-Vorstandsmitglied Joachim Nagel der „Börsen-Zeitung“.

Mittelfristig könnte eine US Zinsanhebung den Dollar im Vergleich zum Euro stärken. Das würde Vorteile für Exporteure etwa aus der Eurozone bringen. Vorbehalte gegen die Zinswende gibt es vor allem in den Schwellenländern. Die labile Lage in diesen Staaten hat bisher Yellen dazu veranlasst, die schon vor Monaten angekündigte Zinswende immer wieder aufzuschieben.

# Bank Austria sperrt jede dritte Filiale: „Wir machen etwas ganz Normales“

Auch ohne Druck aus Italien müsste die Bank Austria kräftig einsparen

Es gibt keinen Plan B mehr. Zumindest nicht offiziell. Auf die Frage, was passiert, wenn das Sparprogramm nicht greife, antwortet Willibald Cernko mehrfach: „Das wird nicht passieren.“

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Die Bank Austria wird ihre Filialen nicht an die Bawag verkaufen, sondern will das Filialgeschäft selbst sanieren. Das bedeutet, dass 70 von 190 Filialen bis 2018 zugesperrt werden, also mehr als jede dritte Niederlassung. Die Kosten sollen bis dahin im Vergleich zu 2014 um 300 Millionen Euro gesunken sein. Wie viele Mitarbeiter die Bank dann haben wird, will der Generaldirektor nicht sagen: „Wir reden nicht über ein Köpfeziel.“

Betriebsbedingt gekündigt werde niemand. Das war die Bedingung der Belegschaftsvertretung, dem Restrukturierungsplan zuzustimmen. Die Definitivstellung wird nicht angetastet. Noch bis 2042 gibt es Mitarbeiter, die unkündbar sind. Mit der Schließung der Immobilienholding und Pensionierungen wird der Personalstand aber allein um 1000 Personen sinken.

Eine Entlastung soll die Übertragung der Bank Austria-Pensionisten in das ASVG-System sein. Die 2,1 Milliarden Euro Rückstellung würden reichen, das zu finanzieren und den Angestellten ihre Firmerpension mittels Einmalzahlungen abzulösen, sagt Cernko. Unterm Strich kommt diese Lösung die Bank Austria um einen zwinstelligen Millionenbetrag im Jahr billiger, weil das alte System auf einem höheren Zinsniveau und damit einer leichteren Finanzierbarkeit fuße.

Welche Filialen zugesperrt werden, könne er noch nicht sagen, erklärt Cernko. Am stärksten wird wohl Wien betroffen sein, wo die Bank mehr als 100 Filialen betreibt. In Oberösterreich hat die



Bank Austria-Chef Willibald Cernko: „Das wird nicht passieren.“

Foto: APA/Imago

WIRTSCHAFT  
ANALYSE  
VON  
DIETMAR MASCHER

Bank noch zehn Standorte. Das Zusperrpotenzial ist daher überschaubar.

Die jetzt gefundene Lösung ist jene, die Cernko präferiert hat. Sie ist zwar mit Einschnitten verbunden, wäre wohl aber auch geboten, wenn es keinen Druck vom Mutterkonzern in Mailand gäbe.

## Hohe Cost-Income-Ratio

Denn die Bank Austria hat eine Cost-Income-Ratio von 80 Prozent. Das heißt: Auf einen Euro Ertrag kommen Kosten von 80 Cent. Dieses Verhältnis soll bis 2018 auf 60 Prozent gesenkt werden. Zum Vergleich: Die Oberbank liegt schon jetzt deutlich unter 60 Prozent, die Sparkasse Oberösterreich bei ziemlich genau 60 Prozent. Und die Raiffeisenlandesbank mit einer geringeren Zahl an Filialen sogar unter 50. Selbst die kleine Hypo Oberösterreich liegt bei 70. Die VKB-Bank erreicht 78

„Das war mein präferierter Vorschlag. Und wir werden die Details auf Augenhöhe mit dem Betriebsrat verhandeln.“

Willibald Cernko, Generaldirektor der Bank Austria, war gegen einen Verkauf der Filialen an die Bawag. PSE

Prozent und weiß, dass sie in diesem Bereich Aufholpotenzial hat. Insofern ist die Aussage Willibald Cernkos, „wir machen etwas ganz Normales“, richtig. Über Jahre hinweg hatte Österreich zu viele Bankfilialen. Der Strukturwandel, der einen Teil des Bankgeschäfts ins Internet verlagert, beschleunigt man die Änderungen in den Geschäftsmodellen der einzelnen Institute. Wobei in der Automatisierung und der Gewinnung der Kunden aus Netz auch die Gefahr für die Banken steckt, den guten Draht zu ihren Kunden zu verlieren.

Und der ist neben dem Preis nach wie vor das wichtigste Argument für oder gegen eine Bank.

Und der ist neben dem Preis nach wie vor das wichtigste Argument für oder gegen eine Bank.

Und der ist neben dem Preis nach wie vor das wichtigste Argument für oder gegen eine Bank.

## Bauerneinkommen sinken viertes Jahr in Folge

Minus 2,6 Prozent im zu Ende gehenden Jahr – Seit 2010 ein Viertel der Einkommen verloren

Wien/BRÜSSSEL. Wegen Dürreschäden und des Verfalls der Erzeugerpreise bei Milch und Schweinefleisch wird der Produktionswert der österreichischen Landwirtschaft besser um 1,8 Prozent auf 6,8 Milliarden Euro sinken. Das zeigen erste Berechnungen der Statistik Austria.

Umgelegt auf die Realinkommen je Arbeitskraft am Hof zeigt sich ein Minus von 2,6 Prozent. Hier wirkt positiv, dass die Vorkosten um 2,8 Prozent gesunken sind. Trotzdem ist es das vierte Jahr in Folge mit einem Einkommensrückgang. Im Schnitt der EU-Länder be-

trägt das Minus sogar 4,3 Prozent (Deutschland minus 38 Prozent, Polen 24, Dänemark und Großbritannien je 20 Prozent). Zwischen melden Kroatien (21,5 Prozent), Lettland (14), Griechenland (10,7), Frankreich und Italien (je neun).

### Minus 28 Prozent seit 2010

Im Langzeitvergleich schneidet Österreichs Landwirtschaft schlecht ab, mit einem Einkommensminus von 27,8 Prozent seit 2010. Der EU-Schnitt: minus 5,7 Prozent. Italien, Tschechien, Bulgarien und Irland verzeichnen in der mehrjährigen Betrachtung sogar ein Plus.



Milchproduktion: Preisrückbruch (swiss)

Die Delle im zu Ende gehenden Jahr wird in Österreich von mehreren Faktoren verursacht. Die Förderungen sinken laut vorläufigen Berechnungen aufgrund der Sys-

temumstellung in der EU-Agrarpolitik um 6,7 Prozent gegenüber 2014. Die tierische Produktion verliert 5,9 Prozent an Wertschöpfung. Die Pflanzenerzeugung erreicht nach drei negativen Jahren erstmals wieder ein Plus, von 1,2 Prozent. Das ist angesichts eines Preisanstiegs von 6,9 Prozent mäßig, und zwar aufgrund der durrebedingt geringen Erzeugnisse. Positiver Effekt: Die Kosten bei Vorleistungen sinken um 2,8 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro.

Großer Rückgang in der EU: minus 25 Prozent bei Zuckerrüben, weil die Produktionsquoten fallen.

# VW koppelt Rückrufaktion mit Sonderangeboten

388.000 Fahrzeuge werden ab Ende Jänner gestaffelt in die Werkstätten geholt – 210.000 Arbeitsstunden Aufwand

**WIEN.** Üblicherweise gibt die Porsche Holding Salzburg (PHS) bei ihrer traditionellen Pressekonferenz im Dezember einen Ausblick auf die in diesem Jahr gelieferten Rekorde. Heuer war es der Rekordabsatz im Großhandel, den der Sprecher der Geschäftsführung, Alain Favay, präsentierte. Das Hauptthema war allerdings, wie die Rückrufaktion abgewickelt wird, die wegen der Abgasmanipulationen von Volkswagen nötig wird.

Der Generalimporteur von Fahrzeugen aus dem Volkswagen-Konzern präsentierte erste Details. Betroffen sind 388.000 Fahrzeuge. Darin sind jetzt auch 25.000 eigenimportierte Fahrzeuge mitgezählt, die bisher nicht in der offiziellen Darstellung enthalten waren.

Ab Ende Jänner werden die Kunden mit ihren Fahrzeugen in die Werkstätten gebeten, und zwar in der Reihenfolge: Zuerst kommen

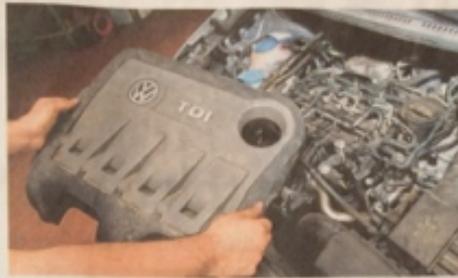
alle Kfz mit 2,0-Liter-TDI-Motoren der Abgasklassen Euro-4 und -5 dran. Das sind 60 Prozent aller betroffenen Modelle von Volkswagen, Audi, Seat und Skoda. Hier kommt es zu einem Software-Update, das nur 15 Minuten dauern sollte. Die Kunden werden in Werken informiert, damit die Werkstätten die Arbeit bewältigen können.

Ab Kalenderwoche 22 bzw. Anfang Juni kommen die betroffenen Drei-Zylinder-Modelle dran. Das sind rund 6600 Autos. Auch hier geht es um ein Software-Update.

## Mehraufwand bewältigbar

Die letzten fast 150.000 Fahrzeuge folgen ab Ende September. In diesen muss Software aktualisiert und ein Stromungsgeleitschicht eingebaut werden – laut Favay „weniger als eine Stunde Arbeit“.

In Summe soll der Aufwand nicht mehr als 4,2 Prozent Mehrauf-



Bei Zwei-Liter-Diesel-Modellen – hier ein Touran – wird Software aktualisiert. (ipa)

beit gegenüber den im Vorjahr verrechneten Arbeitsstunden an den 280 PHS-eigenen Standorten oder bei den weiteren 150 Werkstattpartnern ausmachen, so die vorsichtige Rechnung des Importeurs. Die Kosten für die Rückrufe zahlt

wie berichtet die Volkswagen AG in Wolfsburg. Für Kunden soll es auch Umtauschaktionen geben, damit sie dem Konzern treu bleiben. „Daran wird gearbeitet.“ Favay sagt, dass es für die Servicepartner ja nicht das Schlimmste sei, wenn

fast 400.000 Kunden in die Werkstätten kommen würden.

Verkaufsseitig hätten die durch die Stickoxid-Manipulationen hervorgerufenen Rückrufe keinen Einbruch verursacht, sagt Favay. Allerdings durch die von VW selbst veröffentlichten Unregelmäßigkeiten beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Das habe zu einer „Deile“ bei den Bestellungen und einer vierwöchigen Phase der Verunsicherung geführt. Die Klarstellung des Konzerns von vergangener Woche, dass es doch keine falschen Werte gibt, sollte nun Aufklärung gebracht haben.

Für heuer erwartet der VW-Importeur Neuzulassungen von rund 305.000 Fahrzeugen in Österreich (nach 303.300 im Vorjahr). 34,8 Prozent davon kommen aus dem VW-Konzern. 2016 sollte sich dieses „stabile hohe Niveau“ fortsetzen lassen, sagt der gebürtige Franzose Favay. (sib)

## Gewinnauszahlungen steigen stark



Foto: Streif

**LINZ.** Die Gewinnauszahlung in Österreichs Großbetrieben an die Eigentümer stieg 2014 stark. Umgelegt auf Mitarbeiter wären das 14.551 Euro oder ein Plus von 35 Prozent zum Jahr davor, hat der Wertschöpfungsbarometer der Arbeiterkammer Österreich ergeben. Gerade in schwierigeren Zeiten sei das ein bedenkliches Signal, weil sich die Investitionsneigung gleichzeitig deutlich verringert hat.

Die Wertschöpfung je Beschäftigtem (Produktivität) stieg zuletzt um vier Prozent auf 96.446 Euro. Die Produktivität nahm – gleich wie der Personalaufwand je Beschäftigtem – in zehn Jahren um insgesamt 25 Prozent zu. „Das bietet genügend Verteilungsspielraum etwa für die sechste Urlaubswoche“, sagt AK-Chef **Johann Kalliauer**. (srb)

## THI: Seit Jahren falscher Bilanzansatz

**LINZ.** Die insolvente Teak Holz International AG (THI) hat gestern einen Bericht der Prüfungsstelle für Rechnungslegung veröffentlicht. Diese neue Wirtschaftsprüfungsstelle für kapitalmarktorientierte Firmen hat bestätigt, was der aktuelle Vorstand seit einem Jahr mitteilt: Nämlich dass die Vermögenswerte erheblich überhöht und dass der Bilanzansatz schon länger falsch sei und „unkorrigiert in den Folgejahren fortgeführt“ worden sei.

Wie berichtet, wird diese Darstellung von Anlegern angezweifelt. Geprüft wurde der Halbjahresbericht zum 31. März 2014.

## EU-Abgeordnete gegen höhere Abgaswerte

**BRÜSSEL.** Ende Oktober haben EU-Experten entschieden, Auto-Abgase künftig auf der Straße statt im Labortest zu ermitteln. Weil dort die Werte höher sind, sollen die Schadstoffgrenzen deutlich angehoben werden. Der Umweltausschuss im EU-Parlament hat sich nun mit Stimmen der Sozialdemokraten, Grünen, Liberalen und Linken gegen das neue Testverfahren ausgesprochen. Das Votum müsste nun im Jänner im Plenum des Parlaments bestätigt werden. Blicke es beim Nein, müsste die Kommission einen neuen Vorschlag liefern. Das Thema ist wegen des VW-Abgasskandals politisch heikel.

# LANDES- FRAUEN- UND KINDERKLINIK



120 Mitarbeiter wurden bereits auf einen möglichen Keimbefall getestet. 80 Prozent der Tests sind abgeschlossen, und alle sind laut gesagt negativ. (rethwa) (rethwa)

## Gefährlicher Keim: Intensivstation der Kinderklinik bleibt weiterhin gesperrt

Säugling starb in Kinderklinik an Blutvergiftung, „vermutlich“ ausgelöst durch Bakterien  
Inzwischen sind vier weitere Babys von multiresistenten Acinetobacter-Keimen befallen

LINZ. Nach dem Tod eines Säuglings in der Landes-Frauen- und Kinderklinik (LFKK) in Linz bleibt die chirurgische Intensivstation voraussichtlich bis zum Ende dieser Woche gesperrt. Alle planbaren Operationen seien verschoben worden, sagt Akh-Primar Jens Meier, der für die Station zuständig ist, und Gabriele Wiesinger-Eidenberger, die stellvertretende ärztliche Chefin der LFKK gestern bei einer Pressekonferenz in Linz. Für Notoperationen gebe es Ausweichmöglichkeiten.

Wie berichtet soll das tote Kind an einer Blutvergiftung gestorben sein, die von dem Antibiotika-resistenten Krankenhauskeim Acinetobacter ausgelöst wurde. Dieser Zusammenhang sei zwar noch nicht abschließend geklärt. Dennoch sind bereits umfangreiche Vorsichts- und Hygienemaßnahmen angefallen. Eine Spezialfirma wurde damit beauftragt, die Intensivstation chemisch mit Gas zu

„**Acinetobacter ist einer der resistentesten Keime, die es gibt. Nur ein bis zwei Antibiotika wirken dagegen.**“

**Gabriele Wiesinger-Eidenberger**, stellvertretende ärztliche Chefin der Landes-Frauen- und Kinderklinik



reinigen, sagt gesparg-Sprecherin Jutta Oberweger. Dies werde voraussichtlich noch bis Ende dieser Woche dauern. Zu Wochenbeginn sei mit der Aufnahme des regulären OP-Programms zu rechnen.

Von jenen Kindern, bei denen der Keim nachgewiesen wurde, zeigen zwei keinerlei Symptome, sagt Primar Meier. Eines davon ist jenes Mädchen, das den Erreger aus einem Spital in Sarajevo nach Linz eingeschleppt haben dürfte. Aufgrund der Schwere seiner Grunderkrankung am Herzen klappte das Kind trotzdem ums Überleben. Bei einem dritten Säugling brach eine Lungenentzündung aus, allerdings spreche das Baby auf das Antibiotikum gut an. Bei dem vierten gestern bekannt gewordenen Fall

handle es sich vorerst nur um einen Verdacht. Alle vier betroffenen Kinder seien in Quarantäne, ebenso wie drei Kinder, die bisher nicht vom Keimbefall sind. Dies sei eine reine Vorsichtsmaßnahme. Die Kinder würden im Verhältnis 1:1 von einer Pflegekraft betreut, zudem gelten „Kittelpflege“, Hauben- und Mundschutzpflicht.

Wie sich der Keim ausbreiten konnte, wird nun untersucht. Wie berichtet lässt auch die Staatsanwaltschaft Linz den Todesfall prüfen. Ersten Ergebnissen der Gerichtsmedizin zufolge steht fest, dass das Kind nicht an operativen Behandlungsfehlern starb. Das verstorbene Kind und das Baby aus Bosnien seien zu keiner Zeit im selben Raum gewesen, hieß es gestern. Auch 120 Mitarbeiter der LFKK und des AKH wurden untersucht, 80 Prozent dieser Tests seien abgeschlossen und negativ; es wurde kein Keimbefall festgestellt. (staro)

## Unterbringung von Flüchtlingen scharf kritisiert

WIEN. Die großen Hilfsorganisationen üben heftige Kritik an den Zuständen in der Flüchtlingsversorgung. Das Aufnahmesystem sei zusammengebrochen, seit Wochen würden Flüchtlinge in unzumutbare Notquartiere oder in die Obdachlosigkeit entlassen, berichteten Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz, Samariterbund, Volkshilfe und Hilfswerk gestern bei einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Rund 7000 Flüchtlinge befinden sich derzeit in Notquartieren, obwohl sie schon in der Grundversorgung sein sollten. Bis Jahresende fehlten noch rund 15.000 Grundversorgungsplätze, schätzte Walter Marschütz, Geschäftsführer des Hilfswerks. Hunderte Flüchtlinge seien von Obdachlosigkeit betroffen. Die Abklärung, ob es zu einem Asylverfahren komme, dauere statt der vorgesehenen 48 Stunden oft drei Monate, bei Jugendlichen bis zu sechs Monate.



Notquartiere als Ausweg. (rethwa)

## Züge fahren wieder nach München

SALZBURG. Rechtzeitig vor der Weihnachts-Reisewelle werden ab kommenden Freitag, 18. Dezember, alle über Salzburg geführten Fernverkehrszüge zwischen Österreich und München wieder regulär fahren. Die ÖBB teilten gestern mit, dass Kunden nun auch die EC-Züge aus Klagenfurt, Graz und Linz durchgehend nutzen können.

Die weiterhin aufrechten Ausweiskontrollen durch die deutschen Behörden finden bei diesen Verbindungen im Zug statt, weil die Züge in Salzburg ohnehin planmäßig 15 Minuten halten. „Kunden müssen also nicht umsteigen“, sagte ÖBB-Sprecher René Zumböck. Bei Reisen mit den Railjet-Zügen von Budapest über Wien nach München sei in Salzburg aber nach wie vor ein kurzer Umstieg notwendig.



Täglich bis zu 70 Flüchtlinge wurden in den letzten Tagen von den deutschen Behörden nach Österreich gebracht. (dpa)

## Erste Bewährungsprobe für gemeinsames Polizeizentrum

Flüchtlinge, die nicht in Deutschland um Asyl ansuchen, werden nach Österreich zurückgeschickt. Da gibt es Klärungsbedarf

Von Stefan Minichberger

**SCHÄRDING/LINZ.** Seit Montag ist das gemeinsame Polizeikooperationszentrum (PKZ) von Deutschland und Österreich in Passau täglich 24 Stunden in Betrieb. Insgesamt 25 Beamte, sieben davon aus Österreich, sind in angemieteten Räumlichkeiten der Universität Passau im Einsatz. Im Endausbau sollen es 40 Polizisten sein. „Es soll ein Vorzeigeprojekt werden“, sagt Landespolizeidirektor Andreas Pösl.

Das PKZ soll die Zusammenarbeit zwischen deutschen und österreichischen Behörden in der Flüchtlingskrise erleichtern. „2500 bis 3000 Menschen kommen immer noch täglich an die Grenze“, sagt Pösl. Vieles sei Routine geworden. Doch auch neue Herausforderungen warten. Seit einer Woche schicken die deutschen Behörden Flüchtlinge zurück nach Österreich, die nicht in Deutschland um Asyl ansuchen, sondern beispielsweise nach

„Das ist eine neue Vorgehensweise. Wir werden das Thema Rückführungen im Polizeikooperationszentrum besprechen.“

Andreas Pösl, Landespolizeidirektor



Foto: Pösl

Schweden weiterziehen wollen. Bis zu 70 Menschen waren es täglich in den vergangenen Tagen. „Wir werden das Thema Rückführungen heute im PKZ besprechen“, sagt Pösl. Wichtig für die österreichischen Behörden sei es, über die Fluchtroute der Menschen informiert zu sein. Wenn sie über Italien oder Slowenien eingereist waren, könnten sie in diese Länder zurückgebracht werden.

Der Großteil der nach Österreich zurücküberstellten Flücht-

linge wurde nämlich auch hier nicht um Asyl an. „Dann wird ein fremdenpolizeiliches Verfahren eingeleitet“, erklärt der Landespolizeidirektor. Am dessen Ende könne die Abschiebung stehen.

### Pläne zur Grenzschiebung

Die deutsche Tageszeitung „Die Welt“ berichtete Anfang der Woche über Pläne der deutschen Polizei, wie sie die Grenze zu Österreich schließen könnte. Demnach würden mehr als 60 große Grenzübergänge geschlossen und die Brücken über Salzach und Inn gesperrt werden. Auch Wasserwerfer könnten notfalls zum Einsatz kommen. Polizisten würden im Hinterland Menschen aufgreifen, die über die grüne Grenze ins Land kommen. Ein solches Vorgehen könne laut deutscher Polizei aber nur drei bis sieben Tage aufrechterhalten werden.

„Die Politik verfolgt keine Strategie in diese Richtung. Es wird nur ein gemeinsames Vorgehen geben“, ist Pösl überzeugt.

## Nach Motorsägen-Angriff: Einweisung in Anstalt

Junger Innviertler attackierte im Sommer seine Eltern – laut Gutachten ist er unzurechnungsfähig

Von Thomas Streif

**RIED/BRAUNAU.** „Ich wollte beide, meinen Vater und meine Mutter, töten. Ich wusste, dass ich bereits mit der Motorsäge in der Nähe des Kopfes von meinem Vater bin. Als ich aber sein Schreien gehört habe, hat es in meinem Kopf umgeschaltet, und ich wusste, es ist völlig falsch“, sagte ein 20-jähriger Innviertler gestern im Landesgericht Ried. Dem Mann wurde von der Staatsanwaltschaft versucht Mord vorgeworfen. In der Nacht vom 29. auf 30. Juli hatte er, wie berichtet, seine Eltern im Schlafzimmer mit einer Motorsäge attackiert.

„Der junge Mann war zum Tatzeitpunkt schwer krank, und er stand unter dem Einfluss der Stimmen“, sagte Psychiaterin und Gutachterin Heidi Kastner. Der Innviertler leide an einer paranoiden Schizophrenie. „Die Krankheit, für die es überhaupt keine bestimmte Gründe gibt und die jeden treffen kann, bestimmt, wie man denkt und wie man Dinge wahrnimmt“, so die Primaria.

Nach längerer Beratung gaben die Geschworenen am Nachmittag das

Urteil bekannt. Sie sahen in der Attacke keinen Mordversuch, sondern nur eine Körperverletzung, die freiwillig vom Tatvorsatz zurückgetreten wurde.

Für das Strafmaß war das aber nicht relevant. Grund: Der Mann war zum Tatzeitpunkt nicht zurechnungsfähig, er wird auf unbestimmte Zeit in eine Anstalt eingewiesen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Mehr zu diesem Prozess unter [nachrichten.at/oberoesterreich](http://nachrichten.at/oberoesterreich)



Prozess in Ried

Foto: Schatzinger

## Angst vor Lehrermangel

Neues Lehrer-Studium: Rektor befürchtet Rückgang

**LINZ.** Im Herbst 2016 startet das neue Studium für Lehrer von Gymnasien und Neuen Mittelschulen (NMS). Der Rektor der Pädagogischen Hochschule (PH) der Diözese Linz, Franz Keplinger, befürchtet, dass weniger Studenten inskribieren werden. „Wir müssen uns darauf einstellen, dass es zu einem Rückgang kommen könnte.“ Grund ist, dass die Ausbildung länger dauert. Zukünftige NMS-Lehrer studierten bisher drei Jahre, jetzt sind es sechs (für Bachelor- und Masterstudium). Dafür können die Lehrer danach wahrweise an NMS, Unter- und Oberstufen von

Gymnasien und Berufsbildenden Schulen unterrichten. Ein möglicher Rückgang hätte dramatische Auswirkungen, so Keplinger. In den kommenden zehn Jahren werde rund die Hälfte der Lehrer in Pension gehen. „Dann könnte es einen Lehrermangel geben.“

Inbühlich schließt die PH der Diözese angesichts der Reform der Lehrerausbildung ihr Profil. Die Ausbildung der Religionslehrer wird in Oberösterreich zum Monopol der PH und der Katholischen Privat-Uni. Neu ist, dass es in Zukunft keine Lehrer mehr gibt, die nur Religion unterrichten. (dsh)

## Jugendbande stieg in Welser Schulen ein

48.000 Euro Schaden, zwei Festnahmen und sieben Anzeigen auf freiem Fuß

WELS. 19 Einbrüche und Einschleibetätigkeiten, hauptsächlich in Schulen, dazu eine folgenschwere Spitzdiebstahl auf dem Welser Messengelände: Neun Welser zwischen 15 und 19 Jahren haben im September und Oktober 48.000 Euro Gesamtschaden angerichtet. Mit dem erbeuteten Diebstahlgut im Wert von 33.700 Euro sollen sie sich Borellbewerbe finanziert und den Lebensunterhalt erleichtert haben. Sie sind teilweise geständig. Zwei Burschen (17 und 19 Jahre) kamen in die Justizanstalt Wels, sieben wurden auf freiem Fuß angezeigt.

Auf die Spur kam die Polizei den beiden Hauptbeschuldigten am 27. Oktober nach einem Einbruchsvorfall in einem Supermarkt in Wels.



Der gestohlene Trezor. Foto: Polizei Wels

Vogelweide. Bei ihrem Taten war die Bande vorwiegend in Welser Schulen, Kindergärten und Horten aktiv. Die Burschen schlichen sich mehrmals tagsüber ein, entwendeten Wertgegenstände und Schlüssel und drangen nachts wieder ein, um ihren Coup fortzusetzen.

Aus einer Schule in Wels-Vogelweide stahlen die Täter einen Tre-

sor. Aufbrechen wollten sie ihn bei der Freizeitanlage Wimpassing, ehe sie eine Polizei bei einer Streife mittels Schusschwerfeger zufällig aufschreckte. Daraufhin kippten sie den Tresor in das Überwasserbecken der Anlage. Die Feuerwehre konnte den ungeschützten Tresor bergen, in dem sich Handkassen und eine Festplatte befanden.

Auch ein demoliertes Neuwagen geht auf das Konto der Bande. Aus einem Tarnauto in Linz-Dornach stahlen Jugendliche den Autoschlüssel. Mit dem Auto zuste und schraubte ein 17-Jähriger über das Welser Messengelände, stieß gegen zwei geparkte Autos und sprang während der Weiterfahrt aus dem Wagen und flüchtete.

## Polizist ohne Erinnerung?

Wirbel um Personalvertreter nach Alkotest-Absage

KLAGENFURT. Es herrscht Aufregung um den Fall eines Polizisten, der nach einem Verkehrsunfall in der vergangenen Woche einen Alkotest verweigert haben soll. Der höchste Personalvertreter der Polizei in Kärnten bestritt, zum Test aufgefordert worden zu sein und beruft sich auf Erinnerungslücken.

Der Polizist hatte sich mit seinem Dienstwagen im Bezirk St. Veit/Glan überschlagen. Er habe bei dem Unfall eine Gehirnerschütterung und Schädelverletzungen erlitten, erklärte er dem „Kurier“. Es habe danach keine Aufforderung zum Alkotest gegeben, „das war alles ein wenig unklar“. Seine Kollegen, die am Unfallort und auf der Polizeiinspektion St. Veit die Anze-

handlungen geführt hätten, blieben dabei, dass der Lenker zum Alkotest aufgefordert worden sei.

Bevor die Sache weiter untersucht werden kann, muss der Fachausschuss der Kärntner Personalvertretung zusammentreten. Personalvertreter genießen nämlich ähnlich wie Parlamentarier einen besonderen Schutz.

Allerdings sei dieser auf ihre Tätigkeit als Personalvertreter beschränkt und gelte nicht für „amtliche“ Delikte, betonte man beim Landespolizeikommando. Es sei nicht vorstellbar, dass der Fachausschuss ein Disziplinarverfahren ablehne, hieß es. Sollte dies der Fall sein, müsse die nächste Instanz entscheiden.

## Gericht prüft Lärmverordnung: Keine Verzögerung für Westring

Verfassungsgerichtshof mit einer weiteren Prüfung beauftragt - Bau der A26 soll wie geplant im kommenden Jahr beginnen

LINZ. Obwohl der Bau des Linzer Westrings (A26) noch gar nicht richtig angeht, ist, werden erste Zweifel laut, ob der Zeitplan für die vier-jährigen Bauarbeiten eingehalten werden kann. Anlass ist eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtshofes (BVG).

Die Behörde hatte die im September des Vorjahres erlassene „Landesstraßen-Lärmmissionschutzverordnung, die auch beim Westring zur Anwendung kommt, untersucht. Da das Gericht Beden-

ken hatte, die Lärmmissionsverordnung könnte gegen Gesetze verstößen, wurde man der Verfassungsgerichtshof (VfGH) mit einer weiteren Prüfung beauftragt.

Für Gerda Lingert, Mitglied der Bürgerinitiative gegen den Bau der A26, war dies allein Grund genug für den Schluss, dass damit der Westring vorerst gestoppt sei.

Dem scheint aber nicht so zu sein. Denn auf den Bau der A26 hat dieser Schritt vorerst keine Auswirkungen, sagte VfGH-Sprecher

Christian Neuwirth den ÖÖN-Nachrichten. „Erkennt der Verfassungsgerichtshof, dass eine Verordnung des Gesetzes widerspricht, gilt die Aufhebung nur für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit.“

Christian Neuwirth, Sprecher des Verfassungsgerichtshofes, über mögliche Auswirkungen für A26-Bau

Christian Neuwirth den ÖÖN-Nachrichten. „Erkennt der VfGH, dass eine Verordnung des Gesetzes widerspricht, gilt die Aufhebung nur für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit.“

Auch bei der A26, die für den Bau des Westrings zuständig ist, wird davon ausgegangen, dass zumindest alle Bereiche, die nicht mit der Verordnung zu tun haben, weiterarbeiten werden können. Punktiv gestimmt, dass die Zeitpläne halten, ist man sich im Büro des

zuständigen Landesrates Günther Stenkelner (FPÖ).

Dass die Bagger kommenden Jahr wie geplant auffahren können, ist aber noch eine weite Hürde zu nehmen. Wie berichtet, ist der Wasserrechtsbescheid noch nicht rechtskräftig. Bis dato prüft das Bundesverwaltungsgericht noch Einsprüche dagegen. Dies hat abschließende Wirkung. Zukünftig waren bisher nie Vorarbeiten, die im heutigen Sommer durchgeführt wurden.

(f/h/sta)

# Strafantrag gegen Mutter, deren Kind in Ebelsberg vom Zug getötet wurde

Laut Staatsanwaltschaft Linz sieht das Strafgesetz „keine andere Möglichkeit vor“

Von Alfons Kriegelstein

LINZ. „Wir haben jetzt einen Strafantrag eingebracht, weil das Gesetz in solchen Fällen keine andere Möglichkeit vorsieht“, sagt Philip Christl vom der Staatsanwaltschaft Linz. Angeklagt ist eine 33-jährige Mutter aus Pöhlitz, deren 18 Monate alte Tochter bei einem tragischen Unfall am 8. April auf dem Bahnhof Ebelsberg von einem durchfahrenden Güterzug getötet wurde (die ÖÖN haben berichtet).

Im Kassen steht der Vorwurf der fahrlässigen Tötung. Die 33-Jährige hatte den Buggy mit ihrer Tochter auf dem Bahnsteig abgestellt und war schnell die Stiegen hinaufgelaufen, um sich ein Ticket zu besorgen. Zu diesem Zeitpunkt fuhr ein Güterzug durch den Bahnhof - mit 70 km/h, wie die Ermittlungen ergaben. Das ist deutlich langsamer als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit. Dennoch wurde der Buggy vom Sog des Zuges erfasst, das Kind auf die Schienen geschleudert und getötet.

### Urteil ergeht schriftlich

„Aufgrund von Zeugenaussagen und eines eingeholten Gutachtens ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Beschuldigte die Bremsen des Kinderwagens nicht angezogen hatte, so dass er vom Zug mitgerissen wurde“, sagt Christl. Mit Zustimmung der 33-Jährigen und ihres



Kerzen und Blumen markierten die Stelle im Bahnhof Ebelsberg, an der das Unglück geschah.

Foto: Wehrst

Verteidigerin Alois Birkhäuser hat die Staatsanwaltschaft jetzt ein „Mandatsverfahren“ beantragt. Dabei entscheidet das Bezirksgericht Linz nach Maßgabe der Aktenlage. Eine mögliche Verurteilung erfolgt schriftlich mittels Strafverfügung durch den Einzelrichter, der lediglich die Verhandlung erspart. Das Bezirksgericht kann eine bedingte Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr verhängen. Das Verfahren gegen den Lokführer wurde hingegen eingestellt.

„Solche tragischen Fälle sollten besser einer Diversion zugeführt werden“, sagt Birkhäuser. Dies sei auch einseitige Meinung der Experten beim „Juristentag“ in Wien gewesen. Der Schmerz der Mutter und ihres Gatten sei unermesslich.

Die ÖBB haben den Fall zum Anlass für ein Maßnahmenpaket genommen, „um die Durchfahrt von Zügen zu sichern“, sagt Oberstaatsanwalt Karl Leitner. Das Höchsttempo von Güterzügen wurde auf allen Bahnhöfen von 120 auf 100 km/h reduziert.

In der neuen Hausordnung, ausgehängt an stark frequentierten Stellen, werden Eltern darauf hingewiesen, bei Kinderwagen die Bremsen anzuziehen und die gelbe Bodenmarkierung zu beachten. Außerdem wurden in den Bahnhöfen entsprechende Hinweisstafeln angebracht. Spezielle Abstellflächen für Kinderwagen sind geplant. In den Schulen wurden Info-Folder verteilt, und noch bis Weihnachten wird im Vorspann von Kinder- und Jugendoffizien in den Kinos ein Warn-Spot geschaltet.

Politik

# Kontroll-Schlampereien in tschechischen Atomkraftwerken

Anshober: Bundesregierung muss die Überprüfung von Dukovany und Temelin durch unabhängige Experten einfordern

**PRAG/LINZ.** Zwei Blöcke des tschechischen Atomkraftwerkes Dukovany stehen still - „ungeplant“ und voraussichtlich zumindest bis Februar. Österreich Bundesregierung müsse umgehend die Überprüfung der beiden Atomkraftwerke Dukovany und Temelin durch eine unabhängige, internationale Expertenkommission einfordern, verlangt Umweltlandesrat Rudi Anshober (Grüne). Ein entsprechendes Schreiben hat er gestern an Umweltminister Andr  Rupp-Rechter (VP) geschickt. Denn bei technischen Überprüfungen in Dukovany sind offenbar Schlamperereien passiert, sagen Anshober und der oberösterreichische Atom-Beauftragte Daibor

Strasky. Sogar die Chefin der Prager Atomaufsichtsbeh rde SUJB, Dana Drabova - bisher durch eher wohlwollende Haltung gegenüber der Atomindustrie bekannt - sagte gegenüber tschechischen Medien, sie hätte nicht gedacht, dass „so ein Schandrian in Tschechien möglich ist“.

**Abschaltung verfügt**

Die SUJB hat auch im Oktober die sofortige Abschaltung der Dukovany-Reaktoren zwei und drei verfügt. Und auch die tschechische Staatsanwaltschaft ermittelt wegen schlecht durchgeführter Sicherheitsüberprüfungen in Dukovany. Die Strafanzeige sei am 16. November vom Energiekonzern



Dukovany: Mängel vertuscht? (Reuters)

CEZ eingebracht worden, bestätigte dessen Sprecher Ladislav Kriz. Denn die Prüfungen führte nicht der AKW-Betreiber CEZ selbst durch, sondern die Firma Tediko Chomutov, an die sie „ausgelagert“ sind. Aufgeflogen waren die Missstände, nachdem im Sommer eine schadhafte Schweißung in der Speisewasserleitung zum Dampferzeuger überprüft und angeblich repariert wurde - und wenig später wieder schadhafte war. Dann stellte sich heraus, dass auch andere Prüfungen von Schweißnähten „nicht in entsprechender Qualität“ dokumentiert waren - oder möglicherweise gefälscht, wie von SUJB ange deutet wurde.

„Dass die Reaktoren mehrere Monate abgeschaltet bleiben, lässt vermuten, dass es um mehr geht als nur um die Prüfung von ein paar kleinen Leitungen“, sagt Strasky. Denn immerhin bedeute der Stillstand für CEZ einen Schaden in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe. „Im Temelin wurden zwar auch Kontrollm ngel festgestellt. Diese seien aber laut SUJB nicht so schwerwiegend, dass Reaktoren abgeschaltet werden müssen“, sagt Anshober. Die Vorgänge ließen aber vermuten, dass es in der tschechischen AKW-Kontrolle einen „Systemfehler“ gibt, deshalb fordere er die internationale Überprüfung. (bock)



VP will Vermittlung von „Werten“ als Beitrag zur Integration

Foto: AFP

## Stelzer will Wertekodex an allen Schulen des Landes

Der Leitfaden soll „die Integration erleichtern“

**LINZ.** Aktuell besuchen mehr als 1400 Fl chtlingkinder oberösterreichische Schulen. „Man muss offen aussprechen, dass wir aufgrund der hohen Anzahl an schulpflichtigen Fl chtlingkindern, die vorwiegend aus anderen Kulturkreisen kommen, vor großen Herausforderungen stehen“, sagt Landeshauptmann-Stv. Thomas Stelzer (VP).

Stelzer, in der Landesregierung für das Bildungsressort verantwortlich, will daher einen Wertekodex erstellen, der an alle Schüler in Oberösterreich verteilt werden soll. Dadurch soll das wechselseitige Verständnis für andere Kulturkreise gefördert werden, aber auch die Akzeptanz unserer Sitten, christlichen Feste und Symbole. „In Oberösterreich darf natürlich jeder seine Religion ausüben, daran wird nicht ge-r rtet. Aber in Oberösterreich gehört es auch dazu, dass in den Schulen ein Kreuz hängt und christliche Feste gefeiert werden. Falsch verstandene Toleranz darf nicht dazu führen, dass wir

aus von wichtigen religiösen Festen und Symbolen verschieben“, sagt Stelzer.

Der Kodex soll je nach Schulstufe unterschiedlich aufbereitet und auch bei Sprachbarrieren durch Illustrationen leicht verständlich sein. Er wird derzeit erarbeitet und soll im Sommersemester zur Verfügung stehen.

Zunächst mehr verteidigt Stelzer die von der schwarz-blauen Landeskoalition forcierte Deutschpflicht an Schulen, vor allem auch in den Unterrichtspausen. Das re-

sche Erlernen der deutschen Sprache sei der Schlüssel für erfolgreiche Integration, so Stelzer. Er fühlt sich durch zahlreiche positive Rückmeldungen von Lehrern, Schuldirektoren und Eltern bestätigt. Kritik an fehlenden Sanktionsmöglichkeiten für diese Deutschpflicht wirft für Stelzer nicht schwer: „Es geht nicht darum, wie wir Kinder strafen können, sondern darum, wie erfolgreiche Integration gelingen kann. Dazu braucht es gemeinsame Regeln“, sagt Stelzer.

**„In Oberösterreich gehört es auch dazu, dass in den Schulen ein Kreuz hängt und christliche Feste gefeiert werden.“**

**Thomas Stelzer,** Landeshauptmann-Stv. (VP)

Foto: Webphoto

## Amtsgeheimnis: Heftige Kritik an Koalitionsentwurf

**WIEN.** Einen Aufschrei unter Journalistenorganisationen und bei Transparency International Österreich (TI) haben SPÖ und ÖVP mit dem Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz ausgelöst. Eigentlich soll die Regelung das in Österreich so stark ausgeprägte, oft zur Verschleierrung dienende Amtsgeheimnis ersetzen. Die Koalition sche „derart viele Einschränkungen“ vor, dass sich das Gesetz „nicht wesentlich von der gegenwärtigen Amtsverschwiegenheit unterscheiden“, kritisiert TI- Österreich-Präsident Franz Fiedler, dem zudem die Einrichtung eines Informationsbeauftragten fehlt.

Die Vereinigung der Parlamentarierkritiker sieht sich durch das „Amtsgeheimnis in neuer Verpackung“ in ihrer Berichterstattung über Gesetzespl ne im Nationalrat behindert, weil auch dort mit dem Pausen „Vorbereitung einer Entscheidung“ die Informationsfreiheit eingeschränkt werden könnte. Damit könnten Journalisten vom Informationsfluss „wilk rlich ausgeschlossen werden“. Ähnliche „Grenziparagrafen“ seien in der Verwaltung geplant.



Franz Fiedler Foto: AFP

## Unterstützung für Rabmer-Koller

**WIEN.** Die Ankündigung der neuen Vorstandsvorsitzenden im Hauptverband, Ulrike Rabmer-Koller, den Sozialversicherungen mittels Effizienzstudie auf den Zahn zu fühlen, stot auf Unterstützung. Eine Überprüfung sei „dringend geboten“, sagte der Obmann der niedergelassenen Ärzte, Johannes Steinhart. Er begrut auch Rabmer-Kollers Pläne zur Stärkung der niedergelassenen Ärzte. Neos-Sozial-sprecher Gerald Loucker hofft, dass die Effizienzstudie als „Startschuss für Reformen“ diene.

**BILDUNGSBUDGET**

Im Landtag wurde gestern auch das Budget für Bildung, Wissenschaft und Sport debattiert. 18 Millionen Euro beträgt der Personalaufwand (Lehrergehälter), der vom Bund bezahlt und vom Land weitergeleitet wird. Das Forschungsbudget beträgt 71 Millionen Euro.

# Donald Trump: „Unser Land ist außer Kontrolle“

Präsidentschaftskandidaten der Republikaner debattierten über Anti-IS-Kampf und nationale Sicherheit

WASHINGTON. In ihrer ersten TV-Debatte seit den Anschlägen von Paris und San Bernardino haben sich die Präsidentschaftsbewerber der US-Republikaner einen Schlagabtausch über die nationale Sicherheit und den Kampf gegen den IS geliefert. Der in Umfragen führende Geschäftsmann Donald Trump verteidigte dabei in Las Vegas seine umstrittene Forderung nach einem Einreiseverbot für Muslime. „Unser Land ist außer Kontrolle“, sagte Trump. Bei seinem Vor-

schlag gehe es nicht um Abschottung oder Religion, sondern um „Sicherheit“. Der Milliardär bekräftigte auch seine Idee, das Internet im Kampf gegen Extremisten teilweise zu „schließen“. „Zur Hölle, ich will Leute, die uns und unsere Nation töten wollen, nicht unser Internet nutzen lassen“, sagte er. Floridas Ex-Gouverneur Jeb Bush warf Trump vor, über keine ernsthafte Strategie zu verfügen. Ein pauschales Einreiseverbot für Muslime würde die Verbündeten in



Donald Trump Foto: AFP

der arabischen Welt im Kampf gegen die Dschihadisten verprellen. Senator Ted Cruz forderte ein stärkeres militärisches Vorgehen. Amerika sei im Krieg mit dem radikalen islamischen Terrorismus. Hochburgen der IS-Miliz würde er mit einem „Bombenteppich“ überziehen. Außerdem verlangte er strengere Grenzkontrollen. Senator Marco Rubio forderte mehr Kompetenzen für den Geheimdienst beim Überwachen der Telefon- und Internetkommunikation.

# El Salvador erlebte das blutigste Jahr

SAN SALVADOR. El Salvador hat 2015 das blutigste Jahr seiner Geschichte seit dem Ende des Bürgerkriegs erlebt. Bisher seien in dem mittelamerikanischen Land 6600 Menschen getötet worden, sagte der Leiter des rechtsmedizinischen Instituts, Miguel Fortín Magaña. Das seien 19 Morde pro Tag. Während des Bürgerkriegs zwischen 1980 und 1992 wurden laut UN täglich 17 Menschen getötet. Mit 110 Morden pro 100.000 Einwohner dürfte El Salvador das gefährlichste Land außerhalb von Kriegsgebieten sein.

# Hypo-Ausschuss: Josef Pröll und die teuerste Nacht der Zweiten Republik

Der Ex-Finanzminister wird heute zur Notverstaatlichung am 14. Dezember 2009 befragt

Von Lucian Havrilesky

WIEN. Mit Ex-Finanzminister Josef Pröll (VP) tritt heute erstmals eine Schlüsselfigur des Bankenskandals um die Hypo Alpe Adria im gleichnamigen Untersuchungsanschuss auf. Pröll hatte in der später als „Nacht der langen Messer“ bezeichneten Sitzung am 14. Dezember 2009 in Wien die Notverstaatlichung des zum Höhepunkt sechstgrößten Bankkonzerns Österreichs zu verantworten. Die Bayern, die bis dahin als Hypo-Eigentümerin seit 2007 den fatalen Expansionskurs fortgesetzt hatte, wandte so mit einer Kontenbeteiligung von 825 Millionen Euro aus der Verantwortung erlassen. Die Republik musste gleich danach Staatskassen in der Höhe von mehr als zwei Milliarden Euro zum Abwenden einer Insolvenz zerschüttern. Bis Ende 2017 hat die EU weitere Geldspritzern von bis zu 5,4 Milliarden Euro bewilligt, wovon ein Teil bereits geflossen ist.

Für Kritiker, darunter der Rechnungshof und die Untersuchungskommission um Iringard Gerns (siehe Kasten), hat sich Pröll in jener Nacht von seinem bayerischen Amtskollegen Georg Fahrenschon (CSU) über den Tisch ziehen lassen. Die Deutung der Bayern, die Hypo in die Insolvenz zu schicken, falls Österreich nicht vorstürzte, sei nie glaubwürdig gewesen, weil der Fremst selbst den größten Schaden daraus gezogen hätte, so der Kernvorwurf.

„Alternativlos“ schreit in den seit seinem Ausscheiden aus der Politik 2011 seidenen öffentlichen Kommentaren hat Pröll seine Entscheidung stets als „alternativlos“ beschrieben. Eine Hypo-Platz hatte wegen der Kärtner Milliardenhaftungen ein „Lehman 2“ für die Bankierszene bedeuten können. Später wollte sich der Ex-Finanzminister nur noch sage an die Verstaatlichung erinnern. Er habe sich vor allem auf seine Experten verlassen, erklärte Pröll im April 2013. Als ein ehemaliges Mitglied im Ministerkabinett war am Mittwoch Michael Höllner, heute Direktor in der Raiffeisen Zentralbank (RZB), Gast im U-Ausschuss. Er habe „die auf Druck der Raiffeisen-Gruppe



Am Ende der „Nacht der langen Messer“ im Dezember 2009 – die Finanzminister Fahrenschon und Pröll Foto: APA

## KRITISCHE PRÜFER UND EIN SPÄTER SCHWENK

Die Notverstaatlichung 2009 ging über die Bühne, ohne dass vom Finanzministerium Alternativen geprüft wurden, befand im Dezember 2014 die **Untersuchungskommission um Iringard Gerns**. Die Bayern, die Hypo in die Insolvenz zwang, hätte externe Berater auch aus Österreich sehr wohl rechtliche Fragen einer Insolvenz und Varianten für eine Restrukturierung geprüft. Für die Kommission hätte es Alternativen zur Verstaatlichung der Hypo gegeben.

etwa die Bayern in der Bank zu halten und sie stärker an der Altschulden zu beteiligen. Das Finanzressort habe den Bayern frühzeitig, schon im August 2009 signalisiert, dass man ein Insolvenzverfahren ausschließen, kritisierte der **Rechnungshof** Heuer in einem Bericht zur Hypo. Danach habe man ein „Informationsbank“ über den wahren Zustand der Bank gehabt. Ein braunes Protokoll aus dem Finanzressort ist im U-Ausschuss aufgetaucht. Darin erklärt Minister **Josef Pröll** zwei Tage vor der Verstaatlichung, dass die Kontenübernahme der Hypo „für den Bund derzeit keine Option“ sei.

gehandelt“, was Höllner etwa bis heute oft geäußerten Verdacht zurück, der gestern vom Neuausgewählten Robert Luger erwidert wurde. Nach Lagers Rechnung hätte eine Hypo-Platz der Raiffeisen-Gruppe durch direkte und indirekte Beteiligung einen Schaden von zwei bis drei Milliarden Euro verursacht. „Man kommt bei Raiffeisen auf einige hundert Millionen, nicht Milliarden“ Euro, relativierte Höllner.

Pröll muss sich heute auf ähnliche Fragen einstellen, was vor allem an seinem Nachbarn liegt. Zweieinhalb Jahre nach der Hypo-Verstaatlichung legte er wegen einer Lungenembolie im April 2011 alle Ämter zurück. Nur zwei Monate später besetzte der frühere Finanzminister als Vizepräsident bei Leipzig-Landeburger an, einem zur Raiffeisen-Niederösterreich Holding gehörenden Mischkonzern.

# Heute fällt die Entscheidung über Mensdorff-Urteil

WIEN. Die dreitägige Bedenkzeit, die sich die Angeklagten im „Mensdorffbankprozess“ erbeten haben, endet heute. Am Montagabend war der Lobbyist Alois Mensdorff-Posselt zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Ex-Telekom-Vorstand Rudolf Fischer erhielt ein Jahr. Mensdorff soll auch den Schaden (1,1 Millionen Euro plus vier Prozent Verzinsung) wiedergutmachen. Ein Sachverständiger hatte befunden, dass der Milliardär Zahlung an Mensdorff keine erkennbare Leistung gegenüberstehe. Die „Karte der Untertüchtigkeit“ sei Vergangenheit, freute sich gestern der General Peter Pilz. Das noch nicht rechtskräftige Urteil gegen Mensdorff und Fischer sei nur der Auftakt für weitere Verfahren im Umfeld der ÖVP. „Dort ist fünfzehn Jahre ohne den Truthahnrichter nichts gegangen“, meinte Pilz in Anspielung darauf, dass sich Mensdorff im Gericht schlicht als „Landwirt“ bezeichnet hatte.

**Weiterer Untreue-Verdacht** Pilz verwies auf den früheren Bundesrats-Vize Harald Himmer (VP) sowie auf Christoph Ueber, Ex-Kabinettschef des damaligen Innenministers Ernst Strasser. Gegen beide läuft ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Wien. Himmer wird die Untreue verdächtig, bei Ueber wird einer vermuteten Geldwäsche nachgegangen.

Der General appellierte an Justizminister Wolfgang Brandstetter (VP), die Staatsanwaltschaft in Korruptionsfällen aufzustocken. Während in Deutschland bis zu zehn Staatsanwälte an großen Fällen arbeiten, betreuen in Österreich immer gleich mehrere große Fälle.



Schluss mit Justiz: Mensdorff Foto: APA

# Causa Telekom: Staatsanwalt erhebt Anklage gegen VP-Mandatar

Bernd Schönegger, VP-Verteidigungssprecher im Parlament, wird wegen Verdachts auf Untreue in der Telekom-Affäre angeklagt

WIEN. Für Ex-Telekom-Chef Rudolf Fischer ist es die nächste Anklage rund um die Vorwürfe illegaler Parteienfinanzierung durch die Telekom, gerade wurde er erneut verurteilt (Details siehe oben). In der ÖVP ist es dagegen ein Premierer wegen des Verdachts auf Untreue rund um Zahlungen der Telekom an eine für die Partei in der Grazer Gemeinderatswahl 2008 tätige Werbeagentur wird sich erstmals ein aktiver VP-Parlamentarier vor Gericht verantworten müssen. Bernd Schönegger, Geschäftsführer der Grazer ÖVP und Verteidigungssprecher im

schwarzen Parlamentsklub, wird ebenso wie Fischer von der Staatsanwaltschaft Wien angeklagt. Auch Ex-Telekom-Manager Michael Fischer, der zuvor bei der ÖVP arbeitete, ist unter den Angeklagten. Bei dieser Causa geht es zurück ins Jahr 2008, in den Wahlkampf der Grazer ÖVP und Zahlungen an eine für die Partei ständige Agentur. Michael Fischer, der in der Telekom Kontakten zur Volkspartei war, soll Schönegger per Mail aufgefordert haben, eine Rechnung an eine mittlerweile stillgelegte Telekom-Tochter zu stellen. Wenig später stellte die Grazer Agentur eine

Rechnung über 119.700 Euro an die Telekom – in mit Fischers Mail fast deckungsgleichem Wortlaut. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass das Geld so über Umwege an die ÖVP geflossen sein soll.

**Kein Rücktritt wegen Anklage** Alle Angeklagten haben die Vorwürfe stets bestritten, auf die Unschuldvermutung beruft sich Schönegger auch jetzt. „Wir sind nicht schuldig“, sagte er. An einem Rücktritt denke er nicht. „es gibt ja keine Vorverurteilung“. Auch VP-Klubchef Reinhold



Bernd Schönegger Foto: APA

Loposka steht zu seinem Mandatar: „Eine Anklage ist keine Verurteilung“, sagte er.

**Zahlreiche Verurteilungen** Bereits verurteilt wurde Ex-Telekom-Chef Fischer etwa 80 als „Telekom III“ bezeichneten Prozess, wo es um illegale Geldflüsse an die FPO geht. Auch Ex-PP-Werber Geyrhofer wurde in dieser Causa rechtskräftig verurteilt. Im „Telekom IV“-Prozess ging es um eine illegale Parteienfinanzierung für das RZB, hier wurden der Ex-Abgeordnete Klaus Wittauer und Lobbyist Peter Hochegger verurteilt.



Die Türkei soll künftig die Flüchtlinge von einer Weiterreise nach Europa abhalten.

Foto: EPA

# Faymann will 50.000 Flüchtlinge aus der Türkei nach Europa holen

Im Gegenzug müsste Ankara aber die Grenze zur EU besser schützen

WIEN. Mit einem neuen Vorschlag zur Flüchtlingsverteilung in Europa meldete sich Bundeskanzler Werner Faymann (SP) in der deutschen Zeitung „Die Welt“ zu Wort. In einem Interview spricht er sich für die Umsiedelung von 40.000 bis 50.000 syrischen Flüchtlingen von der Türkei in die EU aus. Dies sei aber nur dann eine Option, „wenn der Grenzschutz in der Türkei künftig so funktioniert, dass nur noch sehr wenige Flüchtlinge von dort in die EU gelangen“.

„Es darf auf keinen Fall passieren, dass die Fluchtbewegung nach Europa weitergeht und die EU aus der Türkei zusätzlich noch Flüchtlinge aufnimmt“, sagte Faymann hinzu. Zugleich rief er alle 28 Mitgliedsstaaten dazu auf, sich an der Maßnahme zu beteiligen.

Über die Umsiedelung (Resettlement) von durch die UNO anerkannten Flüchtlingen aus der Türkei wird seit Wochen diskutiert. Zwischenzeitlich wurden sogar Kontingente von bis zu 500.000 Schutzsuchenden kolportiert.

## Umsiedelte „abziehen“

Österreich ist zusammen mit Deutschland, den Benelux-Staaten, Frankreich, Schweden und Finnland Teil der „Koalition der Willigen“, deren Mitglieder bereit wären, Flüchtlinge auf legalen Weg aus der Türkei zu holen.

Faymann zeigte sich zudem offen für einen Vorschlag des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn, die aus der Türkei umgesiedelten Flüchtlinge von jenen 160.000 abzuziehen, die aus Italien und Griechenland eingereisten Schutzsuchenden gegnigt. Bis 11. Dezember wurden jedoch lediglich 184 Flüchtlinge umverteilt.

„Wenn ein EU-Land bereit ist, Flüchtlinge direkt aus der Türkei zu sich zu holen, so wäre es denkbar, dass dieses Land weniger Flüchtlinge aus Italien oder Griechenland aufnehmen muss.“

Bereits jetzt haben sich die EU-Staaten auf das „Resettlement“ von 20.000 von der UNO aner-

kannten Flüchtlingen direkt aus Krisengebieten sowie die Umverteilung von 160.000 über Italien und Griechenland eingereisten Schutzsuchenden geeinigt. Bis 11. Dezember wurden jedoch lediglich 184 Flüchtlinge umverteilt.

## Flüchtlinge in Haftzentren?

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty hat der Türkei unterdessen vorgeworfen, seit September Hunderte Flüchtlinge an der Westgrenze der Türkei festgenommen

und in Haftzentren im Süden und Ostenghrecht zu haben. Das geht aus einem gestern veröffentlichten Bericht unter dem Titel „Europe's Gaskeeper“ (Europas Türhüter) hervor. Die Türkei stelle die Menschen „vor eine unannehmliche Wahl: Entweder sie bleiben auf unbestimmte Zeit in Haft, oder sie kehren in ihre Heimatländer Syrien und Irak zurück, wo ihnen Verfolgung, Folter und Tod drohen“, sagte Wiebke Judith, Asyl-Expertin bei Amnesty.

# Treffen der „Willigen“ vor EU-Gipfel

Auch der türkische Premier kommt in die österreichische Vertretung

BRÜSSEL. Hohen Besuch gibt es heute in der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel. Kanzler Werner Faymann lädt vor dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs zu einem Treffen im kleineren Kreis. Versammelt wird die „Koalition der Willigen“, wie die Runde jener Länder genannt wird, die in der Flüchtlingskrise auf Solidarität und verstärkte Zusammenarbeit setzen.

Vertreten sind unter anderem Deutschland, Belgien, Schweden und Luxemburg. Bei dem Treffen werden die Fortschritte in der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans mit der Türkei be-

sprochen. Deshalb wird auch der türkische Premier Ahmet Davutoglu anreisen. In Ratskreisen wertet man das Treffen lediglich als „Zeichen des intensiveren Dialogs“. Es gehe in erster Linie um eine Bestandesaufnahme.

## Flüchtlingskrise Gipfelthema

Über die Verteilung von Flüchtlingen aus der Türkei soll aus österreichischer Sicht gesprochen werden, allerdings noch nicht über konkrete Zahlen. Aus deutschen Regierungskreisen ließ es gestern, die Verteilung von Flüchtlingen aus der Türkei sei noch kein Thema.

Über die Ergebnisse des Treffens wollen die Staats- und Regierungschefs jedenfalls wenige Stunden später ihren Amtskollegen beim EU-Gipfel in der Runde der 28 Länder berichten. Dort ist die Flüchtlingskrise erneut eines der Hauptthemen, der Fokus der Gespräche liegt auf der Sicherung der Außengrenzen.

Einen ersten Austausch wird es zum Vorschlag der EU-Kommission geben, eine starke europäische Grenz- und Küsterwache aufzustellen. Zweites großes Thema beim heutigen Gipfel ist das bevorstehende britische Referendum. (gack)

# Gleiches Recht für alle beim Datenschutz

Nach vier Jahren brachte die EU die neuen, einheitlichen Regeln unter Dach und Fach

Von Stephanie Peck aus Brüssel

Es gab einmal eine Zeit ohne Facebook, ohne schlar pussenlose Online-Kommunikation und ohne das Hochladen von Urlaubsfotos ins Internet. Aus dieser Zeit stammen die aktuell geltenden Regeln zum Datenschutz in der EU.

Die Richtlinie aus dem Jahr 1995 ist längst nicht mehr zeitgemäß. Und sie wird in allen 28 Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausgelegt, was zu einem Fleckerlteppich beim europäischen Datenschutz führte. Unternehmen können sich derzeit das Land aussuchen, in dem das Schutzniveau am niedrigsten ist.

Seit vier Jahren wurde nun an einer neuen Verordnung gefeilt: Am späten Dienstagabend haben sich die Verhandler von EU-Parlament, Mitgliedsstaaten und Kommission schließlich auf die künftigen Regeln zum Datenschutz geeinigt.

Für die Nutzer bringen sie einige Vorteile. Mehr Kontrolle über die eigenen Daten, das ist das Hauptanliegen der neuen Verordnung. Festgeschrieben ist darin etwa das „Recht auf Vergessen“. Nutzer können damit von Anbietern im Internet verlangen, ihre persönlichen Daten oder auch Fotos zu löschen.

## Bei Wechsel Daten mitgeben

Außerdem bekommen die Verbraucher das Recht, Freundeslisten, Fotos und persönliche Informationen zu einem anderen Anbieter zu transferieren. Wechselt ein Nutzer etwa von Facebook zu einem anderen Portal, muss der Social-Media-Riese die Daten mitgeben.

Wer Probleme mit einem Internetanbieter im Ausland hat, kann sich künftig in der eigenen Sprache und im eigenen Land an die Datenschutzbehörde wenden. Bisher



Internet-Nutzer bekommen mehr Kontrolle über die eigenen Daten. Foto: DÖN

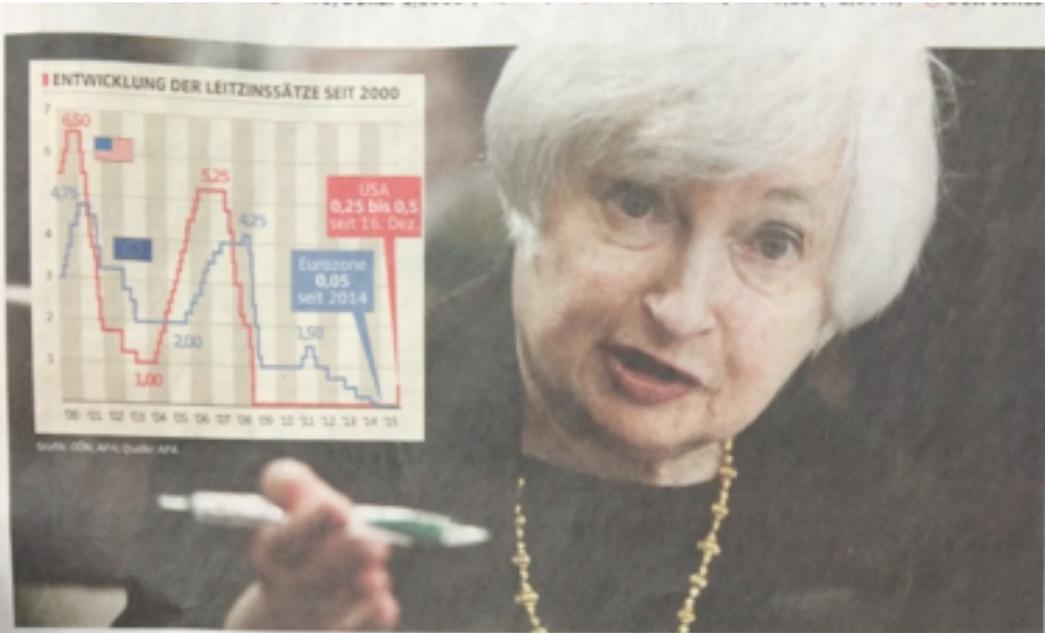
konnte eine Beschwerde nur in jenem Staat eingebracht werden, in dem das Unternehmen seinen Europaplatz hat. Der Österreicher Max Schrems musste mit seiner Klage

gegen Facebook bekanntlich nach Irland ziehen. Die neuen Regeln gelten für alle Unternehmen in der EU gleichermaßen, egal wo sie ihren Sitz haben. Und sie gelten für

außereuropäische Firmen, die Daten von EU-Bürgern verarbeiten.

Wer sich nicht daran hält, dem drohen Strafen. In welcher Höhe, das war bis zuletzt einer der umstrittensten Punkte in den Verhandlungen. Letztlich ist das Strafmaß saftig ausgefallen: Bis zu vier Prozent ihres Jahresumsatzes müssen Unternehmen zahlen, wenn sie die Datenschutzverordnung missachten. Damit sollen auch umsatzstarke Firmen in die Schranken gewiesen werden.

Die Verordnung soll 2018 in Kraft treten. Die politische Einigung wurde am Dienstagabend in den Trilogverhandlungen zwischen Kommission, EU-Parlament und Rat erzielt. Formal muss der Beschluss sowohl im Rat als auch im Parlament noch angenommen werden. Die finalen Abstimmungen werden voraussichtlich im Jänner stattfinden.



## Erster Schritt in Richtung Normalität: US-Notenbank Fed erhöht die Zinsen

Finanzexperten erwarten deutliche Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar

WASHINGTON. Seit zwei Jahren wird darüber diskutiert, jetzt ist es endlich so weit: Die US-amerikanische Notenbank hat erstmals seit 2006 wieder die Leitzinsen erhöht. Überraschung war es keine. Die Chefin der Federal Reserve, Janet Yellen, hatte die Finanzmärkte auf diesen Zinsschritt eingestimmt. Zuletzt hatte es 2006 eine Erhöhung der Leitzinsen gegeben (siehe Grafik). Danach senkte die Notenbank den Zinssatz schrittweise bis auf die Spanne von 0 bis 0,25 Prozent, um den Folgen der Finanzkrise zu begegnen. Yellen beließ ihn lange dort. Nach der Erhöhung der US-Wirtschaft und stabilen Daten vom Arbeitsmarkt sah die Fed den Moment für eine Wende hin zu einer Normalisierung ihrer Geldpolitik gekommen.

Die Entscheidung war weltweit mit Spannung erwartet worden, gilt die Geldpolitik der USA wegen der Bedeutung des Dollar doch als richtungweisend für die globalen Finanzmärkte.

**„Historische Entscheidung“**  
 „Die heutige Entscheidung der Fed, die Zinsen zum ersten Mal seit fast zehn Jahren zu erhöhen, ist ein historischer Moment. Die Zinsanhebung markiert das offizielle Ende der globalen Finanzkrise für die USA und bildet den Auftakt zu einer Normalisierung der amerikanischen Geldpolitik“, sagte David Folkerts-Landau, Chefvolkswirt der Deutschen Bank.

Vor dem Hintergrund, dass auf dem US-Arbeitsmarkt nahezu Vollbeschäftigung herrsche und

im kommenden Jahr ein Anstieg der Inflation erwartet werde, sei eine Anhebung der Zinsen längst überfällig gewesen, so Folkerts-Landau.

Ähnlers als in den USA ist in der Eurozone eine Zinswende nicht in Sicht. Daher dürfte im Zuge dieser Entscheidung der Fed die europäische Gemeinschaftswährung tendenziell abschwächen. Hiervon profitieren die Exporteure aus der Eurozone, da ihre Produkte im Dollar-Raum günstiger werden.

Der Chef-Volkswirt der BayernLB, Jürgen Michels, erwartet, dass der Euro unter den im März erreichten Jahrestiefststand von rund 1,05 Dollar rutschen wird. Andere Finanzexperten erwarten sogar, dass der Euro erstmals seit 2002 wieder unter die Marke von

einem Dollar, der sogenannten Parität, sinken könnte.

Die Schwefeländer geraten mit dieser Entscheidung unter Druck. Deren Regierungen müssen sich darauf einstellen, dass verstärkt Geld aus ihren Ländern abfließt. Sie gehörten zu den Profiteuren der bisherigen Fed-Politik, da sie lange ausländische Anleger mit hohen Zinsen und starkem Wirtschaftswachstum anlockten. Nun werden Investoren ihr Geld wieder abziehen und es in US-Papiere investieren, weil diese jetzt weiter steigende Renditen versprechen.

Für die US-Börsen erwarten Experten keine dramatischen Auswirkungen, gehen doch die US-Aktien schon jetzt als relativ hoch bewertet.

## Palmers ist wieder österreichisch

Drei Brüder und der gebürtige Linzer Gernot Friedhuber kaufen von Fonds

WIEN. Der deutsche Finanzinvestor Quadriga wollte die heimische Unterwäsche-Firma Palmers loswerden und hat in drei Brüdern und dem Marketingexperten Gernot Friedhuber Käufer gefunden.

Sieben Monate wurde der Deal vorbereitet, mit gestern sind die Kaufverträge gültig. Die Käufer sind die Steirer Marc (43), Tino (42) und Luca Wieser (32) sowie Gernot Friedhuber, der 41-jährige Sohn des Fotografen und Bergsteigers Sepp Friedhuber. Das genaue neue Eigentümerverhältnis wollen die Erwerber noch nicht preisgeben.

Die Käufer haben vor, sowohl die Marke als auch das Unternehmen Palmers zu modernisieren. Von Os-



Marc Wieser, Gernot Friedhuber und (im Hintergrund) Tino Wieser mit Mitgliedern des Management-Teams (zweite)

terreich aus soll die Marke international eine Rolle spielen. Friedhuber hat einst die Markteinführung von Red Bull in den USA gemanagt. Aus dem Verkauf seiner Werbeagentur stammt ein Teil des jetzt nötigen Kapitals. Die Wiesers sind seit drei Generationen in der Textilhandelsbranche aktiv. Sie haben

die Flagship-Store-Konzepte für Benetton oder Nike umgesetzt. Die Franchise-Läden von Benetton haben sie an den italienischen Mutterkonzern verkauft. Friedhuber betont auch: „Wir investieren unser eigenes Geld.“ Alle vier eint, dass sie viel Erfahrung mit Markenaufbau und -bildung haben.

Palmers hat mehr als hundert Jahre Tradition, freut sich über einen Bekanntheitsgrad von 90 Prozent und betreibt mehr als 300 Filialen, teils mit Franchise-Partnern.

Erste Modernisierungen soll es beim Internet-Auftritt geben. Marc Wieser sagt, die neuen Eigentümer seien von der Belegschaft offen aufgenommen worden. Ein Jobabbau ist nicht geplant.

(sib)



Wegen Unterversorgung ertönt der Ruf nach mehr heimischer Putz: Bell will mit Hubers Landhendl wachsen. (Johannes/ÖGN)



Silvia und Johannes Huber verkaufen.

#### ■ DIE TRANSAKTION

■ **Bell:** Führender Schweizer Fleischhersteller, 8000 Mitarbeiter, 1,3 Milliarden Franken Umsatz, 66 Prozent hält Coop.

■ **Hubers Landhendl:** Geflügelbetrieb in Pfaffstätten mit 900 Mitarbeitern, 300 Millionen Euro Umsatz; Truthahnschlachtbetrieb in Bayern.

## Nach Pfeiffer C+C geht auch Hubers Landhendl an Schweizer Coop-Gruppe

Führender österreichischer Lebensmittelbetrieb sieht mit Eidgenossen sichere Zukunft

**PFÄFFSTÄTTEN.** „Wir sorgen für die Zukunft des Betriebes, unserer Mitarbeiter und unserer Basen vor.“ So begründet Johannes Huber (40) gegenüber den ÖGN den Verkauf von Hubers Landhendl an einen der renommiertesten europäischen Fleischbetriebe, die börsennotierte Schweizer Bell-Gruppe.

In der Branche verbreitete sich die Nachricht gestern wie ein Lauffeuer. Es herrschte Verunsicherung, denn der führende österreichische Produzent von Hühner- und Putenfleisch hatte das jüngste Geschäftsjahr mit einem Rekordergebnis von 12,5 Millionen Euro (IGT) abgeschlossen. Seit Johannes und Silvia Huber die Geschäfte nach dem überraschenden Tod ihres Mannes im Jahre 2010 übernommen hatten, steigerten sie den Umsatz von 150 auf 250 Millionen Euro, die Mitarbeiterzahl von rund 600 auf 900.

Die Geschwister verkauften ihre je 50 Prozent, die sie in den Stiftungen „Silvia Mondsee“ bzw. „Johannes Mattsee“ hielten, zum 1. März 2016. Die Geschäftsführung, die Johannes Huber seit 2008 mit dem Linzer Dieter Bockhorn (48) bildet, soll bleiben.

Damit geht auch dem Gastro-Großhändler Pfeiffer C+C in Triest ein neues Kapitel auf. Seit dem Sommer hat die Familie ihren Wochen- und zweiter renommiertester oberösterreichischer Familienbetrieb an ein Unternehmen der Schweizer Handelsgenossenschaft Coop. Bell produziert an 27 Standorten in sieben Ländern Fleischprodukte, und zwar nicht nur Handelsmarken für Coop, sondern auch Markenartikel für die ganze EU. Mit Hubers Landhendl werde in Österreich und Süddeutschland eine wichtige Marktposition gewonnen, heißt es in einer Bell-Aussendung. Zu Huber gehört nämlich seit 2005 auch

die Süddeutsche Truthahn AG in Amping (Bayern). Dort werden pro Woche rund 1000 Tonnen Putenfleisch erzeugt; die Tiere kommen auch von Inzvierter Mätern.

Das Stammwerk in Pfaffstätten (Bezirk Braunau) verlassen pro Woche rund 850 Tonnen Hühnerfleisch. Zur Gruppe gehören die größte österreichische Eierbetriebe in Pettenbach und der Logistikbetrieb Frisch Express GmbH mit mehr als 100 Mitarbeitern. Beliefert wird Hubers Landhendl von 400 Vertragsbauern.

#### Nachfrageseite gestärkt

Johannes Huber nennt mehrere Gründe für die Verkaufsentscheidung: „Mit dem Zielmarkt Konkurs haben wir gerade wieder einen Großkunden verloren. Die Nachfrageseite wird immer kleiner. Mit Bell erhalten wir ein Gegengewicht.“ Die Schweizer seien

seit Jahren Kunden für Geflügelfleisch und würden als seriöser Partner mit Kapital und einer Langfriststrategie geschätzt. Außerdem werde dieselbe Qualitätsstrategie wie bei Huber verfolgt. Die Inzvierter haben einen stark wachsenden Bismittel (derzeit acht Prozent), gefüttert wird gentechnikfrei. „Wir finden uns bei Bell mit dem hohen Tierschutzstandard und kleinstrukturierten Geflügelhaltung gut wieder.“

Bell teilt mit, dass eine Wachstumsstrategie verfolgt werde. Das sei schwierig, weil zu wenige Bauern für die Hühner- und Putenhaltung gewonnen werden könnten, sagt Huber. Dabei beträgt die Eigenversorgung mit Hühnerfleisch in Österreich nur 80 Prozent, bei Putz etwas mehr als 40. Billigimporte bedrohen die aufgrund der aufwendigen Haltung und Fütterung teurere heimische Ware. (d)

## Große Heta-Gläubiger erhöhen Druck auf Kärnten

Internationale Banken und Fonds schließen sich zusammen - Sie wollen Schuldenschnitt nicht akzeptieren

**KLAGENFURT/WIRN.** Der Poker um die Milliardenschulden der Alpbahngesellschaft Heta (formals Hypo Alpe Adria) spitzt sich zu. Zwei internationale Gläubigergruppen mit Institutionen wie Commerzbank, Pirella Göttsche & Partners sowie Helvetia Versicherung sowie die deutsche Pfandbriefbank haben sich zu einem Pool zusammengeschlossen, der laut eigenen Angaben für Heta-Papiere im Wert von 5,11 Milliarden Euro steht.

Sie wollen den von Österreich geplanten Schuldenschnitt nicht akzeptieren, nicht zuletzt wegen der einst gewährten Landeshaftungen für die verstaatlichte Kärntner Skandalsbank, und fordern 100 Prozent des Nominales zurück. Kärnten rechne sich bewusst am und sei zahlungswillig, heißt es. Das Land könne sehr wohl über zehnjährige Heta-Schulden tragen.

In den nächsten Tagen will Kärnten den Gläubigern ein Angebot für den Anleiherückkauf vorlegen. Über die Höhe des milliardenschweren Abschlags wird bisher spekuliert. Kärnten und letztlich die Re-



Gestern wurde auch das Hypo-Logo vom Dach der Bank in Klagenfurt abmontiert.

publik brauchen per Gesetz die Zustimmung von zwei Dritteln der Gläubiger, damit der Schnitt wirksam wird. Der große Gläubigerpool habe nun aber mit fast der Hälfte der Heta-Außenstände eine Sperrminorität, betonen die Investoren. Die Forderungen seien nicht neu, sagt Kärntens Finanzreferentin

Gaby Schanzig. „Das Anleiherückkauf-Angebot wird sich im rechtlichen Rahmen bewegen und von den Gläubigern in aller gebotenen Seriosität und Intensität zu prüfen sein.“ Der Haftungsbeitrag Kärntens steile das rechtlich Zulässige und maximal wirtschaftlich Mögliche dar. Kärnten will, wie berichtet, kreditfö-

nanziert 1,2 Milliarden Euro in jenen Fonds zahlen, der das Angebot an die Gläubiger stellen wird. Vom Bund kommt der große Rest in den Fonds, vermutlich zwischen vier und sechs Milliarden Euro. Das entspricht den Einköfen, die aus der Heta-Abwicklung erwartet werden.

#### Politik wird Angebot vorlegen

Ein Angebot könnte man erst bewerten, wenn es auf dem Tisch liegt, so das Finanzministerium zum erhöhten Druck der Gläubiger. Es sollte „in Ruhe“ bewertet werden.

Die Frage ist, ob sich die Gläubiger auf einen langen Rechtsstreit wegen der Haftungen einlassen würden. Einen langen Atem dürften sie haben, vor allem in einem Pool. Die Politik hofft aber, dass sie lange Ungewissheit vermeiden wollen.

Gestern, Mittwoch, hat die Heta auch einen symbolischen Abbau durchgeführt. Das weiß-blaue Hypo-Logo wurde vom Dach der 1999 eröffneten Bankzentrale in Klagenfurt abmontiert. Es hatte sich Tag und Nacht gedreht. (d)

# Wirtschaftswachstum: Heiteres Prognoseraten?

Nach der Notenbank präsentieren heute Wifo und IHS ihre BIP-Prognose: Aber lagen sie damit jemals richtig?

Christoph Lestl sagt, er wettet nicht. Also hat der Präsident der Wirtschaftskammer für den Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zwei Kisten guten österreichischen Weins ausgelobt. Damit Ewald Nowotny in dessen Genuss kommt, müssen allerdings die Prognosen seiner Volkswirte für das kommende Jahr stimmen. Und das ist beileibe keine Bank.

1,9 Prozent Wirtschaftswachstum sagt die OeNB Österreich für 2016 voraus. Heute, Donnerstag, präsentieren das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS) ihre Prognose. Diese Vorhersagen sind nicht nur vielbeachtet. Sie haben auch unmittelbare Auswirkungen. Sie werden für die Budgeterstellung der öffentlichen Hand genau

so als Basis herangezogen wie von Unternehmen für die Planungen des folgenden Jahres. In der Politik kann das bisweilen fatal sein. Sind die Prognosen zu sehr von Zweckoptimismus geprägt, dienen sie als Ausrede dafür, strukturelle Veränderungen und Sparmaßnahmen zu zurückhaltend anzugehen. Motto: Mit ein bisschen mehr Wachstum geht sich das alles eh irgendwie aus.

Zwar ist man hieher immer geschickter. Dennoch lohnt es sich, die Prognosen mit den tatsächlichen Ergebnissen zu vergleichen.

## Sommerprognosen? Oje

Am ehesten Chance auf Richtigkeit haben die Prognosen, die im Dezember für das Folgejahr präsentiert werden. Über Sommerprognosen und Voraussagen für das übernächste Jahr soll dagegen aus



Notenbank-Chef Ewald Nowotny



Wifo-Chef Karl Aiginger Foto: Reuters

Gründen des Weihnachtsfriedens der Mantel des Schweigens gebreitet werden. Die Abweichung von Prognose und Wirklichkeit war da zum Teil massiv.

Kleiner Blick zurück: Als die Lehman Brothers in den USA im Herbst 2008 pleitgingen und die Welt ein

In den beiden folgenden Jahren waren sie dagegen zu zaghaft. Für 2010 sagten sie ein Wachstum von einem bis 1,5 Prozent voraus, für 2011 2,0 bis 2,1 Prozent. Tatsächlich wurden es 1,9 und 2,8 Prozent.

## Zweckoptimismus

In den vergangenen drei Jahren hatte man wiederum das Gefühl, die Prognosen wären von Zweckoptimismus geprägt. Für 2013 waren 0,5 bis 1,0 Prozent vorhergesagt (im Sommer davor das Doppelte). Letztlich wuchs Österreichs Wirtschaft nur um 0,3 Prozent.

Für 2014 übten sich die Volkswirte mit einer Prognose von 1,6 bis 1,7 Prozent in Zuversicht. Es wurden aber nur 0,4 Prozent. Für 2015 waren alle zurückhaltender, sagten 0,5 bis ein Prozent Wachstum voraus und dürften damit seit einiger Zeit wieder ziemlich richtig liegen.

## DIE GRÖSSTEN INSOLVENZEN 2015

Österreich	Passiva in Mio. Euro
Zielpunkt (Wien)	237
BISO Schrattecker GmbH (Ort i. Innkr.)	68
QuadraCir Beteiligungs GmbH (Ohtsdorf)	55
Hanlo-Gruppe Fertighäuser (Graz)	44
Bäckereigruppe Ring, Pan & Co (Linz)	41
Oberösterreich	Passiva in Mio. Euro
BISO Schrattecker GmbH (Ort i. Innkr.)	68
QuadraCir Beteiligungs GmbH (Ohtsdorf)	55
Bäckereigruppe Ring, Pan & Co (Linz)	41
Teak Holz International AG (Linz)	27
FMT-Firmengruppe (Wels)	26
Sanatorium Prim. Dr. G. Rupp (St. Georgen i. A.)	8
GIA Austria GmbH (Braunau)	8
Gruber+Schläger GmbH (Ort i. Innkreis)	7
Peter Lössl GmbH (Vorchdorf)	6

Grafik: OÖN, APA, Quelle: APA/KSV

## Weniger Pleiten, mehr betroffene Mitarbeiter

WIEN. Die Zahl der Firmeninsolvenzen ist heuer gesunken. Laut Hochrechnung des KSV1870 wurden österreichweit 5126 Unternehmen zahlungsunfähig, um 5,5 Prozent weniger als 2014. Die Zahl der betroffenen Dienstnehmer stieg um 1,4 Prozent auf 21.200. Die Schulden reduzierten sich um 17 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro.

In Oberösterreich gab es einen Rückgang bei den Firmenpleiten von 8,5 Prozent auf 599 – der niedrigste Wert seit 1995. Wegen einiger Großpleiten stiegen die Schulden um 27,3 Prozent auf 425 Millionen Euro, die Zahl der betroffenen Jobs kletterte um acht Prozent auf 3300. Oberösterreichs Wirtschaft habe aus Krisen gelernt und sei gut gewappnet, auch niedrige Zinsen und Energiekosten helfen, sagt KSV-Linz-Leiter Otto Zotter: „Wir müssen aber davon ausgehen, dass die Insolvenzen eine Talsohle erreicht haben.“

Die Zahl der Privatkonkurse stieg bundesweit um 5,7 Prozent auf 8891 (Oberösterreich minus 3,4 Prozent auf 1128).

## Welser Amedia-Gruppe kauft Hotel in Prag

WELS. Ein Hotel in Prag mit 200 Zimmern hat die Welser Hotelgruppe Amedia erworben. „Wir haben dafür acht Millionen Euro in die Hand genommen“, sagt Amedia-Chef Udo Chistee. Auch 2016 soll es mit der Expansion weitergehen: Anfang März werden ein Hotel am Flughafen Frankfurt und eines am Flughafen Amsterdam übernommen. Mitte des Jahres wird ein Hotel in Dresden übernommen. 2017 soll ein Hotel mit 100 Zimmern in Linz eröffnet werden.

## Gazprom-Einstieg bei Raffinerien?

WIEN. Die OMV bereitet laut einem Bericht der „Presse“ seine Raffinerien für den mit der russischen Gazprom geplanten Asset-Swap (Anteils-Tausch) vor. Zuerst sollen dem Bericht zufolge die Raffinerien in Schwechat und Burghausen in eigene Gesellschaften ausgelagert werden, um eine Beteiligung der Russen zu ermöglichen.

Dieses Szenario werde auch von zwei Personen, die dem OMV-Vorstand bzw. -Aufsichtsrat nahe stünden, bestätigt. Die OMV wolle Details nicht kommentieren. Fakt sei, dass Gespräche und Verhandlungen mit



OMV-Chef Rainer Seele Foto: Reuters

Gazprom liefern, wird ein Sprecher im „Presse“-Bericht zitiert.

Auf einen möglichen Anteils-Tausch hatten sich OMV und Gazprom im September verständigt. Bisher ist aber offen, welche

Unternehmensteile der russischen Seite konkret angeboten werden könnten, im Gegenzug für eine knapp 25-prozentige Beteiligung der OMV an Teilen des sibirischen Gasfeldes Urengoy.

Zum Anteils-Tausch habe man mit der russischen Seite eine „sehr vertrauliche“ Short-List erstellt, hatte OMV-Chef Rainer Seele Anfang November im Webcast zu den Quartalszahlen erklärt. Im heurigen Jahr werde man keine Resultate publizieren, sondern erst 2016. Eine direkte Beteiligung der Gazprom an der OMV war schon früher ausgeschlossen worden.

# Schüsse auf Lkw: „Ich zittere jetzt noch“

Lkw-Fahrer Jörg Ballsieper aus Natternbach kam mit dem Schrecken davon, Polizei ermittelt

Von Philipp Hirsch

**VORHÖR:** Jörg Ballsieper aus Natternbach (Bezirk Gye-sieben) ist ein erfahrener Lkw-Fahrer. Er kennt die Straßen und weiß um ihre Gefahren. Das, was ihm am Dienstagabend auf der Westautobahn (A1) in Vorchdorf (Bezirk Gmunden) widerfuhr, lässt ihn trotzdem noch jetzt schauern.

Gegen 19.45 Uhr war der 40-Jährige mit seinem Lkw nur wenige Kilometer von der Abfahrt Laakirchen West entfernt, als er plötzlich zweimal einen Knall hörte. Die Windschutzscheibe seines Lkw war schwer beschädigt. Zwei kreisrunde Einschläge ließen das Sicherheitsglas auf der Fahrerseite oberflächlich bersten. „Mir war klar, das kann jetzt kein Steinerschlag gewesen sein. Vor mir war weit und breit kein anderes Fahrzeug“, sagt Ballsieper. Trotz des Schocks behielt er die Ruhe, lenkte den Lkw an den Fahrbahnrand und wählte den Notruf. „Ich will mir gar nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn ich das Lenkrad vor Schreck verlassen hätte“, sagt er.

### Von Fußgängerbrücke gefeuert

Beamte der Autobahnpolizei in Seewalden rückten an. Mit Schweißgeräten suchten die Polizisten die Fahrbahn ab. Projektile oder Hülsen fanden sie jedoch keine. Für die Ermittler ein Hinweis, dass die Schüsse wahrscheinlich mit einem Luftdruckgewehr abgefeuert wurden. Diese Projektile



Lkw-Fahrer Jörg Ballsieper sprach mit den ÖÖNachrichten über die schlimmste Lkw-Fahrt seines Lebens. Foto: Schwarz

sind winzig und Hülsen lassen sie keine zurück. Vermutlich stand der Schütze auf einer Fußgängerbrücke, die in unmittelbarer Nähe über die Autobahn führt, heißt es von der Autobahnpolizei. Aber auch auf der Brücke fanden sich keine Hinweise auf den Täter.

Spurensicherer der Polizei untersuchten noch auf dem Autobahn-Panzerstreifen den beschädigten Lkw. „Die Kollegen versuchen jetzt herauszufinden, welche Waffe die Einschüsse verursacht haben könnte“, sagt Polizeispre-

cherin Simone Mayr-Kirchberger auf ÖÖN-Anfrage. Gleichzeitig bietet die Exekutive um Hinweise aus der Bevölkerung. Sie werden in allen Polizeidienststellen entgegengenommen.

Ballsieper berichtet, dass es sich bei dem Vorfall nicht um einen Einzelfall handle. „Einer der Polizisten hat zu mir gesagt, dass ich nicht der Erste in der Gegend bin, dem das passiert.“ Diese angeblichen weiteren Vorfälle konnte die Landespolizeidirektion gestern nicht bestätigen. „Es liegen uns

keine Meldungen vor“, sagt Mayr-Kirchberger. Die Polizei will den Autobahnabschnitt jedenfalls nun verstärkt überwachen.

Ballsieper gönnt sich nun erst mal ein paar Tage Ruhe im Kreis seiner Familie. Zu groß sei derzeit die Angst, wenn er sich hinter das Steuer setzt. „Ich hab nach den Schüssen die Nacht im Lkw auf einem Rastplatz verbracht. Schlafen konnte ich kaum. Nach so einem Vorfall kommt du nicht so leicht zur Ruhe. Ich zittere jetzt noch.“



Mutmaßliche IS-Kämpfer in U-Haft (APA)

### Franzosen unter Terrorverdacht

**SALZBURG.** Zwei terrorverdächtige Franzosen befinden sich seit Montag in der Salzburger Justizanstalt Puch Urstein in U-Haft, bestätigte gestern die Staatsanwaltschaft. Schläpper sollen die beiden Anfang Oktober über die Westbalkanroute nach Österreich eingeschleust haben - möglicherweise zusammen mit Mitgliedern des späteren IS-Anschlagskommandos von Paris. Sie hatten gefälschte syrische Papiere dabei. In Salzburg sollen sie auf den Befehl gewartet haben, eigene Terrorakte zu verüben. Gefasst wurden sie am vergangenen Wochenende in einem Transitquartier. Zuletzt hatten sie sich im Nahen Osten aufgehalten. Hinweise eines ausländischen Geheimdienstes brachten die Behörden auf ihre Spur. Ein Zusammenhang mit dem Anschlagen von Paris wird laut Staatsanwaltschaft jetzt geprüft.

Schon seit Oktober sitzen in Salzburg außerdem zwei syrische Asylwerber in U-Haft. Der 20- und 21-Jährige sollen damit gepöbelt haben, in ihrer Heimat an Kämpfen des IS mitgewirkt zu haben.

# Linzer Kinderklinik verlangt künftig Keimtest bei „Fremdpatienten“

Kleinkind starb vermutlich an den Folgen einer bakteriellen Infektion - Jetzt werden die Vorsichtsmaßnahmen weiter verschärft

Von Albin Krieglsteiner

**LINZ.** Nach dem Tod eines Babys an einer Blutvergiftung wird die Landesfrauen- und Kinderklinik Linz die Vorsichtsmaßnahmen erhöhen: „Ab sofort werden wir von allen Spitalern, von denen ein ‚Fremdpatient‘ zu uns kommen soll, vorab eine Keimtestung verlangen“, sagte gestern gesagte Sprecherin Jutta Oberweger. Dies gelte sowohl für ausländische als auch inländische Spitäler. Denn die Blutvergiftung dürfte durch den multiresistenten Keim „Acinetobacter“ ausgelöst worden sein.

Ob ein kleiner Patient künftig trotz nachgewiesener Infektion aufgenommen wird, „entscheidet sich dann von Fall zu Fall“, so Oberweger. Bei solchen prekären Fremdaufnahmen müssten jedenfalls erhöhte Sicherheitsmaßnahmen angesondert werden, das Personal müsse also schon beim Erstkontakt Schutzkleidung tragen.

Wie berichtet, war das Kleinkind wegen einer Darmförmelbildung mehrmals in Linz operiert worden, sein geschwächtes Immunsystem dürfte mit dem Keim nicht mehr fertig geworden sein. Die Staatsanwaltschaft Linz hat routinemäßig

Ermittlungen eingeleitet. Nach einer Obduktion ist auszuschließen, dass das Baby an Operationsfolgen starb. Über weitere Ermittlungsschritte - etwa ein toxiologisches Gutachten und Zeugenbefragungen - entscheidet die Staatsanwaltschaft in den kommenden Tagen.

Eingeschleppt wurde der vor allem im Mittelmeerraum verbreitete Keim vermutlich von einem wenige Wochen alten Kleinkind, das im Rahmen des bilateralen Sozialversicherungsabkommens zwischen Österreich und Bosnien aus dem Spital in Sarajevo nach Linz überstellt worden war, um hier am Her-

Die weiteren Ermittlungsschritte sind noch offen. Ob wir weitere Gutachten beauftragen und Zeugen befragen werden, entscheiden wir in den kommenden Tagen.“



Foto: Wehbold

Philipp Christl, Sprecher der Staatsanwaltschaft Linz

zen operiert zu werden. Nach der Aufnahme wurde das Kind auf Keime getestet, die Infektion mit Acinetobacter stand drei Tage später fest. Aufgrund der Schwere seiner Grunderkrankung am Herzen kämpft es in der Intensivstation nach wie vor ums Überleben.

Es ist ebenso in Quarantäne wie drei weitere Babys. Bei zwei von ihnen wurde der Keim bereits nachgewiesen. Eines leidet an Lungenentzündung, spricht auf die Medikamente aber gut an. Das andere ist symptomfrei. Bei einem dritten Kleinkind steht der endgültige Nachweis des Keimes noch aus.



Der Westbahnhof (li.) verliert massiv an Bedeutung. Der neue Wiener Hauptbahnhof ist nun die zentrale Drehscheibe für den Bahn-Fernverkehr der ÖBB. Foto: kba

## Nächster Halt: Wiener Hauptbahnhof

Neuer Knotenpunkt: Die Umstellung läuft nicht ohne Verwirrung, auch bei den ÖBB

Von Philipp Bösch

WIEN/LINZ. Dass der neue Wiener Hauptbahnhof seit vergangenerm Sonntag den Vollbetrieb aufgenommen hat, hat sich noch nicht überall herumgesprochen. Die Ticketautomaten der ÖBB in Linz wissen noch nichts davon. Sie wollen den Reisenden immer noch Fahrtscheine zum Westbahnhof verkaufen. Das Problem ist nur, dort fahren die Fernzüge der Bundesbahn nicht mehr hin. Mit der Umstellung des Fahrplans am 13. Dezember wurden alle ÖBB-Fernzüge zum Hauptbahnhof umgelenkt. Das funktioniert nicht ohne Verwirrung bei Fahrgästen und ÖBB-Mitarbeitern.

Dass die Züge nun bis zum Flughafen Schwechat durchfahren, sehen die meisten Passagiere als Pluspunkt. „Es ist schon eine Erleichterung. Wir sind gerade auf dem Weg nach Indien“, sagt die Linzerin Hildegard Hickersberger. Sie ist froh, dass sie ihre schweren Koffer nicht über umladen muss.

Aber der Verkauf des Westbahnhofs sagt für viele Oberösterreichern dennoch schwer. Der Mensch ist eben ein Gewohnheitstier. Jahr-

zehntelang war der Westbahnhof der Anfahrts- und Ausgangspunkt in den Köpfen verankert.

Nur Gäste der Westbahn müssen ihre Reisegewohnheiten nicht umstellen. Die private Bahn wird auch künftig den Westbahnhof anfahren. Im Moment dürfte das Festhalten am Altbewährten ein klarer Wettbewerbsvorteil sein. „Wenn ich nicht zum Flughafen müsste, ich würde Westbahn fahren“, sagt Hildegard Hickersberger.

Auf den neuen Bahnhof angesprochen, gibt kein einziger Fahrgast im ÖÖN-Gespräch dem Hauptbahnhof den Vorzug. Auch in den Köpfen der Schaffner ist der neue Knotenpunkt offenbar noch nicht verankert. Der Zugbegleiter kündigt bei seiner Durchsage den Hauptbahnhof als Endstation an. Der tatsächlichen Endpunkt Westbahnhof verschweigt er den Reisenden. Am Hauptbahnhof sind die ÖBB bemüht, der Verwirrung entgegenzuwirken. Dutzende Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma stehen in orangen Westen in der Halle und versuchen bei Fragen zu helfen. Mit dem Medien dürfen sie allerdings ohne Genehmigung der

### NEUER KNOTENPUNKT

**103 Minuten** brauchen die schnellsten Züge vom Linzer Hauptbahnhof zum Flughafen Schwechat. Zweimal pro Stunde werden Railjets und ICs bis zum größten Flughafen Österreichs fahren. Die ICE-Züge werden nur noch bis zum Hauptbahnhof geführt.

**29 Minuten** schneller als bisher ist die Verbindung zwischen Linz und Budapest durch den Hauptbahnhof (Fahrzeit rund 4 Stunden). Laut ÖBB ist ein Zugpendler mindestens 45 Minuten schneller in Budapest als ein Autofahrer.

**9 Länder** (Tschechien, Polen, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien, Liechtenstein, die Schweiz und Deutschland) werden durch den neuen Wiener Hauptbahnhof nun direkt miteinander verbunden.

Pressestelle des Konzerns kein Wort wechselte. Viel Zeit für Interviews hätten sie ohnehin nicht. Die Fahrgäste haben viele Fragen. „Ich sag's Ihnen ganz ehrlich, ich hab' keine Ahnung, wo in Wien ich genau bin“, sagt ein älterer Herr aus Tivoli. Mit Wien-Favoriten, dem 10. Bezirk, hatte er bisher in seinem Leben noch nie zu tun.

Auch dem Westbahnhof statten die ÖÖNachrichten einen Besuch ab. Die schnellste Verbindung vom Hauptbahnhof ist die Straßensbahnlinie 18. Die einzige U-Bahn-Linie vom Hauptbahnhof weg ist die U1. Wer unterirdisch zum Westbahnhof oder der Mariabühler Straße gelangen möchte, muss am Stephansplatz umsteigen.

Am Westbahnhof, wo sich jahrzehntlang Menschenmassen über die Treppen hinauf zu den Bahnsteigen schoben, steht nun nur ein einziger Verkäufer der Wiener Ötsch-Bioszenezeitung „Avogadro“ und wundert sich über die ausbleibende Kundschaft. Nur eine Mitarbeiterin der Westbahn kann den nahezu leeren Hallen durchaus Positives abgewinnen: „Endlich muss ich mich fürs Mittagessen nicht mehr anstellen.“

**Umfrage:** Der Hauptbahnhof ist der neue Knotenpunkt des Fernverkehrs. Ist das eine gelungene Umstellung?



Seit der Umstellung bin ich mit dem Zug deutlich schneller in Linz als mit dem Auto.“

Sarah Surejan, Angestellte in Wien



Foto: kba

„Ich brauch' den Hauptbahnhof nicht. Ich würde jetzt eher mit der Westbahn nach Wien fahren.“

Ernst Schober, Pensionist aus Linz



Foto: kba

„Die Direktverbindung zum Flughafen in Schwechat ist schon eine große Erleichterung.“

Hildegard Hickersberger, Pensionistin aus Linz



Foto: kba

„Ich wohne sehr nahe beim Westbahnhof. Zum Hauptbahnhof muss ich zwei verschiedene U-Bahnen nehmen. Das ist mühsam.“

Daliah Breit, Studentin in Wien



Foto: kba

## Cousine kommt jetzt für Begräbnis von Taucher auf

Doch noch würdige Bestattung für Verunglückten

STEINBACH. Am 29. November war ein 56-jähriger Taucher aus dem Großraum Linz nach einem Notaufstieg im Attersee verstorben. Der Fall hatte Aufsehen erregt, weil weder die Schwimmer noch die Kinder des Verunglückten die Bestattungskosten übernehmen wollten. Jetzt hat sich eine Cousine des Mannes dazu bereit erklärt. Sie wird eine Wasserbestattung in der Donau veranlassen.

„Wie das nicht der Fall gewesen, hätten wir als Gemeinde eine würdige Bestattung organisiert“, sagt Nicole Eder, VP-Bürgermeisterin von Steinbach am Attersee. Der Tauchplatz „Öfen“ nahe der so genannten „Schwarzen Brücke“ liegt im Gemeindegebiet von Steinbach.

Dort war der 56-Jährige in 90 Metern Tiefe in Schwierigkeiten geraten. Offenbar hatte er seinen Tauchanzug mit Luft gefüllt, um einen Notaufstieg zu machen. Andere Taucher sahen ihn leblos auf der Oberfläche treiben. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Es war beinahe bereits der zweite tödliche Tauchunfall im Bezirk Vöcklabruck.

Der verstorbene 56-Jährige soll verfügt haben, dass sein Körper Gattler von Hagers für die Ausstellung „Körperwelten“ zur Verfügung gestellt werden sollte. Nachdem der Leichnam für die Obduktion geöffnet worden war, soll von Hagers daran aber kein Interesse mehr gehabt haben.

## Zweijähriger Bub nach Unfall gestorben

Ersthelferin entsetzt: Antolenker wendeten und fuhren weiter, ohne zu helfen

TEUFENBRUNNEN. Zu schwer waren die Verletzungen, die ein zweijähriger Bub beim Verkehrsunfall auf der B154 erlitten hatte. Im Salzburger Landeskrankenhaus hatte man vergeblich um das Leben des Kindes gekämpft.

Der Bub war am Montagmorgen mit seiner Tagesmutter (64) zu Fuß auf dem Geh- und Radweg entlang der B154 unterwegs. Da auf der Höhe der Polizeispektion Mondsee der Weg endet, wollte die Frau offensichtlich mit dem Kind die Straße überqueren. Die beiden wurden vom Auto eines Pensionisten (73) aus Mondsee erfasst, weggeschleudert und schwer verletzt.

Eine Ersthelferin schildert im Gespräch mit den ÖÖN, dass mehrere Autofahrer keine Hilfe geleistet hätten. „Ich war gerade mit meinem drei Kindern vom Einkaufen auf



Unfallstelle auf der B154 Foto: Carina

dem Heimweg. Vier fünf Autos vor mir haben bei der Unfallstelle angehalten und gewartet, obwohl es offensichtlich war, dass etwas passiert ist.“ Statt zu helfen, sind sie einfach weitergefahren, wertvolle Zeit ging verloren. Die Mondseerin

lief zur Unfallstelle und fand dort den Zweijährigen leblos liegen. „Ich habe sofort mit der Herzdruckmassage begonnen, bis die Rettung gekommen ist.“ Der Bub wurde mit dem Rettungshubschrauber ins LKH Salzburg gebracht. Der verletzte Tagesmutter kam mit der Rettung ins UKH.

Bei der Unfallstelle handelt es sich um eine Freilandstraße, wo 80 km/h erlaubt sind. Aufgrund der vielen Ausfahrten im Gewerbegebiet gilt der Abschnitt bei Mondsee als neuaraligische Stelle. Dazu kommt, dass dort der Geh- und Radweg endet und auf der östlichen Straßenseite weitergeführt wird. Fußgänger müssen die B154 bei einer Verkehrssweil queren. Laut Polizeispektion Mondsee hat es dort dennoch bislang keine schweren Unfälle gegeben. (gk)

# Papst Franziskus bat Niklas, das Friedenslichtkind: „Bitte bete für mich!“

Niklas Dumhart aus St. Georgen/Gusen brachte Papst Franziskus in Rom das Friedenslicht

Von Herbert Schoen aus Rom

ROM, LINZ. Niklas ist ein patenter Kerl. Den Zehnjährigen aus St. Georgen/Gusen (Bez. Perg) bringt nichts so schnell aus der Ruhe. Nicht einmal der Papst höchstpersönlich. „Heiliger Vater, ich bringe dir das Friedenslicht aus Bethlehem“, sagte der Bub gestern mit leiser, aber fester Stimme, als er dem Oberhaupt von Millionen Katholiken die Laterne mit dem wertvollen Licht in die Hand drückte. „Und frohe Weihnachten!“

Der Papst zeigte sich erfreut über das Licht, das Ende November zum 29. Mal für die ORF-Aktion „Licht ins Dunkel“ aus der Geburtsgrube Jesu in Bethlehem geholt wurde. Er nahm die Laterne, bedankte sich auf Deutsch, strich dem Volksschüler über den Kopf und sagte etwas Außergewöhnliches: „Bitte bete für mich, Niklas!“

## Papst grüßte Oberösterreich

Zuvor hatte der volksnahe Papst bei der Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom ein Bad in der Menge genommen. Er fuhr ohne Verdeck, auf dem Papamobil stehend, durch die Menge, sprach mit den Gläubigen, segnete sie und küsste Kinder, die ihm in den Arm gelegt wurden.

In der in acht Sprachen übersetzten Rede sprach er das Heilige



Niklas, begleitet von Josef Pühringer, beim Heiligen Vater (L'Osservatore Romano)

Jahr der Barmherzigkeit an, das vor Kurzem begann: „Die Kirche ist eine Gemeinschaft, die auf der Liebe Jesu gründet. Wir wollen lieben und vergeben wie Jesus.“ Danach wandte er sich an die 130-köpfige Reisegruppe, die Niklas begleitete: „Ich begrüße die Delegation aus Oberösterreich, die das Friedenslicht aus Bethlehem brachte.“ Er rief zur Vorbereitung

„Der Papst hat sich über das Friedenslicht aus Oberösterreich sehr gefreut.“

Ludwig Schwarz, Bischof, fädelt das Treffen ein



Foto: hes

auf Weihnachten auf: „Machen wir die Tür unseres Herzens weit auf!“

Angeführt wurde die Delegation von Landeshauptmann Josef Pühringer (VP), der Franziskus bereits zum zweiten Mal traf: „Wenn man mit dem Papst spricht, hat man den Eindruck, dass Reden und Tun im Einklang stehen. Wenn er von einer Kirche der Barmherzigkeit spricht, nimmt man ihm das ab.“ Die Friedenslicht-Aktion sieht Pühringer als „profilgebend“ für Oberösterreich: „Das Verbindende vor das Trennende zu stellen, ist ein Generalauftrag.“

Bischof Ludwig Schwarz, der lange in Rom als Universitätsprofessor tätig war, hatte das Treffen eingefädelt. Obwohl Schwarz schon oft mit Franziskus zusammen traf, war auch er von der Begegnung bewegt: „Es war ein ergreifendes Erlebnis.“

Niklas' Mutter Annette, die die Übergabe aus einigen Metern Entfernung beobachtete, war nervöser als ihr Sohn: „Es ist wunderbar, dass Niklas das machen darf. Es ist für uns eine große Ehre!“ Und Niklas? Der nahm den Rummel um seine Person wie alles andere - gelassen. Große Worte braucht er nicht. Dieser Tag war ohnehin sein großer Tag.

Eine Bildergalerie gibt es auf [www.nachrichten.at](http://www.nachrichten.at)



Bei ihrer Ankunft sind Flüchtlinge meist voller Hoffnung. Oft werden sie enttäuscht.

Foto: apa

## 7500 Flüchtlinge reisten heim

Fast zwei Drittel von ihnen verließen Österreich freiwillig

**LINZ/WIEN.** Ein Ende des Flüchtlingsstroms ist nicht abzusehen. Während täglich immer noch Tausende über die Balkan-Route nach Nordwesten reisen, mehren sich aber auch die Flüchtlinge, die freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren wollen.

7500 Rückführungen in die Heimat gab es bisher im heurigen Jahr. Das bedeutet eine Steigerung um 36 Prozent. 4500 davon haben aus eigenen Stücken Österreich verlassen. Die meisten davon stammen laut Innenministerium aus dem Kosovo. 530 Asylsuchende kehrten in den Irak zurück. Bei derzeit 74.000 Asylwerbern im Land ist die Zahl der Rückkehrer freilich verhältnismäßig niedrig.

Auch in Oberösterreich wollten im heurigen Jahr merkbar mehr Flüchtlinge Österreich

**„Gründe für die freiwillige Heimreise sind oft enttäuschte Hoffnungen, weil vieles nicht so eintritt, wie es sich die Flüchtlinge vorher vorgestellt haben.“**

Wilfried Scheidel, Leiter der RegionalCaritas Linz

Richtung Heimat verlassen. Bis Ende November waren es laut Caritas Oberösterreich 263 Menschen, ein Jahr zuvor waren es nur 93 gewesen. Die Rückkehrer kämen größtenteils aus dem Irak, aus dem Kosovo und aus Staaten der Russischen Föderation.

Die Gründe, warum Flüchtlinge vor Abschluss ihres Asylver-

fahrens die Heimreise antreten, sind unterschiedlich. „Oft sind es enttäuschte Hoffnungen, weil vieles nicht so eintritt, wie es sich die Flüchtlinge vorgestellt haben“, sagt Wilfried Scheidel, Leiter der RegionalCaritas Linz.

Auch familiäre Probleme in der Heimat und falsche Vorstellungen über die Asyl-Verfahrensdauer können die vorzeitige Rückkehr auslösen.

### Rückkehrhilfe der Caritas

Bei der Caritas gibt es eine eigene Rückkehrhilfe, die die Flüchtlinge unterstützt. Seit September bemerken die Mitarbeiter dort einen verstärkten Andrang. Bezahlt wird die Reise in den meisten Fällen vom Innenministerium und der EU. Als Reisespesen werden zwischen 50 und 370 Euro ausgelegt. (min)

## Konten geplündert Sechs Monate Haft

**LINZ.** Sechs Monate bedingt plus 1800 Euro Geldstrafe: Dieses Urteil verhängte das Landesgericht Linz gestern wegen des Vergehens der Untreue gegen eine 41-jährige Sozialpädagogin aus Tragwein (Bez. Freistadt). Ihr wurde vorgeworfen, als Sachwalterin einer Verwandten von deren Konten und Sparbüchern insgesamt 35.700 Euro abgeboben und für ihre eigenen Zwecke verwendet zu haben. Die Taten erstreckten sich über den Zeitraum von Oktober 2010 bis Oktober 2014. Die Beschuldigte nahm das Urteil an, dennoch ist es nicht rechtskräftig: Weil sie auf einen Rechtsbeistand verzichtet hatte, stehen ihr drei Tage Bedenkzeit zu. Rein rechtlich handelt es sich um eine Zusatzstrafe: Die 41-Jährige hatte schon zuvor eine andere beschuldete Frau um einen hohen Betrag geschädigt, was erst bei der gestrigen Verhandlung bekannt wurde. Dafür erhielt sie eine Haftstrafe von drei Monaten bedingt.



Die Angeklagte vor Gericht Foto: Dostal

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Herrn

### Franz Gangl

Winkl, Amtsrat

der am 15. Dezember 2015 im Alter von 77 Jahren im Kreise seiner Familie verstorben ist.

Das Begräbnis findet am Samstag, 19. Dezember 2015, um 10 Uhr in Hellmonsödt statt.

Die Trauerfamilie

Politik



Ex-Finanzminister Josef Pröll vor einem selbstbewussten Zugenauftritt als Schlüsselfigur im Hypo-Untersuchungsausschuss

Foto: APA

# „Alles richtig gemacht“ – Josef Pröll sieht sich als Retter im Hypo-Desaster

## Trotz der Milliardenkosten habe kein Weg an der Notverstaatlichung vorbeigeführt

Von Lucian Muehlberger

WIEN. „Ich habe in den letzten Jahren nichts dazu gesagt, das war manchmal hart“ – am Ende des selbstaufgelegten Schweigegelbes seit seinem Rücktritt 2011 holte Ex-Finanzminister Josef Pröll (VP) gestern im Hypo-Untersuchungsausschuss zum Rechtfertigungsplädoyer aus. Prölls Kernbotschaft bei seinem von dem einen oder anderen emotionalen Wortschwalld geprägten vierstündigen Auftritt: „Ich stehe zur Verantwortung, sie war absolut richtig.“ Bis heute habe ihm niemand eine bessere Lösung vorgelegen können.

### 17-Stunden-Marathon

Wie erwartet stand jene 17-stündige Marathon-Sitzung im Finanzministeriums-Zentrum, an deren Ende Pröll und sein bayerischer Amtskollege Georg Fahrenschon (CSU) am Morgen des 14. Dezember 2009 die Notverstaatlichung der Kärntner Hypo durch Österreich verkündet haben.

Die Opposition sah darin die gravierendste finanzpolitische Fehlentscheidung der Zweiten Republik, wie es der Neos-Abgeordnete Rainer Hable zusagte. Das habe die Steuerzahler bisher 15 Milliarden Euro gekostet.

Pröll verwies auf das „totale Chaos in der Weltwirtschaft“



„Bis heute kann mir keiner nachweisen, dass es eine bessere Lösung gegeben hätte und auch sechs Jahre später wagt niemand, die Bank in Konkurs zu schicken.“

Josef Pröll, Ex-Finanzminister (VP)

### AUFREGER IM U-AUSSCHUSS

„Wochenlang“ habe sich Josef Pröll von einem Anwälte-Team für seinen Auftritt im U-Ausschuss machen lassen, wollte FP-Fraktionsführer Gernot Darmann den Namen der Kanzlei erfahren. Was der Ex-Finanzminister unter Hinweis auf seine Privatphäre verweigert. Darmann weiter: „Stimmt es, dass der VP-Klub und Rafffens die Anwälte zahlen?“ Pröll: „Es gibt noch keine Abrechnung.“

Empörung bei den Mitgliedern des U-Ausschusses löste die Nachricht aus, dass die von der Hypo-Untersuchungskommission angeforderten Gesprächsprotokolle vernichtet wurden. Die Ex-Leiterin des Gremiums, Inngard Griss, kündigte für heute eine Stellungnahme zu dem Schritt an.

Den Auftritt von Josef Pröll zum Nachlesen finden Sie im Liveticker auf [nachrichten.at](http://nachrichten.at)

durch die Finanzkrise in jener Zeit. Das werde heute völlig ignoriert. Die Hypo Alpe Adria sei als Österreichs sechsgroße Bank systemrelevant gewesen. „Erwartet ich, dass da ein Finanzminister bereit ist, ein ökonomisches Zündholz zu schmelzen?“, wischte Pröll einmal mehr die Option einer Insolvenz lautstark vom Tisch. Hables Kontor: Wenn die Hypo systemrelevant war, wie können

die Bayern dann ihrerseits mit der Pleite drohen, wo die Bank doch zu 94 Prozent im bayerischen Staatsbesitz stand?

„Die Hypo war zu jedem Zeitpunkt eine österreichische Bank, denn das Risiko hat das Land nie verlassen“, verwies Pröll auf die „Urstände“ der Kärntner Landeshaftungen, die auch nach dem Verkauf an die BayernLE 2007 aufrecht blieben. Die Ausgangslage

sei damit klar gewesen: „Wir haben gewusst, dass bei einer Insolvenz unser Risiko 27 Milliarden Euro beträgt“, jenes der Bayern sechs Milliarden Euro.

Einräumen musste der Ex-Finanzminister freilich, dass die Einschätzung der Nationalbank 2009, wonach die Hypo mit einem Rekapitalisierungskapital von 2,1 Milliarden Euro zu sanieren wäre, völlig unrealistisch war. „Ich hätte keine anderen Zahlen und keinen Grund, dem unabhängigen Experten nicht zu trauen.“

### Kein Gespräch mit Oskar Erwin

„Sie waren Schatzvogel der Banken und Sargnagel der Steuerzahler“, verurteilte Robert Lagar (Team Stronach) andere Motive bei Pröll, der seit 2011 Manager im Schoß der Rafffens-Holding ist. Er habe „in dieser Verstaatlichungsmacht nicht für die Banken, sondern für die Stabilisierung des Landes“ gehandelt, konstatierte Pröll.

Eine Pleite der Kärntner Hypo hätte „Milliarden-Zahlungen“ für den Sektor, darunter die angeschlagene Hypo-Niederösterreich, bedeutet, wollte Lagar von Telefonaten mit „Onkel Erwin“ wissen. „Ich habe mit Erwin Pröll über viele Dinge gesprochen, aber nicht über die Hypo“, sagte der Ex-VP-Chef zum Ende seines wohl nicht letzten Auftritts im U-Ausschuss.

# Wertekodex: Experten sollen Inhalte erarbeiten

Stelzers Bildungsabteilung sucht Mitautoren für Broschüre zur Wertevermittlung an den Schulen

982. Die Abstimmung auf nachrichten.at ist klar ausgefallen: 80 Prozent der teilnehmenden User rachten es als sinnvoll, einen Wertekodex für Oberösterreichs Schulen zu erarbeiten, 20 Prozent lehnen die Idee von Bildungsreferent ansehungsamt-Stellvertreter Thomas Stelzer (VP) ab.

Nicht zuletzt wegen der steigenden Zahl an Flüchtlingskindern und -schülern mit Migrationshintergrund an Oberösterreichs Schulen soll die Bildungsabteilung in Zusammenarbeit mit dem Landesrat eine Broschüre erarbeiten, die heimische Werte und die Bedeutung christlicher Feste erklärt. Stelzers Ansatz: Die Integration erleichtern.“ (Dachleit)

Integration erleichtert, die Akzeptanz österreichischer Sitten und Gebräuche durch Schüler aus anderen Kulturkreisen gesteigert werden. Es geht um ein Zusammenleben, das von Verständnis und Wertschätzung geprägt sei, sagt Stelzer.

### Keine Streitschrift geplant

Bei der Erstellung des Leitfadens, der keinesfalls als „Streitschrift“ gedacht sei, wolle er „nicht apodiktisch“ vorgehen. „Wir wollen Vertreter aller anerkannten Religionsgemeinschaften zur Mitarbeit einladen und suchen auch Pädagogik-Experten als Mitautoren“, sagt Stelzer. Wichtig sei, dass „die Grundfesten unserer Gesellschaft wie



„Integration erleichtern“ (Dachleit)

Gleichberechtigung der Geschlechter, Freiheit in der Lebensgestaltung und Eigenverantwortung altersgerecht aufbereitet werden“, sagt der Bildungsreferent.

Während SP-Vorsitzender Reinhold Entschler Stelzers Idee für „nicht völlig falsch“ hält, eine Verordnung über ablehnt – daran ist ohnehin nicht gedacht, geplant ist nur die Verteilung des Leitfadens an Schüler – kommt von der Aktion Kritischer Schüler (AKS) Hüne Stelzer solle selbst eine Wertebroschüre in Sachen Gleichberechtigung machen, sagt AKS-Vorsitzende Marie-Christine Miel in Anspielung auf die frauenlose Landesregierung. (ted)

# Wiener Zustand: Wo das „Bashing“ berechtigt ist – und wo nicht

Kotankos Corner

Von Christoph  
Kotanko



WIEN. Die Schwarzarbeit kostet pro Stunde fünf Euro. Vor den Tankstellen, Baumärkten und Getreideböden in den Stadtanlieferungen ist der „Arbeitsstrich“.

An jedem Morgen warten dutzende frierende Arbeiter ausländischer Herkunft, ausgestattet mit Pfeifarbeiteln für Proviant, auf Arbeitgeber. Diese sind Privatleute, die es billig haben wollen, und betrügerische Unternehmer.

Wer hinschaut, muss den Missstand sehen. Doch keine Behörde, ob von Bund oder Stadt, tut etwas. „Verdrängung“ musste der Ex-Wiener Sigismund Freud das Kinderschauspiel sein. Hier hat es nicht mit der Politik als mit Psychoanalyse zu tun. „Blind kann Zores“ ist Werners Inoffizieller Wappenspruch. Das gilt auch für die systemischen Kindererzieher. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: Wenn die Stadtverwaltung nicht wusste, dass ein Eltern-Netzwerk zur Kinderbetreuung problematisch ist, ist sie unfähig. Wenn sie informiert war und nicht einschritt, ist sie verantwortungslos.

## Auskunft über Dschihadisten

Die oppositionelle ÖVP wollte es gestern genau wissen. Sie drängelte SP-Bürgermeister Michael Häupl im Gemeinderat mit 30 Anfragen zu den letzten Kindergartenskontrollen, zur Wiener „Jahreszensus“ und den (nicht-) Maßnahmen gegen diese.

Solche Vorstöße sind für den Widerspenstigen nicht gewöhnten Häupl „Wien- und SP-Bashing“. Er nennt sie „unserträglich“ und „Medien-Tanzstamm“.

Zum Glück des Stadtschefs tragen sich Attacken von FP-Vizebürgermeister Johann Gudenus bei. Er sagte über Häupls marodes Stadtbudget: „Wien leidet. Sie sind nicht der Arzt, der das Leiden beenden kann. Sie sind der Schmerz.“

Fünf Milliarden Euro beträgt Wiens Schuldenstand, vor sieben Jahren waren es 1,4 Milliarden.

Nicht eingerechnet sind die Schulden ausgelagerter Unternehmen (Wiener Wohnen, Krankenkassenverbände etc.), die binnen vier Jahren um 43 Prozent auf 3,12 Milliarden Euro stiegen.

Stadtansichten. Wien ist top in vielen Wohlfühl-Rankings, aber die Kritik am Filz und an den blinden Flecken der Verwaltung wird stärker. Häupl wertet das nur als Frust der Opposition. Doch das ist zu billig.



Michael Häupl (SP), Bürgermeister seit 21 Jahren; Neos-Chefin Barke Meindl-Reisinger, FP-Vizebürgermeister Gudenus: „Sie sind der Schmerz“

Für die leere Stadtkasse gibt es politische Gründe, die der Rechnungshof regelmäßig aufzählt. Ein Beispiel: Während andere Bundesländer die Pensionsreformen des Bundes umsetzen, verzögert das die Stadt Wien bis zum Jahr 2042.

## „Geschäftsmodell für die SPÖ“

Bis die Veränderungen voll wirksam werden, kostet das die Strukturalter 350 Millionen Euro. Wiener Beiräte geben auch viel früher in Pension als ihre Kollegen in den

Ländern; zwei Drittel treten vorzeitig in den Ruhestand. Würde die Zahl halbiert, ersparte sich die Stadt 100 Millionen jährlich.

Extrem teuer ist die Werbestrategie der Gemeinde, wobei die Übergänge zur Partpropaganda fließend sind. „Die Stadt Wien ist für die SPÖ ein Geschäftsmodell“, sagt die Neos-Geschäftsinneerin Beate Meindl-Reisinger, die seit kurzem im Rathaus sitzt – gemauert sitzen würde, wenn sie dort ein geeignetes Büro bekommen hätte.

Ein Beispiel: Der SP-nahe Compress-Verlag bekam zwecks „Auslandskommunikation“ einen Zehnjahresvertrag über 146 Millionen Euro. Einziger Verlagskunde: die Stadt Wien. Der Vertrag läuft auf Drängen der Grünen aus.

Im österreichweiten Vergleich gibt Wien mit Abstand am meisten für Inserate aus: Hauptprofessoren und die Boulevardblätter „Krone“, „Heute“ und „Österreich“.

## Walzerstadt im Stöpselschritt

Nun verweist Häupl zu Recht immer wieder auf das exzellente Image der Walzerstadt, auf den Boom im Tourismus und das Absinken auf Spitzenplätze in allen Wohlfühl-Rankings. Wien ist weltweit als Kongress- und Kulturstadt führend, vergleichsweise sicher, in vielen Bereichen auch ökonomisch verwahrt.

Doch während der Dienstleistungssektor wächst, gehen Jobs in anderen Bereichen massenhaft verloren. Bei Häupls Amtsantritt gab es 140.000 Industriearbeitsplätze, heute sind es 70.000.

Metall-Reisinger nennt als Gegenbeispiel München, das in Forschung und Entwicklung gezielt investiert und damit hochwertige Arbeitsplätze schafft.

Wien hat eine Rekordarbeitslosigkeit und ein rapid wachsendes Prekariat: 135.000 Einwohner beziehen derzeit die Mindestsicherung. Die Wohnungsnot ist wegen des jahrelangen Stillstands im sozialen Wohnungsbau riesig.

Die Kommune will jetzt zusätzliche Unterkünfte bauen; auch andere Investitionen werden vorgezogen. Das verlangt noch höhere Schulden. Das im Stabilitätspunkt vorseherne „Nulldefizit“ ist 2016 unerreichbar. Die Neuverschuldung wird, wenn alles nach Plan geht, 346 Millionen Euro betragen.

Gleichzeitig will Finanzminister Hans Jörg Schelling mit strengen Vorgaben die Abkehr von der Schuldenpolitik erzwingen. Erhebter Streit über den neuen Finanzzaun ist programmiert.

Wien wird dabei nicht allein sein. Denn Budgets ohne Abgang schaffen auch andere Länder – darunter Oberösterreich – nicht.



Richter Andreas Pabik Foto: Webphoto

## Swap-Prozess: Fortsetzung nach langer Pause

WIEN/AM. Im März hatte Andreas Pabik, Richter im Swap-Prozess zwischen Bawag und der Stadt Linz, bei den Sachverständigen Uwe Wustyp und Thorsten Schmidt ein umfassendes Gutachten über die fatale Franken-Zinsswaps 4175 in Auftrag gegeben.

Dieses Gutachten konnte für den 500-Millionen-Euro-Prozess am Handelsgericht Wien entscheidend sein – allein es liegt immer noch nicht vor. Die Frist für die Abgabe – ursprünglich bis September – wurde bis Jahresende verlängert.

Auch der heutige Prozess – der erste nach monatelanger Pause – dürfte daher eher der Klärung des weiteren Ablaufs dienen. Zeugnisaussagen sind keine vorgesehen. Klar ist aber, dass es kommenden Jahr wieder spannend werden dürfte. Bekanntlich hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass sich Ex-Finanzdirektor Werner Peiss wegen des gegen ihn laufenden Disziplinarverfahrens nicht der Aussage entschlagen kann.



Irmgard Griss tritt an. Foto: APA

## Griss gibt heute Kandidatur für die Hofburg bekannt

WIEN. Die frühere Höchststrichterin Irmgard Griss gibt heute Vormittag bei einer Pressekonferenz in Wien ihre Entscheidung bekannt, bei der Bundespräsidentenschaftswahl anzutreten. In einem Video, das seit gestern Nachmittag auf YouTube zu sehen ist, verspricht Griss „eine Politik der klaren Worte.“ Die Wahrheit sei den Menschen nicht nur zumutbar, sondern geschuldet.

Die Steirerin hat sich bereits dem Neos und den Freiheitlichen in einem Hearing vorgestellt. Die Neos begrüßen Griss' Kandidatur „überordentlich“, werden aber keinen finanziellen Beitrag dazu leisten. Die FPÖ will ihre Haltung im Jänner entscheiden, ein Bescheid zeichnet sich nicht ab. Generalsekretär Herbert Kickl ist in der aktuellen Ausgabe des FP-Blattes „Neue Freie Zeitung“ entsandt von Griss' Auftritt bei der FPÖ, vor allem gesellschaftspolitisch gebe es große Unterschiede.

## Große Mehrheit für Linzer Budget

LINZ. Mehr als zehn Stunden tagte gestern der Linzer Gemeinderat in seiner Budget-Sitzung. Obwohl der Vorschlag von Finanzreferent Vizebürgermeister Christian Forstleitner (SP) bei den meisten anderen Parteien auf Kritik stieß, war die Mehrheit am Ende groß. Neben der SP nahen auch die FPÖ den Haushaltsplan zur Gänze an. ÖVP und Grüne stützten einzelnen Teilbereichen nicht zu. Einzig die Neos und die KPÖ sprachen sich gegen den gesamten Vorschlag aus. Das Budget sieht einen Abgang in Höhe von 34,1 Millionen Euro vor. Mehr auf [nachrichten.at/linz](http://nachrichten.at/linz)

## Landtag beschloss Budget 2016

67,1 Millionen Euro Defizit, SPÖ und Grüne lehnten Teilbereiche ab

LINZ. Mit der Abstimmung über die letzten Kapitel endete gestern Abend der dreistägige Budgetlandtag ohne Überraschungen. Wie erwartet haben die Mandatäre der schwarz-blauen Koalition dem Entwurf für das Budget 2016 von Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) zur Gänze zugestimmt.

Anders SPÖ und Grüne, die das Bildungsbudget ablehnten. SP-Bildungssprecherin Sabine Prosmberger kritisierte, dass Mittel für die Sanierung von Schulen unter dem Niveau von 2015 angesetzt seien, obwohl hier eine halbe Milliarde



Budget abgepruft Foto: Webphoto

Euro investiert werden müsse. Zudem seien die Investitionsbeiträge für Kindergärten um 1,5 Millionen Euro gekürzt worden. ÖVP und FPÖ

hingegen verwiesen darauf, dass die Kosten für Kinderbetreuung auf den bisher höchsten Betrag, 220 Millionen Euro, angehoben wurden. Auch Grünen-Klubchef Gottfried Hiez übte Kritik am Bildungsbudget. Es sei falsch, die Ausgaben für Erwachsenenbildung um 1,5 Millionen Euro zu beschneiden. Ebenfalls abgelehnt wurde von der SPÖ das Wohnbaubudget von FP-Chef Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner.

Insgesamt sieht das Budget 2016 Einnahmen von 5,09 und Ausgaben von 5,16 Milliarden Euro vor.

## Irak: Gouverneur führt Feiertag am 24. Dezember ein

**KIRKUK.** Völlig unterschiedliche Signale zur Situation der verbliebenen Christen kommen aus dem islamischen Irak. Als Zeichen der Solidarisierung der Politik mit den Christen hat der Gouverneur der unter kirchlicher Kontrolle stehenden Provinz Kirkuk, Nouri al-Kalini, angekündigt, dass der 24. Dezember, der Heilige Abend, in der Provinz ein öffentlicher Feiertag sein soll. Auch die Schulen bleiben geschlossen. Auf diese Weise – so der Gouverneur – könnten auch Muslime ihre Verbundenheit mit ihren christlichen Mitbürgern zum Ausdruck bringen. Der 25. Dezember, der Christtag, fällt besser auf einen Freitag, der im Irak öffentlich feriert werden darf.

Kirkuk liegt rund 180 Kilometer von Mossul entfernt. Die zweitgrößte irakische Stadt befindet sich unter der Kontrolle der „Islamischen Staat“. Die Öl-Stadt Kirkuk könnte hingegen seit 2014 die Expansionsversuche der IS-Milizien abwehren. Kurdische Peshmerga-Kämpfer übernehmen die Kontrolle über die Provinz.

In Bagdad hängen sind in der Nähe von Kirchen Plakate aufgetaucht, auf denen christliche Frauen aufgefordert werden, Kopftücher zu tragen. Auf dem Plakat ist die Jungfrau Maria mit Kopftuch abgebildet. In den vergangenen Monaten war es in Bagdad zu Entführungen von Christen und zu illegalen Enteignungen gekommen.

### Überblick

#### Italien: 33 Wahlgänge für drei Verfassungsrichter

**ROM.** Zuletzt hatte Regierungschef Matteo Renzi das italienische Parlament mit dem Warten zum Beschluss aufgefordert, es habe sich „schon genug blasiert“. Nach 32 ergebnislosen Wahlgängen gelang es durch einen Kompromiss des Sozialdemokraten Renzi mit der populistischen Grillo-Fraktion, die notwendige Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Das Parlament wählte in Italien ein Drittel der Höchstzahl, ein weiteres der Staatspräsident, ein drittes das Gericht selbst.



Foto: AP/A



Putin vor gewaltiger Kulisse bei seiner Jahreskonferenz. „Die russische Wirtschaftskrise ist vorbei, jedenfalls der Höhepunkt.“

Foto: Reuters

# Putin erklärt Türkei zum Hauptfeind und lobt die Syrienpolitik der USA

„Praktisch unmöglich, mit der amtierenden Führung in Ankara Verständigung zu finden“

Von Stefan Schöll aus Moskau

Kaum hatte Wladimir Putin Platz genommen, da nahm er seine Armbanduhr ab und legte sie zwischen Tischmikrofon und Tastatur. Eine Neuverung, offenbar um unzufälliger als früher auf die Uhr zu schauen.

Ansonsten wirkte die 11. Jahrespresskonferenz des russischen Präsidenten vor der Rekordkulisse von 1300 Journalisten im Moskauer Internationalen Handelszentrum eher traditionell. Auch dieses Jahr waren die ersten Fragen den Reportern der Staatsmedien des sogenannten Kremlpools vorbehalten. Sie lieferten dem Staatschef die Stichworte für eine optimistische Wirtschaftspräsentation. Infolge des Ölpreissturzes sei das Bruttoinlandsprodukt um 3,7 Prozent gefallen, die Inflation um 12,3 Prozent gestiegen. Aber seit Mai falle die Industrieproduktion nicht mehr, die Getreidernte sei wieder sehr gut gewesen.

Obwohl viele Experten befürchteten, Russland habe wirtschaftlich die größten Probleme noch vor sich, sagte Putin ähnlich wie ver-

gangenes Jahr: „Die russische Wirtschaftskrise ist im Großen und Ganzen vorbei. Auf jeden Fall ihr Höhepunkt.“

#### „Kein freundschaftlicher Akt“

Auch dass es nach der Wirtschaft mit Außenpolitik weiterging, hat Tradition. Putin beantwortete gleich mehrere Fragen zum aktuellen internationalen Hauptfeind dieses Jahr der Türkei. Er fand deftige Worte: „Wenn jemand aus der türkischen Regierung beschlossen hat, den Amerikanern eine Stelle abzulecken, weiß ich nicht, ob das

richtig gewesen ist.“ Es sei praktisch unmöglich, mit der amtierenden türkische Führung eine Verständigung zu finden. Er warf den Türken vor, sie hätten es versucht, die russischen Luftstreitkräfte zu informieren, dass die Türkei in dem von Turkmenen besetzten syrischen Grenzgebiet ihre eigenen Interessen verfolge. Faktisch wenig korrekt: Türkische Diplomaten hatten Wochenlang gegen die russischen Bombardements der Turkmenen protestiert, ehe sie den dort operierenden russischen Kampfbomber abschos-

sen. „Kein freundschaftlicher Akt“, wie Wladimir Putin ironisch anmerkte.

Putin pflegte die ihm eigene Dialektik: Einerseits versicherte er, der Terrorismus des Islamischen Staates sei eine Bedrohung für alle, sein Plan zur Lösung des Syrienkonfliktes entspreche in vielen jenen der USA, Russland unterstütze die US-Initiative für eine Syrienresolution des UN-Sicherheitsrates.

#### Auch Spitzen gegen die USA

Andererseits erklärte er, der Islamische Staat sei nur noch zweitrangig. Jemand sei seinerzeit im Irak einmarschiert, habe das Land zerstört, Ölgeschmuggel in gewaltigen Dimensionen begonnen und dann die Islamisten zum Instrument gemacht, um den illegalen Export von Öl zu sichern. Das alles klang, als meine Putin damit wieder einmal Amerika.

Auf unbesogene Fragen, etwa zu einem korrupten Generalstaatsanwalt und seinen Söhnen, antwortete der Staatschef wie üblich gekonnt vage. Eine Kommission ermittle, sagte Putin, um dann mit einem Witz auszuweichen.

#### PUTIN WILL NOBELPREIS FÜR FIFA-PRÄSIDENT JOSEPH BLATTER

Zu dem unter Korruptionsverdacht stehenden FIFA-Chef Joseph Blatter hat Wladimir Putin eine der des Westens diametral entgegengesetzte Meinung: „Blatter hat viel für die Entwicklung des Fußballs getan“, sagte er. Und: „Das ist jemand, dem man den Friedensnobelpreis geben sollte.“ Blatter ist derzeit für 90 Tage von seinem Amt suspendiert, ihm droht eine lange

Sperre durch die FIFA-Ethikkommission. Zu Bestechungsvorfällen bei der Wahl Russlands zum Gastgeber der Fußball-WM 2018 sagte Putin: „Wir wissen nichts davon. Russland hat den Zuschlag auf ethische und transparente Weise bekommen.“



Foto: AP/A

## Wackelige Anti-IS-Allianz der Saudis

Viele der 34 islamischen Staaten wurden davon noch gar nicht informiert

**RIAD.** 34 Staaten hätten sich zu einer Anti-IS-Militäraktion zusammengeschlossen, verkündete Saudi-Arabiens Verteidigungsminister Prinz Salmaan bin Mohammed diese Woche. Doch Länder wie Pakistan, Malaysia oder der Libanon wussten davon vor den Medienberichten noch nichts, waren weder telefonisch noch schriftlich angefragt worden.

Pakistans Außenminister Aizaz Chaudry erklärte, niemand aus dem saudischen Herrscherhaus habe die Regierung in Islamabad gefragt. Chaudry sprach von einer Fehlschuldung, die nun der pakistanische Botschafter in Saudi Arabien auflären soll.

Ähnlich äußerte sich Malaysias Außenminister Hishammuddin



Allianzgründer Prinz Salmaan Foto: AP/A

Hussain. Es gehe nicht um eine Militäralianz, sondern um die allgemeine Überwindung, mehr gegen den Terrorismus zu unternehmen. Weder ein Schreiben noch einen Telefonanruf bezüglich der Allianz hat auch Libanons Regierung erhal-

ten. Der Libanon wird aber als Gründungsmitglied der Allianz genannt. Im Libanon ist der sunnitische Regierungschef für die Koalition, christliche und schiitische Minister wegen der Dominanz der Sunniten aber dagegen.

Das Bündnis soll laut den Saudis alle „terroristischen Organisationen“ bekämpfen, nicht nur die Terrormacht „Islamischer Staat“ (IS). Die meisten Mitglieder haben eine islamische Bevölkerungsmehrheit. So werden auch Ägypten, Libyen, Sudan, Jordanien, Marokko und Mali genannt. Wichtige islamische Staaten wie Iran, Irak, Afghanistan und Indonesien sind nicht dabei. Das sunnitische Saudi-Arabien betrachtet den schiitischen Iran als größten Rivalen in der Region.

## Weiter in Afghanistan

Deutschland verlängert Militärhilfe gegen Taliban

**BERLIN.** Der Bundestag hat auf Ersuchen der NATO den Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan gestoppt. Mit großer Mehrheit (79,7 Prozent) beschloss das Parlament die Aufstockung der Bundeswehrtruppe am Hindukusch von 850 auf bis zu 980 Soldaten gegen die Taliban. Die deutsche Beteiligung an der NATO-Ausbildungs- und Beratungsmission „Resolute Support“ wird bis Ende 2016 verlängert, wobei die Regierung klargemacht hat, dass sie ein Ende des Einsatzes für nicht absehbar hält.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen geht davon aus, dass die Bundeswehr noch Jahre im Land bleiben muss. Sie räumte ein, dass sich die NATO beim Abzug verschätzt hat. „Der ursprüngliche

Plan war zu ehrgeizig, er war zu schnell. Es hat die Taliban ernüchtert.“ Der Abzug müsse sich nun alleine an der Lage und nicht mehr an starren Zeitplänen orientieren.

#### Rückschläge eingeräumt

Die Koalitionsfraktionen Union und SPD räumten Rückschläge in Afghanistan ein, warnten aber zugleich davor, das Land seinem eigenen Schicksal zu überlassen.

Der Kampfeinsatz der NATO-geführten internationalen Afghanistan-Truppe endete vor knapp einem Jahr. Daran knipfte der Ausbildungseinsatz an, der eigentlich nur bis Jahresende vorgesehen war. Anfang Dezember hatte die NATO beschlossen, den Einsatz mit 12.000 Soldaten zu verlängern.

# EU-Gipfel: Viele Beschlüsse, wenig Umsetzung in der Flüchtlingskrise

Zustrom an Migranten, die über die Türkei kommen, nimmt ab – Probleme in der EU bleiben

Von Stephanie Peck aus Brüssel

Zwei zentrale Ansatzpunkte gibt es in der Flüchtlingskrise – und bei beiden machte die EU bisher keine gute Figur: die Sicherung der Außengrenzen und die Verteilung jener Flüchtlinge, die in der EU ankommen. Mit beiden beschäftigten sich die Staats- und Regierungschefs gestern beim letzten EU-Gipfel in diesem Jahr.

Einzig dramatisch war, wie EU-Finanzspräsident Martin Schaffl betonte. Dabei könnte die EU „spielend in der Lage sein“, das Flüchtlingsproblem zu bewältigen – wenn alle zusammenarbeiten. Diese Ansicht teilen auch jene Länder, die sich vor dem Gipfel zu einem Treffen in der Ständigen Vertretung Österreichs eingeladen hatten. Die „Koalition der Willigen“ beriet mit dem türkischen Premier Ahmet Davutoglu.

In Zukunft sollen mehr Flüchtlinge von der Türkei in die EU übernommen werden, dafür soll Ankara die illegale Migration verhindern, so das Ergebnis. „Man muss deutlich sagen: Wenn die Grenzsicherung nicht funktioniert, funktioniert die legale Einreise auch nicht“, sagte Kanzler Werner Faymann. Sprüche Solange die Türkei die Grenzen nicht dichtmacht, gibt es keine Übernahme.



Beim Treffen der „Willigen“ Werner Faymann, Martine Schulz und Angela Merkel mit Ahmet Davutoglu

Foto: AFP

machte die Kommission am Dienstag einen Vorschlag. Der wurde beim Gipfel zwar diskutiert, Beschlüsse gab es aber keine.

Einen Mangel an Beschlüssen gibt es bei der Verteilung von Flüchtlingen in der EU nicht, wohl aber bei der Umsetzung. 160.000 Menschen aus Italien und Grie-

chenland sollen unverteilt werden, laut den Zahlen der EU-Kommission waren es mit Stand Donnerstag erst 232, die in ein anderes Land gebracht wurden.

Der Beschluss für die Unverteilung sei trotzdem richtig gewesen, sagte Faymann. „Man müssen wir die Kluft zwischen dem schließen,

was wir beschließen, und dem, was wir realisieren.“ An jene Länder, die sich nicht solidarisch zeigen, richtete Faymann erneut eine Drohung in Bezug auf finanzielle Mittel aus der EU. Er will den Druck erhöhen, wenn es an die Verhandlung des nächsten europäischen Finanzpakets geht.

Um Beteiligung gewonnen

An dem Mechanismus würden sich die EU-Länder freiwillig beteiligen. Kanzlerin Angela Merkel rief gestern dazu auf, dass sich möglichst viele, auch außerhalb der „Koalition der Willigen“, anschließen. Akut ist die Frage aber noch nicht, denn die Grenzsicherung funktioniert seitens der Türkei schleppend. An die 4000 Menschen kamen im Dezember täglich über den Seeweg nach Griechenland. Das ist ein leichter Rückgang, der aber auch dem schlechten Wetter geschuldet sein kann.

Außer auf die Türkei will sich die EU bei der Grenzsicherung nicht verlassen. Wie die Außengrenzen gestärkt werden können, dazu

## Forderungen zum Teil „inakzeptabel“

EU-Gipfel befasste sich gestern auch mit den Wünschen Großbritanniens

**BRÜSSEL.** So turbulent das laufende Jahr für die EU zu Ende geht, so turbulent dürfte das nächste beginnen. Neben der anhaltenden Flüchtlingskrise gehen die Verhandlungen mit Großbritannien vor dem Referendum über einen EU-Austritt in die entscheidende Phase.

Der britische Premier David Cameron will mehrere Forderungen erfüllt sehen, bevor er in seiner Heimat für ein „Ja“ zu Europa wirbt. Beim gestrigen Treffen der

Staats- und Regierungschefs gab es eine erste Aussprache zu den britischen Wünschen – „ohne Tabus“, wie Ratspräsident Donald Tusk forderte.

Tusk und sein Team arbeiten im Hintergrund bereits seit Monaten an einer Lösung, um die Interessen der Briten und des Rests der EU unter einen Hut zu bringen. Die Sache gestaltet sich schwierig, denn die Forderungen Camerons gehen an substantielle Dinge. Tusk ertet zwar ein Ent-

gegenkommen der anderen Länder, manche Forderungen seien allerdings „inakzeptabel“, sagte er gestern wörtlich.

Das betrifft vor allem die Wünsche zu Sozialleistungen für EU-Ausländer. Sie sollen nach dem Willen Camerons erst nach vier Jahren bewilligt werden. Eine Diskriminierung von EU-Bürgern, die derzeit weder von der Kommission noch von den anderen Staaten oder dem EU-Parlament akzeptiert wird. (psd)

## Wirtschaft



Foto: Reuters

### IWF-Chefin muss vor Gericht

**PARIS/WASHINGTON.** Der Chefin des internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, soll wegen einer Finanzaffäre in Frankreich der Prozess gemacht werden. Die frühere französische Finanzministerin soll sich in der sogenannten Tapie-Affäre vor dem Gerichtshof der Republik in Paris verantworten.

Lagarde war im August 2014 in der Affäre um eine staatliche Entschädigungszahlung für den umstrittenen Geschäftsmann Bernard Tapie von mehr als 400 Millionen Euro formell beschuldigt worden. Die Ermittler werfen ihr vor, als damals verantwortliche Finanzministerin „nachlässig“ gehandelt zu haben. Lagarde kündigte an, Rechtsmittel gegen diese Entscheidung einzulegen.

# voestalpine verschärft Sparprogramm: Eine Milliarde weniger Kosten bis 2017

Das laufende Kostensenkungsprogramm wird über den Jahreswechsel verstärkt

LINZ. Seit 2014 läuft das aktuelle Sparprogramm im voestalpine-Konzern. Dieses soll bis zum Ende des Geschäftsjahres 2016/17 (per 31. März) 900 Millionen Euro an struktureller, also dauerhafter Kosteneinsparung bringen. Nun hat der Konzernvorstand allen vier Divisionen den Auftrag erteilt, ihre Kosten noch einmal zu hinterfragen. Ziel ist es, nun mehr als eine Milliarde Euro gegenüber dem Start 2014 einzusparen.

Über genaue Zahlen bzw. Stoßrichtungen wollte Konzernchef Wolfgang Eder gestern nichts sagen, das sei vertraulich. Es gehe vor allem um schnelle Wirksamkeit der Kosteneinsparung - den Beginn bilden Maßnahmen, gebundenes Kapital zu reduzieren.

Die schwache Konjunktur verlange, dass „etwas draufgesetzt wird“, sagte Eder. So hinterlässt die Investitionszurückhaltung der Öl- und Gasindustrie ein Loch in den Auftragsbüchern des Stahlkonzerns. Es fehlt etwa die Auslastung, weil Großprojekte wie die Gas-Pipeline Southstream entfallen. Auch der Verfall der Stahlpreise setzt dem Konzern zu. Das Programm dient offenbar dazu, die Ertragslage im nächsten Geschäftsjahr zu haben, für das im März endende Geschäftsjahr sind keine Wirkungen zu erwarten.

## Umsatzziele gekappt

Eder hat gestern die Öffentlichkeit darüber informiert, dass die voestalpine ihre langfristigen Umsatzziele gekappt hat. Das hatte Eder zuletzt versichert, ohne Zahlen zu nennen. Derzeit hält der Konzern mit 500 Gesellschaften bei 11,2 Milliarden Euro. 2020 sollten es laut Plänen im Dezember 2012 20 Milliarden sein. „Wir waren wahrscheinlich damals - wie viele andere - zu optimistisch, als wir glaubten, die Krise sei überwunden“, sagte der Konzernchef. Al-



Viel gebundenes Kapital: Verzinkte Bleche in Linz

Foto: APA

lein drei Milliarden fehlen aufgrund des Verfalls der Rohstoffpreise. Niedrigere Erz- und Kohlepreise seien zwar positiv auf der Kostenseite, müssten aber an die Kunden weitergegeben werden und fehlen damit auch im Umsatz. 500 Millionen Euro Umsatz fehlen, weil einige Firmen verkauft worden seien. Und 1,5 Milliarden fehlen, weil man bei Zukäufen weniger erfolgreich gewesen sei als erwartet. Es habe wenige attraktive große Ziele gegeben. Diese seien so umkämpft gewesen, dass „aktuelle Preise“ gezahlt worden seien - „und das tun wir nicht“.

„Es ist uns viel wichtiger, uns qualitativ im Ergebnis zu verbessern, als quantitativ im Umsatz“, sagte Eder. Die Ertragsziele bleiben im Verhältnis zum Umsatz aufrecht: Die Ergebnismarge (Ebit zum Umsatz) solle neun Prozent erreichen. Derzeit liegt der Konzern bei 7,9 Prozent. Beim Ergebnis vor Steuern und Abschreibungen sei man dem Ziel von 14 Prozent bereits sehr nahe. (ab)

## SPAREN, SPAREN, SPAREN

„Wir waren wahrscheinlich 2012 - wie viele andere - zu optimistisch, als wir glaubten, die Krise sei überwunden.“

Wolfgang Eder, Voestalpine-Konzernchef



# 900

Millionen Euro laubte die Sparvorgabe der voestalpine-Konzernspitze 2014. Jetzt wird draufgesetzt: Innerhalb von drei Geschäftsjahren, also bis März 2017, soll in den vier Divisionen mehr als eine Milliarde Euro an Kosteneinsparungen erzielt werden.

# 600

Millionen sollte ein Sparprogramm liefern, das zwischen 2009 und 2012 gelaufen war.

Ein Drittel der 900 Millionen wollte Eder ursprünglich ins Ergebnis retten. Der Rest würde ohnehin durch Verteuerungen aufgeprägt.

## Nach 14 Jahren: Prozess um New-Economy-Firma YLine mit sechs Freisprüchen beendet

Firmengründer Böhm bezeichnet den Prozess wegen langer Verfahrensdauer als „nur bedingt gerecht“

WIEN. Der Prozess um die Pette des ehemaligen Internet-Stars YLine ist 14 Jahre nach der Insolvenz der Firma gestern, Donnerstag, in Wien zu Ende gegangen. Für den Firmengründer Werner Böhm und die weiteren fünf Angeklagten gab es Freisprüche zum Verdacht auf Untreue, Insiderhandel und Bilanzfälschung. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, da sich die Staatsanwaltschaft Bedenkzeit erbeten hat.

Böhm wurde in der causa Bilanzfälschung zu Prozesskosten von 7000 Euro verurteilt, was dieser ablehnt. Böhm sagte nach der Urteilsverkündung, er hoffe die causa



Hauptangeklagter Werner Böhm (2014)

men möglichst schnell abzuhaken. Gerechtigkeit sei ihm aber nur bedingt widerfahren, sagte er mit Rück auf die lange Verfahrensdauer. Er habe erhebliche finanzielle Einbußen erlitten. „Finanziell ist es mir schlecht gegangen“, so Böhm. Er ist mittlerweile beruflich in Kanada aktiv, sein Monatsinkommen beschrieb er mit gut 3000 Euro brutto monatlich.

Laut Richterin Marion Höbercker sind bei YLine zwar Fehler passiert, aber diese seien im Zuge des normalen Wirtschaftens mit unternehmerischem Risiko zu rechtfertigen. Es liege hier ein

„Grenzfall“ zwischen diesem Risiko und Verfehlungen vor, so die Urteilsbegründung nach 44 Verhandlungstagen.

Bekannt geworden ist YLine durch die Erstellung der unstrittigen „New Economy“-Homepage des damaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser (FPÖ/ÖVP), bezahlt von der Industriellenvereinigung. Angeklagt war unter anderem ein Deal mit IBM zur Lieferung von PCs sowie eine Online-Perp-Show, deren Firmenwert weit überzogen bewertet worden sein soll. Die struppigen Damen sollen übrigens kein Geld gesehen haben.



Wer via Smartphone Familienkontakt hält, tut sich mit der Technik leichter.

## Was den Senioren beim „Wisch-Handy“ wichtig ist

Linzner Emporia hat 80 Ältere in Studie beobachtet

Von Ulrike Babussek

**LINZ.** Kurz vor Weihnachten überlegen manche Familien noch, der ältesten Generation ein modernes Handy zu schenken – oft auch aus Sicherheitsüberlegungen. Bisher haben 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ein Smartphone. Der Anteil in der Altersgruppe 65+ liegt hingegen nur bei 18 Prozent. Das will der Linzner Handy-Bauer Emporia in den nächsten Jahren ändern. Seit Frühjahr hat das Unternehmen mit 70 Mitarbeitern in Linz ein eigenes „Wisch-Handy“ für Ältere im Portfolio. Um den Senioren-Smartphonesekt richtig aufzubauen, hat Emporia 80 Senioren in einem Langzeitstudium bei der Smartphone-Nutzung genau beobachtet. Die Ergebnisse liegen den OÖN-Schreibern exklusiv vor.

Die entscheidendsten Kriterien, damit Ältere ein Smartphone überhaupt besitzen, sind:

**Die Größe und die Haptik:** Es sollte „gut in der Hand liegen“, sagt Emporia-Chefin Eveline Papeter. Das heißt: nicht zu dünn oder dick und nicht mit Aluminium-Oberfläche. Diese werde als „zu rutschig“ wahrgenommen und schüre die Angst, dass das kostbare Telefon aus der Hand rutscht. Das Computertelefon sollte aus Sicht der Testpersonen mindestens vier Zoll groß sein (wie zum Beispiel das iPhone 5S). 5-Zoll-Handys wie das Samsung-Flaggschiff Galaxy S6 sind, so die Studienergebnisse, das Meisten,

weil der Bildschirm dann nur mehr schwerig mit einer Hand (mit dem Daumen) zu bedienen ist.

**Die Eingabemöglichkeiten:** Gerade für Smartphone-Einsteiger ist es sehr hilfreich, eine dem alten „Ziegelstein“-Telefon ähnliche Bedienoberfläche zu haben. Je ähnlicher, desto leichter fällt der Umstieg. Emporia's Smartphone bietet hier eine Weizenreife: ein dünnes, aufklappbares Tasten-Cover, das die Hälfte des Bildschirms bedeckt, aber auch ganz weggeklappt werden kann. Ganz in alter Manier können Senioren so auf ihrem Smartphone mittels Tasten telefonieren. „Überraschend war, dass 98 Prozent der Testpersonen auf dem Eingabestift (Stylus, Apen) bestehen“, sagt Studienleiterin Sigrid Prammer, um bei der Texteingabe für SMS, E-Mail, WhatsApp mehr Bedienbarkeit zu haben. Am besten sei das „Wischen echt cool“.

**Einfachheit:** Je weniger Schritte zu einem Ergebnis führen, desto lieber und öfter wird eine Funktion genutzt.

**Tarifflexibilität:** Ein spielerischer Zugang funktioniert nur, wenn die Senioren keine Angst vor Kostenexplosion haben. Also Auftrag an die Jüngeren: Datentarife erklären.

**Konkreter Nutzen:** Je konkreter ein Nutzen erkannt wird, desto schneller wird das Gerät akzeptiert. Beispiel: Video-Aufnahmen von Physiotherapie-Übungen, um zu Hause leichter zu üben.

## ZINSWENDE Weltwirtschaft reagiert überwiegend positiv auf die erste

# Die US-Notenbank zieht einen Schlusstrich unter die jahrelange Finanzkrise

Höhere Zinsen in den USA könnten den Euro weiter schwächen, was in Europa durchaus als Vorteil gesehen wird

**WASHINGTON/WIEN.** Die Zinsswende in den USA war erwartet worden. Auch beim Ausmaß der Zinserhöhung überraschte Janet Yellen, Präsidentin der US-Notenbank Federal Reserve (Fed), nicht. Entscheidend wird, wie die Fed weiter agiert, und welche mittelfristigen Auswirkungen die Zinserhöhung weltweit haben wird.

**1 Wie haben die Finanzmärkte auf die Zinserhöhung in den USA reagiert?** Positiv, vor allem in Europa. Am Donnerstagmorgen lag etwa der deutsche Aktienindex DAX mit mehr als drei Prozent im Plus. Die US-Börsen reagierten schon am Mittwoch nach Bekanntgabe der Zinserhöhung mit Gewinnen. Gestern stieg der Dow Jones nur leicht schwächer. Die positive Reaktion ist bemerkenswert, weil somit die alte Faustregel, dass Aktienkurse bei steigenden Zinsen sinken, außer Kraft gesetzt wurde. Auch hatte es bis vor einiger Zeit die Angst gegeben, dass von der ultralockeren Geldpolitik verursachte Blasen an den Kapitalmärkten platzen, sobald die Zinsen steigen.

**2 Warum schreckt die Zinserhöhung die Wirtschaft nicht ab?** Weil die Erleichterung bei den Investitionen überwiegt. Die Zinsswende war mehrmals verschoben worden, was zu Unsicherheit führte. „Die Angst ist nun weg“, sagt Raffiesen-Chefanalyst Peter Iverschek. In Europa sei die Reaktion stärker, weil vor allem die europäischen Exporteure von der US-Zinserhöhung profitieren sollten. Außerdem sind US-Aktien schon relativ teuer. Von einer „psychologischen Meisterleistung“ der US-Notenbank spricht Teodoro Cocco, Professor für Asset Management an der Uni Linz. Sie habe die Märkte zuerst vorbe-

reit und nun beruhigt. Im September, als der Zinsschritt doch nicht erfolgte, gab es teils starke Aktienkursverluste. Generell signalisiert die Fed mit ihrer Entscheidung, dass die US-Wirtschaft wieder stark und die Finanzkrise ausgestanden ist.

**3 Wie geht es nun weiter?** Es hängt davon ab, ob die Zinsswende nachhaltig ist und in welchem Tempo sie erfolgt. Die Zinserhöhung sei nur ein kleiner Schritt gewesen, sagt Cocco. Für Währungen und Konjunktur sei auch entscheidend, was sich in Europa und den Schwellenländern tun. Iverschek rechnet mit mehreren US-Zinserhöhungen 2016: „Das könnte den Dollar im zweiten Halbjahr in Richtung Parität zum Euro bringen.“ Fed-Chefin Yellen hat angekündigt, dass man ein Bündel von Indikatoren für die weiteren Entscheidungen beobachte, nicht nur die Inflation. Letztere dürfte 2016 deutlich steigen, wenn Basiseffekte vom niedrigen Ölpreis wegfallen. Das ist jedenfalls ein Indiz für eine weitere Straffung der Geldpolitik. Die Mitglieder des geldpolitischen Ausschusses der Fed erwarten für 2016 einen US-Leitzin-

satz von 1,375 Prozent. Dies würde vier Erhöhungen um 0,25 Prozentpunkte entsprechen.

**4 Welche Auswirkungen hat die US-Zinsswende auf die europäischen Volkswirtschaften?** Die Effekte sind tendenziell positiv. Die höheren Zinsen in den USA sollten den Eurokurs in Relation zum Dollar weiter drücken. Das ist gut für die Exporteure aus der Eurozone heraus. Importe werden freilich etwas teurer, das gilt vor allem für Öl. Aber das ist derzeit so billig, dass man diesen Effekt kaum merkt.

**5 Gilt das auch für die österreichische Wirtschaft?** Ja, wobei unsere Exporteure zum überwiegenden Teil in die Eurozone gehen. Wir profitieren aber indirekt stark als Zulieferer der deutschen Industrie. Den schwächeren Euro nennen gestern die Wirtschaftswissenschaftler von Wifo und IBS als einen von vier „Helfern“ für die vorausgesagte Konjunkturerholung in nächsten Jahr. Dazu kommen noch der niedrige Ölpreis, die Steuerreform und die kurzfristig positiv wirkenden Zinssenkungen für die Anleiher. All das



Wichtiges Lob für die Fed-Präsidentin Janet Yellen (Dauer)

## Viehvermarktung Nord: Die abgesagte Leich'

Der Weiser Unternehmer Herbert Handlbauer bot mehr und wird den Schlachthof in Adlwang übernehmen

**T**ogessagte leben länger. Das bewahrheitet sich auch bei der Viehvermarktung Nord (VVN). Die Raffiesen-Genossenschaft sollte bei einer Generalversammlung am Kumpstag von dem rund 200 bäuerlichen Eigentümern zur Liquidation freigegeben werden. Die OÖN haben berichtet.

Zwei Tage vor dem Termin äußerte sich Mitbegründer Jakob Auer gegenüber den OÖN noch verärgert, wie die Genossenschaft abgewirtschaftet worden sei und dass er nicht eingeladen worden sei zur „Leich“. Bei der Versammlung übernahm der Präsident des Bauernbundes, Abgeordnete zum Landtag und Ob-

mann der Raffiesenlandesbank jedoch die Regie und warf das Konzept von Obmann Johann Scherleitner aus Vorchdorf über den Haufen.

Dieser hatte geplant: Ein Verein sollte die Vermarktung der Mastschweine der 200 Mitglieder übernehmen – rund 3000 sind es pro Woche. Den gepackten Zeilinger Schlachthof in Adlwang würde der österreichische Marktführer, die Marcherfleischwerke aus Villach, weiterführen.

Während Geschäftsführer Norbert Marcher vor dem Saal wartete, um sein Konzept nach Beschluss der Liquidation zu präsentieren,



Josef Scherleitner Foto: VP-Fotograf

machte Auer den Bauern hinter den Türen eine Alternative schmackhaft. Die VVN solle weiter Schweine aufkaufen und nach Adlwang liefern, wo der Weiser Unternehmer Herbert Handlbauer den Schlachthof übernehme. Handlbauer werde doppelt so viel wie Marcher zahlen – 240.000 Euro – und eine Fortführung bis zum Pachtende 2019 garantieren.

Marcher soll erbot von dannen gezogen sein. Zwei Sieger blieben: Auer muss sich nicht vorwerfen lassen, in wirtschaftlich schwieriger Zeit habe eine Raffiesen-Genossenschaft die Bauern im 90k gelassen. Handlbauer verkündet, dass Marcher zu seinem Schlachthof in Stettnerkirchen ein weiteres

Standbein erhält, tritt in ein wichtiges Schweineproduktionsgebiet.

Trotz mehrerer telefonischer Anfragen erließen die OÖN keine Stellungnahme von den Handelnden. Sie wollten nicht erklären, warum das als gescheitert eingestufte VVN-Konzept plötzlich finanziell funktionieren sollte. Oder warum Handlbauer wenige Kilometer vom seinem Schlachthof in Ried 80 Traunkreis entfernt längerfristig einen weiteren Betrieb führen sollte. (Er hat weitere in Linz, Pregarten, Raasdorf, Gars und Lambrecht.) Als Handlbauer vor zwei Jahren die Oberndorfer Schlachterei in Ried übernahm, hatten dessen bäuerliche Lieferanten plötzlich keinen Abnehmer mehr.

## Zinserhöhung in den USA seit fast zehn Jahren



### BUDGETDEFIZIT STEIGT

Das Wifo erwartet 2016 einen Anstieg des Maastricht-Defizits von 1,6 auf 1,9 Prozent der Wirtschaftsleistung, 2017 aber einen Rückgang auf 1,7 Prozent. Das IHS sieht – auch wegen der höheren Ausgaben für Asylwerber – die Defizitquote von heuer 1,7 auf 2,1 Prozent im Jahr 2016 steigen. 2017 soll sie auf 1,7 Prozent zurückgehen. Ohne zusätzliche Maßnahmen werde sich das strukturelle Nulldefizit in beiden Jahren nicht ausgeben, so die Wirtschaftsforscher.

sollte die österreichische Wachstumsrate von heuer 0,8 auf 1,7 Prozent im nächsten Jahr ansteigen (siehe Grafik).

**6** Wenn in den USA die Zinsen werden gekommen ist, wann dürfen wir sie in der Eurozone erwarten? Nicht in den nächsten beiden Jahren. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat vor wenigen Tagen ihre Geldschleusen weiter geöffnet, indem sie ihr unstrukturiertes Kaufprogramm für Anleihen bis März 2017 verlängert hat. Erst wenn dieses Billionen-Programm ausgedient ist, kann die europäische Notenbank langsam daran gehen, auch bei den Zinsen etwas zu tun.

**7** Warum ist es so schwierig, von einer Politik des billigen Geldes in Richtung Normalität zu gehen? Die Akteure auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft gewöhnen sich schnell und gerne an eine Nullzinspolitik. Das billige Geld hat etwa die Aktienkurse in den vergangenen Jahren stark steigen lassen. Auch die Finanzminister der Eurozone profitieren davon: Je höher die Schulden, umso größer der Vorteil. Sie dürfen also weniger Freude haben, wenn es in die andere Richtung geht. Der Zins als Preis des Geldes verliert damit aber seine Kontrollfunktion, damit werden auch Finanzblasen wahrscheinlicher. (hrj/az)

## Rotax-Motorenfertigung in Günskirchen läuft auf Hochtouren

Trotz massiver Umbauarbeiten werden am Standort heuer 163.000 Motoren produziert

Von Simone Dickstein

**GÜNSKIRCHEN.** Im Rotax-Werk in Günskirchen bleibt zur Zeit kein Stein auf dem anderen: Anlagen werden verschoben, alte Maschinen ausgetauscht und durch neue ersetzt. „Wir haben heuer einen deutlich zweistelligen Millionenbetrag in den Standort investiert“, sagt Thomas Uhr, Geschäftsführer des zum kanadischen BRP Konzern gehörenden Unternehmens. Die Veränderungen, die unter dem Titel „Günskirchen 2020“ laufen, sollen die Motorenfertigung technologisch für die Zukunft fit machen.

Für die 1140 Mitarbeiter am Standort bedeuten die Umbauten, dass es heuer keine Verschnaufpause gab. In den traditionellen Werkferien im Sommer wurde praktisch durchgearbeitet und auch in den Tagen bis Weihnachten läuft die Produktion auf Hochtouren. Denn alle Veränderungen müssen bei laufender Fertigung umgesetzt werden. „Wir sind aber sehr weit. Verglichen mit einem 100-Kilometer-Lauf haben wir Kilometer 70 schon erreicht.“

### Hochzeiten zu Jahresende

Rund 163.000 Motoren werden in Österreich produziert. Zum Einsatz kommen sie vor allem in Motorschneidern und Jetboats, die in den USA und in Kanada beziehungsweise in Australien stark nachgefragt werden. „Wir haben jetzt Hochsaison, 75 Prozent unserer Ergebnisse machen wir im vierten Quartal“, sagt Uhr.

Als Tochter des börsennotierten BRP Konzerns ist das Unternehmen selbst zur Zahlen zurückhaltend. Laut Firmenbuch hat das Werk 2014/15 (per Ende Jänner) einen Umsatz von 541,7 Millionen Euro erzielt, bei einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) von 28 Millionen Euro.

Rund sieben Prozent des Umsatzes werden pro Jahr in Forschung und Entwicklung investiert. Für Uhr liegt darin der Schlüssel zum Erfolg im globalen Standortwettbewerb. „Wir müssen in der Innovation so schnell sein, dass Standorte, die kostengünstiger arbeiten als

Wir müssen in der Innovation so schnell sein, dass kostengünstigere Standorte uns nicht den Rang ablaufen können.“

Thomas Uhr, Chef der Motorenproduktion in Günskirchen, über den globalen Standortwettbewerb

wir, uns nicht den Rang ablaufen können.“ Eine Neuheit, die heuer vorgestellt wurde, ist beispielsweise ein 300-PS-starker Drei-Zylinder-Motor für Wasserfahrzeuge. Sein Vorgänger mit 260-PS lief in Günskirchen 2015 zum 555.555. Mal vom Band. Bei den Flaggenmotoren wurde ein Modell präsentiert, das bis zu 90 Prozent weniger Treibstoff verbraucht als herkömmliche Motoren. Im Segment der Kolben-Flaggenmotoren für Leichtflugzeuge ist BRP Rotax Weltmarktführer.

Marktschleifen wie diese sind für Uhr die ersten Früchte, die aus dem laufenden Reorganisationsprozess geerntet werden. Ein Mitarbeiterwachstum am Standort sieht er aber mittelfristig nicht. „Wir werden nicht mehr werden, aber die Tätigkeiten werden qualitativ anspruchsvoller.“



Geschäftsführer Thomas Uhr Foto: ÖBB

## Arbeitsmarkt bleibt Hauptproblem

Wirtschaftsforscher erwarten Anstieg der Arbeitslosenrate auf zehn Prozent

**WIEN.** Als „Problem Nummer eins“ der österreichischen Wirtschaftspolitik bezeichnete gestern Wifo-Chef Karl Aiginger den Arbeitsmarkt in unserem Land. Trotz besserer Konjunktur werde die Arbeitslosenrate weiter steigen und im Jahr 2017 voraussichtlich über die Zehn-Prozent-Marke springen.

Gleichzeitig wächst die Beschäftigung um mehr als 30.000 Personen pro Jahr. Aber das reicht nicht, denn das Arbeitskräfteangebot steigt um gut 70.000 Personen. Migration, der erschwerte Zugang zur Frühpension und die steigende Erwerbsquote bei den Frauen sind die Hauptgründe. „Diese Faktoren gab es schon vor der Flüchtlingsmigration der vergangenen Monate“, sag-

te Aiginger. Diese verstärkte freilich das Problem. Der oft beschworene Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte aus demografischen Gründen könne Österreich „zumindest für die nächsten fünf Jahre vergessen“, sagte der Wifo-Chef.

### Viele zu wenig qualifiziert

Dass das Überangebot an Arbeitskräften mit einem Fachkräftemangel einhergeht, ist eines der größten Probleme für die Arbeitsmarktpolitik. „Wir Ökonomen nennen das Mismatch, wenn angebotene und nachgefragte Qualifikationen nicht zusammenpassen“, sagte Aiginger. Das betreffe aber nicht nur Höherqualifizierte, sondern auch Bereiche wie den Pflegedienst. Eine

Entspannung ist nicht in Sicht. Die Arbeitslosigkeit werde sich auf hohem Niveau stabilisieren.

Der wirtschaftspolitische Experte des IHS, Helmut Hofer, betonte, dass auch ohne Flüchtlinge die Arbeitslosenrate heuer mit gut neun Prozent einen „absoluten Rekordwert“ erreicht habe. Bei den schlecht qualifizierten Arbeitnehmern werde sich das Problem freilich noch verschärfen. Die Integration anerkannter Asylwerber dürfe aber nicht zulasten der Arbeitsmarktpolitik für die traditionelle Klientel gehen, sagte Hofer. Einziger Ausweg aus der Situation, da sind sich die Forscher einig, sind Investitionen in das Bildungssystem auf allen Stufen. (hrj)

# Argentiniens Peso im freien Fall

**BUENOS AIRES.** Südamerikas zweitgrößte Volkswirtschaft, Argentinien, hat seine Landeswährung in den Keller geschickt. Der Peso hat nach dem Wegfall der Kapitalkontrollen sechs Tage nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Mauricio Macri rund 30 Prozent an Wert eingebüßt. Der Referenzkurs lag am Donnerstag zur Handelseröffnung in einer Spanne zwischen 13,50 und 14,50 Peso pro Dollar.

Macri löst mit der am Mittwoch angekündigten Abschaffung der Kontrollen ein Wahlversprechen ein. Seine linkspopulistische Vorgängerin Cristina Fernandez hat-



Präsident Mauricio Macri Foto: EPA

ten Zugang zum Dollar massiv erschwert, um die abschmelzenden Reserven der argentinischen Zentralbank zu schützen. Macri erhofft sich von der Freigabe letztlich mehr ausländische In-

vestitionen und eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Viele Sparer in Argentinien, denen die Staatspleite von 2001 noch in den Knochen steckt, nutzen den Dollar als sicheren Hafen, um ihre Ersparnisse vor der hohen Inflation in Sicherheit zu bringen.

Sie waren dafür bisher auf den Schwarzmarkt angewiesen, den die Regierung mit der Aufhebung der Kapitalkontrollen nun austrocknen will. Die Folge: Der offizielle Wechselkurs nähert sich dem bisher unter der Hand ermittelten und wesentlich höheren Wert an.

## Regional

# Nobelpreisträger Lorenz ist nicht mehr Ehrendoktor der Universität Salzburg

Der Uni-Senat hat Konrad Lorenz den Ehrentitel wegen seiner NS-Verstrickung aberkannt

Von Alfons Kriegelstein

**SALZBURG.** Konrad Lorenz ist der „Dewin des 20. Jahrhunderts“, der „Väter der Verhaltensforschung“, Nobelpreisträger für Medizin (1973) – und Ehrendoktor der Universität Salzburg. Letzteres ist er jetzt aber nicht mehr: Dem der Salzburger Uni-Senat hat im Einvernehmen mit dem Rektorat das Ehrendoktorat für den 1989 verstorbenen Wissenschaftler widerrufen. Der Beschluss wurde am Dienstag gefasst. Als Hauptgrund wird ins Treffen geführt, dass Lorenz beim Verfahren zur Verleihung des Ehrentitels im Jahr 1983 verschwiegen habe, aktiv an der Verbreitung der Nazi-Ideologie beteiligt gewesen zu sein.

Lorenz habe sich in seinem Aufnahmeversuch an die NSDAP vom 28. Juni 1938 als besonders engagierter Nationalsozialist gepostet (siehe Kasten). In einer wissenschaftlichen Publikation des Jahres 1940 habe er außerdem „rasenhygienische Maßnahmen“ gegen „mit Auffallserscheinungen behaftete Elemente“ empfohlen und „Ausmerzung“ und „Auslese“ als wesentliche Maßnahmen für das Überleben der Menschheit propagiert. Auch das habe er 1983 verschwiegen. Diese Umstände lassen Herrn Lorenz als unwürdig erscheinen, als Ehrendoktor der Universität Salzburg geführt zu werden“, heißt es in der Begründung des Uni-Senats.

### „Milde Form von Verbündung“

Im Vorjahr hatte die Salzburger Universität als erste in Österreich eine gründliche Untersuchung ihrer Ehrengabepraxis hinsichtlich möglicher NS-Belastungen geheimer Persönlichkeiten eingeleitet. Noch im selben Jahr war der Widerruf des Ehrendoktorats von Eduard Paul Traut bekanntgegeben worden, eines Salzburger Zoologen, der die „Überlegenheit der arischen Rasse“ propagiert hatte.

Jetzt liegt eine erste Studie vor. Neben Lorenz wird darin auch der Rechtswissenschaftler Wolfgang Hefermehl belastet, der an der „Arisierungsgesetzgebung“ der Nazis mitgewirkt hatte. Auch ihm



Mit seinen Studien zum Verhalten der Graugänse wurde Lorenz berühmt. (Foto: A. Ober)

**„Die Leute, die ihm den Ehrendoktor aberkennen, haben offenbar die Moral gepachtet.“**

Kurt Kotrschal, Verhaltensbiologe, Nachfolger von Konrad Lorenz als Leiter der Forschungsstelle Grünau



wurde das Ehrendoktorat aberkannt. Der Überprüfungsprozess wird 2016 abgeschlossen.

Die Nachricht vom Widerruf des Ehrendoktorats löst bei Kurt Kotrschal, Nachfolger von Lorenz als Leiter der Konrad Lorenz Forschungsstelle in Grünau und renommierten Verhaltensbiologen, Kopfschütteln aus. „Für mich zeigt das dem Kleingeld an der Salzburger Uni“, woran sich offenbar auf diese Weise profilieren wolle. „Mich wundert's, und Lorenz kann es zum Glück nicht mehr weh tun.“ Lorenz habe zwar aus Opportunis-

### LORENZ UND DIE NSDAP

Es ist der Stein des Anstoßes: Das **Gesuch um Aufnahme in die NSDAP**, das Konrad Lorenz am 28. Juni 1938 gestellt hat. Von seiner Gattin soll er dazu gedrängt worden sein. Hier die wichtigsten Passagen:

„Ich war als Deutschdenkender und Naturwissenschaftler selbstverständlich immer Nationalsozialist und hatte wegen dieser auch aus meinen Arbeiten hervorgehenden Einstellung Schwierigkeiten mit der Erlangung der Doktorur.“

„Ich habe unter Wissenschaftlern und vor allem Studenten eine wirklich erfolgreiche Werbetätigkeit entfaltet, schon lange vor dem Umbruch war es mir gelungen, sozialistischen Studenten die biologische Unmöglichkeit des Marxismus zu beweisen und sie zum Nationalsozialismus zu bekehren.“

„Schließlich darf ich wohl sagen, dass meine ganze wissenschaftliche Lebensarbeit, in der Stammesgeschichtliche, rassenkundliche und sozialpsychologische Fragen im Vordergrund stehen, im Dienste nationalsozialistischen Denkens steht.“

mus eine „milde Form von Nazi-Verbündung“ gezeigt, doch jetzt schwingt man aus politischer Korrektheit die „Moralkeule“ gegen ihn. Seine wissenschaftliche Bedeutung sei unbestritten.

Verständnis für die Entscheidung der Uni Salzburg äußert hingegen der aus Kieditzkreis stammende Lorenz-Biograf Benedikt Föger, der das inkriminierte NSDAP-Aufnahmegesuch im Staatsarchiv in Wien entdeckt hat. Aufgrund der Fakten taugte Lorenz keinesfalls als Vorbild zur „Lebensführung“. Dass ihn auch heute noch in Form von „Lorenz-Symposien“ oder „Lorenz-Pressen“ gehuldigt werde, sei bedenklich.

## Sechsjährige stand wieder vor Gericht

**FELDKIRCH.** Am Landesgericht Feldkirch ist gestern ein Zivilprozess gegen ein sechsjähriges Mädchen fortgeführt worden, das von einer Skifahrerin nach einem Zusammenstoß auf der Piste auf 38.000 Euro Schadenersatz verklagt worden ist. Im Verfahren ging es vornehmlich darum, ob dem Kind ein Verschulden angelastet werden kann oder nicht. Das Urteil wird schriftlich ergehen.

Kinder unter 14 Jahren können in der Regel in Zivilverfahren nicht zur Verantwortung gezogen werden, allerdings besteht eine Ausnahmebestimmung im Gesetz, wenn das unmündige Kind einsichtsfähig ist.

## Schwierige Ermittlungen: Zweijähriges Mädchen lag tot in Bach

Das Mädchen verschwand in der Nacht auf gestern aus der Wohnung – Fremdverschulden wird nicht ausgeschlossen

**KALWANG.** Wie konnte ein zwei Jahre altes Mädchen in der Nacht auf gestern aus der Wohnung eines Mehrparteienhauses in Kalwang im steirischen Bezirk Leoben unbemerkt verschwinden? Wie konnte es die schwere Haustür öffnen? Fragen wie diese beschäftigen nun Polizei und Staatsanwaltschaft.

Wie die Kleine Zeitung berichtet, war die 21-jährige Mutter am Mitt-

wochabend mit ihrer Tochter allein zu Hause. Sie brachte das Mädchen nach eigenen Angaben gegen 19.30 Uhr im Kinderzimmer zu Bett. Als sie kurz nach Mitternacht auf die Toilette musste, sei ihr aufgefallen, dass die Haustür offen stand. Da habe sie festgestellt, dass das Mädchen verschwunden war.

Sie alarmierte die Polizei. Sofort wurde eine groß angelegte Suchak-

tion gestartet. Erst zweieinhalb Stunden später fand eine Suchmannschaft das Kind, das einen Kilometer von der Wohnung entfernt bewusstlos im Liesingbach trieb. Es wurde eineinhalb Stunden lang reanimiert, danach ins Landeskrankenhaus Graz gebracht. Doch die Körpertemperatur des Kindes war bereits auf zehn Grad gesunken, es starb am Vormittag. „Wir haben

über eine Maschine versucht, das Kind künstlich aufzuwärmen, aber wir haben den Kreislauf nicht mehr in Gang bekommen“, bedauert Wolfgang Toller, Chef der Anästhesie am LKH Graz. Er geht davon aus, dass das Mädchen mit dem Kopf unter Wasser kam, bewusstlos wurde und abkühlte.

Der Vater vermutet, dass sich seine Tochter schlafwandelnd auf den

Weg gemacht habe, erzählte Toller. Aus seiner Sicht, so der Arzt, sei das durchaus plausibel. Außerliche Verletzungen seien keine festgestellt worden. Für Polizei und Staatsanwaltschaft ist der Fall nicht abgeschlossen. Die Ermittlungen seien erst angelaufen, heißt es. „Wir haben eine Obduktion beantragt“, so Staatsanwaltschafts-Sprecherin Carolin Weissenbacher.

## Auf der Suche nach der Stille der Nacht

OÖN-Christkindl-Gala: Ein Weihnachtskonzert über das Fest der Liebe früher und heute

Von Valentin Drenner

**ÖBERÖSTERREICH.** Die Sehnsucht nach Frieden, nach Stille, nach Zusammenhalt war es, die deutsche und britische Soldaten in den Wirren des Ersten Weltkriegs 1914 auf dem Schlachtfeld näher zusammenschließen ließ. Ungachtet dessen, dass sich die Vereindeten zuvor im Kampf gegenüberstanden. Eine Geschichte aus dem letzten Jahrhundert, welche die Rückbesinnung auf das Weihnachtsfest veranschaulichen soll und heute Abend unter anderem bei der OÖN-Christkindl-Gala (in Kooperation mit dem Landestheater) unter dem Titel „Die Stille der Nacht“ im Großen Saal des Musiktheaters Linz vorgetragen wird.

### Tragische Geschichten

Gestaltet wird das Weihnachtskonzert von den Chören des Landestheaters, die verschiedene weihnachtliche Lieder singen, die dramaturgisch in die Geschichten eingebettet sind, erklärt Thomas Barthol, der das Musikprojekt angestaltet hat. „Gerade dieser Teil der Vorstellung ist sehr besinnlich und tragisch, obwohl am Ende der Weihnachtsfröhen die Konflikte verträglich“, erzählt Barthol. Doch bevor die dramatischen Geschichten aus dem letzten Jahrhundert mit deutschen Liedern und englischen Christmas-Songs begleitet



Viele sehnen sich vor Weihnachten nach Stille. Ein Wunsch, den sich die Chöre des Landestheaters thematisieren. (www)

werden, beginnt die musikalische Vorstellung in der Jetztzeit, in der das Fest der Liebe zum Kaufrausch-Spektakel ausartet, das von Schnellebigkeit und Stress geprägt ist. Eine unterhaltsame Passage, die trotz des Wahrheitsgehalts auch beim Publikum gut ankommt. Das würden auch die Rückmeldungen und Schreiben nach der Premiere von „Die Stille der Nacht“ in der vergangenen Woche bestätigen, sagt Barthol.

Ein Teil dieser gemeinsamen Rückbesinnung beim Gala-Abend soll auch notleidenden Oberösterreichern zugute kommen, denn der Reinerlös der Veranstaltung wird zu gleichen Teilen der OÖNachrichten-Weihnachtsaktion Christkindl und der Aktion „Sei so frei“ der Katholischen Mütterbewegung übergeben. Der Weihnachtsfröhen wird also nicht nur auf der Bühne veranschaulicht, sondern auch mit Landsleuten, die

dringend Hilfe brauchen, geteilt. Restkarten für die OÖN-Gala am heutigen Abend, 19.30 Uhr, sind direkt bei der Ticketverkaufsstelle der OÖN, Promenade 23, sowie unter 0800 218 000 und online unter [www.landestheater-linz.at](http://www.landestheater-linz.at) erhältlich.

■ Mehr zur OÖN-Christkindl-Gala und zu Chordirektor **Georg Leopold**, auf dessen Ideen die „Stille der Nacht“ beruht, auf Seite 40



Die Zahl der Hausapotheken sank von knapp 240 (2007) auf derzeit 218. Weitere 14 sind in Gefahr. Fotos: Wehbold

# Ärzte wollen nicht auf ihre Hausapotheken verzichten

Mediziner beklagen Umsatzminus und Umwege für Patienten

**LINZ.** Ganze 21 Meter sind ausschlaggebend, dass der Gemeindevater von Schlierbach, Clemens Wimplinger, keine Hausapotheke haben darf. Denn die nächste öffentliche Apotheke in Wartberg/Krems liegt exakt 5979 Meter entfernt. Laut Gesetz muss in einer Gemeinde, die nur einen Arzt hat, die Entfernung aber sechs Kilometer betragen. Für viele seiner Patienten habe das negative Folgen, sagt Wimplinger: „Manche müssen acht Kilometer fahren, bis sie bei mir sind, und dann weitere sechs Kilometer, um Medikamente zu kaufen.“ Daher holt der Mediziner mittlerweile oft die Arzneien selbst bei der Apotheke, damit Patienten sie bei ihm abholen können.

## „15 Stellen nicht nachbesetzt“

Für die Landärzte selbst bringt der Verlust der Hausapotheke laut Ärztekammer einen Verlust von bis zu 20 Prozent des Umsatzes. Was dazu führt, dass viele frei werdende Stellen nicht nachbesetzt werden können. „Von 17 Ausschreibungen konnten kürzlich 15 nicht besetzt werden“, sagt Peter Niedermoser, Präsident der Ärztekammer.

„Wir haben der Ärztekammer einen Lösungsvorschlag angeboten. Dieser wurde aber leider nicht angenommen.“



Ulrike Mursch-Edlmayr, Präsidentin der Ärztekammer

Auch in Lasberg im Bezirk Freistadt ist die Situation angespannt. Helmuath Czeckal wird am 1. Juli 2016 mit 70 Jahren in Pension gehen. Sein Sohn und eine Kollegin würden die Praxis übernehmen: „Aber nur, wenn sie auch eine Hausapotheke führen können.“ Er hat errechnet, dass sich seine Patienten durch die Hausapotheke rund 200.000 Kilometer für den Medikamentenkauf ersparen.

Niedermoser fordert nun, dass die 2006 in Kraft getretene gesetzliche Regelung geändert wird: „In dicht besiedelten Gebieten soll es ein Primat für die Apo-

theken geben, in dünn besiedelten Regionen ein Primat für die Hausapotheken.“ Dabei soll das Gesundheitsministerium je nach Bevölkerungsdichte jene Regionen festlegen, wo eine öffentliche Apotheke oder eine Hausapotheke eröffnen darf.

## „Kompromiss abgelehnt“

Elisabeth Mursch-Edlmayr, Präsidentin der Apothekerkammer, wundert sich über die Forderungen der Ärzteschaft. Die aktuelle Regelung sei 2005 zwischen Apotheker- und Ärztekammer ausgehandelt worden. Aber auch sie gibt zu, dass dabei Graubereiche entstanden. Zur Lösung habe die Apothekerkammer einen Kompromiss vorgeschlagen: Innerhalb von vier bis sechs Kilometern bis zur nächsten Apotheke soll zuerst diese Apotheke eine Filiale eröffnen dürfen. „Tut sie das nicht, ist der Hausarzt am Zug“, sagt Mursch-Edlmayr.

Aufgrund der geringen Umsatzeserwartung würden in den meisten Fällen ohnehin keine Filialen eröffnet werden. „Aber diesen Lösungsvorschlag hat die Ärztekammer leider nicht angenommen.“ (thes)

# Pyrotechnik in Halle gehortet: „Funke hätte Explosion ausgelöst“

Polizei fand die gefährlichen Feuerwerkskörper in Bad Wimsbach

Von Philipp Hirsch

**BAD WIMSBACH.** Es war ein riesiges Arsenal an Feuerwerkskörpern, das Beamte der Polizeiinspektion Lambach am Montag in einer Lagerhalle in Bad Wimsbach (Bezirk Wels-Land) sichergestellt haben.

Hinweise aus der Bevölkerung hatten die Exekutive auf die Spur eines 38-Jährigen aus Haag am Hausruck gebracht. Bei der Durchsuchung stellten die Polizisten 90 Schachteln mit Feuerwerkskörpern der hoch gefährlichen Kategorie F3 und F4 sowie 70 Paletten der Kategorie F1 und F2 sicher.

Für den Verkauf der Klassen F1 und F2 hatte der 38-Jährige eine Genehmigung. Dennoch wurden auch diese von der Exekutive sichergestellt. „Die Halle war für die Lagerung absolut ungeeignet“, sagt Chefinspektor Kurt Schneider im Gespräch mit den ÖONachrichten: „Weder der Brandschutz noch die anderen Sicherheitsvorkehrungen entsprachen den Vorschriften. Auch andere Firmen haben diese Lagerhalle genutzt. Unvorstellbar, wenn da einer mal eine Zigarette geraucht hätte. Ein Funke hätte genügt, um eine Katastrophe auszulösen.“

## FEUERWERK



Kralier mit Sprengkraft

Auf die Gefahren von Feuerwerkskörpern machten gestern bei einer Vorführung in Linz die BVS-Brandverhütungsgesellschaft und das Kuratorium für Verkehrssicherheit aufmerksam.

Allein in Oberösterreich werden jedes Jahr rund 150 Menschen durch Feuerwerkskörper so schwer verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen. 97 Prozent der Feuerwerk-Opfer sind männlich.

Die Experten raten, keinesfalls selbstgebastelte Feuerwerkskörper zu verwenden. Zudem sollten nur Produkte gezündet werden, die mit deutschsprachigen Warnhinweisen versehen sind.

Mitarbeiter des Bundesheeres holten den explosiven Fund ab. Ein Sprengstoffexperte des Innenministeriums und ein Beamter der Bezirkshauptmannschaft überwachten den Abtransport. Der beschuldigte 38-Jährige, der vorhatte, die Feuerwerkskörper vor Silvester an Ständen vor allem im Inntal zu verkaufen, wird wegen der Übertretung des Pyrotechnikgesetzes und der Gewerbeordnung angezeigt.

## Weitere Durchsuchungen?

Die Ermittlungen sind dennoch noch nicht abgeschlossen. Die Polizei verfolgt Hinweise, wonach der 38-Jährige noch an anderen Orten große Mengen an Feuerwerkskörpern versteckt haben könnte. „Es wird noch weitere Durchsuchungen geben“, bestätigt Chefinspektor Schneider. Ein Bekannter des Beschuldigten, der sich gestern telefonisch in der ÖON-Redaktion meldete, sprach von insgesamt fünf weiteren geheimen Lagerstätten des 38-Jährigen. Diese Ausschuldigungen wollte die Polizei gestern jedoch nicht kommentieren.

Wo der Mann die riesigen Mengen an Feuerwerkskörpern gekauft hat, ist unklar.

Politik

# Deutschpflicht: Ohne Zustimmung von Eltern und Lehrern geht gar nichts

Nur wenn das Schulforum eine neue Hausordnung beschließt, gilt Deutsch in der Pause

Von Anneliese Ellinger

LINZ. Es war eine der ersten Ankündigungen der schwarz-blauen Landeskoalition, die gleich ordentlich Staub aufgewirbelt hat.

Als FP-Chef Landeshauptratsmann-Stellvertreter Manfred Haunbacher kurz nach der Landtagswahl verkündete, dass an Oberösterreichs Schulen künftig auch in den Pausen Deutsch gesprochen werden müsse, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu beschleunigen, brachen erste Proteste auf. Und als der schwarze Bildungsexperte, Landeshauptratsmann-Stv. Thomas Steiner, bei der Jahrestagung des Christlichen Lehrervereins vor tausenden Pädagogen noch einmal nachlegte und die Deutschpflicht auf dem Schulgelände wortreich verteidigte, lieferten sich Befürworter und Gegner der Idee erneut heftige Wortschlachten.

### Nicht die Politik entscheidet

Doch man, wo es an die konkrete Umsetzung der Idee geht, zeigt sich: Die Entscheidung, ob Oberösterreichs Schüler künftig auch in den Pausen Deutsch miteinander sprechen müssen oder nicht, entscheidet nicht die Politik, sondern die Betroffenen: Schüler, Lehrer und Eltern.

Denn von oben herab kann eine Deutschpflicht außerhalb der Klasse nicht verordnet werden. Sie kann nur in den Hausordnungen der jeweiligen Schulen niedergeschrieben werden – und auch das nur auf freiwilliger Basis.

Heißt im Klartext: Nur wenn der Schulgemeinschaftsausschuss der jeweiligen Schule (an Höheren Schulen setzt sich dieses Gremium aus Lehrer-, Schüler- und Elternvertretern zusammen, an Pflichtschulen aus Eltern- und Lehrervertretern) eine Änderung der Hausordnung mit dem neuen Passus beschließt, gilt die Deutschpflicht.

Das allerdings auch nur bedingt. Denn wenn keine Lehrer da sind, die in den Pausen auf das Ein-



Die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund nimmt zu – so wie die Vorschläge für deren Integration. Foto: waldner

halten der Sprache geknageln, wird sich auch am Schülerverhalten nichts ändern.

Landesschulratspräsident Fritz Tausenhofer hält die Deutschpflicht in den Pausen für sinnvoll.

Seine Behörde ist es auch, die an die Schulen „die Empfehlung“ aussprechen wird, die Hausordnung entsprechend zu ändern. „Anordnungen können wir nicht. Aber wir werden gute und sachliche Begründungen mitteilen, warum eine solche Änderung sinnvoll ist“, sagt Enzenhofer.

### Laut Ministerium rechtswidrig

Garz anders sieht dies Getzner-Landesrat Rudi Anschöber. Er hat an das Bildungsministerium die Anfrage gerichtet, ob ein Implementieren der Deutschpflicht auf dem Schulgelände geltenden Rechtsvorschriften entsprechen würde. Zwar liege „kein Rechtsgutachten“ zu dieser causa vor, heißt es aus dem Ministerium. Doch widerspreche das Verbot einzelner Sprachen auf dem Schulgelände dem in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgelegten Recht auf „Achtung des Privat- und Familienlebens“. So gesehen müsse Enzenhofer „rechtswidrige“ Hausordnungen nicht empfehlen, sondern verbieten, meint Anschöber.

### MAN SPRICHT DEUTSCH – AUCH IN DER PAUSE

**Schon 2006 umgesetzt:** Ein Blick ins Archiv bringt manchmal Erstaunliches zutage: Etwa eine Reportage vom Februar 2006. Damals besuchten die ÖÖN die VS 1, die **Stelzhammerschule** in Linz. Sie war zu dieser Zeit Oberösterreichs Schule mit dem höchsten Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund.

**Ohne Anordnung von oben:** In der Stelzhammerschule haben die Pädagoginnen schon damals die

Schüler aus verschiedensten Nationen angehalten, auch in den Pausen Deutsch miteinander zu sprechen. Als sich der neunjährige Hishat und sein Freund Dusan auf dem Gang auf Bosnisch unterhielten, griff Direktorin Birgit Brück freundlich ein: „In der Schule sprechen wir deutsch. Ihr wisst eh warum. Es ist wichtig, dass ihr die Sprache gut erlernt.“ Ohne Anordnung von oben war Deutsch in der Pause an der VS 1 schon 2006 Realität.

## Swap-Prozess auf unbestimmte Zeit verschoben

Gutachten zum Swap 4175 wird erst im Juni 2016 vorliegen – Zeitfenster für Vergleichsverhandlungen

WIEN/LINZ. Der gestrige Verhandlungstag im Swap-Prozess zwischen Stadt Linz und Bawag am Handelsgericht Wien dürfte für längere Zeit der letzte gewesen sein.

Richter Andreas Pablik verschob die Fortsetzung des Prozesses auf unbestimmte Zeit und nannte dafür zwei Gründe: erstens das immer noch ausstehende Gutachten über die verhängnisvolle Frankfurter Zinswette 4175, das nun erst Ende Juni 2016 vorliegen soll. Ursprünglich hätten es die beiden Gutachter Uwe Wystup und Thorsten Schmidt schon diesen September liefern sollen. Dadurch entstehen zusätzliche Kosten von 500.000 Euro, die Bawag und Linz tragen müssen.

Zweiter Grund ist eine noch ausstehende Krankenbestätigung des Ex-Finanzdirektors von Linz, Wer-



Richter Andreas Pablik (APA)

ner Penn. Sie muss nun bis 15. Jänner dem Gericht vorgelegt werden. Penn sei es derzeit aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich, sich einer Zinswette zu stellen, sagte sein Rechtsvertreter am gestrigen Verhandlungstag.

„Ohne Einsichtnahme von Penn ist ein Urteil denkbarmöglich“, stellte Richter Pablik daraufhin klar. Penn ist noch bis März 2016 im Kranken-

stand. Wie sich sein Gesundheitszustand entwickle, sei aus heutiger Sicht nicht vorherzusagen, hieß es von seinem Anwalt. Richter Pablik geht davon aus, dass eine Befragung Penns in der ersten Jahreshälfte 2016 nicht möglich sein wird.

### Fragezeichen Penn

Gesundheitlich sei Penn bereit, auszusagen, erklärten seine Rechtsvertreter. Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes (OGH) hat festgestellt, dass sich der Linzer Ex-Finanzdirektor der Einvernahme stellen muss. Er könne die Aussage aber in einzelnen Fällen verweigern, wenn der so genannte Entschuldigungsgrund der „Schande“ gegeben sei. Dies muss aber von Frage zu Frage bewertet werden.

Pablik sieht viele Unwägbarkeiten bei der Befragung Penns: Es sei

fraglich, ob eine sinnvolle Einvernahme überhaupt möglich ist, so Pablik. Grundsätzlich wolle er vermeiden, dass der Zeuge nach zwei Stunden Befragung wieder sechs Monate in Krankenstand müsse. „Dann werden wir hier nie fertig“, sagte Pablik.

Die lange Prozesspause öffnet aber auch ein Zeitfenster, in dem Vergleichsverhandlungen zwischen Linz und der Bawag möglich werden. Im Hintergrund soll es einen neuen Anlauf geben, den Streit – es geht um mehr als eine halbe Milliarde Euro – außergerichtlich beizulegen. Dass das Swap-Gutachten erst frühestens Mitte kommenden Jahres vorliegen soll, gibt den Verhandlern Luft. Denn wenn das Gutachten einmal fertig ist und eine Seite im Vorfeld sieht, wäre die Tür für einen Vergleich zu schätzen Rechtsexperten. (td)



Weiße Wände und eine Topfpflanze: Gemütsame Inszenierung der Präsidentschaftskandidatin Irgard Griss bei ihrem großen Auftritt

Foto: AFP

# Griss zur Wahl: „Das ist es wert, dass man Lebenszeit dafür aufwendet“

Ex-Höchststrichtrichterin nennt Gründe für ihre Hofburg-Kandidatur, will Fairnessabkommen

Von Christoph Katschka

WIEN. Der „Impact Hub“ in Wien-Nobis ist ein Knotenpunkt für Social Business, ein hipbes Großraumbüro für junge Kreative. Gestern stand aber eine schmale, grauhaarige 69-Jährige im Mittelpunkt: Die ehemalige Höchststrichtrichterin Irgard Griss lud zur Präsentation ihrer Kandidatur für die Bundespräsidentenwahl 2016. Die Strichtrichterin bewirbt sich um das höchste Amt im Staat, „weil ich überzeugt bin, dass ich etwas bewegen kann. Das ist es wert, dass man Lebenszeit dafür aufwendet.“ Sie sei unabhängig und niemandem verpflichtet, sagte Griss. Die Wahl solle von „Fairness und Transparenz“ geprägt sein, daher schlage sie ein entsprechendes Abkommen vor, das alle Kandidaten unterzeichnen sollen.

„Wahlkampf nicht untergriffen“  
Wahlentscheidend müsse die Persönlichkeit der Kandidaten sein, der Wahlkampf dürfe „keine Materialschlacht“ werden. Großinszenanz, Postwurfsendungen oder Wahlschwenke solle es nicht geben.

„Bisher habe ich etwas mehr als 100.000 Euro. Für den Wahlkampf wünsche ich mir eine Obergrenze von einer Million Euro für alle. Das ist natürlich in meinem Interesse, das geb' ich offen zu.“

WIE IRGARD GRISS IHREN WAHLKAMPF FINANZIEREN WILL

- Die Präsidentschaftskandidatin hat bisher eine Großspenderin gefunden: Die Ehefrau des Andritz-Chefs Wolfgang Leitner, Maria Cattina Leitner, überwieh als Starthilfe 100.000 Euro.
- Leitner, ebenfalls eine Richterin, kommt aus der Baumeisterfamilie Soravia. Ihr Mann hat 2,1 Milliarden Euro geschätztes Privatvermögen. Die Andritz AG ist ein weltweit führender Technologie-Konzern mit rund 24.000 Mitarbeitern.
- Griss kann auf ein Netzwerk steirischer Industrieller bauen. Ein Förderer ist auch Martin Bartenstein, VP-Erwinister, erfolgreicher Pharma-Unternehmer und enger Freund der Leitners.
- Griss betont, ihr sei jeder Betrag willkommen, auch ein kleiner. Für den Wahlkampf will sie eine Obergrenze von einer Million Euro – „das ist natürlich in meinem Interesse, das geb' ich zu“. Geld von Parteien will sie nicht.

Außerdem müsse der Umgang „ein fairer, positiver“ und „kein untergriffen“ sein. „Die Privatsphäre muss respektiert werden.“ Als Kandidatin will die Juristin darauf drängen, dass man „zueinander umgibt.“

„Ehrlich zu Österreich“ lautet auch ihr erster Slogan. „Taktische Sprechchen“ seien Zeitverschwendung. Österreich habe „so große Herausforderungen zu bewältigen“.

Griss betont wiederholt ihre Parteinunabhängigkeit. Andocken will sie weder bei den Neos noch bei den Freiheitlichen. „Wie die FPÖ entscheidet, ist ihre Sache, mich beeinflusst das nicht.“

Viele Fragen kreisten um die Unterlagen für ihren Hypo-Bericht. Mitglieder des Untersuchungsausschusses hatten beklagt, sie hätten keinen Zugriff auf die Papiere.

„Ich bin ziemlich resistent“  
Griss sagte dazu, ihre Kommission habe die Akten wie vereinbart zurückgegeben oder gelöscht, weil eine Aufbewahrung „völlig unsinnig“ gewesen wäre.

Wenn der U-Ausschuss von ihren Gesprächspartnern Assistenten wolle, könne er diese sofort unter Wahlverpflichtung anheuern.

Dass die aktuelle Aufregung gleichzeitig mit der Bekanntgabe ihrer Kandidatur ausgebrochen wurde, ist für Griss kein Zufall, sondern „billige“ Polit-Taktik. „Mich stuzt das sehr wenig, es zeigt aber den Zustand der Politik.“

Auf anderer Seite stärke das ihre Motivation für die Kandidatur: „Ich bin da ziemlich resistent.“

## Flüchtlingsfrage: Bürgermeister tauschen sich aus

WIEN. Bürgermeister aus ganz Österreich werden sich im Jänner treffen, um Erfahrungen und Know-how rund um die Aufnahme von Flüchtlingen auszutauschen. Darüber hinaus sollen Ideen und innovative Baumaßnahmen präsentiert und diskutiert werden. Die Treffen werden in Wieselburg, Markt Hartmannsdorf und in der Tiroler Gemeinde Zirl stattfinden.

Nach Angaben des Gewerbebands, des Forums Alpbach und des Vereins „Österreich hilft!“ vom Flüchtlingskoordinator Christian Konrad sind multifunktionale Bauten für „Wohnen auf Zeit“ das Ziel, vorrangig in unterschiedlichen Fertigtalbauweisen. Diese Bauten sollen in der Verbindung von Flüchtlingsaufnahme und Gemeindeentwicklung Wohnraum schaffen und darüber hinaus zusätzlichen Nutzen für die Gemeinden erbringen, etwa für Kindergärten, Studenten- oder Seniorenheime.

### Tausende Quartiere fehlen

Bürgermeister, die bereits Flüchtlinge aufgenommen haben, sollen bei den Treffen ihre Erfahrungen teilen. Jene, die es vorhaben, können dann Wissen mitnehmen. Darüber hinaus stehen Experten für Gespräche zur Verfügung. Ziel sei es, weitere Gemeinden dafür zu gewinnen, Flüchtlingen Quartiere zu geben. „Viele Gemeinden leisten schon Großes“, so Konrad. „Dennoch fehlen noch einige tausend Anliegerquartiere – daher rufe ich alle Ortschefs auf, das Treffen zum Anlass zu nehmen, neue Möglichkeiten bei der Wohnraumbeschaffung auszuloten. Wir brauchen Wohnraum auf Zeit und den Willen, Chancen zu erkennen und zu nutzen.“



Thema Flüchtlingsversorgung (Schwarz)

### Apropos Die FPÖ und die Gefahren der „Kindergrippe“

WIEN. Die Flüchtlingskrise beschäftigt auch FP-Familienministerin Sophie Karmasin (VP) gerichtet, in der sie Assistenten über die Folgen des Flüchtlingsandrangs auf Kindergärten und „Kindergrippen“ befragt. Karmasin wollte außerdem wissen, wie viele „unbegleitete Minderjährige“ in den „Grippen“ untergekommen seien. Wie viele Null- bis Dreijährige tatsächlich alleine den Weg von Afghanistan oder Syrien nach Österreich angetreten haben, um in einer Kinderkrippe unterzukommen, bleibt aber vorerst unbeantwortet. Die FPÖ hat die Anfrage wegen der durchgängig orthografisch originellen „Kindergrippen“ verschlüsselt zurückgezogen.

Foto: AFP

## Unabhängige Kandidatin kam 1998 auf 13,6 Prozent

Bei den bisher zwölf Volkswahlen zur Bundespräsidentenschaft hatten nur Parteikandidaten echte Chancen

WIEN. 6000 Unterstützungserklärungen braucht Irgard Griss, damit sie im April 2016 zur Wahl antreten darf. Schafft sie das, gehört sie zu jenem Drittel der bisher 31 Bewerber, die nicht von einer Partei oder Partei offiziell nominiert wurden.

Das beste Resultat einer Parteifreien erzielte die ehemalige evangelische Pfarrerin Gertraud Knoll 1998. Sie bekam 13,6 Prozent.

Bekannt geworden war Knoll 1995 durch ihre Predigt am Grab der Vier in Oberwart ermordeten Roma. Sie ging nicht ganz ohne Parteistützung in die Wahl. Abgeordneter dreier Parteienpartei (SP, Grüne, Überparteiliche) unterstützten ihre „überparteiliche“ Kandidatur, direkte Wahlempfehlung gab es jedoch keine.



Gertraud Knoll kandidierte 1998



Auch Lugner trat an

Das gute Ergebnis gelang ihr auch, weil die SP bei Thomas Klestil's Wiederwahl keinen Kandidaten aufstellte. Das nutzte noch einem Parteifreien: Richard Lugner gelang mit 9,9 Prozent das zweitbeste „unabhängige“ Ergebnis.

Alle anderen Unabhängigen blieben weit darunter. Relativ gut machte sich Freda Meissner-Blau 1986 mit 5,4 Prozent. Das Grünen kammn später in den Nationalrat. Eine echte Chance auf den Job in der Hofburg hatten immer nur

Kandidaten, die von einer im Nationalrat vertretenen, größeren Partei aufgestellt oder gefördert wurden.

Als „unabhängige“ Kandidaten zogen zuletzt auch die amtierenden Präsidenten in ihre Wiederwahl – wobei aber immer Parteienpartei offiziell empfahlen, ihnen die Stimme zu geben.

So ging der 1992 von der SP aufgestellte Klesstil 1998 als „unabhängiger“ in die Wiederwahl, unterstützt durch Angehörigen von VP und FP. Heinz Fischer – 2010 von der SP nominiert – trat 2010 als „unabhängiger“ an, die SP finanzierte seinen Wahlkampf. Gemeinsamer Kandidat der beiden Traditionsparteien war 1980 Rudolf Kirchschläger. Damit gelang ihm der Stimmerekord von 79,9 Prozent.

**VERTRAUEN IN ÖSTERREICH POLITIKER**

APA-ÖGB Vertrauensindex - Sucht sich „Höher Vertrauen“ und „Höher kein Vertrauen zu...“ Angaben in Prozent, 500 ÖGB-Mitglieder im Bz. 13. Veränderung zu November (in Punkten)



**Mehr Vertrauen in Politik**

Bessere Werte für viele Regierungsmitglieder

WIEN. Das Vertrauen der Österreicher in die Bundespolitiker hat zum Jahresende wieder leicht zugenommen. Dieser Tenor lässt sich aus dem aktuellen Vertrauensindex von APA und ÖGB ableiten. 18 Zwischenwahlen sind nur fünf eher geringe Verluste gegenüber dem ÖGB-Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer glaubt die Gründe für das Plus im Vergleich zum November zu kennen: Der Advent stimmung macht einen milden, hinzu kommt ein Gewöhnungseffekt bei der Flüchtlingskrise, außerdem seien die Herbstwahlen geschlagen und abgehakt. Die rein männliche Spitzenriege wird wie gewohnt von Bundesprä-

sident Heinz Fischer (plus 58) angeführt, gefolgt von Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP, plus 28) und Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SP, plus 14). Unter den wenigen Verlierern ist Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, der mit einem Saldo von plus zehn nun auf Platz fünf rangiert. Trübsen kann sich der VP-Obmann damit, dass er in Sachen Vertrauen immer noch weit vor Bundeskanzler Werner Faymann (SP, minus sieben) liegt. Mitterlehner ist außerdem der einzige Parteichef mit einem positiven Saldo. Absoluter Misstrauensmännchen unter den Regierungsmitgliedern ist Verteidigungsminister Gerald Klug (SP, minus 20).

**Hohe Auszeichnung für den „Geschichtslehrer des Landes“**

Roman Sandgruber erhielt Ehrenzeichen der Republik



Roman Sandgruber: Begleiteter Historiker und Geschichts-Vermittler (okawoo)

LINE. „Der Tag, an dem ich sage, ich wusste nicht, was es mich zu forschen gäbe, wird wohl nie kommen“, sagte Roman Sandgruber einmal in einem Interview mit den ÖÖNachrichten. Seit 1988 wirkt Sandgruber als Professor an der Kepler-Universität, gestern wurde der wohl bekannteste Historiker Oberösterreichs zweifach geehrt: anlässlich seiner Emeritierung als Oö-österreichischer Universitätsprofessor fand an der Kepler-Uni ein Symposium über „Jugendlichkeit in Wirtschaft und Geschichte“ statt. Anschließend verlieh ihm Landeshaupmann Josef Pühringer das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

„Es gibt wohl kaum jemanden, der so viel über die Geschichte Oberösterreichs weiß wie Roman Sandgruber“, sagte Pühringer in seiner Laudatio und verries auf Forschung des Vermögenserzugs während der NS-Zeit, arbeitete er außerdem. Bekannt ist Sandgruber als Wissensvermittler, der für Geschichte begeistern kann – auch als regelmäßiger Autor in den ÖÖNachrichten. „Er ist nicht nur ein über die Grenzen des Landes hinaus

„Roman Sandgruber ist ein Visionär in einem Bereich, der für die Universitäten immer wichtiger wird: Wissen für jedermann zu kommunizieren.“

Meinhard Lukas, Rektor der Kepler-Universität

**ZUR PERSON**

Roman Sandgruber, geboren 1947, stammt aus Rottbach. Geschichte, Germanistik und Volkswirtschaftslehre studierte er an der Universität Wien. 1988 wurde er als ordentlicher Universitätsprofessor an die Kepler-Universität berufen und leitete das Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Die Liste seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen umfasst 29 Bücher und 240 Beiträge in wissenschaftlichen Journalen.

„Menschen für Geschichte zu begeistern, ist eine Fähigkeit, die gesellschaftspolitisch nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.“

Josef Pühringer, Landeshauptmann, in seiner Laudatio

erwackelter Forscher und Lehrer. Er steht auch für etwas, das für die Universitäten immer wichtiger wird“, sagt Meinhard Lukas, Rektor der Kepler-Uni. Sandgruber verleihe es, Wissen für die breite Bevölkerung zu vermitteln: „Er rückt die Uni und die Wissenschaft in die Mitte der Gesellschaft.“ Als Forscher werde er der Kepler-Uni auf jeden Fall weiter erhalten bleiben, sagt Sandgruber: „Selbstverständlich, das macht mir Freude. Wenn man bei der historischen Forschung Lusten gereicht hat, lässt sie einen nicht mehr los.“ (back)

**Der Nationalrat wird heute 70 Jahre alt**

Am 19. Dezember 1945 war die erste konstituierende Sitzung des Parlaments der Zweiten Republik

WIEN. Vor genau 70 Jahren, am 19. Dezember 1945, fand die erste konstituierende Sitzung des Nationalrats und des Bundesrats in der Zweiten Republik statt. Anlässlich dieses Jubiläums erinnerten die Klubobleute von SPÖ und ÖVP, Andreas Schieder und Reinhold Lopatka, an die Bedeutung des Parlaments. „Dieses Jubiläum erinnert uns daran, dass die beeindruckende

Entwicklung Österreichs nach Austrofaschismus, NS-Regime und Weltkrieg maßgeblich mit dem Willen zur Zusammenarbeit der politischen Lager zusammenhängt“, so Schieder. „Das Parlament ist seit 70 Jahren das demokratische Herzstück Österreichs“, sagte Lopatka. Kurz vor der ersten Nationalratsratssitzung 1945 hatten sich auch die SP- und VP-Parlamentsklubs



Erste Klubchefs: Raab (VP), Schärp (SP)

konstituiert. Julius Raab wurde auf Vorschlag von Bundeskanzler Leopold Figl einstimmig zum VP-Klubobmann gewählt. Erster SP-Klubobmann war der damalige Vizekanzler Adolf Schärp. Leopold Kunschak, der auch zu den Gründervätern der ÖVP gehört, wurde bei der konstituierenden Sitzung zum Ersten Präsidenten des Nationalrates gewählt.

# In Spanien beginnt eine neue Ära

Bei der Parlamentswahl am Sonntag drängen zwei junge Parteien in die Regierung und beenden das jahrzehntelange, in Korruptionsskandale verwickelte Zwei-Parteien-System

MADRID. Die Ohrfeige bekam Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy bereits vor der Wahl verpasst: Ein Jugendlicher schlug dem Konservativen am Donnerstagabend bei einem Wahlauftritt in der galicischen Stadt Pontevedra im Nordwesten des Landes ins Gesicht. Verletzt wurde der Ministerpräsident nicht. Doch war der Zwischenfall ein erster Vorgeschmack auf die rauen Zeiten, die Rajoy nach der Wahl bevorstehen.

Seine konservative Volkspartei (PP), die im Parlament bisher über die absolute Mehrheit verfügte, dürfte Umfragen zufolge etwa ein Drittel ihrer Mandate einbüßen. Sie kann zwar darauf hoffen, stärkste Kraft zu bleiben, wird aber kaum allein die Regierung bilden können. Die etablierten Parteien der Konservativen und der Sozialisten (PSOE) werden es im Parlament mit zwei Neulingen zu tun bekommen. Die liberalen Ciudadanos (Bürger/C's) und die neue Linkspartei Podemos gewannen innerhalb weniger Monate die Sympathien von Millionen Wählern und werden mit starken Fraktionen in den „Congreso“ einziehen. Sie werden nicht nur frischen Wind ins Parlament bringen, ihre Parteichefs Albert Rivera (36) und Pablo Iglesias (37) werden möglicherweise den Ausschlag geben, wer die Regierung stellen wird.

## Die Wahl zwischen Alt und Neu

Damit steht Spanien vor einer Zeitenwende: Erstmals seit dem Übergang zur Demokratie nach der Franco-Zeit werden mehr als die beiden traditionellen Parteien ins Parlament einziehen. Die PP und die PSOE beherrschten die Politik des Landes und wechselten sich rege an der Regierungsspitze ab. Aus Sicht von immer mehr Spaniern sind sie gleichermaßen stark in Korruptionsskandale verstrickt und verantwortlich für die Wirtschaftsmisere.

Die Spanier haben jetzt die Wahl nicht nur zwischen Rechts und Links, sondern auch zwischen Alt und Neu. Wer regieren will, wird kaum umhinkommen, Koalitionen oder Allianzen mit anderen



Die Kandidaten (im Uhrzeigersinn): PP-Chef Rajoy, Sanchez (PSOE), Iglesias (Podemos) und Rivera (Ciudadanos) - Foto: epa

Parteien auszuhandeln. Beim Aufstieg der neuen Parteien weist Spanien einen deutlichen Unterschied zu anderen europäischen Ländern auf. Ciudadanos und Podemos sind weder ausländerfeindlich noch antieuropäisch. „Spanien beweist damit eine größere Reife als so manche ältere Demokratie“, meint der britische Schriftsteller und Spanien-Experte John Carlin.

Allerdings hat die neue Vielfalt der Parteienlandschaft eine Kehrseite: Die Regierungsbildung nach der Wahl dürfte sehr schwierig werden. „Die Aufspaltung

könnte das Land unregierbar machen“, befürchtet die Zeitung „El Mundo“. Laut letzten Umfragen könnte ein Bündnis von Rajoys PP mit den liberalen Ciudadanos auf eine ausreichende Mehrheit kommen. Das würde frischen Wind, aber auch eine gewisse Kontinuität in der Wirtschaftspolitik garantieren. In Brüssel wäre diese Koalition gerne gesehen: Denn Spanien muss allein im kommenden Jahr – so die EU-Forderung – weitere zehn Milliarden Euro einsparen.

Sollte eine der beiden Linksparteien den Sprung in die Regierung

schaffen, wäre es mit dem harten Sparen vorbei. PSOE-Chef Pedro Sánchez möchte nicht nur den Mindestlohn erhöhen und die Arbeitsmarktreflexionen rückgängig machen. Er erklärte auch schon die Absicht, in Brüssel über eine Korrektur des Rajoy-Budgets und eine Erweiterung des Defizitrahmens zu verhandeln. Podemospitzenkandidat Pablo Iglesias wiederum wünscht sich bis Weihnachten 2019 einen festen Mindestlohn von 950 Euro im Monat. Dazu lehnt er die Sparmaßnahmen der EU-Kommission ab.

# Mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht

Ein halbes Dutzend Krisenherde weltweit treibt die Bewohner in die Flucht – Vorerst keine Entlastung für Europa

**68MP.** Auf einen neuen Flüchtlingsrekord steuert die Welt nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in diesem Jahr zu. 2015 dürften nach Schätzung der Vereinten Nationen erstmals mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht sein.

Einer von 122 Menschen weltweit wäre damit Flüchtling, Asylsuchender oder innerhalb seines Heimatlandes auf der Flucht. Hauptsache ist der Syrien-Krieg. Doch selbst ohne Berücksichtigung des Konflikts nähmen Flucht und Vertreibung zu. 2015 könnte somit ein absoluter Höchststand erreicht werden. „Es war nie wichtiger, Toleranz, Mitgefühl und Solidarität gegenüber den Menschen zu zeigen, die alles verloren haben“, erklärte UNO-Flüchtlingskommissar António Guterres.

Mitte 2015 überstieg mit 20,2 Millionen Menschen weltweit zum ersten Mal seit 1992 die 20-Millionen-Marke. Geschätzte 34 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene im eigenen Land gewesen.

## 80 Prozent auf der Balkan-Route

Fast eine Million Menschen kamen nach Angaben von Hilfsorganisationen im Jahr 2015 über das Mittelmeer nach Europa. Noch einmal 65.000 weitere auf dem Landweg. Mehr als 80 Prozent der Flüchtlinge reisten über Griechenland und die Balkan-Route ein – der Weg von Nordafrika nach Italien spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.



Syrischer Flüchtling mit Kind am Arm in Spielplatz in der Steiermark. Nach dem Winter werden wieder mehr kommen. (AP/A)

Bei mehreren Schiffsunglücken im Mittelmeer kamen im Jahr 2015 vermutlich Tausende Menschen ums Leben. 3600 Menschen werden vermisst. Die meisten von ihnen starben auf der Route von Nordafrika nach Italien.

Nach UNO-Angaben kommt etwa die Hälfte der Mittelmeer-

Flüchtlinge aus Syrien. Danach folgen die Länder Afghanistan, Irak und Eritrea. 60 Prozent der Flüchtlinge sind Männer, 24 Prozent Kinder. Die Zahl der Migranten hat 2015 im Vergleich zum Vorjahr dramatisch zugenommen – 2014 kamen im gesamten Jahr 216.054 Menschen über das Mittelmeer,

2013 sogar nur 59.421. Die mit Abstand meisten Menschen erreichten Europa im vergangenen Oktober – gezählt wurden 221.374 Flüchtlinge.

Aktuell leben fast 4,4 Millionen Syrer in den Nachbarregionen ihrer Heimat. Laut UNHCR sind es in der Türkei 2,2 Millionen, im Libanon

„2016 wird noch härter als heuer. Viele verwechseln eine Verbesserung der Flüchtlingssituation mit dem Winter.“



Werner Faymann, Bundeskanzler, nach dem EU-Gipfel

fast 1,1 Millionen, in Jordanien 632.000 und im Irak 245.000. Nur etwa zwölf Prozent davon sind nach Angaben einer UNHCR-Sprecherin in Flüchtlingscamps untergebracht. Die allermeisten leben in Dörfern und Städten.

## Krise noch nicht ausgestanden

2016 werde „noch härter als heuer“, sagte Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann am Freitag nach dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel. „Viele verwechseln eine Verbesserung der Flüchtlingssituation mit dem Winter“, konstatierte Faymann. Einmal mehr pochte er auf die Umsetzung bereits vereinbarter Beschlüsse zur Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsländer, die bisher nicht einmal 200 Menschen Quartier gebracht hat. Noch sehe er nicht, „dass wir die Sache an der Wurzel gepackt haben, weder in Syrien, noch in den Camps vor Ort“.

# Walesa warnt vor Bürgerkrieg

Polens Ex-Präsident befürchtet einen Ausbruch der Gewalt

**WARSAU.** Die Kritik an der neuen polnischen Regierung wird immer lauter. Nun hat sich der bekannte Solidarnosc-Aktivist Lech Walesa eingeschaltet. Er fürchtet einen Ausbruch von Gewalt.

Gewiss müssten Dinge geändert werden. Die konservative Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) habe in vielen Punkten recht, sagte Ex-Präsident Walesa. „Aber nicht mit dieser Art.“ Reformen müssten „offen und demokratisch“ erfolgen und nicht „auf brutale Weise“. Walesa bezog sich damit auf den Streit um die Neubesetzung und die Reform des Verfassungsgerichts. Wenn die Regierung sich nicht ändere, werde dies „zu einem Bürgerkrieg führen“, warnte der einstige Anführer der Gewerkschaft Solidarnosc.

„Ich fange an, mich für diese demokratische Entscheidung zu schämen“, sagte Walesa über die Parlamentswahl vom 25. Oktober, bei der die PiS eine Mehrheit er-

reichte. Walesa kündigte an, sich beim PS-Vorsitzenden, Jaroslaw Kaczynski, für eine Kursänderung einzusetzen.

reichte, und über die Präsidentschaftswahl vom 24. Mai, die der PS-Kandidat Andrzej Duda gewonnen hatte.

Walesa kündigte an, sich beim PS-Vorsitzenden, Jaroslaw Kaczynski, für eine Kursänderung einzusetzen.



Auch Polens Ex-Präsident Lech Walesa kritisiert die Regierung. (epa)

# EU-Gipfel in Brüssel endete mit Zweckoptimismus

Großbritanniens Premier David Cameron musste allerdings ohne Entscheidung über seine Reformforderungen nach Hause fahren

Von Stephanie Pack aus Brüssel

Der britische Premier machte seine Drohung gestern doch nicht wahr. David Cameron wollte eigentlich „die ganze Nacht für Großbritannien kämpfen“, kündigte er vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel an. Kurz nach Mitternacht war die Debatte aber vorbei. Cameron hatte davor rund 40 Minuten lang seine Vorstellung präsentiert, wie die Union vor dem britischen Referendum über einen EU-Austritt reformiert werden sollte.

Von seinen europäischen Partnern bekam er die Versicherung, dass alle am Verbleib der Briten in der EU interessiert seien. Ein Entgegenkommen könne es aber nur geben, wenn die Grundpfeiler der Gemeinschaft unangetastet bleiben. Änderungen der EU-Verträge wären vor dem Referendum nicht mehr möglich.

Cameron will dennoch rechtlich bindende Reformen verabschieden. Wie das gehen kann, dazu will Ratspräsident Donald Tusk bis zum Gipfel im Februar einen konkreten Lösungsansatz erarbeiten

lassen. „Es gibt einen Weg zu einer Einigung im Frühling“, zeigte sich Cameron optimistisch, räumte aber ein, dass viel harte Arbeit anstehe. Das sagte auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

## Sicherung der Außengrenzen

Er warnte davor, die Diskussion auf die Forderung nach einem beschränkten Zugang zu Sozialleistungen für EU-Ausländer zu reduzieren. Alle vier Anliegen Großbritanniens seien komplex.

Durchwegs positiv aufgenommen wurde beim Gipfel der Vor-



Premier David Cameron Foto: Reuters

schlag der Kommission zur Sicherung der EU-Außengrenzen. Alle Länder haben die Pläne grundsätzlich für gut befunden. Jetzt soll der Rat das neue „Europäische System des Grenz- und Küstenschutzes“ „zügig prüfen“.

## Ukraine, Georgien: Visabefreiung

Die EU-Kommission empfiehlt unterdessen die Befreiung von der Visapflicht für die Ukraine und für Georgien. Beide Länder hätten die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos.

## Wirtschaft

# Industrie attackiert die

Die Chefs der großen Leitbetriebe kritisieren im Gespräch mit den OÖNachrichten die Landespolitiker und finden deren Vorgangsweise gegenwärtig zum „Fremdschämen“

Von Gerald Mandlbauer und Doreen Macher

**LMZ.** Vor einer Woche hat Oberösterreichs Industrie in einer Deklaration ihre Sorge um den Standort und das Landesbudget zum Ausdruck gebracht. Nach der Replik von Landeshauptmann Josef Pühringer, der das Budget verteidigte, gleichzeitig die Industrie aber zum Dialog einladet, reagieren jetzt die Vorstandschefs der großen Leitbetriebe. Sie fordern eine grundsätzliche Neuausrichtung der Landespolitik, neue Ziele sowie neue Leuchtturmprojekte wie etwa das Softwarezentrum Hagenberg. Gleichzeitig müssten alle Zöpfe abgeschnitten werden.

Der Generaldirektor der voestalpine, Wolfgang Eder, BMW-Steier- und Wacker-Neuson-Gründer Hans Neunsteufel und (zugeschaltet) KTM-Chef Stefan Pirer hatten die OÖNachrichten zum Gespräch, um ihre Bedenken zu konkretisieren. Als Repräsentanten von 40 Leitbetrieben mit knapp 150.000 Mitarbeitern hoben sie dabei zu einem Frontalangriff auf die oberösterreichische Landesregierung aus, wie er in der Geschichte der Zweiten Republik noch nicht da war.

„Wir sind nicht reif für die Champions League, sondern in die Regionalliga abgestiegen. Als Industrieland Nummer eins ist Oberösterreich längst von Vorarlberg überholt worden. Es ist zum Fremdschämen“, fasst Eder die Stimmung zusammen.

## „Kritische Partner des Landes“

Die Industrien betonen, dass sie sich als Partner des Landes sehen. Als solcher sähen sie aber ihre Aufgabe darin, die Probleme und Schwächen des Standorts zu analysieren und aufzuzeigen. Und weil man das tue, werde man als Gegner gesehen.

BMW-Chef Wölfel lässt aufhorchen, indem er die Frage stellt, ob BMW heute wieder so stark in Steier investieren würde wie seit 1973, und gleich die Antwort mitliefert: „Es wäre mehr als fraglich.“ Es würden nicht nur die entsprechenden Förderungen fehlen. Es mangle auch an Fachkräften. „Und beim Bildungssystem ist man auf

dem Weg von der Elite- zur Allgemeinbildung.“

Kritisiert wird konkret die Budgetpolitik von Landeshauptmann Josef Pühringer. Wenn ein Vorstandsvorsitzender alljährlich mehr ausgabe, als er einnehme, würde er sich nicht lange halten. „Und dass man ernsthaft sagt, mit einer besseren Konjunktur würde man das wieder besser in den Griff bekommen, muss man sich erst einmal traumen“, sagt Neunsteufel.

## Wo bleiben Schwerpunkte?

Man habe vermisst, dass es auch schmerzhaft Reduktionen bei den Ausgaben gebe. Das sei Alltagsgeschäft in der Privatwirtschaft. Und auch in der Politik sei Budgetpolitik nicht da, um „everybody's darling“ zu sein, ergänzt Wölfel. Auch die Schwerpunktsetzung sei zu hinterfragen, heißt es im Hinblick auf das im Vergleich zum Wirtschaftsbudget hohen Kulturbudget. Hätte man hier etwas zu Gunsten der Wirtschaft umgeschichtet, hätte man zehntausende neue Arbeitsplätze schaffen können. „Man muss sich entscheiden zwischen Trachtenkapelle und Forschungsquote. Aber der Politik ist der Mut abhanden gekommen. Wir administrieren das Land in die Durchschnittlichkeit“, sagt voestalpine-Chef Eder. 2008 sei eine Zerkleinerung gewesen, die Pühringer übersehen habe.

„Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass es kaum nennenswerte Betriebsansiedlungen in jüngster Zeit gegeben hat“, sagt Neunsteufel. Dabei würden die beste-

„Man muss sich heute zwischen Trachtenkapelle und Forschungsquote entscheiden. Aber der Politik ist der Mut abhanden gekommen.“

Wolfgang Eder, der Generaldirektor der voestalpine AG befürchtet, dass Oberösterreich in die Unterdurchschnittlichkeit administriert wird

henden Betriebe Weltklasse bieten, weil sie sich ständig international beweisen müssten und dies auch schaffen.

## „Frustration verständlich“

Auch Leuchtturmprojekte wie die Gründung des Software-Kompetenzzentrums Hagenberg oder der Fachhochschule in Steier, die wirtschaftlich relevant waren und sind, seien weit und breit nicht in Sicht. Die bestehenden würden zum Teil vernachlässigt. So sei es nicht verwunderlich, dass Hagenberg-Gründer Bruno Buchberger dort frustriert gegangen sei.



BMW-Werk in Steier: Wann gibt es wieder solche Ansiedlungen? Foto: wuolast

Von der neuen Landesregierung sei die Industrie bisher zutiefst enttäuscht. „Wir haben uns mehr erhofft. Aber das Wichtigste war offenbar, sich die frei werdenden Aufsichtsposten untereinander aufzutreiben“, kritisiert Neunsteufel. Was sei mit den Gemeindefusionen? Was komme nach dem Schritt einer Kooperation der Bezirke Grieskirchen und Eferding? Statt des offensiv anzugehen, habe man die Überschriften für Zuständigkeiten auf die nominierten Regierungsmitglieder verteilt. „Und auch die Blasen haben keinen Druck beim Budget gemacht“, ärgert sich KTM-Chef Pirer.

Zentrales Thema ist aber das Verhältnis zwischen Pühringer und seinen Regierungskollegen Thomas Stelzer und Michael Strugl. Man habe das Gefühl, dass Strugl die Industrie und ihre Bedürfnisse gut verstehe. Aber die Situation, dass einer die Finanzen (Pühringer), einer die Forschung (Stelzer) und einer die Wirtschaft (Strugl) verantwortete, sei ineffizient. Darüber würde man gerne mit Pühringer reden. Aber nur im Plenum der gut 40 Firmen im Vorstand der IV mit ihm.

Der gebürtige Steirer Pirer sagt, ihn erinnere die derzeitige Situation an die Steiermark. „Damals hat Landeshauptfrau Klancic ihre Kronprinzen Hirschmann und Patek aufeinander losgelassen. Der Erfolg war, dass beide zerstört waren und Frau Klancic abgewählt wurde.“

## Große Verdienste, aber...

Pühringer habe große Verdienste für Oberösterreich. Aber man sei es an der Zeit, eine klare Entscheidung zu treffen, wer wofür zuständig sei. Und dass Strugl mehr Einfluss über Forschung oder Finanzen bekommen solle, daran lassen die Industrien keinen Zweifel. „Es kann nicht sein, dass Stelzer die Finanzen nimmt und der andere der Lehrling ist“, plädiert Neunsteufel für eine Konstellation mit CEO und CFO wie in einem Vorstand. Der Erster soll der Veränderer sein und die anderen arbeiten lassen. Und dabei reiche es nicht, dass nur einer die Wirtschaft und die Arbeitsplätze im Auge habe.

# Landesregierung



„Wir sind nicht in der Champions League, sondern in die Regionalliga abgestiegen. Und Oberösterreich ist auch nicht mehr Industrieland Nummer eins. Es ist zum Fremdschämen.“

Wolfgang Eder, voestalpine AG



„Wenn ich heute gefragt werde, ob BMW so wie 1979 wieder in Steyr in einen neuen Standort investieren würde, dann muss ich ehrlich sagen: Das wäre zumindest sehr fraglich.“

Gerhard Wöfel, BMW Steyr

„Wir haben uns mehr von der neuen Landesregierung erwartet. Aber das Wichtigste war offenbar, sich die frei werdenden Aufsichtsratsmandate zu sichern.“

Hans Neunteufel, Wacker Neuson

„Mich erinnert das an die Steiermark, als Hirschmann und Paier aufeinander losgelassen wurden. Am Ende waren beide zerstört und Landeshauptfrau Klusac wurde abgewählt.“

Stefan Pierer, KTM Motorrad



Den größten Brandfall in der Firmengeschichte musste die Versicherung schultern.

## OÖ. Versicherung verdient mehr trotz hoher Schäden

Sturm und Feuer belasteten heuer das Unternehmen. Dennoch steigt das Ergebnis um neun Prozent

LMZ. Ein aufregendes Jahr geht für die OÖ. Versicherung zu Ende. Die Schadenleistungen steigen heuer um 13,4 Prozent auf 169 Millionen Euro. Das sei auf Stürme im ersten Halbjahr und einige Großbrände zurückzuführen, sagte Generaldirektor Josef Stockinger bei der Bilanzpräsentation gestern, Freitag. Die OÖ. Versicherung musste bei einem in Feuer geratene Gewerbebetrieb sogar den größten Brandfall in ihrer Geschichte hinnehmen – mit neun Millionen Euro Schaden.

Dennoch schafft es der Regionalversicherer laut Vorausberechnung, das Ergebnis gewöhnlicher Geschäftstätigkeit (EGT) um neun Prozent auf 18,6 Millionen Euro zu erhöhen. „Weil wir eine saubere Versicherungstechnik haben, Prozesse automatisieren und so die Kosten senken“, sagte Stockinger.

„Halten Niedrigzinsen lange aus“

Die zum Eigenkapital zählende Schwankungsrückstellung wird heuer um 16 auf 128 Millionen Euro erhöht. Die OÖ. Versicherung sei stabil und „zukunftsfit“, sagte Stockinger auch im Hinblick auf die mit 1. Jänner in Kraft tretenden strengeren Aufsichtregeln (Solvency II).

Das Niedrigzinsumfeld, das die Branche wegen der gleichzeitig aufrechten Gesamterlösen bei Lebensversicherungen belastet, „können wir lange durchhalten“, sagte Vorstandsdirektor Othmar Nagl. Die Gesamtrendite bei der Kapitalveranlagung ist auch bei der OÖ. Versicherung überschaubar. Die Assekuranz will ihre Immobilienquote

auf zehn Prozent steigern. Hier sei man auf Kurs, sagte Stockinger. Derzeit entstehen beispielsweise 45 Mietwohnungen in Ried im Inntal.

Die OÖ. Versicherung steigert heuer ihr Prämienvolumen in den Sachsparten um 2,3 Prozent auf 296 Millionen Euro, wobei die Kfz-Kaskoversicherung um 5,5 Prozent wächst. Bei Vorsorgeprodukten mit laufender Prämie gibt es ein Plus von drei Prozent auf 117 Millionen Euro. Die Annahme von Lebensversicherungs-Einnahmeverlusten wurde wie bei den Mitbewerbern gestoppt. Insgesamt gehen die Prämienleistungen heuer mit 445 Millionen Euro um drei Millionen zurück. Die Mitarbeiterzahl wird laut OÖ. Versicherung stabil bei 800 gehalten.

„Für 2016 rechnet Stockinger mit Steigerungen bei Schaden-Unfall, nicht aber im Bereich Leben.“

Das neue Produkt Edelmetallkasko sei ein Erfolg, heißt es. Rund 3000 Mal wurde die Bündelversicherung für Junge (Unfall, Ableben, Berufsunfähigkeit) bisher gekauft. (az)

„Wir haben eine saubere Versicherungstechnik, automatisieren Prozesse und senken so die Kosten. Wir sind fit für die Zukunft.“



Josef Stockinger, Generaldirektor OÖ. Versicherung

Foto: OÖ. Versicherung

## THI: Abstimmung über Sanierung verschoben

LINZ. Die Abstimmung über den Sanierungsplan für die insolvente Teak Holz International (THI) wurde gestern verschoben. Die Finanzierungsverhandlungen würden zwar gut verlaufen, die endgültige Vereinbarung konnte aber nicht innerhalb weniger Tage geschafft werden, sagte im Anschluss Masseverwalter Gerhard Rothner.

Wie berichtet, ist am Montag der Plan A der Sanierung gescheitert. Dabei hätten Plantagen in Costa Rica verkauft werden sollen. Es fand sich aber kein Bieter. Der Sanierungsplan-Vorschlag sieht so aus: Zehn Prozent unmittelbar nach Zustimmung, die nun am 15. Jänner erfolgen soll, und je fünf Prozent nach zwölf bzw. 24 Monaten. Angemeldet wurden mehr als 50 Millionen Euro an Forderungen, anerkannt wurden vom Masseverwalter 28 Millionen.

Um die Gesellschaft entschuldet fortführen zu können und die Teak-Holz-Plantagen weiter betreiben zu können, sind aber mehr als die sich aus der Quote ergebenden 5,6 Millionen Euro nötig. Unterdessen liegen die aktuelle Unternehmensführung und Kleinanleger um die Gründer weiter im Clinch.



Teak-Holz-Geschäft Symbolfoto: EPA

## „Wir sind wieder in der Spur“

Energie AG mit weniger Umsatz, aber deutlich mehr Ergebnis

LINZ. Es sei auf „konsequentes Kostenmanagement“ zurückzuführen, dass die Energie AG trotz gesunkener Erlöse das operative Ergebnis (Ebit) im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014/15 deutlich steigern konnte. „Wir sind wieder zurück in der Spur“, sagte gestern Energie-AG-Generaldirektor Leo Windtner bei der Bilanzpräsentation in Linz (siehe Kasten).

Nach wie vor seien die Rahmenbedingungen und die massiven Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten herausfordernd, man habe aber rechtzeitig die Strategie angepasst und die Kosteneffizienz entsprechend gesteigert, sagte Windtner. Er beklagte, dass die Branche unter „unkoordinierten Marktgriffen der Politik“ leide. Als Beispiel nannte er das „völlig aus dem Ruder gelaufene Förderregime bei den erneuerbaren Energien, vor allem in Deutschland“.

Netz und Wasser blieben stabil, bei der Entsorgung gab es wegen „nichtmonetärer Einmaleffekte“ ein Minus beim Ebit.

Zur strategischen Neuausrichtung des Konzerns gehört auch der Ausbau des Energie-Dienstleistungsgeschäfts, zu dem etwa Contracting-Modelle im Bereich Wärme mit mehr als 25 neuen Heizzentralen zählen.

Die Stromerzeugung stammte 2014/15 zu mehr als drei Viertel aus erneuerbaren Quellen, davon

rund 95 Prozent aus Wasserkraft, der Rest aus Photovoltaik, Wind und Biomasse. Die thermischen Kraftwerke waren wie in den Vorjahren wegen der momentanen Marktsituation nur eingeschränkt in Betrieb.

Das Kohlekraftwerk Riedersbach soll wie geplant im Frühjahr stillgelegt werden. Pläne für ein Gaskraftwerk am selben Standort seien zwar fertig und genehmigt, blieben aber mangels Rentabilität in der Schublade. (h/n)



„Es war ein extrem herausforderndes Jahr mit starkem Gegenwind für die gesamte Branche. Unter diesen Rahmenbedingungen ist das ein gutes Ergebnis.“

Leo Windtner, Generaldirektor der Energie AG

### ZECKDATEN DER ENERGIE-AG-BILANZ

**1 Erlöse und Ergebnis:** Der Konzernumsatz sank im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014/15 um 8,6 Prozent auf 1,574 Milliarden Euro. Das Ergebnis (Ebit) stieg um 16,2 Prozent auf 118,9 Millionen Euro.

**2 Investitionen:** Die Investitionen betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 141,1 Millionen Euro, um 13,3 Prozent unter Vorjahresniveau.

**3 Dividende:** Die Energie AG zahlt so wie in den Vorjahren eine Dividende von 53,2 Millionen Euro an ihre Aktionäre. Das sind 0,6 Euro pro Aktie. Das Unternehmen ist mehrheitlich im Besitz des Landes Oberösterreich (52,45 Prozent). Zweitgrößter Aktionär ist die Raiffeisenlandesbank mit 13,91 Prozent vor der Linz AG, die 10,3 Prozent der Energie-AG-Aktien hält.

### Personalkosten gesunken

Zum Kostenmanagement gehörte auch eine Senkung des Personalaufwandes um 5,6 Prozent auf 256,4 Millionen Euro. Die Zahl der Mitarbeiter, gerechnet in Vollzeit-äquivalenten, sank um 2,8 Prozent auf 4349.

Zum Plus auf der Gewinnseite hat vor allem das Geschäftsegment Energie beigetragen, zu dem auch die mittlerweile integrierte ÖO Ferngas gehört. Die Segmente



Gouverneur Ewald Nowotny mahnt die Banken zu mehr Sparsamkeit. (Reuters)

## Nationalbank: Massiver Stellenabbau bei Banken

Dienstleistungen künftig nicht mehr gratis

WIEN. Es sei nicht unrealistisch, dass der österreichische Bankensektor in den nächsten Jahren ein Drittel seiner Jobs verliert. Das wären rund 25.000 Stellen, sagte gestern der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank (OeNB), Ewald Nowotny, bei der Vorstellung des Finanzstabilitätsberichts. Österreich hatte 2008 noch 80.283 Bankmitarbeiter, Ende 2014 waren es 75.714 und jetzt seien es noch einmal rund 1000 weniger, sagte Nowotny. Der Strukturwandel sei zwar im Gange, aber er laufe im internationalen Vergleich langsam.

Oberbank-Generaldirektor Franz Gasselsberger, der auch Spartenobmann in der Wirtschaftskammer Oberösterreich ist, sieht ebenfalls einen Anpassungsbedarf,

man dürfe aber nicht alle Banken über einen Kamm scheren. Manche hätten ihre Kosten gut im Griff, manche weniger. Man müsse auch berücksichtigen, dass die Banken unterschiedliche Geschäftsmodelle hätten, so Gasselsberger.

Vize-Gouverneur Andreas Ittner sprach von einer „neuen Normalität“ für den Bankensektor, die sich nach dem Strukturwandel nun einstelle. Banken müssten sich nach dem Kriterium der Profitabilität ausrichten. Dazu gehöre auch künftig für Dienstleistungen Geld zu verlangen oder diese nicht mehr anzubieten. „Banken konnten sich bisher leisten, Service de fait gratis zur Verfügung zu stellen“, sagte Ittner. Mit den sinkenden Zinsspannen gehe das nicht mehr.

# Ski-Muffel und die Flaute in Russland machen Fischer das Leben schwer

Das Innviertler Traditionsunternehmen will vor allem auf dem US-Markt wachsen

Von Susanne Dickstein

**RIED.** Nur noch jeder dritte Österreicher geht jüngsten Umfragen zufolge regelmäßig skifahren. Bei den frühlinghaften Temperaturen werden es in diesem Winter vermutlich noch weniger werden. Doch nicht nur der Heimatmarkt, sondern auch die Flaute in Russland macht dem Innviertler Skierhersteller Fischer zu schaffen.

Russland sei ein Hoffungsmarkt gewesen, sagt Fischer-Chef Franz Föttinger. Bis der Ölpreisverfall und die Rubelabwertung den Markt einbrechen ließen. „Unser größter Händler hat für die heurige Wintersaison nichts geordert, weil er noch die Bestände des Vorjahres hatte.“

So dramatisch ist die Lage auf dem heimischen Markt freilich nicht. Er hat sich bei einem Absatz von rund 380.000 Paar Skiern im Jahr eingependelt. Ein Fünftel davon kommt von Fischer. „Der Handel hat vorsichtig eingekauft. Bis jetzt läuft das Geschäft aber gut, auch wenn das bei diesen Wetterverhältnissen nicht ganz logisch ist“, sagt Föttinger. Entschieden wird das Fischer-Geschäftsjahr (per Ende Februar) aber in den kommenden Wochen, abhängig von den sogenannten Nachordern der Händler.



Ein Bild mit Seltenheitswert: Verschneite Skihänge in Österreich

Foto: Fischer

Im Wirtschaftsjahr 2014/15 ist der Umsatz von 180 auf 160 Millionen Euro zurückgegangen. Das Traditionsunternehmen hat Verluste geschrieben. Föttinger ist zuversichtlich, heuer wieder die schwarze Null zu erreichen.

Trotz des wenig berauschenden Marktumfelds bekennen sich die Innviertler klar zum Produkt: „Unser Fokus liegt ganz klar auf Skiern, da haben wir unsere Kernkompetenz“, sagt Föttinger. Der Fischer-Chef sieht insbesondere

in Nordamerika Wachstumsschancen. „Der US-Markt ist doppelt so groß wie der österreichische, und wir haben zurzeit einen Marktanteil unter fünf Prozent.“ Das große Thema in Colorado & Co. ist Freeride, also das Fahren im freien Gelände, für das Fischer eigene Kollektionen entworfen hat.

Produziert werden die Alpin- und Langlaufskier zu rund einem Drittel in Ried, zu zwei Dritteln in Mukachevo in der Ukraine. Aufgrund der deutlich niedrigeren Personalkosten sei es verlockend, mehr in die Ukraine zu verlagern. „Das werden wir aber nicht tun. Wir sind ein Innviertler Unternehmen, hier ist unser Know-how.“ 1100 Mitarbeiter sind in der Ukraine beschäftigt, weitere 500 arbeiten in der Zentrale.

## Kein eigener Onlineshop

Skiverkauf über das Internet sei lange Zeit kein Thema gewesen. In den vergangenen zwei Jahren habe sich dieser Markt aber entwickelt, sagt Föttinger. Fischer-Mitbewerber Atomic hat deshalb im Herbst einen eigenen Onlineshop gestartet und für sich damit einen weiteren Vertriebskanal neben dem Sportheil geschaffen. Für Fischer ist das vorerst kein Thema, man vertraue auf den Handel als Partner.



Rechtsanwalt Wilfried Wetzl (Wetzl)

## Steyrer kaufen Baumaax-Standorte

**STEYR.** Drei Wochen dauerte das Tauziehen um die Verwertung der letzten inkraftvollen Standorte der insolventen Heimwerkerkette Baumaax. Am Donnerstagabend haben der Steyrer Anwalt Wilfried Wetzl und sein Partner Siegfried Stieglitz über ihre Privatstiftungen den Zuschlag für die Standorte in Wien-Inzersdorf und Stadlau sowie in St. Pölten-Süd erhalten. Der Deal ist um einen zweistelligen Millionenbetrag vonstattengegangen. Wetzl ist rundum zufrieden: „Wir haben die Objekte unter dem Buchwert erwerben können.“

Pläne für die insgesamt 30.000 Quadratmeter an überdachten Betriebsflächen haben die Steyrer Unternehmer schon. „Das werden große Baustellen werden“, kündigt Wetzl an. In Wien-Inzersdorf soll auf dem ehemaligen Baumaax-Areal ein Interspar errichtet werden. Das Gelände in St. Pölten bleibt dem Handel erhalten: In die umgebauten Hallen sollen zwei große Lebensmittelmärkte einziehen.

Wetzl und Stieglitz erfüllen mit dieser Nutzung auch eine Bedingung, die OBI in den Verhandlungen gestellt hat: Es dürfte kein Baumarkt eröffnet werden. (feh)

## Regional



Die Ermittler Johannes Probst und Stefan Sageder

Foto: Scharinger

## Drogenring aufgefliegen: 90 Personen angezeigt

Zwei Drogenverkäufer aus Braunau in U-Haft

**BRAUNAU.** 17,5 Kilo Cannabis, Kokain und „Magic Mushrooms“ soll ein 20-Jähriger aus Braunau gemeinsam mit zwei weiteren Tätern verkauft haben. Der Hauptverdächtige sitzt in U-Haft. Ein 59-jähriger Frührentner, der einer der Zulieferer sein dürfte, ebenfalls.

Aufgefliegen ist der Drogenring nach langer Ermittlungsarbeit, wie Johannes Probst und Stefan Sageder bei einer Pressekonferenz bekannt gaben. Auf die Spur kamen die Ermittler durch einen Einbruch im Mai 2015. Damals wurde ein 35-jähriger Frührentner, der aufgrund von gefundenem Cannabis ein umfassendes Geständnis abgab. Der 20-jährige Hauptverdächtige ist kein unbeschriebenes Blatt. Er war 2014 bereits wegen Suchtgifts-

dels angezeigt worden. Damit bei ihm keine Drogen sichergestellt werden können, bunkerte er das Cannabis in der Wohnung seiner 17-jährigen Freundin aus Simbach (Bayern) und das Kokain bei einer 29-jährigen Bekannten aus Braunau. Die Polizei fand neben den Drogen auch 4000 Euro in bar, die aus dem Verkauf stammen sollen. 100 Verdächtige wurden vernommen, 90 von ihnen angezeigt. Es handelt sich dabei um Personen zwischen 14 und 60 Jahren, die hauptsächlich aus dem Bezirk Braunau stammen.

„Dieser große Fahndungserfolg war nur möglich, weil die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hervorragend funktioniert“, betont die Ermittler. (ma)

## „Wir mussten reagieren!“

Justizministerium: Ausbruchsplan in Garsten war ernst zu nehmen

**GARSTEN/WIEN.** Nach dem vereitelten Ausbruchsversuch aus der Justizanstalt Garsten laufen die Ermittlungen weiter auf Hochtouren. Meldungen, wonach die verhinderten Ausbrecher dem organisierten Verbrechen zuzurechnen seien, wurden vorerst nicht bestätigt. Wie berichtet, hatte es am Donnerstagnachmittag Großalarm gegeben, nachdem beim Justizministerium eine verdeckte Warnung eingegangen war: Eine kleine Gruppe von Schwermisdern plane einen Fluchtversuch und wolle Justizwachebeamte als Geiseln nehmen.

„Wir mussten die Warnung ernst nehmen und sofort flächendeckend reagieren, weil die in Garsten einsitzenden Häftlinge in der Regel zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden“, sagte gestern Pressesprecherin Britta Tichy-Martin. Die Mindesthaftdauer liegt dort bei ein- bis zwei Jahren, unter den 420 Insassen gibt es aber auch viele „Lebenslänger“.

## Rädelsführer wurden „verlegt“

73 Mitglieder der Justiz-Einsatzgruppe, 50 Justizwachebeamte von Garsten, 92 Polizisten und 14 Diensthandelführer mit Polizeihunden rückten gegen 15 Uhr zum Großinsatz aus, der nach mehr als sechs Stunden beendet werden konnte.

Der Einsatz lief in zwei parallelen Aktionen ab: Zum einen wur-



Streng bewacht: Ein Beamter sichert den Eingang zur Justizanstalt. Foto: Moser

den sämtliche Hafträume und Werkstätten gründlich durchsucht. Gefunden wurden Handys, und Stichwaffen. Jetzt muss geklärt werden, wem sie „zuzuordnen“ sind. Auch Leibesvisitationen wurden durchgeführt.

Auf einer zweiten Ebene wurden sämtliche Türschlösser und Gitterstäbe der Haftzellen auf mögliche Manipulationen un-

tersucht. „Gefunden wurde aber nichts“, sagte Tichy-Martin. Die Befragung der mutmaßlichen Rädelsführer ging gestern weiter und wird auch heute fortgesetzt.

Die mutmaßlich an dem Fluchtplan beteiligten Häftlinge wurden noch am Donnerstag in andere Justizanstalten verlegt. Den Rest ihrer Haftstrafen müssen sie vorerst getrennt verbüßen. (Kf)

# 12 Grad plus: Zu Weihnachten wirbeln heuer die Pollen statt der Schneeflocken

Vom Westatlantik strömen in den kommenden Tagen weiter milde und meist trockene Luftmassen nach Mitteleuropa – Erst zum Jahreswechsel könnte es winterlich werden

Von Alois Krügelbauer

**LINZ.** Keine Schneeflocken werden heuer zu Weihnachten durch die Luft wirbeln. Pollen hingegen schon. Denn der milde Winter bringt bereits jetzt die ersten Heiß- und Föhnwinden zur Blüte. Da kann's passieren, dass besonders empfindliche Zeitgenossen heuer unterem Christbaum stören müssen. Schöne Bescherung!

Claudia Kiedl von der ZAMG-Sprechstelle Salzburg/ÖÖ bedauert: „Die meridionalen Oszillationen führt dazu, dass weiterhin milde Luftmassen vom Atlantik nach Mitteleuropa strömen.“ Oszillation bedeutet: Über Island hält sich ein stabiles Tief, über den Azoren ein nicht minder hartnäckiges Hoch. Wo beide zusammenstoßen, wird die Luft wie von einer „Drehtisch“ nach Westen gepresst. Und daran wird sich bis Weihnachten nichts mehr ändern.

## Oben Sonne, unten Nebel

Bis 8 Grad in den Nebellagen des Flachlands, sogar bis 12 Grad in höheren Regionen sagt Kiedl für Heiligabend voraus. Die Schneefallgrenze liegt bei 1500 Metern. Aber Schnee wird es ohnehin nicht geben, nicht einmal Regen, auch wenn immer wieder Wolken durchziehen. Das Land zeigt sich meist grün-brun-grau. Ab dem 25. Dezember könnte sich die Luftströmung endlich auf Nordost umstellen. Winterlich wird's frühestens zum Jahreswechsel.

Wie gewohnt geht es in den kommenden Tagen weiter: Heute



Dank Schneekanonen laufen die Lifts am Plateau des Feuerkogels. (Österreichischer)

## SKIGEBIETE

Skifahren ist derzeit in Oberösterreich beschränkt möglich.

**Dachstein-West:** Die einzige durchgängige Talabfahrt gibt es am Hornspitz in Gosau. „Dank unserer modernen Beschneeanlage“, sagt Peter Grögler (Seilbahn-Holding). Schnee liegt auch am Feuerkogel-Plateau und im „Kinderland“, am Krappeneben kann man Schneeschuhwandern.

**Kasberg:** Teilbetrieb im Bereich Schenboden, das Kinderskifeld am Samstag wurde auf Februar verschoben.

**Hochficht:** Voreinst kein Betrieb möglich.

**Hinterstoder:** Auf der Hölz in Hinterstoder und auf der Wurzelalm in Spital am Pyram Teilbetrieb in höheren Lagen.

## Wettervorschau Westströmung dominiert bis Weihnachten

SONNTAG	SONNABEND	HEUTE	DIENSTAG	MITTEWOC	DONNERSTAG	FRIDAY
-2°/11°	-2°/11°	-2°/10°	0°/10°	0°/10°	4°/12°	2°/14°
W. WIND	W. WIND	W. WIND	W. WIND	W. WIND	W. WIND	W. WIND

# Zweijährige in Bach entdeckt: Todesursache war Unterkühlung

Tragödie in der Obersteiermark: Kleinkind verschwand in der Nacht von zu Hause und stürzte in kaltes Gewässer

**KALIBRAG.** Nicht ertränkt, sondern an Unwohlsein gestorben ist jene Zweijährige, die in der Nacht auf Donnerstag aus der Wohnung ihrer Eltern verschwand und in einem Bach gestirbt war. Das ergab die Obduktion, teilte Polizeisprecher Fritz Grundnig gestern mit. „Anzeichen für frem-

de Gewaltwirkung konnte nicht festgestellt werden.“

Größer Ärzte hatten schon kurz nach dem Tod des Kindes festgestellt, dass seine Körperkerntemperatur bei nur noch zehn Grad Celsius gelegen hatte. Die Mediziner schafften es nicht mehr, ihren Kreislauf in Gang zu bringen. Wie

„Anzeichen für fremde Gewaltwirkung konnte bei der Obduktion des Kindes nicht festgestellt werden.“

Fritz Grundnig, Polizei-Sprecher

berichtet, hatten die Mediziner vergeblich versucht, mit einer Maschine das Mädchen künstlich wieder aufzuwärmen. Die Mutter hatte die Tochter gegen 19.30 Uhr ins Bett gebracht. Als sie gegen Mitternacht auf die Toilettensuche bemerkte sie, dass die Zweijährige verschwunden war. Die Polizei leitete

eine Suchaktion ein. Das tote Kind wurde in dem etwa einen Kilometer entfernten Liesingbach gefunden. Die Mutter blieb bei der Einvernahme bei ihren Angaben. Der Vater, der nicht im selben Haushalt lebt, sagte zu Ärzten, seine Tochter würde schlafwandeln. Dies konnte die Mutter nicht bestätigen.

# Leidgeprüfte Familie: „Unser Leben ist ein Desaster“

Viele Schicksalsschläge mussten die Stögernüllers aus Peuerbach hinnehmen. Das ÖÖN-Christkind unterstützt sie

Von Valentin Dornauer

**PEUERBACH.** Stellen Sie sich vor, Ihr Leben ist so, wie Sie es sich erträumt haben. Sie sind Eltern von zwei gesunden Kindern, sind beruflich erfolgreich, verbringen Ihre Zeit mit Bergsteigen, sind aktiv, sind glücklich. Und plötzlich mit einem Schlag ist diese problemlose Existenz vorbei. So ist es Evelyn und Daniel Stögernüllers ergangen.

„Ich habe 2008 mit der Menstruation begonnen, einen Monat später merkte ich, dass ich ständig erschöpft war, Gesicht verlor, mich veränderte“, erzählt der zweifache Vater. Wochen später wurde die Diagnose Myelom Castleman – Tumore, welche in den Lymphknoten entstehen – gestellt. Wochen vergingen, bis ein Behandlungsplan gegen die seltene und komplizierte Erkrankung ausgearbeitet wurde, kam die Chemotherapie.

**Komplikationen und ein Unfall** In Zustand, der sich auch auf die hyaline von Evelyn Evelyn schlug. Während sich der 33-Jährige auf Reha von den Behandlungen auf dem Weg der Besserung befand, wurden Evelyn Stögernüller bei einer Operation die Mandeln entfernt. Ein riskanter Eingriff, der beiher tödlich endete, weil sie große Mengen Blut verlor.

„Wir waren verunsichert, dass wir alles überstehen“, erzählt der Peuerbacher. Dann kam 2012 und ein weiteres Unglück: Ein Motorradfahrer stürzte vor dem Haus der Familie, Evelyn Stögernüller



Das ÖÖN-Christkind unterstützt Evelyn und Daniel Stögernüller und ihre Söhne Justin und Marvin finanziell. (von Valentin Dornauer)

## ÖÖN-WEIHNACHTSAKTION

Wollen auch Sie das Christkind der ÖÖN-Nachrichten unterstützen, dann können Sie gerne auf folgendes Konto spenden: **AT94 2032 0000 0011 3790** Ihre finanzielle Unterstützung wird ohne Nebenkosten an die Betroffenen weitergegeben, da das Medienhaus Winner alle Kräfte und Aufwände, welche durch die Weihnachtsaktion entstehen, tragen. Ihre Spende geht also 1:1 an Oberösterreich, die in Not geraten sind.

welche dem Versagen zu Hilfe eilen, doch dieser verstarb in ihren Armen. Eine posttraumatische Belastungsstörung bei der 28-jährigen Peuerbacherin war die Folge. „Es war einfach schmerzhaft, aber auch das haben wir hingenommen“, erzählt Evelyn und drückt die rechte Hand ihres Mannes, der mittlerweile im Rollstuhl sitzt. Auslöser dafür war vor einem Jahr ein Bandscheibenverfall, der zu Lähmungsverletzungen führte. Gefolgt von einer misslungenen Operation, bei der es zu einer Blutung kam und Nerven im linken Bein geschädigt wurden. Seither übersteht der 33-Jährige den Tag

nur mit Morphium, das zwar seine Schmerzen erträglich macht, aber die Lebenserwartung wenigstens sinken lässt. Eine Aussicht auf Besserung gibt es nicht, eine OP ist nicht mehr möglich, weil das Gewebe bereits zu vernarbt ist.

„Linderung versprochen nur Therapiestunden, die ein immer größeres Loch in die ohnehin schon kleine Haushaltskasse reißen. Weitere Sorgen bereitet den Eltern die Laune an Kosten, verursacht durch die Reparaturen des Heizkörpers und der Wasserleitungen im Wohnhaus. „Als hätten wir nicht genug Probleme, ist nun auch der Kamin undicht und der Spüler defekt. Un-

Wir halten fest zusammen, das ist das Einzige, was mich am Leben hält.“

Daniel Stögernüller, ist vom Krebs geheilt, leidet aber unter Schmerzen wegen einer missratenen Operation

ser Mann ist eine einzige Baustelle“, sagt die ausgebildete Tagesmutter, die in Kürze als Kindergarten-Assistentin arbeiten will. Ihren eigentlichen Beruf kann sie aufgrund des schlechten Zustandes ihres Mannes nicht mehr ausüben.

Gedanken über die Zukunft wollen sich Evelyn und Daniel nicht erlauben. „Seit der Krebsdiagnose ist unser Leben ein nicht endendes Wehwehchen, ein Trauerspiel“, erzählt der Leidgeprüfte.

Das ÖÖN-Christkind will die Sorgen etwas mindern und unterstützt die Familie. „Wir würden unseren Söhnen gerne die Schulschulwoche und Therapiestunden beim Psychotherapeuten bezahlen, die vielen Vorfälle belasten sie sehr.“

Vom Christkind würden sich Marvin und Justin ebenfalls nur Kleingkeiten wünschen, erzählt ihre Mutter. „Der Jüngere sagt immer, er will nur einen Kaktus, weil was anderes können wir uns nicht leisten. Das tut uns wirklich weh.“

# Aktiv gelebte Integration: Flüchtlinge als Sternsinger

Engelhartzell: Heilige Drei Könige aus dem Iran und Nigeria

Von Eike-Clemens Kullmann

ENGELHARTZELL. „Das machen wir.“ Hamid (30) aus dem Iran war sofort begeistert von der Idee, dass er und drei weitere Asylwerber in wenigen Tagen als Sternsinger durch den Donaumarkt Engelhartzell (Bezirk Scharding) ziehen sollen. Ideenlieferant war der Gewässerökologe Gerald Zauner. Er sieht in der Aktion aktiv gelebte Integration. „Hier können Menschen, denen bei uns geholfen wird, anderen helfen. Und das, obwohl sie das nicht selbst mit Geld tun können“, sagte er den OÖN.

Ursprünglich sollten Engelhartzeller die Drei-Königs-Darsteller sein – seit langem übrigens wieder einmal keine Kinder. Die Überlegung, dass die Flüchtlinge am 4. Jänner als Sternsinger von Haus zu Haus gehen, fand aber bei allen Anklang. Schließlich gibt es keine bessere Möglichkeit eines raschen gegenseitigen Kennenlernens.

## „Gold hab ich kein's“

Seit Tagen büffelt das Quartett bereits die Texte, die alle Bezug auf das jeweilige Herkunftsland der „Könige“ und des Sternträgers nehmen. Maßgeschneidert wurden diese Texte vom emeritierten Universitätsprofessor Peter Hofrichter. Der Perser Mossayeb – er ist so wie Hamid seit mehr als drei Jahren in Österreich und wartet noch immer auf einen Asylbescheid – wird daher etwa sagen: „König Kaspar werd' ich genannt, ich komme aus dem Perserland. Gereist bin ich bei Tag und Nacht, doch Gold hab' ich kein's mitgebracht.“

Neben Hamid (er ist der Sternträger) und Mossayeb sind noch



Mahesta (links, Melchior) und Edith (Balthasar) bei der ersten Gewandprobe

die Perserin Mahesta – sie gibt den Melchior – und Edith aus Nigeria (Balthasar) dabei. Während der Sternträger übrigens Moslem ist, sind die drei Könige Christen.

## 52 Flüchtlinge beherbergt

Engelhartzell ist seit Jahrzehnten Vorzeigegemeinde bei der Flüchtlingsbetreuung. Bereits in den 1980er Jahren fanden Polen Aufnahme im Donaumarkt. Es folgten Bosnier und Kroaten,

Tschetschenen und Syrer. Derzeit werden in Engelhartzell 52 Flüchtlinge betreut – teils privat, teils in der ehemaligen Jugendherberge bzw. in einem Objekt des Trappistenstiftes Engelszell.

„Diese Menschen haben oft Fürchterliches erlebt – wir müssen daher das Menschliche in den Vordergrund stellen“, sagt Bürgermeister Roland Pichler. Und: „Das Zusammenleben funktioniert problemlos.“



Transitquartier in Linz

Foto: vowe

## Mehr Flüchtlinge sollen in private Quartiere

LINZ. Die Herbergssuche für Flüchtlinge in Oberösterreich läuft auf Hochtouren. Um diese Herausforderung besser zu meistern, hat Integrations-Landesrat Rudi Anschöber (Grüne) die Initiative „Zusammenhelfen in OÖ“ ins Leben gerufen. 22 Partner-Organisationen unterstützen das Land Oberösterreich bei der Suche nach Unterkünften. Derzeit fehlen in Oberösterreich rund 1200 Plätze. Der Platzbedarf steigt beständig an. Bis Ende Jänner werden, laut Innenministerium, alleine in Oberösterreich noch einmal 3600 zusätzliche Plätze benötigt.

## 180 Gemeinden ohne Flüchtling

Noch immer beherbergen 180 oberösterreichische Gemeinden keine Flüchtlinge. Eine Liste dieser Gemeinden will Anschöber am 15. Jänner veröffentlichen, um den Druck zu erhöhen.

Stärker als bisher will das Land künftig auf private Unterkünfte setzen. Interessierte, die Wohnraum oder Grundstücke zur Verfügung stellen wollen, können sich bei einer Hotline (0732/770993) melden.

Obdachlose Asylwerber bleiben weiterhin ein Problem. „Sie werden vom Bund, nachdem sie einen Asylantrag gestellt haben, auf die Straße geschickt“, sagt Anschöber. Die bisher geschaffenen Notquartiere reichen nicht aus. Die „Drehscheibe“ der Caritas am Hauptbahnhof dient den obdachlosen Flüchtlingen aktuell als Anlaufstelle. (hip)

## Detaillierte Ergebnisse nach Artikeln und Analysetage – Online und Print

<b>Print</b>															
<b>Montag 14. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Sum</b>	<b>Max.</b>	<b>%</b>
W	Fachkräfte gesucht: Die Holzindustrie will ihr verstaubtes Image loswerden	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
W	Weniger Kundenfrequenz am dritten Einkaufssamstag	3	1	/	2	1	2	2	2	2	2	/	17	20	85
													<b>35</b>	<b>38</b>	<b>92,11</b>
P	195 Staaten verabschiedeten historischen Klima-Vertrag	2	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
P	Diplomatischer Affront um Kims Frauen-Popband	3	2	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
P	23 Tote bei Brand in russischem Spital	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
P	Frankreich-Wahl: Keine Region für Front National	1	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	16	18	88,89
P	Wähler weg, Millionen weg: Wie ÖVP und SPÖ ihre Budgets neu aufstellen	2	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
P	Stolz: Steuerhoheit oder Landtage abschaffen	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75

P	Uni-Rektoren dürften erstmals eine Chefin küren	1	3	/	2	/	2	2	0	2	1	/	13	18	72,22
													107	122	87,70
R	69-jähriger Pettenbacher stürzte bei Bergwanderung 40 Meter in den Tod	1	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	14	18	77,78
R	Facebook-Fotos führte Polizei zu jungem Schläger	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	13	18	72,22
R	Familie im Schlaf durch ausströmendes Gas beinahe vergiftet	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
R	Die besonderen Schülerpolizisten von Laarkirchen	3	3	/	2	/	0	2	2	2	2	/	16	18	88,89
R	Islam-Vereinen droht in Österreich jetzt die behördliche Schließung	2	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
R	Drehkreuz für ganz Europa: Wiener Hauptbahnhof im Vollbetrieb	0	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	15	18	83,33
R	Eine Delfintherapie soll das Leben des kleinen Moritz verbessern helfen	3	2	/	1	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
													103	122	84,43
	<b>Print am Mo, 14. Dezember</b>												<b>245</b>	<b>282</b>	<b>86,88</b>
<b>Dienstag 15. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	

W	THI: Versteigerung gescheitert, Plan A für Sanierung ist geplatzt	3	2	/	2	/	2	2	2	2	1	/	16	18	88,89
W	"Brauchen ein Gesamtpaket in der Klimafrage"	3	3	/	2	/	2	2	0	2	2	/	16	18	88,89
W	Josef Pühringer und die Industrie: Einladung zum Dialog, aber auch Kritik	2	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
W	Verfall des Ölpreises geht weiter	3	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	17	18	94,44
W	Im Ländle sind Einkommen am höchsten, Wien sackt ab	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	Obi eröffnet zwölf Filialen 500 Mitarbeiter atmen auf	3	3	/	2	/	1	2	2	2	2	/	17	18	94,44
W	Währungsfonds mahnt Reformen ein	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
													115	122	94,27
P	Schuldspruch im Blaulichtfunk-Prozess: Drei Jahre Haft für Mensdorff-Pouilly	2	3	/	2	/	2	0	2	2	2	/	15	18	83,33
P	Erstes schwarz-blaues Budget: Nulldefizit verschoben	2	3	/	2	/	2	2	1	2	2	/	16	18	88,89

P	Hammerschmid wird Rektorenchefin: Eine Premiere nach 105 Jahren	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
P	Landes-SP: "Wir brauchen keine 14 Vize-Chefs"	2	1	/	1	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
P	Neue Mittelschule verliert im Rennen mit dem Gymnasium an Boden	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	Angela Merkel: "Die Flüchtlingszahlen reduzieren, nicht begrenzen"	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	Obama will 2016 nach Kuba reisen	3	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	14	16	87,5
P	Le Pen schielt auf 2017: "Nichts kann uns stoppen"	1	3	/	2	/	2	2	1	2	2	/	15	18	83,33
P	Historische Wahl brachte 20 Frauen in saudi-arabische Gemeindeparlamente	1	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	13	16	81,25
P	Qatar Airways blamierte sich beim Premieren-Flug	0	0	/	2	/	2	2	/	2	2	/	10	16	62,5
P	700.000 flohen vor Taifun "Melor"	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
P	Schweden dürfen Julian Assange in London befragen	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75

P	"Pariser Klimaabkommen ist ein Gewinn für Europa"	3	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	15	16	93,75
													180	214	84,11
R	Plötzlich waren 15.000 Euro weg: Wirbel um Zugriff auf Schuldbudget	3	3	/	1	/	2	2	2	2	1	/	16	18	88,89
R	Mehr Stau durch früheres Ende der Eisenbahnbrücke	3	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	17	18	94,44
R	Gemeindefusion: Bürger in Peuerbach, Bruck und Steegen stimmen 2016 ab	1	3	/	1	/	2	2	2	2	2	/	15	18	83,33
R	Urlaub am Bauernhof ist auch im Winter attraktiv	3	1	/	1	1	2	2	/	2	2	/	14	18	77,78
R	Bayern schicken Flüchtlinge zurück ins Innviertel	0	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	12	16	75
R	Zwei Jahre Gefängnis für tschetschenischen Schlepper	1	2	/	2	/	2	0	/	2	2	1	12	17	70,59
R	Turnusärzte helfen am LKH Steyr bei Notaufnahme aus	3	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	15	16	93,75
													101	121	83,48
	<b>Print am Di, 15. Dezember</b>												<b>396</b>	<b>457</b>	<b>86,65</b>
<b>Mittwoch 16. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	
W	Bank Austria sperrt jede dritte Filiale : "Wir machen etwas ganz Normales"	3	3	3	2	/	2	2	/	2	2	/	19	19	100

W	Bauerneinkommen sinken viertes Jahr in Folge	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	USA vor Ende der Nullzins-Politik	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
W	VW koppelt Rückrufaktion mit Sonderangeboten	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	Gewinnauszahlungen steigen stark	3	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	14	16	87,5
W	THI: Seit Jahren falscher Bilanzansatz	3	1	/	2	/	2	2	/	2	1	/	13	16	81,25
W	EU-Abgeordnete gegen höhere Abgaswerte	0	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	13	16	81,25
													105	115	91,30
P	Mindestsicherung wird verschärft, um Kosten einzudämmen	0	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	12	16	75
P	Landesbudget 2016 ohne Defizit? "Ein Preis, der mir zu hoch war"	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
P	Prävention statt Reperaturmedizin: Neue Chefin der Sozialversicherungen will Eigenvorsorge fördern	0	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	13	16	81,25
P	Irmgrad Griss auf Werbetour bei den Freiheitlichen	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75

P	Öffentliche Hand: 40 Millionen Euro für Werbung	3	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	15	16	93,75
P	Saudi-Arabien schmiedet islamische Anti-Terror-Allianz mit 34 Staaten	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	EU-Kommision will Außengrenzen stärker schützen	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
P	Seehofer gibt sich in der Flüchtlingsfrage versöhnlich	3	3	/	2	/	2	0	2	2	2	/	16	18	88,89
													116	132	87,88
R	Gefährlicher Keim: Intensivstation der Kinderklinik bleibt weiterhin gesperrt	3	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	15	16	93,75
R	Unterbringung von Flüchtlingen scharf kritisiert	3	3	/	2	/	2	2	0	2	2	/	16	18	88,89
R	Züge fahren wieder nach München	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
R	Erste Bewährungsprobe für gemeinsames Polizeizentrum	2	3	/	2	/	2	2	1	2	2	/	16	18	88,89
R	Nach Motorsägen-Angriff: Einweisung in Anstalt	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	16	17	94,12
R	Angst vor Lehrermangel	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5

R	Strafantrag gegen Mutter, deren Kind in Ebelsberg von Zug getötet wurde	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	17	17	100
R	Jugendbande stieg in Welser Schulen ein	0	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	14	17	82,35
R	Polizist ohne Erinnerung?	2	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	15	17	88,24
R	Gericht prüft Lärmverordnung: Keine Verzögerung für Westring	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
													156	170	91,76
	<b>Print am Mi, 16. Dezember</b>												<b>377</b>	<b>417</b>	<b>90,41</b>
<b>Donnerstag 17. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	
W	Erster Schritt in Richtung Normalität: US-Notenbank Fed erhöht die Zinsen	1	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	15	18	83,33
W	Palmers ist wieder österreichisch	0	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	13	16	81,25
W	Nach Pfeiffer C+C geht auch Hubers Landhendl an Schweizer Coop-Gruppe	3	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	15	16	93,75
W	Geringste Inflation seit Herbst 2009	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	Große Heta-Gläubiger erhöhen Druck auf Kärnten	2	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
W	Wirtschaftswachstum: Heiteres Prognoseraten?	3	3	3	2	/	1	2	/	2	2	/	18	19	94,74

W	Weniger Pleiten, mehr betroffene Mitarbeiter	3	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	14	16	87,5
W	Welser Amedia-Gruppe kauft Hotel in Prag	1	1	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
W	Gazprom-Einstieg bei Raffinerien?	3	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	17	18	94,44
													137	153	89,54
P	Stelzer will Wertekodex an allen Schulen des Landes	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	Amtsgeheimnis: Heftige Kritik an Koalitionsentwurf	3	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	14	16	87,5
P	Unterstützung für Rabmer Koller	3	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	14	16	87,5
P	Kontroll-Schlamperein in tschechischen Atomkraftwerken	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	Hypo-Ausschuss: Josef Pröll und die teuerste Nacht der Zweiten Republik	0	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	13	16	81,25
P	Heute fällt die Entscheidung über Mensdorff-Urteil	1	3	/	2	/	2	0	/	2	2	/	12	16	75
P	Causa Telekom: Staatsanwalt erhebt Anklage gegen VP-Mandatar	0	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	14	18	77,78

P	Faymann will 50.000 Flüchtlinge aus der Türkei nach Europa holen	3	3	/	2	/	2	2	1	2	2	/	17	18	94,44
P	Donald Trump: "Unser Land ist außer Kontrolle"	0	2	/	2	/	2	2	2	2	2	/	14	18	77,78
P	El Salvador erlebte das blutigste Jahr	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
P	Gleiches Recht für alle beim Datenschutz	0	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	13	16	81,25
													158	182	86,81
R	Schüsse auf LKW: "Ich zittere jetzt noch"	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
R	Franzosen unter Terrorverdacht	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
R	Linzer Kinderklinik verlangt künftig Keimtest bei "Fremdpatienten"	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
R	Nächster Halt: Wiener Hauptbahnhof	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
R	Cousine kommt jetzt für Begräbnis von Taucher auf	0	1	/	1	/	2	2	/	2	2	1	11	17	64,71
R	Zweijähriger Bub nach Unfall gestorben	1	3	/	2	/	2	2	/	2	1	1	14	17	82,35
R	Papst Franziskus bat Niklas, das Friedenslichtkind: "Bitte bete für mich!"	3	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	17	18	94,44
R	7500 Flüchtlinge reisten heim	2	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75

R	Konten geplündert Sechs Monate Haft	1	1	/	2	/	2	2	/	2	2	1	13	17	76,47
													140	155	90,32
	<b>Print am Do, 17. Dezember</b>												<b>435</b>	<b>490</b>	<b>88,78</b>
<b>Freitag 18. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>		<b>%</b>
W	voestalpine verschärft Sparprogramm: Eine Milliarde weniger Kosten bis 2017	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	IWF-Chefin muss vor Gericht	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
W	Nach 14 Jahren: Prozess um New-Economy-Firma Yline mit sechs Freisprüchen beendet	1	1	/	2	/	2	2	2	2	2	/	14	18	77,78
W	Was den Senioren beim "Wisch-Handy" wichtig ist	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	Die US-Notenbank zieht einen Schlusstrich unter die jahrelange Finanzkrise	3	3	2	2	/	2	2	2	2	1	/	19	21	90,48
W	Viehvermarktung Nord: Die abgesagte Leich'	3	3	3	2	/	2	2	2	2	2	/	21	21	100
W	Rotax-Motorenfertigung in Günskirchen läuft auf Hochtouren	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100

W	Arbeitsmarkt bleibt Hauptproblem	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	Argentiniens Peso im freien Fall	0	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	12	16	75
													144	158	91,14
P	"Alles richtig gemacht" - Josef Pröll sieht sich als Retter im Hypo-Desaster	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
P	Wertekodex: Experten sollen Inhalte erarbeiten	2	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
P	Wiener Zustand': Wo das "Bashing" berechtigt ist - und wo nicht	1	3	3	2	/	2	2	2	2	2	/	19	16	118,75
P	Swap-Prozess: Fortsetzung nach langer Pause	0	3	/	2	/	0	2	/	2	2	/	11	16	68,75
P	Griss gibt heute Kandidatur für die Hofburg bekannt	3	3	/	2	/	0	2	2	2	2	/	16	18	88,89
P	Große Mehrheit für Linzer Budget	0	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	15	18	83,33
P	Landtag beschloss Budget 2016	1	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	16	18	88,89
P	Irak: Gouverneur führt Feiertag am 24. Dezember ein	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
P	Putin erklärt Türkei zum Hauptfeind und lobt die Syrienpolitik der USA	3	3	/	2	/	1	2	/	2	1	/	14	16	87,5

P	Wackelige Anti-IS-Allianz der Saudis	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100
P	Weiter in Afgahnistan	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
P	EU-Gipfel: Viele Beschlüsse, wenig Umsetzung in der Flüchtlingskrise	2	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
													185	204	90,69
R	Nobelpreisträger Lorenz ist nicht mehr Ehrendoktor der Universität Salzburg	3	1	/	2	/	2	2	2	2	2	/	16	18	88,89
R	Sechsjährige steht wieder vor Gericht	0	1	/	2	/	2	2	/	2	2	1	12	17	70,59
R	Schwierige Ermittlungen: Zweijähriges Mädchen lag tot in Bach	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	17	17	100
R	Häftlinge planten Geiselnahme und Ausbruch: Großeinsatz in Garsten	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
R	Schüsse auf Lkw: Es war doch nicht der erste Vorfall	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
R	Terrorverdächtige in Salzburg: Spur zu Paris-Attentat?	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100

R	Gefährlicher Keim in der Kinderklinik: Vierter Verdachtsfall gestern bestätigt	2	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
R	Auf der Suche nach der Stille der Nacht	3	1	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
R	Pyrotechnik in Halle gehortet: "Funke hätte Explosion ausgelöst"	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	16	17	94,12
R	Ärzte wollen nicht auf ihre Hausapotheken verzichten	2	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	17	18	94,44
													154	167	92,22
	<b>Print am Fr, 18. Dezember</b>												<b>483</b>	<b>529</b>	<b>91,30</b>
<b>Samstag 19. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>		<b>%</b>
W	Elsner am Montag wieder vor Gericht	0	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	11	16	68,75
W	THI: Abstimmung über Sanierung verschoben	1	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	13	16	81,25
W	Industrie attackiert die Landesregierung	3	3	/	2	/	0	2	2	2	2	/	16	18	88,89
W	OÖ.Versicherung verdient mehr trotz hoher Schäden	3	3	/	2	1	2	2	/	2	2	/	17	18	94,44
W	"Wir sind wieder in der Spur"	3	3	/	2	1	2	2	/	2	2	/	17	18	94,44
W	Nationalbank: Massiver Stellenabbau bei Banken	3	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	18	18	100

W	Ski-Muffel und die Flaute in Russland machen Fischer das Leben schwer	3	2	/	2	/	1	2	/	2	2	/	14	16	87,5
W	Steyrer kaufen Baumax-Standorte	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
													120	136	88,24
P	Deutschpflicht: Ohne Zustimmung von Eltern und Lehrern geht gar nichts	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	18	18	100
P	Swap-Prozess auf unbestimmte Zeit verschoben	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	Griss zur Wahl: "Das ist es wert, dass man Lebenszeit dafür aufwendet"	3	3	/	2	/	0	2	/	2	2	/	14	16	87,5
P	Flüchtlingsfrage: Bürgermeister tauschen sich aus	2	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
P	Unabhängige Kandidatin kam 1998 auf 13,6 Prozent	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
P	Mehr Vertrauen in Politik	3	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	14	16	87,5
P	Hohe Auszeichnung für den "Geschichtslehrer des Landes"	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	Der Nationalrat wird heute 70 Jahre alt	2	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
P	In Spanien beginnt eine neue Ära	1	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5

P	Mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
p	Walesa warnt vor Bürgerkrieg	3	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	15	16	93,75
P	EU-Gipfel in Brüssel endet mit Zweckoptimismus	3	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	15	16	93,75
													179	194	92,27
R	12 Grad plus: Zu Weihnachten wirbeln heuer die Pollen statt der Schneeflocken	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
R	Massenquartier abgewendet: Nur 100 Flüchtlinge	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
R	Zweijährige in Bach entdeckt: Todesursache war Unterkühlung	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	17	17	100
R	Leidgeprüfte Familie: "Unser Leben ist ein Desaster"	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
R	Ehegattin erstochen: Gastwirt vor Gericht	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	16	17	94,12
R	HCB-Opfer wollen klagen	2	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
R	Prozess: Mutter erschlagen	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	16	17	94,12
R	Kinder mussten Mord an Mutter mitansehen: Vater festgenommen	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	17	17	100

R	Keime: "Überträger-Kind" gestorben	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
R	Drogenring aufgefliegen: 90 Personen angezeigt	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	17	17	100
R	"Wir mussten reagieren!"	3	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	15	16	93,75
R	Aktiv gelebte Integration: Flüchtlinge als Sternsinger	3	1	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5
R	Mehr Flüchtlinge sollen in private Quartiere	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
													205	213	96,24
	<b>Print am Sa, 19. Dezember</b>												504	543	92,82

<b>Online</b>															
<b>Sonntag 13. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Sum</b>	<b>Max.</b>	<b>%</b>
W	Plagiate verursachen Milliarden Schäden	3	1	/	2	/	2	2	1	2	2	/	15	18	83,33
W	3. Einkaufssamstag - Trübes Wetter hielt Kundenfrequenz im Zaum	3	1	/	2	/	1	2	2	2	2	/	15	18	83,33
W	THI: Anzeige gegen Vorstandschef	1	1	/	1	/	2	1	1	2	2	1	12	19	63,16
W	Große und kleine Benzinbrüder und 66 Tankstellen	1	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	16	18	88,89
													58	73	79,45
P	Frankreich: Anspannung vor Entscheidungswahl	0	3	/	2	/	2	2	2	2	2	/	15	18	83,33
P	Saudi-Arabien: Erstmals Frau in Gemeinderat	3	1	/	2	/	2	2	/	2	2	/	14	16	87,5

P	Heikle Abstimmung über neues griechisches Reformpaket	2	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	15	16	93,75
P	Krise der oberösterreichischen SP beunruhigt die Bundespartei	1	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	16	18	88,89
													60	68	88,24
R	Angreifer mittels Facebook-Profilfoto ausgeforscht	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	13	17	76,47
R	Vermisster Wanderer tot aufgefunden	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	13	17	76,47
R	Politik feierte Eröffnung der Mühlviertler Schnellstraße	0	3	/	2	1	0	2	/	2	2	/	12	18	66,67
R	Justiz ermittelt nach Tod von Säugling	2	3	/	2	/	0	1	2	2	2	1	15	19	78,95
													53	71	74,65
	<b>Online am So, 13. Dezember</b>												<b>171</b>	<b>212</b>	<b>80,66</b>
<b>Montag 14. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	
W	THI-Vorstandschef geht in Gegenoffensive	2	2	/	2	/	2	2	0	2	2	/	14	18	77,78
W	Fachkräfte gesucht: Die Holzindustrie will ihr verstaubtes Image loswerden	3	2	/	2	/	0	2	/	2	2	/	13	16	81,25
W	Letzter Regulierer gab grünes Licht für Shells Mega-Übernahme	3	3	/	2	/	2	0	/	2	1	/	13	16	81,25
W	Verschwundener Milliardär wieder aufgetaucht	2	1	/	2	/	0	2	2	2	2	1	14	19	73,68
													54	69	78,26

P	Hammerschmid neue Präsidentin der Universitätenkonferenz	0	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	11	16	68,75
P	Pro-Kopf-Einkommen der Oberösterreicher über Österreichschnitt	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	EU will Beitrittsverhandlungen mit Türkei ausweiten	0	3	/	2	/	2	2	1	2	2	/	14	18	77,78
P	CDU-Parteitag beginnt mit Schwerpunkt Flüchtlingskrise	0	3	/	2	/	1	2	/	2	1	/	11	16	68,75
													52	66	78,79
R	26-Jähriger soll 112 Syrer geschleppt haben: Prozess	0	1	/	2	/	1	2	/	2	2	1	11	17	64,71
R	Stau im Frühverkehr nach Unfall	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	13	17	76,47
R	Islam-Vereinen droht in Österreich jetzt die behördliche Schließung	2	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	16	18	94,12
R	Pettenbacher stürzte bei Bergwanderung in den Tod	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	16	17	94,12
													56	69	81,16
	<b>Online am Mo, 14. Dezember</b>												<b>162</b>	<b>204</b>	<b>79,41</b>
<b>Dienstag 15. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	
W	Bank Austria sperrt 70 Filialen	3	3	/	2	/	0	2	1	2	2	/	15	18	83,33
W	Agrareinkommen sind 2015 erneut gesunken	1	3	/	1	/	2	2	2	2	1	/	14	18	77,78
W	Hypo-U-Ausschuss: Schritt für Schritt Richtung Pröll-Befragung	0	1	/	2	/	2	2	/	2	0	/	9	16	56,25

W	THI: Versteigerung gescheitert, Plan A für Sanierung ist geplatzt	3	1	/	2	/	0	2	0	2	2	/	12	18	66,67
													50	70	71,43
P	Hammerschmid: „Wir haben ein Wahrnehmungsproblem“	3	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	15	16	93,75
P	Islamische Allianz gegen Terror	3	2	/	2	/	1	2	2	2	2	/	16	18	88,89
P	20 Frauen in saudi-arabischen Gemeindeparlamenten	2	1	/	1	/	2	2	/	2	1	1	12	17	70,59
P	Merkel: "Flüchtlingszahlen reduzieren, nicht begrenzen"	2	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	14	16	87,5
													57	67	85,07
R	Lehrer-Studium: Rückgang der Studentenzahlen befürchtet	1	3	/	2	/	0	2	/	2	2	/	12	16	75
R	Säugling in Klinik gestorben - Keime bei weiteren Babys	3	3	/	2	/	0	2	/	2	2	1	15	17	88,24
R	Buggy von Zug erfasst - Mutter angeklagt	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	13	17	76,47
R	Jugendbande beging 19 Einbrüche	0	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	14	17	82,35
													54	67	80,6
	<b>Online am Di, 15. Dezember</b>												<b>161</b>	<b>204</b>	<b>78,92</b>
<b>Mittwoch 16. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	
W	Österreicher kaufen Palmers zurück	3	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	15	16	93,75
W	Inflation auf tiefstem Wert seit 2009	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	Welser Amedia Hotelgruppe expandiert stark	0	2	/	2	0	0	2	/	2	1	/	9	18	50

W	Olaf ermittelt gegen VW	3	3	/	2	2	0	2	2	2	2	/	18	20	90
													58	70	82,86
P	Schlampereien bei tschechischen AKW-Kontrollen	0	2	/	2	/	0	2	1	2	2	/	11	18	61,11
P	Telekom: Anklage gegen VP-Abgeordneten	3	2	/	2	/	1	2	1	2	1	/	14	18	77,78
P	Juncker: "Schengen wird bleiben"	2	3	/	2	/	0	2	2	2	2	/	15	18	83,33
P	Faymann will 50.000 Flüchtlinge aus der Türkei nach Europa holen	3	3	/	2	/	0	2	1	2	2	/	15	18	83,33
													55	72	76,39
R	Polizei schnappte zwei Einbrecherbanden	0	2	/	2	/	2	2	/	2	1	/	11	16	68,75
R	Von Auto erfasst: Zweijähriger starb nach Unfall	0	2	/	2	/	0	2	/	2	2	1	11	17	64,71
R	Erste Bewährungsprobe für gemeinsames Polizeizentrum	2	3	/	2	/	2	2	1	2	2	/	16	18	88,89
R	Gefährlicher Keim: Intensivstation der Kinderklinik bleibt weiterhin gesperrt	3	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	15	16	93,75
													53	67	79,1
	<b>Online am Mi, 16. Dezember</b>												<b>166</b>	<b>209</b>	<b>79,43</b>
<b>Donnerstag 17. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	
W	Steuerreform und Asylthema pushen 2016 Österreichs Konjunktur	3	3	/	2	/	2	2	/	2	1	/	15	16	93,75

W	Wirtschaftswachstum: Heiteres Prognoseraten?	3	3	3	2	/	1	2	/	2	2	/	18	19	94,74
W	Voestalpine reduziert Umsatzziel	3	3	/	2	/	0	2	/	2	1	/	13	16	81,25
W	Erster Schritt in Richtung Normalität: US-Notenbank Fed erhöht die Zinsen	1	3	/	2	/	2	2	2	2	1	/	15	18	83,33
													61	69	88,41
P	Stelzer will Wertekodex an allen Schulen des Landes	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
P	Gleiches Recht für alle beim Datenschutz	0	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	12	16	75
P	Donald Trump: "Unser Land ist außer Kontrolle"	0	2	/	2	/	2	2	2	2	2	/	14	18	77,78
P	Faymann will 50.000 Flüchtlinge aus der Türkei nach Europa holen	3	3	/	2	/	1	2	/	2	2	/	15	16	93,75
													57	66	86,36
R	Über Rückkehr der Ampelpärchen wird im Jänner entschieden	1	2	/	2	/	0	2	0	2	1	/	10	18	55,56
R	Vier Kälber starben in brennendem Rinderstall	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
R	Cousine kommt jetzt für Begräbnis von Taucher auf	0	1	/	1	/	2	2	/	2	2	1	11	17	64,71
R	Wettbüro in Linz überfallen	0	2	/	2	/	0	2	/	2	2	1	11	17	64,71
													44	68	64,71
	<b>Online am Do, 17. Dezember</b>												<b>162</b>	<b>203</b>	<b>79,80</b>
<b>Freitag 18. Dezember 2015</b>															
	<b>Artikel</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>Summe</b>	<b>%</b>	

W	Ein Drittel der Jobs im Bankensektor ist bedroht	2	3	/	2	/	2	2	1	2	2	/	16	18	88,89
W	voestalpine verschärft Sparprogramm: Eine Milliarde weniger Kosten bis 2017	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
W	Ghizzoni: "Mit neuem Plan wird Bank Austria ihre Ziele erreichen"	0	2	/	2	/	2	2	/	2	2	/	12	16	75
W	Die US-Notenbank zieht einen Schlusstrich unter die jahrelange Finanzkrise	3	3	2	2	/	2	2	2	2	1	/	19	21	90,48
													63	71	88,73
P	Vertrauensindex: Viele Zuwächse, aber nicht für Mitterlehner	3	2	/	2	/	2	2	2	2	1	/	16	18	88,89
P	Griss will Fairnessabkommen	3	3	/	2	/	0	2	2	2	2	/	16	18	88,89
P	EU will bis Juni über Grenzschutz entscheiden	1	3	/	2	/	1	2	2	2	2	/	15	18	83,33
P	Putin erklärt Türkei zum Hauptfeind	1	3	/	2	/	1	2	/	2	1	/	12	16	75
													59	70	84,29
R	Keimbefall in Linzer Klinik: Überträger-Baby ist tot	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	1	17	17	100
R	20-jähriger Innviertler verkaufte 17 Kilo Cannabis	3	2	/	2	/	0	2	/	2	2	1	14	17	82,35
R	Radfahrerin tödlich verunglückt	3	2	/	2	/	2	2	/	2	2	1	16	17	94,12
R	Häftlinge planen Geiselnahme: Großeinsatz in Garsten	3	3	/	2	/	2	2	/	2	2	/	16	16	100
													63	67	94,03
	<b>Online am Fr, 18. Dezember</b>												185	208	88,94

W: Wirtschaft, P: Politik, R: Regional

<b>Kriterium</b>	
1	Glaubwürdigkeit (3)
2	Relevanz (3)
3	Professionalität (3)
4	Aktualität (2)
5	Unabhängigkeit (2)
6	Wahrhaftigkeit/Richtigkeit (2)
7	Objektivität (2)
8	Ausgewogenheit (2)
9	Neutralität (2)
10	Verständlichkeit (2)
11	Achtung der Persönlichkeit (1)

## 10 Lebenslauf

### Lebenslauf

Stephanie Lehner

#### Zur Person

Geburtsdatum 4. November 1990  
Geburtsort Linz/Österreich  
Staatsbürgerschaft Österreich

#### Ausbildung

seit 2012 Universität Wien  
Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft  
2009 - 2012 Paris Lodron Universität Salzburg  
Bachelorstudium Kommunikationswissenschaft  
*Schwerpunkt Medienökonomie | Abschluss: BA*  
2004 - 2009 Realgymnasium Linz Fadingerstraße  
*Schwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologie*

#### Berufserfahrung

7/2015 - 10/2015 Google Österreich (*Wien, AT*)  
Praktikantin | Sales  
1/2014 - 6/2014 L'Oréal Österreich (*Wien, AT*)  
Praktikantin | Produktmanagement - Division Cosmétique Active  
1/2013 - 12/2013 SAP Österreich (*Wien, AT*)  
Praktikantin | Neukunden-Marketing  
9/2009 - 11/2011 Life Radio (*Linz, AT*)  
geringfügig beschäftigt | Radiojournalistin Fläche

#### Auslandserfahrung

2/2015 - 7/2015 Mobilitätsstipendium: ERASMUS-Auslandspraktikum (*Berlin, DE*)

## 11 Abstract

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Thema der publizistischen Qualität. Ziel der Erhebung war es die Qualität des Politik-, Wirtschafts- und Regional-Ressorts des Online- und Print-Produkts der „Oberösterreichische Nachrichten“ zu ermitteln. Darüber hinaus sollte eruiert werden, wie sich diese, im Zuge der Änderung des Redaktionsmodells, zum News-Room-Konzept hin, verändern wird. Die Thematik stützt sich in erster Linie auf die Theorie der Funktion der Massenmedien, sowie dem komplexen Konzepts der publizistischen Qualität.

Die Erhebung beabsichtigte drei Forschungsfragen zu beantworten: Welche Qualitätsunterschiede zeigen sich zwischen dem Online- bzw. Print-Produkt der OÖN? Inwiefern zeigen die Produkte Qualitätsunterschiede in den Ressorts Politik, Wirtschaft und Regional? Inwiefern wird das neue Redaktionskonzept des „News-Rooms“ Einfluss nehmen auf die Qualität? Die publizistische Qualität wurde anhand eines ausführlichen Kriterienkatalogs, im Zuge einer qualitativen Inhaltsanalyse ermittelt. Um auch die Praxis-Seite zu beleuchten, wurden sechs qualitative Leitfaden-Interviews mit Redakteurinnen/Redakteuren geführt. Diese dienten dazu Prognosen für die zukünftige Arbeitsweise im neuen News-Room treffen zu können.

Die Erhebung zeigte, dass die Printzeitung eine höhere publizistische Qualität aufweist, als das Online-Produkt. Es konnten auch Unterscheide in der Qualität hinsichtlich der drei untersuchten Ressorts ermittelt werden. Die Untersuchung ergab im Weiteren, dass das neue Redaktionsmodell die Qualität beider Produkte positiv beeinflusst wird. Publizistische Qualität gilt als eines der wichtigsten Güter in einer demokratischen Gesellschaft. Leider wird diese aus Kosten-Gründen immer häufiger eingespart. Die jüngere Generation konsumiert vermehrt Online-Medien und kaum Print-Zeitungen. Aufgrund des mangelnden medienpädagogischen Angebots fehlt es den jungen Rezipientinnen und Rezipienten an Orientierung in einer informationsüberfluteten Gesellschaft, in der sie hochwertige Qualitätsmedien kaum erkennen bzw. von weniger Hochwertigen unterscheiden können. Mindere publizistische Qualität ist deshalb äußerst kritisch zu betrachten.

This study focuses on journalistic quality. Its aim was to determine the quality of the traditional newspaper and the news portal of the Upper Austrian media company “Oberösterreichische Nachrichten”. The analysis was limited to the reporting on politics and business, as well as the local coverage. Furthermore it was planned to establish how the quality is going to change, when the editorial team moves to their news-room in 2017. The research is guided by the theory of the functions of mass media and the complex concept of journalistic quality.

It aims to answer the following research questions: Are there differences in quality between the online-product and the newspaper of “Oberösterreichische Nachrichten”? If yes, which? Are there differences in quality in regards to the coverage of politics, business and local-news? If yes, which? How is the news-room influencing the journalistic quality of both media products? The study is based on a qualitative content analysis with a very detailed list of criteria that measures quality. Furthermore handbook-supported expert interviews helped to gain revealing results and to get insights in the journalistic work.

In total the study showed that the newspaper has a higher value of journalistic quality than the news portal. Additionally also differences in terms of the coverage on politics, business and local-news were detected. The results predict that the new work environment of the editorial staff – the news room – will influence the quality positively. Journalistic quality is one of the most important values in a democratic society. Therefore it is significantly necessary to protect it. Unfortunately journalistic quality shows high cost-intensity in production of media content. For that reason publishing companies often economize it in order to save expenses. The young generation prefers online-media instead of traditional newspapers. In regards to lack of media education this is a huge issue, because young people are more and more unable to identify high-quality media.